

BETEILIGUNGSBERICHT 2014

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	14
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2014	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	19
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	21
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	23
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	25
	Finanzbeziehungen 2014 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	26
	Geschäfts- und Ertragslage	35
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014	35
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013	38
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012	41

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	44
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	50
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	55
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	56
	Stadtwerke Halle GmbH	57
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	76
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	77
	A/V/E GmbH	90
	Cives Dienste GmbH	97
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	108
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	117
	EVH GmbH	124
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	140
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	145
	Hafen Halle GmbH	156
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	171
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	192
	IT-Consult Halle GmbH	198
	Meter1 GmbH & Co. KG	204
	Meter1 Verwaltung GmbH	210
	M-Exchange AG	213
	RAB Halle GmbH	218
	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	229
	SHS Energiedienste GmbH ¹⁾	238
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH	249
	WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	258
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	266

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 (vorher: Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH)

3.3	VERKEHR	277
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	278
	Hallesche Verkehrs-AG	283
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	299
	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	309
	Servicegesellschaft Saale mbH	316
3.4	WOHNUNGSWIRTSCHAFT	326
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	327
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	333
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	346
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	370
3.5	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	373
	Bio-Zentrum Halle GmbH	374
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	388
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	395
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	401
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	410
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	427

3.6	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	442
	Bäder Halle GmbH	443
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	455
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	462
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	472
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	489
	Maya mare GmbH & Co. KG	496
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	509
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	512
	Serva GmbH	520
	Stadion Halle Betriebs GmbH	523
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	528
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	532
3.7	KULTUR	535
	Stiftung Händel-Haus	536
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	543
	Zoologischer Garten Halle GmbH	562
3.8	BETEILIGUNGSMANAGEMENT	567
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	568

1.0 EINLEITUNG

Vorwort des Oberbürgermeisters

Wichtige Erfolge der kommunalen Beteiligungen haben das städtische Leben im Jahr 2014 geprägt. Für unsere Stadt Halle (Saale) und ihre Bürgerinnen und Bürger haben wir gemeinsam viel erreicht.

Hervorzuheben ist die für die nächsten Jahre gelungene Sicherung der Halleschen Bühnen – bei Beibehaltung aller Sparten und des „A-Status“ des Orchesters. Ein Vertrag mit dem Land Sachsen-Anhalt über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle ist auf Basis des mit der Geschäftsleitung und den Intendanten entwickelten Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes im Juli 2014 unterzeichnet worden.



Das Stadtbahnprogramm als gemeinsames Projekt der Stadt Halle (Saale), unseres Nahverkehrs-Unternehmens HAVAG als Maßnahmeträger sowie weiterer Versorgungsunternehmen aus der Stadtwerke Halle-Gruppe ist fortgesetzt worden und bereits im Stadtbild sichtbar. Somit wird für die Zukunft eine gut ausgebaute Infrastruktur geschaffen und ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr gewährleistet.

Einem Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) über Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 25. Juni 2014 zugestimmt. Diese in einem lebhaften politischen Willensbildungsprozess festgelegten Grundsätze dienen dem Ziel der Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt.

Der Beteiligungsbericht 2014 bietet einen umfangreichen Einblick in die bedeutsamen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen im Konzern Stadt Halle (Saale).

Allen Beschäftigten und den Geschäftsleitungen sowie den Mitgliedern in den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungen danke ich für Ihre hervorragende Arbeit und für die erzielten Ergebnisse im Jahr 2014. Bedanken möchte ich mich im Weiteren bei der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für die fachkundige und konstruktive Beratung in Beteiligungsangelegenheiten.

Halle (Saale), im August 2015

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Bernd Wiegand'.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 130 Abs. 2 KVG LSA hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2014 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 2 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen und 45 Kapital- bzw. Personengesellschaften und ist Gewährsträger einer Anstalt öffentlichen Rechts.

Diese 53 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen mehr als 6.000 Mitarbeitern und ca. 200 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2014 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Ebenso richtet sich der Report an alle Interessenten für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort im Zentrum Mitteldeutschlands. Sie sind bei der Mitwirkung am eingeleiteten Veränderungsprozess jederzeit und gerne willkommen.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2013 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlichten „Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt“ ergeben sich zur Zeit keine Änderungsbedarfe für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) in seiner derzeitigen Form.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Aufgabenbereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Aufgabenbereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Beteiligungen
- d) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- e) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

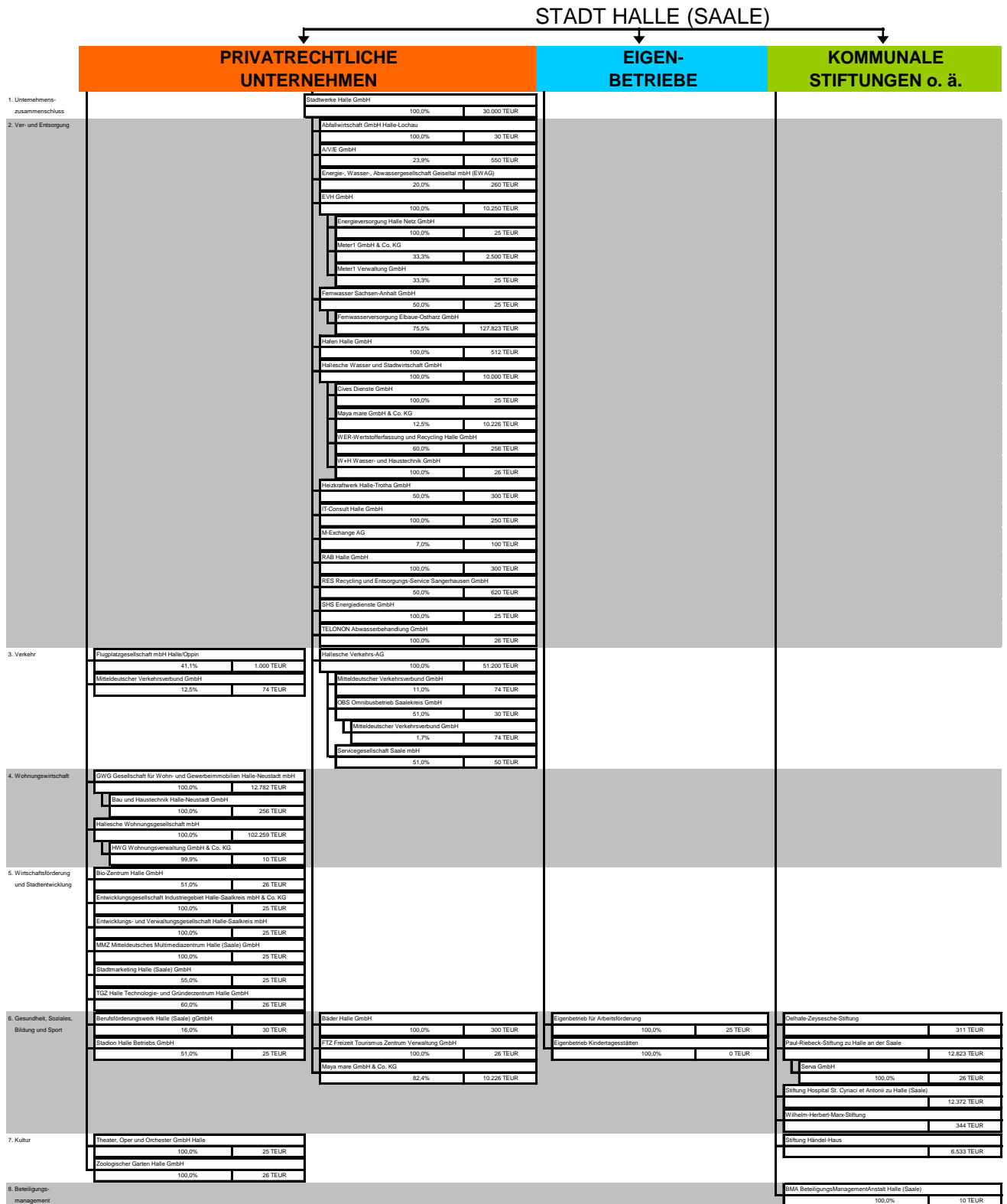
Alle im Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geforderten Informationen sind enthalten.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2014



Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS		
Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
2. VER- UND ENTSORGUNG		
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	260	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	22,88
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	2.500	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	25	33,33
M-Exchange AG	100	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	620	50,00
SHS Energiedienste GmbH ¹⁾	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 (vorher: Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH)

BETEILIGUNG

gezeichnetes
Kapital in
TEUR

Anteil der
Stadt
in %

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	74	24,27
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	30	51,00
Servicegesellschaft Saale mbH	50	51,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle- Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle- Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	60,00

BETEILIGUNG		gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
6.	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT		
	Bäder Halle GmbH	300	100,00
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	25	100,00
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
	Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	311	
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.823	
	Serva GmbH	26	100,00
	Stadion Halle Betriebs GmbH	25	51,00
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.372	
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	
7.	KULTUR		
	Stiftung Händel-Haus	6.533	
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
	Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00
8.	BETEILIGUNGSMANAGEMENT		
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2013 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Auflösung des EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 25. September 2013 beschlossen. Die Eingliederung in die Stadtverwaltung der Stadt Halle (Saale) ist zum 1. Januar 2014 erfolgt.

Die Saalebus GmbH hat ihre operative Geschäftstätigkeit zum 28. Februar 2014 eingestellt und die Mitarbeiter der Gesellschaft sind mit Wirkung zum 1. März 2014 in die Hallesche Verkehrs-AG übergeleitet worden. Weiterhin hat die Hallesche Verkehrs-AG rückwirkend zum 31. Dezember 2013 die Geschäftsanteile der Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb an der Saalebus GmbH erworben. Die Hallesche Verkehrs-AG ist nunmehr alleiniger Gesellschafter der Saalebus GmbH.

Eine Berichterstattung zum EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) und zur Saalebus GmbH im Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2014 erfolgt nicht mehr.

Im Geschäftsjahr 2014 ist die Umfirmierung der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH in SHS Energiedienste GmbH erfolgt.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) nach den Veränderungen im Beteiligung-Portfolio an zwei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Für eine Anstalt öffentlichen Rechts, die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), ist die Stadt Gewährsträgerin.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 15 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Energie, (Ab-) Wasser, Entsorgung, Mobilität und Logistik sowie Services.

Das Organigramm der städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2. 2. (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 9 KVG-LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Zweckänderung, Zusammenlegung, Zulegung und Aufhebung sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens von Stiftungen im Sinne von § 121 Abs. 1 Nr. 2 und § 122 Abs. 1 KVG-LSA, soweit der Stifterwille nicht entgegensteht (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 11 KVG-LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

Einen „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) – Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)“ hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 25. Juni 2014 beschlossen.

Diese Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich werden darin Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

Der Public Corporate Governance Kodex gilt grundsätzlich für alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Halle (Saale). Er gilt nicht für Eigenbetriebe und Stiftungen.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen erbracht werden.

Die Balance zwischen Gewinnoptimierung und Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) im Umgang mit ihren Beteiligungen. Mit dem Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben rechtlich einwandfrei und in einer hohen Qualität erbringen sowie stets an den Bedürfnissen der Kunden/Bürger orientieren und ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft als **Werkzeug politischer Gestaltung** eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine funktionelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie Ausbildungsförderung und ist ein bedeutsames **Instrument der Arbeits- und Sozialpolitik**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** im Zusammenhang mit der Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Darauf aufbauend übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** geschaffen.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungspolitik.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2014 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2014 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

Angaben in TEUR

	Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.14)	Stand Bürg- schaften (31.12.14)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	11.689									
---------------------------------------	---------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Stadtwerke Halle GmbH	11.689 ²⁾									
-----------------------	----------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--

2. VER- UND ENTSORGUNG		81				18.912			8.947	
-------------------------------	--	-----------	--	--	--	---------------	--	--	--------------	--

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau							(601 ³⁾)			
A/V/E GmbH							(115 ³⁾)			
Cives Dienste GmbH							(87 ³⁾)			
Energieversorgung Halle Netz GmbH							(385 ³⁾)			
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft mbH (EWAG) Geiseltal							(69 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse
²⁾ Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG (1.294 TEUR); für städtische Zuschüsse im Rahmen des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages zur Finanzierung des ÖPNV (10.395 TEUR) hat die Stadt Halle (Saale) in der Eröffnungsbilanz eine Rückstellung gebildet.
³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.14)	Stand Bürg- schaften (31.12.14)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

EVH GmbH		70 ⁴⁾				(14.490 ³⁾)		8.493 ⁵⁾	
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH									
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH						(267 ³⁾)			
Hafen Halle GmbH					2.618				
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH		11			16.294	(10.620 ³⁾)		454 ⁶⁾	
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH						(193 ³⁾)			
IT-Consult Halle GmbH						(1.766 ³⁾)			
Meter1 GmbH & Co. KG									
Meter1 Verwaltung GmbH									

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁴⁾ Im Ergebnis der Stadt gebucht; Auszahlung an EVH GmbH im März 2015.

⁵⁾ Im Ergebnis der Stadt auf Basis der Zahlungsflüsse werden 8.129 TEUR für Strom und Gas sowie 364 TEUR für Fernwärme ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH nach periodengerechter Zuordnung wird demgegenüber ein um 422 TEUR geringerer Aufwand von insgesamt 8.071 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (7.376 TEUR) und Gas (395 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegestattung (300 TEUR).

⁶⁾ Konzessionsabgabe Trinkwasser für 2013, die in 2014 an die Stadt gezahlt worden ist.

Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.14)	Stand Bürg- schaften (31.12.14)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

M-Exchange AG						(1 ³⁾)			
RAB Halle GmbH						(302 ³⁾)			
RES Recycling und Entsorgungs- Service Sangerhausen GmbH						(173 ³⁾)			
SHS Energiedienste GmbH ⁷⁾									
TELONON Abwasserbehandlung GmbH						(14 ³⁾)			
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH						(32 ³⁾)			
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH						(171 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁷⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 (vorher: Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH)

Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.14)	Stand Bürg- schaften (31.12.14)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

3. VERKEHR	4.333				8.644	23			
-------------------	--------------	--	--	--	--------------	-----------	--	--	--

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin					33	23 ³⁾			
Hallesche Verkehrs-AG	3.097 ⁸⁾				8.611				
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.236								
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH						(29 ³⁾)			
Servicegesellschaft Saale mbH						(1 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁸⁾ Zuschuss Rosengarten (3.097 TEUR) und zusätzlich Zahlungen für Stadtbahnprogramm (381 TEUR), Straßenbahnankauf (839 TEUR) und Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR)

<i>Transfer- aufwen- dungen¹⁾</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.14)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.14)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT						6.651	7.000		
------------------------------	--	--	--	--	--	--------------	--------------	--	--

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH						(241 ³⁾)			
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH						708	2.000		
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH						5.943	5.000		
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG									

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.14)	Stand Bürg- schaften (31.12.14)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.281	1.254		500		457			
Bio-Zentrum Halle GmbH						50 ³⁾			
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG		1.254 ⁹⁾				334 ³⁾			
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH						3 ³⁾			
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	170 ¹⁰⁾			500					
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.111								
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH						70 ³⁾			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁹⁾ Periodengerecht ermittelter Gesamtbetrag der Investitionszuschüsse (weitergeleitete Fördermittel). Im Jahr 2014 sind Zuschüsse für die Erschließung in Höhe von 1.575 TEUR überwiesen worden. Ein Eigenmittelanteil der Stadt Halle (Saale) ist im Jahr 2014 nicht enthalten.

¹⁰⁾ planmäßiger Betriebskostenzuschuss

	Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.14)	Stand Bürg- schaften (31.12.14)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	38.234	120		500	975	10.553		57		92
Bäder Halle GmbH	4.083 ¹¹⁾									
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	2.333									
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	30.948 ¹²⁾	120						57 ¹³⁾		
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Maya mare GmbH & Co. KG										
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					975	6.762				92

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

¹¹⁾ Zuschuss der Stadt Halle (Saale) von 3.816 TEUR zzgl. 267 TEUR USt.

¹²⁾ inkl. 1.608 TEUR an Abgeltung für Altersteilzeit

¹³⁾ Der Beschluss zur Ausschüttung des Jahresüberschusses 2012 ist vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) mit Beschluss über den Jahresabschluss 2012 (Beschlussvorlage: V/2013/12330) erst im Jahr 2014 gefasst worden.

Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.14)	Stand Bürg- schaften (31.12.14)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Serva GmbH									
Stadion Halle Betriebs GmbH	870			500 ¹⁴⁾					
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)					3.791				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung									

7. KULTUR 35.234 256 187

Stiftung Händel-Haus	2.034								
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	30.545 ¹⁵⁾					187			
Zoologischer Garten Halle GmbH	2.655	256							

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

¹⁴⁾ Pacht Erdgas Sportpark

¹⁵⁾ davon 413 TEUR für eine Forderung aus dem Gründungsjahr

	<i>Transfer- aufwen- dungen¹⁾</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.14)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.14)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	--	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

8. BETEILIGUNGSMANAGEMENT	913						59			
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	913						59			
SUMME	91.684	1.711		500	1.475	38.109	7.377	7.057	8.947	92

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH*	15.970	4.581	5.871	337.761	235.085	22.804	175.260	51,9	87	2
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	9.568	7.399	1.134	64.640	1.286	0	4.606	7,1	41	2
A//E GmbH	19.557	18.943	4	4.170	601	43	1.552	37,2	310	14
Cives Dienste GmbH	627	627	23	106	11	0	25	23,6	23	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	111.546	108.544	284	13.478	5.001	2.229	2.136	15,8	261	39
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	4.733	4.555	210	4.669	3.836	431	1.761	37,7	58	0
EVH GmbH	394.919	370.056	13.480	295.543	215.519	13.963	77.917	26,4	271	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-48	36	0	0	26	73,3	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	43.552	39.629	1.970	146.208	136.396	8.861	112.808	77,2	220	5
Hafen Halle GmbH	6.212	5.599	-873	15.874	13.490	601	731	4,6	36	3
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	126.534	118.708	9.690	457.578	416.912	25.542	74.198	16,2	605	46
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH*	39.890	39.590	1.042	32.239	24.991	7	2.192	6,8	0	0
IT-Consult Halle GmbH	23.879	23.254	1.522	8.965	511	255	522	5,8	189	4
Meter1 GmbH & Co. KG	700	636	-582	914	121	79	0	0,0	6	0
Meter1 Verwaltung GmbH	170	162	1	94	0	0	30	31,3	0	0
M-Exchange AG	1.359	1.247	23	795	460	322	287	36,1	3	0
RAB Halle GmbH	5.061	4.920	311	3.443	2.600	520	1.708	49,6	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.663	4.601	265	4.369	2.254	164	2.757	63,1	52	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
SHS Energiedienste GmbH ¹⁾	2.924	2.736	36	1.207	21	4	25	2,1	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.086	3.086	13	645	0	0	26	4,0	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH*	231	184	48	559	14	17	490	87,6	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.186	4.111	415	1.304	215	66	225	17,2	54	1
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*	668	576	46	2.036	1.879	23	1.157	56,8	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	52.765	39.307	23	304.307	290.108	13.139	83.583	27,5	724	30
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH*	1.145	609	0	1.760	511	461	461	26,2	30	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH*	12.584	11.663	163	10.068	7.802	1.138	4.950	49,2	109	0
Servicegesellschaft Saale mbH	2.275	1.938	2	408	189	142	132	32,3	63	1
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.076	3.017	214	1.421	167	45	526	37,0	28	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*	48.834	47.307	3.168	325.085	291.212	13.209 ²⁾	166.928	51,3	99	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*	88.230	82.707	9.448	568.835	516.324	21.917	252.072	44,3	230	5
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.475	5.465	0	72.164	72.151	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH*	1.825	1.810	83	10.658	7.164	1	6.644	62,3	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*	1.819	3.207	975	19.652	0	0	18.715	95,2	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*	282	0	2	155	0	0	70	45,4	2	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*	968	361	-133	7.562	6.406	528	1.084	14,3	4	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 (vorher: Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH)

²⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH*	1.933	764	-2	287	59	24	125	43,6	23	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH*	3.851	4.018	43	32.660	27.308	6	14.447	44,2	5	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	4.931	963	4	12.831	11.587	4.920	6.837	53,3	47	1
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH*	6.283	5.897	-205	18.491	14.250	229	5.526	29,9	65	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung*	6.906	17.688	967	4.556	53	24	1.004	22,0	392	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten*	36.165	35.198	-560	38.086	34.209	1.533	20.468	53,7	781	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	28	28	1	79	0	0	51	64,1	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG*	5.522	4.905	0	10.637	10.050	290	3.517	33,1	108	6
Oelhafe-Zeyessesche-Stiftung	24	0	15	542	311	0	542	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	19.299	17.473	140	57.203	53.706	762	17.049	29,8	356	13
Serva GmbH	2.840	2.786	6	271	17	1	81	29,8	72	0
Stadion Halle Betriebs GmbH*	1.561	1.058	0	1.351	476	2	24	1,8	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	7.324	6.459	98	32.094	31.196	285	18.324	57,1	73	7
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	21	0	13	520	344	0	520	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	1.280	104	124	18.798	8.583	233	17.861	95,0	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	4.406	3.287	-968	32.999	27.266	1.028	25.763	78,1	477	3
Zoologischer Garten Halle GmbH*	6.789	1.627	247	24.671	24.026	187	3.995	16,2	78	7
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	937	0	52	422	132	19	123	29,2	9	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	4.715	3.130	-3.624	343.633	234.490	64.445	169.389	49,3	80	0
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	8.633	5.906	601	66.623	1.286	27	4.073	6,1	44	2
A/V/E GmbH	22.573	22.447	483	5.440	874	266	2.030	37,3	317	14
Cives Dienste GmbH	767	765	87	163	13	15	25	15,4	30	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	112.891	110.306	385	30.096	3.650	487	2.136	7,1	118	16
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.025	4.718	345	4.795	3.707	194	1.601	33,4	56	0
EVH GmbH	421.727	395.974	14.490	312.884	225.686	21.330	77.917	24,9	427	33
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-45	84	0	0	74	88,6	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	42.284	38.936	1.165	145.862	136.942	14.980	110.838	76,0	223	7
Hafen Halle GmbH	4.577	3.668	-1.251	16.421	13.666	295	731	4,5	33	3
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	123.060	117.526	10.620	451.655	410.045	21.040	72.198	16,0	610	59
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	37.005	36.447	386	33.631	27.134	1.910	1.149	3,4	0	0
IT-Consult Halle GmbH	22.428	22.707	1.766	9.970	501	256	522	5,2	183	3
Meter1 GmbH & Co. KG	494	475	-854	641	141	395	363	56,7	6	0
Meter1 Verwaltung GmbH	136	125	1	62	0	0	28	46,3	0	0
M-Exchange AG	1.088	1.045	21	460	232	52	264	57,4	4	0
RAB Halle GmbH	5.013	4.891	302	3.983	2.625	150	1.708	42,9	3	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.809	4.761	346	4.657	2.621	313	2.570	55,2	54	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
SHS Energiedienste GmbH ¹⁾	3.012	2.744	-57	1.243	27	4	22	1,8	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.261	3.261	14	668	0	0	26	3,8	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	269	198	54	801	0	0	696	86,9	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.908	3.789	171	964	230	61	225	23,3	59	1
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	665	596	56	2.206	1.952	137	1.111	50,4	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	55.623	39.605	-560	313.754	300.867	16.145	83.583	26,6	709	31
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	951	623	0	1.331	149	39	461	34,7	29	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	12.535	11.609	57	10.161	8.020	1.332	4.787	47,1	110	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.604	1.595	1	275	82	14	130	47,3	54	0
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.150	2.796	241	1.569	188	51	526	33,5	26	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	48.052	46.289	3.009	331.673	299.612	20.084 ²⁾	165.760	50,0	98	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	86.604	80.543	8.900	559.934	507.758	34.858	247.623	44,2	233	6
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.661	5.651	0	73.530	73.513	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.845	1.761	98	10.937	8.258	97	6.561	60,0	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	1.398	1.206	334	18.811	1	2	17.739	94,3	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	234	0	3	168	0	0	68	40,7	2	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	2.263	396	-847	6.542	6.212	571	1.217	18,6	3	0

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 (vorher: Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH)

²⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.694	530	-8	343	64	36	127	37,1	22	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.206	3.996	116	34.159	30.979	29	14.405	42,2	5	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	4.915	1.014	-6	11.859	7.155	2.560	5.543	46,7	45	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	5.839	5.374	-325	19.405	15.374	533	5.731	29,5	65	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	7.771	1.179	0	16.073	52	24	37	0,2	552	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	34.097	32.831	-84	41.201	34.006	796	21.029	51,0	719	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	8	8	1	57	0	0	50	87,7	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.386	4.653	0	11.591	10.868	310	3.518	30,3	103	9
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	42	0	15	535	311	0	535	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	19.092	16.895	146	57.998	54.762	604	16.909	29,2	390	14
Serva GmbH	617	607	4	150	22	13	81	54,0	38	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.347	843	0	1.205	580	0	24	2,0	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	6.926	5.149	-153	32.486	31.711	319	18.226	56,1	63	4
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	21	0	14	515	344	0	515	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	299	78	-89	19.753	8.548	70	18.719	94,8	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	4.117	3.518	187	32.433	27.657	802	26.731	82,4	481	3
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.539	1.400	-535	25.934	25.603	234	3.749	14,5	80	0
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	996	0	59	362	133	20	71	19,7	9	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	16.246	3.257	206	282.978	191.375	22.377	173.013	61,1	75	0
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.274	6.220	2.335	68.324	1.260	0	5.807	8,5	52	4
A/V/E GmbH	22.518	22.239	314	4.866	921	398	1.861	38,2	312	14
Cives Dienste GmbH	644	639	11	133	0	0	25	18,8	31	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	104.673	101.946	343	36.879	1.595	446	25	0,1	65	7
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.235	5.103	439	4.888	3.847	201	1.256	25,7	56	0
EVH GmbH	462.796	436.666	24.352	341.143	232.220	17.196	77.917	22,8	471	50
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-13	129	0	0	120	92,6	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	45.256	41.981	1.670	147.530	134.124	10.062	109.673	74,3	223	7
Hafen Halle GmbH	4.507	4.096	-961	16.185	14.146	127	731	4,5	33	4
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	119.513	115.273	9.021	432.404	407.414	26.930	70.998	16,4	621	65
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	70.287	66.893	-9.575	34.702	27.129	5.141	763	2,2	0	0
IT-Consult Halle GmbH	20.756	20.540	1.139	11.172	597	282	522	4,7	179	2
Meter1 GmbH & Co. KG	143	121	-596	447	44	61	317	71,0	5	0
Meter1 Verwaltung GmbH	135	127	1	69	0	0	27	39,5	0	0
M-Exchange AG	1.201	1.151	46	457	284	95	243	53,2	3	0
RAB Halle GmbH	4.758	4.615	266	4.002	3.002	434	1.708	42,7	1	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.523	4.444	349	4.766	2.854	66	2.225	46,7	56	0
SHS Energiedienste GmbH ¹⁾	2.716	2.626	-217	1.470	35	2	22	1,5	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.172	3.172	15	710	0	0	26	3,6	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	210	198	23	810	0	0	664	82,0	2	0

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 (vorher: Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.228	4.094	62	785	224	55	225	28,6	57	1
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	715	581	97	2.156	1.906	16	1.056	49,0	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	52.162	37.696	-129	325.346	309.505	21.398	83.583	25,7	724	32
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	966	512	0	1.349	230	63	461	34,2	26	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	12.175	11.302	108	10.231	8.048	967	4.730	46,2	112	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.432	1.409	1	252	92	27	129	51,1	52	0
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.365	3.407	214	1.564	195	101	526	33,6	26	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	46.759	44.861	2.462	331.649	297.820	14.161 ¹⁾	168.308	50,7	97	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	85.669	78.285	8.772	540.806	483.906	20.381	250.720	46,4	225	7
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.865	5.859	0	74.889	74.874	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.721	1.736	61	11.297	9.743	1.510	6.463	57,2	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	623	399	-512	19.460	0	0	17.421	89,5	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	222	0	3	157	0	0	65	41,6	2	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.910	730	90	8.224	7.777	56	2.064	25,1	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.800	589	23	329	44	54	135	41,0	23	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.184	3.927	133	35.747	33.808	2.001	14.289	40,0	5	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	4.891	982	15	6.762	5.030	1.346	789	11,7	51	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.526	6.137	73	20.456	16.238	345	6.056	29,6	71	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	8.280	3.030	0	10.582	46	22	37	0,4	542	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	33.661	31.723	57	42.196	34.884	1.196	21.169	50,2	679	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	9	9	1	56	0	0	48	86,2	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.363	4.639	0	12.495	11.926	325	3.518	28,2	110	14
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	16	0	14	547	311	0	547	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	19.148	16.838	167	59.304	56.010	10.150	16.763	28,3	392	11
Serva GmbH	489	483	5	131	15	3	81	61,8	32	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.457	868	0	1.030	687	17	24	2,4	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	6.130	4.519	-311	32.848	32.315	3.720	18.379	56,0	58	3
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	12	0	11	509	344	0	509	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	875	89	45	21.540	8.667	190	20.873	96,9	24	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	3.950	3.069	39	33.036	29.972	1.744	28.186	85,3	492	5
Zoologischer Garten Halle GmbH	7.021	1.304	-270	28.120	27.134	372	4.283	15,2	80	8
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	849	0	55	401	144	14	119	29,8	7	0

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Bilanz

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit Aktiva = Passiva.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Cashflow (Berechnung)

Die Grundlage für die Berechnung des Cashflows bildet das Jahresergebnis. Dieses wird um die nicht liquiditätswirksamen Aufwands- und Ertragspositionen bereinigt. In der Mehrzahl der Fälle wird der Cashflow hinreichend genau aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen ermittelt. Sofern von Relevanz, können zusätzlich die Veränderungen der Rückstellungen und die Auflösung des Sonderpostens zur Ermittlung des Cashflow herangezogen werden.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresergebnis/Bilanzergebnis

Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Das Jahresergebnis ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzergebnisses wird der Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresergebnisses zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, können in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Weiterhin ist seit dem Jahr 2004 der Verlustvortrag unbeschränkt mit 1 Mio. Euro (2 Mio. Euro bei Zusammenveranlagung) möglich. Der danach verbleibende Rest des Gesamtbetrags der Einkünfte darf durch den verbleibenden Verlustvortrag um 60 % gemindert werden (ein Rest von 40 % des Gesamtbetrags der Einkünfte, soweit er über 1 Mio. Euro - bzw. 2 Mio. Euro - reicht, bleibt steuerpflichtig). Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen.

(Quelle: Springer Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, 18., aktualisierte und erweiterte Auflage 2014, Springer Fachmedien Wiesbaden)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses, Steuern und außerordentlicher Positionen dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn/Bilanzverlust)}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Aktionären zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist (Leverage Effekt).

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

Cashflow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cashflow

Kennzahlen-Aussage

Der Cashflow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cashflow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cashflow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge

Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) im Jahresdurchschnitt

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Beschäftigtem gibt den Anteil eines Beschäftigten an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

Personalaufwandsquote

$$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatzerlöse} \pm \text{Bestandsveränderungen} + \text{aktivierte Eigenleistungen} + \text{sonstige betriebliche Erträge}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben dem reinen Personalaufwand sind die Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen sowie die sozialen Abgaben. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

$$\frac{\text{Sachanlagen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und/oder Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag und Jahresüberschuss. Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Beteiligungsmanagement

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	30.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	30.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafbetrieb, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	
	Arbeitsdirektor	Walther, René	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
		Allner, Jürgen	(seit 14.08.2014)
		Berend, Stephanie	
		Böcker, Udo	(bis 14.08.2014)
	Bönisch, Bernhard	(bis 17.07.2014)	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

Aufsichtsrat:	Doege, Eberhard	(seit 17.07.2014)
	Dr. Meerheim, Bodo	(seit 17.07.2014)
	Gärtner, Steffen	
	Hilbig, Stefan	
	Kley, Gerry	(bis 17.07.2014)
	Kocian, Burkhard	
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	(bis 17.07.2014)
	Liedtke, Monika	
	Müller, Raik	(bis 17.07.2014)
	Nagel, Elisabeth	
	Otto, Renate	
	Scholtyssek, Andreas	(seit 17.07.2014)
	Wehrich, Dietmar	(seit 17.07.2014)
	Wolter, Tom	

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	29	32	33

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L.	8	30,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	150	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
M-Exchange AG	7	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	310	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel GmbH	317	1,57

mittelbar

	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka ebusiness GmbH	2	0,57
beka GmbH	2	0,63
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	29.250	22,88
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		41,36
GESY Green Energy Systems GmbH	4	0,39
HAL-Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Halle (Saale) i. L.	8	30,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	9	11,82
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	25	100,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
Trianel Energie B.V.		1,57
Trianel Erdgasförderung Nordsee GmbH & Co. KG		1,57
Trianel Erdgasförderung Nordsee Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Finanzdienste GmbH	39	1,57
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	41	0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	17	0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	4	15,24
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland GmbH & Co. KG		15,24
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland Verwaltungs GmbH	4	15,24
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG		15,24
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		15,24
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	4	15,24
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	4	15,24
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		15,24
Trianel Onshore Windpark Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		15,24
Trianel Service GmbH	8	1,57
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,57

mittelbar

	T€	%
Wertstoffaufbereitung GmbH Riethordhausen	8	25,50
WER-Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	235.085	70	234.490	68	191.375	68	595	0
Umlaufvermögen	102.222	30	108.700	32	91.532	32	-6.478	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	454	0	443	0	71	0	11	2
Bilanzsumme	337.761	100	343.633	100	282.978	100	-5.872	-2
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	175.260	52	169.389	49	173.013	61	5.871	3
Rückstellungen	14.994	4	13.812	4	14.919	5	1.182	9
Verbindlichkeiten	147.294	44	160.181	47	95.046	34	-12.887	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	213	0	251	0			-38	-15
Bilanzsumme	337.761	100	343.633	100	282.978	100	-5.872	-2

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.581	3.130	3.257
sonstige betriebliche Erträge	11.389	1.585	12.990
Personalaufwand	6.777	6.205	5.323
Abschreibungen	151	141	114
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.186	5.905	18.192
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	25.072	27.192	34.793
Erträge aus Beteiligungen	814	1.973	214
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.266	624	133
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.241	541	884
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	873	1.868	1.306
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	19.816	20.852	23.405
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.838	1.744	1.134
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.722	-1.670	2.797
außerordentliche Aufwendungen	1.340	1.304	1.341
außerordentliches Ergebnis	-1.340	-1.304	-1.341
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.507	648	1.252
sonstige Steuern	4	2	-2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5.871	-3.624	206
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5.871	-3.624	206

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	128,17	-115,79	6,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,47	-2,09	0,12	%
Cash-Flow:	25.839	17.369	23.724	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	184	59	217	T€
Personalaufwandsquote:	42,43	131,60	32,76	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,12	0,14	0,16	%
Eigenkapitalquote:	51,89	49,29	61,14	%
Fremdkapitalquote:	48,11	50,71	38,86	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.1.1. Identifikation weiterer Effizienzpotentiale
 - 3.1.2. Weiterentwicklung des Revisions-Systems
 - 3.1.3. Weiterentwicklung des Treasury-Management-Systems
 - 3.1.4. Unternehmenstransparenz
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Personalbericht
 - 3.5.1. Herausforderungen an die Personalarbeit
 - 3.5.2. Fachkräftesicherung und Führungskräfteentwicklung
 - 3.5.3. Zertifizierung des Personalbereichs
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Finanzmanagement
 - 4.2.2. Kapitalstruktur
 - 4.2.3. Investitionen
 - 4.2.4. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage zur Lage
- 5. Nachtragsbericht**
- 6. Chancen- und Risikobericht**
 - 6.1. Risikomanagementsystem
 - 6.2. Chancen und Risiken
- 7. Prognosebericht**
 - 7.1. Ergebniserwartung
 - 7.2. Investitionen
 - 7.3. Finanzierung

1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell

In der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) bündelt die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen der kommunalen Ver- und Versorgungswirtschaft sowie öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV). Die Zusammenfassung unter dem Dach der Holding zielt auf eine einheitliche Steuerung zueinander affiner Unternehmen und der Ermöglichung von Größen- und Synergievorteilen.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

In Verfolgung des Geschäftsmodells vereinen wir als Muttergesellschaft der SWH-Gruppe in unserem Beteiligungsportfolio unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 32 Unternehmen. Die wirtschaftliche Betätigung unserer Beteiligungen erstreckt sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, der Ableitung und Behandlung von Abwässern, der Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, öffentlicher Personennahverkehr und Hafenbetrieb sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe erbringen wir zentrale Dienstleistungen in den Bereichen Personalmanagement, Revision, Compliance, interne/externe Kommunikation und Image-Marketing, Beteiligungscontrolling, Finanz- und Cashpool-Management sowie Unternehmensbewertungen und Projektkoordination.

Unsere interne Organisation ist in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzerncompliance/Konzernrevision, Unternehmensentwicklung sowie Konzerncontrolling (Rechnungs-wesen, Controlling, Steuern, Finanzen/Cash-Pool) gegliedert.

1.1.2. Geschäftsfelder

Unser Beteiligungsportfolio unterteilt sich in die strategischen Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität“ und „Services“ entsprechend nachfolgender Übersicht:

Energie	Wasser & Entsorgung	Mobilität & Logistik	Services
EVH GmbH 100 % SWH	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH 100 % SWH	Hallesche Verkehrs AG 100 % SWH	
Energieversorgung Halle Netz GmbH 100 % EVH	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100 % SWH	Hafen Halle GmbH 100 % SWH	IT-Consult Halle GmbH 100 % SWH
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH 100 % EVH	RAB Halle GmbH 100 % SWH	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH 51 % HAVAG	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 50 % SWH	TELONON Abwasserbehandlung GmbH 100 % SWH	Saalebus GmbH 100 % HAVAG	Maya mare GmbH & Co. KG Komplementär SWH 82,4 % Komplementär HWS 12,5 %
Meter1 Verwaltung GmbH	Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH 60 % HWS	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 10,95 % HAVAG	Bäder Halle GmbH 100 % SWH
Meter1 GmbH & Co. KG Komplementär 33,3 % EVH	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH 50 % SWH	Einkaufs- u. Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH 0,63 % HAVAG	W+H Wasser und Haustechnik GmbH 100 % HWS
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) 20 % SWH	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH 50 % SWH		SHS Energiedienste GmbH 100 % SWH
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG 16,5 % EVH			Cives Dienste GmbH 100 % HWS
Trianel GmbH 1,57 % SWH			Servicegesellschaft Saale mbH 51 % HAVAG
			A/V/E GmbH 23,9 % SWH
			M-Exchange AG 7 % SWH

- Geschäftsfeldführungsgesellschaft
- Tochterunternehmen, Beteiligung

1.2. Ziele und Strategien

Unsere Ziele für die SWH-Gruppe sind auf den Ausbau der Ertragskraft und Finanzierungsfähigkeit sowie auf den nachhaltigen Substanzerhalt der Stadtwerkeunternehmen ausgerichtet. Wir verfolgen diese Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogenen Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Wir überprüfen die Strategien regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungswürdigkeit.

Im Ergebnis der auf die Prozessoptimalität ausgerichteten Strategien wurde im vierten Quartal 2012 das Programm „Exzellenz plus 20“ eingeleitet. Mit dem konzernweit koordinierten Programm verfolgen wir das verbindliche Ziel, im Mittelfristzeitraum weitere Effizienzpotentiale zu erschließen. Im Ergebnis der Exzellenz-Initiative wurden über 180 Projekte identifiziert. Die Projekte wurden im Geschäftsjahr 2014 weiter umgesetzt.

1.3. Steuerung

Wir steuern die SWH-Gruppe im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Prozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des konzernweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden. Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Beteiligungsunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die operative Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser & Entsorgung, Mobilität sowie Services.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen sind der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung) sowie Fremdkapital- und Kapitaldienstkorridore für die einzelnen Beteiligungsunternehmen.

Der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungserträgen ermittelt den Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschafts-/Gewebesteuer und Kapitalertragssteuer. Der vorgenannte Netto-Cashflow ist die Ausgangsgröße für die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der jeweiligen Folgejahre.

Mit der Steuerung von Finanzkennzahlen wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Geschäftsbanken bei der Finanzierung der Einzelgesellschaften zunehmend auf die Bonität des Konzerns abstellen. Die Bundesbank bemisst die Notenbankfähigkeit einzelner SWH-Unternehmen ausschließlich nach der Bonität des Konzerns

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die mittelbare Beteiligung an der Trianel Onshore-Windkraftwerke GmbH & Co. KG erhöhte sich im Geschäftsjahr 2014 auf 16,5 % durch vollständige Einzahlung der Stammeinlagen durch die EVH GmbH.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die PRL Recyclingpark Lochau GmbH i.L. gelöscht.

Die HAVAG erwarb im Geschäftsjahr weitere 50% der Anteile an der Saalebus GmbH und ist nunmehr alleinige Gesellschafterin. Die Saalebus erbringt ausschließlich Leistungen für die HAVAG.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3% auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der vorgehaltenen Infrastrukturen für die Ver- und Entsorgung und für den ÖPNV erfreulich.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.1.1. Identifikation weiterer Effizienzpotentiale

Im Geschäftsjahr wurde in Ergänzung des Programmes „Exzellenz plus 20“ ein konzernweites Projekt zur Identifikation weiterer Effizienzpotentiale bei Hilfs- und Querschnittsprozessen in den Bereichen Einkauf, Facility-Management, IT Services sowie Abrechnung/Kunden gestartet. Die erarbeiteten Maßnahmen werden zu weiteren Einspareffekten führen.

3.1.2. Weiterentwicklung des Revisions-Systems

Im ersten Quartal 2014 wurde das Revisions-System der SWH-Gruppe weiterentwickelt. Das Revisions-System erstreckt sich auf alle SWH-Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung und wird als zentrale Dienstleistung durch die Holding erbracht. Die Regelungen über die Arbeit der Konzernrevision wurden in einer neuen Geschäftsordnung definiert und Dienstleistungsverträge mit den SWH-Unternehmen abgeschlossen.

3.1.3. Weiterentwicklung des Treasury-Management-Systems

Im vierten Quartal starteten die Arbeiten zur Modernisierung und Weiterentwicklung des Treasury-Management-Systems (TMS) der Stadtwerke. Hierzu wurde bereits im letzten Jahr das seit längerem bestehende System mit Hilfe externer Unterstützung auf Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich der Instrumente, Regelwerke und der Organisation untersucht. Im Ergebnis wurde u.a. mit der Einführung einer neuen integrierten TMS-Software begonnen, welche die bisher genutzten Insellösungen ersetzen wird.

3.1.4. Unternehmenstransparenz

Im Zuge der Weiterentwicklung der Unternehmenstransparenz wurden alle Werbevertragspartner und Spendenempfänger der SWH-Gruppe, erstmals für 2012, auf unserer Homepage veröffentlicht.

Ebenso wurden alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage veröffentlicht.

Die Übersichten werden jährlich aktualisiert.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Maßgeblich für die Holding sind die Marktbeziehungen unserer Beteiligungen, die sich nach wie vor einem hohen Erlös- und Kostendruck auf ihren jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkten stellen müssen. Zugleich werden steigende Anforderungen an die Qualität und Beschaffenheit der Produkte und Dienstleistungen gestellt. Das veranlasst uns, auch weiterhin gezielt nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen und diese konsequent umzusetzen.

Darüber hinaus haben die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten eine fortgesetzt hohe Relevanz für die Ergebnispotentiale unserer Beteiligungsunternehmen. Bezugsseitig haben die Preise für Gas, Kohle, erneuerbare Energien sowie für CO₂-Zertifikate und Wasserpreise den größten Einfluss auf unsere Kostenentwicklung, wobei absatzseitig nur geringe Preisspielräume aufgrund der weiterhin hohen Wettbewerbsintensitäten bestehen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit ist weiterhin auf die anhaltend unbefriedigende preislichen Entwicklung in der Stromerzeugung durch Gaskraftwerke gerichtet. Wir sehen in der Organisation der Energiewende die Hauptursache für die unzureichende Ertragsperspektive in der Kraft-Wärme-Kopplung.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die Geschäftstätigkeit kommunaler Unternehmen unterlag, neben branchen- und fachgesetzlicher Einzelgesetze, der Gemeindeordnung Sachsen-Anhalts. Am 17. Juni 2014 wurde die Gemeindeordnung durch das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt ersetzt. Die Regelungen für die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Unternehmen wurden dabei nicht verändert.

Die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale) sind im Public Corporate Governance Kodex verankert. Der Kodex trat mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 25. Juni 2014 in Kraft und wurde durch Gesellschafterbeschluss auch für die SWH-Unternehmen verbindlich. Darin werden Regularien und Maßstäbe guter Unternehmenssteuerung und Unternehmensführung zusammengefasst und weiter detailliert.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ausschlaggebend für den Erfolg der Holding ist der Saldo aus den Organschaftsverhältnissen mit unseren Tochterunternehmen.

Direkte Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsverträge bestehen zur EVH GmbH; Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, TELONON Abwasserbehandlung GmbH, RAB Halle GmbH, Hallesche Verkehrs AG, Hafen Halle GmbH, IT-Consult Halle GmbH und zur SHS Energiedienste GmbH. Mittelbare besteht über die EVH GmbH ein Ergebnisabführungsvertrag Energieversorgung Halle Netz GmbH und über die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH ein Ergebnisabführungsvertrag mit Cives Dienste GmbH und der W+H Wasser und Haustechnik GmbH.

Im Geschäftsjahr 2013 betrug der Saldo aus Organschaftsverhältnissen 25,3 Mio. EUR. Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014 sah einen sinkenden Saldo von 24,0 Mio. EUR vor. Der in der Planung erwartete Rückgang war durch die weiterhin unbefriedigende Ertragsaussichten in der Energieerzeugung, sowie durch Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen begründet. Nunmehr konnten wir das Geschäftsjahr mit einem Saldo aus Organschaftsverhältnissen in Höhe von 24,2 Mio. € und somit leicht über Plan abschließen. Die vorgenannten Salden setzten sich wie folgt zusammen:

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	Ist 2013	Plan 2014	Ist 2014	Veränderung zu 2013	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
EVH GmbH	14,5	13,5	13,5	-1,0	-6,9
Hafen Halle GmbH	-1,3	-0,7	-0,9	0,4	30,8
Hallesche Verkehrs AG	-0,6	0,0	0,0	0,6	100,0
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	10,6	9,4	9,7	-0,9	-8,5
IT-Consult Halle GmbH	1,8	1,4	1,5	-0,3	-16,7
RAB GmbH	0,3	0,4	0,3	0,0	0,0
SHS Energiedienste GmbH	-0,1	0,0	0,0	0,1	100,0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Organschaft	25,3	24,0	24,2	-1,1	-4,3

3.5. Personalbericht

3.5.1. Herausforderungen an die Personalarbeit

Die Personalarbeit in der SWH-Gruppe wird durch zahlreiche Faktoren beeinflusst. So setzt sich der Trend in der demografischen Entwicklung insbesondere auch für die Stadt Halle (Saale) weiter fort. Bis zum Jahr 2025 wird mit einer deutlichen Abnahme des Erwerbspersonenpotentials in der Region zu rechnen sein. Dies hat zur Folge, dass mit jedem Jahrgang der potenzielle Fach-/Führungskräftenachwuchs sinkt. Darüber hinaus stellt der Wertewandel (Bedeutungszunahme von sozialen Beziehungen, persönliche Orientierung und Lebenssinn sowie die Integration verschiedener Generationen) den Personalbereich vor die Herausforderung neue Wege zu gehen, um Fach- und Führungskräfte zu rekrutieren, zu entwickeln und an die Unternehmen der Gruppe zu binden.

Die im Punkt im Geschäftsverlauf dargestellten Umfeldentwicklungen, die insbesondere durch den Wandel auf dem Energiemarkt getrieben werden, machen es unabdingbar, das im Jahr 2013 begonnene Kosten- und Ertragssteigerungsprogramm Exzellenz plus 20 durch intensive Personalarbeit zu unterstützen.

3.5.2. Fachkräftesicherung und Führungskräfteentwicklung

Wir investieren in die Berufsausbildung und die kontinuierliche Entwicklung unserer Mitarbeiter und Führungskräfte. Darin sehen wir das entscheidende Instrument zur Sicherung und zum Ausbau der Fach-, Methoden- und Führungskompetenzen, die zum Erreichen unserer strategischen Ziele notwendig sind. Zur Positionierung als attraktiver Arbeitgeber in der Region betreiben wir in unserer Gruppe eine aktive Nachwuchsakquise in den Zielgruppen Schüler und Studenten. Hierzu bieten wir Vorträge und Betriebsbesichtigungen für Schulklassen an und halten Schülerpraktikumsplätze bereit. Über unsere eigene Ausbildungsmesse im Historischen Technikzentrum und die Teilnahme an der Saline-Akademie werden junge Menschen aktiv in ihrer Berufsfindung unterstützt. Die SWH-Gruppe positioniert sich auf regionalen Hochschulmessen als attraktives und innovatives Unternehmen. Mit dem Angebot von Praktikumsplätzen, Bachelor- und Masterarbeiten sowie Werkstudentenverträgen wird hier der erste Kontakt zu unserem zukünftigen Fach- und Führungskräftenachwuchs geknüpft.

Im Jahr 2014 haben 34 junge Menschen in der SWH-Gruppe ihre Berufsausbildung aufgenommen. Im gleichen Jahr haben 46 Auszubildende ihre Berufsausbildung erfolgreich beendet. Davon wurden 36 in ein befristetes und 5 in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Insgesamt bildete die SWH-Gruppe 138 Auszubildende in 12 verschiedenen Berufen aus. Besonderer Höhepunkt im Jahr 2014 war die soziale Lernwoche in Kooperation mit der Freiwilligenagentur Halle.

Mit dem Einsatz von 19 Trainees holen wir aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und Impulsgeber in die Unternehmen unserer Gruppe. Die Trainees durchlaufen ein in der Regel zweijähriges Trainee-Programm. Während dieser Zeit können sie sich einen breiten Überblick über das komplette Aufgabengebiet sowie ihre Stärken und Potenziale verschaffen. Der Personalbereich organisierte für alle Trainees der Unternehmensgruppe ein 2tägiges Training, welches der Vermittlung von Methodenkompetenz, dem Erfahrungsaustausch und der Vernetzung untereinander, aber auch der Qualitätssicherung der Traineeprogramme diente.

Neben der Investition in die „nächste Generation“ von Mitarbeitern wird über die Personalentwicklung durch Anpassungs- und Aufstiegsqualifizierungen, den TalentPool und die Führungskräfteentwicklung auch in die Entwicklung des bestehenden Mitarbeiterstamms investiert.

In 2014 wurden 23 Mitarbeiter von 156 Bewerbern nach einem mehrstufigen Auswahlprozess in den TalentPool aufgenommen. Bisher ergriffen 6 Teilnehmer die Chance und wechselten in eine Führungsfunktion. Die Talente erweitern ihre Kompetenzen in verschiedenen Situationen wie z. B. Trainings, Projektarbeit oder reflexives Selbstlernen. Über die verschiedenen Angebote haben sie die Möglichkeit sich fachlich, methodisch und persönlich weiterzuentwickeln, Verantwortung zu übernehmen, sich auszutauschen und zu vernetzen.

Die Angebote in der Führungskräfteentwicklung richten sich an alle Mitarbeiter mit Führungsverantwortung in den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe, Ihre Führungskompetenzen zu stärken und somit einen aktiven Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele auf der Zielebene Ressourcen und Wissen zu leisten. Damit werden - neben der Entwicklung von Fach-, Methoden- und Führungskompetenz auf Basis des SWH-Kompetenzmodells - auch die Steigerung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft durch die Befähigung der Führungskräfte, ihre Ziele zu erreichen, ausgebaut.

Die Führungskräfteentwicklung besteht aus drei verschiedenen Bausteinen, welche unternehmensübergreifende, unternehmensspezifische und funktionsgruppenspezifische Angebote beinhalten. Diese zielen darauf ab, die Brücke zwischen den erlernten Inhalten und der täglichen Arbeitswelt zu schlagen und tragen somit zur Steigerung der Nachhaltigkeit der Entwicklungsmaßnahmen bei. Die Führungskräfteentwicklung ist flexibel und anpassungsfähig, um notwendige Führungskompetenzen gezielt zu fördern. Sie ersetzt jedoch nicht die unternehmens- und bereichsspezifischen fachlichen Weiterentwicklungen (z. B. Fortbildungen und Kongresse) in den Tochterunternehmen.

Im Kalenderjahr 2014 wurden insgesamt 58 Veranstaltungen mit 100 Schulungstagen durchgeführt. Durch die Trainer wurden dabei 526 Führungskräfte geschult. Das heißt, dass jede Führungskraft im Durchschnitt 1,7-mal an einer Veranstaltung teilgenommen hat. Wir haben die strategischen Führungskräfte der Gruppe zu einer FührungskräfteTagung eingeladen, gemeinsam zentrale strategische Themen zu bearbeiten und zu diskutieren. Erstmals fand 2014 auch eine Tagung für Führungskräfte der operativen Führungsebene, also alle Führungskräfte unterhalb der Abteilungsleitersebene, statt. Hierdurch wird ein entscheidender Beitrag zur Verbesserung der hierarchieübergreifenden Kommunikation und der Einbeziehung der unteren, mitarbeiternahen Führungsebenen in den strategischen (und in der Folge auch operativen) Unternehmensentwicklungsprozess geleistet. Die Führungskräfte arbeiteten an Themen wie das Gesundheitsmanagement mit aktuellen Zahlen und Handlungsaufträgen auf Basis der aktuellen Zahlen zum Krankenstand sowie dem Verhaltenskodex der Unternehmensgruppe.

3.5.3. Zertifizierung des Personalbereichs

Mit der Zertifizierung des Personalbereiches nach dem Prüfstandard - IDW PS 951 wurde uns ein hohes Maß an Qualität und Prozesssicherheit für die zentral erbrachten und ausgelagerten Leistungen bescheinigt. In einem ersten Schritt wurden die Kernprozesse der einzelnen Teams Personalbetreuung, Vergütungs-/Entgeltabrechnung, Ausbildung und Personalcontrolling/-organisation definiert und beschrieben. Diese Kernprozesse wurden in Teilprozesse untergliedert und es erfolgte eine detaillierte Beschreibung des Kontrollprozesses. Auf Grundlage der nun vorhandenen Prozessbeschreibungen analysierten die Mitarbeiter des Personalbereiches, inwiefern eine lückenlose Kontrolle entlang der Prozesskette sowie die Wahrung des 4-Augen-Prinzips gewährleistet sind. Abschließend erfolgte die Visualisierung in einer Kontrollmatrix. Im Ergebnis existiert seit August 2014 für die o. g. Teams eine Matrix zur Orientierung, regelmäßigen Umsetzung und Dokumentation der Kontrollprozesse. Jeder Mitarbeiter bekam durch die entsprechende Führungskraft eine Unterweisung in die Kontrollprozesse seines Zuständigkeitsbereiches. Mit der detaillierten Prozessaufnahme und der umfassenden Risikoanalyse ist eine Grundlage für die anstehende Zertifizierung des Personalbereiches nach IDW PS 951 geschaffen. Die tatsächliche Zertifizierung wird Anfang 2015 erfolgen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Wir konnten das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 5,9 Mio. EUR (Plan: 5,8 Mio.) abschließen.

Für die Beurteilung des handelsrechtlichen Erfolgsausweises ist zu berücksichtigen, dass der Erfolg maßgeblich durch die Modalitäten zur Berechnung der Finanzierungsanteile der SWH und der Stadt Halle (Saale) an dem Betriebskostenzuschuss für den ÖPNV beeinflusst wird. Die Analyse und Beurteilung der Ertragslage wird im Folgenden unter Berücksichtigung der Veränderungen in der ÖPNV-Finanzierung dargestellt:

Ertragslage (angepasst)	Vorjahr	2014	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio.€	%
Umsatzerlöse	3,1	4,6	1,5	48
Übrige betriebliche Erträge	+ 1,6	11,4	9,8	>100
Personalaufwand	./. 6,2	6,8	0,6	10
Übrige betriebliche Aufwendungen	./. 26,8	26,0	-0,8	-3
Ergebnis aus Beteiligungen und Zinserträge aus Ausleihungen	+ 27,9	26,3	-1,6	-6
EBITDA	-0,3	9,5	9,8	>100
Erträge ÖPNV	./. 0,9	10,4	9,5	>100
Aufwand ÖPNV	+ 19,4	19,4	0,0	0
Saldo ÖPNV	18,5	9,0	-9,5	-51
EBITDA (vor ÖPNV)	18,2	18,5	0,3	2
Abschreibungen	./. 0,1	0,2	0,1	100
EBIT	18,1	18,3	0,2	1
Zinsergebnis	+ -1,2	-0,6	0,6	50
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)	16,9	17,7	0,8	5
außerordentliche Aufwendungen	./. 1,3	1,3	0,0	0
Ertragssteuern	./. 0,6	1,5	0,9	>100
Sonstige Steuern	./. 0,0	0,0	0,0	0
Jahresüberschuss (vor ÖPNV)	15,0	14,9	-0,1	2
Saldo ÖPNV	+ -18,5	-9,0	9,5	-51
Jahresüberschuss	-3,5	5,9	9,4	>100

Die **Umsatzerlöse** wiesen im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von 1,5 Mio. EUR (+48 %) aus. Hintergrund des Anstieges war die Zunahme der abgerechneten Dienstleistungen unserer zentralen Dienstleistungsbereiche Personal, Konzernrevision und Konzernkommunikation.

Die **übrigen betrieblichen Erträge** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 9,8 Mio. EUR (>100 %) hauptsächlich durch den Anstieg des städtischen Anteils an der Betriebskostenfinanzierung des ÖPNV von 9,5 Mio. EUR.

Der Anstieg des **Personalaufwandes** um 0,6 Mio. EUR auf 6,8 Mio. EUR (+10 %) resultierte aus dem weiteren Ausbau unserer zentralen Dienstleistungsbereiche und befristeten projektbezogenen Einstellungen.

Die **übrigen betrieblichen Aufwendungen** verringerten sich um 0,8 Mio. EUR (-3 %) auf 26,0 Mio. EUR.

Übriger betrieblicher Aufwand	Vorjahr	2014	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	%
Abschreibungen auf Finanzanlagen auf WP des Umlaufvermögens	20,9	19,8	-1,1	-5%
darunter Abschreibung der Einlage in die HAVAG (Zuschuss ÖPNV)	19,4	19,4	0,0	0%
sonstiger betrieblicher Aufwand	5,9	6,2	0,3	5%
Übriger betrieblicher Aufwand	26,8	26,0	-0,8	-3%

Wesentlich für den Rückgang von 3 % waren die im Vorjahresvergleich geringeren Abschreibungen auf Finanzanlagen. Diese Position umfasst die Abschreibung der als Einlage in die HAVAG geleisteten Betriebskostenzuschüsse für den ÖPNV sowie die Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes an der Abfallwirtschaft Halle-Lochau GmbH (AWH), der regelmäßig in Höhe des Barwertes der jeweiligen Gewinnausschüttung erfolgt. Die Gewinnausschüttung der AWH im Geschäftsjahr 2014 war planmäßig geringer als im Vorjahr.

Darüber hinaus stieg der sonstige betriebliche Aufwand um 0,3 Mio. EUR in Folge der Weiterentwicklungen unserer Managementsysteme (Revision, Treasury, Compliance und Risikomanagement sowie der Zertifizierung des Personalbereiches) unter Zuhilfenahme externer Unterstützung.

Das **Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen** verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Mio. EUR (oder 6 %) auf 26,3 Mio. EUR.

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	Vorjahr	2014	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	%
Saldo aus Organschaftsverhältnissen	25,3	24,2	-1,1	-4
Beteiligungserträge	2,0	0,8	-1,2	-60
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,6	1,3	0,7	117
Gesamt	27,9	26,3	-1,6	-6

Neben der erwarteten Abnahme der Saldos aus Organschaftsverhältnissen waren auch die Erträge aus Beteiligungen in Folge der planmäßigen Verringerung der Gewinnausschüttung der AWH rückläufig. Dahingegen konnten wir erstmals Beteiligungserträge aus den Gewinnausschüttungen der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) und der RES Recycling und Entsorgungsservice Sangerhausen GmbH vereinnahmen.

Der Anstieg der Erträge aus Ausleihungen auf 1,3 Mio. EUR (+117%) zum Vorjahr (0,6 Mio. EUR) resultierte aus der erstmals ganzjährigen Zinszahlung der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der EVH GmbH für die im zweiten Halbjahr 2013 durch SWH weitergereichten Schuldscheindarlehen.

Das **EBITDA** stieg im Vorjahresvergleich um 9,8 Mio. EUR (>100%) auf 9,5 Mio. EUR, hauptsächlich durch die höheren Betriebskostenzuschüsse der Stadt Halle (Saale) für den ÖPNV.

Das **EBITDA (vor ÖPNV)** gibt das operative Ergebnis der SWH vor Kapitaldienst und anderer finanzieller Verpflichtungen - wie etwa der Bezuschussung - wider. Im Ergebnis konnte das EBITDA (vor ÖPNV) erwartungsgemäß zulegen (+ 2 %).

Verbesserungen wurden auch im **Zinsergebnis** erzielt, welches von -1,2 Mio. EUR auf -0,6 Mio. EUR anstieg. Maßgeblich hierfür waren höhere Zinserträge (+1,7 Mio. EUR) in Folge der erstmals ganzjährigen Entgeltzahlungen für die Sicherheitsleistungen gegenüber unseren Tochterunternehmen EVH, HWS und HAVAG.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)** umfasst alle wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio des SWH. Es ist deshalb zugleich auch ein Gradmesser für die Kurseinhaltung der SWH-Gruppe. Im Vergleich zum Vorjahr 2013 konnte es um 0,8 Mio. EUR bzw. 5 % auf 17,7 Mio. EUR anwachsen. Der Anstieg ist auf das bessere EBITDA (vor ÖPNV) und dem besseren Zinsergebnis zurückzuführen.

Die **außerordentlichen Aufwendungen** betrafen den aus Eigenmitteln der SWH finanzierten Betriebskostenzuschuss für das Freizeitbad Maya mare.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** stiegen um 0,9 Mio. EUR (+133%) an. Im Jahresabschluss wurde eine Steuerrückstellung für nicht auszuschließende Risiken aus der steuerlichen Betriebsprüfung des einkommenssteuerlichen Organkreises der SWH für die Jahre 2007-2010 berücksichtigt und war ursächlich für den höheren Steuerausweis.

Der **Jahresüberschuss (vor ÖPNV)** sank im Vorjahresvergleich um 2 % oder 0,1 Mio. EUR auf 14,9 Mio. EUR. Der handelsrechtliche Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem ÖPNV stieg in Folge des höheren Finanzierungsanteils der Stadt Halle (Saale) dagegen deutlich an.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Finanzmanagement

Wir haben sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzerneinheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei einlagengesicherten Banken getätigt.

4.2.2. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr 2014 konnte das Eigenkapital in Höhe des Bilanzgewinns um 5,9 Mio. EUR erhöht werden, dieses entspricht einer Zunahme von 3,5 %. Der Eigenkapitalausweis von nunmehr 175,3 Mio. EUR entspricht einer Eigenkapitalquote von 51,9 % (Vorjahr 49,3 %).

Unsere **Finanzverbindlichkeiten** betragen zum Bilanzstichtag 76,7 Mio. EUR; dieses bedeutet zum entsprechenden Vorjahresausweis von 79,6 Mio. EUR eine tilgungsbedingte Abnahme von 2,9 Mio. EUR bzw. 3,7 %. Unter Berücksichtigung der Zunahme der liquiden Mittel um +4,0 Mio. EUR (+103,8 %) verringerten sich die **Nettoschulden** um insgesamt 6,9 Mio. € (-8 %).

Bei einem EBITDA (vor ÖPNV) von 18,5 Mio. EUR konnte der Verschuldungsfaktor mit einer Absenkung von 9 % von 4,6 auf 4,2 verbessert werden.

Nettoschulden	2013	2014	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Finanzverbindlichkeiten	79,6	76,7	-2,9	-4
Liquide Mittel	-3,9	0,1	4,0	>100
Nettoschulden	83,5	76,6	-6,9	-8
EBITDA (vor ÖPNV)	18,2	18,5	0,3	2
Nettoschulden/EBITDA (vor ÖPNV)	4,6	4,2		-9

Die Finanzverbindlichkeiten umfassen Bankdarlehen in Höhe von 18,7 Mio. EUR (Vorjahr 21,6 Mio. EUR) und Schuldscheindarlehen/Namenschuldverschreibungen in Höhe von 58,0 Mio. EUR. Die Finanzverbindlichkeiten haben eine durchschnittliche Restlaufzeit von 6,1 Jahren. Die Restlaufzeit der Bankverbindlichkeiten beträgt 4,3 Jahre. Diese werden auf Basis des 3-, bzw. 6-Monats-Euribor verzinst. Den Geschäftsbanken wurden Non-Financial-Covenants in Form von Negativ- und Gleichbehandlungserklärungen eingeräumt.

Die Schuldscheindarlehen aus der Begebung im Geschäftsjahr 2013 wurden in Höhe von 38 Mio. EUR zu identischen Konditionen an unsere Tochterunternehmen EVH GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH weiterkreditiert.

4.2.3. Investitionen

Die Investitionen des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 22,7 Mio. EUR bestehen nahezu ausschließlich aus den Einzahlungen in die Kapitalrücklagen der HWS, HAVG sowie Bädergesellschaften.

Für das Geschäftsjahr 2015 steht der Erwerb des derzeit von uns gemieteten Verwaltungsgebäudes „Spitze“ an. Hiermit verbunden ist ein Finanzierungsbedarf von brutto ca. 20 Mio. EUR. Über die Deckung wird zum Jahresende 2015 entschieden.

4.2.4 Liquidität

Im Geschäftsjahr entwickelte sich die Liquidität entsprechend der nachfolgenden Übersicht:

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit konnte mit 29,6 Mio. EUR (+10,7 Mio. EUR) den Finanzbedarf für die Investitionen und den Großteil des Liquiditätsabflüsse aus Finanzierungstätigkeit decken.

	2013	2014
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	18,9	29,6
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-64,1	-20,6
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	61,7	-11,0
Zahlungswirksame Veränderungen	16,5	-2,0
Finanzmittelfond zum 01.01.	43,1	59,6
Finanzmittelfond zum 31.12.	59,6	57,6

Die Zunahme des Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist auf die verbesserte Ertragsituation in Folge der Mitfinanzierung des ÖPNV durch die Stadt Halle (Saale) zurückzuführen.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit umfasste die Einlagen in die Kapitalrücklagen der HAVAG, der HWS und der Bädergesellschaft (zusammen 22,7 Mio. EUR). Mittelzuflüsse im Investitionsbereich erfolgten durch die Veräußerung von Wertpapieren (+2,0 Mio. EUR).

Der Cash-outflow aus der Finanzierungstätigkeit ist Folge der planmäßigen Tilgung der Finanzverbindlichkeiten (-2,9 Mio. EUR) sowie der Abnahme der liquiden Mittel der am Cashpool beteiligten Unternehmen (-8,1 Mio. EUR).

4.3. Vermögenslage

Bilanz SWH (Kurzfassung)	2013	2014	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Anlagevermögen	234,5	235,1	0,6	0,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,1	0,1	0,0	0,0
Sachanlagen	0,5	0,4	-0,1	-20,0
Finanzanlagen	233,9	234,6	0,7	0,3
Umlaufvermögen	109,1	102,7	-6,4	-5,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	48,9	44,4	-4,5	-9,2
Wertpapiere und liquide Mittel	59,8	57,8	-2,0	-3,3
Rechnungsabgrenzungsposten	0,4	0,5	0,1	25,0
Bilanzsumme Aktiva	343,6	337,8	-5,8	-1,7
Eigenkapital	169,4	175,3	5,9	3,5
Rückstellungen	13,8	15,0	1,2	8,7
Verbindlichkeiten	160,2	147,3	-12,9	-8,1
Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,2	0,0	-0,0
Bilanzsumme Passiva	343,6	337,8	-5,8	-1,7

Die **Aktiva** reduzierte sich im Vorjahresvergleich von 343,6 Mio. EUR auf 337,8 Mio. EUR um -5,8 Mio. EUR oder -1,7%. Hierbei erhöhte sich das Anlagevermögen durch eine Zunahme bei den Finanzanlagen (+0,6 Mio. EUR). Hierzu trugen die Einlagen in die jeweiligen Kapitalrücklagen der HWS (+2,0 Mio. EUR) und der Bäder Halle GmbH (1,3 Mio. EUR), die Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes an der AWH (-0,4 Mio. EUR) sowie die Veräußerung von Wertpapieren (-2,0 Mio. EUR) bei.

Das Umlaufvermögen verringerte sich durch eine Abnahme der Forderungen (-4,5 Mio. EUR) und durch eine geringere Stichtagsliquidität der am Cash-Pool beteiligten Unternehmen (-2,0 Mio. EUR) um insgesamt -6,4 Mio. EUR (-5,9 %).

Auf der **Passivseite** wuchs das Eigenkapital durch die Einstellung des Bilanzgewinns auf 175,3 Mio. EUR (+5,9 Mio. EUR, +3,5 %). Zudem erhöhten sich die Rückstellungen im Vorjahresvergleich von 13,8 auf 15,0 Mio. EUR hauptsächlich in Folge der Bildung einer Steuerrückstellung für nicht auszuschließende Risiken aus der Betriebsprüfung des steuerlichen Organkreises.

Die Rückführung der Verbindlichkeiten (-12,9 Mio. EUR) überstieg den Zuwachs beim Eigenkapital und bei den Rückstellungen um 5,8 Mio. EUR. Wesentlich hierfür waren geringere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, hauptsächlich in Folge geringerer Cash-Pool-Forderungen der Tochterunternehmen gegenüber der SWH als Cash-Pool-Führerin.

4.4. Gesamtaussage zur Lage

Der Saldo aus Organschaftsverhältnissen verringerte sich erwartungsgemäß um 1,1 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Diesen Rückgang haben wir erwartet, weil von einer weiterhin unzureichenden Ertragssituation in der Stromerzeugung auszugehen war.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV) konnte im Geschäftsjahr 2014 um 5% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Da diese Position alle wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio der SWH wiedergibt, bildet sie zugleich auch einen Gradmesser für die Erfolgsposition unserer Beteiligungen.

Der Zuwachs des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV) ist ein Beleg für die Wirksamkeit des Optimierungsprojektes „Exzellenz plus 20“ (Effizienzsteigerungs-programmes).

5. Nachtragsbericht

Nach dem Stichtag sind keine nennenswerten Sachverhalte eingetreten oder herbeigeführt worden, die für die Beurteilung der Lage wesentlich sind.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird jeweils als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem sind die geschäftsleitende Holding und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser & Entsorgung, Mobilität & Logistik sowie Service einbezogen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde eine Prüfung der Funktionsfähigkeit der in den Unternehmen eingerichteten Überwachungssysteme gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst. Anschließend werden die prozentualen Eintrittswahrscheinlichkeiten und die finanziellen Schadenshöhen der jeweiligen Risiken als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich. Zu den ermittelten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung und Überwachung sowie zur Risikoabbeugung entwickelt und dokumentiert.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unternehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwert liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken und werden in „Gruppe 1“ und „Gruppe 2“ in eine Rangordnung gebracht. Gruppe-1-Risiken weisen die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe zwei-Risiken geringere Kombinationen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Monatsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Als Managementholding haben wir nur wenige Eigenrisiken. Die wesentlichen Chancen und Risiken ergeben sich aus der Entwicklung der Ergebnispotenziale unserer Beteiligungsunternehmen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden in allen Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe insgesamt 148 Risiken detektiert, dieses bedeutete zum Vorjahr eine Zunahme von 34 Einzelrisiken. Unter diesen Risiken lagen insgesamt 12 Einzelrisiken über dem Schwellenwert und wurden als konzernrelevante Risiken in das Konzernrisikomanagement übernommen, welches insgesamt 12 Einzelrisiken umfasst.

Die konzernrelevanten Risiken verteilen sich auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	2	1	1
Absatzmarkt/Vertrieb	2	1	1
Wettbewerb/Konkurrenz	-	-	-
Gesetzgebung/Recht/Steuern	3		3
Kapitalmarkt	1		1
Technologie	-	-	-
Naturereignisse/Umwelt	1		1
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	3		3
Gesamt	12	2	10

Von den 12 konzernrelevanten Risiken sind 2 Einzelrisiken der Gruppe 1 zugeordnet und beruhen auf Rechtsprechungen von EUGH und BGH, wonach bestimmte Preisänderungsklauseln bei bestimmten Strom- und Gaskunden möglicherweise unzulässig und in Folge dessen anfechtbar sein könnten. Das zweite Gruppe-1-Risiko bezieht sich auf einen weiteren Abschreibungsbedarf der Kraftwerksanlagen Dieselstraße im Falle eines weiteren Margenverfalls in Stromerzeugung über das bisher angenommene und in den Planungen berücksichtigte Ausmaß hinaus.

Die vorgenannten konzernrelevanten Risiken werden im Risikomanagement als Brutto­risiken erfasst. In den Planungen und in den Jahresabschlüssen unserer Beteiligungsunternehmen und der Holding sind die Risiken zu einem großen Teil berücksichtigt.

7. Prognosebericht

7.1. Ergebniserwartung

Wir gehen in unseren Planungen davon aus, im Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss von 4,5 Mio. EUR abzuschließen. Hierbei gehen wir von den nachfolgend aufgeführten Ergebnisbeiträgen unseres Beteiligungsportfolios aus:

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	Ist 2014	Plan	Veränderung	
	Mio.€	2015 Mio.€	Mio.€	in %
EVH GmbH	13,5	12,6	-0,9	-6,7
Hafen Halle GmbH	-0,9	-0,8	0,1	11,1
Hallesche Verkehrs AG	0,0	0,0	0,0	0,0
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	9,7	8,7	-1,0	-10,3
IT-Consult Halle GmbH	1,5	1,5	-0,0	0,0
RAB GmbH	0,3	0,3	0,0	0,0
SHS Energiedienste GmbH	0,0	0,0	0,0	0,0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Organschaft	24,2	22,3	-1,9	-7,9

7.2. Investitionen

In der Planung für das 2015 sind Investitionen für die Akquisition energieaffine Beteiligungen von 1,5 Mio. EUR vorgesehen. Nach Verabschiedung unserer Planungen hat sich die Möglichkeit des frühzeitigen Erwerbs unseres derzeit gemieteten Verwaltungsgebäudes Spitze ergeben.

7.3. Finanzierung

Die Finanzierung des vorzeitigen Erwerbs des Verwaltungsgebäudes war in unseren Planungen nicht vorgesehen, hierüber wird im Verlaufe des Jahres entschieden. Unsere Planungen sehen – ohne Erwerb Verwaltungsgebäude - keine Kreditaufnahmen vor.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	30					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">30</td> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	30	100,00
T€	%					
30	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.286	2	1.286	2	1.260	2	0	0
Umlaufvermögen	63.346	98	65.328	98	67.055	98	-1.982	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	9	0	9	0	-1	-11

Bilanzsumme	64.640	100	66.623	100	68.324	100	-1.983	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.606	7	4.073	6	5.807	8	533	13
Rückstellungen	58.578	91	59.576	89	61.949	91	-998	-2
Verbindlichkeiten	1.456	2	2.974	5	567	1	-1.518	-51
Rechnungsabgrenzungsposten					1	0		

Bilanzsumme	64.640	100	66.623	100	68.324	100	-1.983	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.399	5.906	6.220
sonstige betriebliche Erträge	2.169	2.727	4.054
Materialaufwand	1.273	234	220
Personalaufwand	2.214	2.186	2.254
Abschreibungen	1	0	
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.886	6.338	5.997
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.304	1.658	1.925
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		526	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	151	75	29
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.347	932	3.699
außerordentliche Erträge	251	101	97
außerordentliche Aufwendungen	615	123	619
außerordentliches Ergebnis	-364	-22	-522
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	832	292	826
sonstige Steuern	17	17	16
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.134	601	2.335
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.134	601	2.335

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	15,33	10,18	37,55	%
Eigenkapitalrentabilität:	32,67	17,32	67,26	%
Cash-Flow:	1.135	1.127	2.335	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	233	196	198	T€
Personalaufwandsquote:	23,14	25,32	21,94	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,99	1,93	1,84	%
Eigenkapitalquote:	7,13	6,11	8,50	%
Fremdkapitalquote:	92,87	93,89	91,50	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Abfallmenge	1.111.299,00	755.570,00	880.952,00	Mg
Durchschnittserlöse	3,90	3,42	3,25	EUR/Mg

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Geschäftstätigkeit der AWH umfasst die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Die Gesellschaft ist ein 100%-iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Geschäftsbetrieb der AWH ist hauptsächlich auf die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgen noch Aktivitäten in der sonstigen Geschäftstätigkeit, welche die Vermietung/Verpachtung von Ansiedlungsflächen sowie Infrastrukturdienstleistungen für bereits am Standort Halle-Lochau befindliche Unternehmen betreffen. Darüber hinaus gehört der Betrieb einer Boden- und Bauschuttbörse zur sonstigen Geschäftstätigkeit des Unternehmens.

1.2. Ziele und Strategien

Das Hauptziel der AWH ist die konsequente Durchführung einer umweltgerechten, nachhaltigen und kostenoptimierten Sicherung des Standortes Halle-Lochau mit dem Ziel zum Abschluss der Nachsorge aus der umweltrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen zu werden. Ein weiteres Ziel ist gemäß dem Gesellschaftszweck die Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums am Standort Halle-Lochau.

Auf Grund der Komplexität und der Alleinstellungsmerkmale des Stilllegungsprozesses unterliegt die AWH seit Beginn der Stilllegung zum 1. Juni 2005 unterschiedlichsten Herausforderungen, die sich sowohl aus den rechtlichen als auch aus den betrieblichen Rahmenbedingungen ergeben. Diese Herausforderungen wurden bis dato in intensiver Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin angegangen und überwiegend positiv gestaltet. So ist die AWH bei der weiteren Optimierung des Geschäftsbetriebes in den Strategieprozess „Exzellenz +20“ des SWH-Konzerns eingebunden. Einzelne Maßnahmen konnten bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 schon umgesetzt werden. Hier sind vor allem die Boden- und Bauschuttbörse, die Optimierung der Deponiegasausbeute sowie die Mitarbeit bei der Zusammenführung der Labore zu nennen.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der AWH gliedert sich außer der Geschäftsführung in drei Abteilungen Umwelt- und Sicherheitscontrolling (USICO), Technik und Kaufmann auf.

Zur Steuerung der AWH wurde mit Beginn der Stilllegungsphase zum 1. Juni 2005 eine Profit Center-Rechnung in die kaufmännische Abrechnung integriert, mit deren Hilfe eine exakte Trennung zwischen den beiden Geschäftsfeldern ermöglicht wird. Die sich hieraus ergebenden Steuerungsgrößen sind neben dem Jahresüberschuss, das Betriebsergebnis zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der sonstigen Geschäftstätigkeit und der jährliche Verbrauch der während der Ablagerungsphase der Deponie bis Mai 2005 gebildeten Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der jeweilige verbleibende Umfang dieser Rückstellung gibt dabei Hinweise auf die Entwicklung des zu realisierenden Rekultivierungsvorhabens sowie auf dessen zukünftige Finanzierbarkeit.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die bereits zum 1. Juli 2013 vollzogene Änderung der Organisationsstrukturen auf Grund personeller Veränderungen hat sich bis dato bewährt und wurde lediglich mit Wirkung zum 1. Januar 2014 angepasst, da der Bereich des chemischen Laboratoriums zur HWS GmbH übergegangen ist.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3% auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2014 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit für die Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb erneut bestätigt sowie für die Behandlung von Boden- und Bauschuttabfällen auf der Boden- und Bauschuttbörse von der EdDE erstmalig erteilt. Im September 2014 wurde durch ZER-QMS das jährliche Qualitätsmanagement-Überwachungsaudit durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung sowie den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse. Im Ergebnis wurde der AWH eine vorbildliche Organisation und Durchführung der entsprechenden abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten bescheinigt.

Als technisch größere Erweiterungsmaßnahme erfolgte im Mai 2014 nach einem langwierigen Genehmigungsverfahren die Inbetriebnahme eines zusätzlichen dritten Motors an der Deponiegasverwertungsanlage Süd, mit welcher die energetische Verwertung von Deponiegas mit dem Ziel der Verstromung und Erlöserzielung an dieser Teilanlage gesteigert werden konnte und ein weiterer Beitrag zur Verminderung der Emission des Treibhausgases Methan erfolgte.

Die organisatorisch größte Umstellung im Jahr 2014 betraf die mit der Ausgliederung des chemischen Laboratoriums verbundene Veränderung der Logistik bei der Kontrolle der Abfallanlieferungen gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie bei der mit der Rekultivierungsanordnung vorgegebenen Eigenüberwachung im Bereich von Grund-, Oberflächen und Sickerwasser. Hierbei wurden alle damit verbundenen Aufgaben der chemischen Analytik vertraglich an das Zentrallabor der HWS GmbH übertragen. Die entsprechende Umstellung verlief in Folge der gründlichen Vorbereitung weitgehend problemlos, wobei insbesondere die Erfüllung der gesetzlichen und behördlichen Vorgaben an die entsprechenden Überwachungsaufgaben weiter vollumfänglich gewährleistet werden konnte.

Abschließend wird noch die Übernahme des Vertrages über die Direktvermarktung von Einspeisemengen sowie des Vertrages über Deponiegaslieferungen durch die EVH GmbH als wesentliches Ereignis betrachtet.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2014 konnte die AWH einen enormen Zuwachs bei den angelieferten Mengen an Verwertungsabfällen vorweisen, was auch zu einer deutlichen Steigerung der Umsatzerlöse in diesem Bereich führte. Dieser Umstand ist auch ein Indiz für die positive Marktposition der AWH im Bereich der Annahme von Abfällen zur Verwertung.

Für die Zukunft hat der Ausbau der Marktposition bei der Annahme von Böden und Recyclingmaterialien zur Herstellung der Wasserhaushaltschicht und der darunter aufzubauenden Drainage oberste Priorität. Hierfür ist ein regionaler und überregionaler Vertrieb zur Akquise der betrieblich notwendigen Mengen erforderlich, da es für diese Materialien eine große Anzahl an Wettbewerbern gibt. Ende 2014 konnte durch die Geschäftsführung ein erstes Ausrufezeichen gesetzt werden, indem ein langfristiger Vertrag über die Anlieferung von einbaufähigem Material für den Einsatz beim Aufbau der Drainage abgeschlossen wurde.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Nachdem in den zurückliegenden Jahren nahezu jährlich Änderungen im gesetzlichen Regelwerk der Deponieverordnung zu verzeichnen waren, blieben im Jahr 2014 die gesetzlichen Rahmenbedingungen weitgehend konstant und erforderten keine Anpassungen und Umstellungen in der Organisation und Logistik des Stilllegungsbetriebes.

Grundlage für die im Jahr 2014 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt der im Juni 2008 durch das LVwA erlassene und inzwischen mit drei Ergänzungen und mehreren Bescheiden fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF – Forschungsvorhabens der AWH basiert. Im vergangenen Jahr wurden diesbezüglich zwei weitere Genehmigungen vom Landesverwaltungsamt erteilt, mit denen das Teilprojekt zur Gewährleistung ausreichender Flurabstände nach Abschluss der Stilllegung genehmigungsrechtlich abschließend umgesetzt wurde. Mit diesen Bescheiden vom 20.05.2014 und vom 12.06.2014 genehmigte die Behörde den Einbau von zusätzlich ca. 395.000 m³ geeigneter bindiger mineralischer Verwertungsabfälle im zentralen und nördlichen Deponiebereich.

Die Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt gestaltete sich 2014 ansonsten eher schwierig, was auf Änderungen bei den zuständigen behördlichen Ansprechpartnern beruhte und im Ergebnis zu einem nur sehr langsam voran kommenden Abstimmungsprozess für die Gestaltung des Drehpunktgebietes führt. Seitens der AWH wurde hier mehrfach mit der Vorlage von Gutachten und Konzepten versucht die Initiative zu ergreifen, um hinsichtlich der notwendigen Genehmigungssituation in verschiedenen Themenkomplexen dringender wirtschaftlicher Fragestellungen einen Fortschritt zu erreichen.

Auch bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse ergaben sich 2014 keine wesentlichen Änderungen. Die für diesen Bereich vom Bundesgesetzgeber geplante „Mantelverordnung“ zur Neuregelung des Einsatzes von Abfällen als mineralische Ersatzbaustoffe außerhalb von Deponien liegt weiterhin nur im Entwurf vor. Die darin geplanten Vorgaben würden sich bei einem Inkrafttreten merklich sowohl auf das Annahme- und Abgabeportfolio der Boden- und Bauschuttbörse als auch auf die Organisation und Logistik vor allem im Bereich der Abfallüberwachung im Sinne deutlich erhöhter Anforderungen auswirken.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den Plan- und Ist-Erfolg im Geschäftsjahr 2014 war wie bereits ausgeführt die deutliche Steigerung der angenommenen Menge an Verwertungsabfällen auf 1.111 TMg im Vergleich zum Vorjahr mit 756 TMg sowie die daraus resultierende Umsatzsteigerung für diesen Bereich auf 4.339 TEUR im Vergleich zum Vorjahr mit 2.587 TEUR sowie zum Planwert von 3.140 TEUR.

Auf der Aufwandseite haben vor allem die Einsparungen bei der Sickerwasserreinigung sowie bei den Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen zum Erfolg im Berichtsjahr beigetragen. Der Aufwand für die Entsorgung von Sickerwasser hatte im Geschäftsjahr 2014 einen Umfang von 1.594 TEUR. Die entsorgte Menge betrug 145 Tm³. Damit liegen die Ist-Menge und der damit verbundene Aufwand sowohl unterhalb der Vorjahreswerte mit 164 Tm³ und 1.680 TEUR als auch der Planwerte in Höhe von 182 Tm³ und 2.032 TEUR. Bei den Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sind im Berichtsjahr 717 TEUR angefallen. Hiermit wurde sowohl der Vorjahreswert in Höhe von 857 TEUR als auch der Planwert mit 1.879 TEUR unterboten. Ausschlaggebend für den niedrigeren Aufwand im Vergleich zum Vorjahr war hauptsächlich die Ausweitung innerbetrieblicher Instandhaltungen.

Ein weiterer Erfolgsfaktor waren die Zinserträge aus den Wertpapieranlagen der beiden Spezialfonds mit 1.139 TEUR. Hierbei konnte der Planwert von 1.140 TEUR nahezu vollständig erreicht werden, und das trotz der weiterhin andauernden Finanzmarktkrise und einer stetig fallenden Zinsstrukturkurve. Dieser Effekt wird beim Vergleich mit dem Vorjahreswert von 1.645 TEUR verdeutlicht.

Abschließend soll darauf hingewiesen werden, dass die Leistungen der Belegschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 ein wichtiger Erfolgsfaktor für das positive Jahresergebnis darstellen, vor allem unter Beachtung der enormen Anliefermenge an Abfällen zur Verwertung.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Maßnahmen im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau basieren auf einem im Jahr 2002 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt bestätigten Forschungsvorhaben „Untersuchungen für die nachhaltige Stilllegung von Deponien, die in Restlöchern des Braunkohlenbergbaus eingerichtet wurden, am Beispiel der Deponie Halle-Lochau“, welches im Jahr 2007 beendet wurde. Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. im Monitoringprogramm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen. Auf dieser Grundlage wird dann im Wesentlichen eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, so dass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können. Gemäß Rekultivierungsanordnung aus dem Jahr 2008 wird das hieraus entwickelte Stilllegungskonzept regelmäßig fortgeschrieben, letztmals im Mai 2014. Im Zuge der Fortschreibung und unter Beachtung aktueller Erkenntnisse erlangte man zu dem Entschluss, die bis zum Jahr 2021 geplante Stilllegungsphase um zwei Jahre zu verlängern.

Im Rahmen des sonstigen Geschäftsbetriebes begleitet die AWH die HWS GmbH seit Mitte 2014 beim Probetrieb der am Standort Halle-Lochau befindlichen Anlage zur Hydrothermalen Carbonisierung (HTC), mit dem Ziel die Betriebsführung im Jahr 2015 zu übernehmen. Zu diesem Zweck wurde mit Wirkung zum 1. Dezember 2014 ein verantwortlicher Mitarbeiter in der Abteilung Technik neu eingestellt. Die Geschäftsführung und die verantwortlichen Mitarbeiter der AWH sind sich dabei dem strategischem Stellenwert dieses Projektes bewusst.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 betrug der Personalbestand der AWH 42,6 VBE, was einer Abweichung von 3,0 VBE zum Plan bedeutet. Hintergrund der Abweichung waren personelle Veränderungen in der Abteilung USICO sowie die bereits erwähnte Neueinstellung in der Abteilung Technik. Grundsätzlich orientiert sich der Personalbestand der AWH an den aus dem Geschäftsbetrieb heraus resultierenden zu leistenden Aufgaben.

Für die nächsten Jahre wird von einer zunehmenden Absenkung des Personalbestandes ausgegangen, vor allem auf Grund des zunehmenden Projektfortschritts bei der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau. Für das Geschäftsjahr 2019 bedeutet das einen geplanten Personalbestand von 31,6 VBE.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Ertragslage der AWH hat sich im Geschäftsjahr 2014 deutlich im Vergleich zum Vorjahr verbessert, was vor allem auf die gestiegenen Umsatzerlöse zurückzuführen ist. Demnach konnten die Umsatzerlöse des Vorjahres mit 5.906 TEUR im Geschäftsjahr 2014 auf 7.399 TEUR gesteigert werden. Der Planwert für das Berichtsjahr lag bei 6.911 TEUR und wurde somit auch übertroffen. Diese positive Entwicklung basiert vor allem auf der bereits erläuterten Mengensteigerung aus der Annahme von Abfällen zur Verwertung. Für die hieraus resultierenden Umsatzerlöse bedeutete das eine Steigerung von 2.587 TEUR auf 4.339 TEUR. Somit konnte auch der ambitionierte Planwert in Höhe von 3.140 TEUR deutlich überboten werden.

Des Weiteren konnte auch bei den Erlösen aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas mit 1.730 TEUR ein respektables Ergebnis erzielt werden. Zwar konnte man hiermit sowohl den Planwert von 1.869 TEUR als auch den Vorjahreswert von 1.756 TEUR nicht erreichen, trotzdem wurden durch die Inbetriebnahme des dritten Motors in der Deponiegasverwertungsanlage Süd sowie die absolvierten Ertüchtigungsmaßnahmen bei der Gasfassung die zu verwertenden Deponiegasmengen stabilisiert und sogar leicht gesteigert. Somit konnte man die gesunkenen Erlöse aus der Bereitstellung von Deponiegas kompensieren.

Entgegen der allgemeinen Entwicklung konnten im Bereich der Erlöse aus Infrastrukturleistungen die Planvorgabe von 950 TEUR und auch das Ergebnis des Vorjahres von 1.054 TEUR mit dem Ist-Wert in Höhe von 783 TEUR nicht erreicht werden. Die Ursache für diese Entwicklung liegt vor allem in der gefallenen Abnahmemenge an Dieselpreis durch Dritte und dem gesunkenen Dieselpreis am Markt.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge sind zum einen die Erträge aus der Auflösung von Rückstellung mit 416 TEUR im Vergleich zum Vorjahr mit 17 TEUR und zum anderen die Erträge aus der Zuschreibung auf Wertpapiere des Umlaufvermögens mit 475 TEUR (Vj. 0 TEUR) zu nennen. Bei den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen wird vor allem auf die zum 31. Dezember 2013 gebildete Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten in Höhe von 425 TEUR verwiesen, deren Ansatz aus einer Schadensersatzklage eines ehemaligen Anlieferers heraus resultierte. Mit Datum vom 4. Februar 2015 hat die Klägerseite einem Vergleich in Höhe von ca. 20 TEUR zugestimmt, so dass der Großteil der im Vorjahr bilanzierten Rückstellung zum Stichtag 31. Dezember 2014 wieder aufgelöst werden konnte. Die Zuschreibung auf Wertpapiere des Umlaufvermögens betrifft den AWICO-Fonds und ist auf die positive Kursentwicklung der im Spezialfonds enthaltenen Wertpapiere zurückzuführen.

Auf der Aufwandseite sind zum einen die Personalaufwendungen und zum anderen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als wesentlich anzusehen. Der Personalaufwand hat sich im Geschäftsjahr 2014 um 28 TEUR auf 2.214 TEUR im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Hier wird auf die zum 01.03.2014 in Kraft getretene Tarifsteigerung in Höhe von 3,0 % verwiesen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem der Aufwand aus der Entsorgung von Sickerwasser, die Aufwendungen für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen, Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen sowie beim Materialaufwand der Bezug von Dieselmotoren als wesentlich anzusehen. Die Entwicklung des Aufwandes für die Entsorgung von Sickerwasser wurde bereits unter Punkt 3.4. näher ausgeführt. Die Ursachen für den geringeren Sickerwasseranfall sind höchstwahrscheinlich in den geringeren Zuflüssen im Vergleich mit dem Vorjahr zu sehen, insbesondere in der geringeren Niederschlagsmenge im Jahr 2014 sowie einem niedrigen Grundwasserspiegel im abgelaufenen Jahr im Bereich des Standorts. Die Höhe der Aufwendungen für Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen ist abhängig vom erreichten Projektfortschritt bei der Stilllegung der Deponie Halle-Lochau. Beim Bezug von Dieselmotoren sind im Berichtsjahr Aufwendungen in einer Höhe von 596 TEUR angefallen. Die Ist-Aufwendungen lagen damit unter dem Vorjahreswert von 760 TEUR und unter dem geplanten Aufwand mit 971 TEUR. Hauptursache ist die geringere Abnahme von Dieselmotoren über die AWH GmbH durch am Standort Halle-Lochau ansässige Unternehmen, da diese weitgehend auf Selbstversorgung umgestellt haben.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der AWH ist im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Auf Grund der Entscheidung der Gesellschafterin zum Verbleib des Gewinnvortrages in der Gesellschaft hat sich das Eigenkapital nur in Bezug auf den erzielten Jahresüberschuss per 31. Dezember 2014 mit 1.134,4 TEUR (Vj. 601,4 TEUR) verändert und beträgt nun 4.606,3 TEUR.

Auch bei den Rückstellungen ist der Gesamtumfang nahezu konstant und hat zum 31. Dezember 2014 einen Wert von 58.577 TEUR, was eine Abweichung von -998 TEUR zum Vorjahr bedeutet. Schwerpunkt bei den Rückstellungen bildet nach wie vor die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d.h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurden in Höhe des sich ergebenden Saldos 1,2 Mio. EUR als Verbrauch gebucht.

Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr betreffen die überwiegende Auflösung der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten sowie die neu eingestellten Rückstellungen für Betriebsprüfung für die Jahre 2007 bis 2010. Diese Rückstellungen haben einen Umfang von 428 TEUR und basieren auf dem Prüfungsbericht zur Betriebsprüfung vom 12. November 2014 sowie den daraus resultierenden Steuerbescheiden des Finanzamtes Merseburg und der anliegenden Gemeinden Schkopau und Kabelsketal.

Entgegen den bereits erläuterten Entwicklungen hat sich der Bestand der Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember mit 1.456 TEUR zum Vorjahr mit 2.974 TEUR deutlich reduziert, was vor allem mit der geringeren Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin zusammenhängt. Diese wiederum basiert auf der mit Gesellschafterbeschluss vom 21. Juli 2014 bestätigten Ausschüttung des Jahresergebnisses 2013 in Höhe von 601 TEUR.

4.2.2. Investitionen

Die im Rahmen der Stilllegung durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen werden gemäß dem BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005 direkt als Aufwand verbucht und nicht als Investitionen erfasst. Im Geschäftsfeld „Sonstige Geschäftstätigkeit“ hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2014 lediglich Investitionen in Höhe von 0,2 TEUR vorgenommen.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgehend gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash-Pool ist unterjährig bei Notwendigkeit erfolgt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 bestand gegenüber dem SWH-Konzern ein positiver Cash-Pool-Saldo in Höhe von 30 TEUR.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Darstellung sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2014 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten des Vorjahres gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2014 in TEUR	31.12.2013 in TEUR	Veränderung in TEUR
Sachanlagen	1.285,7	1.286,4	-0,7
Sonstige Wertpapiere	59.986,5	59.511,9	474,6
Langfristig gebundenes Vermögen	61.272,1	60.798,3	473,9
Vorräte (RHB)	65,2	53,8	11,4
Forderungen aus LuL	438,6	461,4	-22,8
Forderung verb. Untern. (LuL)	131,7	98,6	33,1
Forderung verb. Untern. (CP)	30,4	3.218,8	-3.188,4
sonstige Vermögensgegenstände	2.505,3	1.791,6	713,7
Flüssige Mittel	187,9	191,6	-3,7
Aktiver RAP	8,5	9,3	-0,8
Kurzfristig gebundenes Vermögen	3.367,5	5.825,1	-2.457,5
Gesamtvermögen	64.639,7	66.623,4-	1.983,7
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	4.606,3	4.073,3	533,0
langfristige Rückstellungen	57.824,8	58.944,0	-1.119,2
Langfristiges Kapital	62.431,1	63.017,3	-586,2
kurzfristige Rückstellungen	752,6	631,8	120,8
Verbindlichkeiten aus LuL	260,3	383,3	-123,0
Verbindlichkeiten verb. Untern.	890,4	1.930,9	-1040,5
sonstige Verbindlichkeiten	305,3	660,1	-354,8
Kurzfristiges Kapital	2.208,6	3.606,1	-1.397,5
Gesamtkapital	64.639,7	66.623,4	-1.983,7

Aus der Darstellung der Vermögensstruktur lässt sich ohne Zweifel ableiten, dass sich die Vermögenslage der AWH zum Vorjahr nicht wesentlich verändert hat. Hervorzuheben ist hier die Stärkung der Eigenkapitalbasis des Unternehmens.

4.4. Gesamtaussage

Unter Beachtung der dargestellten Fakten schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem wirtschaftlichen Erfolg ab. Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.134,4 TEUR liegt deutlich über dem des Vorjahres mit 601,4 TEUR. Dabei sollte man aber nicht außer Acht lassen, dass sich das Jahresergebnis auch auf Grund von Sondereffekten ergibt, welche im Vorjahr zur Reduzierung des Jahresüberschusses beigetragen haben. Exemplarisch ist hier auf die Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten sowie auf die Stichtagsbewertung des AWICO-Fonds hinzuweisen.

Ausschlaggebend für den Erfolg waren vor allem die Steigerung der Umsatzerlöse, diverse Kosteneinsparungen auf Grund der Optimierung interner Prozesse sowie der weitere Ausbau der konzerninternen Zusammenarbeit und der damit verbundenen Hebung von Synergien.

5. Nachtragsbericht

Wesentliche Veränderungen zur Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der AWH, außer den in den vorherigen Kapiteln bereits erläuterten Sachverhalten, sind nach dem Bilanzstichtag nicht aufgetreten. Bis zum Abschluss der Hauptprüfung lag noch kein Änderungsbescheid bezüglich der Freigabe von Sicherheitsleistungen für das Geschäftsjahr 2013 vor, sodass der per 31. Dezember 2012 festgelegte Sicherungsbetrag in Höhe von 60.042 TEUR weiterhin Gültigkeit besitzt.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde, beauftragt durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems, eine Prüfung der Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Zu den ermittelten unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung entwickelt und dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unternehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwert liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Zu Beginn der Risikobeurteilung wird auf das allgemeine Risiko verwiesen, dass die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der durchzuführenden Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen und ihrer Finanzierung sorgfältig eingeschätzt, aber durch die Langfristigkeit und verbleibenden Innovationsrisiken nicht vollständig kalkulierbar sind. Der Fortbestand der AWH ist bedroht, wenn die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge durchzuführenden Maßnahmen und ihrer Finanzierung nicht eintreten. Dies kann u. a. durch Mehrkosten, die eventuell im Rahmen von Genehmigungsanordnungen für die einzelnen Maßnahmen entstehen könnten, eine sich ändernde Rechtslage, Kosten- und Preissteigerungen, höher als geplante Steuer(nach)zahlungen und geringere als geplante Erlöse verursacht sein. Des Weiteren ist zu beachten, dass Teile des vom LVwA vorgegebenen Stilllegungskonzeptes auf modelltheoretischen Ansätzen basieren, deren Bestätigung in der Praxis noch nicht gesichert ist und bei denen die Auswirkungen auf den tatsächlichen Sanierungsprozess noch nicht eingeschätzt werden können. Dies könnte die Fortsetzung des Sanierungsprozesses beeinflussen und Auswirkungen auf die Gesamtanierungsaufwendungen nach sich ziehen.

Daraus ableitend ergeben sich zum Stichtag 31. Dezember 2014 für die AWH folgende wesentliche Einzelrisiken auf die in den folgenden Erläuterungen näher eingegangen wird.

Für die kommenden Jahre besteht Unsicherheit darüber, wie sich die Abfallmengen, speziell die Mengen an Boden- und Drainagematerial, die Deponiegas- sowie die Sickerwassermengen entwickeln. Diese Unsicherheit bei der Planung der Mengen birgt die Risiken von Erlösausfällen und/oder Kostensteigerungen in sich.

Darüber hinaus weist die Geschäftsführung der AWH darauf hin, dass die von der AWH gehaltenen Wertpapiere neben Chancen einer überdurchschnittlichen Performance auch Kurs- Teilungs- (Tranchen-) und Wertschwankungsrisiken unterliegen, insbesondere vor dem Hintergrund der weiterhin andauernden Finanzkrise sowie der damit verbundenen Niedrigzinspolitik der Zentralbanken.

Hinsichtlich möglicher Risiken aus künftigen finanzamtlichen Außenprüfungen wird darauf hingewiesen, dass in der am 16. Oktober 2014 abgeschlossenen Betriebsprüfung für die Geschäftsjahre 2007 bis 2010 die Decklungsrechnung (Kosten- und Erlöskalkulation), die als Basis zur Berechnung der Rückstellung zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge dient, einer detaillierteren Prüfung unterzogen wurde. Die getroffenen Prüfungsfeststellungen haben keine Auswirkungen auf den handels- und steuerrechtlichen Ansatz. Steuernachzahlungen für Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Zinsen sind gemäß den Anfang 2015 erlassenen Steuerbescheiden in einer Höhe von 428 TEUR zu leisten. Hierfür wurden zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 Rückstellungen für Betriebsprüfung angesetzt.

6.3. Gesamtbild

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder stellt die benötigte Menge von 2,7 Mio. Tonnen Boden, welche zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2015 bis 2021 unter Beachtung der vom LVwA festgelegten Annahmeparameter benötigt werden, ein den Fortbestand der Gesellschaft gefährdendes Risiko dar. Um diesem Risiko zu entgegnen, entwickelt die Geschäftsführung der AWH derzeit ein Maßnahmenpaket zur Optimierung der Vertriebstätigkeiten. Hierbei wird unter anderem die Zusammenarbeit mit dem Vertrieb der HWS GmbH verstärkt, da dieser sich bereits in den zurückliegenden Jahren eine feste Marktposition erarbeitet hat.

Im Bereich der Wertpapieranlagen wurde bereits erläutert, dass in Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin nach Anlagealternativen gesucht wird, um die bestehenden Risiken zu minimieren.

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

Für den geplanten Mittelfristzeitraum wird von rückläufigen Umsätzen ausgegangen, was wiederum dem Projektfortschritt der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau geschuldet sein wird. Zum einen nehmen die anzunehmenden Mengen an Abfällen zur Verwertung auf Grund des voraussichtlichen Abschlusses der geotechnischen Sicherung des Deponiekörpers im Laufe des zweiten Halbjahres 2015 deutlich ab und zum anderen werden auch die zu erwartenden Deponiegasmengen unter Beachtung der vorliegenden Gasprognosen im Zeitverlauf abnehmen.

Die weiteren Umsatzerlöse des Unternehmens werden für die kommenden Jahre als nahezu konstant angenommen.

7.2. Investitionen

Die Geschäftsführung der AWH weist darauf hin, dass im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge der Deponie keine Investitionstätigkeit erfolgt, da die durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen direkt als Aufwand verbucht werden müssen (BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005). Diese Regelungen finden aber keine Anwendungen auf Neuinvestitionen außerhalb der Stilllegungstätigkeit.

Investitionen im Rahmen der Sonstigen Geschäftstätigkeit sind für das Jahr 2015 in Höhe von 50 T€ (Anschaffung Siebmaschine) und für das Geschäftsjahr 2016 mit 289,8 T€ (Kauf von Grundstücksflächen von der LMBV) geplant.

7.3. Finanzierung

Für das anstehende Geschäftsjahr 2015 hat sich die Geschäftsführung der AWH die Prüfung der zukünftigen Ausrichtung der Wertpapieranlagen auf den Plan geschrieben, mit dem Ziel der zeitnahen konzerninternen Abstimmung mit der Gesellschafterin. Die zukünftige Anlagevariante sowie die möglichen Auswirkungen auf die bestehende Verpfändungsvereinbarung werden im Anschluss mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt.

Die Aufnahme von Darlehen ist für die kommenden Geschäftsjahre weiterhin nicht vorgesehen, so dass sich die AWH auch zukünftig über die vorhandenen Sicherheitsleistungen und die laufenden Einnahmen finanziert.

7.4. Ergebniserwartung

Unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen und Erkenntnisse bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 geht die Geschäftsführung davon aus, dass auch in den Folgejahren jeweils ein positives Jahresergebnis erzielt wird. Hierfür muss zum einen die ständige Finanzierbarkeit des Stilllegungsvorhabens gewährleistet sein und zum anderen müssen die Wertpapieranlagen eine positive Performance aufweisen, um somit einen Ergebnisbeitrag zu leisten.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	142,5	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138,0	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138,0	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131,5	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Abrechnung von Leistungen der Ver- und Entsorgung, die damit verbundene Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesem Zweck dienen.
- (2) Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
- (3) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 128 KVG LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arnold, Andrea

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	601	14	874	16	921	19	-273	-31
Umlaufvermögen	3.499	84	4.498	83	3.893	80	-999	-22
Rechnungsabgrenzungsposten	70	2	68	1	52	1	2	3

Bilanzsumme	4.170	100	5.440	100	4.866	100	-1.270	-23
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.552	37	2.030	37	1.861	38	-478	-24
Rückstellungen	1.841	44	2.454	45	1.993	41	-613	-25
Verbindlichkeiten	777	19	956	18	1.012	21	-179	-19

Bilanzsumme	4.170	100	5.440	100	4.866	100	-1.270	-23
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	18.943	22.447	22.239
sonstige betriebliche Erträge	614	126	279
Materialaufwand	3.347	5.188	5.418
Personalaufwand	13.543	14.068	13.790
Abschreibungen	316	312	530
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.310	2.219	2.322
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	36	87
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	108	90	68
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-58	732	477
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-62	249	163
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	483	314
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4	483	314

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,02	2,15	1,41	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,29	31,20	20,28	%
Cash-Flow:	320	795	844	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	63	71	72	T€
Personalaufwandsquote:	69,25	62,32	61,24	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	10,15	9,94	11,49	%
Eigenkapitalquote:	37,21	37,31	38,25	%
Fremdkapitalquote:	62,79	62,69	61,75	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Unternehmen

A/V/E bedient über 40 Kunden aus der Energieversorgungsbranche. 2014 konnten wir mit unserem Full-Service-Angebot bundesweit unsere Kunden und auch Interessenten überzeugen - von der Abrechnung über die Endkundenakquise, Inkasso, Kundenservice und Marktkommunikation bis hin zum Zählermanagement.

Eine Konstante stellte 2014 unser Alleinstellungsmerkmal der Systemoffenheit in Verbindung mit der fallabschließenden Bearbeitung von Vorgängen im System des Kunden vom Standort Halle (Saale) dar. Unser Kundenkreis bestand 2014 aus klassischen Stadtwerken, reinen Lieferanten und Netzbetreibern. Das Spektrum reicht dabei vom großen überregionalen bis hin zum kleinen lokalen Energieversorger.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nachdem wir in 2013 die Vorarbeiten geleistet hatten, konnten wir das Jahr 2014 mit einer neuen Organisationsform beginnen. Mit, auf die Kunden zugeschnittenen, Kundenkompetenzcentern haben wir 2014 jedem Kunden einen zentralen Ansprechpartner zur Seite gestellt. Bereits in der Kundenzufriedenheitsbefragung 2014 haben unsere Kunden dieses neue Gesicht der A/V/E positiv hervorgehoben.

Das erste Überwachungsaudit gemäß ISO 9001 haben wir mit Bravour bestanden und glaubhaft das stetige Interesse an höchster Qualität auch dem unabhängigen Gutachtern vermitteln können.

Früchte trug 2014 auch die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung unseres internen Schulungs- und Trainingskonzepts. Hierdurch optimierten wir für und mit unseren Kunden die qualitative Endkundenansprache. Ein Mehrwert, den unsere Kunden der Marktrolle Lieferant gerne angenommen haben und der sich in einer über dem Branchenschnitt liegenden Fallabschlussquote ausdrückte.

Der Wettbewerbsmarkt zeigte 2014 wenige Veränderungen. Weder wurden neue Wettbewerber wahrgenommen, noch war ein Ausscheiden von Marktbegleitern zu beobachten. Das zurückliegende Geschäftsjahr war dem vorangegangenen vergleichbar: Der Kostendruck blieb weiter sehr hoch, Energieversorgungsunternehmen greifen aber zunehmend auf branchenunabhängige Dienstleister mit weniger Erfahrung aber besseren Preisstrukturen zurück. Darüber hinaus waren auch Insourcing-Bestrebungen festzustellen. Damit setzte sich die wenig erfreuliche Marktentwicklung aus 2013 fort.

Geschäftsentwicklung

Lieferanten und Netzbetreiber geben den Kostendruck insbesondere auch an die gebundenen Dienstleistungsunternehmen weiter und verhandeln Preise nach unten. Gleichzeitig nimmt die Leistungserwartung und an Flexibilität stetig zu. Auch diesbezüglich brachte das Jahr 2014 wenig Neues. Nachdem bereits 2013 ein Kunde der A/V/E sich zum Insourcing entschieden hatte, traf 2014 ein weiterer Kunde eine vergleichbare strategische Entscheidung. Dieser Kunde hat sich explizit für die Wissensvermittlung der A/V/E bedankt und nunmehr seine vorhandenen Mitarbeiterkapazitäten mit den Aufgaben betraut. Diesem, aus einer engen Zusammenarbeit resultierenden, Risiko muss sich A/V/E auch künftig stellen.

Viel stärker wurde A/V/E 2014 jedoch von der Verhaltensänderung der Endkunden getroffen. Diese kontaktieren angesichts der vermeintlich stetig steigenden Energiepreise den jeweiligen Lieferanten weniger. In Verbindung mit noch weiter optimierter Endkundenansprache zeigte sich bei A/V/E deshalb ein erheblicher Volumenrückgang an Kundenkontakten, der nicht durch entsprechende Neuakquisitionen von zusätzlichem Geschäft kompensiert werden konnte. Dieser Mengen-Effekt trat durch die bereits im vierten Quartal 2013 realisierte Umsetzung einer Neugestaltung der Zusammenarbeit mit einem großen Kunden für A/V/E besonders zutage. Im Rahmen dieser Neugestaltung übernahm die A/V/E für den Kunden die komplette Kundenbetreuung, gab dafür jedoch die zum Teil durchgeführte Abrechnungsdienstleistung an den Kunden zurück.

Da zahlreiche Kunden bei Preisanpassungsaktionen für den Herbst bzw. Winter entsprechende kurzfristige Unterstützung erwarteten, konnte eine vollständige und sofortige Anpassung der Kapazitäten nicht erfolgen. Auch hier zeigte sich, dass die Einbindung der A/V/E für unsere Kunden im Vergleich zu Wettbewerb eine niedrigere Kontaktquote bedeutet. Die Stärke der A/V/E „Fallabschluss im ersten Kundenkontakt“ war 2014 somit gleichzeitig die größte Herausforderung.

Die wesentlichen Leistungsindikatoren sind für A/V/E das Betriebsergebnis (im Geschäftsjahr 42 T€) und das Investitionsvolumen (43 T€).

Rechnungsmäßiges Unbundling

Für die A/V/E gelten die Bestimmungen des Rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG in der Fassung vom 20. Dezember 2012, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt.

Die Dienstleistungen des Unternehmens wurden im Rahmen der Kontentrennung den Bereichen der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors und der anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors sowie dem Bereich der Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors zugeordnet. Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden der Bundesnetzagentur vorgelegt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage der A/V/E blieben 2014 stabil. Forderungsausfälle waren nicht zu verzeichnen. Die Zahlungsmoral war insgesamt sehr gut.

2014 investierte A/V/E mit insgesamt 43 T€ (Vorjahr 266 T€) vornehmlich im Bereich der Ersatzinvestitionen im Bereich der Büro- und Geschäftsausstattung. Aufgrund der ungünstigen Entwicklung der Ertragslage wurden im Berichtsjahr geplante Investitionen in die Folgejahre verschoben. Demzufolge verringerte sich das Anlagevermögen um 273 T€ auf nunmehr 601 T€.

Das Umlaufvermögen ist – aufgrund niedrigerer Cashpoolguthaben - von 4.498 T€ auf 3.306 T€ zurückgegangen. Die Forderungen an verbundene Unternehmen verringerte sich auf 2.475 T€ (Vorjahr 3.598 T€), was ausschließlich auf den laufenden Cashmanagementvertrag zurückgeht. Hierbei nahmen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wegen des Volumentrückgangs an Kundenkontakten stichtagbezogen auf 752 T€ ab.

Die Bilanzsumme der A/V/E verringerte sich 2014 gegenüber dem Vorjahr um 23% auf nun 4.170 T€. Die Eigenkapitalquote blieb stabil und betrug unverändert 37%. Wie in Vorjahren darf damit die Eigenkapitalausstattung der A/V/E GmbH als solide bezeichnet werden.

Die Rückstellungen nahmen trotz der auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten vorgenommenen Zuführung für rückgedeckte Versicherungszusagen insgesamt auf 1.841 T€ (Vorjahr 2.455 T€) ab. Die im Vorjahresabschluss erstmals vorgenommene Passivierung der mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurde weitergeführt.

Die Verbindlichkeiten nahmen stichtagbezogen auf 777 T€ (Vorjahr 956 T€) ab. Dabei entfiel der Großteil des Rückgangs auf die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie auf die Verbindlichkeiten aus Steuern.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage des Cash-Managementvertrages mit enviaM. Der Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit betrug im Geschäftsjahr -628 T€.

Unter Berücksichtigung des negativen Cash-Flow aus der Finanztätigkeit (Gewinnausschüttung 483 T€) und aus der Investitionstätigkeit (43 T€) und dem operativen Ergebnis nahm der Finanzmittelbestand der A/V/E um 1.154 T€ auf 2.355 T€ ab.

Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2014 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 gewährleistet.

Mit 18.943 T€ (Vorjahr 22.447 T€) ist der Umsatz der A/V/E deutlich (-16%) zurückgegangen. Die Minderung entfiel zu mehr als 95% auf Leistungsbeziehungen mit den Gesellschaftern.

Der Umsatz verteilt sich dabei auf die Markttrollen Lieferant zu 73% und auf die übrigen Markttrollen zu 27%. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 488 T€ gegenüber 2013 gestiegen. Die Zunahme betrifft fast ausschließlich die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Auf den Umsatzrückgang, nicht zuletzt durch den Kundenkontaktrückgang verursacht, reagierte A/V/E mit der Anpassung der Personalkapazitäten. Dies zeigt sich auch im Personalaufwand, in dem ein Rückgang um 525 T€ auf 13.543 T€ zu verzeichnen ist. Es lag in der Natur der Dienstleistung der A/V/E, dass auf einen nicht vorhersehbaren Mengenrückgang nur zeitversetzt reagiert werden konnte.

Der Materialaufwand konnte wie in 2013 erneut deutlich zurückgeführt werden, auf nunmehr 3.347 T€ (Vorjahr 5.188 T€). Dem Umsatzrückgang folgende Vertragsanpassungen auf der Bezugsseite werden erst im neuen Geschäftsjahr 2015 greifen. Dieser Effekt wird sich 2015 insbesondere auch auf bei den betrieblichen Aufwendungen zeigen. 2014 führten gestiegene Mieten und Mietnebenkosten, Reisekosten sowie die deutlichen gestiegenen Aufwendungen für das interne Schulungs- und Ausbildungswesen (+103 T€) insgesamt zu einem Anstieg des betrieblichen Aufwands auf 2.310 T€ (Vorjahr 2.220 T€).

Das Finanzergebnis (-99 T€; Vorjahr -53 T€) wurde erneut maßgeblich durch die notwendigen aufwandswirksamen Zuführungen zu pensionsähnlichen Rückstellungen und den Rückgang der Zinserträge beeinflusst.

Aufgrund der beschriebenen ungünstigen Umsatzentwicklung hat sich das Betriebsergebnis verschlechtert (42 T€; 2013 785 T€). Die Steuern vom Einkommen und Ertrag haben das Jahresergebnis mit T€ 62 entlastet (2013 T€ 249 Aufwand).

2014 schloss A/V/E das Berichtsjahr folglich mit einem Jahresüberschuss von 4 T€ (2013 Jahresüberschuss 483 T€) ab.

Personalwesen

Per 31.12.2014 waren 305 Mitarbeiter/innen bei A/V/E beschäftigt und damit im Stichtagvergleich 13 Mitarbeiter/innen weniger. Zusätzlich waren per 31.12.2013 noch 15 Azubis (Vorjahr 15) bei A/V/E beschäftigt. Ausgebildet werden diese als Bürokaufmann/frau bzw. Kaufmann/frau für Büromanagement und Kaufmann/frau für Dialogmarketing. Alle Auszubildenden, die 2014 die Ausbildung abgeschlossen haben, wurden von A/V/E übernommen.

Die Frauenquote ist mit 67% unverändert, die Teilzeitbeschäftigtenquote erhöhte sich leicht von 14% auf 18%.

Die Aufwendungen für Personalqualifizierungsmaßnahmen sind gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. 2014 hat A/V/E für und mit den Kunden gezielt Maßnahmen zur Erhöhung der Qualität, der Effizienz und Produktivität in der Endkundenkommunikation durchgeführt und hierfür mehr als ein Drittel der Mitarbeiter aktiv eingebunden.

Nachtragsbericht

Geschäftsvorfälle oder Ereignisse nach dem Abschlussstichtag, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft haben, traten nach Abschluss des Geschäftsjahres 2014 nicht ein.

Prognose-, Chancen und Risikobericht

Risiko-Management

A/V/E ist mit dem Chancen- und Risikomanagementsystem in die entsprechenden Konzernregelungen eingebunden. Die A/V/E hat einen Risikomanagementbeauftragten. Dieser erfasst die identifizierten Chancen und Risiken quartalsweise. Bei der Erfassung wird das jeweilige Risiko bzw. die jeweilige Chance beschrieben, Frühwarnindikatoren werden festgehalten sowie Meldewege und etwaige Maßnahmen dokumentiert. Schließlich werden die Eintrittswahrscheinlichkeit und eine mögliche Wirkung festgehalten. Darüber hinaus werden bereits im Angebotserstellungsprozess künftige etwaige Chancen und Risiken gesondert erfasst und, so weit möglich, bewertet. Das Chancen- und Risikomanagement der A/V/E beinhaltet somit das zeitnahe Erkennen, die Erfassung, die Kontrolle und die Steuerung entsprechender Ereignisse.

Grundsätzlich bestehen Risiken in den Bereichen Neukundengewinnung und Verlust von Bestandskunden. Diese Risiken fließen jedoch bereits in den Planungsprozess ein, so dass dieses Risiko keinen wesentlichen Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung hat. Den Bestand der Gesellschaft gefährdende oder die künftige Entwicklung der Gesellschaft beeinträchtigende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Chancen

Chancen bestehen nicht nur in der Gewinnung neuer Kunden, sondern auch in der Festigung und Intensivierung in der Zusammenarbeit mit bestehenden Kunden. Insbesondere werde Chancen in der Ausgestaltung der Prozesse des Kunden durch die A/V/E gesehen.

Der gesetzliche Mindestlohn setzt einzelne Wettbewerber der A/V/E vermutlich unter Druck. Daraus ergibt sich für A/V/E eine Chance, denn es ist davon auszugehen, dass dies zu steigenden Angebotspreisen führen wird.

Strategie

Kundenzufriedenheit, Wirtschaftlichkeit und sichere Arbeitsplätze sind die tragenden Säulen für eine erfolgreiche A/V/E. Kundenzufriedenheit erreichen wir, in dem wir den Kunden unterstützen, ihn beraten und die Leistungen erbringen, die der Kunde benötigt. Es ist die Aufgabe der A/V/E herauszufinden, was der Kunde braucht und dies dann mit höchster Qualität umzusetzen. Dabei wird A/V/E die Dienstleistung im jeweiligen Kundensystem erbringen um die Investitionen und die Daten des Kunden zu schützen. Sofern das Energieversorgungsunternehmen sein System ersetzen oder wechseln möchte, kann sich dieser Kunde auf A/V/E verlassen. A/V/E verfügt über ein am Markt fast einmaliges Wissen über die tatsächlichen Vorzüge der etablierten und neuen IT-Systeme.

A/V/E bietet dem Kunden Teilprozessbearbeitung aber auch Komplettdienstleistungen mit und ohne System an. Der Kunde steht im Vordergrund und hat immer das Entscheidungsrecht. Ihn in die Lage zu versetzen, entscheiden zu können ist unser eigener Anspruch.

Zusätzlich wird A/V/E die Stärken der Gesellschafter und Partner zum Wohle der Kunden einsetzen und damit auch solche Leistungen aus einer Hand anbieten, die nicht zur Kernkompetenz der A/V/E gehören. Ein strategischer Mehrwert der A/V/E ist somit auch das operative Networking der Kunden untereinander.

Aussichten

A/V/E plant im Mittelfristzeitraum von jährliche Investitionen von 300 T€. Die Aussichten sind für das Geschäftsjahr 2015 verhalten positiv. Für die nächsten drei Jahre geht A/V/E von steigenden Umsatzerlösen aus. Mit den eingeleiteten Maßnahmen werden die Aufwendungen unterproportional zu den Umsätzen steigen und im Mittelfristzeitraum jeweils zu positiven Betriebsergebnissen führen. Die erwarteten Betriebs- und Jahresergebnisse liegen, jeweils spürbar über den Ergebnissen des zurückliegenden Geschäftsjahres.

Die 2014er Umsatzverluste werden voraussichtlich bis 2017 wieder durch Neukquisitionen kompensiert sein. Für 2015 und die Folgejahre sind Betriebsergebnisse im niedrigen sechsstelligen Bereich geplant. Die Ertragslage wird sich danach sukzessive gegenüber 2014 verbessern.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz						
Rechtsform:	GmbH							
Stammkapital in T€:	25							
Gesellschafter:		<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 80%;"></th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">T€</th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH</td> <td style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">25</td> <td style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>		T€	%	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25	100,00
	T€	%						
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25	100,00						

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltsreinigung in Gebäuden der Stadt Halle (Saale) und Entsorgung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	11	10	13	8	0	0	-2	-15
Umlaufvermögen	95	90	149	91	133	100	-54	-36
Rechnungsabgrenzungsposten			1	1			-1	-100

Bilanzsumme	106	100	163	100	133	100	-57	-35
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25	24	25	15	25	19	0	0
Rückstellungen	25	24	21	13	21	16	4	19
Verbindlichkeiten	56	52	117	72	87	65	-61	-52

Bilanzsumme	106	100	163	100	133	100	-57	-35
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	627	765	639
sonstige betriebliche Erträge		2	5
Materialaufwand	23	18	41
Personalaufwand	523	614	543
Abschreibungen	3	2	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	55	46	49
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23	87	11
sonstige Steuern	0	0	
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	23	87	11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,62	11,34	1,75	%
Eigenkapitalrentabilität:	90,73	347,09	44,61	%
Cash-Flow:	26	89	11	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	27	26	21	T€
Personalaufwandsquote:	83,49	80,02	84,26	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	10,18	8,07	0,00	%
Eigenkapitalquote:	23,58	15,35	18,79	%
Fremdkapitalquote:	76,42	84,65	81,21	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Cives Dienste GmbH fungiert am Markt als Dienstleister in den Bereichen der Gebäudereinigung sowie im Bereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen innerhalb der Stadt Halle (Saale).

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Beide Unternehmen werden in den Konzernabschluss der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen. Weitere eigene Beteiligungen hält die Cives Dienste GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Auch im Geschäftsjahr 2014 waren die beiden Geschäftsfelder der Gebäudereinigung sowie der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen unternehmensbestimmend.

Hauptaugenmerk im Bereich der Gebäudereinigung ist die fach- und fristgerechte sowie zuverlässige und hygienische Unterhaltsreinigung in diversen Gebäuden der Stadt Halle (Saale). Das Geschäftsjahr 2014 war für den Bereich der Gebäudereinigung von einer stetigen Nachfragebewegung geprägt, wodurch es im Laufe des Geschäftsjahres zu ständigen Anpassungen im Bereich des Leistungsumfanges kam. Die Anpassungen führten nur zu geringen Auswirkungen auf das Leistungsentgelt.

Im Bereich der Entsorgungstätigkeit wurde die Gesellschaft mit der Behälterentsorgung für Leichtverpackungen (LVP) beauftragt. Die Gesellschaft strebt eine langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Beide Dienstleistungen werden ausschließlich gegenüber der Muttergesellschaft erbracht.

1.2. Ziele und Strategien

Im Geschäftsjahr 2014 galt es für die Cives Dienste GmbH, ihre Kerngeschäfte der Gebäudereinigung und Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen auf einem hohen Qualitätsmerkmal zu stabilisieren. Um dem Anspruchsniveau gerecht zu werden und dem Auftraggeber ein verlässlicher Partner zu sein, hat die Gesellschaft bereits in den Vorjahren ihre eigene Linienstruktur implementiert und kontinuierlich ausgebaut. Im Geschäftsjahr 2014 wurde diese Struktur erstmals vollumfänglich über ein ganzes Geschäftsjahr praktiziert. Es war der Gesellschaft somit möglich, ihre operative Tätigkeit maßgeblich in Eigenregie zu steuern.

Wie die eigenverantwortliche Steuerung der operativen Leistungsebene auf der einen Seite, so setzt die Gesellschaft auf der anderen Seite auf die vertragliche Vergabe der kaufmännischen Unterstützung im Konzernverbund.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Cives Dienste GmbH ist in die Struktureinheiten Gebäudereinigung, Entsorgung und Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen um somit zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Durch die Implementierung der notwendigen innerbetrieblichen Struktur im Rahmen der operativen Leistungserbringung war es der Gesellschaft möglich, zahlreiche Objekte in Eigenregie zu verwalten. Auch die vertragliche Vergabe von kaufmännischen Dienstleistungen im Konzernverbund hat sich in der Vergangenheit bewährt. In der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2014 daher keine Änderungen im Bereich der Organisationsstruktur vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3% auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2014 wurde von keinen wesentlichen Anlässen beeinflusst. Die Gesellschaft konnte sich vollumfänglich auf die Leistungserbringung gegenüber ihrer Gesellschafterin konzentrieren.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Durch die in der Vergangenheit erfolgreiche Teilnahme der Muttergesellschaft an der Leistungsvergabe der Dienstleistungen Gebäudereinigung und Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen im Auftrag der Stadt Halle (Saale) sieht sich die Gesellschaft in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt und die Vergabeergebnisse zeigen die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Die Marktbedingungen für die Cives Dienste GmbH sind auf einem niedrigen Stufenwert stabil. Dennoch kann nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang sichern. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen. Dieses ist dem Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr in jedem Fall gelungen und kann anhand der kurzfristigen Reaktion auf die geänderten Leistungseinheiten dokumentiert werden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Am 19.12.2014 wurde die Fünfte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen in der Gebäudereinigung im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie tritt am 01.01.2015 in Kraft und löst somit die Vierte Gebäudereinigungsarbeitsbedingungen-Verordnung vom 07.10.2013 ab. Die Gesellschaft ist daher verpflichtet ab dem 01.01.2015 ihren Mitarbeitern, welche unter diese Regelungen fallen, mindestens einen Stundenlohn von 8,50 € per Arbeitsstunde zu zahlen. Dies wurde bereits im Rahmen der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2015 berücksichtigt und stellt somit keine außerplanmäßige Belastung dar.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Das Geschäftsjahr 2014 war für die Sparte Gebäudereinigung von einer stetigen Nachfragebewegung geprägt. Innerhalb des Geschäftsjahres kam es zu Kapazitätsanpassungen im Bereich des Leistungsumfanges durch die Disposition der Gebäude im Rahmen des Dienstleistungsvertrages mit der Muttergesellschaft der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Für das Geschäftsjahr wurde insgesamt ein Gesamtvolumen an Reinigungsfläche in Höhe von 339.435 m² geplant. Gleistet wurde im Geschäftsjahr eine Fläche von 334.270 m². Dies entspricht einer Unterschreitung von -5.166 m². Eine Kompensierung der Minderflächen ist mit dem derzeitigen Personalbestand und unter Beachtung der geleisteten Arbeitsstunden zur Abdeckung der Flächen nicht möglich gewesen.

Ein besonderes Maß an Einsatzbereitschaft zeigten die Fahrer und Lader zum Ende des Geschäftsjahres. Durch die Häufung der Wochenfeiertage mussten die Entsorgungen weitreichend auf andere Tage verschoben werden. Dabei kam ein stadtweiter umgestellter Entsorgungsplan zum Tragen, welcher die Abfuhr der Müllgroßbehälter am Samstag notwendig machte. Letztlich strebt die Gesellschaft die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten. Trotz der regen Bemühungen eines konzernweiten Gesundheitsmanagements unterliegt der Bereich der Entsorgungsdienstleistungen einer hohen Ausfallquote der Mitarbeiter. Aus diesem Grund wurde die geplante Leistung von 15.408 Arbeitsstunden im Geschäftsjahr 2014 um -2.016 Arbeitsstunden unterschritten.

Gegenüber ihrem Auftraggeber ist die Gesellschaft stets bemüht, Kostenoptimierungen sowie -einsparungen zu generieren um auf lange Sicht wettbewerbsfähig zu sein. Im Geschäftsjahr 2014 konnte die Gesellschaft ihre geplanten Aufwendungen im Bereich der Verbrauchsmaterialien und im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen unterschreiten.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden somit nicht getätigt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31.12.2014 hat die Cives Dienste GmbH einen Personalstand von 23 Beschäftigten zu verzeichnen. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freiwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen. Zum Stichtag 31.12.2014 waren in der Cives Dienste GmbH 19,9 Vollbeschäftigteneinheiten beschäftigt. Dabei befinden sich neun Kraftfahrer und Lader sowie ein Einsatzleiter in einem Arbeitsverhältnis von vierzig Stunden pro Woche.

Im Bereich der Gebäudereinigung gilt für die zwölf Reinigerinnen und Reiniger eine wöchentliche Beschäftigung von dreißig Stunden sowie für den Objektleiter eine wöchentliche Beschäftigung von 40 Stunden. Gegenüber dem Vorjahresniveau verringerte sich die Personalstärke der Gebäudereinigung und ist dennoch vollständig auf den Dienstleistungsumfang ausgerichtet. Insgesamt ergibt sich in der Berichtsperiode eine rückläufige Anpassung der Mitarbeiter um 2,9 Vollbeschäftigteneinheiten.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Cives Dienste GmbH erzielte im Geschäftsjahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von 627,1 TEUR (Vorjahr 765,0 TEUR).

Durch die eintretende Kapazitätsanpassung im Bereich des Leistungsumfanges sowie des entsprechenden Personalbestandes des Bereiches Gebäudereinigung, im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres 2013, ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang der Umsatzerlöse dieses Bereiches zu verzeichnen. Monetär bewertet beläuft sich dieser auf -117,5 TEUR (307,5 TEUR; Vorjahr 425,0 TEUR).

Auch im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen für Leichtverpackungen ist ein Rückgang der Umsatzerlöse in Höhe von -20,4 TEUR (319,6 TEUR; Vorjahr 340,0 TEUR) zu verzeichnen. Begründet ist dies bei einer nahezu identischen Beschäftigtenzahl durch höhere Ausfallzeiten der Mitarbeiter im Geschäftsjahr 2014.

Der Personalaufwand sank von 613,5 TEUR im Geschäftsjahr 2013 auf 523,6 TEUR im Geschäftsjahr 2014. Begründet ist dies durch die eintretende Kapazitätsanpassung im Bereich des Personalbestandes im Laufe des Geschäftsjahres 2013, wobei im Geschäftsjahr 2014 nahezu konstant mit dem reduzierten Personalbestand gearbeitet wurde.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist gegenüber dem Vorjahr ein Kostenanstieg um 8,6 TEUR auf 54,9 TEUR im Geschäftsjahr 2014 zu verzeichnen. Die Hauptkostenfaktoren im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen aus Aufwendungen für Shared-Service-Leistungen sowie für den Versicherungsschutz der Gesellschaft. Begründet ist der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen hauptsächlich durch den weiteren Ausbau der im Konzern zentralisierten, administrativen Tätigkeiten.

Eine gute Kapitalauslastung der Gesellschaft kann auf Grund der niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt keine Ergebnisimpulse durch das Finanzergebnis bewirken. Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in dem dargestellten Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 22,7 TEUR. Damit wird das Vorjahresergebnis um 64,1 TEUR unterschritten. Wenn auch das Betriebsergebnis im Verhältnis zur Gesamtleistung 3,7 Prozent beträgt, so kann die Cives Dienste GmbH doch ihre Leistungsfähigkeit in diesem Ergebnis erkennen und selbst damit ein weiteres Geschäftsjahr die bewährte Unterstützung des Gesellschafters fortsetzen. Letztlich fließt über den geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages die Gewinnausschüttung vollständig in die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 25,0 TEUR.

Unter den Rückstellungen in Höhe von 25,0 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, Personalarückstellungen, Rückstellungen für die Schwerbehindertenabgabe sowie erstmals Rückstellungen für die Anwartschaft auf Dienstjubiläen abgebildet.

Die größte Position in der Kapitalstruktur der Bilanz ist den Verbindlichkeiten zuzuordnen. Diese setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und sonstigen Verbindlichkeiten zusammen.

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2014 war die Investition in einen Teppichbürstenreiniger in Höhe von 0,3 TEUR notwendig. Weitere Investitionen wurden nicht vorgenommen.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash-Pool ist unterjährig nur geringfügig erfolgt.

Zum Bilanzstichtag steht den kurzfristigen Mitteln in Höhe von 95,2 TEUR ein kurzfristiger Mittelbedarf in Höhe von 81,0 TEUR gegenüber. Somit konnte die Gewinnabführung in vollem Umfang aus eigenen Mitteln finanziert werden

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2014 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2014 in TEUR	31.12.2013 in TEUR	Veränderung in TEUR
Anlagevermögen	10,8	13,1	-2,3
Langfristig gebundenes Vermögen	10,8	13,1	-2,3
Forderung verb. Unternehmen (LuL)	48,8	64,1	-15,3
Forderung verb. Unternehmen (CP)	41,9	81,7	-39,8
sonstige Vermögensgegenstände	4,5	3,9	+0,6
Kurzfristig gebundenes Vermögen	95,2	149,7	-54,5
Gesamtvermögen	106,0	162,8	-56,8
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
Langfristiges Kapital	25,0	25,0	0,0
Rückstellungen	25,0	20,6	+4,4
Verbindlichkeiten verb. Unternehmen	39,5	108,3	-68,8
übrige Verbindlichkeiten	16,5	8,9	+25,4
Kurzfristiges Kapital	81,0	137,9	-56,9
Gesamtkapital	106,0	162,8	-56,8

Bei der Analyse der Bilanz weist die Gesellschaft auf der Aktivseite eine generelle Minderung (56,8 TEUR) des Anlage- und Umlaufvermögens aus. Im Bereich des Anlagevermögens übersteigen die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen die Neuinvestitionskosten. Aus diesem Grund ist hier eine Minderung des langfristig gebundenen Vermögens in Höhe von -2,3 TEUR zu verzeichnen. Das Umlaufvermögen ist stark durch die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sowie durch Forderungen aus dem Cash-Pool geprägt. Daraus lässt sich die Entwicklung des Vermögens von 162,8 TEUR auf 106,0 TEUR ableiten.

Auf der Passivseite der Bilanz ist zunächst von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage (25,0 TEUR) zu verzeichnen. Die notwendigen Rückstellungen zum Bilanzstichtag 31.12.2014 zeigen einen Anstieg von 4,4 TEUR zum Vorjahreswert in Höhe von 20,6 TEUR auf. Offene Verbindlichkeiten der Lieferungen und Leistungen, besonders zu verbundenen Unternehmen, sind auf Grund der Rechnungslegung zum Jahresende angezeigt und resultieren aus dem Leistungsausgleich mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH sowie der Personalbetreuung durch die Stadtwerke Halle GmbH. Die wesentliche Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundener Unternehmen resultiert aus den Verbindlichkeiten aus der Ergebnisabführung. Hier ist ein Rückgang um -64,1 TEUR auf 22,7 TEUR im Geschäftsjahr 2014 zu verzeichnen.

Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr von 162,8 TEUR auf 106,0 TEUR in dieser Berichtsperiode gesunken.

4.4. Gesamtaussage

Obwohl die Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr ein geringeres Ergebnis vor Steuern an ihre Gesellschafterin ausschütten kann, sieht sich die Cives Dienste GmbH in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt und zeigt die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der Gebäudereinigung, sowie der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Durch die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl die Investition als auch die Gewinnabführung in vollen Umfang finanziert werden. Dies beweist, dass in der Gesellschaft eine ausreichende Liquidität gegeben war und eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie nicht notwendig war.

5. Nachtragsbericht

Veränderungen sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde, beauftragt durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems, eine Prüfung der Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Zu den ermittelten unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung entwickelt und dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unternehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährig signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Die Abhängigkeit der angebotenen Leistungen von nur einem Auftraggeber muss generell als Risiko angesehen werden. Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremd-währungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente, insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten, ausgesetzt.

6.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2015 sind Umsatzerlöse in Höhe von 654,1 TEUR geplant. Auf Grund der erbrachten Dienstleistungsverträge im Rahmen der betrieblichen Leistungserbringung können 295,1 TEUR dem Bereich der Gebäudereinigung und 359,0 TEUR dem Bereich der Entsorgungsdienstleistung zugeordnet werden. Die Entwicklung der Umsatzerlöse bleibt unter der Prämisse eines gleichbleibenden Leistungsumfanges für den Mittelfristzeitraum nahezu konstant.

7.2. Investitionen

Für das Geschäftsjahr 2015 sind keine wesentlichen Investitionen geplant.

7.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können auf Grund der guten Liquidität aus eigenen Mittel abgedeckt werden.

7.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2015 soll der Cives Dienste GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von 11,3 TEUR vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Nischen voran zu treiben, um zusätzliche Möglichkeiten zu generieren. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2015 mit beeinflussen und den marktwirtschaftlichen Fortschritt sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Zum Heizkraftwerk 12
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	5.001	37	3.650	12	1.595	4	1.351	37
Umlaufvermögen	8.238	61	14.417	48	24.065	65	-6.179	-43
Rechnungsabgrenzungsposten	239	2	12.029	40	11.219	31	-11.790	-98

Bilanzsumme	13.478	100	30.096	100	36.879	100	-16.618	-55
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	----------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.136	16	2.136	7	25	0	0	0
Rückstellungen	4.487	33	11.189	37	19.002	52	-6.702	-60
Verbindlichkeiten	6.855	51	4.798	16	6.694	18	2.057	43
Rechnungsabgrenzungsposten			11.973	40	11.158	30	-11.973	-100

Bilanzsumme	13.478	100	30.096	100	36.879	100	-16.618	-55
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	----------------	------------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	108.544	110.306	101.946
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2	-326	105
sonstige betriebliche Erträge	3.000	2.911	2.621
Materialaufwand	71.604	83.253	79.470
Personalaufwand	18.351	9.256	4.314
Abschreibungen	877	544	458
sonstige betriebliche Aufwendungen	20.301	19.592	19.976
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	45	227	351
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	139	64	474
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	319	409	331
außerordentliche Erträge			187
außerordentliche Aufwendungen			153
außerordentliches Ergebnis			34
sonstige Steuern	35	24	22
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	284	385	343
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,26	0,35	0,34	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,32	18,03	1.370,68	%
Cash-Flow:	1.161	929	800	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	427	957	1.610	T€
Personalaufwandsquote:	16,45	8,20	4,12	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	19,97	7,81	0,14	%
Eigenkapitalquote:	15,85	7,10	0,07	%
Fremdkapitalquote:	84,15	92,90	99,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Netznutzung Fernwärme	553,00	668,00	622,00	GWh
Netznutzung Gas	1.023,00	1.238,00	1.169,00	GWh
Netznutzung Strom	805,00	842,00	856,00	GWh

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Energieversorgung Halle Netz GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist als Strom-, Gas- und Fernwärmenetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Aufbau des Verteilnetzes verantwortlich.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung von Dienstleistungen, hauptsächlich für die EVH GmbH. Im Auftrag der EVH GmbH übernimmt sie kundennahe Energiedienstleistungen, den Betrieb von Fernwärme- und Nahwärmanlagen sowie die Planung und den Bau für Instandhaltungs-, Abrüstungs- und Investitionsmaßnahmen.

Alleinige Gesellschafterin der Energieversorgung Halle Netz GmbH ist die EVH GmbH. Eigene Beteiligungen besitzt die Energieversorgung Halle Netz GmbH nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung des Strom-, Gas- und Fernwärmeverteilnetzes im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die optimale Anwendung und Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Eine weitere Zielstellung der Energieversorgung Halle Netz GmbH ist die Bereitstellung von den bereits genannten Dienstleistungen für die Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns.

1.3. Steuerung

Die Geschäftsführung der Energieversorgung Halle Netz GmbH obliegt Frau Heike Göpfert. Die interne Organisation der Gesellschaft gliedert sich in die Struktureinheiten Netzbetrieb, Netzstrategie (Strategie/Planung, Dokumentation, Liegenschaften), Netzvertrieb (Wechselprozesse, Vertragsmanagement) und Marktgebietsmanagement (Energiedaten-, Regulierungsmanagement, Netzcontrolling).

Die Planungs- und Berichtsstruktur stellt auf das Gesamtunternehmen ab. Als Steuerungsgröße dient jeweils das Betriebsergebnis. Mit Hilfe dieses Indikators werden unternehmerische Entscheidungen getroffen.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr war von der Integration der neu festgelegten Organisationsstrukturen geprägt. Diese haben sich im operativen Geschäft und in den Prozessen erfolgreich bewährt, weshalb keine weiteren Änderungen vorgenommen wurden.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 Prozent (2013) auf 6,7 Prozent. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 Prozent auf 10,7 Prozent, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 Prozent auf 9,8 Prozent zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Regulierungsbehörde bestimmt die Obergrenze der zulässigen Gesamterlöse eines Netzbetreibers aus Netzentgelten (Erlösbergrenze). Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösbergrenzen in der zweiten Regulierungsperiode Strom (2014 bis 2018) erfolgte mit dem Beschluss der Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur vom 18. Dezember 2014 und für die zweite Regulierungsperiode Gas (2013 bis 2017) mit dem Bescheid der Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt vom 14. Dezember 2012.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Die Verbände BDEW, VKU und GEODE haben die Kooperationsvereinbarung zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen überarbeitet. Die Kooperationsvereinbarung VII trat zum 01. Oktober 2014 in Kraft. Neben der Überarbeitung von Leitfäden (Abwicklung von Standardlastprofilen, Geschäftsprozesse Bilanzkreismanagement Gas, Marktraumumstellung) war auch eine Anpassung der bestehenden Verträge zum Netzzugang und zur Bilanzierung gegenüber den Transportkunden und den Bilanzkreisverantwortlichen erforderlich.

Die Bundesregierung wird die Entwicklung zu einer Energieversorgung ohne Atomenergie und mit stetig wachsendem Anteil erneuerbarer Energie konsequent fortführen. Die grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) erfolgt mit dem Inkrafttreten des EEG 2014 am 01. August 2014. Es beinhaltet vor allem Änderungen für eigenerzeugten und selbstverbrauchten Strom.

Mit Inkrafttreten der Anlagenregisterverordnung am 05. August 2014 wurden die rechtlichen Grundlagen geschaffen, um sämtliche Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und Grubengas zentral bei der Bundesnetzagentur zu erfassen und die entsprechenden Daten für alle beteiligten und berechtigten Akteure zur Verfügung zu stellen.

Nachdem die Umrüstung der PV-Anlagen (50,2-Hertz-Problematik) in Gang gesetzt und gemäß Systemstabilitätsverordnung (SysStabV) abläuft, sollen nun aus Systemsicherheitsgründen auch andere dezentrale Erzeugungsanlagen nachgerüstet werden. Als rechtliche Grundlage für die Nachrüstung dieser Anlagen gilt die SysStabV, Teil 2.

Im Rahmen des Änderungsmanagements für Nachrichtentypbeschreibungen hat die Bundesnetzagentur neue sparteneinheitliche Nachrichtentypversionen am 01. Oktober 2014 veröffentlicht. Diese sind nunmehr für alle nach GPKE/GeLI Gas, MaBiS, WiM und MPESt (Marktprozesse für Einspeisestellen Strom) umsetzungspflichtigen Marktteilnehmer verbindlich ab dem 01. April 2015 anzuwenden.

Zum 14. November 2014 veröffentlichte die Bundesnetzagentur das „Gemeinsame Positionspapier der Landesregulierungsbehörden und der Bundesnetzagentur zur Auslegung von § 2 Nr. 11 und § 17 Abs. 2a StromNEV (Pooling)“. Das Positionspapier bringt Klarheit hinsichtlich der notwendigen Anforderungen an die kundenseitige galvanische Verbindung. Von erheblicher Bedeutung ist die vorgesehene Lastverschiebbarkeit zwischen zwei Entnahmestellen. Es soll nunmehr mindestens 50 Prozent der Last jeder Entnahmestelle eines Netzknoten auf die andere Entnahmestelle verlagert werden können.

Die Bundesnetzagentur hat mit Beschluss vom 19. Dezember 2014 das Festlegungsverfahren „GABi Gas 2.0“ abgeschlossen. Damit wird das Ausgleichs- und Bilanzierungssystem im Gas neu geregelt. Neue Vorgaben zu Datenmeldepflichten, Netzkontoabrechnung, Regelenergieumlage und untertägiger Strukturierung betreffen Netz, Vertrieb und Beschaffung gleichermaßen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die ARegV wird den Netzbetreibern eine Erlösbergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

Ein effizientes Kostenmanagement bildet unter Sicherstellung von Netzqualität und -stabilität einen wesentlichen Faktor für den Erfolg der Energieversorgung Halle Netz GmbH.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2014 beschäftigte die Energieversorgung Halle Netz GmbH 270 Mitarbeiter und 36 Auszubildende. Die Mitarbeiterzahl blieb zum Stichtag nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr (271 Mitarbeiter).

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 44 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 21 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB).

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung sowie die kooperative Ingenieursausbildung bzw. duale Studiengänge. Einen weiteren Beitrag leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut. Darüber hinaus wird das Angebot an Diplomanden-, Praktikanten- und Traineestellen kontinuierlich ausgebaut.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

4.1.1. Absatz/Umsatz

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Umsatzerlöse von 108,5 Mio. € (Vorjahr: 110,3 Mio. €) realisiert.

Im Netzgebiet der Energieversorgung Halle Netz GmbH wurden im Geschäftsjahr 805 GWh (Vorjahr: 842 GWh) Strom ausgespeist. Die Umsätze in diesem Zusammenhang betragen 54,2 Mio. € (Vorjahr: 56,9 Mio. €).

Der Durchsatz im Erdgasnetz der Gesellschaft betrug 1.023 GWh (Vorjahr: 1.238 GWh). Der Umsatz in diesem Segment belief sich auf 21,5 Mio. € (Vorjahr: 22,2 Mio. €).

Im Jahr 2014 transportierte das Unternehmen 553 GWh (Vorjahr: 668 GWh) Wärme und erzielte 22,3 Mio. € (Vorjahr: 24,2 Mio. €) Umsatzerlöse aus der Netznutzung Wärme.

Die im Jahr 2014 von der Energieversorgung Halle Netz GmbH erzielten sonstigen Umsatzerlöse in Höhe von 10,6 Mio. € (Vorjahr: 7,3 Mio. €) umfassten im Wesentlichen die vom regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber gezahlten Vergütungen für die nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) geförderten, vom Netzbetreiber aufgenommenen Strommengen, die Erlöse aus Servicedienstleistungen, den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der EVH GmbH, die Vergütungen nach dem Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) sowie die Erlöse aus der Abrechnung von Ausgleichsenergie.

4.1.2. Materialaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen in der Energieversorgung Halle Netz GmbH Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 18,1 Mio. € (Vorjahr: 18,7 Mio. €) sowie für bezogene Leistungen in Höhe von 53,5 Mio. € (Vorjahr: 64,6 Mio. €) an.

Die Position Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe beinhaltet hauptsächlich Aufwendungen für Netzverluste und Betriebsverbrauch in Höhe von 7,3 Mio. € (Vorjahr: 8,4 Mio. €). Für den Strombezug aus dezentralen EEG-Anlagen fielen Aufwendungen in Höhe von 5,6 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €) sowie KWK-Aufwand aus der Vergütung der KWK-Förderung an die zuschussberechtigten Stromeinspeiser und dem im Netznutzungsentgelt als Letztverbraucherzuschlag enthaltenen KWK-Belastungsausgleich in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €) an. Weitere wesentliche Bestandteile dieser Position waren Aufwendungen für die Umlage nach § 19 StromNEV in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €) und die Umlage nach § 17 f EnWG in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €).

Für bezogene Leistungen fielen im abgelaufenen Geschäftsjahr 53,5 Mio. € (Vorjahr: 64,6 Mio. €) an. Die Position beinhaltet die Aufwendungen für die Nutzung des vorgelagerten Strom und Gasnetzes in Höhe von 13,1 Mio. € (Vorjahr: 13,7 Mio. €) sowie die Aufwendungen aus vermiedener Netznutzung für den in das Netz eingespeisten Strom aus Stromerzeugungsanlagen im Netzgebiet der Stadt Halle in Höhe von 5,6 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €). Ein weiterer Bestandteil war das Pachtentgelt für die von der EVH GmbH gepachteten Energieversorgungsnetze sowie für die von der EVH GmbH erbrachten kaufmännischen Dienstleistungen.

4.1.3. Personal- und Sozialbereich

Der Personalaufwand betrug 18,4 Mio. € und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr (9,3 Mio. €) fast verdoppelt. Diese Steigerung ist auf den Übergang von Mitarbeitern der EVH GmbH zur Energieversorgung Halle Netz GmbH im Dezember 2013 zurückzuführen.

4.1.4. Abschreibungen

Im Berichtszeitraum fielen Abschreibungen in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) an und betrafen hauptsächlich Datenbank-, netz- und bilanzierungstechnische Systeme sowie Hardware.

4.1.5. Sonstiger betrieblicher Aufwand

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Berichtszeitraum 20,3 Mio. € und fielen damit 1,4 Mio. € höher aus als im Vorjahr (18,9 Mio. €).

Im Jahr 2014 fielen Aufwendungen für die Konzessionsabgabe in den Bereichen Strom und Gas sowie den Gestattungsvertrag über Fernwärme in Höhe von 8,1 Mio. € (Vorjahr: 8,5 Mio. €) an. Darüber hinaus beinhaltet die Position Aufwand für Instandhaltungs- und Abrüstungsarbeiten in Höhe von 4,8 Mio. € (Vorjahr: 5,5 Mio. €) sowie Abrechnungs- und DV-Dienstleistungen in Höhe von 2,6 Mio. € (Vorjahr: 2,3 Mio. €).

4.1.6. Ergebnisverwendung

Die Gesellschaft führt den Jahresüberschuss in Höhe von 0,3 Mio. € an die EVH GmbH aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages ab.

4.2. Finanzlage

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH wies zum 31. Dezember 2014 ein Eigenkapital in Höhe von 2,1 Mio. € aus. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 15,8 Prozent.

Für das Geschäftsjahr 2014 sind Investitionen in Höhe von 2,2 Mio. € angefallen. Diese umfassen hauptsächlich die Beschaffung von Systemen. Die größte Investition im Jahr 2014 war der Kauf des Geographischen Informationssystems.

Die Kapitalflussrechnung der Energieversorgung Halle Netz GmbH weist im Geschäftsjahr einen Zahlungsmittelabfluss von 0,5 Mio. € aus. Dieser ergibt sich aus dem Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 2,1 Mio. €, dem Cash Flow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 2,2 Mio. € und der Ergebnisabführung in Höhe von 0,4 Mio. €.

Insgesamt ergibt sich ein Finanzmittelbestand in Höhe von 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €). Die Liquidität war während des Jahres 2014 gegeben und wird auch im Geschäftsjahr 2015 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

4.3. Vermögenslage

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH hat mit der EVH GmbH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt. Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug im Geschäftsjahr 13,5 Mio. € und betraf hauptsächlich das Umlaufvermögen in Höhe von 8,2 Mio. €.

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Energieversorgung Halle Netz GmbH übertraf für das Geschäftsjahr 2014 die Erwartungen. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, allen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

5. Nachtragsbericht

Mit Wirkung zum Ablauf des 31. März 2015 hat die Gesellschaft das Eigentum an dem Erbbaurecht für den Technischen Betriebshof von der BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG erworben. Darüber hinaus soll das zugehörige Grundstück in Halle-Trotha von der EVH GmbH an die Energieversorgung Halle Netz GmbH übertragen werden.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Überblick und Ziele zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

In diesem Kontext betreibt die Energieversorgung Halle Netz GmbH gemeinsam mit der EVH GmbH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Im Rahmen einer jährlich durchgeführten Risikoinventur werden Chancen und Risiken erfasst und nach möglicher Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

6.2. Chancen und Risiken

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschläge vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld.

Im Rahmen der Anreizregulierung ist vorgesehen, dass von allen Unternehmen eine Effizienzsteigerung zu erbringen ist. In der zweiten Regulierungsperiode müssen die Netzbetreiber einen jährlichen Produktivitätsfortschritt von 1,5 Prozent erzielen.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

Die dargestellten Chancen und Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

7. Prognosebericht

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Energieversorgung Halle Netz GmbH entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Fachsparten Strom, Gas und Fernwärme.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Gewerke Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr eher von einem leicht sinkenden Niveau des Strommengenauflommens im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Fernwärme- und Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet die Geschäftsführung der Energieversorgung Halle Netz GmbH ein positives Jahresergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 0,3 Mio. €.

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Grubenweg 3
06242 Braunsbedra

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 260

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Peter Binder	26	10,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Energieversorgung, Abwasserent- und Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Binder, Peter
Schiller, Hartmut (seit 30.01.2014)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	3.836	82	3.707	77	3.847	79	129	3
Umlaufvermögen	810	17	1.056	22	974	20	-246	-23
Rechnungsabgrenzungsposten	20	1	29	1	17	0	-9	-31
Aktive latente Steuern	3	0	3	0	50	1	0	0

Bilanzsumme	4.669	100	4.795	100	4.888	100	-126	-3
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.761	38	1.601	33	1.256	26	160	10
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	134	3	116	3	115	2	18	16
Rückstellungen	205	4	441	9	246	5	-236	-54
Verbindlichkeiten	2.569	55	2.637	55	3.271	67	-68	-3

Bilanzsumme	4.669	100	4.795	100	4.888	100	-126	-3
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.555	4.718	5.103
andere aktivierte Eigenleistungen	45	22	5
sonstige betriebliche Erträge	133	285	126
Materialaufwand	1.086	1.096	1.081
Personalaufwand	1.814	1.744	1.748
Abschreibungen	299	330	426
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.133	1.253	1.192
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	5	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	108	127	171
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	297	480	616
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	78	126	164
sonstige Steuern	9	9	13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	210	345	439
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	210	345	439

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,62	7,31	8,60	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,57	27,45	53,77	%
Cash-Flow:	509	675	865	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	82	90	93	T€
Personalaufwandsquote:	38,32	34,71	33,40	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	79,65	75,06	76,53	%
Eigenkapitalquote:	37,71	33,38	25,69	%
Fremdkapitalquote:	62,29	66,62	74,31	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Absatz Fernwärme	16,4	19,7	18,7	GWh
Absatz Strom	15,6	15,2	18,4	GWh

e) Lagebericht

1. Allgemeiner Geschäftsverlauf

Auch im Geschäftsjahr 2014 blieben die Geschäftsfelder der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) unverändert. Das betrifft in gleicher Weise die Energieerzeugung und Energieverteilung inklusive der Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) sowie den Bereich Wasserversorgung.

Die EWAG erzeugt Wärme und stellt diese über Fernwärmenetze in den Städten Braunsbedra (einschließlich Ortsteil Großkayna) und Mücheln ihren Kunden zur Verfügung. Die Wärme wird in einem Heizkraftwerk (Anlage Grubenweg, Braunsbedra) im Prozess einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) durch die thermische Verwertung von EBS und drei weiteren Wärmeerzeugungsanlagen (Großkayna, Mücheln, Atlantis Center Braunsbedra) durch die thermische Verwertung von Altholz (Reserve Heizöl leicht), Holzhackschnitzeln (Reserve Erdgas) sowie Verbrennung von Heizöl erzeugt.

Die im Heizkraftwerk Grubenweg und Kraftwerk Geiseltalstraße (ehemals VKH) erzeugte Elektroenergie wird in das Netz der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM) eingespeist. Der unter Abzug des Eigenverbrauchs beider Kraftwerksanlagen sowie der übrigen EWAG-Betriebsanlagen verbleibende Strom wird vermarktet.

Auf der Grundlage des bestehenden Stromlieferungsvertrages mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) AöR erfolgte im Geschäftsjahr 2014 die Lieferung von ca. 95 % der verfügbaren Strommenge an diesen Vertragspartner. Der verbleibende Teil der Elektroenergie wird an private und gewerbliche Abnehmer geliefert.

Die geplanten Umsätze in den Hauptgeschäftsfeldern Elektroenergie, Fernwärme und Verwertung Ersatzbrennstoffe (EBS) konnten nicht erreicht werden.

Beide Kraftwerksanlagen waren im Geschäftsjahr 2014 von über 20 Abschaltungen unterschiedlicher Dauer im Rahmen des Netzsicherheitsmanagements (NMS) der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM) betroffen. Neben den wirtschaftlichen Effekten (Strom, EBS) spielen hier anlagenschädigende An- und Abfahrprozesse eine Rolle.

Nach Kontakten mit der MITNETZ STROM und der Führung des Nachweises für den KWK-Betrieb des Heizkraftwerkes Grubenweg wurde für diese Anlage ab 29. Januar 2015 ein anderer Status im Falle notwendiger Abschaltungen durch den Netzbetreiber erreicht. Damit wird im Jahr 2015 für das Heizkraftwerk Grubenweg die Abschalthäufigkeit spürbar verringert werden.

Im Kraftwerk Geiseltalstraße (ehemals VKH) beeinflussten drei größere technische Maßnahmen (Rekonstruktion, Instandhaltung) die Verfügbarkeit der Anlage. Das betraf die Erneuerung der Thermischen Nachverbrennung (TNV), die Erneuerung eines Überhitzers (ÜH1) sowie den Umbau des gesamten Bereiches Nassentaschung. Ziel dieser umfangreichen ist eine erhöhte Verfügbarkeit.

Die geplanten Umsätze im Bereich Fernwärme wurden durch untypisch hohe Temperaturen im I. und IV. Quartal nicht erreicht.

Der Betrieb der Wärmeerzeugungsanlagen in Mücheln, Großkayna und Braunsbedra (Atlantis Center) kann aus Sicht des Instandhaltungs- und Störgeschehens als normal eingeschätzt werden.

Am Holzkessel in Großkayna wurde nach ca. 13-jähriger Betriebszeit der gesamte Wasserteil ersetzt und der Feuerraum erneuert. Durch den Einsatz des Reservekessels (HEL) wurde die Versorgung der Kunden zu keiner Zeit beeinträchtigt.

Im Bereich Trinkwasserversorgung war ebenfalls ein normaler Betriebsablauf zu verzeichnen. Neben den notwendigen Wartungsarbeiten an den betriebsnotwendigen Anlagen wurden zusätzlich in den Versorgungsbereichen Langeneichstädt, Wünsch und Klobikau Schieber erneuert bzw. instandgesetzt. Durch diese Maßnahmen wurden Voraussetzungen für eine strukturierte Abtrennung von Versorgungsteilbereichen bei Rohrbrüchen und damit eine höhere Versorgungssicherheit geschaffen.

Den eingangs erwähnten Umsatzverlusten wurden konsequent mit betrieblichen Sparmaßnahmen entgegengewirkt. Das betrifft im Wesentlichen die Bereiche Materialaufwand, betriebliche Aufwendungen und Lohnkosten.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 210 (Vorjahr: TEUR 345) erwirtschaftet.

Die Umsatzerlöse haben sich um TEUR 163 verringert. Grund dafür ist die Minderung der Erlöse aus Fernwärme um TEUR 215 sowie die Minderung der sonstigen Erlöse um TEUR 14. Dem entgegen stehen Erhöhungen der Erlöse aus Stromverkauf um TEUR 43, der Erlöse aus Trinkwasser um TEUR 3 sowie der Erlöse aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen um TEUR 20 im Vergleich zum Vorjahr.

Auf Grund des milden Winters im Frühjahr 2014 sowie der milden Temperaturen in den Monaten November und Dezember verringerten sich die Fernwärmeerlöse. Geringere Erlöse aus Kostenweiterberechnungen führten hauptsächlich zur Verminderung der sonstigen Erlöse.

Die aktivierten Eigenleistungen haben sich auf Grund der erbrachten Herstellungskosten für den Bau bzw. die Umrüstung von Fernwärme-Hausanschlussstationen bzw. Trinkwasser-Hausanschlüssen um TEUR 22 erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 152. Im Geschäftsjahr 2013 beinhaltete diese Position Erträge aus der Schadensregulierung in Höhe von TEUR 226.

Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 29 verringert. Die Bruttomarge als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen hat sich von TEUR 3.910 um TEUR 263 auf TEUR 3.647 verringert.

Die Minderung des Materialaufwandes ist hauptsächlich auf geringere Aufwendungen für Weiterberechnungen (Heizöl) sowie auf geringere Bezugskosten aber auch geringere Bezugsmengen bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen zurückzuführen. Die Aufwendungen für Weiterberechnungen haben sich um TEUR 13 verringert. Infolge von Preissenkungen aber auch durch die milden Temperaturen in den Wintermonaten des Geschäftsjahres verringerten sich die Aufwendungen für Heizöl um TEUR 7 sowie für Holzbrennstoffe um TEUR 22.

Die Erhöhungen der Personalkosten resultieren aus der Zunahme des Personalbestandes.

Die Minderung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 100 begründet sich hauptsächlich aus geringeren Instandhaltungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2013 enthielt diese Position zusätzliche Reparaturaufwendungen in Höhe von TEUR 110 (Absenkung der Unterführung der Werksstraße, Reparatur Thermische Nachverbrennung im Betriebsteil VKH). Die Erhöhung der Aufwendungen für Versicherungen um TEUR 18 ist mit dem Abschluss einer Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung verbunden.

Durch ein stetiges Finanzmanagement in Verbindung mit der Entwicklung auf den Finanzmärkten konnten die Zinsen um TEUR 20 gesenkt werden.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag haben sich proportional zum Vorsteuerergebnis verringert. Die Steuerquote ist mit 27,1 % auf dem Niveau des Vorjahres.

2.2 Finanzlage

Trotz der Verringerung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit von TEUR 883 im Vorjahr auf TEUR 514 hat sich die Finanzlage weiter stabilisiert. Es wurden Auszahlungen für Investitionen abzüglich erhaltener Anschlusskostenzuschüsse in Höhe von TEUR 400 sowie die Tilgung von Finanzkrediten in Höhe von TEUR 424 vorgenommen. Die Investitionen wurden durch die Aufnahme eines langfristigen Finanzkredites von TEUR 407 finanziert.

Die Inanspruchnahme der Kontokorrentlinien wurde weiterhin kontinuierlich verringert. Zum Bilanzstichtag waren offene Kontokorrentlinien von TEUR 541 (Vorjahr: TEUR 444) verfügbar.

Die weiteren Kontokorrentkredite sollen durch die in den folgenden Geschäftsjahren erwarteten positiven Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit zurückgeführt werden.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme der EWAG hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 4.795 auf TEUR 4.669 verringert. Diese Minderung der Bilanzsumme ist vor allem auf das Umlaufvermögen zurückzuführen.

Das Anlagevermögen hat sich bedingt der durchgeführten Investitionen von TEUR 3.707 um TEUR 129 auf TEUR 3.836 erhöht. Den Zugängen zum Anlagevermögen von TEUR 431 stehen Anlagenabgänge von TEUR 3 sowie Abschreibungen auf Sachanlagen von TEUR 299 gegenüber.

Das Umlaufvermögen hat sich ursächlich durch einen verminderten Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 246 im Vergleich zum Vorjahr vermindert. Den um TEUR 14 erhöhten Bestand an Vorräten und um TEUR 96 erhöhten sonstigen Vermögensgegenständen stehen die um TEUR 339 verringerten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entgegen.

Die liquiden Mittel haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 16 verringert.

Die zum 31. Dezember 2014 bilanzierten aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 3 begründen sich aus dem Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen und dem handelsrechtlichen Wertansatz für langfristige Rückstellungen zum Bilanzstichtag.

Durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss, abzüglich einer Gewinnausschüttung auf den Jahresüberschuss 2013, erhöhte sich das Eigenkapital um TEUR 160.

Der Bestand des Sonderpostens für Anschlusskostenzuschüsse hat sich um TEUR 18 erhöht. Den Zuführungen aus Hausanschlusskostenzuschüssen im Bereich Fernwärme und Trinkwasser in Höhe von TEUR 31 stehen Auflösungen in Höhe von TEUR 13 gegenüber.

Die Minderung der Rückstellungen um TEUR 236 ergibt sich aus geringeren Steuerrückstellungen in Höhe von TEUR 48 sowie geringeren sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 188. Im Geschäftsjahr wurden bereits Steuervorauszahlungen in Höhe von TEUR 47 geleistet. Weiterhin wurden alle geplanten Reparaturen /Instandhaltungen im Geschäftsjahr 2014 realisiert, so dass Rückstellungen dafür wie im Jahr 2013 nicht gebildet werden mussten.

Die Verbindlichkeiten haben sich um TEUR 68 verringert. Dies ist im Wesentlichen auf die Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 114 zurückzuführen. Dem Zugang in Höhe von TEUR 407 durch Kreditaufnahmen stehen Minderungen durch Kredittilgungen in Höhe von TEUR 424 gegenüber. Zudem wurde die Inanspruchnahme der Kontokorrentkredite um TEUR 97 verringert. Bei Erhöhung der Lieferantenverbindlichkeiten um TEUR 68 verminderten sich die sonstigen Verbindlichkeiten um TEUR 22.

3. Investitionen

Ein positiver Aspekt des Geschäftsjahres 2014 war die Möglichkeit, das Fernwärmenetz in Braunsbedra im Bereich Häuer- / Steigerstraße zu erweitern. Im ersten Bauabschnitt 2014 werden insgesamt neun Fernwärme-Neuanschlüsse realisiert. Davon wurden zwei Anschlüsse mit den zugehörigen Hausanschlussstationen (HAST) 2014 errichtet. Weitere sechs Hausanschlüsse mit den entsprechenden Hausanschlussstationen werden im Jahr 2015 in Betrieb genommen, eine Hausanschlussstation geht Anfang 2016 in Betrieb.

In weiteren Bauabschnitten 2015/16 sollen weitere 22 Hausanschlüsse folgen. Im neu gebauten Fernwärmenetz (hier NW 80 bis NW 50) sind Reserven für weitere Anschlüsse verbaut.

Die Rekonstruktion aller HAST unserer Vertragspartner Geiseltaler Hausverwaltungs GmbH (GHV) und Wohnungsgenossenschaft „Kohle Geiseltal“ e.G. (WG Kohle) im Versorgungsbereich Braunsbedra wurden im Jahr 2014 planmäßig abgeschlossen. Für den Bereich Mücheln der WG Kohle wird die Rekonstruktion der HAST im Jahr 2015 durchgeführt.

Damit einhergehend wurden die Fernwärmeversorgungsverträge mit der WG Kohle verlängert (Bereich Braunsbedra bis 31. Dezember 2017, Bereich Mücheln bis 31. Dezember 2020 mit jeweils einjähriger Verlängerungsoption).

4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2014

Durch eine langfristige Vorbereitung bezüglich mengen- und terminmäßiger Anlieferung der notwendigen EBS in der im Allgemeinen kritischen Jahreswechselperiode kam es zu keinerlei Engpässen. Die Versorgung war jederzeit stabil abgesichert. Das betrifft in gleicher Weise alle notwendigen Entsorgungsaufgaben (Rost- und Filteraschen).

Durch das zu milde Wetter in den ersten beiden Monaten des Jahres 2015 wird es wiederum zu Abweichungen von den geplanten Umsätzen im Bereich Fernwärme kommen.

5. Risikobericht

Die Ver- und Entsorgungsbedingungen sind momentan als stabil einzuschätzen. Die Entgelte für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) waren im Geschäftsjahr 2014 sowie Anfang des Geschäftsjahres 2015 relativ stabil. Gleiches gilt auch für die Kosten für die Entsorgung von Reststoffen (speziell Rost- und Filteraschen). Veränderte Bedingungen der Ver- und Entsorgungskosten infolge Marktveränderungen könnten sich auf die Ertragslage auswirken.

Ein stetiger Zuwachs der Kosten ist seit einigen Jahren bei Inanspruchnahme von Fremdleistungen zu verzeichnen. Vor allem durch abgerechnete Nebenkosten (Fahrt- und Reisekosten, Auslösen, Zuschlägen, usw.) sind die Stundensätze enorm gestiegen.

Durch den mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) AöR abgeschlossenen Liefervertrag für Elektroenergie sind die Erlöse für Elektroenergie stabil planbar. Dieser Stromliefervertrag hat eine noch verbleibende Laufzeit von 2,5 Jahren. Die Geschäftsleitung schätzt ein, dass dieser Liefervertrag im beiderseitigen Interesse mit geänderten Konditionen fortgeführt wird. Die dadurch eventuell auftretenden Erlösminderungen bei der Stromlieferung sollen durch die Erweiterung des Stromverkaufs an Dritte bzw. durch die Erschließung neuer Geschäftsfelder weitestgehend kompensiert werden.

Die für das Unternehmen bestehenden Risiken werden umfassend im betrieblichen Risikomanagement bewertet.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2015 wird eine Stabilisierung der Finanz- und Ertragslage erwartet. Es ist ein Jahresergebnis vor Steuer von ca. TEUR 201 geplant.

Schwerpunkte der zu realisierenden Investitionen in Höhe von TEUR 595 sind der weitere Fernwärmeausbau in Braunsbedra sowie die weitere Umrüstung der Fernwärme-Hausanschlussstationen in den Versorgungsgebieten Braunsbedra, Großkayna und Müheln.

Die aus dem Energiekonzept resultierenden Ergebnisse werden im Geschäftsjahr 2015 weiterhin schwerpunktmäßig vertieft und analysiert, um Maßnahmen für etwaige Realisierungen im Rahmen der Energieerzeugung und –verteilung der EWAG abzuleiten und umzusetzen.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme; die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen; die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schneider, Olaf	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzender	Kocian, Burkhard	
		Busse, Jürgen	(bis 01.08.2014)
		Cierpinski, André	(seit 01.08.2014)
		Eigendorf, Eric	(seit 01.08.2014)
		Feigl, Christian	
		Felke, Thomas	(bis 01.08.2014)
		Gabrysch, Hubert	
		Gärtner, Steffen	
		Hajek, Andreas	
		Hilbig, Stefan	(seit 22.12.2014)
		Knöchel, Swen	
		Koppitz, Erhard	

Aufsichtsrat:	Krause, Johannes	
	Luppe, Ulrich	(seit 01.08.2014)
	Neumann, Lutz	
	Philipp, Lothar	(bis 25.11.2014)
	Schramm, Rudenz	
	Wolter, Tom	(bis 01.08.2014)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	26	26

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG		15,00
mittelbar	T€	%
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	4	15,00
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland GmbH & Co. KG		15,00
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland Verwaltungs GmbH	4	15,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		15,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	4	15,00
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	4	15,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		15,00
Trianel Onshore Windpark Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		15,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	215.519	73	225.686	72	232.220	68	-10.167	-5
Umlaufvermögen	78.695	27	85.866	27	107.648	32	-7.171	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	1.329	0	1.332	1	1.275	0	-3	0

Bilanzsumme	295.543	100	312.884	100	341.143	100	-17.341	-6
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Eigenkapital	77.917	26	77.917	25	77.917	23	0	0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	5.410	2	6.387	2	7.384	2	-977	-15
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	25.229	9	15.144	5	17.821	5	10.085	67
Rückstellungen	44.787	15	47.660	15	48.123	14	-2.873	-6
Verbindlichkeiten	142.167	48	153.769	49	178.243	52	-11.602	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	33	0	12.007	4	11.655	4	-11.974	-100

Bilanzsumme	295.543	100	312.884	100	341.143	100	-17.341	-6
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	391.975	419.739	465.616
Stromsteuer/Erdgassteuer	-21.919	-23.766	-28.950
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-55	307	-1
andere aktivierte Eigenleistungen	254	1.934	2.071
sonstige betriebliche Erträge	24.664	23.513	24.060
Materialaufwand	297.279	307.531	344.595
Personalaufwand	17.708	28.921	29.817
Abschreibungen	22.560	24.849	19.984
sonstige betriebliche Aufwendungen	34.748	37.613	32.874
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	284	385	343
Erträge aus Beteiligungen	80		
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	333	482	476
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	150	683	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.932	4.429	4.888
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19.239	18.568	31.457
außerordentliche Erträge	105	3.366	56
außerordentliche Aufwendungen	4.812	5.821	5.938
außerordentliches Ergebnis	-4.707	-2.455	-5.882
sonstige Steuern	1.052	1.623	1.223
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	13.480	14.490	24.352
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,64	3,66	5,58	%
Eigenkapitalrentabilität:	17,30	18,60	31,25	%
Cash-Flow:	36.190	40.022	44.336	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.457	988	983	T€
Personalaufwandsquote:	4,48	6,86	6,44	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	70,68	70,42	67,80	%
Eigenkapitalquote:	26,36	24,90	22,84	%
Fremdkapitalquote:	73,64	75,10	77,16	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Absatz Erdgas	1.391,00	1.592,00	2.483,00	GWh
Absatz Strom	1.879,00	1.427,00	1.660,00	GWh
Absatz Wärme	717,00	855,00	820,00	GWh

e) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die EVH GmbH beliefert Privat- und Gewerbe- sowie Großkunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas. Der Strombedarf wird durch die vertragliche Vereinbarung zum Strombezug von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH sowie durch Bezug von verschiedenen Lieferanten auf der Basis von kurzfristigen Verträgen gedeckt. Auf Grundlage eines Bilanzkreismanagements besteht die Möglichkeit des strukturierten Einkaufs, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird. Der Erdgasbezug erfolgt auf Grundlage von langfristigen Lieferverträgen. Der Wärmebedarf wird zum überwiegenden Teil durch Eigenerzeugung gedeckt. Zusätzlich besteht ein Vertrag über den Wärmebezug von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen sowie in der Verpachtung von Anlagevermögen.

Die EVH GmbH ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH.

Das Unternehmen ist alleiniger Anteilseigner an der Energieversorgung Halle Netz GmbH. Die Gesellschaft ist als Strom-, Gas- und Fernwärmenetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich. Darüber hinaus ist die EVH GmbH alleiniger Anteilseigner an der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH.

An der Meter 1 GmbH & Co. KG sowie an der Meter 1 Verwaltung GmbH hält die EVH GmbH jeweils 33,3 Prozent der Anteile. Das Unternehmen hat die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie den eigenständigen Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister zum Geschäftszweck.

An der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG hält die EVH GmbH Anteile in Höhe von 16,5 Prozent. Unternehmensgegenstand ist die Planung und Entwicklung, die Errichtung sowie der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie auf dem deutschen Binnenland. Ziel der Gesellschaft ist es, mittels der Beteiligung an Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften ein Onshore-Windparkportfolio aufzubauen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Kern-Handlungsfelder der EVH GmbH werden strategisch mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur abgedeckt: Energievertrieb, Kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, Regenerative Erzeugung, Zentrale Erzeugung und Netzgeschäft.

Mit der damit verbundenen Ausrichtung des organisatorischen und personellen Umfeldes will die Gesellschaft innovativer, flexibler und schneller werden, um somit den Kundenfokus zu schärfen und Effizienz- und Ertragspotenziale systematisch zu identifizieren. Die Kernprozesse werden stetig optimiert.

1.2. Ziele und Strategien

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen (EVU) haben sich mittlerweile fundamental verändert. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren immer komplexeren Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte. Dieser Entwicklung muss sich auch die EVH GmbH stellen. Die sich zugunsten regenerativer Erzeugungsanlagen verschiebenden Kapazitäten in der Stromerzeugung führen zu Ertragseinbußen mit der Konsequenz einer verminderten Wirtschaftlichkeit selbst bei hochmodernen Gas- und Dampfturbinenanlagen. Darüber hinaus erleben Kohlekraftwerke einen enormen Auftrieb verbunden mit einer deutlichen Verschlechterung der CO₂ - Bilanz. Der immer intensivere Wettbewerb in den Kundensegmenten der Gesellschaft führt gleichermaßen zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen.

Die EVH GmbH hat auf die erheblichen Veränderungen des Energiemarktes reagiert und die eigene strategische Unternehmensausrichtung angepasst: Mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur werden die Kern-Handlungsfelder der Zukunft abgedeckt.

Um die Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Fernwärme beliefern und um die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal vermarkten zu können, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen.

Mit der Etablierung des strategischen Geschäftsfeldes „Portfoliomanagement und Beschaffung“ wurden sämtliche diesbezügliche Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und CO₂ zentral und koordiniert an einer Stelle erfolgen und sich die Bereiche Erzeugung und Energievertrieb auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren können.

Im Zusammenhang mit dem neuen Geschäftsfeld „Erneuerbare Energien“ erwarb die EVH GmbH Anteile an der Beteiligungsgesellschaft Trianel Onshore-Windkraftwerke GmbH & Co. KG. In dieser erfolgt die Planung und Entwicklung, die Errichtung sowie der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie auf dem deutschen Binnenland. Ebenfalls wird das Geschäftsfeld „Kundennahe Energiedienstleistungen“ deutschlandweit weiter ausgebaut. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung soll langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und –bindung schaffen.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der EVH GmbH ist vertikal in die Struktureinheiten „Grundsatzfragen/Infrastruktur/Sicherheit“, „Unternehmenssteuerung/kaufmännischer Service“, „Portfoliomanagement/Beschaffung“, „Energievertrieb“ sowie „Zentrale Erzeugung“ gegliedert. Darüber hinaus werden Themen von strategischer Relevanz durch horizontal übergreifende Teams aus Fachexperten bearbeitet.

Die alleinige Geschäftsführung obliegt Herrn Olaf Schneider.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder. Diese beinhalten jeweils eigenständige Geschäftsmodelle, Verantwortliche, Erfolgsfaktoren und Kennzahlen. Im Sinne eines effizienten und messbaren Kosten- und Erlös-Managements wird jedes Geschäftsfeld separat geplant und verfügt über eine eigenständige Berichterstattung. Als kritische Steuerungsgrößen dienen Deckungsbeiträge sowie Geschäftsfeldergebnisse.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 Prozent. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit 0,4 Prozent im Jahr 2012 und 0,1 Prozent im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 Prozent.

Die Energiebranche wird von zahlreichen externen Faktoren beeinflusst. In den letzten Jahren haben sich für die Energieversorgungsunternehmen die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Preisentwicklung an den Märkten für Strom, Brennstoffe und CO₂-Zertifikate sowie die politischen und regulatorischen Entscheidungen fundamental verändert.

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im abgelaufenen Geschäftsjahr um knapp 5 Prozent zurückgegangen. Grund hierfür war vor allem die milde Witterung im ersten und vierten Quartal 2014. Diese Entwicklung hatte erheblichen Einfluss auf den Wärmemarkt, der mit rund 40 Prozent den größten Anteil am Energiebedarf hat. Auch der Erdgasverbrauch ging auf Grund der deutlich wärmeren Witterung zurück.

Der Preis für Rohöl bewegte sich am Ende des vierten Quartals 2014 um die 56-Dollar-Marke je Barrel und fiel somit um fast die Hälfte gegenüber dem Vorjahr. Schwache Konjunkturdaten und ein Überangebot am Rohölmarkt waren Ursache für den beachtlichen Preisverfall. Die Ölmarktentwicklung beeinflusst auch die Gaspreise.

Im Dezember 2014 sank der VIK-Basisindex auf 130,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (Dezember 2013: 136,73 Prozent). Der Index spiegelt die Entwicklung des Strompreises für große Kunden wider und basiert auf der Börsenpreisentwicklung und den Netzentgelten. Grund für die Entwicklung war ein Absinken des Preisniveaus an der EEX.

Im Januar 2014 beschloss der Rat der EU-Staaten eine Reformierung des EU-Emissionshandelssystems. Damit wurde der Weg zum Backloading von 900 Millionen CO₂-Zertifikaten im EU-Emissionshandel frei. Die Zertifikate sollten ursprünglich 2014 bis 2016 auf den Markt kommen. Jetzt wird die Versteigerung erst für die Jahre 2019 und 2020 vorgesehen. Um die Preise für die CO₂-Zertifikate zu stabilisieren wurden 400 Millionen Emissionszertifikate in 2014 aus dem Handel genommen. Für 2015 ist eine Kürzung von 300 Millionen Zertifikaten und für 2016 eine Kürzung von 200 Millionen Zertifikaten vorgesehen. Die Maßnahme zeigte erste Wirkung. Die Preise für CO₂ zeigten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Anstieg. Im Dezember 2014 lag der Preis für CO₂ bei 7,24 Euro je Tonne (Dezember 2013: 4,67).

Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einigten sich im Oktober auf einen neuen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik 2030. Als Zielvorgabe für 2030 wurde eine Reduktion von mindestens 40 Prozent der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 sowie ein Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien auf EU-Ebene auf mindestens 27 Prozent genannt. Ebenfalls diskutiert wurde die Einführung einer Marktstabilitätsreserve für CO₂-Zertifikate, durch welche das EU-Emissionshandelssystem wiederbelebt und auf ein höheres Preisniveau gebracht werden soll.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 Prozent (2013) auf 6,7 Prozent. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 Prozent auf 10,7 Prozent, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 Prozent auf 9,8 Prozent zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Trotz gestiegener EEG-Umlage (2014: 6,240 Cent je kWh; Vorjahr: 5,227 Cent je kWh) hielt die EVH GmbH die Strompreise zum 1. Januar 2014 stabil. Die beim Strom entstandenen Mehrkosten konnten durch permanente Optimierung der Beschaffung und durch weitere Effizienzsteigerungen kompensiert werden. Gleichzeitig blieben auch die Preise für Erdgas unverändert. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die zwei neuen Tarife „Halplus Erdgas Spar+24“ und „Halplus Erdgas Direkt+24“ hingewiesen. Diese kombinieren günstige Konditionen mit einer 24-monatigen Preissicherheit, vorbehaltlich weiterer Änderungen gesetzlich gestalteter Kosten.

Die neue Marke der Stadtwerke Halle „neogrün - Strom findet Stadt“ steht für das Bestreben mit neuen Mitteln einen Grundstein in Sachen Elektromobilität zu legen. Der Umweltgedanke in der Stadt Halle (Saale) soll gefördert und der Zugang zu umweltfreundlicher Mobilität erleichtert werden. Die Kampagne ist Teil des Vorhabens „Elektromobilität Mitteldeutschland“, das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bis zum 31. März 2016 gefördert wird. Ziel der „Grünen Mobilitätskette“ ist, klimaschonende Wegeketten von Haustür zu Haustür in der Stadt, dem Umland und der Region zu schaffen.

Unter dem Motto „Ihre Meinung - unsere Zukunft“ hat die Stadtwerke-Gruppe eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Insgesamt 1.064 Mitarbeiter haben ihre Chance zur Mitarbeit genutzt. Dies entspricht einer Gesamtteilnahmequote von 39 Prozent. Somit wurde in etwa die gleiche Beteiligung wie bei der Mitarbeiterbefragung im Jahr 2011 erreicht. Die Befragungsergebnisse haben gezeigt, dass sich die Mitarbeiter der Konzernunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH stärker zusammengedrückt fühlen als noch in 2011. Zur weiteren Zielverfolgung wurden Handlungsempfehlungen zur Verfestigung und weiteren Verbesserung des Zusammengehörigkeitsgefühls erarbeitet.

Seit 2004 führt die EVH GmbH regelmäßige Befragungen Ihrer Kunden durch, welche grundsätzlich die hohe Bekanntheit unserer Marke HALPLUS bestätigt haben. Die für den Privatkundenbereich durchgeführte Befragung 2014 führte zu einer Gesamtzufriedenheit nach dem „Kundenzufriedenheitsindex“ von 77 Prozent, was im Branchenvergleich als positiv einzuschätzen ist.

Die EVH GmbH unterstützt Privatkunden seit vielen Jahren bei der Umstellung auf energiesparende Elektrogeräte. Auch die neue Kampagne „Schmeiß die/den Alte(n) raus!“ motiviert einmal mehr zum Energiesparen und ruft EVH-Kunden dazu auf, ihre alten „Energiefresser“ durch energiesparende Geräte zu ersetzen. Die Werbeaktion wurde von der Zeitung für kommunale Wirtschaft (ZfK) mit der „Kampagne des Monats“ prämiert.

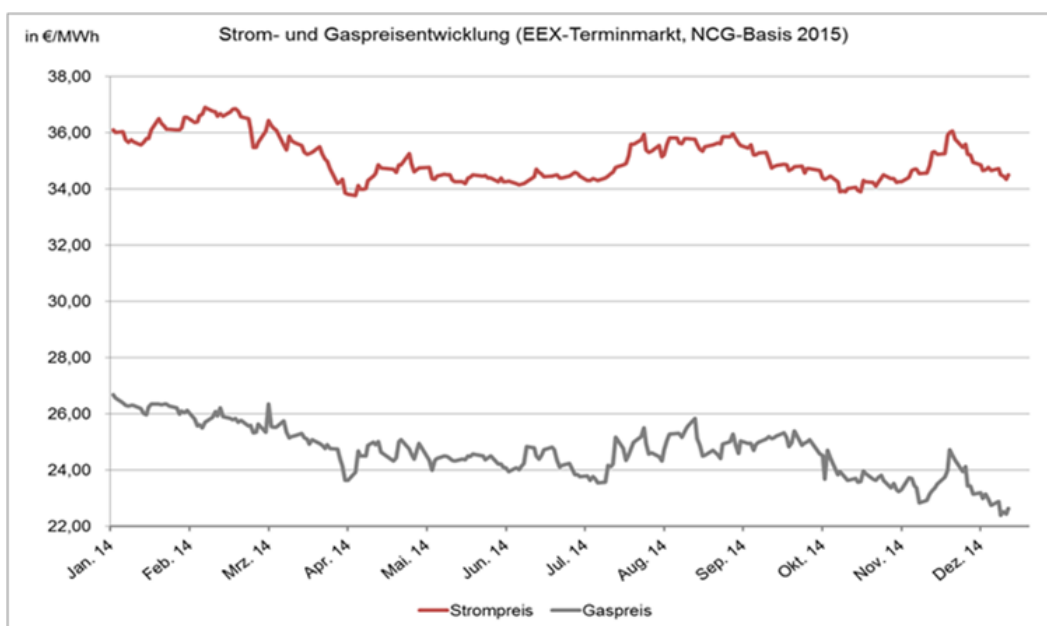
3.2. Marktbezogene Entwicklung

Auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt verschärft sich der Wettbewerb zunehmend. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Bedingungen für die Kunden mit kürzeren Wechselfristen und verbessertem Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben großen Einfluss auf den Wettbewerb.

Die aktuellen Marktaktivitäten verdeutlichen, dass sich die EVH GmbH auf eine weitere Intensivierung des Wettbewerbs um Endkunden einstellen muss.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für konventionelle Kraftwerke sind nach wie vor schwierig. Der forcierte und subventionierte Ausbau der erneuerbaren Energien im Zuge der Energiewende sowie die anhaltend niedrigen Preise für Kohle und CO₂-Zertifikate beeinflussten auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 die Beschaffungs- und Absatzmärkte der Energiebranche.

Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2014 wie folgt:



Im ersten Quartal verlor der Gaspreis für das Jahresprodukt (NCG Base 2015) 4 Euro pro MWh und der Tiefstpreis lag kurzfristig bei 24 Euro je MWh. Über die Sommermonate erfuhr er eine leichte Erholung und schwankte zwischen 24 und 26 Euro pro MWh. Seit Beginn des vierten Quartals reduzierte sich der Gaspreis weiter und verzeichnete zum Jahresende seinen Jahrestiefstpreis von 22,50 Euro pro MWh. Während der Ölpreis (Brent) im gleichen Zeitraum (2014) um 48 Prozent sank, fiel der Preisverfall des Erdgases mit 15 Prozent deutlich geringer aus. Der Strompreis für ein Grundlastband (EEX Base 2015) lag zum Jahresende bei zirka 34 Euro je MWh und damit gut 2 Euro pro MWh unter dem Niveau des Jahresbeginns.

Als Reaktion auf die insbesondere im Erzeugungsbereich fundamental veränderten Rahmenbedingungen hat der Energiekonzern E.ON seine neue Strategie bekannt gegeben. Künftig wird der Fokus auf erneuerbare Energien, Energienetze und Kundenlösungen gesetzt. Im Jahr 2016 soll eine Aufspaltung des Unternehmens in zwei Gesellschaften erfolgen: eine für Ökostrom und Energienetze, die andere, kleinere, für Kraftwerke und Energiehandel. In diese gehen damit auch alle Gas-, Kohle- und Atomkraftwerke ein.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. August 2014 ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2014 (EEG 2014) in Kraft getreten. Das EEG 2014 steuert den Ausbau von erneuerbaren Energien planvoll, um Stromkosten zu senken und Arbeitsplätze sowie wirtschaftlichen Erfolg zu sichern. Im neuen EEG wurde der Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen an Land auf jeweils 2.500 MW im Jahr begrenzt und die feste Einspeisevergütung sukzessive gesenkt. Während die durchschnittliche Vergütung für Strom aus erneuerbaren Energien bis 2014 ca. 17 Cent je kWh beträgt, werden Betreiber neuer Anlagen ab 2015 durchschnittlich nur ca. 12 Cent je kWh erhalten.

Zum anderen werden zukünftig auch Eigenstromversorger an den Ausbaurkosten für die erneuerbaren Energien beteiligt. Bei der Eigenstromversorgung aus neuen Erneuerbare-Energien-Anlagen oder neuen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ist ab 2017 eine auf 40 Prozent reduzierte EEG-Umlage zu entrichten. Hiervon sind Anlagen betroffen, die der Eigenversorger vor dem 1. August 2014 betrieben und zur Eigenversorgung genutzt hat. Des Weiteren zählen auch Bestandsanlagen dazu, die vor dem 23. Januar 2014 nach BImSchG genehmigt oder nach anderer Bestimmung des Bundesrechts zugelassen und vor dem 1. Januar 2015 zur Eigenversorgung genutzt worden sind.

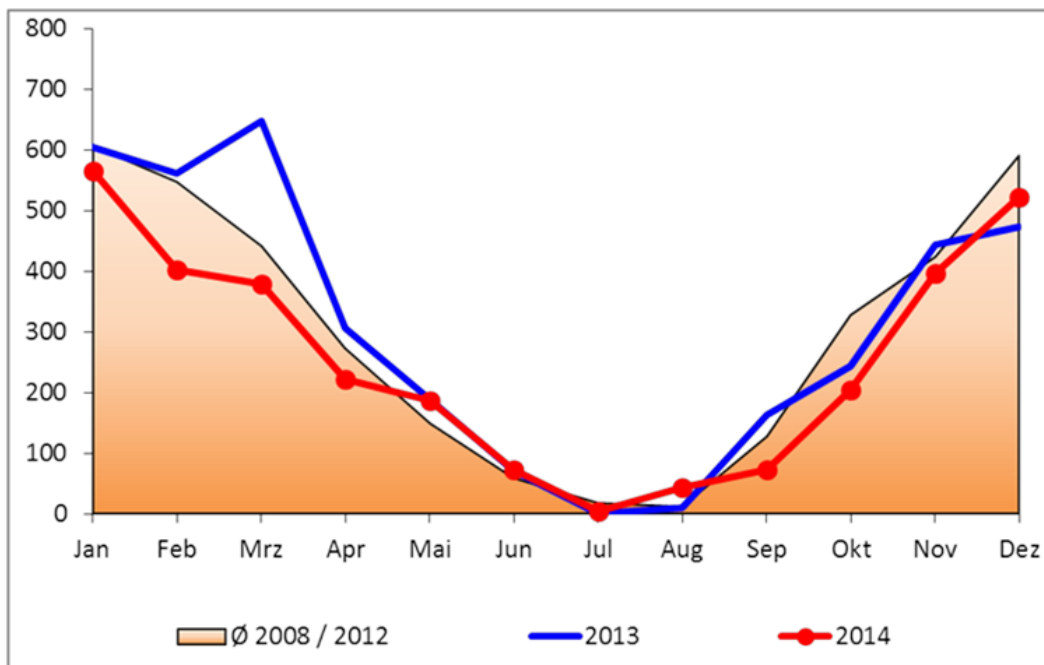
Weiterhin wurde im EEG 2014 die Ausgleichsregelung für die stromintensive Industrie überarbeitet und an geltendes EU-Recht angepasst. Die Regelung wird auf Unternehmen und Branchen beschränkt, die in einem harten internationalen Wettbewerb stehen.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) veröffentlichten am 15. Oktober 2014 die Prognose der 2015 zu erwartenden Einspeisung aus regenerativen Stromerzeugungsanlagen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) sowie die daraus resultierende EEG-Umlage für das Jahr 2015. Die EEG-Umlage ist von allen Letztverbrauchern für jede bezogene Kilowattstunde zu entrichten. Dies bedeutet, dass die Verbraucher zur Förderung der erneuerbaren Energien im Stromsektor im Jahr 2015 einen Beitrag von 6,170 Cent je kWh leisten. Damit liegt die EEG-Umlage im Jahr 2015 knapp 1,1 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2014 von 6,240 Cent je kWh. Neben der EEG-Umlage sinken auch die Preise für die Offshore-Haftungsumlage und die Umlage für abschaltbare Lasten.

Die Neuerungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) traten überwiegend zum 1. Mai 2014 in Kraft. Kernelement der Novelle ist die Anhebung der energetischen Anforderungen an Neubauten um durchschnittlich 25 Prozent des zulässigen Jahres-Primärenergiebedarfs und um durchschnittlich 20 Prozent bei der Wärmedämmung der Gebäudehülle. Dies ist auch ein Schritt hin zum EU-Niedrigstenergiegebäudestandard, der spätestens ab 2021 gilt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EVH GmbH für den Verkauf von Strom, Gas und Fernwärme ist das Verbrauchsverhalten in Folge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die viel zu warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2014 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.078 und lag somit 17,2 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Der Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 (Grundlage der Planung) zeigte ebenfalls eine Unterschreitung (-14,1 Prozent).



Auch erfolgsbestimmend für die Absatzentwicklung war der sich weiter verschärfende Wettbewerb im Endkundensegment.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Strom- und dem Gaspreis. Die in Gliederungspunkt 3.2 dargestellte Preisentwicklung, insbesondere das Stagnieren des Strompreises auf niedrigem Niveau, verdeutlicht die nach wie vor schwierige Situation für konventionelle Kraftwerke.

3.5. Forschung und Entwicklung

Forschungs- und Entwicklungsthemen wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen werden in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

Ein aktuelles Thema ist der Ausbau der Elektromobilität. Zu diesem Zweck beteiligt sich die EVH GmbH am Forschungsprojekt „Grüne Mobilitätskette Mitteldeutschland“, welches mit dem „Tag der Elektromobilität“ am 30. Juni 2014 startete. Ziel ist es, 17 Elektroladesäulen bis Ende März 2015 in Betrieb zu nehmen, wobei die EVH GmbH für die Beschaffung, die Installation und das Betreiben der Säulen verantwortlich ist.

Des Weiteren prüft das Unternehmen die Übernahme bzw. den Bau von weiteren Solarparks, um den Anteil an erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung weiter auszubauen.

Das Investitionsportfolio beinhaltet weiterhin den Neubau eines großen Fernwärmespeichers. Mit diesem besteht die Möglichkeit, den Wärmebedarf von der Erzeugung zu entkoppeln, um Preiseffekte in der Stromvermarktung gezielt heben zu können.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2014 beschäftigte die EVH GmbH gemeinsam mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH 557 Mitarbeiter, wovon 287 Mitarbeiter unmittelbar bei der EVH GmbH beschäftigt waren. Das sind 13 Personen mehr als im Vorjahr. Gründe dafür sind Neueinstellungen und die unbefristete Übernahme von Jungfacharbeitern.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft beträgt zum Geschäftsjahresende 45 Jahre. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit liegt bei 20 Jahren.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin Herausforderung für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Es wird angestrebt, frühzeitig Mitarbeiterpotentiale zu entdecken und zu entwickeln. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut. Darüber hinaus ist die EVH weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 erzielte die EVH GmbH ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 13,5 Mio. € und lag damit 1,0 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

4.1.1. Erzeugung

Im Geschäftsjahr 2014 produzierte die EVH GmbH 435 GWh Wärme (Vorjahr: 548 GWh) und 270 GWh Strom (Vorjahr: 295 GWh). Der Rückgang der Eigenerzeugung ist auf die warme Witterung in 2014 zurückzuführen.

Das Unternehmen führte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Betriebsführung für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH durch.

4.1.2. Absatz/Umsatz

Zum 31. Dezember 2014 betrug der Absatz im Stromsegment 1.879 GWh und lag um 452 GWh über dem Vorjahreswert. Der hierauf entfallende Anteil der Kraftwerksvermarktung und Bilanzkreisoptimierung belief sich auf 1.021 GWh. Er fiel vor allem durch die Vermarktung des Stromportfolios der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH um 548 GWh höher als im Vorjahr aus.

Aus dem Stromverkauf erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 198,9 Mio. €. Die gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Mio. € gestiegenen Umsatzerlöse resultieren hauptsächlich aus der Vermarktung des Stromportfolios der Heizkraftwerk-Halle Trotha GmbH. Das Geschäft mit den Privat- und Gewerbekunden sowie Großkunden innerhalb und außerhalb von Halle war absatzbedingt rückläufig.

Der Wärmeabsatz betrug 717 GWh. Der deutliche Rückgang von 138 GWh gegenüber dem Vorjahr war vor allem auf die warme Witterung zurückzuführen. Infolge dessen sind die Umsatzerlöse um 9,3 Mio. € auf 59,5 Mio. € gesunken.

Der Erdgasabsatz an Kunden in Höhe von 984 GWh sank im Vergleich zum Vorjahr (1.185 GWh) ebenfalls auf Grund der warmen Witterung. An die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH verkaufte die EVH GmbH darüber hinaus 407 GWh Erdgas (Vorjahr: 407 GWh). Aus dem Verkauf von Erdgas erzielte die Gesellschaft insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 62,0 Mio. € (Vorjahr: 76,2 Mio. €).

Die sonstigen Umsatzerlöse betrafen im Wesentlichen Erlöse aus der Verpachtung der Energieversorgungsnetze in Höhe von 26,5 Mio. € (Vorjahr: 26,1 Mio. €) sowie Erlöse aus Geschäftsbesorgungen/Dienstleistungen von 10,0 Mio. € (Vorjahr: 22,1 Mio. €). Mit der Überleitung von Mitarbeitern des Netzservicebereiches in die Energieversorgung Halle Netz GmbH entfiel ein Teil der erbrachten Dienstleistungen. Demzufolge verringerten sich die betreffenden Erlöse aus Geschäftsbesorgungen/Dienstleistungen um 12,1 Mio. €.

4.1.3. Materialaufwand

Im Geschäftsjahr 2014 bezog die EVH GmbH 1.617 GWh Strom (Vorjahr: 1.141 GWh) auf dem Wege der strukturierten Strombeschaffung. Hierfür wandte das Unternehmen 73,7 Mio. € (Vorjahr: 61,2 Mio. €) auf.

Von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH wurden 286 GWh Wärme bezogen (Vorjahr: 312 GWh). Der Aufwand in diesem Segment betrug 8,5 Mio. € (Vorjahr: 11,1 Mio. €).

Für den Kommunalgasabsatz, Brennstoffeinsatz und für die Belieferung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH bezog die EVH GmbH insgesamt 2.264 GWh Erdgas, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 366 GWh entsprach. Die Bezugskosten beliefen sich auf 65,3 Mio. € (Vorjahr: 81,7 Mio. €)

Der finanzielle Ausgleich für den EEG-Strom (EEG-Umlage) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 51,8 Mio. € (Vorjahr: 49,6 Mio. €) und lag um 2,3 Mio. € über dem Vorjahreswert.

4.1.4. Bezogene Leistungen

Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen 96,7 Mio. € auf. Im Vergleich zum Vorjahr (102,7 Mio. €) waren das 6,0 Mio. € weniger, was vor allem auf geringere Netznutzungsentgelte für Strom, Gas und Fernwärme zurückzuführen war.

4.1.5. Personalaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrugen die Personalaufwendungen 17,7 Mio. € und sind damit um 38,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr (28,9 Mio. €) gesunken. Diese Verringerung des Personalaufwandes ist auf den Übergang von Mitarbeitern der EVH GmbH zur Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 1. Dezember 2013 zurückzuführen.

4.1.6. Abschreibungen

Die Abschreibungen beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 22,6 Mio. € und lagen um 2,3 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

4.1.7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2014 betrugen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 34,7 Mio. € und fielen somit um 2,9 Mio. € niedriger aus als im Vorjahr. Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Aufwendungen für Konzessionsabgaben, Instandhaltungen, Mieten und Pachten und Dienstleistungen für Datenverarbeitung und Abrechnung.

4.1.8. Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2014 belief sich das Außerordentliche Ergebnis auf -4,7 Mio. € (Vorjahr: -2,5 Mio. €). Im Rahmen einer umfassenden Risikobeurteilung wurden Rückstellungen, welche die Risiken der aktuellen Entwicklungen im Marktumfeld zum Gegenstand haben, einer Neubewertung unterzogen.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die EVH GmbH wies zum 31. Dezember 2014 ein Stammkapital in Höhe von 10,3 Mio. € aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 108,6 Mio. €. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 36,7 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich diese um 1,1 Prozentpunkte.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtsjahr 2014 tätigte die EVH GmbH Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 12,5 Mio. €. Schwerpunkte waren Sanierung, Anpassung und Erweiterung des Fernwärmenetzes im Stadtgebiet Halle, der Ersatz von Stationen und Transformator Ketten inklusive Erneuerung von Leitungsabschnitten im Mittelspannungs- und Niederspannungskabelbereich. Des Weiteren wurden Investitionen getätigt für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, Ersatzmaßnahmen im Elektro- und Gasbereich, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software. Ebenfalls wurden Investitionen im Elt-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz im Rahmen des Stadtbahnprogramms durchgeführt. Mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“ erweiterte die Gesellschaft ihre Aktivitäten im Endkundengeschäft, indem sie deutschlandweit in konventionelle Nahwärmeanlagen und alternative Anlagentechnik (BHKW, Wärmepumpen, Kältemaschinen) investierte.

Die Gesellschaft erwarb im abgelaufenen Geschäftsjahr Finanzanlagen in Höhe 1,5 Mio. €. Diese entfielen hauptsächlich auf Anteile an der neu gegründeten Beteiligungsgesellschaft Trianel Onshore-Windkraftwerke GmbH & Co. KG.

4.2.3. Liquidität

Mit einem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 32,9 Mio. € war die Gesellschaft in der Lage, den Cash-Outflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 10,5 Mio. € sowie aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 21,5 Mio. € zu decken.

Die Verminderung des Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 12,9 Mio. € ist hauptsächlich auf eine veränderte Bilanzstruktur zurückzuführen.

Der Cash-Outflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet Darlehensaufnahmen in Höhe von 10,0 Mio. €, Tilgungen in Höhe von 17,1 Mio. € sowie die Ausschüttung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 14,5 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH GmbH belief sich am 31. Dezember 2014 auf insgesamt 36,7 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Pools mit der Stadtwerke Halle GmbH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2014 betrug die Bilanzsumme der EVH GmbH 295,5 Mio. € und verringerte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 17,3 Mio. €.

Auf der Aktivseite sank das Anlagevermögen um 10,2 Mio. € auf 215,5 Mio. € und das Umlaufvermögen von 85,9 Mio. € auf 78,7 Mio. €. Die Verringerung des Anlagevermögens beruhte im Wesentlichen auf den Abschreibungen, die den Wert der getätigten Investitionen überstiegen. Der Rückgang im Umlaufvermögen (-7,2 Mio. €) war vor allem auf gesunkene Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen.

Die Passivseite war im Wesentlichen von niedrigeren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-7,1 Mio. €) geprägt, was vor allem auf die geringere Aufnahme von Darlehen zurückzuführen war. Ebenfalls rückläufig entwickelten sich die Rückstellungen (-2,9 Mio. €).

4.4. Gesamtaussage

Trotz schwierigen wirtschaftlichen und politischen Umfeldes schloss die EVH GmbH das Geschäftsjahr 2014 mit einem zufriedenstellenden Ergebnis ab.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2014 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die EVH GmbH notwendig machen.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde, beauftragt durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems, eine Prüfung der Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Zu den ermittelten unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung entwickelt und dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unternehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwert liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährig signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Festpreisein- und -verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Stromhandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limits fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner. Die EVH GmbH behielt die Beschaffungsstrategie für den Kommunalgasbezug bei. Es erfolgte eine Streuung der Preis- und Mengenrisiken durch die Aufteilung der Gesamtbeschaffung auf mehrere Lieferanten. Risiken bestehen hier auch in den Mindestabnahmeverpflichtungen für Kommunal- und Kraftwerksgas z. B. bei milder Witterung.

Die geltenden Limits für Energiebeschaffung und Vermarktung innerhalb der EVH GmbH wurden im Berichtszeitraum beachtet. Limitüberschreitungen wurden durch entsprechende Gegenmaßnahmen aufgehoben.

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen (negative Entwicklung der Strompreise in Folge der Energiewende) ist eine wirtschaftliche Stromproduktion in GuD-Anlagen nur bedingt gegeben. Infolgedessen reduzierte sich der Ertragswert der GuD-Anlage Dieselstraße nachhaltig. Bei dauerhaften Wertminderungen im Anlagevermögen müssen außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen werden. Bei andauernder Verschlechterung der Marktbedingungen sind für die Zukunft weitere Wertkorrekturen nicht auszuschließen.

Für die Gesellschaft besteht für das Geschäftsjahr 2015 das Risiko einer verminderten Vergütung aus dem Leistungsentgelt der vermiedenen Netznutzung. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird aufgrund der geplanten Fahrweise und somit der geplanten Abrechnung nach dem Spitzenlastverfahren als gering eingeschätzt. Darüber hinaus bleibt die Diskussion der Politik und der Bundesnetzagentur über die Neureglung der Preisgestaltung für die Entgelte aus vermiedener Netznutzung bestehen.

Mit Urteil vom 21. März 2013 hat der EuGH festgestellt, dass Preisänderungsklauseln in Normsonderkundenverträgen dann nicht mit europäischem Recht vereinbar sind, wenn die Preisänderungsregelungen der VO übernommen wurden. Für Normsonderkundenverträge im Gasbereich hat der BGH die Unwirksamkeit entsprechender Preisänderungsklauseln festgestellt. Die EVH hat im Gasendkundengeschäft derartige Preisänderungsklauseln nicht genutzt. Darüber hinaus hält der EuGH die in den Grundversorgungsverordnungen enthaltenen Regelungen zu Preisänderungen für nicht mit den europäischen Vorgaben vereinbar (Urteil vom 23. Oktober 2014). Insbesondere seien die Anforderungen an die erforderliche Transparenz nicht gewährleistet.

Durch die Verlegung von Wasserversorgungsleitungen in Gebäuden sind 1996 lt. OLG-Urteil Rostock vom 16. Dezember 2011 zu Gunsten eines Energieversorgungsunternehmens (EVU) beschränkte persönliche Dienstbarkeiten nach § 9 Abs. 1 GBBerG entstanden, da die Regelung in § 8 AVBFernwärmeV ausdrücklich Grundstücke und Gebäude in die Duldungspflicht des Grundstückseigentümers einbezieht, jedoch abweichend davon in § 8 AVBWasserV das Gebäude nicht ausdrücklich erwähnt wird. Im Namen von Bau- und Wohnungsgenossenschaften in Halle hat die Treuhandgesellschaft für Leitungsrechte mbH (TGL) sich auf dieses Urteil des OLG Rostock berufend behauptet, derartige Dienstbarkeiten wären wegen der wortgleichen Regelungen in NAV (ABBEit) und NDAV (AVBGasV) auch für Elektrizitäts- und Gasversorgungsanlagen in Gebäuden entstanden. Die EVH GmbH besitzt eine andere Rechtsauffassung und hat die Auffassung der TGL zurückgewiesen.

6.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovororge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

7. Prognosebericht

Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2015 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Energie- und Rohstoffmärkte reagieren sehr sensibel auf den weltweiten Konjunkturverlauf und die politisch-rechtlichen Veränderungen. Vor diesem Hintergrund ist weiterhin mit volatilen Preisentwicklungen zu rechnen, was eine verlässliche Prognose des zukünftigen Geschäftsverlaufes erschwert.

7.1. Umsatzentwicklung

Die demographischen Rahmenbedingungen in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom und Gas innerhalb des Netzgebietes von Halle. Mit der strategischen Entscheidung, den weiteren Ausbau des überregionalen Großkundensegments voranzutreiben, wirkt die EVH GmbH den stagnierenden bzw. rückläufigen Absatzerwartungen im Netzgebiet von Halle (Saale) entgegen. Um dem sinkenden Fernwärmebedarf zu begegnen, setzt das Unternehmen auf das Projekt „Verdichtung des Fernwärmenetzes“.

7.2. Investitionen

Im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogramms plant das Unternehmen mittelfristig den Ausbau seiner regenerativen Erzeugungskapazitäten, um seiner klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Ziel ist es, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“, alternative Technik (BHKW, Nahwärmanlagen, Kältepumpen) auch in komplexer Kombination mit konventioneller Technik anzubieten. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung soll langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und –bindung schaffen. Diesbezügliche Akquisitionen innerhalb und außerhalb von Halle führen künftig zu erhöhten Investitionen.

Weiterhin werden Investitionen in Finanzanlagen u. a. für den Erwerb von weiteren Anteilen an der Beteiligungsgesellschaft Trianel Onshore-Windkraftwerke GmbH & Co. KG getätigt.

Die EVH GmbH ist bestrebt, den Anteil an Erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Dazu werden verschiedene Projekte wie der Bau von Photovoltaikanlagen, die Beteiligung an Wasserkraftwerken sowie die Übernahme von Solarparks geprüft. Eine Entscheidung dazu ist noch nicht gefallen.

Um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten, wird es in den Folgejahren bei den Verteilnetzen weitere Investitionen geben. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Fernwärmenetz.

7.3. Finanzierung

Die EVH GmbH geht davon aus, die geplanten Investitionen zu 70 Prozent über zinsgünstige KfW-Darlehen zu finanzieren.

Die Liquidität wird auch im Geschäftsjahr 2015 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

7.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von 12,6 Mio. €.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:		T€	%
	MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	12,5	50,00
	Stadtwerke Halle GmbH	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Lauda, Winfried
Störzner, Uwe

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	0	50,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)	0	82,72
mittelbar	T€	%
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	58.500	45,77

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	
Umlaufvermögen	36	100	84	100	129	100	-48	-57

Bilanzsumme	36	100	84	100	129	100	-48	-57
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------	------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	26	73	74	89	120	93	-48	-65
Rückstellungen	10	27	10	11	9	7	0	0

Bilanzsumme	36	100	84	100	129	100	-48	-57
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------	------------	------------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	48	45	14
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-48	-45	-13
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-48	-45	-13
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-48	-45	-13

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-64,76	-37,79	-9,78	%
Cash-Flow:	-48	-45	-13	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	73,30	88,62	92,61	%
Fremdkapitalquote:	26,70	11,38	7,39	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Rohwasserlieferung gesamt	0,00	0,00	0,00	m ³

e) Lagebericht

Entwicklung

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH.

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Uwe Störzner und Herr Dr. Winfried Lauda.

Die FSA hält über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht, eine Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau in Höhe von 25,5 %, sowie über eine „Kleine GbR“ zwischen der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (TWM) an der FWV eine Beteiligung von 20,2664 %. Die Auflösung der „Kleinen GbR“ wurde eingeleitet; sie wird aber nicht weiter vollzogen.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 48,2 aus.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit erfolgt unentgeltlich.

Der Jahresfehlbetrag 2014 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Da die FSA seit Ende 2007 ausschließlich die mittelbare Beteiligung an der FWV und an sonstigen Beteiligungen hält, übt sie keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG aus und ist demzufolge nicht mehr zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Beteiligungen

An der „Großen GbR“, die über einen Geschäftsanteil von 51 % an der FWV verfügt, sind die FSA und die KWL je zur Hälfte beteiligt. Die „Kleine GbR“ hält einen Geschäftsanteil von 24,9 %. An der FWV. Gemessen an der Höhe des Auskehrungsanspruchs steht der FSA über „Kleine GbR“ eine weitere Beteiligung von 20,2664 % an der FWV zu.

Die indirekten Gesellschafteraufgaben gegenüber der FWV wurden für das Geschäftsjahr mit der KWL in mehreren GbR-Sitzungen, in vier Aufsichtsratssitzungen der FWV am 07. Mai 2014 (zwei Sitzungen), 28. August 2014 und am 02. Dezember 2014 und einer Gesellschafterversammlung am 07. Mai 2014 wahrgenommen.

Die Aufgaben und Pflichten der FSA werden in der „Großen GbR“ durch die Geschäftsführer der FSA, Herrn Uwe Störzner und Herrn Dr. Winfried Lauda wahrgenommen. Im Aufsichtsrat der FWV wirkten seitens der FSA bis 07. Mai 2014 Herr Uwe Störzner als stellvertretender Vorsitzender, Herr Matthias Lux und Herr Jörg Schulze mit. Mit der Neuwahl des Aufsichtsrates der FWV am 07. Mai 2014 sind Herr Matthias Lux, Herr Uwe Störzner und Thiébauld Mittelberger für die FSA in diesem Gremium tätig. Herr Matthias Lux wurde in der zweiten Aufsichtsratssitzung am 07. Mai 2014 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der FWV gewählt.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Januar 2005 sind die gesamten Anteile der FWV zu kommunalisieren und den Gemeinden unentgeltlich zuzuordnen. Ein Vollzug dieser Entscheidung führt zu einem vollständigen oder teilweisen entschädigungslosen Verlust von Anteilen „Große GbR“ und „Kleine GbR“ an der FWV.

Am 30. Juli 2010 erließ das BADV einen Quotierungsbescheid, in dem festgelegt wird, in welchem Umfang jeweils eine Gemeinde im Fall der Kommunalisierung Anteile an der FWV erhalten soll. Eine Zuordnung der Geschäftsanteile an der FWV an die Gemeinden ist bislang nicht erfolgt, weil die Bestandskraft des Quotierungsbescheids durch die Klagen der FSA, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sowie mehrere Gemeinden zur Aufhebung des Quotierungsbescheides bei dem Verwaltungsgericht Berlin (u. a. AZ.: 27 K 295/10) nicht eintreten konnte.

Das Verwaltungsgericht Berlin hat auf die gemeinsame mündliche Verhandlung vom 23. Januar 2014 hin in den Verfahren der FSA ./ Bundesrepublik und BvS ./ Bundesrepublik Deutschland die Klagen als unzulässig abgewiesen und die Revision nicht zugelassen. In der Urteilsbegründung führt das Gericht aus, dass mit dem Quotierungsbescheid nur festgestellt worden sei, in welchem Umfang die Gemeinden am 3. Oktober 1990 an der FWV zu beteiligen gewesen wären. Mit dieser Feststellung werde aber nicht in die Rechte der FSA eingegriffen. Das Gericht stellt ausdrücklich fest, die Quotierungsentscheidung stelle keine abschließende Sachentscheidung - d.h. keine Zuordnungsentscheidung - über die von Gemeinden aus Sachsen und Sachsen-Anhalt gestellten Anträge dar und sei insbesondere auch keine Vorabentscheidung über kommunale Zuordnungsberechtigungen. Beide Entscheidungen sind inzwischen rechtskräftig geworden, nachdem die Nichtzulassungsbeschwerde der BvS zurückgewiesen wurde.

Nachdem in dem Verfahren Stadt Leuna ./ Bundesrepublik Deutschland vor dem VG Berlin Erledigung eingetreten ist und die Klage des Zweckverbands Beilrode/Arzberg ./ Bundesrepublik Deutschland erst erstinstanzlich abgewiesen wurde, ist davon auszugehen, dass die Quotierung als solche Bestand haben wird; die noch anhängigen Verfahren wenden sich gegen die vom BADV gewählte Trennung von Quotierung und Zuordnung. Wann der Quotierungsbescheid in Bestandskraft erwächst und wie das BADV das weitere Verfahren der Zuordnung gestaltet, lässt sich nicht einschätzen. Der aktuelle Verfahrensstand führt zu keinen neuen Erkenntnissen mit Folgen für die Bilanzierung der Beteiligungen der Gesellschaft.

Ausblick

Die Aufgabe der FSA bis zu einer Neuordnung der Geschäftsanteile an der FWV ist es, die Beteiligungen zu halten und über die „GbR“ Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der FWV zu nehmen. Besondere Beachtung gilt der konstruktiven Begleitung und Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes und des Unternehmensoptimierungsprojektes „Zukunft Fernwasser“. Die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH als Gesellschafter der FSA schließen nicht aus, sich auch zukünftig mit einer den Rahmenbedingungen angepassten Organisationsstruktur mit einer Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH zu engagieren. Diesbezügliche Gespräche wurden und werden mit dem MLU-LSA und dem SGSA geführt. Eine konkrete Umsetzung bzw. eine geplante Bündelung von Geschäftsanteilen kann erst nach der Neuordnung der Geschäftsanteile an die einzelnen anspruchsberechtigten Gemeinden durch das zuständige Bundesamt erfolgen.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	65.190	51,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	31.317	24,50
Stadt Leipzig	31.317	24,50

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitung in Versorgungsgebiete.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

**Kaufmännische
Geschäftsführung:** Wollenberg, Jan

Technische Geschäftsführung: Dr. Michalik, Peter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Lux, Matthias	
stellv. Vorsitzender	Müller, Volkmar	
	Dallhammer, Wolf-Dieter	
	Dr. Meyer, Ulrich	
	Gründler, Cornelia	(seit 07.05.2014)
	Henning, Burkhard	
	Kirst, Gerald	(bis 07.05.2014)
	Mittelberger, Thiébauld	(ab 07.05.2014)
	Müller, Andreas	

Aufsichtsrat:

Müller, Annerose

Schlicke, Friedhelm

Schulze, Jörg

Störzner, Uwe

Wenzel, Christian

(bis 07.05.2014)

Aufsichtsrat

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	29	28	28

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten
Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	136.396	93	136.942	94	134.124	91	-546	0
Umlaufvermögen	9.727	7	8.837	6	13.327	9	890	10
Rechnungsabgrenzungsposten	85	0	83	0	79	0	2	2

Bilanzsumme

146.208	100	145.862	100	147.530	100	346	0
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	------------	----------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Empfangene Ertragszuschüsse
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	112.808	77	110.838	76	109.673	74	1.970	2
Sonderposten für Investitionszulagen	132	0	167	0	206	0	-35	-21
Empfangene Ertragszuschüsse	423	0	352	0	290	0	71	20
Rückstellungen	8.445	6	9.357	7	9.339	7	-912	-10
Verbindlichkeiten	24.400	17	25.148	17	28.022	19	-748	-3

Bilanzsumme

146.208	100	145.862	100	147.530	100	346	0
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	39.629	38.936	41.981
andere aktivierte Eigenleistungen	2.200	2.140	2.161
sonstige betriebliche Erträge	1.723	1.208	1.114
Materialaufwand	13.464	13.039	15.623
Personalaufwand	12.798	12.589	12.479
Abschreibungen	9.294	9.384	9.294
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.178	5.216	5.381
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23	24	152
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	727	776	821
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.114	1.304	1.810
sonstige Steuern	144	139	140
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.970	1.165	1.670
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.970	1.165	1.670

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,97	2,99	3,98	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,78	1,06	1,55	%
Cash-Flow:	11.264	10.549	10.964	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	198	190	203	T€
Personalaufwandsquote:	29,38	29,77	27,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,22	93,78	89,16	%
Eigenkapitalquote:	77,16	75,99	74,34	%
Fremdkapitalquote:	22,84	24,01	25,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	203.500,00	203.500,00	173.500,00	m ³
Fernleitungsnetz	762,00	762,00	716,00	km
Trinkwasserverkauf	73,30	73,30	75,40	Mio. m ³

e) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH erfüllte auch im Jahr 2014 ihre Hauptaufgabe — die Belieferung ihrer Kunden mit Trinkwasser — jederzeit zuverlässig und in hoher Qualität.

Kunden des Unternehmens sind Aufgabenträger der Wasserversorgung wie Zweckverbände, Wasserversorgungsunternehmen oder Stadtwerke im mitteldeutschen Raum, d. h. in den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und in Bereichen Nord-Thüringens. Darüber hinaus werden einige größere Industrieunternehmen bzw. industrielle Standorte vornehmlich in Sachsen-Anhalt direkt mit Wasser beliefert.

Mit einer erzeugten und an die Kunden gelieferten Trinkwassermenge von ca. 73,3 Mio. m³ im Jahr 2014 zählt das Unternehmen zu den großen Wasserversorgungsunternehmen der Bundesrepublik.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe wurden auch im Jahr 2014 drei Wasserwerke (Wienrode, Torgau-Ost sowie Mockritz) betrieben. Die Verteilung des Wassers erfolgt über ein ausgedehntes Fernleitungsnetz mit einer Länge von 762 km, das redundant gestaltet ist und dadurch höchste Versorgungssicherheit gewährleistet. Zur Absicherung des Systembetriebes stehen Verteilungsanlagen in Form von Hochbehältern mit einem Speichervolumen von 203 Tm³, Pumpwerke sowie eine Vielzahl von Streckenbauwerken zur Verfügung.

222 aktiv tätige Mitarbeiter sorgten auch im Jahr 2014 über alle Wertschöpfungsstufen des Wasserversorgungsprozesses für einen sicheren Betrieb des Systems sowie für seine kontinuierliche Erneuerung und Weiterentwicklung. Das vorhandene Spezialwissen der Belegschaft, welches durch die tägliche Praxis gefestigt und durch Weiterbildungsmaßnahmen fortlaufend dem wissenschaftlich-technischen Stand angepasst wird, ist einerseits Garant für die Bewältigung der ständig steigenden Anforderungen und kann andererseits anderen Unternehmen — insbesondere aus dem Kundenkreis — als Dienstleistung angeboten werden.

In den letzten Jahren wurden im Zusammenhang mit der Systemanalyse auch die energetischen Potenziale sowohl bezüglich der ständig zu verbessernden Energieeffizienz als auch für die Erzeugung von elektrischer Energie herausgearbeitet und sehr weitgehend umgesetzt.

Der erzeugte Strom, der den Rahmenbedingungen des EEG gerecht und in das Netz der jeweiligen Energienetzbetreiber eingespeist wird, ist inzwischen zu einem bedeutenden Erlösfaktor für das Unternehmen geworden.

Ziele und Strategien

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH hat sich als leistungsstarker Wasserbereitsteller in Mitteldeutschland fest etabliert. Ziel der Unternehmenspolitik kann es mithin nur sein, diese Position für die Zukunft zu festigen und soweit wie möglich auszubauen.

Das Umfeld zur Erreichung dieser Zielstellung gestaltet sich dabei zunehmend schwieriger. Es gilt also, permanent die Rahmenbedingungen zu analysieren. Nur wenn es gelingt, die angestrebte hohe Leistungsfähigkeit des Unternehmens im täglichen Betrieb und auch in anspruchsvollen, schwierigen Versorgungssituationen unter Beweis zu stellen, können sich die Geschäftsbeziehungen zu den Kunden auf einer vertrauensvollen Basis festigen und weiterentwickeln.

Die genannten Rahmenbedingungen sind gekennzeichnet von dem Spannungsfeld zwischen steigenden Anforderungen (z. B. Qualitätsanforderungen an das Trinkwasser in Form neuer einzuhaltender Parameter aus dem Bereich der Spurenstoffe; bei gleichzeitig festgestellter anthropogener Beeinflussung des Rohwassers) und rückläufigen Umsatzerlösen aus dem Wasserverkauf durch die Auswirkungen des demografischen Wandels im Versorgungsraum. Um auch zukünftig einen sicheren und vor allem wirtschaftlichen Systembetrieb zu gewährleisten, muss die Arbeit kontinuierlich darauf ausgerichtet sein, den Öffnungsgrad dieser Schere möglichst klein zu halten. Mithin ist einerseits darauf hinzuwirken, den Gewinnungs- und Aufbereitungsprozess des Trinkwassers nachhaltig und mit vornehmlich naturnahen Verfahren zu realisieren, den Verteilungsprozess wirtschaftlich zu gestalten und andererseits die Möglichkeiten zur Absatzsicherung weitestgehend auszuschöpfen.

Um dies zu erreichen, sind Anstrengungen in verschiedene Richtungen erforderlich, deren Erfolg ganz wesentlich von der Kontinuität und Intensität der Ausübung abhängt.

Schwerpunktmäßig wären zu nennen:

- eine intensive, partnerschaftlich geprägte Arbeit mit den Kunden einschließlich der Unterbreitung von Leistungsangeboten an potenzielle Kunden,
- die ständige Weiterentwicklung/Optimierung des Systembetriebes,
- regelmäßiges Hinterfragen der internen Organisation und der Prozessabläufe sowie ggf. Anpassung der Aufbau- und Ablauforganisation,
- die kontinuierliche Arbeit zur Erneuerung des Anlagen- und Netzbestandes unter Beachtung der Kriterien der Wirtschaftlichkeit der eingesetzten finanziellen Mittel,
- die Gewährleistung eines hohen Wissens- und Kenntnisstandes der verantwortlichen Mitarbeiter, um frühzeitig Entwicklungen zu erkennen und Reaktionsmöglichkeiten zu erarbeiten sowie
- eine offene, transparente Kommunikation zu wesentlichen unternehmerischen Ereignissen bzw. Vorhaben gegenüber den Kunden und der Öffentlichkeit.

Hierzu zählen im Weiteren auch:

- die Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsprojekten
sowie
- eine aktive Mitarbeit in den Fachverbänden der Wasserbranche.

Forschung und Entwicklung

Die Beteiligung des Unternehmens an für die Geschäftstätigkeit relevanten Forschungsprojekten ist ein Anliegen, das dem Erkenntnisgewinn über neue Entwicklungen den Prozess der Wasserversorgung betreffend und damit der Schaffung eines „Wissens-Vorlaufes“ dient.

Einen Schwerpunkt bildete im Jahr 2014 das Projekt TALKO, das die Belastung des den Talsperren zufließenden Oberflächenwassers mit gelösten organischen Kohlenstoffen (DOC) hinsichtlich der Ursachen sowie der Beherrschung im Aufbereitungsprozess untersucht. Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wirkt in diesem Projekt als Praxispartner für das Helmholtz-Institut für Umweltforschung (UFZ) und das Technologiezentrum Wasser Karlsruhe mit seiner Außenstelle in Dresden mit.

Im Wasserwerk Wienrode wurde im Rahmen dieses Forschungsvorhabens eine kleintechnische Wasseraufbereitungsanlage (Versuchsanlage) betreut, mit der die Aufbereitung unterschiedlich DOC-belasteter Rohwässer untersucht werden kann. Erste Ergebnisse liegen vor und werden gleitend in den Praxisbetrieb überführt. Fortgesetzt werden diese Arbeiten in 2015, indem die Versuchsanlage für den Test alternativer Aufbereitungsverfahren umgebaut wird.

Wichtige Erkenntnisse können darüber hinaus aus der Mitwirkung in den Projektgruppen bzw. in den Lenkungsgremien des Forschungsvorhabens gewonnen werden. Diese betreffen vornehmlich die Prognose und mögliche Handlungsoptionen zur Beeinflussung der Trends der DOC-Belastung im Rohwasser der Rappbodetalsperre. Bereits jetzt kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass hier die Zusammenarbeit mit dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (AöR) als Talsperrenbetreiber und Rohwasserlieferant, den örtlich zuständigen Umweltbehörden, Nutzern im Einzugsgebiet des Bode-Talsperrensystems sowie Forschungseinrichtungen wie dem UFZ in Zukunft weiter vertieft werden muss.

Auch die Ressourcensicherung — vornehmlich aus qualitativen Aspekten — für die Wasserwerke in der Elbaue bei Torgau war in konsequenter Fortführung der Arbeit der zurückliegenden Jahre wiederum ein Schwerpunkt des Jahres 2014. Das in den Brunnen der Wasserfassungen gewonnene Rohwasser ist ein Gemisch aus Grundwasser, das der Elbe zufließt und Uferfiltrat. Mithin konzentrieren sich die Arbeiten zur Untersuchung der Wasserqualität in den jährlichen Monitoring-Programmen und darüber hinausgehende Aktivitäten auch auf diese beiden Rohwasserbestandteile.

Die anhaltende Diskussion zu steigenden Nitratgehalten im Grundwasser, verursacht vornehmlich durch zu hohe Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft, war 2014 Veranlassung, die Belastungssituation für die Fassungen der Elbaue-Wasserwerke etwas genauer zu untersuchen. Dazu wurden neben den erwähnten jährlichen Monitoring-Programmen zahlreiche Sonderuntersuchungen veranlasst. Wenngleich die Belastung des zufließenden Grundwassers mit Nitrat derzeit eher als nicht bedeutend eingestuft werden muss, können aus den Ergebnissen erste wichtige Schlussfolgerungen abgeleitet werden, um punktuellen Einträgen rechtzeitig entgegenzuwirken und somit dem Anliegen der Nachhaltigkeit gerecht zu werden.

Die Qualität des Uferfiltrates hängt ganz wesentlich von der Oberflächenwasserqualität der Elbe ab. Die Arbeiten zur Dokumentation dieser werden maßgeblich im Zusammenwirken mit anderen Versorgungsunternehmen in der Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Einzugsgebiet der Elbe (AWE) koordiniert und durchgeführt. Im 2-Jahres-Rhythmus werden die Ergebnisse der analytischen Arbeit in einer Broschüre veröffentlicht und wichtige Schlussfolgerungen in Form einer Bewertung der Oberflächenwasserqualität aus Sicht der Trinkwasseraufbereitung abgeleitet.

Diese Veröffentlichung mit den Ergebnissen der Qualitätsuntersuchungen der Jahre 2012/2013 wurde 2014 herausgegeben und an wichtige Entscheidungsträger in Politik und Umweltverwaltungen der Länder, des Bundes und der Europäischen Union verteilt. Einen Schwerpunkt der Dokumentation bildeten organische Spurenstoffe bzw. der Nachweis von Medikamentenrückständen im Oberflächenwasser, die aktuell zunehmend in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Bezüglich des Wasserverteilungsprozesses wurden 2014 verschiedene Sonderuntersuchungen durchgeführt, die die mikrobiologische Stabilität des Trinkwassers im Fernleitungssystem zum Inhalt hatten. Vordergründig geht es um das frühzeitige Erkennen möglicher Risikopotenziale einschließlich der Ableitung notwendiger Gegenmaßnahmen.

Unterstützt werden die Arbeiten durch die aktive Mitwirkung der Mitarbeiter des Unternehmens in Projekt- und Arbeitsgruppen, Technischen Komitees oder Fachausschüssen der Branchen-Fachverbände BDEW, DVGW oder ATT.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch im Jahr 2014 waren die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen überwiegend positiv zu bewerten. Die positive wirtschaftliche Entwicklung hielt an und entfaltete entsprechende Effekte auf dem Arbeitsmarkt. Diese Einschätzung trifft auch auf den mitteldeutschen Raum zu.

Erkennbar sind die Auswirkungen direkt bei Betrachtung der Absatzsituation des Jahres 2014, welche eine erfreuliche Entwicklung in der Belieferung industrieller Großverbraucher ausweist. Auf konkrete Fakten wird weiter unten eingegangen.

Bestätigt haben sich andererseits auch die anhaltend negativen Effekte der demografischen Entwicklung, insbesondere in den eher strukturschwachen Regionen des Landes Sachsen-Anhalt wie Anhalt-Bitterfeld oder Mansfeld-Südharz. Die Analyse der jeweiligen Jahresergebnisse und ihr Abgleich mit langfristigen Jahresreihen bzw. Prognoserechnungen ist ein wichtiger Baustein der Wirtschaftsplanung des Unternehmens.

Die Wasserbranche beschäftigte im Jahr 2014 die Diskussion — sowohl branchenintern als auch mit Umweltpolitikern der EU und des Bundes — zur Überarbeitung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Hierbei ging es vor allem um die Aufnahme neuer Substanzen in die Liste der prioritären Stoffe (als Anlage der WRRL), die bei der Qualitätsbewertung der Oberflächenwässer zu überwachen und bedeutungsvoll für die Einstufung der Gewässer sind. Gleichzeitig läuft der 2. Bewirtschaftungszyklus für die Gewässer gemäß WRRL mit der Aufstellung entsprechender Maßnahmepläne für den Zeitraum ab 2016 an, die auch der o. g. Stoffliste Rechnung tragen müssen. Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wird gemeinsam mit den Unternehmen der AWE unter Auswertung der eigenen Ergebnisse (siehe Gütebericht für die Elbe und deren Nebenflüsse) diesen Prozess begleiten und fachliche Stellungnahmen im Zuge der Anhörungsverfahren abgeben.

Die steigenden Nitratwerte im Grundwasser, die in verschiedenen Regionen der Bundesrepublik — insbesondere solche mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung — registriert wurden, führten 2014 zu einem anhaltenden Disput zwischen dem Gesetzgeber und den Interessenverbänden. Dieser zeigte sich konkret im langwierigen Prozess der Novellierung der Düngemittelverordnung, der immer noch nicht abgeschlossen ist. Wichtige Schlussfolgerungen sind auch für unser Unternehmen hinsichtlich der Arbeit mit den Landwirten in den Wasserschutzgebieten der Elbe-Wasserwerke abzuleiten. Genutzt werden hierbei auch die Ergebnisse des bereits beschriebenen Sonderuntersuchungsprogramms, welches fortgeführt werden muss.

Bezüglich des wasserpolitischen Ordnungsrahmens hat sich die Grundhaltung der Bundespolitik gefestigt, dass die Wasserbranche als bedeutender Zweig der Daseinsvorsorge, von Liberalisierungs- oder Regulierungsregelungen ausgenommen wird. Auch das in Anwendung der Gesetzeslage praktizierte zweigleisige System der Aufgabenwahrnehmung — öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich — wird nicht infrage gestellt, obwohl bestimmte Protagonisten, so z. B. die Monopolkommission in ihrem 20. Hauptgutachten, wiederholt eine Regulierung der Wasserversorgung forderten.

Gleichwohl besteht die Forderung der Politik an die Branche, das Notwendige in eigener Selbstverpflichtung zu unternehmen, um die Transparenz – vor allem bei der Gebühren- und Preisgestaltung – gegenüber der Öffentlichkeit zu erhöhen. Als anerkannter Weg dazu wird das freiwillige Benchmarking angesehen. Im Zusammenwirken verschiedener Branchenverbände (DVGW, BDEW, VKU) wird an einem „Kern-Kennzahlen-Set“ für Benchmarking-Projekte gearbeitet, welches kurz vor der Verabschiedung steht. Damit wird das Anliegen verfolgt, die Vergleichbarkeit der verschiedenen Benchmarking-Projekte weiter zu erhöhen.

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH nimmt seit Jahren am Benchmarking-Projekt für Fernwasserversorger der BRD erfolgreich teil. Es steht außer Frage, dass die dort erfassten Kennzahlen mit dem Kern-Kennzahlen-Set abgeglichen werden, wenn dieses abschließend bestätigt wurde.

Abschließend soll auf die für die unternehmerische Tätigkeit wichtige Analyse der Veränderungen in der Energiegesetzgebung einschließlich nachgelagerter Verordnungen hingewiesen werden. So war die gesetzliche Neuregelung des energie- und stromsteuerlichen Spitzenausgleichs mit den dort formulierten Bedingungen für die Beantragung der Teilerstattung der Energiesteuer mit weitreichenden Konsequenzen für das Unternehmen verbunden.

Am Ende des Prozesses der Auswertung und Umsetzung stand die Zertifizierung eines im Unternehmen installierten Energiemanagementsystems (EnMS) nach DIN EN ISO 50001 im Januar 2014.

Die Implementierung des EnMS ist dabei kein einmaliger Prozess, sondern nachfolgend eine Schwerpunktaufgabe des Managements, die alle Unternehmensteile und Aktivitäten durchdringt. Aktuell ist z. B. die Novelle des Energiedienstleistungsgesetzes bezüglich der Konsequenzen für die eigene Arbeit intensiv auszuwerten.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2014 kann absatzseitig als erfolgreiches Jahr gewertet werden. Durch den milden Winter und den ganzjährig guten Absatzverlauf konnte der Trinkwasserverkauf mit ca. 861 Tm³ über den Planungen von 72,4 Mio. m³ zum Jahresende abgeschlossen werden. Die Mehrabsätze gegenüber den Planungen resultierten aus der erhöhten Abnahme durch gewerbliche Kunden sowie im kleineren Umfang auch durch einige Weiterverteiler. Durch die hohe Nachfrage konnten die Vorjahresliefermengen nahezu erreicht werden und die Auswirkungen der demografischen Entwicklung wurden im Geschäftsjahr 2014 nicht so deutlich sichtbar.

Dem Jahresabsatz lag eine durchschnittliche Tagesproduktion von 200,52 Tm³ zugrunde. Die maximale Tagesproduktion wurde am 7. Juni 2014 mit einem Wert von 247,89 Tm³ registriert. Der langjährig mit 1,3 berechnete Spitzenfaktor liegt durch die niedrigeren Versorgungsspitzen in den warmen Sommermonaten nur bei ca. 1,24.

Die Versorgungssicherheit war im gesamten Geschäftsjahr 2014 gewährleistet. Die auch in 2014 aufgetretenen Großrohrbrüche an der Ostharzleitung wurden zügig durch eigenes Personal und Dienstleister behoben. Durch die Verbundfahrweise im Fernwassersystem konnten alle Kunden trotz lokaler Einschränkungen versorgt werden. Auf die mit solchen Ereignissen einhergehenden potentiellen Qualitätsschwankungen wurde durch intensives Monitoring und Analytik reagiert, notwendige Maßnahmen wurden mit den Kunden und den zuständigen Gesundheitsämtern abgestimmt.

Neben den Umsatzerlösen aus dem Trinkwasserverkauf sind zusätzliche Erlöse aus dem Verkauf von regenerativ erzeugtem Strom, aus Trinkwasseranalysen für Kunden und aus von Dritten veranlassten Umverlegungen an unseren Rohrleitungssystemen erwirtschaftet worden. Innerhalb der letztgenannten Position ergaben sich wie im Vorjahr größere Verschiebungen von geplanten Maßnahmen in das Folgejahr 2015. Die erzeugten Strommengen konnten gegenüber dem Vorjahr leicht auf 9,22 GWh gesteigert werden. Die Erlöse im Bereich der Trinkwasseranalytik resultieren aus Aufträgen von eigenen Kunden und anderen Wasserversorgern sowie Legionellenuntersuchungen für Gewerbetreibende, insbesondere Wohnungsunternehmen.

Die in der Vergangenheit gesetzten strategischen Investitions- und Sanierungsschwerpunkte wurden auch im Geschäftsjahr 2014 weiter bearbeitet. Einen Schwerpunkt bildete in 2014 der Ersatzleitungsbau durch die Verlegung einer Parallelleitung für die Ostharzableitung zwischen Bernburg und dem Hochbehälter Hammelberge, um den in den letzten Jahren vermehrt aufgetretenen Rohrleitungsbrüchen in diesem Bereich entgegenzuwirken. Daneben wurde die seit 2013 durchgeführte Sanierung der Nordringleitung im Bereich der Dübener Heide auf einem 12,2 km langen Abschnitt zwischen dem Hochbehälter Hohe Gieck und Bitterfeld/Wolfen in wesentlichen Teilen fertiggestellt.

Fortgesetzt wurde 2014 das Sanierungsprogramm für die Hochbehälter im Fernleitungssystem durch die Ertüchtigung des Hochbehälters Wolferode sowie die Sanierung des Betriebswasserbehälters im Wasserwerk Wienrode. In den Anlagen des Elbaue-Bereiches konnte die Komplexerneuerung der Chemikalienanlage im Wasserwerk Torgau-Ost abgeschlossen werden. Die konzeptionellen Arbeiten zur Erneuerung des Wasserwerkes Mockritz wurden ebenfalls beendet. Ein Höhepunkt der Arbeiten zur Ertüchtigung des Anlagenbestandes ist im abgelaufenen Geschäftsjahr die Begutachtung des Rohwasserstollens des Wasserwerkes Wienrode und der Austausch von zwei Absperrarmaturen DN 1200 im Stollenauslaufbauwerk im November 2014 gewesen. Dazu musste an zwei Terminen das Wasserwerk jeweils für 24 Stunden außer Betrieb genommen werden. Sämtliche Instandsetzungs- und Austauscharbeiten konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Kunden der Fernwasserversorgung wurden an beiden Terminen wie im Ablaufplan vorgesehen stabil aus den Hochbehälterreserven versorgt.

Aufgrund des positiven Verlaufs des Geschäftsjahres 2014 wurde das geplante Jahresergebnis von 1,25 Mio. € um ca. 0,72 Mio. € übertroffen. Neben den zusätzlichen Umsatzerlösen aus dem Trinkwasserverkauf ist dies auf Sondereffekte im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge zurückzuführen. Mit einem Ergebnis von 1,970 Mio. € konnte auch das Ergebnis des Geschäftsjahres 2013 von 1,165 Mio. € deutlich überschritten werden.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Aus dem Verkauf von Trinkwasser wurden 2014 Umsatzerlöse in Höhe von 37,87 Mio. € erwirtschaftet, die damit ca. 266 T€ über den Erwartungen für das Geschäftsjahr liegen. Die Erlöse des Vorjahres lagen bei 37,36 Mio. €.

Die sonstigen Umsatzerlöse umfassen in 2014 1,76 Mio. €, wovon 1,37 Mio. € auf die Erlöse aus der Erzeugung und dem Verkauf regenerativen Stroms entfallen. Dieser konnte nochmals leicht gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die sonstigen Erlöse in diesem Bereich betreffen ingenieurtechnische Leistungen für Dritte im Zusammenhang mit Umverlegungsmaßnahmen an unseren Leitungen und Leistungen des Labors.

Die Gesamtumsatzerlöse belaufen sich somit auf 39,63 Mio. € im Geschäftsjahr 2014. Die Vorjahresumsätze umfassten 38,94 Mio. €.

Die aktivierbaren Eigenleistungen betreffen Tätigkeiten eigener Mitarbeiter für durchgeführte Investitionsprojekte in Höhe von 2,2 Mio. €, was dem Vorjahresniveau entspricht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 1,72 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert von 1,21 Mio. €. Wesentlicher Bestandteil ist die Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe. Weiterhin erfolgten in 2014 eine Reihe von Erstattungen von Netzentgelten, für die in den Vorjahren Anträge auf Ermäßigungen nach StromNEV gestellt wurden.

Die Gesamtleistung der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH in 2014 beläuft sich somit auf 43,55 Mio. €. Aufgrund der Steigerung der Umsatzerlöse im Trinkwasser und der Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge liegt diese über dem Vorjahreswert von 42,28 Mio. €.

Der Materialaufwand liegt mit 13,46 Mio. € deutlich unter den Planungen für 2014. Grund ist der Wegfall der von Dritten veranlassten Umverlegungsmaßnahmen an unseren Rohrleitungen und die daraus korrespondierenden Materialaufwendungen. Die wesentlichen Aufwendungen umfassen die Strombeschaffung mit 4,53 Mio. € und den Rohwasserbezug vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR in Höhe von 4,55 Mio. €. Die Aufwendungen für Aufbereitungschemikalien liegen mit 0,54 Mio. € auf dem Vorjahresniveau. Die sonstigen Materialaufwendungen entfallen auf Instandhaltungs-/Instandsetzungsmaßnahmen und die Entsorgung von Wasserwerksrückständen.

Die Personalaufwendungen lagen aufgrund der diesjährigen hohen Tarifabschlüsse mit 12,80 Mio. € über den Erwartungen der Wirtschaftsplanung und auch oberhalb der Vorjahreswerte von 12,59 Mio. €. Darin enthalten sind alle Aufwendungen für in der Vergangenheit abgeschlossene Altersteilzeitverträge und Pensionsverpflichtungen. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgte auf Basis externer finanzmathematischer Gutachten. Zum 31. Dezember 2014 beschäftigte das Unternehmen 221 aktive Mitarbeiter (Vorjahr 221).

Die Höhe der Abschreibungen bewegt sich mit 9,29 Mio. € in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (9,38 Mio. €). Trotz des aktuellen Investitionsniveaus verringerten sich die Abschreibungen leicht, da sich eine Reihe von Anlagenteilen bereits außerhalb der kaufmännischen Nutzungsdauer befindet. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen.

Der sonstige betriebliche Aufwand liegt mit 5,18 Mio. € auf dem Vorjahresniveau. Die wesentlichen Positionen mit einem Gesamtumfang von 3,20 Mio. € sind das Wasserentnahmeentgelt Sachsen-Anhalt, die Wasserentnahmeabgabe Sachsen und diverse Durchleitungsentgelte.

Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Die Schwankungen der Finanzmärkte haben keinen unmittelbaren Einfluss auf die Finanzlage der Gesellschaft. Durch das gute Rating sind Kreditmittel jederzeit verfügbar. Zusätzlich zu den laufenden Tilgungen bestehender Kreditverbindlichkeiten in einer Höhe von 1,45 Mio. € wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Kredite in einem Umfang von 3,62 Mio. € umgeschuldet und das derzeitige niedrige Zinsniveau genutzt.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (8,97 Mio. €) deutlich auf 11,2 Mio. €. Grund hierfür ist die Verbesserung des Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. €.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt -8,8 Mio. €. Der erhöhte Cashflow aus der Investitionstätigkeit im Vorjahr resultierte aus dem Erwerb der fernwassertypischen Anlagen von der MIDEWA zu Beginn des Jahres 2013. Insgesamt wurden im Jahr 2014 8,86 Mio. € in das bestehende Anlagevermögen investiert.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit des Unternehmens in Höhe von -1,4 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aus der Tilgung laufender Kreditverbindlichkeiten.

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 2,3 Mio. € auf 3,3 Mio. €. Gründe hierfür sind die positive Umsatzentwicklung und die zeitlich verzögerte Abrechnung von Investitionsmaßnahmen aus 2014.

Die Eigenkapitalquote des Unternehmens liegt bei 77,2 % und stieg damit leicht gegenüber dem Vorjahr an (76,0 %). Ursächlich hierfür sind die Verbesserung des Eigenkapitals aufgrund des guten Jahresergebnisses und die Verringerung des Fremdkapitals.

Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind überwiegend durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivativer Finanzinstrumente bestehen nicht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die taggenaue Planung aller Ausgaben und Einnahmen über mehrere Monate und die mittelfristige Planung der Finanzmittelbedürfnisse innerhalb der Wirtschaftsplanung sichergestellt.

Der Deckungsgrad II des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital liegt zum Jahresende bei 100,2 %.

Vermögenslage

Die Investitionsschwerpunkte des Geschäftsjahres 2014 waren:

- Bau und teilweise Inbetriebnahme eines neu errichteten Fernleitungsabschnittes der Ostharzleitung im Bereich zwischen Trebbichau und Plötz
- Fertigstellung der Rohrleitungssanierung auf dem Nordring durch Ertüchtigung eines 5,7 km langen Abschnittes im Bereich AGS Stöhna und AGS Muldenstein mittels Zementmörtelauskleidung und dem Ersatz eines 550 m langen Rohrleitungsabschnittes DN 800/1000
- Ertüchtigung des Hochbehälters Wolferode und eines Betriebswasserbehälters im Wasserwerk Wienrode
- Armaturenwechsel im Stollenauslaufbauwerk des Wasserwerkes Wienrode
- Erneuerung der Be- und Entlüftungsanlage in den Reinwasserkammern des Wasserwerkes Torgau-Ost

Somit flossen ca. 3,3 Mio. € in den Neubau bzw. die Ertüchtigung bestehender Trinkwasserleitungen. 1,7 Mio. € wurden in technische Anlagen und Maschinen investiert sowie 0,6 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Darüber hinaus entfielen 15 T€ auf immaterielle Wirtschaftsgüter und 0,8 Mio. € auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten. In einer Höhe von 2,4 Mio. € sind Zugänge bei den Anlagen im Bau zu verzeichnen.

4. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 sind bis zum Abschluss der Aufstellung des Jahresabschlusses mit seinen Bestandteilen Bilanz, Anhang, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die zu einer veränderten Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geführt hätten.

Bezüglich der Neuordnung der Gesellschafteranteile der Gesellschaft wurden nach dem Quotierungsbescheid des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen vom 30. Juli 2010 mehrere Klagen gegen diesen am Verwaltungsgericht Berlin eingereicht. Hierzu fand am 23. Januar 2014 eine mündliche Verhandlung statt. Am selben Tag wurden die Klagen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) und der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH abgewiesen. Eine von der BvS hiergegen eingelegte Nichtzulassungsbeschwerde wurde durch Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. Juni 2014 zurückgewiesen. Die Entscheidungen in weiteren, gegen den Quotierungsbescheid anhängigen Verfahren stehen derzeit noch aus.

Eine Abschätzung der Ergebnisse des Verfahrens oder seines weiteren Verlaufs kann derzeit nicht erfolgen.

5. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Trotz des in 2014 erreichten positiven Ergebnisses im Trinkwasserverkauf geht das Unternehmen mittelfristig weiterhin von sinkenden Absätzen aufgrund der demografischen Entwicklung im Versorgungsgebiet aus. Ebenso muss auch in den nächsten Jahren mit konjunkturellen Schwankungen in der Wasserlieferung an gewerbliche Kunden gerechnet werden. So wurden mittelfristig jährliche Absatzrückgänge von ca. 500 Tm³ in den Wirtschaftsplanungen berücksichtigt. Für das Geschäftsjahr 2015 wird ein Trinkwasserabsatz von 71,9 Mio. m³ geplant. Dieser wird nach derzeitiger Einschätzung bis zum Jahr 2019 bis auf 69,8 Mio. m³ zurückgehen. Aus den für 2015 erwarteten Trinkwasserlieferungen werden Umsatzerlöse in einer Höhe von 38 Mio. € eingeplant. Darin enthalten sind bereits die Wasserentnahmeentgelte/-abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Im Jahr 2014 wurden für eine Vielzahl von Kunden Wasserlieferverträge als Anschlussverträge für bestehende Lieferverhältnisse, zum Teil mit neuen Absatzmengen erarbeitet und angeboten. Die Verhandlungen zu diesen Angeboten werden in 2015 mit der Zielsetzung eines Vertragsabschlusses fortgesetzt. Die sich aus den zu erwartenden Vertragsabschlüssen ergebenden Absatzmengen und Umsatzerlöse wurden in moderaten Größenordnungen in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt, sofern es sich dabei nicht um Steigerungen bisheriger Liefermengen handelt. Die Aufnahme solcher Zusatzmengen in die Planung erfolgt aufgrund kaufmännischer Vorsicht erst nach Vertragsunterzeichnung.

Die sonstigen Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms und sonstiger Dienstleistungen, insbesondere im Bereich der Laboranalytik von Trinkwasser, werden für 2015 mit 1,5 Mio. € geplant. Kleinere Steigerungen werden durch die weitere Optimierung des Betriebes der Turbinenanlagen erwartet. Die Umsätze aus der Realisierung der durch Dritte veranlassten Umverlegungen an den Anlagen der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH schwanken in den nächsten Jahren deutlich, sie sollen in 2015 6,1 Mio. € umfassen. Da diesen Umsätzen entsprechende Aufwendungen gegenüberstehen, wirkt sich dies nicht auf das Ergebnis der Gesellschaft aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge werden in den nächsten Jahren im Wesentlichen durch die Erstattung der Stromsteuer für energieintensive gewerbliche Unternehmen bestimmt. Das hierzu notwendige Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 wurde erfolgreich eingeführt und zertifiziert.

Der Materialaufwand der Gesellschaft beinhaltet die erwarteten Material- und Fremdleistungsbedürfnisse. Durch weitere energetische Optimierungen und einen optimierten Einkauf werden die Energiekosten 2015 mit 4,47 Mio. € unter dem Vorjahresniveau liegen. Im Geschäftsjahr 2015 ist eine Entsorgungskampagne der Filtrückspülwässer aus dem Wasserwerk Wienrode eingeplant. Die Maßnahme wird planmäßig im 3-Jahres-Rhythmus durchgeführt.

Der Personalaufwand wurde auf Basis bestehender Tarifverträge und individualvertraglicher Regelungen mit 12,59 Mio. € eingeplant. In Umsetzung der erarbeiteten mittelfristigen Personalkonzepte wird sich das Personal bis 2019 von derzeit 239 (einschl. der Mitarbeiter in der Passivphase und Azubis) auf 205 Mitarbeiter reduzieren. Die mit allen Mitarbeitern individualvertraglich vereinbarte Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohn- und Gehaltsausgleich endet nach gegenwärtiger Vertragslage am 31. Dezember 2017.

Wie in den Vorjahren wird sich auch in der Zukunft die Investitionsstrategie an der bedarfs- und qualitätsgerechten Versorgung aller Kunden ausrichten. Der Investitionsschwerpunkt im Fernleitungssystem wird dabei in den nächsten Jahren in dem weiteren Ersatzneubau der Ostharzleitung zwischen Bernburg und dem Hochbehälter Hammelberge nördlich von Halle liegen. Ziel ist eine langfristige, sichere Versorgung der Kunden im Großraum Halle und die Sicherung einer hohen Ableitungsmenge aus dem Wasserwerk Wienrode in den mitteldeutschen Raum. Die aktuellen Investitionsplanungen gehen von der Realisierung einer ca. 23 km langen Strecke bis 2019 aus. Um eine zügige Abarbeitung dieses Projektes zu ermöglichen, wurde das Investitionsbudget für die nächsten Jahre erhöht. Für 2015 wurden Gesamtinvestitionen von 10,5 Mio. € eingeplant. Weiterhin erfolgt die Sanierung der im Fernwassersystem befindlichen Hochbehälter. Neben der Fortsetzung der Arbeiten am Hochbehälter Neuplatendorf wird in den nächsten Jahren der Sanierungsschwerpunkt auf dem Behälter Hohe Gieck liegen, der mit einer Kapazität von 20 Tm³ eine wichtige Rolle im Betrieb des Nordrings des Systems spielt. Einen dritten Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre wird das Wasserwerk Mockritz bilden. Auf Basis einer umfassenden Standortkonzeption erfolgt eine stufenweise Realisierung aller notwendigen Erneuerungsarbeiten bei laufendem Betrieb. Ebenso wird in den Wasserwerken der Elbaue die sukzessive Erneuerung von Brunnen fortgeführt, um die Rohwasserverfügbarkeit zu gewährleisten und eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Wassergewinnungsanlagen zu ermöglichen.

Die Liquidität des Unternehmens zur Erfüllung aller Aufgaben ist auch für 2015 gesichert. Für Kredite, deren Konditionen in 2015 auslaufen, erfolgte bereits zum Großteil der Abschluss von Anschlussregelungen. Die Höhe der Kredittilgungen liegt im Bereich der Neuaufnahmen. Es bestehen keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand bzw. Abschluss derivater Finanzinstrumente.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird mit einem Ergebnis nach Steuern von 1,15 Mio. € gerechnet. Die mittelfristige Entwicklung zeigt, dass unter den bisherigen Rahmenbedingungen ein Ergebnis mit leichten Schwankungen im bisherigen Niveau auch in den nächsten Jahren erreicht werden kann.

Risikobericht

Die Gesellschaft hat seit dem Jahr 2000 ein den gesetzlichen Anforderungen (§ 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG) entsprechendes Risikomanagementsystem installiert. Zweimal pro Jahr werden bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt. Die einzelnen erkannten Risiken werden folgenden Kategorien zugeordnet:

- Absatz
- Wirtschaftspolitisches Umfeld
- Ertrags- und Finanzlage
- Produktion
- Einkauf
- Personalmanagement
- Informationsmanagement
- Höhere Gewalt
- Rechtsstreitigkeiten

Folgende wesentliche Einzelrisiken wurden identifiziert:

- Abnehmender Trinkwasserabsatz durch eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung bei einem Teil unserer Kunden
- Schwankungen im Bereich der gewerblichen Abnahmen durch konjunkturelle Entwicklungen
- Tendenzen zur verstärkten Nutzung eigener Wasseraufbereitungsanlagen bzw. der Neuerrichtung solcher Anlagen bei den Kunden die Eigengewinnungsanlagen betreiben und damit eine mögliche Verringerung der Abnahmen
- Änderungen der Energiepolitik bezüglich der Rahmenbedingungen zukünftiger Energiepreisgestaltung oder der Bedingungen zur Stromsteuererstattung und damit Auswirkungen auf die Kosten des Unternehmens
- Schwierigere Entsorgungsstrategien für Filtrerrückspülwässer durch Verschärfung der Umweltgesetze/-verordnungen

Für alle Einzelrisiken werden entsprechende Risikobeschreibungen vorgenommen, Zuständigkeiten definiert und Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung festgelegt. Im Rahmen der installierten Unternehmensprozesse erfolgt eine laufende, systematische Überwachung aller Risiken. Bei Feststellungen von Abweichungen wird entsprechend zeitnah reagiert. Ergänzend erfolgt durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes eine Risikoreduzierung.

Es liegen keine Risiken vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden bzw. sind diese für die Zukunft auch nicht erkennbar.

Hafen Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Saalehafen 1
06118 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 512

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	512	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Betrieb und die Unterhaltung eines oder mehrerer Binnenschiffahrtshäfen im Gebiet der Stadt Halle und im Saalekreis, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die dem Hafенbetrieb in Halle und im Saalkreis dienen, sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Die Hafen Halle GmbH ist der einzige Binnenschiffahrtshafen in der Region. Durch ihn wird die Versorgung einzelner Unternehmen sichergestellt. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lindemann, Dirk

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes					10	0	0	
Anlagevermögen	13.490	85	13.666	83	14.146	87	-176	-1
Umlaufvermögen	2.365	15	2.719	17	2.015	13	-354	-13
Rechnungsabgrenzungsposten	19	0	36	0	14	0	-17	-47
Bilanzsumme	15.874	100	16.421	100	16.185	100	-547	-3

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	731	5	731	5	731	5	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	4.322	27	4.510	27	4.720	29	-188	-4
Rückstellungen	150	1	296	2	134	1	-146	-49
Verbindlichkeiten	10.671	67	10.884	66	10.600	65	-213	-2
Bilanzsumme	15.874	100	16.421	100	16.185	100	-547	-3

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.599	3.668	4.096
andere aktivierte Eigenleistungen	4	3	
sonstige betriebliche Erträge	609	906	411
Materialaufwand	3.406	2.126	2.123
Personalaufwand	1.292	1.191	1.138
Abschreibungen	774	778	777
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.388	1.499	1.175
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	206	218	240
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-854	-1.235	-946
außerordentliche Erträge	151	750	
außerordentliche Aufwendungen	151	750	
außerordentliches Ergebnis	0	0	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0
sonstige Steuern	19	16	15
Erträge aus Verlustübernahmen	873	1.251	961
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-15,59	-34,11	-23,45	%
Eigenkapitalrentabilität:	-119,37	-171,14	-131,38	%
Cash-Flow:	-99	-473	-183	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	173	137	135	T€
Personalaufwandsquote:	20,80	26,02	25,24	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	84,80	82,84	86,87	%
Eigenkapitalquote:	4,61	4,45	4,52	%
Fremdkapitalquote:	95,39	95,55	95,48	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Containerumschlag	59.486	51.308	94.123	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	1.322.381	1.023.443	1.651.404	t
Hafenbahn	501.043	380.391	608.629	t
Straßengüterverkehr	821.338	642.812	1.042.775	t

e) Lagebericht

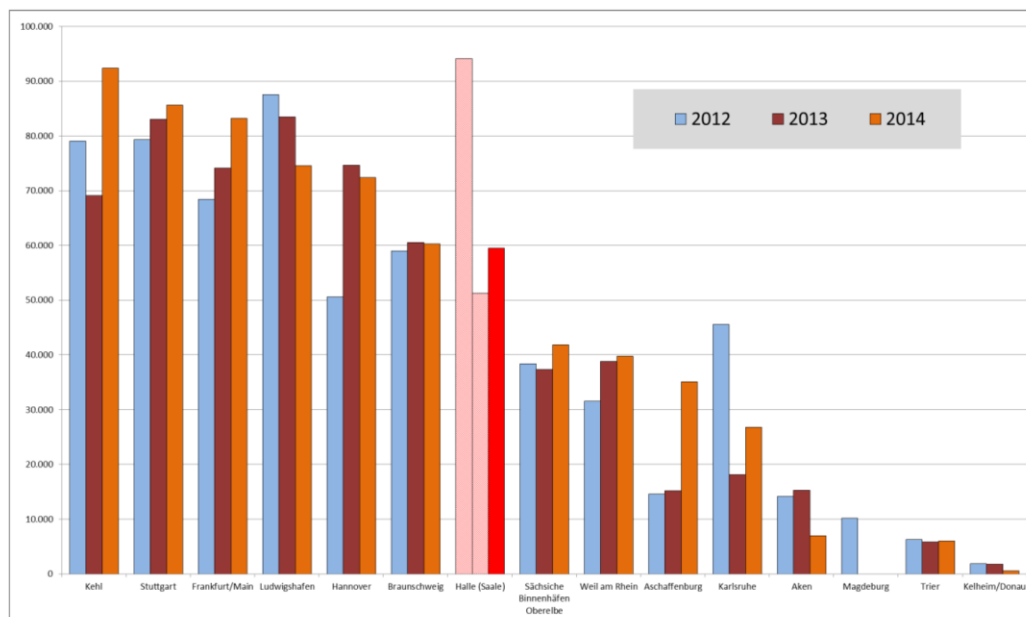
- 1. Grundlagen der Hafan Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Nachtragsbericht**
- 6. Chancen- und Risikobericht**
 - 6.1. Risikomanagementsystem
 - 6.2. Chancen und Risiken
 - 6.3. Gesamtbild
- 7. Prognosebericht**
 - 7.1. Umsatzentwicklung
 - 7.2. Investitionen
 - 7.3. Finanzierung
 - 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Hafan Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hafan Halle GmbH ist als Dienstleister und Infrastrukturbetreiber in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr tätig. In den letzten zehn Jahren haben wir unsere Leistungsangebote dabei auf die landseitigen Verkehrsträger Schiene und Straße fokussiert. Neben dem Umschlag von Schütt- und Stückgütern zwischen Schiene und Straße liegt der Tätigkeitsschwerpunkt seit Jahren auf der Abwicklung Kombierter Verkehre (KV) im Seehafen-Hinterland-Verkehr. Im Jahr 2014 wurden erstmals auch kontinentale KV-Verkehre abgewickelt. Seit den ersten regelmäßigen Containerzügen im Jahr 2004 zwischen den deutschen Überseehäfen Hamburg und Bremen/ Bremerhaven und dem CTHS (ContainerTerminalHalleSaale) ist das Aufkommen fast stetig gewachsen. Damit ist das CTHS seit Jahren das größte öffentliche Container-Terminal im Land Sachsen-Anhalt und nimmt bei den Binnenhäfen mit einem Umschlag bis 100.000 TEU einen vorderen Platz ein.

Grafik 1: Container-Umschlag ausgewählter deutscher Binnenhäfen in TEU
(Umschlag bis 100.000 TEU, Rangfolge 2014)



Neben den genannten Leistungsbereichen vermietet und verpachtet die Gesellschaft auch eigene Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen und erbringt spartenbezogene Dienstleistungen. Für erschlossene Ansiedlungsflächen im Hafengebiet werden im Verbund mit der SWH-Konzerngruppe Unternehmen akquiriert und bis zur Betriebsaufnahme begleitet.

Mit ihrem fast 9 km langen Gleisnetz ist die Hafen Halle GmbH gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz (AEG) auch Serviceeinrichtung. Damit bieten wir – in Verbindung mit unserem direkten Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn AG – für jeden Zugangsberechtigten einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen an.

Die Hafen Halle GmbH ist seit ihrer Gründung im Jahr 1993 eine 100-prozentige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich in die fünf Sparten

- Containerumschlag,
- Dispositive Leistungen,
- Bahnleistungen,
- Infrastruktur und Ansiedlungen sowie
- Schiffsverkehr.

Das Leistungsbild der Sparte Containerumschlag umfasst das Handling und die Depotverwaltung von standardisierten See-Containern über das CTHS im Kombinierten Verkehr Schiene-Straße und umgekehrt.

Der wesentliche Leistungsinhalt der Sparte Dispositive Leistungen ist die Organisation von komplexen Transportketten im Kombinierten Verkehr zwischen Überseehafen und Kunde bzw. umgekehrt. Hierbei werden Leistungen Dritter im Zug- und Lkw-Verkehr in Anspruch genommen. Im Lkw-Nach- und -Vorlauf zwischen CTHS und Kunden kommen partiell eigene Lkw zum Einsatz.

In der Sparte Bahnleistungen werden der Betrieb der Gleisinfrastruktur einschließlich Nebenanlagen und die Erbringung sämtlicher bahnspezifischer Dienstleistungen abgebildet. Hierzu zählen u.a. die Erbringung von Zugleistungen/Traktionen, Rangierleistungen, Vermietung von Triebfahrzeugen und Personalen. Hierbei kann die Gesellschaft auf mehrere eigene, auch zum Verkehr auf dem Netz der Bahn AG zugelassene Dieselloks sowie bedarfsgerechte Rangiertechnik im Hafengebäude zurückgreifen.

Die Leistungsbilder der Sparte Infrastruktur und Ansiedlungen umfassen – neben der Unterhaltung der Infrastrukturen – die Vermietung und Verpachtung von Flächen und Büros, den Verkauf von Dieselmotorkraftstoff an Dritte (Straßen- und Bahnfahrzeuge) sowie sonstige, nicht der Sparte Containerumschlag zuzuordnende Umschlagsleistungen (z.B. Umschlag und Verwiegung Düngemittel Bahn-Lkw).

Die Sparte Schiffsverkehr umfasst sämtliche schiffsbezogene Infrastruktur. Das Leistungsbild beinhaltet im Wesentlichen die Unterhaltung der vorgenannten Strukturen sowie den Umschlag von Schiffsgütern. Aufgrund der unwirtschaftlichen Schifffahrtsbedingungen auf der Saale sind in den letzten Jahren hier kaum Leistungen erbracht worden.

1.2. Ziele und Strategien

Im Zusammenhang mit dem Umbau des Bahnknotens Halle (Neubau Zugbildungsanlage, Umbau Knoten im Zuge des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit (VDE) 8) sind bereits zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember 2014 Veränderungen in den Zugverkehren zum und vom Hafen (Übergabestationen Züge) eingetreten. Diese werden über das gesamte Jahr 2015 anhalten. So werden verschiedene Regelzüge (EMONS, LUGO) nur noch in Merseburg übergeben bzw. übernommen. Neben erhöhten Betriebskosten werden damit sowohl Technik als auch Personale zeitlich länger gebunden, was zu verringerten anderweitigen Einsatzmöglichkeiten führt. Die Auswirkungen wurden in den Planungen für das Jahr 2015 berücksichtigt.

Im Jahr 2016 wird der Hafen Halle bahnseitig nur noch bedingt über den Knoten Halle (Saale) angebunden sein. Aufgrund des neubaubedingten Wegfalls der sogenannten „Neuen Welt“ (Übergabegleise im Bereich nordwestlich des Hauptbahnhofs) sowie der Komplettspernung der östlichen Bahnhofseite (Gleise 7-12) steht für die Hafenanbindung nur noch ein S-Bahn-Gleis mit eingeschränkter Nutzlänge (430 m) und begrenzter Nutzungszeit (22-04 Uhr) zur Verfügung. Unter diesen Bedingungen ist allein schon die derzeitige wöchentliche KV-Regelzuganzahl (18) praktisch nicht mehr realisierbar.

Während nach derzeitigem Sachstand für das Jahr 2016 bei den Zügen eines Zugbetreibers davon ausgegangen wird, dass diese weiter am Bahnhof Trotha (mit Zuglauf über Köthen-Könnern) durch DB Schenker Rail übergeben/übernommen werden, besteht derzeit noch keinerlei Klarheit, wie uns die Züge des zweiten, das CTHS derzeit 12-mal wöchentlich (6 Ein, 6 Aus) anfahren, Zugbetreibers werden erreichen können. Folgerichtig wurden seitens der Gesellschaft in den Planungen für das Jahr 2016 keine Züge und damit auch keine Containerumschläge dieses Partners aufgenommen. Dies allein führt auch bei angepasster Personalstruktur zu einer signifikanten Ergebnisverschlechterung. Um diesen Ausfall teilweise zu kompensieren und auch umsatzstarke, hafeneigene Kunden zu halten, für die von uns derzeit bahnseitige Leistungen bei diesem Zugbetreiber beauftragt werden, plant die Gesellschaft, zum Fahrplanwechsel 2016 eigene Zugleistungen zu beauftragen. Um das hierbei bestehende Kostenrisiko einzugrenzen, sind die entsprechenden Verkehre vorerst nur für die Monate Januar bis März 2016 in die Planungen eingestellt worden.

Im Rahmen des Konzern-Programms „Exzellenz Plus 20“ wurden durch uns mehrere Projekte aufgelegt, die ab dem Jahr 2015 zu jahresdurchschnittlichen Kosteneinsparungen von etwa 210 T€ führen werden. Neben den wertintensivsten Projekten

- Reduzierung Personalkosten
- Reduzierung Instandhaltungs- und Reparaturkosten sowie
- Reduzierung Mietkosten

sind dabei alle Projekte in laufender Umsetzung bzw. bereits realisiert.

Mitte 2014 wurden die Aktivitäten zur Wiederbelebung der Schiffsumschlags im Hafen Halle forciert. Trotz erster positiver Ansätze ist auch in den Folgejahren von vorerst nur sporadischen Gelegenheitsverkehren über den Hafen auszugehen. Durch das Land Sachsen-Anhalt wurde die Vollendung des Saaleausbaus mit dem „Schleusenkanal Tornitz“ für den zurzeit in Bearbeitung befindlichen Bundesverkehrswegeplan 2015 als prioritäres Projekt angemeldet.

1.3. Steuerung

Bedingt durch die geringere Unternehmensgröße ist unsere Organisationsstruktur vergleichsweise flach gehalten. Neben der Geschäftsführung und der direkt angebundenen Hafenleitung ist das Unternehmen in die Bereiche Logistik und Office-Management unterteilt. Durch die Hafenleitung und das Office-Management werden im Wesentlichen die kaufmännischen und sonstigen, nicht über den Bereich Logistik darzustellenden Unternehmensprozesse dargestellt. Der Bereich Logistik, dem etwa 90% der Mitarbeiter zuzuordnen sind, umfasst die gesamten Dienstleistungstätigkeiten der Kernsparten Containerumschlag, Dispositive Leistungen (einschließlich der Untersparte Lkw-Verkehr) sowie Bahnleistungen.

Die Planungen zur Unternehmensentwicklung (jährlicher Wirtschaftsplan, Mittelfristplanung für vier Folgejahre), die adäquate Berichterstattung sowie das Controlling erfolgen nach den vom Gesellschafter vorgegebenen Parametern und werden im Wesentlichen durch die Hafeneitung und den kaufmännischen Bereich realisiert. Die Buchhaltung erfolgt vertraglich gebunden im verbundenen Unternehmen Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Diese erstellt auch die regelmäßigen Liquiditätsübersichten, welche durch interne Instrumente weiter untersetzt werden.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2014 war durch zahlreiche personelle Veränderungen innerhalb der Gesellschaft geprägt.

Mitte des Jahres beendeten die beiden in der kaufmännischen Verwaltung tätigen Mitarbeiterinnen auf eigenen Wunsch kurzfristig und fast zeitgleich ihre Arbeitsverhältnisse. Dies führte zu temporär schwierigen Verhältnissen bei der Bewältigung aller in diesem Bereich anstehenden Arbeitsaufgaben. Nach erfolgloser konzerninterner Suche musste kurzfristig am freien Markt adäquater Ersatz gefunden werden, der sich zwischenzeitlich gut eingearbeitet und im Unternehmen etabliert hat.

Etwa zur gleichen Zeit kündigte auch der langjährige Leiter Hafendisposition. Da für diese Stelle weder konzernintern noch am Arbeitsmarkt ein anforderungsgerechter Ersatz zu finden war, wurde innerhalb der Hafendisposition umstrukturiert und die Stelle intern neu besetzt. Dieser Schritt, der durch zwei befristete Neueinstellungen (u.a. auch als Elternzeitvertretung) begleitet wurde, hat sich insgesamt positiv ausgewirkt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

Das Transportaufkommen im Güterverkehr der drei Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße stieg im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 % auf 4.029,7 Mio. Tonnen (2013: 3.973,4 Mio. Tonnen). Während die Transportmengen auf der Straße und der Wasserstraße zunahmen, gingen die mit der Eisenbahn beförderten Mengen um 8,8 Mio. Tonnen bzw. 2,4 % zurück. Der Straßengüterverkehr hatte mit 85,5 % unverändert den größten Anteil an der transportierten Tonnage.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 % auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit dem Jahr 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Mit Beginn im Februar wurden 2014 erstmals kontinentale KV-Verkehre über das CTHS realisiert. Im wöchentlichen Rhythmus verkehren hier Containerzüge von Italien mit Erden zur Verwertung (in Bernburg) im Eingang und Tonerden im Ausgang nach Italien. Die Verkehre werden durch unseren Geschäftspartner Lugo Terminal S.p.A über die Logistik-Plattform Logex s.r.l. in der Region Romagna (Italien) organisiert und realisiert. LUGO betreibt auch ein eigenes Terminal und verfügt über einen Containerpark. Die Zusammenarbeit wird im Jahr 2015 fortgesetzt, wobei LUGO bereits eine Ausweitung der Transporte mit einem 2. wöchentlichen Regelzug über das CTHS angefragt hat.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die erheblichen Marktturbulenzen im bahnseitigen Container-Verkehr im Jahr 2013 wirkten durch die anhaltend aggressive Preispolitik eines Zugbetreibers noch weit in das Jahr 2014 hinein. Trotz dieses Umstands konnte im Jahr 2014 das Containeraufkommen im Vergleich zum Vorjahr um 16 % gesteigert werden. Aufgrund dieser Marktsituation haben sich in 2014 keine Spielräume für Preisanpassungen ergeben.

Mit der im Jahr 2009 eingeführten Marke CTHS und der Qualität unserer Leistungen konnten wir auch im abgelaufenen Geschäftsjahr unsere Marktposition im Kombinierten Verkehr (KV) weiter festigen und ausbauen. Neben vertraglich gebundenen Großkunden (z.B. SOEX Bitterfeld-Wolfen), haben wir zwischenzeitlich stabile geschäftliche Kontakte zu über 35 auch international tätigen Kunden des produzierenden Gewerbes, der Logistikbranche und auch Überseereedereien. Weiterhin ist zu erwähnen, dass durch die Aktivitäten des CTHS zahlreichen kleineren und mittleren Lkw-Transportunternehmen aus der Region ein kontinuierliches Arbeitsaufkommen erwächst.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

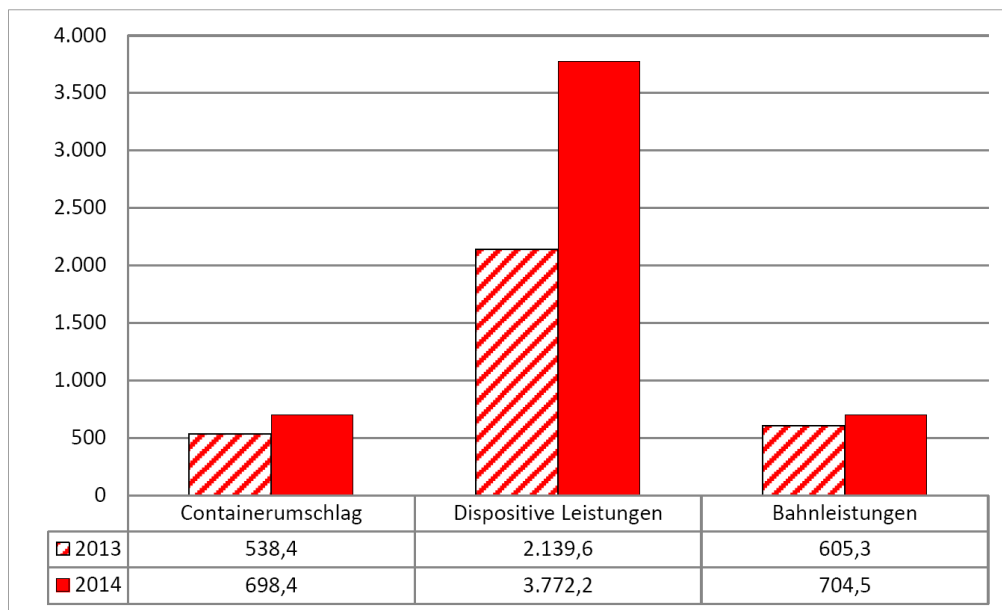
Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben im Geschäftsjahr 2014 keine für die Leistungserbringung durch die Gesellschaft relevanten Änderungen erfahren.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Durch die schwerpunktmäßige Leistungsausrichtung auf die Güterverkehrs- und Logistik-Sektoren ist die Gesellschaft in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Daraus ergibt sich das Erfordernis, die von uns angebotenen Leistungen in einem besonders hohen Maß an Qualität und Zuverlässigkeit zu erbringen. Neben der Akquise von Neukunden und deren langfristige Bindung ist auch ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik für die Steigerung des Unternehmenserfolgs von großer Bedeutung.

So hat die Gesellschaft im Jahr 2008 begonnen, neben den Umschlagleistungen im Terminal auch das Angebot zur Organisation komplexer Transportketten Überseehafen-Kunde und umgekehrt am Markt zu platzieren. Abgesehen von dem Effekt, damit diese Kunden und auch die Zugbetreiber durch Nutzung von deren Zugkapazitäten enger an uns zu binden, haben sich aus diesen Leistungen auch Möglichkeiten zur Umsatzsteigerung nicht nur für die Sparte Dispositive Leistungen – hier stieg der Umsatz von 286,1 T€ im ersten vollen Geschäftsjahr 2009 auf 3.772,2 T€ im Jahr 2014 – sondern auch für die Sparten Containerumschlag und Bahnleistungen ergeben. Durch die „eigenen“ Container werden für die Sparte Containerumschlag zusätzliche Umsätze im CTHS generiert und in der Sparte Bahnleistungen Umsätze (für Traktionsleistungen Güterbahnhof Halle-Hafen) stabilisiert bzw. erhöht.

In den Kernsparten Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen konnte der Umsatz 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 1.891,8 T€ bzw. 57,6 % gesteigert werden (2014: 5.175,1 T€, 2013: 3.283,3 T€). Mit einem Zuwachs von 1.632,6 T€ bzw. 76,3 % gegenüber 2013 hatte dabei die Sparte Dispositive Leistungen (vgl. Grafik 2) den größten Anteil (siehe auch 4.1.).



Grafik 2: Umsatzentwicklung in den Sparten Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen im Jahresvergleich 2013 zu 2014 (in T€)

Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandspositionen betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen (Erbringung von Zug- und Lkw-Verkehren durch Dritte) für die Sparte Dispositive Leistungen. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind weiterhin Reparatur- und Instandhaltungskosten sowie Miet- und Versicherungskosten zu nennen.

Bei den Kosten für Kraft- und Schmierstoffe haben wir bereits Einsparpotentiale durch den Einsatz moderner Kraftfahrzeuge (Umschlagtechnik, Lkw) als Ersatz für ältere Technik erreicht und werden diesen Weg weiter fortsetzen. Der Einsatz eigener Miet-Lkw im Container-Vor- und Nachlauf hat merklich zur Reduzierung der Fremdleistungen in der Sparte Dispositive Leistungen beigetragen. Hier sind durch einen tieferen Einstieg in den Bereich der durch Dritte erbrachten Verkehrsleistungen weitere Einsparpotentiale möglich. Die Reparatur- und Instandhaltungskosten konnten wir – zumindest in Teilbereichen – dadurch planbarer gestalten, dass z.B. für einen im Jahr 2014 angemieteten fabrikneuen Reach-Stacker ein Full-Service-Vertrag abgeschlossen wurde.

Im Bereich Mietkosten haben wir durch diese Neuanmietung zwei bislang angemietete Reach-Stacker ersetzt, woraus sich jährlich Einsparungen in Höhe von 30 T€ ergeben. Aufgrund der derzeitigen Marktsituation erwarten wir auch bei der Neuanmietung der Lkw (Austausch bei Mietablauf) günstigere Konditionen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Das originäre Hafengeschäft ist ebenso wie der Logistikbereich hinsichtlich der Leistungserbringung eher konservativer Ausprägung. Insofern ist das Veränderungspotential aus Forschung und Entwicklung als gering einzuschätzen.

Ungeachtet dessen haben wir u.a. versucht, durch Austausch älterer angemieteter Technik (Reach-Stacker, Lkw) zumindest indirekt neueste technologische Entwicklungen bei uns zum Einsatz zu bringen und somit z.B. durch geringere Kraftstoffverbräuche natürliche Ressourcen zu schonen und Schadstoffemissionen zu verringern.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Wie bereits unter 1.4. beschrieben waren durch uns im Geschäftsjahr 2014 zahlreiche personelle Veränderung zu bewältigen. Trotz dieser immer mit temporären Leistungseinschränkungen einhergehenden Prozesse konnten die anstehenden Arbeitsaufgaben durch den überdurchschnittlichen Einsatz von Leistungsträgern umfänglich erfüllt werden. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass sich die leistungsbezogenen Umsatzerlöse in den Kernsparten Containerumschlag und Dispositive Leistungen im Jahresvergleich 2013 zu 2014 um zwei Drittel deutlich erhöht haben.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Hafens Halle GmbH erzielte im Geschäftsjahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von 5.599,0 T€, die sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1.930,8 T€ bzw. 52,6 % erhöhten (2013: 3.668,2 T€). Mit 3.772,1 T€ (Vorjahr: 2.139,6 T€) hatte die Sparte Dispositive Leistungen einen Anteil von etwa zwei Dritteln am Gesamtumsatz der Gesellschaft.

In den drei Kernsparten Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen, in denen wir 93 % des Gesamtumsatzes erzielten, nahm der Umsatz 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1.891,8 T€ bzw. 57,6 % auf 5.175,1 T€ zu (2013: 3.298,3 T€, siehe auch Grafik 2). Ursächlich hierfür ist die weiter gefestigte und ausgebauten Wahrnehmung des Hafens Halle als zuverlässiger Geschäftspartner im Markt des Kombinierten Verkehrs.

Trotz dieser Steigerung wurde das für 2014 geplante Umsatzziel dieser drei Sparten (5.353,8 T€) nicht erreicht (-178,7 T€ bzw. -3,3 %). Als Hauptgrund hierfür sind die kompletten Umsatzausfälle der beiden Neuverkehre „Ersatzbrennstoffe“ und „Rapsöl“ zu nennen (geplante Umsätze: 379,7 T€), die auch durch den zusätzlichen (nicht geplanten) Umsatz aus dem Neuverkehr „LUGO“ (153,9 T€) nicht zu kompensieren waren.

Die der Sparte Dispositive Leistungen zugeordnete Untersparte Lkw-Verkehr erzielte im Geschäftsjahr 2014 (interne) Umsätze in Höhe von 936,4 T€ (VJ: 641 T€) und hat damit deutlich zur Reduzierung von Fremdleistungen im Bereich Straßenvor- und -nachlauf im Kombinierten Verkehr beigetragen.

Auch in den Sparten Infrastruktur und Ansiedlungen sowie Schiffsverkehr konnte im Jahresvergleich ein Umsatzzuwachs von 39,1 T€ bzw. 10,2 % erreicht werden (2014: 423,9 T€, 2013: 384,9 T€). Aufgrund der kaum noch verfügbaren, wirtschaftlich nutzbaren Flächen im Hafen und fehlender wirtschaftlicher Schifffahrtsbedingungen auf der Saale lassen diese Sparten perspektivisch keine erfolgsrelevanten Potentiale erkennen. Mit den Umsätzen über 423,9 T€ und einer Abweichung um -15,1 T€ bzw. -3,4 % lag das Ergebnis dieser Sparten 2014 leicht unter dem Planansatz (439,0 T€).

Die Gesellschaft erzielte im Jahr 2014 sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 609,2 T€ (Vorjahr: 906,0 T€). Während sich bei den Mehrerträgen aus Anlagenabgängen eine Reduzierung um -360,3 T€ ergab (2014: 57,6 T€, 2013: 417,9 T€), stiegen die Versicherungserträge von 119,5 T€ im Jahr 2013 auf 147,9 T€ im Jahr 2014 um 28,4 T€ und die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen um 72,4 T€ auf 80,5 T€ (2013: 8,1 T€) an. Die weiterhin signifikante Ertragsposition Auflösung von Fördermitteln blieb im Jahresvergleich annähernd unverändert bei 281,3 T€ (Vorjahr: 280,1 T€).

Der Materialaufwand belief sich im Geschäftsjahr 2014 auf 3.405,8 T€ und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 1.279,4 T€ (2013: 2.126,4 T€). Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe nahmen im Jahresvergleich auf 728,0 T€ um 77,6 T€ zu (2013: 650,4 T€). Diese Veränderung ist fast ausschließlich auf den höheren Verbrauch an Dieselmotoren- und Hilfsstoffen infolge erhöhter Betriebsleistungen zurückzuführen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen nahmen von 1.475,9 T€ im Vorjahr auf 2.677,8 T€ in 2014 um 1.201,9 T€ maßgeblich zu. Ursächlich hierfür ist der Zuwachs an Fremdleistungen (für Zug- und Lkw-Verkehre durch Dritte) der Sparte Dispositive Leistungen, die mit den gestiegenen Umsätzen dieser Sparte korrespondieren.

Der Personalaufwand der Gesellschaft lag mit 1.292,4 T€ um 101,2 T€ über dem des Vorjahres und um 45,2 T€ bzw. 3,6 % über Plan (1.247,2 T€). Die gegenüber dem Vorjahr (777,8 T€) leicht gesunkenen Abschreibungen lagen etwa im Planansatz (773,6 T€, Plan: 770,9 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stellten sich in 2014 mit 1.388,7 T€ um -110,6 T€ unter denen des Jahres 2013 ein. Im Jahresvergleich signifikante Kostenreduzierungen ergaben sich beim Aufwand für Reparaturen und Instandhaltungen von Maschinen und Anlagen, der im Jahr 2014 mit 336,5 T€ um -293,8 T€ unter dem des Vorjahres (630,4 T€) lag. Bestimmend für den Rückgang waren die im Jahresvergleich gesunkenen Reparatur- und Instandsetzungskosten an Reach-Stackern (2013: 179,0 T€, 2014: 41,3 T€) und an Triebfahrzeugen (2013: 379,3 T€, darunter 294,0 T€ für die zyklische Hauptuntersuchung einer Lok, 2014: 97,8 T€). Der im Jahresvergleich höchste Aufwandszuwachs war 2014 mit 435,3 T€ für Mieten (und Pachten) mit +124,4 T€ zu verzeichnen (2013: 310,9 T€). Diese Abweichung ist im Wesentlichen auf außerplanmäßige Mietkosten in Höhe von 135 T€ für eine Großdiesellok zurückzuführen. Infolge eines Schadens an unserer Diesellok BR 232, welche täglich im Containerzugverkehr zwischen Hafen und Bahnhof Halle eingesetzt ist, fiel die Lok für 90 Tage aus und musste durch adäquate Technik ersetzt werden.

Zur Abbildung der Kosten und Erträge für die Beseitigung von Schäden aus dem Juni-Hochwasser 2013 wurden im Außerordentlichen Bereich für das Geschäftsjahr 2014 jeweils 150,9 T€ Erträge und Aufwendungen gebucht (Vorjahr: 705,0 T€).

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das Zinsergebnis der Gesellschaft wird durch den Zinsaufwand für langfristige Investitions-Darlehen und die Zinsen für die Inanspruchnahme der Kreditlinie beim Gesellschafter geprägt. Gegenüber dem Vorjahr sank der Zinsaufwand 2014 um -12,0 T€ bzw. -5,5 %. Im Vergleich Plan-Ist lag der Zinsaufwand mit 205,8 T€ um -67,1 T€ bzw. -24,6 % unter der Plangröße. Hauptgrund hierfür ist der entfallene Zinsaufwand für die geplante, aber nicht erfolgte Ausreichung eines Gesellschafterdarlehens über 1.400 Mio. Euro.

4.2.2. Investitionen

Die Hafan Halle GmbH investierte im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 601,2 T€, die fast ausschließlich Investitionen für technische Hafenanlagen – und hier wiederum schienenseitige Infrastruktur – betrafen (588,0 T€). Mit 387,3 T€ hatte dabei die Erneuerung der Bahnübergangssicherungen an den öffentlichen Straße L50 (ehem. B6, Trothaer Straße) und L145 (Köthener Straße) wiederum den größten Anteil. Die Maßnahme war bereits für das Jahr 2013 geplant, konnte aufgrund von zeitaufwändigen rechtlichen Abstimmungserfordernissen sowie dem hohen Planungs- und Ausschreibungsaufwand aber erst 2014 zum Abschluss gebracht werden.

Gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) haben bei solchen Kreuzungsmaßnahmen Schiene-Straße der Straßenbaulastträger (hier Stadt Halle (Saale)) und der Bund bzw. das Land (hier Land Sachsen-Anhalt) jeweils ein Drittel der Gesamtkosten zu tragen.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft (SWH) in Höhe von T€ 7.250 im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag gesichert.

4.3. Vermögenslage

Das Anlagevermögen der Gesellschaft verringerte sich 2014 im Vergleich zum Vorjahr um -175,1 T€ bzw. -1,3 % auf 13.490,2 T€ (2013: 13.665,3 T€). Der Grund hierfür liegt im Wesentlichen in den über dem Investitionsumfang (601,2 T€) liegenden Abschreibungen des Geschäftsjahres (773,6 T€).

Mit 2.365,4 T€ lag das Umlaufvermögen im Jahr 2014 um -353,8 T€ bzw. -13 % unter dem des Vorjahres (2013: 2.719,2 T€). Während sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Jahresvergleich um 346,3 T€ auf 834,2 T€ in 2014 erhöhten, nahmen die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen von 1.384,6 T€ im Vorjahr auf 915,0 T€ im Jahr 2014 um 469,6 T€ ab. Auch die sonstigen Vermögensgegenstände reduzierten sich im Jahresvergleich um über ein Drittel (2013: 712,5 T€, 2014: 465,3 T€, -247,2 T€ bzw. -34,7 %).

Das Eigenkapital der Gesellschaft blieb im Jahresvergleich unverändert bei 731,1 T€. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse reduzierte sich 2014 um -188,0 T€ auf 4.322,0 T€ (Vorjahr: 4.509,9 T€). Aufgrund gleichbleibender Darlehen nahmen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entsprechend der Tilgungen von 4.079,8 T€ in 2013 auf 3.728,6 T€ in 2014 um -351,3 T€ ab. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, gegenüber verbundenen Unternehmen und die sonstigen Posten beliefen sich per 31.12.2014 auf insgesamt 6.942,2 T€ und lagen um 138,7 T€ bzw. 2,0 % über dem Vorjahreswert (6.803,5 T€). Dabei hatten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen mit 6.489,1 T€ (darunter 6.460,5 T€ aus Cash-Pool, Vorjahr: 6.177,9 T€) den überwiegenden Anteil (93,5 %).

Die Bilanzsumme der Gesellschaft stellte sich im Jahr 2014 mit 15.874,0 T€ ein, was gegenüber dem Jahr 2013 einer Abnahme um -546,6 T€ bzw. -3,3 % entspricht.

4.4. Gesamtaussage

Das Jahresergebnis der Hafan Halle GmbH hat sich im Geschäftsjahr 2014 mit -872,7 T€ gegenüber dem Vorjahr (-1.251,2 T€) um 378,5 T€ bzw. 30,2 % deutlich verbessert. Vor allem die im Jahresvergleich erhebliche Steigerung des Umsatzes um mehr als 50 % hat bei gleichzeitig geringeren Kostensteigerungen positive Ergebnisauswirkungen gezeigt.

Mit unserer vor allem qualitativ hochwertigen Leistungspalette in den drei Kernsparten Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen, deren Anteil am Umsatzergebnis bei etwa 90 % liegt, haben wir uns in einem wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich behaupten können. Neben dem hervorzuhebenden Einsatzwillen aller Mitarbeiter hat sich damit die seit Jahren verfolgte Fokussierung der Geschäftstätigkeit auf den containergestützten Logistikbereich als richtig erwiesen und die Grundlagenarbeit der letzten Jahre im Geschäftsjahr 2014 erstmals auch erkennbare Erfolge gezeigt.

Ohne diese Aussagen negieren zu wollen, bleiben für den Erfolg unserer Geschäftstätigkeit als komplexer Dienstleister externe Rahmenbedingungen – wie z.B. die bahnseitigen Einschränkungen infolge des Knotenumbaus Bahnhof Halle (Saale) – und die Abhängigkeiten von Geschäftsverläufen Dritter – wie z.B. die Ausfälle der Neuverkehre „Ersatzbrennstoffe“ und „Rapsöl“ zeigen – nach wie vor von großer Bedeutung. Nur mit der stärkeren Bindung bestehender und der Akquise neuer Kunden, einem hohen qualitativen Anspruch an unsere Leistungserbringung und einem tieferen Einstieg in die Leistungen des Kombinierten Verkehrs haben wir die Möglichkeit, solchen für den Geschäftserfolg wesentlichen, durch uns aber kaum beeinflussbaren Randbedingungen entgegenzusteuern.

Im Aufwandsbereich haben wir – soweit es keine mit Leistungssteigerungen im Zusammenhang stehenden Kosten betrifft – insgesamt eine Stabilisierung und partielle Senkung der Kosten erreicht. Hier erwarten wir, zukünftig weitere Eingrenzungen und Einsparungen zu erreichen. Dazu beitragen werden unsere Projekte im Rahmen des Konzern-Programms „Exzellenz Plus“.

5. Nachtragsbericht

Zum Zeitpunkt der Prüfung des Jahresabschlusses sind gegenüber dem Bilanzstichtag 31.12.2014 keine für die Beurteilung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im Jahr 2014 wesentlichen Veränderungen eingetreten.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde, beauftragt durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems, eine Prüfung der Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Zu den ermittelten unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung entwickelt und dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unternehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Die größten Chancen für eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft sehen wir im Ausbau der Geschäftstätigkeiten – und hier insbesondere durch eine zunehmende Ablösung von Fremdleistungen Dritter – in den Kernsparten Dispositive Leistungen, Containerumschlag und Bahnleistungen. Für die Sparte Bahnleistungen können sich durch bahnseitige Verkehre für das geplante Tankmischlager der GULF-Gruppe sowie für das wieder in Betrieb gegangene Biodieselwerk im Hafen weiterhin deutliche Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

Die größten kurzfristigen Risiken für die Jahre 2015 und 2016 sehen wir derzeit in den Beeinträchtigungen durch den komplexen Um- und Ausbau des Bahnknotens und den Neubau der Zugbildungsanlage Halle (Saale). Auf die hieraus resultierenden kritischen Erfolgsfaktoren und unsere Maßnahmen zur Gegensteuerung wurde bereits unter Punkt 1.2. ausführlich eingegangen.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Ausweitung von Terminal-Kapazitäten des Kombinierten Verkehrs in der mitteldeutschen Region sowie ein endgültiges Scheitern der Vollendung des Saaleausbaus ein. Da uns derzeit keine Informationen zum (genehmigten) Neubau eines Container-Terminals in Mitteldeutschland vorliegen, kann aufgrund der anzusetzenden Planungs-, Genehmigungs- und Bauzeiten mindestens für die nächsten vier bis fünf Jahre von einer annähernd gleichbleibenden Wettbewerbssituation im Kombinierten Verkehr der Region ausgegangen werden. Bezüglich der Vollendung des Saaleausbaus gehen wir von einer Realisierung nach dem Jahr 2020 aus.

6.3. Gesamtbild

Die Bewertung der Risiken für die Gesellschaft hat im Jahr 2014 keine signifikanten Änderungen gegenüber dem Vorjahr gezeigt. Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht ermittelt.

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

Für die Jahre 2015 und 2016 gehen wir aufgrund der bereits erläuterten bahnseitigen Verkehrseinschränkungen und Rahmenbedingungen infolge des Um- und Ausbaus des Bahnknotens Halle (Saale) insgesamt von nur moderaten Umsatzsteigerungen in Höhe von etwa 360 T€ p.a. aus. In den Sparten Containerumschlag und Bahnleistungen erwarten wir aufgrund des Wegfalls eines Zugbetreibers für das Jahr 2016 im Vorjahresvergleich einen Umsatzrückgang von -383 T€ (auf 525,3 T€) bzw. -312 T€ (auf 442,3 T€). Im Jahr 2017, in dem die Um- und Ausbauarbeiten am Bahnknoten Halle (Saale) bezogen auf unsere Verkehrsrelationen abgeschlossen sein sollen, haben wir in der Sparte Containerumschlag Umsätze über etwa 1.026 T€ geplant, die sich in den Folgejahren moderat um jeweils etwa 60 T€ bzw. 6 % erhöhen. Auch in der Sparte Bahnleistungen erwarten wir ab 2017 wieder deutlich höhere Umsätze zwischen etwa 727 T€ in 2017 und etwa 859 T€ in 2019.

In unserer leistungsstärksten Sparte Dispositive Leistungen planen wir nach einem im Vorjahresvergleich nur moderatem Zuwachs in 2016 (172 T€) ab dem Jahr 2017 jährliche Zuwachsraten von durchschnittlich etwa 900 T€.

Der Aufwand für Kraft- und Schmierstoffe, Energiebezug sowie Material wird sich in den Folgejahren entsprechend der Leistungsentwicklung einstellen. Für das Jahr 2015 haben wir den geänderten Übergabe- und Übernahmestationen für Züge zum und vom Hafen mit einem um etwa 25 % über dem Vorjahreswert liegenden Kraftstoffverbrauch Rechnung getragen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen werden auch in den Folgejahren zu etwa 90 % durch die Fremdleistungen Dritter für die Sparte Dispositive Leistungen bestimmt, die sich entsprechend der Umsatzerwartungen einstellen. Im Jahr 2017 wurde ein einmaliger Reparaturaufwand für die erforderliche Hauptuntersuchung nach § 32 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) unserer Großdiesellok BR 232 in Höhe von 655 T€ in die Planungen eingestellt.

Der Personalaufwand wird sich in den Folgejahren bei annähernd gleichbleibendem Personalstand nur entsprechend der einzuplanenden Lohn- und Gehaltssteigerungen erhöhen. Korrespondierend mit vergleichsweise geringen Investitionen gehen die Abschreibungen kontinuierlich zurück und erreichen im Jahr 2019 mit 663 T€ einen um etwa -110 T€ unter dem Wert in 2014 (773,6 T€) liegenden Betrag. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, zu über 50 % durch den Aufwand an Mieten und für Versicherungen geprägt, nehmen in den Folgejahren entsprechend der einzurechnenden Preisentwicklungen nur geringfügig zu und liegen zwischen etwa 881 T€ im Jahr 2015 und 905 T€ im Jahr 2019.

Während sich das Betriebsergebnis im Plan-Jahresvergleich 2015 zu 2014 um ca. 263 T€ bzw. 25 % auf -789 T€ verbessert (2014: -1.051 T€), fällt dieses im Jahr 2016 mit -1.328 T€ und -1.265 T€ im Jahr 2017 deutlich schlechter als in den beiden Vorjahren aus. Hauptgrund hierfür sind einerseits die deutlich geringeren Leistungserwartungen in 2016 infolge des baubedingten (Bahnknoten Halle (Saale)) Ausfalls eines Zugbetreibers, andererseits die einmalig anfallenden Kosten für die Hauptuntersuchung einer Großdiesellok im Jahr 2017.

Bei rätierlich sinkenden Zinsaufwendungen und außerordentlichen Ergebnissen erwarten wir für das Jahr 2015 ein Ergebnis von -781,6 T€. In den Jahren 2016 und 2017 wird dieses aufgrund der dargestellten Rahmenbedingungen mit -1.299,6 T€ im Jahr 2016 und -1.215,9 T€ in 2017 deutlich schlechter ausfallen. Ab dem Jahr 2018 erwarten wir dann wieder signifikante Ergebnisverbesserungen auf -472,7 T€ (2018) bis -378,6 T€ (2019).

7.2. Investitionen

Unsere Investitionstätigkeit wird sich auch in den Folgejahren auf betriebsnotwendige Maßnahmen zur Erhaltung und Ertüchtigung der bahnseitigen Infrastruktur konzentrieren. Der Umfang der Investitionen ist mit Ausnahme des Jahres 2015 (400 T€) dabei auf vergleichsweise geringem Niveau (50 T€ p.a.) vorgesehen. Die Gesellschaft wird weiterhin versuchen, für anstehende Investitionen über entsprechende Landes- und Bundesprogramme eine angemessene anteilige Finanzierung zu erhalten.

7.3. Finanzierung

Die Zahlungsfähigkeit und der Fortbestand der Gesellschaft sind auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

7.4. Ergebniserwartung

Mit Ausnahme der Jahre 2016 und 2017 erwarten wir mittelfristig eine weitere Verbesserung der Jahresergebnisse der Gesellschaft. Mit dem für 2019 geplanten Ergebnis von -378,6 T€ wird sich der Verlust der Gesellschaft gegenüber dem Jahr 2015 mehr als halbieren. Unsere positiven Erwartungen basieren dabei auf weiteren Leistungssteigerungen in den Kernsparten Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen. Das Geschäftsjahr 2014 hat gezeigt, dass im Jahresvergleich mit annähernd gleichem Bestand an technischer Ausstattung und Personalen noch erhebliche Umsatzsteigerungen erreichbar und bei annähernd gleichbleibendem fixem Aufwand damit auch positive Ergebnisentwicklungen erzielbar sind.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	10.000	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<u>10.000 100,00</u>

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbereiche errichten, erwerben, oder pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schulze, Jörg
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Misch, Werner
	stellv. Vorsitzende	Nebelung, Barbara
		Allner, Jürgen (bis 31.07.2014)
		Berend, Stephanie (seit 01.08.2014)
		Bernstiel, Christoph (seit 01.08.2014)
		Böcker, Udo (bis 31.07.2014)
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar (bis 28.03.2014)
		Dr. Meerheim, Bodo (seit 28.03.2014 bis 31.07.2014)
		Hilbig, Stefan

Aufsichtsrat:

Hildebrandt, Roland	(bis 11.02.2014)
Koehn, Gottfried	(seit 01.08.2014)
Krause, Johannes	(bis 31.07.2014)
Lange, Hendrik	(seit 01.08.2014)
Neumann, Wolfram	(bis 31.12.2014)
Plath, Manuela	(seit 01.08.2014)
Raab, Katja	(bis 31.07.2014)
Ranft, Melanie	(seit 01.08.2014)
Raschke, Jens	(seit 01.08.2014)
Scholtyssek, Andreas	(seit 11.02.2014 bis 31.07.2014)
Trömel, René	(bis 31.07.2014)
Weiland, Mathias	

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	20	20	22

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	416.912	91	410.045	91	407.414	94	6.867	2
Umlaufvermögen	40.014	9	40.840	9	24.350	6	-826	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	652	0	770	0	640	0	-118	-15

Bilanzsumme	457.578	100	451.655	100	432.404	100	5.923	1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Eigenkapital	74.198	16	72.198	16	70.998	16	2.000	3
Sonderposten mit Rücklagenanteil	6.569	1	6.908	2	7.308	2	-339	-5
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	71.083	16	59.959	13	57.092	13	11.124	19
Rückstellungen	22.121	5	22.092	5	19.649	5	29	0
Verbindlichkeiten	274.599	60	281.030	62	267.062	62	-6.431	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	9.008	2	9.468	2	10.295	2	-460	-5

Bilanzsumme	457.578	100	451.655	100	432.404	100	5.923	1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	118.708	117.526	115.273
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	24	37	
andere aktivierte Eigenleistungen	462	385	362
sonstige betriebliche Erträge	7.340	5.112	3.878
Materialaufwand	29.123	28.585	27.850
Personalaufwand	29.889	29.266	28.865
Abschreibungen	18.396	18.052	18.036
sonstige betriebliche Aufwendungen	27.303	24.853	24.328
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	438	257	73
Erträge aus Beteiligungen	152	14	9
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	51	36	47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.434	10.758	11.415
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.030	11.853	9.148
außerordentliche Erträge	474	13	176
außerordentliche Aufwendungen	1.601	1.127	191
außerordentliches Ergebnis	-1.127	-1.114	-15
sonstige Steuern	213	119	112
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	9.690	10.620	9.021
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,16	9,04	7,83	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,06	14,71	12,71	%
Cash-Flow:	28.086	28.672	27.058	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	209	202	192	T€
Personalaufwandsquote:	23,62	23,78	24,15	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,94	90,59	93,98	%
Eigenkapitalquote:	16,22	15,99	16,42	%
Fremdkapitalquote:	83,78	84,01	83,58	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	9.501,00	9.479,00	9.526,00	Tm ³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	16.763,00	16.738,00	16.857,00	Tm ³
Abwassereinleitung Kläranlagen	15.298,00	16.889,00	14.654,00	Tm ³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	6.659,00	6.529,00	6.313,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	38.031,00	36.981,00	36.712,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	161.339,00	160.587,00	180.793,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	68.878.620,00	70.329.526,00	70.919.482,00	m ²
Hausanschlüsse	50.612,00	50.375,00	49.970,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung (Flächen)	6.695.438,00	6.398.797,00	6.427.028,00	m ²
Stadtreinigungsleistung (Straßen)	59.100,00	52.744,00	56.041,00	KKm (Kehr-Kilometer)

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.2. Struktur und Beteiligung

Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ist ein 100 % Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH), welches insbesondere in den Bereichen der Daseinsvorsorge (Wasser, Abwasser und Abfall) tätig ist. In der Branchen-, Geschäfts- und Führungsstruktur der SWH ist die HWS die Geschäftsfeldführungsgesellschaft für die Bereiche Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe. Im Rahmen dieser Funktion hat sie inhaltliche Führungsaufgaben, auch über die Beteiligungsgesellschaften hinaus, bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) sowie bei der RAB Halle GmbH (RAB).

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der W+H Wasser-und Haustechnik GmbH (W+H), Halle (Saale). Die W+H realisiert die Bewirtschaftung der Wasserzähler und Wasserzählerstandrohre im Versorgungsgebiet der HWS. Des Weiteren gehören Installationsleistungen, Instandhaltungsleistungen, Serviceleistungen im Fernwärmenetz sowie die Errichtung von Hausanschlüssen zum Leistungsspektrum der W+H.

Darüber hinaus hält die HWS 100 % der Geschäftsanteile an der Cives Dienste GmbH (Cives), Halle (Saale). Die Cives erbringt für die HWS Dienstleistungen im Bereich der Gebäudereinigung sowie Logistikdienstleistungen.

Weiterhin hält die HWS 60 % der Geschäftsanteile an der Wertstofffassung und Recycling GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen u.a. im Bereich der Altglasfassung, -sammlung und -verwertung.

12,5 % der Geschäftsanteile hält die HWS an der Maya mare GmbH & Co. KG. Hauptgesellschafter ist die Muttergesellschaft Stadtwerke Halle GmbH.

Die Geschäftsführung wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und vier Prokuristen wahrgenommen. Im Auftrag der Geschäftsführung agieren die Stabstellen für Beauftragtenwesen, Arbeitssicherheit, Systemtechnik, Referat der Geschäftsführung sowie das Zentrallabor.

Die technischen Bereiche sind in vier Bereiche aufgeteilt. Diese sind Wasser / Abwasser, Entsorgungsdienste, Behälterservice / Sortieranlage und Gebäudereinigung. Die kaufmännischen Bereiche sind in die Bereiche Vertrieb sowie Finanzen, Rechnungswesen und Einkauf unterteilt.

1.1.3. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft agiert insbesondere in den Bereichen der Daseinsvorsorge. Entsprechend der unter 1.1. dargestellten Struktur sind folgende Geschäftsfelder integraler Bestandteil der HWS.

1.1.3.1. Wasser / Abwasser

Der Leistungsbereich Wasser / Abwasser sichert die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) mit Trinkwasser, sowie die gesetz- und regelkonforme Ableitung und Behandlung von Abwässern. Dazu gehören neben dem Betrieb der Anlagen zu diesem Zweck die laufende Instandhaltung der Netze und der wasser- und abwassertechnischen Anlagen sowie die Planung und Ausführung der Investitionen. Neben dem Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale) erbringt die HWS Dienstleistungen im Rahmen von Betriebsführungen im Umland im Trink- und Abwasserbereich.

Die Trinkwasserversorgung wird in Halle über ein 784 Kilometer langes Netz sowie über 3 Pump- und Druckerhöhungsstationen sichergestellt. Der Bezug des Trinkwassers erfolgt fast ausschließlich von der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH. Das ab 2005 außer Betrieb genommene Wasserwerk wird als Notwasserreserve vorgehalten. Im Bereich der Trinkwasserversorgung sind zum 31.12.2014 68 Mitarbeiter tätig. Die Abwasserableitung und -behandlung wird über ein 863 Kilometer langes Netz sichergestellt. Die Behandlung erfolgt im Klärwerk Nord, welches für 300.000 Einwohnergleichwerte ausgelegt ist. Die Auslastung des Klärwerkes beträgt nahezu 100 %. Zum Transport des Abwassers und zur Rückhaltung von Oberflächenwasser bei Starkniederschlagsereignissen gehören zum Netz 142 Pumpstationen sowie 32 Regenrückhaltebecken. Im Abwasserbereich sind 73 Mitarbeiter beschäftigt.

Neben den technischen Bereichen gibt es im Bereich Wasser / Abwasser einen Planungsbereich, welcher sämtliche Investitionen und komplexe Instandhaltungsmaßnahmen, im Zusammenwirken mit Planungsbüros, plant und überwacht.

Im Bereich Plankammer werden sämtliche Datensätze des Leitungsnetzes und der wasser- und abwassertechnischen Anlagen erfasst und gepflegt.

1.1.3.2. Entsorgung und Behälterdienst

Der Leistungsbereich Entsorgung / Behälterdienst realisiert sämtliche Aufgaben der satzungsgemäßen Abfallentsorgung sowie der gewerblichen Sammlung, die damit verbundenen technischen Dienstleistungen sowie die Straßenreinigung und den Winterdienst. Für die Erfüllung dieser Aufgabenstellung werden in diesem Bereich 46 LKWs sowie 14 Kleintransporter unterschiedlicher technischer Konfiguration genutzt. Darüber hinaus stehen 12 Straßenkehrmaschinen, die im Winter auch zum Winterdienst umgerüstet werden können, zur Verfügung.

Mit der „Exzellenz plus 20“ Maßnahme „Zentralwerkstatt“ wurde die Werkstatt der HWS erweitert, so dass sie sämtliche im Rahmen des zentralen Fuhrparkmanagements anfallenden Wartungen, Reparaturen und Überprüfungen, einschließlich des Reifendienstes, im Wesentlichen selbst ausführt bzw. die Koordination der Fremdvergabe übernimmt.

Im Bereich Entsorgung und Behälterservice sind 202 Mitarbeiter beschäftigt. Im Bereich Behälterservice wird der Bestand von 114.251 MGBs gewartet, gepflegt und bei dem jeweiligen Kunden ausgestellt. Darüber hinaus ist in diesem Bereich die Elektronikschrottsortieranlage zur Zerlegung und Sortierung der Stoffgruppen 3 und 5 angesiedelt.

1.1.3.3. Gebäudereinigung

Ein weiteres Geschäftsfeld der HWS ist die Gebäudereinigung. Hier werden insbesondere Gebäude der Stadt Halle (Saale) bzw. von Tochterunternehmen der Stadt Halle (Saale) gereinigt. Darüber hinaus werden in diesem Geschäftsfeld auch Aufgaben für Dritte erledigt. In der Gebäudereinigung sind 70 Mitarbeiter beschäftigt. Im Bereich Schulen wird eine Grundfläche von 199.007,54 m² gereinigt. Dies entspricht einer Flächenleistung von 34.664.530,97 m² pro Jahr. Im Bereich Kindergärten wird eine Grundfläche von 33.732,96 m² gereinigt, was einer Flächenleistung von 7.506.438,40 m² pro Jahr entspricht. Der Bereich Verwaltungsgebäude umfasst eine Grundfläche von 72.824,48 m². Pro Jahr ist dies eine Flächenleistung von 8.768.202,48 m².

1.1.3.4. Vertrieb

Sämtliche Vertriebsaufgaben der HWS werden im Zentralbereich Vertrieb gebündelt. Neben der permanenten Betreuung der Key-Accounts, wie der Stadt Halle (Saale), Wohnungsgesellschaften und große Industrieansiedlungen, ist die zentrale Aufgabe des Vertriebs die Neuaquise von Verträgen im gewerblichen Bereich. Darüber hinaus sind im Vertriebsbereich die drei Wertstoffmärkte der Stadt Halle (Saale) angesiedelt. Ein weiteres Aufgabenfeld des Vertriebsbereiches ist die Akquise und kaufmännische Betriebsführung im Umland.

1.1.3.5. Finanzen / Rechnungswesen / Einkauf

Im Bereich Finanzen / Rechnungswesen / Einkauf erfolgt die strategische-, Mittelfrist- und Jahresplanung des Unternehmens. Auf der Grundlage des 2013 umgesetzten Kennzahlenplansystems und einer monatlichen exakten Abrechnung der Planvorgaben sowie der Durchführung von Quartalsgesprächen in allen Leitungsebenen, werden hier wesentliche Steuerungselemente impliziert. Im Rahmen der strategischen Planung wurde eine Langfristplanung auf 30 Jahre erarbeitet und wird permanent nachjustiert. Darüber hinaus ist der Zentraleinkauf für die gesamte HWS sowie das zentrale Facilitymanagement in diesem Bereich angesiedelt.

Die Hauptbereiche Wasser / Abwasser, Entsorgung / Behälterdienste, Vertrieb und Finanzen / Rechnungswesen / Einkauf werden von Prokuristen des Unternehmens geführt.

1.2. Ziele und Strategie

Hauptziel der Gesellschaft ist, für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), die Gebietskörperschaften im Umland sowie private und gewerbliche Auftraggeber die wesentlichen Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigungs- und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung nachhaltig und langfristig anzubieten und zu erbringen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, war es ein wichtiges Ziel der Gesellschaft, im Geschäftsjahr 2014 eine kundenorientierte und kontinuierliche Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen vorzunehmen und gleichzeitig wirtschaftliche Optimierungspotenziale zu erschließen. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist das Bemühen der Gesellschaft, durch weitere Erschließung von Effizienzpotenzialen die Entgelte für diese Dienstleistungen auf einem angemessenen Niveau für die Bevölkerung zu halten.

Wesentliche Herausforderung für die HWS war und ist den strategischen Prozess der SWH „Exzellenz plus 20“ nachhaltig durch höhere Ergebnisbeiträge zu unterstützen. Zur Umsetzung des Programmes „Exzellenz plus 20“ der SWH wurden mit allen Bereichen der HWS durch die Geschäftsführung Maßnahmen zur Erschließung von weiteren Effizienzreserven beraten. Im Ergebnis wurde insbesondere die Umsetzung der HWS 2020-Projekte beschleunigt, um Ergebnisverbesserungen zu erreichen. Darüber hinaus konnten unternehmensübergreifende Gesamtprojekte durch die HWS, wie „Zentrales Fuhrparkmanagement“ und „Zentralwerkstatt“, initiiert werden. Im Jahr 2014 konnten somit zur Zielstellung der Ergebnisverbesserung von 1,2 Mio. EUR tatsächlich 1,5 Mio. EUR erreicht werden. Für die Mittelfristplanung besteht dieses Ziel fort, um eine nachhaltige Unterstützung des Gesamtprozesses der SWH zu sichern.

Um auch künftig den Beitrag der HWS zur Unterstützung des Strategieprozesses „Exzellenz plus 20“ der SWH absichern zu können, liegt die Priorität der HWS auf einer zeitnahen und effizienten Umsetzung der Maßnahmen HWS 2020. Diese verfolgen dabei neben den direkten wirtschaftlichen Zielen auch eine Stärkung der HWS in den folgenden, anhand des strategischen Leitbilds der HWS festgelegten, sechs Arbeitsrichtlinien:

- Geschäftsentwicklung und Wachstum
- Kundenorientierung und Servicequalität
- Betriebsoptimierung
- Langfristige Investitionsplanung
- Personalentwicklung, Führung und Organisation sowie
- Interne und externe Kommunikation

Ein wesentliches Ziel für 2014 war es, an der langfristigen Umsetzung der Entschuldungsstrategie festzuhalten und diesen Prozess mit der Begebung des letzten Schuldscheindarlehens abzuschließen. Zusätzlich zu den 2013 über die Stadtwerke vergebenen Schuldscheindarlehen nutzte die HWS 2014 den gleichen Ansatz. Vergeben wurde ein Schuldscheindarlehen über 15 Mio. EUR mit einer Laufzeit von zehn Jahren sowie eine Namensschuldverschreibung in Höhe von 10 Mio. EUR mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Damit und dank der Aufnahme eines endfälligen Darlehens in Höhe von 10 Mio. EUR konnten bestehende Tilgungsdarlehen abgelöst und Neufinanzierungen für Investitionen abgedeckt werden. Letztere temporär zu verringern, die Betriebskosten dauerhaft zu senken, nicht betriebsnotwendiges Anlagevermögen zu reduzieren und einen Teil des Ergebnisses wieder einzulegen, ergänzen den sogenannten „Pakt zu Schuldenreduzierungen“.

Im Zuge der Optimierungsmaßnahmen konnten im SWH-übergreifenden Projekt „Zentrales Fuhrparkmanagement“ in 2014 die Voraussetzungen, wie z.B. die Erstellung der inhaltlichen und strukturellen Abläufe sowie die Erweiterung der vorhandenen IT-SAP-Struktur für die zentrale Datenerfassung, geschaffen und das Projekt Ende 2014 in die Umsetzung übergeleitet werden. Ab Frühjahr 2015 werden hierüber die Fuhrparkleistungen für die Stadtwerke-Gruppe erbracht.

Im Rahmen des Projektes „Zentrale KFZ-Werkstatt“ sollen, in enger Anlehnung an das zentrale Fuhrparkmanagement, Wartungs-, Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen für die reifengebundenen Fahrzeuge der Stadtwerke-Gruppe erbracht werden. Mit Hilfe dieser Effizienzmaßnahmen sollen Kosten gespart und Fremdleistungen abgelöst werden, um Arbeitsplätze für frei gesetzte Mitarbeiter aus Umstrukturierungsprozessen zu schaffen. Hier wurden neben der Schaffung der technischen Voraussetzungen auch die personellen Anpassungen für eine zentrale Erbringung der Leistungen vorgenommen. So wurden im Herbst 2014 durch die zentrale Werkstatt bereits erste Leistungen unternehmensübergreifend erbracht und Fremdleistungen reduziert.

Die strategische Ausrichtung hinsichtlich der Aufdeckung und Ausschöpfung wirtschaftlicher Optimierungspotenziale ist nicht nur für die Arbeitseffizienz der Gesellschaft essentielles Kriterium im Geschäftsalltag, sondern ebenso die Voraussetzung dafür, dass die Entgelte für die angebotenen Dienstleistungen auf einem angemessenen Niveau gehalten werden können. Für 2014 ist es dem Unternehmen gelungen, die Preise für Trinkwasser und Abwasser sowie die Gebühren für die Abfallentsorgung konstant zu halten.

Zu den wesentlichen Bestandteilen einer erfolgreichen Unternehmenstätigkeit ist die künftige Planung von Investitionsmaßnahmen zu zählen. So wurde 2014 die von der HWS erarbeitete Abwasserzielplanung dem Fachbereich der Stadt Halle (Saale) übergeben. Als Investitionsschwerpunkte der Gesellschaft im Jahr 2014 sind beispielsweise die Weiterführung der Beteiligung am Stadtbahnprojekt der HAVAG zu nennen, für das die HWS über mehrere Jahre in zahlreichen Abschnitten die wasser- und abwassertechnischen Leistungen erbringt. Darüber hinaus wurde mit der Umsetzung der HWS 2020 Maßnahme zur Übernahme der Planungsphase 1, 2 und 7 der HOAI durch den eigenen Planungsbereich begonnen. Dadurch soll erreicht werden, dass bereits im Zuge der Aufgabenerstellung und des Variantenvergleichs Optimierungspotenziale in die Planung eingearbeitet werden können. Darüber hinaus investiert die HWS kontinuierlich in die Sanierung und Auswechslung behandlungsbedürftiger Abschnitte des Trinkwasser- und des Kanalnetzes. Dazu zählen ebenfalls Maßnahmen zur Senkung des Rohrbruchgeschehens und zur Verminderung von Wasserverlusten.

Ein ebenfalls wichtiger Kernpunkt war die Fortführung der Arbeiten zur Beseitigung der Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013, wo mit Hilfe von Fördermitteln inzwischen zahlreiche Schadenbehebungen begonnen und teilweise schon abgeschlossen werden konnten. Größere aus dem Hochwasser resultierende Maßnahmen mit notwendigem Planungs- und Genehmigungsvorlauf werden auch noch für die nächsten Jahre Inhalte der HWS-Investitionsschwerpunkte darstellen.

Um die den HWS 2020 Maßnahmen zu Grunde liegenden Optimierungsprozesse durchzusetzen, waren umfangreiche Umstrukturierungsmaßnahmen erforderlich. 2014 konnten diese in den Bereichen Systemtechnik, Hausanschlusswesen und zentrales Facilitymanagement abgeschlossen werden. Die Umstrukturierung im Bereich Klärwerke wurde vorbereitet und zum 01.01.2015 umgesetzt.

1.3. Steuerung

Die Unternehmenssteuerung der HWS erfolgt über ein System verschiedener Instrumente. Schwerpunkte der betriebswirtschaftlichen Steuerung sind die strategische-, Mittelfrist- und Jahresplanung. Diese beinhaltet die Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung, Bilanz-, Personal-, Investitions- sowie Mengenplan und ein Preisblatt. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben. Die Zielerreichung wird in monatlichen Auswertungen, sowohl mit den Bereichsleitern, als auch mit den Abteilungsleitern vorgenommen. Strategische Aufgabenstellungen, wie Umsetzung der HWS 2020 Projekte, Gesundheits- und Personalmanagement, Kennzahlenentwicklung und Umsetzung der Investitionen werden in den Quartalsgesprächen mit allen Bereichen umfassend behandelt. In den Belegschaftsversammlungen, welche auf Bereichs- bzw. Abteilungsebene durchgeführt werden, werden die wesentlichsten betriebswirtschaftlichen Parameter des Unternehmens bereichsbezogen erörtert.

Ein weiteres Steuerungselement ist die Umsetzung des Qualitätsmanagements der HWS. Schwerpunkt des Qualitätsmanagements und gleichzeitig wesentliche Überprüfungskriterien sind die jährlichen Zertifizierungen durch externe Überwachungsgremien. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten folgende Überwachungen und Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden:

- Akkreditierung des Zentrallabors durch die DAKKS
- Zertifizierung des Bereiches Entsorgung zum Entsorgungsfachbetrieb
- Zertifizierung zum Qualitäts- und Umweltmanagement
- Zertifizierungen im Wasser / Abwasserbereich TSM (Technisches Sicherheitsmanagement)

Drittes Steuerungselement ist die permanente Überarbeitung von Dienstanweisungen und Auditierung sowie Betriebsvereinbarungen. In Abstimmung mit dem Konzern werden diese durch den Geschäftsbereich permanent der neusten rechtlichen Lage angepasst und somit wird auch auf Veränderungen im Umfeld und im Bereich reagiert.

Die Ergebnisse des Risikomanagements und der im Rahmen des Jahresrevisionsplanes durchgeführten Prüfungen werden zur Nachjustierung des betreffenden Regelwerkes genutzt.

1.4. Veränderung in der Gesellschaft

Seit Ende Januar 2014 befindet sich am Standort Kläranlage Halle-Nord das unter einheitlicher Führung arbeitende neue Zentrallabor der HWS, bestehend aus den ehemaligen Einzellaboren für Wasser, Abwasser und Abfall. Für die Herstellung der vollen Funktionsfähigkeit wurden bauliche Veränderungen vorgenommen und das Personal aus zuvor völlig autark arbeitenden und räumlich getrennten Laboreinheiten zusammengeführt. Die Zielstellung für das entstandene Zentrallabor war eine Kostenoptimierung durch Nutzung von Synergieeffekten aus gleichen Tätigkeiten im Bereich Trinkwasser, Abwasser und Abfall sowie eine optimierte Ablauforganisation. Darüber hinaus wird zurzeit daran gearbeitet, das Leistungsspektrum zu erweitern, um das Fremdgeschäft auszuweiten. Seine organisatorische Zuordnung findet das Zentrallabor seitdem als Stabsstelle der Geschäftsführung.

Weiterhin galt es, Vorteile für die HWS durch Umstrukturierung des Bereichs Systemtechnik zu schaffen. Im Zuge dessen wurde ein großer Teil der Plankammer sowie die Meisterbereiche Automatisierung und Elektro für Trinkwasser direkt dem Bereich Wasser / Abwasser zugeordnet. Dies ermöglicht eine kürzere, direkte Kommunikation und somit auch eine bessere Abstimmung dieser Einheiten mit den Fachkräften des Trink- und Abwasser und Abwasserbereichs, was folglich zu einer Verkürzung von Prozessen und damit einer Effizienzsteigerung führt. Daneben konnte durch die Umstrukturierung die Anzahl der Standorte reduziert werden, was zusätzliche Kosten- und Kommunikationsvorteile bewirkte. Für die HWS übergreifende Koordinierung der elektrotechnischen Geräte und Abläufe wurde eine Stabsstelle der Geschäftsführung (fortan GF-I) eingerichtet. Ein Schwerpunkt der Aufgaben dieser Stabsstelle ist der Aufbau eines Energiemanagementsystems, um durch Optimierungen in diesem Bereich Effizienzpotenziale zu erschließen. Das Ziel, durch Veränderungen im Aufgabenbereich Hausanschlüsse verbesserte Arbeitsabläufe zu schaffen und dadurch Einsparungen zu erzielen, wurde erreicht. In dem Zusammenhang wurde der technologische Teil des Hausanschlusswesens in den technischen Bereich Wasser / Abwasser eingegliedert. Der Vertriebsblock des Hausanschlusswesens findet sich nun im Unternehmensbereich Vertrieb wieder. Damit konnte die fachliche Nähe von Arbeitsaufgaben sowohl in den Arbeitsabläufen als auch räumlich optimiert werden. Personalkosteneinsparungen werden mittelfristig und unter Beachtung der demographischen Entwicklung generiert.

Darüber hinaus wurden weitere Effizienzpotenziale in der Bewirtschaftung der Liegenschaften der HWS durch den 2014 neu geschaffenen Bereich „zentrales Facilitymanagement“ generiert.

Im Geschäftsjahr 2014 hat die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der EVH GmbH ein Konzept der Eigenerzeugung von Strom im Rahmen eines Pachtmodells umgesetzt. Die Gesellschaft ist damit Erzeugerin der für den Eigenbedarf benötigten elektrischen Energie. Die Betriebsführung sowie sonstige Dienst- und Lieferleistungen sind durch Verträge geregelt. Ziel dieses Modells ist die weitere Kostenreduzierung.

Im März 2014 wurde am Standort Äußere Hordorfer Straße die Sortieranlage für Elektronikschrott eröffnet. Strategisches Ziel der HWS ist es, durch hochwertiges Recycling an der Wertschöpfung in diesem Zukunftsmarktsegment teilzunehmen. Um den Markteintritt in diesen für die HWS neuen Markt abzusichern, wurde ein Dienstleistungsvertrag mit der Firma IGE Hennemann geschlossen. Damit wird sichergestellt, dass Risiken der Beschaffung des Elektronikschrottes und des Absatzes der aus Elektronikschrott gewonnenen Recyclingmaterialien durch die Firma IGE Hennemann getragen werden und die HWS ausschließlich die Dienstleistung der Zerlegung übernimmt. Mit dieser Maßnahme wurden sieben Arbeitsplätze geschaffen. Darüber hinaus wurde an der haushaltsnahen Sammlung von Elektronikschrott weiter gearbeitet, um die Erfassungsquoten zu erhöhen. Im Ergebnis wurden nach einer Testphase im ersten Halbjahr 2014, im zweiten Halbjahr 2014 34 Sammelboxen für Elektronikschrott im Stadtgebiet Halle (Saale) ausgestellt. Damit werden insbesondere die sonst in die graue Tonne wandernden Elektrokleingeräte erfasst, was zu einer Erhöhung der E-Schrottaufnahme führt. Im August hat die IGE Hennemann Insolvenz beantragt. Mit dem Verwalter über das Vermögen der Firma IGE Hennemann wurde ein Fortführungsvertrag vereinbart. Gegenstand dieser Vereinbarung ist auch, dass der Verwalter nach seinen Möglichkeiten dafür Sorge trägt, dass bei Verkauf des Assets mit dem Erwerber gesprochen wird, den Vertrag fortzuführen. Parallel dazu wird seit Bekanntwerden der Insolvenz der Firma IGE Hennemann durch die HWS daran gearbeitet, unter Beteiligung weiterer Partner eine eigenständige Lösung zu finden, um somit nach Abschluss des Verfahrens durch den Verwalter optional Kooperationsmöglichkeiten zu sichern.

Durch den WAZV Saalkreis (WAZV) wurde fristgemäß die Betriebsüberlassungsvereinbarung Trinkwasser gegenüber der HWS zum 31.12.2014 gekündigt. Im Jahr 2014 wurden die Endschaffungsbedingungen der Vereinbarung (Überführung von Personal, Trennung bzw. messtechnische Trennung des Netzes und die Übergabe von Unterlagen) umgesetzt. Damit wurde die Tarifgemeinschaft Halle / WAZV Saalkreis durch die Kündigung des WAZV aufgehoben. Zum 01.01.2015 liefert nunmehr die HWS an den WAZV Wasser über 34 Abnahmestellen des halleischen Netzes. Negative Auswirkungen auf das betriebswirtschaftliche Ergebnis der HWS durch diese Kündigung sind aus heutiger Sicht nicht feststellbar. Für die durch die Kündigung vom WAZV vorhandenen Risiken aus Rechtstreitigkeiten wurden in der Bilanz entsprechende Rückstellungen gebildet.

Zur Umsetzung des Leitbildes des Landes Sachsen-Anhalt zur Schaffung größerer Strukturen im Abwasserbereich wurden 2014 mit dem AZV Elster-Kabelsketal (AZV) die Verhandlungen dahingehend geführt, die vollständige hoheitliche Übertragung der Aufgabe Abwasserentsorgung auf die Stadt Halle (Saale) zu vollziehen. Dies soll im Rahmen einer Zweckvereinbarung zwischen dem AZV Elster Kabelsketal und der Stadt Halle (Saale) erfolgen. Im Rahmen des Konzessionsvertrages Abwasser wird die Stadt Halle (Saale) die Aufgabenerledigung an die HWS übertragen. Darin eingeschlossen ist die Übertragung des Anlagevermögens des AZV Elster Kabelsketal auf die Stadt Halle (Saale), welche dieses weiter auf die HWS überträgt. Die Beschlüsse der Verbandversammlung des AZV wurden im November 2014 gefasst. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wird sich im April 2015 mit der Vereinbarung befassen. Eine enge Abstimmung mit der Kommunalaufsichtsbehörde des LVwA Sachsen-Anhalt wurde dazu parallel vollzogen. Es ist vorgesehen, die Vertiefung der Zusammenarbeit zum 01.07.2015 wirksam werden zu lassen.

Mit der Stadt Halle (Saale) konnte im Jahre 2014 ein Side Letter zum Konzessionsvertrag Trinkwasser hinsichtlich der Konzessionsabgabe geschlossen werden. Darüber hinaus wurde ein Mittelfristvertrag bis 31.12.2017 zur Reinigung der Straßenentwässerungsanlagen geschlossen und somit die langfristig gebundenen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge weiter ergänzt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 % auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Schwerpunkt war auch in 2014 die Umsetzung des Effizienz- und Entwicklungsprogramms HWS 2020 unter Berücksichtigung der operativen „Exzellenz plus 20“ der Stadtwerkegruppe. Insbesondere ging es dabei darum, ein Optimum im Verhältnis zwischen moderaten Preisen für die Bevölkerung, Gewinnerwartung des Gesellschafters und Substanzentwicklung des Unternehmens zu erreichen. Dass die abgeschlossenen Projekte der HWS 2020 Maßnahmen gute Ergebnisse sichergestellt haben, beweisen nicht nur die im Punkt vier dargestellten Zahlen der betriebswirtschaftlichen Unternehmensentwicklung und die damit verbundene Gewinnabführung an den Gesellschafter, sondern insbesondere auch die für die Jahre 2015 und 2016 im Jahr 2014 vorgenommenen Kalkulationen und die damit verbundene Preisstabilität in den Segmenten Abfall und Abwasser sowie die Preissenkungen bei Trinkwasser und Niederschlagswasser. Diese Leistungen waren nur möglich durch die von den Mitarbeitern der HWS erschlossenen Kostensenkungs- und Entwicklungspotenziale, die nicht nur die Inflationierungskurve neutralisieren, sondern zu tatsächlichen Preissenkungen geführt haben. In diesen Prozess eingebunden ist die tiefere Durchdringung betriebswirtschaftlicher Prozesse auch in den unteren Führungsebenen. Durch die konsequente Umsetzung der Quartalsgespräche und der Abteilungsleitergespräche sowie die protokollarischen Festlegungen bis in die Meisterbereiche ist die HWS hierbei auf einem guten Weg.

Durch die Umsetzung des Paktes zur Entschuldung wurden mittel- und langfristige Lösungen gefunden, um die Finanzierbarkeit und Sicherung der Substanzentwicklung des Unternehmens zu gewährleisten. Personalstrukturelle Vorbereitungen des Unternehmens auf die demographische Entwicklung der nächsten Jahre sind durch die angeschobenen und bereits teilweise vollzogenen Umstrukturierungsprozesse mittelfristig gut integriert.

Ein wichtiger Aspekt für die HWS ist seit Jahren die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) in ihren Bestrebungen, Unternehmen für den Wirtschafts- und Logistikstandort Halle zu interessieren und hier anzusiedeln. Seit 2009 war die Erschließung des Industriegebietes Star-Park an der A14 ein wesentlicher Schwerpunkt. In dem Gebiet erbrachte die HWS seitdem mit dem Bau von Trinkwasserleitungen, Abwasserkanälen, Sonderbauwerken und weiteren technischen Anlagen umfangreiche Erschließungsleistungen zur Herstellung der notwendigen Infrastruktur. Zum 31.12.2014 wurde durch die HWS über entsprechende Vereinbarungen mit der stadt eigenen Entwicklungsgesellschaft der Anlagenbestand für die Wasserversorgung und die Abwasser- bzw. Niederschlagswasserentsorgung übernommen. Damit wurden diese Baumaßnahmen in 2014 abgeschlossen.

In Orientierung auf das HWS-Ziel, die Dienstleistungen mit größtmöglicher Kundenorientierung zu erbringen, wurde im Frühjahr 2014 durch ein externes Unternehmen im Auftrag der SWH unter den Hallensern eine repräsentative Kundenzufriedenheitsanalyse zur SWH und den großen Tochterunternehmen durchgeführt. Das Ergebnis enthielt Bewertungen zu Leistungen und Preisen des Unternehmens und stellte sich für die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH insgesamt sehr positiv dar.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

3.2.1. Wasser / Abwasser

Die Umsatzerlöse Wasser wurden 2014 mit 787 TEUR (plus 2,5 %) über dem Plan realisiert. Im Bereich Abwasser erfolgte eine fast planmäßige Erreichung der Zielgrößen. Die im Rahmen der HWS 2020 Maßnahmen avisierten Optimierungsziele wurden erreicht und finden in den Ergebnissen der Gesellschaft sowie in der bereits mehrfach erwähnten Preisgestaltung gegenüber der Bevölkerung ihren Niederschlag. Zur langfristigen Investitionsplanung und zielgerichteten Umsetzung von Investitionen wurde im Rahmen der Umsetzung des Projektes zur HOAI Prozessveränderung im Bereich Investitionen durchgeführt. Die Trennung zwischen Planung und Bauüberwachung wurde aufgehoben und Projektverantwortliche für die Gesamtgestaltung der Projekte eingesetzt. Dieses wurde 2014 durchgängig vollzogen. Darüber hinaus wurde damit begonnen und wird in den nächsten Jahren fortgesetzt, 80 % der Leistungsstufen 1 und 2 sowie 7 und 8 der HOAI selbst im Bereich Planung der HWS durchzuführen. Da der Bereich Trink- und Abwasser den größten Teil der Investitionen im Jahr realisiert, soll mit dieser Maßnahme erreicht werden, dass

- durch eigene Erarbeitung der Aufgabenstellung des Variantenvergleiches eine bessere und zielgerichtete Koordinierung mit der Trink- und Abwasserzielplanung hergestellt werden kann;
- die verwendeten Standards in Material- und Verlegemethoden optimiert werden;
- besser noch als bisher Maßnahmen einer lebensverlängernden Instandhaltung an die Stelle großflächiger Investitionen gesetzt werden;
- Kostenoptimierungspotenziale bereits in die Aufgabenstellung und in den Variantenvergleich einfließen und
- durch Übernahme der Bauüberwachung strengere Anforderungen der Aufgabenstellungen und mögliche Kostenoptimierungspotenziale nicht durch Nachträge kompensiert werden.

An weiteren Maßnahmen, wie Instandhaltungsstöranalyse bei Wasserpumpwerken und Trinkwasseranlagen, Senkung von Wasserverlusten, Optimierung Energie- und Betriebsmittelverbrauch, wird gearbeitet. Wie bereits erwähnt, wurden die Strukturveränderungen im Bereich Systemtechnik und Hausanschlusswesen abgeschlossen. Die Strukturveränderung durch Zusammenlegung der Meisterbereiche im Klärwerksbereich wurde 2014 vorbereitet und zum 01.01.2015 umgesetzt.

Durch die Ereignisse des Hochwassers im Juni 2013 wurden erhebliche Schäden an der kommunalen Infrastruktur der HWS verursacht. Gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 des Landes Sachsen-Anhalt Teil E (Mithilfen zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur und Gemeinden, Körperschaften des Öffentlichen Rechts) wurden durch die HWS im Rahmen des Maßnahmenplanverfahrens 34 Förderhilfanträge mit einem Gesamtvolumen von 31,5 Mio. EUR gestellt. Bis 31.12.2014 waren 22 Fördermittelanträge mit einem Gesamtfördervolumen von 13,5 Mio. EUR bewilligt. Für vier Fördermittelanträge wurden Teilbewilligungen erteilt, deren einzige Auflage die Nachreichung einer detaillierten Kostenschätzung ist. Unter Berücksichtigung dieses noch zu vollziehenden formellen Aktes würde sich bei voller Bewilligung dieser Maßnahmen die Summe der Zuwendungen auf fast 22,5 Mio. EUR erhöhen. Durch die Versicherung wurden darüber hinaus Schadensleistungen in Höhe von 608 TEUR beglichen. Sehr große komplexe Bauvorhaben werden im Verlaufe der nächsten vier bis fünf Jahre zur Behebung der Flutschäden abgearbeitet. Wenn die beantragten Fördermittel vollumfänglich bewilligt sind, bedeutet das eine Erhöhung des Investitionsvolumens im Bereich Trink- und Abwasser um jährlich ca. 40 %. Die prozessorganisatorischen und personellen Voraussetzungen für die Bewältigung dieses Investitionsprogrammes wurden 2014 geschaffen. Insgesamt wurden im Trink- und Abwasserbereich im Jahr 2014 Maßnahmen in Höhe von 23,4 Mio. EUR realisiert, davon 11,5 Mio. EUR unentgeltliche Übernahmen. Schwerpunkte hierbei waren die Fortführung des Stadtbahnprogrammes sowie die Umsetzung der Maßnahmen aus der Trink- und Abwasserzielplanung.

Folgende Schwerpunktprojekte wurden 2014 im Abwasserbereich realisiert:

- die Weiterführung der abwassertechnischen Ersterschließung entsprechend der Abwasserbeseitigungskonzeption (z.B. in den Stadtteilen Halle-Reideburg, Halle-Dörlau, Ortsteil Burg).
- die Sanierung von Kanalabschnitten in den Zustandsklassen mit umgehendem Handlungsbedarf, wie zum Beispiel die Haupt- und Grundstücksanschlusskanäle im Margueritenweg, in der Feuerbachstraße, Gutenbergstraße, Hardenberg- und Wielandstraße.

Im Bereich der Trinkwasserinvestitionen lagen die Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr, neben der Beteiligung an Stadtbahnmaßnahmen, auf folgenden Projekten:

- Auswechslung der schalenbruchgefährdeten Hauptversorgungsleitung in der Lessingstraße.
- Maßnahmen zur Senkung des Rohrbruchgeschehens und zur Senkung von Wasserverlusten durch Ersatz von besonders schadensanfälligen Leitungen, z. B. im Heideweg, in der Dryanderstraße, im Baumweg, in der Prager- und Reichenberger Straße, Nordstraße und in der Jupiterstraße.
- Um die technische Netztrennung zu den Anlagen des WAZV umzusetzen, wurden umfangreiche Zählerschächte errichtet und Netztrennungen vorgenommen.

Ebenso wurden 2014 für die Kläranlage Halle-Nord verstärkt Maßnahmen zur Optimierung und Einsparung von Betriebsmitteln und Energie begonnen und umgesetzt. Hierzu zählt beispielsweise die neue Belüftungsregelung für das Belebtschlammbecken, die ab 2015 eingeführt werden und eine deutliche Stromersparung erzielen soll. Weiterhin erfolgte in den Jahren 2013 und 2014 der Bau eines zusätzlichen Nacheindickerbeckens sowie eines Schlammspeichers, deren Inbetriebnahme im ersten Quartal 2014 erfolgte. Dieser Schritt lässt bereits wesentliche Kostenersparnisse für Strom, Material und Arbeitszeit erkennen.

Mit einem Zentrifugenhersteller als Projektpartner wurde auf der Kläranlage ein Projekt initiiert, bei dem die HWS eine neu entwickelte Zentrifuge zur Klärschlammmentwässerung als Referenzobjekt seit August 2014 für ein Jahr kostenlos testet. Erste Ergebnisse zeigen eine signifikante Stromersparung und eine günstigere Schlammkonsistenz an, was eine deutliche Betriebskostensenkung erwarten lässt.

Seit einigen Jahren werden verstärkt Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Kläranlage und der Deponie Halle-Lochau geprüft. Für das vergangene Jahr war es möglich, durch einen Vertrag mit der SWH-Tochter Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) einen Großteil des Klärschlammes der Kläranlage bei der AWH zur Rekultivierung des Deponiegeländes einzusetzen bzw. darüber zu verwerten. Dies ergab deutliche Einsparungen. Mit der AWH wurde ein Nachtrag zum bestehenden Vertrag zur Behandlung des Sickerwassers der Deponie auf der Kläranlage abgeschlossen, über den die zu behandelnden Mengen und die damit verbundenen Umsätze für die HWS im Vergleich zum Vorjahr um fast ein Drittel gesteigert wurden. Es werden von beiden Seiten fortlaufend die Möglichkeiten geprüft, das gesamte Sickerwasser durch die HWS zu behandeln und gleichzeitig das Risiko der nicht vorhersehbaren Mengen und Schadstoffbelastung des Sickerwassers zu kompensieren. Eine finale Abstimmung und Festlegung erfolgt Anfang 2015.

3.2.2. Entwicklung im Bereich Abfalllogistik und Ressourcenwirtschaft, sowie Reinigungsdienste

Die geplanten Umsätze im Bereich Entsorgung und Reinigung wurden um 1.330 TEUR überschritten. Rückblickend auf das abgeschlossene Geschäftsjahr kann man einschätzen, dass die Mitarbeiter der HWS es sehr gut verstanden haben, die günstigen Witterungsbedingungen des Jahres 2014 (insbesondere milder Winter), in zusätzlich abrechenbare Leistungen und damit erhöhte Wertschöpfung umzusetzen.

Die HWS plant, ab dem Jahr 2015 die transponderunterstützte Entsorgung von Abfallbehältern durchzuführen. Das Ziel, das sich die HWS mit der Einführung eines Identensystems zur elektronischen Erfassung von Behälterentleerungen gestellt hat, ist die noch effektivere Aufstellung des Logistikbereiches der Abfallbehälterentsorgung im Zusammenhang mit der Tourenplanoptimierung. Das Identensystem bietet einerseits durch die Vermeidung von Fehlentsorgungen den Vorteil der Gebührengerechtigkeit, andererseits den des eindeutigen Nachweises über die Leerung jedes Behälters. Die mittelfristig eingesparten Kosten helfen, die Stabilität der Abfallgebühren zu sichern. Nach Ausschreibung der Leistungen wurde inzwischen ein Unternehmen mit der Umsetzung beauftragt. Die Inbetriebnahme des Systems ist für Mai 2015 vorgesehen.

Die von der Stadt Halle (Saale) beauftragte Reinigung der Straßenentwässerungsanlagen ab 2014 bedeutete im Berichtszeitraum für den Arbeitsbereich Straßenreinigung eine Ausweitung des Leistungsspektrums. Das Ziel, alle Straßeneinläufe bis zum Jahresende einmal zu reinigen, konnte im Zusammenhang mit den damit verbundenen Einsätzen realisiert werden. Informationen über Schäden an den Straßenentwässerungsanlagen, die die HWS im Zusammenhang mit der Reinigung feststellte, wurden der Stadt gemeldet. Ein Aufgabenschwerpunkt war und ist, innerhalb von zwei Jahren ab Vertragsbeginn der Stadt die Dokumentation für das gesamte Netz der Entwässerungseinrichtungen (Anzahl, Lage, Reinigungsstatus und Zustand) zu erstellen und bis Ende 2015 zu übergeben. Ende 2014 entsprach der Stand der Umsetzung sowohl den Erwartungen der Stadt als auch den wirtschaftlichen Erwartungen der HWS.

Die erste Phase des Projektes mit der Hochschule Merseburg zur rechnergestützten Tourenoptimierung der Bereiche Müllsammlung, Straßenreinigung und Reinigung der Straßenentwässerungsanlagen wurde erfolgreich im Jahr 2014 abgeschlossen. Damit wurden die theoretischen Grundlagen der rechnergestützten Tourenoptimierung sichergestellt. Zur praktischen Umsetzung wurde ein Folgevertrag mit der Hochschule Merseburg abgeschlossen, der vorsieht, die praktikable Umsetzung der Modellrechnungen Ende 2015 aufgearbeitet zu haben. Danach erfolgt die Abstimmung mit der Stadt Halle (Saale). Parallel dazu wurde die permanente Tourenoptimierung im Bereich Abfallsammlung und Logistik weiter fortgeführt. Daraus resultierende Veränderungen, insbesondere in den Stadtrandbereichen wurden in die neue Abfallsatzung integriert.

Die drei Wertstoffmärkte der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH konnten im Jahr 2014 sowohl einen Anstieg bei den Kundenzahlen als auch eine Steigerung der abgegebenen Abfälle gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Auch im Bereich der gewerblichen Umsätze gibt es ähnlich positive Entwicklungen. Dies hat sich nicht nur für private Kunden, sondern gerade auch für gewerbliche Kleinanlieferer zu einer festen Größe und die Wertstoffmärkte damit zu unverzichtbaren Anlaufstellen bei Entsorgungsfragen entwickelt. Auch die Erneuerung des Wertstoffmarktes in Radewell mit der Einrichtung einer PKW-Waage wurde wie geplant abgeschlossen. Damit wurden gleiche Bedingungen auf allen drei Wertstoffmärkten geschaffen. Gleichzeitig kann nun auch die Zielgruppe der gewerblichen Kleinanlieferer effektiver akquiriert werden.

Die Stadtwerke Halle haben sich zum Ziel gesetzt, die Perspektiven der Elektromobilität für den Konzern zu prüfen. Dazu wurde die Initiative „E-Mobility Mitteldeutschland“ gestartet, der neben den Stadtwerken und der Stadt Halle (Saale) auch weitere kommunale Unternehmen angehören. Die HWS als Tochterunternehmen der SWH, in der das Zentrale Fuhrparkmanagement der SWH-Gruppe angesiedelt ist, ist Antragsteller und Fördermittelempfänger für die zunächst 10 zu erwerbenden Elektrofahrzeuge. Diese wurden von der HWS bestellt und werden den Projektpartnern nach Lieferung im kommenden Jahr im Rahmen einer nicht nur kurzfristigen entgeltlichen Gebrauchsüberlassung zur Verfügung gestellt. Die Koordinierung übernimmt das zentrale Fuhrparkmanagement.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Berichtsjahr 2014 wurden einige Gesetzesänderungen verabschiedet bzw. die Regelung rechtlicher Sachverhalte angestoßen, die auch Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der HWS in organisatorischer und technischer Hinsicht hatten.

Im Oktober 2014 wurde durch den Stadtrat Halle (Saale) die neue Abfallwirtschafts- und Abfallgebührensatzung, geltend für die Jahre 2015 / 2016, beschlossen. Daraus ergeben sich verschiedene Änderungen in der Abfallwirtschaftssatzung (AbfWS). Sie betreffen vor allem Änderungen in den Entsorgungsrhythmen, die Einführung einer elektronischen Erfassung von Behälterentleerungen mittels IdentSystem für Abfallbehälter sowie den noch effektiveren Einsatz von Restmüllbehältern zur Abdeckung des erforderlichen Behältervolumens. Daneben setzt die Abfallwirtschaftssatzung den diskutierten Vorschlag zur getrennten Erfassung von Kunststoff- und Metallabfällen um, indem die getrennte Abgabe dieser Abfälle an den Wertstoffmärkten ermöglicht wird. Die Abfallgebührensatzung wurde an die Änderungen der AbfWS, die auch gebührenrelevante Auswirkungen haben, angepasst.

Der im Jahr 2014 erwartete Entwurf zum Wertstoffgesetz wurde nicht vorgelegt und wird nun 2015 erwartet. Ab dem 01.01.2015 ist nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz zusätzlich zum bestehenden Trennsystem die getrennte Sammlung von Metallen und Kunststoffen (sogenannte stoffgleiche Nichtverpackungen) und Bioabfällen einzuführen. Für Bioabfälle besteht in der Stadt Halle (Saale) bereits seit Jahren ein Trennsystem. Für die Erfassung stoffgleicher Nichtverpackungen fehlen die konkreten Vorgaben auf Grund eines untersetzenden gesetzlichen Rahmens (Wertstoffgesetz), daher wurde sich mit der Stadt auf die Übergangslösung verständigt.

2014 erfolgte die 7. Novellierung der Verpackungsverordnung. Die sich daraus ergebenden Änderungen waren insbesondere die Abschaffung der Eigenrücknahme und die Verschärfung bei den Branchenlösungen. Die novellierte Verpackungsverordnung hat unmittelbar jedoch keine direkten Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der HWS.

Für die kommunale Abwasserbehandlung wurde im September 2014 in der Abwasserverordnung (AbwV, Anhang 1) bestimmt, dass Abwasseranlagen so zu errichten und betreiben sind, dass eine energieeffiziente Betriebsweise ermöglicht wird. Dabei sollen die bei der Abwasserbeseitigung entstehenden Energiepotenziale allerdings nur soweit genutzt werden, wie dies technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist. In der HWS wurde und wird besonderes Augenmerk auf die Umsetzung von Maßnahmen zur Senkung des Primärenergiebedarfs bei der Abwasserbehandlung gelegt, wie z.B. durch den Ersatz von energieintensiven durch energiesparende Motoren.

Im Rahmen des Deutschen Ressourceneffizienzprogramms sind der Ausbau des Phosphorrecyclings und der Einsatz recycelten Phosphors die favorisierten Maßnahmen zum verantwortungsvollen Umgang mit der knappen Ressource Phosphor. Vor diesem Hintergrund wurde 2014 durch das BMUB in Übereinstimmung mit der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall ein Recyclingkonzept zur Nutzung von Phosphor aus Abwasser und Klärschlamm entwickelt. Der Entwurf zur Novellierung der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) enthält derzeit eine Übergangsfrist von 10 Jahren zum Ausstieg aus der bodenbezogenen Klärschlammverwertung. An die zukünftige Klärschlammverbrennung als Entsorgungsweg werden Bedingungen zur Gewährleistung der Phosphorrückgewinnung geknüpft sein. Für die HWS bedeutet dies, dass derzeit genutzte Entsorgungswege mittelfristig ersetzt werden müssen. 2014 wurde daher das Fraunhofer Institut mit einer Erststudie zur Phosphorrückgewinnung beauftragt.

In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass bei einer bodenbezogenen Verwertung von Klärschlämmen ab 01.01.2015 (Ablauf der Übergangsfristen der Düngemittelverordnung), der Vorrang abfallrechtlicher Grenzwertfestlegungen gemäß Klärschlammverordnung aufgehoben ist und abfall- und düngerechtliche Verordnungen nebeneinander gelten. Bei der bodenbezogenen Klärschlamm Entsorgung müssen ab diesem Zeitpunkt zusätzliche Voraussetzungen (Grenzwerte etc.) erfüllt werden.

Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) wurde im November 2014 insoweit geändert, dass dem Bund eine erweiterte Ermächtigung zur Verabschiedung von Verordnungen eingeräumt wurde. Die Relevanz für die HWS hängt letztendlich davon ab, in welchem Maße der Bund hiervon Gebrauch macht.

Durch die zum 01.01.2015 angekündigte Einführung des Mindestlohngesetzes wurde auch der Tarifvertrag des Gebäudereinigungshandwerks angeglichen. Dies wurde in der Planung für 2015 und Folgejahre berücksichtigt.

Eine im vergangenen Geschäftsjahr in Kraft getretene Regelung, die erhebliche Auswirkungen auf die künftige Stellenplanung der HWS hat, ist die Möglichkeit für Beschäftigte, unter bestimmten Voraussetzungen bereits mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen zu können. In Zusammenarbeit mit dem Personalbereich der Stadtwerke werden hierzu konzernübergreifend geeignete Konzepte erarbeitet.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Das Unternehmen war im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 wie auch in den Vorjahren bestrebt, dem erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen des Unternehmens entgegenzuwirken. Die HWS setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren zum Jahresende 2014 45 Auszubildende bei der HWS beschäftigt, darunter 5 Studenten in einem dualen Studium. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Berufskraftfahrer/-in, Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Anlagenmechaniker/-in, Gebäudereiniger/-in und Bürokauffrau/-mann sowie über duale Studiengänge.

Das Unternehmen beschäftigte im Geschäftsjahr 2014 im Durchschnitt 688 Arbeitnehmer (Vj: 696).

Die fachliche Weiterentwicklung der HWS-Mitarbeiter war eines der zentralen Handlungsfelder der Personalarbeit im Jahr 2014. Die Entwicklungsmaßnahmen erfolgten dabei sowohl unter strategischem als auch operativen Gesichtspunkten.

Im Jahr 2014 wurde der SWH-TalentPool mit 23 Talenten (davon 4 HWS) fortgeführt. Die Entwicklungsbausteine des Programms unterstützen die Entwicklung der Talente neben ihrer originären Tagesaufgabe in den Unternehmen.

Neben der laufbahnunabhängigen kompetenzbasierten Entwicklung von besonders leistungsstarken und leistungsbereiten Mitarbeitern wurde im Jahr 2014 auch die systematische unternehmensübergreifende Führungskräfteentwicklung fortgeführt.

So nahmen während des Jahres 82 Führungskräfte der HWS an einer oder mehreren Veranstaltungen der SWH-Führungskräfteentwicklung teil. Schulungsschwerpunkte der HWS-Führungskräfte waren in diesem Jahr das zielorientierte Führungstraining sowie Workshops zur Verbesserung der Gesprächskompetenz, Präsentations- und Moderationstrainings sowie Seminare im Projektmanagement.

Ergänzt wurden die Schulungsveranstaltungen der Führungskräfteentwicklung durch zwei Führungskräfte tagungen der Stadtwerke-Gruppe.

Im Oktober 2014 fand eine konzernweite Tagung für alle Führungskräfte der strategischen Führungsebenen statt. 33 Führungskräfte der oberen drei Führungsebenen setzten sich auf der Tagung gemeinsam mit anderen Führungskräften, den Betriebsräten und der Geschäftsführung der SWH-Gruppe mit den aktuellen Herausforderungen der Stadtwerkegruppe auseinander und erarbeiteten Handlungsempfehlungen in den Themenbereichen Zielerreichung im Prozess „Exzellenz Plus 20“, „Senkung des Krankenstandes“ und „Entwicklung eines SWH-Verhaltenskodex“.

Eine ähnlich thematisch angelegte Tagung fand im Dezember 2014 für die Führungskräfte der operativen Führungsebenen (unterhalb der Abteilungsleiterenebene) statt. An dieser Tagung nahmen 34 HWS-Führungskräfte teil.

Die operative Personalentwicklung der HWS umfasste im Jahr 2014 zahlreiche Fachschulungen. So wurden kaufmännische Themen behandelt, wie im Seminar „Werbetexten“ oder in der Schulung „Kreditorenbuchhaltung aktuell“. Zusätzlich nahmen die Mitarbeiter das zentrale Angebot an Office-Schulungen sehr aktiv wahr. Insgesamt wurden 404 Schulungsstunden für Mitarbeiter der HWS im Themenbereich Office-PC (Word, Excel, PowerPoint, Outlook) geleistet.

10 HWS-Mitarbeiterinnen mit Sekretariatsaufgaben nahmen zudem am SWH-Assistentinentag teil, der in diesem Jahr das Schwerpunktthema „Kommunikation“ behandelte.

Auch die technisch-gewerblichen Mitarbeiter stärkten ihre Fachkompetenz, beispielsweise durch Auffrischung von Schweißberechtigungen. Zur langfristigen Zukunftssicherung nahmen zudem zwei Mitarbeiter einen Meisterlehrgang auf.

Eine wesentliche Aufgabe in der Personalarbeit des Jahres 2014 war die Auseinandersetzung mit dem relativ hohen Krankenstand in der HWS. Dieser betrug im Durchschnitt des Jahres 8,47 %. Besonderer Schwerpunkt hierbei war und sind Langzeitkranke, insbesondere in den technischen Bereichen wie Entsorgungsdienste und Behälterservice. Um wirkungsvoll den Krankenstand zu senken, wurde im Jahr 2014 ein umfassendes Konzept zur besseren Ausrichtung des Gesundheitsmanagements erarbeitet. Dieses wird im Jahr 2015 umgesetzt. Das Konzept umfasst Leitungsaufgaben wie konsequente Durchführung von Krankenrückkehrgesprächen, konkrete Personalmaßnahmen zur Senkung der Anzahl der Langzeitkranken, als auch Maßnahmen zum vorbeugenden Gesundheitsschutz. Die Geschäftsleitung der HWS geht davon aus, dass durch zielgerichtete Umsetzung dieses Konzeptes, im Zusammenwirken auch mit dem betrieblichen Eingliederungsmanagement eine wirkungsvolle Senkung des Krankenstandes erfolgen kann.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse der HWS konnten im Vergleich zum Vorjahr um 1.182 TEUR gesteigert werden. Die größten Planüberschreitungen im Bereich der Umsatzerlöse sind in den Bereichen Entsorgung / Sortierung / Reinigung (+847 TEUR; +5,7 %) und dem Bereich Wasser (+787 TEUR; +2,5 %) zu konstatieren.

Die Übererfüllung des Plans im Bereich Stoffstrommanagement um 621 TEUR resultiert in Höhe von 237 TEUR aus zusätzlichen Papierentsorgungen aufgrund der Kooperation mit der Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH (RES), an der die Stadtwerke Halle GmbH zu Beginn des Jahres eine fünfzigprozentige Unternehmensbeteiligung erworben hat.

Die sonstigen betrieblichen Erträge konnten mit 7.340 TEUR im Vergleich zum Vorjahr um 2.228 TEUR gesteigert werden. Der Ausweis betrifft im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 3.077), Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen (TEUR 2.225), Erträge aus der Auflösung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen (TEUR 596) sowie Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil (TEUR 338).

Der geplante Materialaufwand in Höhe von 26.153 TEUR wurde mit 29.123 TEUR in Anspruch genommen. Der Planwert wurde demnach um 2.970 TEUR (+11,4 %) überschritten. Im Vorjahresvergleich ist für den Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren ein Rückgang um 338 TEUR und für den Aufwand für bezogene Leistungen ein Anstieg um 876 TEUR festzustellen.

Die Planüberschreitung bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren resultiert zu einem großen Teil aus zusätzlichen Papierentsorgungen aufgrund der Kooperation mit der RES, entsprechend den Ausführungen zu den Umsatzerlösen aus Stoffstrommanagement. Des Weiteren ist auch in der Position Fernwasserbezug eine Planüberschreitung zu verzeichnen, die den überplanmäßigen Umsatzerlösen geschuldet sind. In allen anderen Einzelpositionen des Materialaufwandes werden Planunterschreitungen ausgewiesen. Insbesondere der Aufwand für Strombezug konnte durch höhere Eigenversorgung reduziert werden.

Ursächlich für die Planüberschreitung beim Aufwand für bezogene Leistungen ist hauptsächlich die Überschreitung des Planwertes der Reparaturleistungen. Hier sind Rückstellungen für die Sanierung von Trinkwasserbehältern (1,4 Mio. EUR) sowie Rückstellungen für Instandhaltungsmaßnahmen (1,0 Mio. EUR) enthalten. Die Planüberschreitung der bezogenen Fremdleistungen resultiert aus Bauleistungen insbesondere an wasser- und abwassertechnischen Anlagen.

Der Personalaufwand liegt mit 89 TEUR (-0,3 %) unter den geplanten Kosten. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Personalkosten um 623 TEUR, was insbesondere auf tarifliche Lohnsteigerungen zurückzuführen ist.

Die Abschreibungen liegen aufgrund geringerer Anlagenzugänge mit 632 TEUR (-3,3 %) unter dem Plan. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg der Abschreibungen um 344 TEUR festzustellen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden mit 2.812 TEUR (+11,5 %) über dem Plan realisiert. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Planüberschreitung der Rechts- und Beratungskosten, welche durch die Bildung von Rückstellungen (u.a. Rückstellungen für rechtliche Risiken aufgrund der Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung durch den Wasser- und Abwasserzweckverband Saalkreis (WAZV) in Höhe von 1,4 Mio. EUR beeinflusst ist.

Das Betriebsergebnis liegt mit 722 TEUR, das sind 3,4 %, über dem Planwert. Das geplante negative Finanzergebnis wurde im Berichtszeitraum um 1.025 TEUR (+9,8 %) überschritten.

Insgesamt hat die HWS im Jahr 2014 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 9.690 TEUR erreicht. Das sind 300 TEUR mehr als geplant, was einer Planüberschreitung von 3,2 % entspricht.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich im Geschäftsjahr aufgrund einer Gesellschaftereinlage um 2.000 TEUR. Die Einlage wurde der Kapitalrücklage zugeführt. Weiterhin erhöhte sich der Sonderposten für Baukosten- und Investitionszuschüsse bei planmäßiger Auflösung um 11.124 TEUR, welche hauptsächlich aus der Übernahme der wasser- und abwassertechnischen Erschließungsanlagen des Industriegebietes Star-Park an der A14 resultieren.

Das Jahresergebnis wird im Sinne des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages zu 100 % an die SWH abgeführt.

Das Fremdkapital verringerte sich gegenüber dem 31. Dezember 2013 um 6.863 TEUR auf 305.728 TEUR. Dies ist zu einem großen Teil in der Reduzierung der Finanzverbindlichkeiten begründet. Diese konnten insgesamt um 3.228 TEUR auf 254.277 TEUR gesenkt werden.

Gelingen konnte das durch die konsequente Umsetzung der im Strategieprogramm „HWS 2020“ verankerten Maßnahmen zur Schuldenreduzierung. Ein weiteres Ziel war es, die Liquiditätslage durch die Optimierung der Fälligkeitsstruktur der Finanzverbindlichkeiten und durch Nutzung neuer Finanzierungsquellen zu entlasten.

So wurden zusätzlich zu den im Vorjahr über die SWH begebenen Schuldscheindarlehen in 2014 durch die HWS ein Schuldscheindarlehen über 15.500 TEUR mit einer Laufzeit von 10 Jahren sowie eine Namensschuldverschreibung in Höhe von 10.000 TEUR und einer Laufzeit von 15 Jahren begeben. Dadurch und durch die Aufnahme eines endfälligen Darlehens in Höhe von 10.000 TEUR konnten bestehende Tilgungsdarlehen abgelöst und Neufinanzierungen für Investitionen abgedeckt werden.

Im Geschäftsjahr wurden für vier Darlehen nach Auslauf der Zinsbindung neue Vereinbarungen abgeschlossen. Sie wurden als KfW-geförderte Darlehen mit einem günstigen Zinssatz anschlussfinanziert, gleichzeitig wurden zwei Swaps abgeschlossen, um die Zinssätze zu variabilisieren. So konnten die Darlehen planmäßig als Grundgeschäfte in den im Vorjahr abgeschlossenen Portfolioswap einfließen.

Der Portfolioswap wurde in 2013 zur Zinsoptimierung sowie zur Erhöhung der Zins- und Planungssicherheit infolge des o.g. Strategieprogramms „HWS 2020“ abgeschlossen. Er hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich 5.294 TEUR bis max. 95.987 TEUR. Zum 31. Dezember 2014 beträgt er 11.424 TEUR.

4.2.2. Investitionen

Die Investitionen der HWS betragen insgesamt 25.542 TEUR. Darin erhaltenen sind Baukostenzuschüsse, Fördermittel in Höhe von 2.143 TEUR und unentgeltliche Übernahmen von Anlagevermögen in Höhe von 11.537 TEUR. Fördermittel in Höhe von 520 TEUR werden zeitnah im Jahr 2015 verwendet.

Die Investitionen ohne Berücksichtigung der Baukostenzuschüsse, Fördermittel und der unentgeltlichen Übernahmen wurden im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2014 in Höhe von 2.315 TEUR unterschritten. Ursachen dafür sind u.a. die zeitliche Verschiebung von Maßnahmen. So musste insbesondere der Projektbeginn für die Komplexmaßnahme Böllberger Weg und die Errichtung des neuen Mitarbeiterparkplatzes in der Äußeren Hordorfer Straße in das Jahr 2015 verschoben werden. Auf Grund langer Vorbereitungs- und Vorlaufzeiten von Tiefbaumaßnahmen war eine Kompensation der geplanten Mittel 2014 in voller Höhe nicht möglich.

4.2.3. Liquidität

Zum 31. Dezember 2014 verfügte die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH über nicht zweckgebundene Zahlungsmittel in Höhe von 20.729 TEUR (Vorjahr: 21.360) und einen Kreditrahmen in Höhe von 10.000 TEUR in Form einer Kontokorrentlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH. Damit befindet sich die HWS in einer stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr genügend liquide Mittel zur Verfügung haben, um den finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 5.923 TEUR auf 457.578 TEUR. Das entspricht einer Erhöhung von 1,3 %. Diese Steigerung resultiert hauptsächlich aus einem Anstieg der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen um 6.867 TEUR (1,7 %). Dabei stehen den Investitionen und unentgeltlichen Übernahmen in Höhe von 25.542 TEUR Abschreibungen von 18.396 TEUR und Buchwertabgänge von 279 TEUR gegenüber. Durch Optimierungsmaßnahmen bei der Lagerbewirtschaftung konnte der Lagerbestand um 102 TEUR (18 %) gesenkt werden. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich von 14.805 TEUR in 2013 zu 14.679 TEUR in 2014 nur unwesentlich reduziert. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten hauptsächlich Forderungen aus dem Cash-Pool, welcher sich zum Bilanzstichtag auf 20.292 TEUR beläuft.

Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens konnte in Bezug auf unsere Verbindlichkeitsstruktur durch die in den Ausführungen zur Kapitalstruktur benannten Maßnahmen verbessert werden.

4.4. Gesamtaussage

Im Ergebnis des Jahres 2014 konnte die insbesondere in den letzten 2 Jahren erreichte Entwicklung und weitere Stärkung des Unternehmens fortgesetzt werden. Dies wird dadurch dokumentiert, dass die geplante Ergebnisabführung an den Konzern, einschließlich der Verpflichtung im Rahmen der operativen „Exzellenz plus 20“, mit 300 TEUR übererfüllt werden konnte. Gleichzeitig konnten die Preise und Gebühren im Jahr 2014 für Abfall und Abwasser konstant gehalten und die Preise für Trinkwasser und Niederschlagswasser in der Kalkulationsperiode (2015 / 2016) gesenkt werden. Im Rahmen des Paktes zur Entschuldung wurden die Finanzverbindlichkeiten von 257 Mio. EUR auf 254 Mio. EUR gesenkt. Gleichzeitig wurde das bilanzielle Eigenkapital von 72 Mio. EUR auf 74 Mio. EUR erhöht. Dies erfolgte durch Zuführung in die Kapitalrücklage durch den Gesellschafter. Durch das in 2013 aufgenommene Gesellschafterdarlehen und das in 2014 aufgenommene Schuldscheindarlehen konnte auch die Liquiditätslage stabilisiert werden. Somit kann die Geschäftsführung einschätzen, dass die strategischen Ziele, die mit der Mittelfristplanung und auch der Jahresplanung 2014 verbunden waren, umgesetzt werden. Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wurde weiter gestärkt.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine wesentlichen Veränderungen, die zu einem Nachtragsbericht führen würden, eingetreten.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser / Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde, beauftragt durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems, eine Prüfung der Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch und schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Zu den ermittelten unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung / Überwachung und zur Risikobegegnung entwickelt und dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unternehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Im Rahmen der Mittelfristplanung wird für das Unternehmen eine weitere kontinuierliche Entwicklung prognostiziert. Es ist davon auszugehen, dass die wesentlichsten Kriterien

- Sicherung und moderate Entwicklung der Umsatzgrößen in den einzelnen Geschäftsfeldern,
- konsequenter Fortführung der Optimierungsmaßnahmen im Aufwands- und Kostenbereich und
- Umsetzung der festgelegten HWS 2020 Projekte

die Voraussetzungen schaffen, um die geplanten Umsatz- und Ergebnisbeiträge zu generieren. Durch die in den Jahren 2013 und 2014 umgesetzten Finanzierungsinstrumente ist darüber hinaus die Finanzlage der Gesellschaft ausgewogen und gesichert. Bei Realisierung der geplanten Ergebnisgrößen kann des Weiteren davon ausgegangen werden, dass auch der Gesellschafter die Wiedereinlagen planmäßig realisiert, so dass Veränderungen in der Kapitalstruktur erreicht werden. Für vorhandene Risiken im rechtlichen Bereich, als auch vorhandene Aufwendungen im technischen Bereich, konnten entsprechende Rückstellungen gebildet werden. Im Jahre 2015 müssen zur Beseitigung noch vorhandener Risiken und zur Wahrnehmung von Entwicklungschancen folgende Schwerpunktaufgaben realisiert werden

- Wahrnehmung der Rechtsstreitigkeiten aus der Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung Trinkwasser durch den WAZV
- Fortsetzung der Verhandlung mit der Stadt Halle (Saale) über die Verlängerung des Gebäudereinigungsvertrages, welcher am 30.09.2016 ausläuft, auf mindestens sieben Jahre
- Abschluss des Oberflächenentwässerungsvertrages mit der Stadt Halle (Saale)
- Abschluss der Zweckvereinbarung mit dem AZV Elster-Kabelsketal und der Stadt Halle (Saale) und dem damit verbundenen Regelwerk.

Bei dem Oberflächenentwässerungsvertrag handelt es sich um die Schließung einer rechtlichen Regelungslücke. Für die Risiken aus den zu erwartenden Rechtsstreitigkeiten mit dem WAZV wurden Rückstellungen gebildet. Der Abschluss der Zweckvereinbarung zwischen AZV Elster-Kabelsketal und der Stadt Halle (Saale) mit vollständiger Übertragung der Aufgabe der Abwasserentsorgung auf die Stadt Halle (Saale), einschließlich des Anlagevermögens auf die HWS GmbH ist eine Chance, da damit der Aufgabenbereich der HWS GmbH ausgeweitet und für 20 Jahre rechtssicher abgeschlossen wird. Das Gleiche gilt für die Verlängerung des Reinigungsvertrages mit der Stadt Halle (Saale). Aus der Zusammenfassung der bereichsspezifischen Risikounterlagen sowie der anschließenden Beurteilung der Geschäftsführung wird eine Riskmap für das Unternehmen und das betreffende Jahr erstellt, die jene Risiken enthält, welche bestandsgefährdende oder schwerwiegende Auswirkungen auf den Erfolg bzw. die Ziele des Unternehmens haben können.

6.3. Gesamtbild

Eine Bewertung der Risiken der HWS wird im Risikomanagementsystem vorgenommen. Die Risikoinventur, -bewertung und die Festlegung von Strategien zur Risikobegegnung erfolgen jährlich. Die Ergebnisse werden in der Riskmap festgehalten. Für quantifizierbare Risiken aus vorhandenen möglichen Rechtsstreitigkeiten, schwebenden oder vollzogenen Vertragsbeendigungen und ähnliches wurden Rückstellungen gebildet. Kaufmännische Risiken wurden in den Kalkulationen eingebunden. Das Risikomanagementsystem der HWS benennt für das Jahr 2015 keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

7. Prognosebericht

Die HWS erstellt den Wirtschaftsplan 2015 sowie die Vorschau für die Jahre 2016 bis 2019 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Erfolgs- und Mengenplan, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan und Investitionsplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2014, die für den Zeitraum bis 2019 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die für die Leistungen der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Reinigung erkennbaren Rahmenbedingungen und allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

7.1. Umsatzentwicklung

Die Planung der Umsatzerlöse Trinkwasser erfolgte auf der Grundlage der vorausgeschauten Entwicklung der Verkaufsmengen. Der Leistungspreis wird ab dem Kalenderjahr 2015 um einen Cent/m³ gesenkt und beträgt damit 1,39 EUR/m³ (brutto). Für den Grundpreis sind bis zum Jahr 2016 keine Preiserhöhungen geplant.

Mit Wirkung zum 31.12.2014 hat der Wasser- und Abwasserzweckverband Saalkreis (WAZV) die bestehende Betriebsüberlassungsvereinbarung mit der HWS gekündigt. Ab 2015 ist daher der Wegfall der Leistungen der Betriebsüberlassung in der Planung berücksichtigt. Gleichzeitig werden Erlöse aus der Wasserlieferung an den WAZV erzielt.

Im Abwasser sind bis 31.12.2016 keine Erhöhungen der Entgelte geplant. Für die Einleitung von Niederschlagswasser ist dabei für 2015 und 2016 eine Preissenkung um 6 Cent/m² auf 1,38 EUR/m² (brutto) geplant. Der Preis für die Schmutzwassereinleitung aus Haushalt, Kleingewerbe und Industrie verbleibt bei 3,46 EUR/m³ (brutto).

Die Planung der Umsatzerlöse für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen sowie den Behälterservice erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der vorausgeschauten Entwicklung der Verkaufsmengen.

7.2. Investitionen

Für die Wasserversorgung stehen für das Jahr 2015 Investitionsmittel in Höhe von 4.010 TEUR zur Verfügung. Darin sind avisierte Fördermittel und Baukostenzuschüsse in Höhe von 550 TEUR enthalten.

Für die Abwasserbeseitigung ist für das Jahr 2015 ein Investitionsvolumen in Höhe von 8.530 TEUR für die Teilbereiche Kanalnetz, Kläranlagen und Grundstücksanschlusskanäle eingeordnet. Darin sind avisierte Fördermittel und Baukostenzuschüsse in Höhe von 50 TEUR enthalten. Für die Jahre 2016 bis 2018 sind Investitionsmittel in gleicher Höhe geplant. Für das Jahr 2019 wurde durch den Vertragsablauf des Finanzierungsvertrages zusätzlich der Rückkauf der Kläranlage Halle Nord aufgenommen.

Dieses Investitionsvolumen gestattet neben der Umsetzung der wichtigsten gesetzlich geforderten Maßnahmen auch eine Beteiligung der HWS an städtischen Komplexbau- und Infrastrukturmaßnahmen. Eine Beteiligung der HWS am Stadtbahnprogramm der HAVAG ist derzeit für die Stufe 1 und 2 vorgesehen.

Eine gesondert abgegrenzte Position in den Wirtschaftsplänen ab dem Jahr 2014 stellen die Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden 2013 dar. Für die HWS wurden insgesamt 34 Maßnahmen zur Schadensbeseitigung beim Landesverwaltungsamt beantragt.

Die Investitionen in Höhe von 2.267 TEUR in den Bereichen Entsorgung / Sortierung / Reinigung sind vorwiegend geprägt von Ersatzinvestitionen in den Fuhrpark sowie bauliche Veränderungen in der Hordorfer Straße.

Zusätzlich dazu wird ein Zuschuss in Höhe von 133,1 TEUR für die Anschaffung von 10 Stück elektrisch angetriebenen Fahrzeugen gewährt.

7.3. Finanzierung

Die Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals wird im Planungszeitraum gesenkt. Gründe dafür sind zum einen die geringere Kreditaufnahme gegenüber der Darlehenstilgung im Unternehmen sowie der Verbrauch der lang- und mittelfristigen Rückstellungen aus der Inanspruchnahme der für Altersteilzeit und für Grunddienstbarkeiten zurückgestellten Mittel.

Aufgrund der geplanten Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen und Tilgungsleistungen, welche die geplanten Darlehensnahmen überschreiten, kann in den Kalenderjahren 2015 bis 2019 eine Senkung der lang- und mittelfristigen Bankverbindlichkeiten erreicht werden.

7.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum sind folgende Jahresergebnisse geplant:

(in TEUR)	WIPL 2015	Vorschau 2016	2017	2018	2019
HWS	8.687	9.799	10.114	10.293	10.279

Die Planungsgrößen beinhalten die im Rahmen des Programms „Exzellenz plus 20“ der Stadtwerke Gruppe definierte Zielvorgabe eines zusätzlichen Ergebnisbeitrages in Höhe von 1,2 Mio. EUR. Auch für das Jahr 2015 wird die HWS in einer Vielzahl von Einzelprojekten im Rahmen des Programms HWS 2020 konsequent an der Umsetzung der Zielvorgaben arbeiten.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	150	50,00
VNG - Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft	150	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.
- (2) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung betrieben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung: Kuschel, Hagen

Technische Geschäftsführung: Thiel, Hans-Ulrich

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	24.991	78	27.134	81	27.129	78	-2.143	-8
Umlaufvermögen	7.129	22	6.359	19	7.499	22	770	12
Rechnungsabgrenzungsposten	119	0	138	0	74	0	-19	-14

Bilanzsumme	32.239	100	33.631	100	34.702	100	-1.392	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.192	7	1.149	3	763	2	1.043	91
Rückstellungen	3.426	11	2.379	7	2.649	8	1.047	44
Verbindlichkeiten	26.621	82	30.103	90	31.290	90	-3.482	-12

Bilanzsumme	32.239	100	33.631	100	34.702	100	-1.392	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	39.590	36.447	66.893
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen			-2
sonstige betriebliche Erträge	300	558	3.396
Materialaufwand	32.959	31.238	75.365
Personalaufwand	13	13	14
Abschreibungen	2.151	1.905	460
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.098	2.782	3.569
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	505	523	435
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.164	544	-9.556
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3		-82
sonstige Steuern	119	158	101
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.042	386	-9.575
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.042	386	-9.575

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,63	1,06	-14,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	90,71	50,62	-92,62	%
Cash-Flow:	3.193	2.291	-9.115	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,03	0,04	0,02	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	77,52	80,68	78,18	%
Eigenkapitalquote:	6,80	3,42	2,20	%
Fremdkapitalquote:	93,20	96,58	97,80	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Absatz Fernwärme	286,00	312,00	671,00	GWh
Absatz Strom	351,00	322,00	625,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen - Wirtschaftliche Entwicklung 2014

Die konjunkturelle Belebung noch zu Beginn des Geschäftsjahres hat sich im weiteren Jahresverlauf spürbar abgeschwächt. Infolge dessen stieg das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland lediglich um 1,5 Prozent an. Für das Jahr 2015 erwarten die Wirtschaftsinstitute eine ähnliche Entwicklung.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2014 einen Bevölkerungszuwachs. Mit 233.552 Einwohnern zählte die Stadt 847 Einwohner mehr als im Vorjahr.

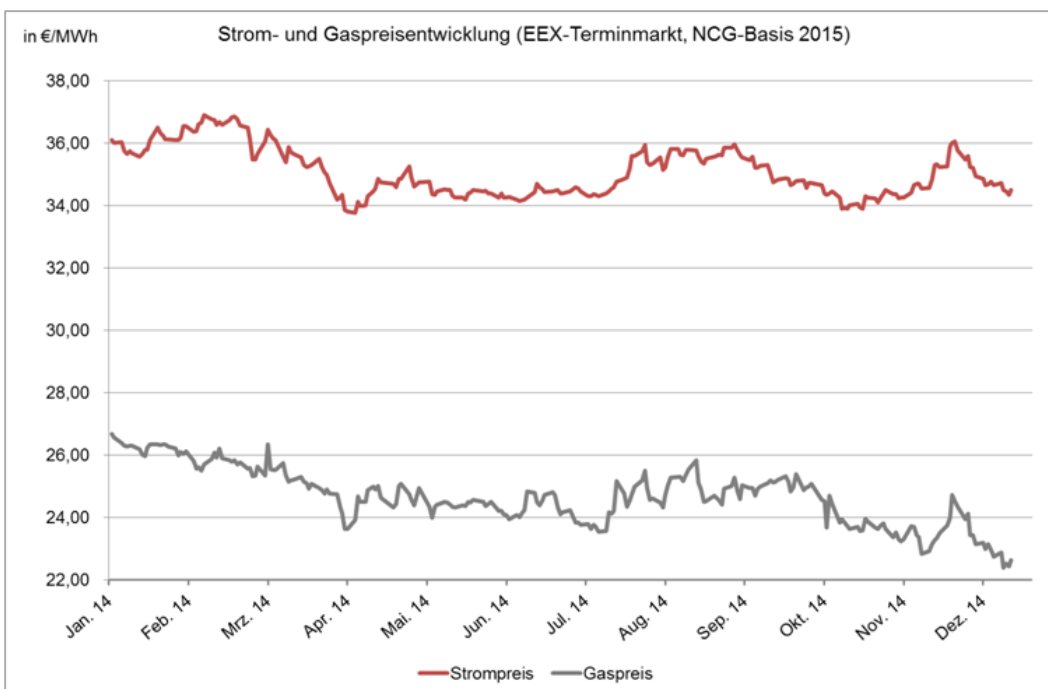
Der Energieverbrauch in Deutschland ging um knapp 5 Prozent zurück. Vor allem die milde Witterung im ersten und vierten Quartal hatte erheblichen Einfluss auf den Wärmemarkt, der mit rund 40 Prozent den größten Anteil am Energiebedarf hat. Die schwache konjunkturelle Entwicklung spiegelt ebenso die gesunkene Nachfrage nach Energie wider. Auch der Erdgasverbrauch zur Stromerzeugung ist insbesondere infolge des Vorrangs erneuerbarer Energien rückläufig und hat nur noch einen Anteil von knapp 10 Prozent.

1.2. Geschäft

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) sind nach wie vor schwierig. Der forcierte und subventionierte Ausbau der erneuerbaren Energien im Zuge der Energiewende sowie die anhaltend niedrigen Preise für Kohle und CO₂-Zertifikate beeinflussten auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 die Beschaffungs- und Absatzmärkte der Energiebranche.

Infolgedessen speisten konventionelle Kraftwerke erneut weniger Strom in das Netz ein. Die KWT ist davon überzeugt, dass insbesondere moderne KWK-Anlagen für eine sichere, umweltfreundliche und effiziente Energieversorgung in Deutschland erforderlich sind. Sie können die natürlichen Schwankungen des Aufkommens von Sonne und Wind bei Bedarf schnell und flexibel ausgleichen. Während Kohlekraftwerke aufgerüstet werden müssen, damit ihr Wirkungsgrad steigt, sind vor allem Gaskraftwerke durch ihre hohe Flexibilität interessant. Ebenso gelten sie selbst unter Umweltschützern als ideale Brückentechnologie, da beim Verbrennen von Gas weniger Kohlendioxid frei wird als bei der Kohleverstromung. Die Position der Gaskraftwerke soll durch unterschiedliche Maßnahmen, unter anderem durch eine Reform des europäischen Emissionshandels gestärkt werden.

Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2014 wie folgt:



In den ersten vier Monaten 2014 verlor der Gaspreis 4 Euro pro Megawattstunde und der Tiefstpreis lag kurzfristig bei 24 Euro pro Megawattstunde. Über die Sommermonate erfuhr der Gaspreis eine leichte Erholung und schwankte zwischen 24 und 26 Euro pro Megawattstunde. Seit Beginn des vierten Quartals setzte er seine Talfahrt fort und verzeichnete zum Jahresende seinen Jahrestiefstpreis von 22,50 Euro pro Megawattstunde für die Folgejahre. Der Strompreis für ein Grundlastband (base) lag zum Jahresende bei zirka 34 Euro pro Megawattstunde und damit gut 2 Euro pro Megawattstunde unter dem Niveau zu Jahresbeginn.

1.3. Produktion

Im Geschäftsjahr 2014 produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage Halle-Trotha vorwiegend im Grundlastbetrieb Strom und Fernwärme. Insgesamt wurden 351 GWh Strom (Vorjahr 322 GWh) und 278 GWh (Vorjahr 297 GWh) Wärme produziert. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 833 GWh (Vorjahr 810 GWh). Daraus ergab sich ein Gesamtbrennstoffnutzungsgrad von 83,6 Prozent. Zusätzlich produzierte die Spitzenkesselanlage 8 GWh (Vorjahr 15 GWh) Wärme, bei einem Gaseinsatz von 12 GWh.

2. Ertragslage

Trotz der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen entwickelte sich das Ergebnis der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH positiv. Im Geschäftsjahr 2014 erwirtschaftete das Unternehmen einen Jahresüberschuss von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €). Durch eine optimale Fahrweise der Anlage sowie Bewirtschaftung des Portfolios konnte die Ertragslage wesentlich verbessert werden.

Aus dem Stromverkauf erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse von 20,7 Mio. € (Vorjahr: 16,5 Mio. €). Die Absatzsteigerung um 29 GWh im Vergleich zum Vorjahr und die Absicherungsstrategie waren die Hauptursachen für die Steigerung der Umsatzerlöse. Aufgrund des Hochwassers im Sommer 2013 konnte die GuD-Anlage nur eingeschränkt Strom produzieren. Darüber hinaus konnten zusätzliche Umsatzerlöse aus der Vermarktung der Sekundärregelleistung generiert werden.

Die Umsatzerlöse für das Produkt Fernwärme betragen 8,5 Mio. € und wurden ausschließlich mit dem Kunden EVH GmbH erzielt. Der Rückgang der Wärmeumsatzerlöse um 2,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr resultiert zum einen aus einer geringeren Absatzmenge infolge der warmen Witterung. Zum anderen ist der durchschnittliche Wärmeabsatzpreis gesunken.

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten die Erlöse aus der Förderung des in Kraft-Wärme-Kopplung produzierten Stroms in Höhe von 7,5 Mio. € sowie die Vergütung aus der vermiedenen Netznutzung in Höhe von 2,8 Mio. €.

In der Gas- und Dampfturbinenanlagen sowie in der Spitzenkesselanlage wurden für die Strom- und Fernwärmeerzeugung insgesamt 845 GWh Erdgas verbraucht. Dafür musste das Unternehmen 24,7 Mio. € aufwenden.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten das Dienstleistungsentgelt für den Betrieb der Anlage am Standort Halle-Trotha durch die EVH GmbH. Sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 3,1 Mio. € entfielen im Wesentlichen auf Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Versicherungen. Des Weiteren ergaben sich Aufwendungen aus dem Verbrauch von CO₂-Emissionszertifikaten sowie Aufwendungen aus der Pflicht zur Entrichtung des Wasserentnahmeentgelts.

Das Zinsergebnis der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH belief sich auf -0,5 Mio. €.

3. Finanzlage

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH entwickelte sich positiv und betrug im Berichtsjahr 2,2 Mio. € (Vorjahr: -0,1 Mio. €). Die Verbesserung resultiert insbesondere aus der positiven Ergebnisentwicklung sowie aus der Veränderung des Working Capitals.

Der Mittelabfluss der Finanzierungstätigkeit setzte sich im Wesentlichen aus der Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1,9 Mio. € gegenüber Kreditinstituten und dem Gesellschafter Stadtwerke Halle GmbH zusammen.

Die Cash-Pool-Verbindlichkeiten reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. € auf nunmehr 3,8 Mio. € zum 31. Dezember 2014.

4. Vermögenlage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 32,2 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio. € verringert.

Das Anlagevermögen mit einem Buchwert von 25,0 Mio. € (Vorjahr: 27,1 Mio. €) hat nach wie vor den größten Anteil an den Vermögenswerten der Gesellschaft. Die auf das Anlagevermögen im Berichtszeitraum vorgenommenen Abschreibungen betragen 2,1 Mio. €. Hingegen erhöhte sich das Umlaufvermögen von 6,4 Mio. € auf 7,1 Mio. €.

Auf der Passivseite konnte das Eigenkapital um das Jahresergebnis in Höhe von 1,0 Mio. € auf 2,2 Mio. € gestärkt werden. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Rückstellungen um 1,0 Mio. € auf 3,4 Mio. €. Die Verbindlichkeiten verringerten sich insgesamt um 3,5 Mio. €, was auf die planmäßige Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-1,3 Mio. €) sowie auf die Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-1,1 Mio. €) und der Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern (- 0,9 Mio. €) zurückzuführen ist.

Die Stärkung des Eigenkapitals sowie die Verringerung der Verbindlichkeiten führten bei einer geringeren Bilanzsumme zu einer Verbesserung der Eigenkapitalquote.

5. Risikobericht

Chancen und Risiken im operativen Geschäft ergeben sich für die KWT aus den Preisschwankungen für Gas- und Stromprodukte und für CO₂-Zertifikate auf den Energiemärkten. Die Positionen aus Ein- und Verkaufsverträgen werden zu einem Gesamtportfolio zusammengeführt, überwacht und gesteuert. Dabei kommen auch Absicherungsgeschäfte zum Einsatz, die potenziell negative Ergebnisveränderungen der Portfolios begrenzen.

Mit dem 1. Januar 2013 begann für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Demzufolge wird es für die Stromproduktion keine kostenfreien Emissionsberechtigungen mehr geben. Für die Wärmeerzeugung wird es weiterhin anteilig kostenfreie Zuteilungen geben. Für die KWT besteht künftig die Notwendigkeit der Ersteigerung von Emissionsberechtigungen für die Strom- und Wärmeproduktion.

Für die Gesellschaft besteht für das Geschäftsjahr 2015 das Risiko einer verminderten Vergütung aus dem Leistungsentgelt der vermiedenen Netznutzung. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird aufgrund der geplanten Fahrweise und somit der geplanten Abrechnung nach dem Spitzenlastverfahren als gering eingeschätzt. Darüber hinaus bleibt die Diskussion der Politik und der Bundesnetzagentur über die Neuregelung der Preisgestaltung für die Entgelte aus vermiedener Netznutzung bestehen.

Die laufende Überwachung anhand anerkannter technischer Regelwerke und betriebsinterner Vorschriften sowie regelmäßige interne und externe Prüfungen gewährleisten einen hohen Sicherheits- und Umweltstandard des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes. Die technische Sicherheit und die Verfügbarkeit der Anlage waren auch im Geschäftsjahr 2014 jederzeit gewährleistet.

6. Nachtrags- und Prognosebericht

Das Geschäftsjahr 2015 wird von einer konsequenten Umsetzung der Einsatzstrategie geprägt sein. Dies umfasst neben der regelmäßigen Optimierung und der an den Markt angepassten Einsatzweise auch die Teilnahme am Markt für die Sekundärregelleistung.

Im Wirtschaftsjahr 2015 wird die Gas- und Dampfturbinenanlage 166 GWh Fernwärme und 218 GWh Strom produzieren. Für das Jahr 2016 ist eine analoge Einsatzweise der Anlage geplant.

Vor dem Hintergrund der bereits getätigten Absicherungsgeschäfte und der durchgeführten Optimierungsmaßnahmen erwartet die Geschäftsführung auch für 2015 ein positives Ergebnis. Die weitere Entwicklung der Gesellschaft ist insbesondere von den Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenanlagen abhängig.

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ergeben.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 250

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Siebenhüner, Jörg
von der Heyde, Axel

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
ARGE „Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)“	15	50,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	511	6	501	5	597	5	10	2
Umlaufvermögen	8.333	93	9.214	92	10.268	92	-881	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	121	1	255	3	307	3	-134	-53

Bilanzsumme	8.965	100	9.970	100	11.172	100	-1.005	-10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	522	6	522	5	522	5	0	0
Rückstellungen	4.188	47	3.979	40	3.402	30	209	5
Verbindlichkeiten	4.150	46	5.384	54	7.161	64	-1.234	-23
Rechnungsabgrenzungsposten	105	1	85	1	87	1	20	24

Bilanzsumme	8.965	100	9.970	100	11.172	100	-1.005	-10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	23.254	22.707	20.540
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-10	-538	-287
sonstige betriebliche Erträge	635	259	503
Materialaufwand	8.084	7.214	7.493
Personalaufwand	10.849	9.961	9.232
Abschreibungen	245	351	395
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.102	3.033	2.420
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	6	14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	78	107	90
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.524	1.768	1.140
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	2	2	1
aufgrund einer Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1.522	1.766	1.139
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,55	7,78	5,54	%
Eigenkapitalrentabilität:	291,80	338,48	218,26	%
Cash-Flow:	1.767	2.117	1.533	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	126	123	116	T€
Personalaufwandsquote:	45,44	44,41	44,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,89	4,02	4,54	%
Eigenkapitalquote:	5,82	5,23	4,67	%
Fremdkapitalquote:	94,18	94,77	95,33	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Ziele und wirtschaftliches Umfeld

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- Optimale Versorgung der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH mit allen Dienstleistungen der Informationstechnologie
- Realisierung der Projekte und Aufgaben aus dem Programm „Exzellenz plus 20“ der Stadtwerke Halle
- Angebot von IT-Dienstleistungen für Kunden aus dem kommunalen Sektor, für Stadtwerkeunternehmen und mittelständische Unternehmen, speziell bei der Nutzung von Standardsoftware (SAP), der Internet- und Intranettechnologie und der geografischen Informationsverarbeitung
- Angebot von E-Government-Lösungen für die Stadt Halle und andere Kommunen.

Die anhaltend schwierige Situation der Haushaltslage der Kommunen lässt wenig Spielraum für die Entwicklung ihrer DV-Infrastruktur, jedoch muss durch den Rationalisierungsdruck in der öffentlichen Verwaltung und durch die hohen Anforderungen der Unternehmen und Bürger an die zu erbringenden Dienstleistungen (Stichwort: E-Government) die IT-Infrastruktur den Erfordernissen angepasst werden.

Der anhaltende Kostendruck in den Unternehmen der Stadtwerke, die Aufgaben und die Projekte aus dem Programm „Exzellenz plus 20“, sowie die sich ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft (Stichwort: Unbundling, elektronischer Datenaustausch, EEG) bedingten eine Vielzahl von neuen DV-Projekten, die zur Erfüllung der sich daraus ergebenden Aufgaben dienen.

In diesem Umfeld positioniert sich die IT-Consult Halle GmbH (ITC) mit ihrem Angebotsspektrum und sieht ein Marktpotenzial, das für eine weitere Expansion gute Voraussetzungen bietet.

Tätigkeiten im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend werden unter anderem energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Tätigkeiten verpflichtet.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich um Abrechnungsdienstleistungen für die Gesellschaften EVH GmbH und Energieversorgung Halle Netz GmbH. Die diesbezüglich auf die Medien Strom und Gas entfallenden Aufwendungen und Erträge wurden den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors bzw. den anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Geschäftsentwicklung und Schwerpunktaufgaben 2014

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 % auf T€ 23.254. Dies wurde im besonderen Maße durch zusätzliche Projekte im Stadtwerkeumfeld und in der Stadtverwaltung erreicht. Bei den Personalaufwendungen kam es durch die Einstellung von Mitarbeitern, durch notwendige Rückstellungen für Altersteilzeit und durch die Tarifsteigerung 2014 zu einer Steigerung (2013: T€ 9.967; 2014: T€ 10.849).

Der Materialaufwand stieg von T€ 7.213 im Jahr 2013 auf T€ 8.084.

Das über Plan erzielte Jahresergebnis in Höhe von T€ 1.522 (+ 9,8 % zum Plan 2014) wird im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags an die SWH GmbH abgeführt.

Projekte bei den Unternehmen der Stadtwerke Halle, bei Kommunen und Landes- und Bundeseinrichtungen, die hohen Anforderungen aus der Umgestaltung der Datenverarbeitung in der Stadt Halle (Saale) und der Aufbau weiterer SAP-Kompetenz erforderten die Neueinstellung von insgesamt 9 Mitarbeitern. Davon wurden fünf Mitarbeiter per Personalüberleitung nach §613a von der EVH GmbH im Rahmen der Übernahme von weiteren DV-Dienstleistungen übernommen. Fünf Mitarbeiter verließen aus unterschiedlichen Gründen das Unternehmen und vier Mitarbeiter traten in die Passivphase der Altersteilzeit ein. Der Personalbestand betrug zum 31.12.2014 185,1 VbE (2013: 183,0 VbE).

Wesentliche Schwerpunkte der Arbeit waren die Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH GmbH, die Energieversorgung Halle Netz GmbH und die HWS GmbH, die Umstellung des Betriebssystems WINDOWS XP auf WINDOWS 7 mit gleichzeitigem Tausch der PC's in der Stadtverwaltung.

Für die Stadtverwaltung Halle wurde ein Projekt zur Einführung einer elektronischen Rechnungseingangsbearbeitung initiiert. Dieses soll die Konsolidierungsbemühungen der Verwaltung unterstützen. Ebenfalls für die Stadtverwaltung Halle wurde ein Projekt zur stadtweiten Einführung einer elektronischen Arbeitszeiterfassung aufgesetzt. Dies beinhaltet die Ausweitung der bestehenden Interflex-Landschaft auf die gesamte Verwaltung und die Implementierung eines alternativen Angebotes zur Arbeitszeiterfassung mittels Weblösung (SAP-Portal). Zusätzlich soll die Schnittstelle zur SAP-Zeitwirtschaft implementiert werden. Im Oktober 2014 fand mit den Verantwortlichen der Stadt Halle der Auftakt zum Projekt "eGovernment Modellkommune" statt. Dieses Projekt wird vom Bundesministerium des Inneren gefördert.

Für den Personalbereich der SWH wurde ein Projekt zur Einführung eines elektr. Berechtigungsmanagementsystems (BEMA) mit vorheriger Neukonzeption und Umsetzung der Berechtigungsverwaltung für alle personalwirtschaftlichen SAP-Systeme der Stadtwerkegruppe aufgesetzt.

Die Projekte „Migration der Schleusen Fachanwendungen (Verbrauchsabrechnung Wasser/Abwasser/Niederschlagswasser) in die SAP IS-U Landschaft“ und „Einführung der betriebswirtschaftlichen Software SAP bei der HAVAG“ starteten im Mai 2014 bzw. im Februar 2014.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse der ersten Phase (Anforderungsanalyse) des Projektes zur konzernweiten Implementierung der d.3 Dokumentenmanagementsoftware für die Bereiche Vertragsmanagement, gelenkte Dokumente und Mitarbeiterqualifikation, vor der Geschäftsführung der SWH wird hier planmäßig die nächste Projektphase bearbeitet. Schwerpunkte bei den Projekten für die EVH GmbH und EVH Netz GmbH waren die Formatumstellungen in der Marktkommunikation, die Realisierung der Novellierung des EEG in den Abrechnungssystemen, die EEG/KWK Abrechnung Einspeisung (Netze), die Energiepreisabrechnung, neue Verfahrensweisen bei der WG (Wohnungsunternehmen) Abrechnung und Betriebsverbrauch und der Energiepreisabrechnung ohne INVOIC. Das Projekt zur Umstellung der technischen Datenbanken (ENTIS+) für den Netzservice und die Erweiterung für eine mobile Nutzung wurde planmäßig fortgesetzt.

Die weitere Anpassung der betrieblichen Organisation zur Optimierung der betrieblichen Geschäftsprozesse und eines effektiven Qualitätsmanagements waren weitere wesentliche Schwerpunktaufgaben. Die Gesellschaft absolvierte 2014 mit Erfolg die Zertifizierung-Audits für die DIN EN ISO 9001:2008 (Qualitätsmanagement) und DIN EN ISO 27001:2005 (IT-Sicherheit), beide als Integriertes Managementsystem, und die Rezertifizierung für den SAP-Certified Provider of Hosting Services.

Die ITC ist der führende kommunale IT-Dienstleister in Mitteldeutschland und Initiator der eGovernment-Initiative „Kommunales Kompetenzzentrum für Mitteldeutschland“ - *KomKomM*[®]. Gemeinsam mit kompetenten Partnern, wie z. B. Dresden-IT, BSYS, MakeIT und der Hochschule Harz werden integrierte Lösungen für Kommunen angeboten. Regelmäßige Arbeitstreffen des KomKomM[®] bieten die Plattform, um kommunale Entscheidungsträger bei der Entwicklung von Städten, Landkreisen und Gemeinden zu modernen Dienstleistern für Bürger und Unternehmen zu unterstützen.

Im Jahr 2014 beteiligte sich die ITC mit eigenem Ausstellungsstand an 2 Fachmessen: der CEBIT in Hannover auf dem Gemeinschaftsstand des Landes Sachsen-Anhalt und an der conHIT, der Messe für Medizin IT in Berlin sowie einer Fachtagung mit begleitender Ausstellung mit Präsentationsstand (Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt). Zusätzlich wurden 8 eigene Kundenveranstaltungen und Workshops für Kunden und Interessenten (teilweise mit Partnern) in den Themenbereichen DMS, KomGIS, Personalwesen, Datenschutz, IT-Sicherheit und Standesamtswesen durchgeführt.

Es wurden 15 Neukunden gewonnen. Die absolute Zahl ist geringer als in den Vorjahren, die Qualität der Kunden und die Auftragswerte dagegen wesentlich hochwertiger. Der aktuelle Kundenstand der ITC liegt damit bei ca. 285 Kunden, davon 57 % aus Sachsen-Anhalt, 26 % aus Sachsen und 17 % aus anderen Bundesländern. Der Anteil von Kunden außerhalb von Sachsen-Anhalt und Sachsen ist 2014 weiter gestiegen.

Die ITC konnte durch den Gewinn von 2 Ausschreibungen ihre Marktposition im Bereich der deutschen Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft weiter ausbauen. Aktuell zählen bereits ca. 40% der Helmholtz-Zentren zu unseren Kunden (7 Zentren). 2014 sind neu hinzugekommen das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) Berlin und das Deutsches Geoforschungszentrum (GFZ) - Helmholtz-Zentrum Potsdam.

Als neuen Marktbereich konnte die ITC den Bereich Hochschulen erschließen (Hochschule Anhalt und Technische Universität Dresden). Durch die enge Zusammenarbeit mit der Dresden-IT konnte eine europaweite Ausschreibung der Westfälischen Verkehrsgesellschaft in Münster gewonnen werden. Die ITC baut damit ihre Kompetenz im Marktsegment Verkehrsunternehmen aus.

Die mit der KID Magdeburg GmbH gebildete ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" arbeitet weiter erfolgreich. Am 6. Oktober 2014 wurde die Fortführung des Vertrages für den Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters (ePR) in Sachsen-Anhalt bis 2019 im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt unterzeichnet. Zum Ende des Jahres 2014 betreibt die ITC für 114 Kommunen in Sachsen-Anhalt (93%) diese Anwendung in ihren Rechenzentren.

Im Jahr 2014 wurden Investitionen im Umfang von T€ 254,9 für neue Server- und Netzwerktechnik, in Hard- und Software zur Ausstattung der Mitarbeiterarbeitsplätze, zur Realisierung der innerbetrieblichen Geschäftsprozesse und für Hosting-Dienstleistungen durchgeführt. Diese Investitionen konnten ohne die Aufnahme von Fremdmitteln erfolgen.

Im Juli 2014 erhielt das Unternehmen einen Zuwendungsbescheid für die Maßnahme „Ersatzneubau eines Rechenzentrums“ im Rahmen der Richtlinie zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013. Nach erfolgreicher Planung konnte der Bauantrag Ende Dezember 2014 eingereicht werden. Die Fertigstellung ist für das 3. Quartal 2015 geplant.

Insgesamt kann die finanzielle Lage des Unternehmens als stabil bewertet werden. Die ITC nimmt am Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH teil. Dadurch ist auch für 2015 die Liquidität des Unternehmens gegeben.

Die Gesellschaft führt jährlich eine Risikoinventur durch. Maßnahmen zur Risikoerkennung und -überwachung bzw. zur Risikobegegnung sind in einer Riskmap festgelegt. Umfangreiche Sicherungsmechanismen minimieren mögliche Risiken, die mit unserer Geschäftstätigkeit verbunden sind. Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle eingebunden, die ebenfalls eine umfangreiche Risikovorsorge betreiben.

Ausblick

Für das Jahr 2015 sind folgende Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit zu nennen:

- Inbetriebnahme eines Hochsicherheitsrechenzentrums
- Migration des Abrechnungssystems Schlepen für Wasser, Abwasser und Niederschlagswasser auf das Abrechnungssystem SAP IS-U.
- Aufbau eines Teams „e-Kommunikation“ und Integration der dafür übernommenen Mitarbeiter der Stadt Halle in das Team Anwendungsbetreuung
- Qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser und Entsorgungsleistungen für die Unternehmen EVH, Netzgesellschaft Halle und HWS;
- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der Stadtwerke Halle, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- Erweiterung der Betriebsführungskapazitäten im SAP-Umfeld;
- Schärfung der Kompetenzen in Verbindung mit Projekten zur Optimierung der Geschäftsprozesse und der Ablauforganisation und des effektiven und effizienten Softwareeinsatzes für die Unternehmen der Stadtwerke Gruppe;
- Vermarktung und Weiterentwicklung unseres Produktes EnTAM+, ein energietechnisches Informationssystem für Stadtwerke, Elektromontageunternehmen und Bauämter;
- Ausbau IT-Beratungsgeschäft (Projektmanagement, Prozessberatung, IT-Sicherheit, Datenschutz);
- Übernahme der Komplettbetreuung der Datenverarbeitung weiterer kommunaler Auftraggeber (IT-Betriebsführung);
- aufbauend auf die vorhandene Kompetenz im Bereich Internet/Intranet werden weitere vermarktungsfähige Lösungen geschaffen und vermarktet;
- die Entwicklung spezieller Lösungen für human- und sportmedizinische Einrichtungen

Durch weitere innovative Produkte und Lösungen, die weitere Qualifikation der Mitarbeiter und ein ausgeprägtes Qualitätsmanagement wird die ITC ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem hart umkämpften IT-Markt verbessern.

Meter1 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 2.500

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	833	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	833	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Leipzig GmbH	833	33 ¹ / ₃

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister. Dazu gehören insbesondere die Beschaffung von Zählern und den zugehörigen Kommunikations- und Datenmanagementsystemen und deren Betrieb, sowie das Ablesen, Speichern, Weiterleiten und Verarbeiten von Zählerdaten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft soll sich auf die Netzgebiete der Gesellschafter oder mit ihnen verbundener Unternehmen und auf den gesamtdeutschen Raum als zusätzliches Vertriebsgebiet erstrecken.
- (2) Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens mittelbar oder unmittelbar zu fördern. Sie kann auch gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Meter1 GmbH & Co. KG findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Dienstleistungsunternehmen für den Bereich der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Füller, Ralfdieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	121	13	141	22	44	10	-20	-14
Umlaufvermögen	722	79	496	77	393	88	226	46
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	4	1	10	2	-2	-50
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	69	8					69	

Bilanzsumme	914	100	641	100	447	100	273	43
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital			363	57	317	71	-363	-100
Rückstellungen	80	9	117	18	45	10	-37	-32
Verbindlichkeiten	834	91	161	25	85	19	673	418

Bilanzsumme	914	100	641	100	447	100	273	43
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	636	475	121
sonstige betriebliche Erträge	64	19	21
Materialaufwand	495	426	170
Personalaufwand	352	347	294
Abschreibungen	59	297	19
sonstige betriebliche Aufwendungen	370	279	256
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-582	-854	-596
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-582	-854	-596
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-582	-854	-596
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-91,61	-179,57	-492,22	%
Eigenkapitalrentabilität:		-70,14	-65,27	%
Cash-Flow:	-523	-556	-577	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	117	82	29	T€
Personalaufwandsquote:	50,34	70,14	206,19	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	7,62	8,07	0,56	%
Eigenkapitalquote:	0,00	56,68	71,01	%
Fremdkapitalquote:	100,00	43,32	28,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Allgemeine Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Nach Veröffentlichung der Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Analyse (KNA) Mitte 2013 und der DENA-Studie in 2014 wartet die Branche weiterhin auf das ausstehende rahmengebende Verordnungspaket. Nach der aktuellen Vorhabenbeschreibung der Bundesregierung soll dieses im April 2015 ins Kabinett und im Juni 2015 in den Bundesrat eingebracht werden. Wenn dieser Zeitplan eingehalten wird, ist ein Inkrafttreten des Verordnungspakets zum 01. Januar 2016 möglich. Zu diesem Zeitpunkt würden dann auch die Einbauverpflichtungen greifen, die allerdings über einen Zeitraum von mehreren Jahren gestreckt umzusetzen wären.

Das bislang immer noch ausstehende Verordnungspaket sowie die noch nicht verfügbare Technik führten dazu, dass die erwartete Entfaltung des Marktes auch 2014 nicht stattgefunden hat.

Es ist aber weiter davon auszugehen, dass aufgrund der abwartenden Haltung der Energieversorger größerer Handlungsdruck entsteht, sobald die Rolloutverpflichtung beginnt, auf den viele Energieversorger nicht ausreichend vorbereitet sind. Dies eröffnet MSB/MDL-Dienstleistern wie der Meter1 GmbH & Co. KG zusätzliche Marktchancen. So ist z.B. davon auszugehen, dass die große Mehrheit der Netzbetreiber die Aufgabe der Gateway Administration fremdvergeben werden. Wenn diesen Netzbetreibern ein attraktives Angebot für Gateway Administration gemacht werden kann, stellt dies einen hervorragenden Marktzugang für Drittgeschäft im Messstellenbetrieb/Messdienstleistung dar, aus dem weiteres Geschäft entstehen kann.

1.2 Geschäft und Geschäftsgegenstand

Seitens der Energieversorger ist aufgrund der oben beschriebenen Situation auch weiterhin wenig Bewegung am Markt zu verzeichnen. Im Gegensatz hierzu ist im Filial- und Industrie-kundenbereich wie auch im Vorjahr mehr Bewegung zu beobachten. So führte die Meter1 GmbH & Co. KG mehrere kleine, technisch anspruchsvolle Pilotprojekte durch und gewann ein namhaftes Berliner Wohnungsbauunternehmen als Piloten für ein Mieterstromprojekt.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Tätigkeit der Meter1 GmbH & Co. KG im Jahr 2015 wird die Vorbereitung auf die Anforderungen des Rollouts sein (inklusive Gateway Administration). Hierbei wird u.a. geprüft und erarbeitet, inwieweit die Gründung einer Kooperationsgesellschaft für Gateway Administration und Meter Data Management den künftigen Anforderungen des Marktes gerecht werden kann und gegenüber den Gesellschaftern dieser Gesellschaft marktkonforme Preise anbieten kann. Über die Gründung dieser Kooperationsgesellschaft soll mit Verrechtlichung der ausstehenden Verordnungen voraussichtlich Mitte 2015 entschieden werden.

Durch eine etwaige Gründung einer derartigen Kooperationsgesellschaft würde sich die Wertschöpfungstiefe der Meter1 deutlich verringern. Aus diesem Grunde wird im ersten Halbjahr 2015 parallel zu den Kooperationsgesprächen gemeinsam mit den Gesellschaftern geprüft, ob und wie das Geschäftsmodell und die Wertschöpfungstiefe und –breite der Meter1 vor diesem Hintergrund zu verändern ist, z.B. durch die Hinzunahme weiterer kerngeschäftsnaher Aufgaben.

1.3 Wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft

Aufgrund des bislang ausgebliebenen Rollouts für intelligente Zähler und intelligente Messsysteme wurde Ende 2014 die Kommanditeinlage der Meter1 GmbH & Co. KG verzehrt. Zur Vermeidung einer Insolvenz bzw. einer bilanziellen Überschuldung wurde der Meter1 GmbH & Co. KG seitens der Gesellschafter im Herbst 2014 ein Gesellschafterdarlehen gewährt, das mit einem qualifizierten Rangrücktritt versehen wurde. Durch diese Maßnahme ist der Weiterbestand der Meter1 GmbH & Co. KG im Jahr 2015 gesichert.

Nach Verrechtlichung des Verordnungspakets und Entscheidung über die Gründung einer Kooperationsgesellschaft für Gateway Administration und Meter Data Management werden die Gesellschafter der Meter1 GmbH & Co. KG basierend auf den Entscheidungen zur Gründung einer Kooperationsgesellschaft sowie zum künftigen Geschäftsmodell und Wertschöpfungstiefe und –breite der Meter1 GmbH & Co. KG weitere geeignete Mittel zur Finanzierung des Unternehmens in dem dann notwendigen Zuschnitt wählen.

2. Ertragslage

2.1 Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2014 erwirtschaftete die Meter1 GmbH & Co. KG einen Jahresfehlbetrag in Höhe von € 582.242. Dieser wurde auf den Verlustvortragskonten der Gesellschaft verbucht.

2.2 Absatz/Umsatz/Erträge

Umsatz Messdienstleistung / Messstellenbetrieb / Projektierung

Die Gesellschaft erzielte aus Dienstleistungen für Messung, Messstellenbetrieb sowie Installation Umsatzerlöse in Höhe von € 635.551.

Betriebliche Erträge

Im abgelaufenen Geschäftsjahr generierte das Unternehmen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von € 64.201.

2.3 Variable Aufwendungen

In der Meter1 GmbH & Co. KG fielen im Geschäftsjahr 2014 Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von € 494.526 an. Die bezogenen Leistungen umfassen hauptsächlich Aufwendungen für Fernauslesung, Dienstleistungen an Kundenanlagen, DV-Dienstleistungen sowie die Geschäftsbesorgungsverträge mit der EVH GmbH bzw. der Stadtwerke Halle GmbH.

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Zum 31. Dezember 2014 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen € 370.095.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Zum 31. Dezember 2014 waren sieben Mitarbeiter bei der Meter1 GmbH & Co. KG beschäftigt, davon befand sich eine Mitarbeiterin in Elternzeit. Für Personal wandte das Unternehmen € 352.265 auf.

2.6 Finanzlage

Die Meter1 GmbH & Co. KG wies am 31. Dezember 2014 einen positiven Finanzmittelbestand in Höhe von € 394.282 aus. Ausgehend von einem negativen Ergebnis in Höhe von € 582.242 im Geschäftsjahr weist die Gesellschaft einen negativen Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von € 613.663 aus.

Bei der Berechnung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit wurde ein Saldo aus Rückstellungen in Höhe von € -36.864, eine Zunahme von Forderungen und Vorräten in Höhe von € 167.095 sowie der Aufbau von Verbindlichkeiten in Höhe von € 73.525 berücksichtigt.

Die Gesellschaft tätigte im Geschäftsjahr Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von € 78.978. Zur Deckung der Ausgaben im Geschäftsjahr wurden durch die drei Gesellschafter insgesamt € 450.000 Kommanditeinlage anteilig an die Gesellschaft gezahlt. Die Kommanditeinlagen aller Kommanditisten sind somit vollständig erbracht.

Zusätzlich wurde durch die ~~anteilige~~ Aufnahme von ~~einem~~ ~~Gesellschafterdarlehen~~ in Höhe von insgesamt € 600.000 die Liquidität im Jahr 2014 sichergestellt. Gemäß der vorliegenden Planung wird die Liquidität ebenfalls bis zum Ende des Jahres 2015 gewährleistet sein. Zur Vermeidung einer Überschuldung treten die Gläubiger mit den vorgenannten Forderungen (einschließlich aller Zinsansprüche) im Wege eines qualifizierten Rangrücktrittes hinter die Forderungen aller anderen Gläubiger zurück.

Damit ergab sich für 2014 eine positive zahlungswirksame Veränderung der Liquidität in Höhe von € 357.377 und damit ein Finanzmittelfonds am Ende der Periode von € 394.282.

2.7 Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Jahresende € 914.409.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

4. Risikobericht

Die Risiken entstehen aus den bereits dargelegten gesetzlichen Unsicherheiten bzw. Verzögerung beim Smart Meter Rollout. Da auch 2015 keine Messsysteme am Markt verfügbar sein werden, wird sich die Meter1 GmbH & Co. KG im Schwerpunkt um das Bestandsgeschäft kümmern und die Kooperationsbemühungen für Gateway Administration/Meter Data Management vorantreiben müssen. Daraus ergibt sich, dass dann im Geschäftsjahr 2015 mit einem ähnlichen Geschäftsverlauf mit analoger Ergebnis-, Kosten-, Umsatz- und Investitionssituation zu rechnen ist wie im Geschäftsjahr 2014.

Zum Jahresende 2015 werden zur Deckung der laufenden Kosten und für eventuelle Investitionstätigkeiten weitere Gesellschafterdarlehen für 2016 notwendig. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die zur Aufrechterhaltung der Liquidität notwendigen Gesellschafterdarlehen für 2016 ausgereicht werden.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht für das Jahr 2015 von einem negativen Jahresergebnis in Höhe von – T€ 561 aus.

Meter1 Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	8	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	8	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Leipzig GmbH	8	33 ¹ / ₃

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister ist. Dazu gehören insbesondere die Beschaffung von Zählern und den zugehörigen Kommunikations- und Datenmanagementsystemen, deren Betrieb, sowie das Ablesen, Speichern, Weiterleiten und Verarbeiten von Zählerdaten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft soll sich auf die Netzgebiete der Gesellschafter oder mit ihnen verbundener Unternehmen und auf den gesamtdeutschen Raum als zusätzliches Vertriebsgebiet erstrecken.

Öffentlicher Zweck:

Gegenstand des Unternehmens ist als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister ist.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Füller, Ralfdieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	92	98	61	99	69	100	31	51
Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	1	1			1	100

Bilanzsumme	94	100	62	100	69	100	32	52
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	30	31	28	46	27	39	2	7
Rückstellungen	33	36	21	33	23	33	12	57
Verbindlichkeiten	31	33	13	21	19	28	18	138

Bilanzsumme	94	100	62	100	69	100	32	52
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	162	125	127
sonstige betriebliche Erträge	8	11	8
Materialaufwand	5	5	5
Personalaufwand	151	123	124
sonstige betriebliche Aufwendungen	13	7	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	1	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,65	0,85	0,83	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,70	3,84	3,99	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	88,67	90,15	91,75	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	31,26	46,30	39,47	%
Fremdkapitalquote:	68,74	53,70	60,53	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

M-Exchange AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Haus Sülz 6
 53797 Lohmar

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 100

Gesellschafter:		T€	%
	WV Energie AG Frankfurt	93	93,00
	Stadtwerke Halle GmbH	7	7,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Aufbau, Betrieb und Betreuung von elektronischen Marktplätzen im Internet, die Vermarktung und Vermittlung von IT-Dienstleistungen aller Art, sowie die Erbringung von Informationstechnologischen Diensten, Beratungs- und Programmierdienstleistungen mit Schwerpunkt auf die Versorgungs- und Verkehrswirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen betreibt und betreut elektronische Marktplätze im Internet. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung zu sehen, da auch örtliche Unternehmen von dem Vorhandensein dieser elektronischen Marktplätze profitieren.

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Berner, Manfred

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Gieske, Hartmut
stellv. Vorsitzender	Müller-Urlaub, Berthold
	Bettelhäuser, Heinrich
	Helbig, Andreas
	Meier-Berberich, Jörn
	Pehlke, Guntram

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	17	23	13

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	460	58	232	50	284	62	228	98
Umlaufvermögen	317	40	178	39	165	36	139	78
Rechnungsabgrenzungsposten	18	2	50	11	8	2	-32	-64

Bilanzsumme	795	100	460	100	457	100	335	73
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	287	36	264	57	243	53	23	9
Rückstellungen	102	13	98	22	95	21	4	4
Verbindlichkeiten	392	49	65	14	61	13	327	503
Rechnungsabgrenzungsposten	14	2	33	7	58	13	-19	-58

Bilanzsumme	795	100	460	100	457	100	335	73
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.247	1.045	1.151
sonstige betriebliche Erträge	112	43	50
Materialaufwand	188	165	216
Personalaufwand	306	169	210
Abschreibungen	91	91	91
sonstige betriebliche Aufwendungen	750	642	638
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23	21	46
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	23	21	46
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	156	136	92
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	1	1	2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	178	156	136

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,87	1,97	4,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	21,30	19,06	43,22	%
Cash-Flow:	114	112	137	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	453	272	400	T€
Personalaufwandsquote:	22,48	15,56	17,52	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,31	1,33	2,13	%
Eigenkapitalquote:	36,13	57,41	53,16	%
Fremdkapitalquote:	63,87	42,59	46,84	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht**Lagebericht des Vorstandes zum Geschäftsjahr 2014**

Das Jahr 2014 verlief für die M-Exchange besser als erwartet. Obwohl die Ausgaben für Vertrieb und Marketing um über 100% gegenüber 2013 gesteigert wurden, liegt das Ergebnis mit 23.294 € um 13% über 2013. Dies ist i.W. den um 19% deutlich gesteigerten Umsatzerlösen zu verdanken aus beiden Geschäftsfeldern, e-Procurement und Energiemanagement, die zu einem entsprechend gesteigerten Rohertrag führten.

Der Jahresabschluss 2014 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von € 23.294,20 (Vorjahr T€ 20,6) aus. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis der Betriebstätigkeit (EBITDA) um 3% und das Unternehmensergebnis um 13% gestiegen.

Die hohen Abschreibungen die aus den in 2011 bis 2013 vorgenommenen und in 2014 fortgesetzten Investitionen in die Software Plattform im e-Procurement belasten nach wie vor das Ergebnis. Allerdings haben die neu entwickelten Module im e-Procurement auch schon deutlich zur Umsatzsteigerung beigetragen.

Der operative Umsatz (ohne sonstige betriebliche Erträge) konnte um 19% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Sowohl der Bereich Energiemanagement (26%) als auch e-Procurement (15%) haben hierzu beigetragen.

Im Geschäftsfeld e-Procurement lag der Fokus einerseits in der Gewinnung von Neugeschäft als auch in der Ausweitung des Geschäfts mit den Bestandskunden über neue Softwaremodule. Dabei führte M-Exchange z.B. eine 2013 entwickelte flexible Lösung zur Handhabung der verschiedenen Releasestände des Marktstandards BMECat bei Lieferanten ein, wovon insbesondere die Bestandskunden profitieren. Insbesondere die neue, mit der Schwestergesellschaft PSG gemeinsam entwickelte e-Katalog-Software ist bei den ersten Kunden installiert worden und sehr gut angekommen. Eine Reihe neuer Kunden wurde 2014 im Bereich e-Procurement in Betrieb genommen, darunter ewmr Bochum und NEW Mönchengladbach.

Mit einer Verdopplung der externen Vertriebs- und Marketingkosten gegenüber Vorjahr hat M-Exchange im zweiten Halbjahr 2014 eine Vertriebsoffensive im Bereich e-Procurement insbesondere in Österreich eingeleitet. Eine externe Vertriebsagentur wirbt nicht nur um Versorgungsunternehmen, sondern allgemein in Industrie, Handel und Finanzwirtschaft. Ein erster Kunde konnte dadurch bereits gewonnen werden. Österreich gilt hierbei als Testmarkt, ob sich M-Exchange auch außerhalb der deutschen Kommunalwirtschaft mit seiner e-Procurement Plattform behaupten kann.

Mit dem Aufbau einer Energiedaten-Management-Plattform (EDM) in 2007 hatte M-Exchange das neue Geschäftsfeld „Energiemanagement“ beschritten. Die Zusammenarbeit mit dem spezialisierten Software-Hersteller Kisters AG, Aachen, hat sich hier auch in 2014 bewährt und zu solidem Wachstum beigetragen, insbesondere durch die Ausweitung der Kundenbasis. Das Feld Energiemanagement trägt mit ca. 520 Tsd. € Umsatz deutlich zum Ertrag bei.

M-Exchange ist in diesem Geschäftsfeld z.T. Subunternehmer der WV Energie AG, Geschäftsbereich em.serv GmbH. Deren Großkunden beeinflussen wesentlich die Einnahmen der M-Exchange im Bereich Energiedatenmanagement (EDM) und Energieverbrauchsabrechnung (VA). Der Betrieb der 2011 hinzugefügten Software der Wilken GmbH für die Verbrauchsabrechnung (VA) von Energieversorgern, die nur für den Mehrheitsaktionär WV Energie AG zum Einsatz kam, wurde in 2014 auf Wunsch der em.serv eingestellt. WV em.serv hat sich zwischenzeitlich für eine andere Softwarelösung von SDK GmbH entschieden. M-Exchange prüft, ob sie die neue Lösung ebenfalls in ihr Portfolio aufnimmt.

Bei dem gegenüber 2013 deutlich erhöhten Personalaufwand von € 305.469,31 muss berücksichtigt werden, dass davon wieder knapp 100 T€ mit anderen Konzerngesellschaften, insbesondere PSG GmbH, verrechnet werden (sonstige betriebliche Erträge). Darüber hinaus wurde das Personal im IT-Bereich aufgestockt.

Zu den mit 108 T€ gegenüber Vorjahr gestiegenen Sachkosten (sonstige betriebliche Aufwendungen) tragen insbesondere die oben erwähnte Steigerung der Vertriebskosten als auch die erhöhten IT-Kosten bei. Bei den IT-Kosten ist dies u.a. auf die a.o. Abschlagszahlung zur Vertragsauflösung mit Wilken und die Kosten zur Abwicklung des erhöhten Umsatzes zurückzuführen.

Die M-Exchange finanziert ihr Geschäft und ihre Investitionen komplett aus eigener Kraft. Die Finanzierung ist aufgrund der guten Liquiditätslage und der eigenen Kreditlinie der Gesellschaft auch für 2015 gesichert.

Die Bilanz weist ein positives Eigenkapital in Höhe von € 287.216,10 auf.

Die bereits in 2011 bis 2013 vorgenommenen substanziellen Investitionen in die Weiterentwicklung der Software-Plattformen hat M-Exchange auch in 2014 in Höhe von T€ 315 weiter ausgebaut, um weiterhin den technologischen Marktstandard im e-Procurement halten zu können. Diese Investitionen haben im laufenden Jahr und werden in den kommenden Jahren zu entsprechend erhöhten Abschreibungen führen.

Ausblick: Die Aussichten sind im Geschäftsfeld e-Procurement gut. Die Vertriebs- und Marketingoffensive sollte neue Kunden bringen, belastet allerdings auch die Kostenseite nicht unerheblich. Darüber hinaus wird die sehr gute Unterstützung durch den Beirat aus Bestandskunden weiterhin positive Früchte tragen.

Im Bereich Energiemanagement hängt die Entwicklung sehr stark von der weiteren Entwicklung der Kunden der em.serv GmbH hat. Dies birgt ein Risiko für M-Exchange, da sie diese Entwicklung nicht beeinflussen kann. Außerdem fehlt in 2015 der Umsatz mit em.serv für den Betrieb der Wilken-Lösung. Insofern plant der Vorstand in 2015 einen deutlich geringeren Umsatz und Ertrag im Energiemanagement.

Insgesamt rechnet der Vorstand im Geschäftsjahr 2015 mit keiner Ertragssteigerung gegenüber 2014 aufgrund der weiterhin hohen Marketingkosten zum Ausbau des Geschäfts im e-Procurement und den erwähnten Einbußen bei den Energiemanagement-Plattformen.

Die Position der M-Exchange am Markt ist gefestigt und das Unternehmen ist für ein mittelfristig zu erwartendes Marktwachstum gut positioniert.

Bestandsgefährdende Risiken sind nach heutiger Einschätzung nicht gegeben, wobei die Auswirkungen eines möglichen Rechtsstreits mit der neuen Inhabefirma der Commerce One Software immer noch nicht konkret einzuschätzen sind. Die Wahrscheinlichkeit einer juristischen Auseinandersetzung ist allerdings geringer geworden.

Die Forderungen gegenüber den Kunden sind nach heutiger Einschätzung nicht gefährdet. Das Zahlungsverhalten der Kunden ist gut. Da die Risiken im M-Exchange Modell durch die festen monatlichen Gebühren gut überschaubar sind, sieht der Vorstand keine Risiken in der Liquidität bzw. einem Forderungsausfall. Durch die vorgenommenen Investitionen in die Weiterentwicklung der Software-Plattformen ist M-Exchange AG weiter auf dem technologischen Marktstand. Auch zukünftig werden in diesem Bereich Investitionen notwendig sein. Ebenso wird M-Exchange verstärkt in Vertrieb- und Marketing investieren, um insbesondere die Gewinnung von Neugeschäft zu beschleunigen.

Da die M-Exchange nur 3 fest angestellte Mitarbeiter + Vorstand hat und viele Dienstleistungen insbesondere in IT, Vertrieb und Marketing extern beauftragt, gibt es ein permanentes Risiko des Know-How Verlustes bei Weggang von Personal oder Trennung von externen Mitarbeitern. Darüber hinaus ist der Bereich „Plattformen für Energiemanagement“ immer noch stark von der Abnahme durch den Hauptaktionär WV Energie AG abhängig. Die Vertragskündigungszeiten sollten allerdings im Kündigungsfall genügend Zeit geben für entsprechende Kostensenkungsmaßnahmen.

Die Positionierung des Unternehmens als individueller Plattformanbieter im Bereich der elektronischen Beschaffung und des Energiemanagements für Versorgungs- und Verkehrsunternehmen und die eingeleitete Ausdehnung auf andere Branchen bietet mittelfristig das Potenzial für ein marktgerechtes Wachstum.

Der derzeitige Alleinvorstand Manfred Berner hat angekündigt, im Laufe des Jahres 2015 aus dem Vorstand ausscheiden zu wollen. An einer Nachfolgeregelung arbeitet sowohl der derzeitige Vorstand als auch der Aufsichtsrat und der Mehrheitsaktionär gemeinsam.

Schlussklärung des Vorstandes zum Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

„Die M-Exchange AG hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	300					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">300</td> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	300	100,00
T€	%					
300	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden sowie das Handeln und Vermitteln aller nicht gefährlichen Abfallarten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	2.600	76	2.625	66	3.002	75	-25	-1
Umlaufvermögen	843	24	1.358	34	1.000	25	-515	-38
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0	0	0

Bilanzsumme	3.443	100	3.983	100	4.002	100	-540	-14
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.708	50	1.708	43	1.708	43	0	0
Rückstellungen	100	3	102	3	107	3	-2	-2
Verbindlichkeiten	1.635	47	2.173	54	2.187	54	-538	-25

Bilanzsumme	3.443	100	3.983	100	4.002	100	-540	-14
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.920	4.891	4.615
sonstige betriebliche Erträge	141	122	143
Materialaufwand	3.706	3.767	3.692
Personalaufwand	180	134	79
Abschreibungen	543	519	491
sonstige betriebliche Aufwendungen	277	251	180
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	5	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32	42	51
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	324	305	269
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10		
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	311	302	266
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,32	6,18	5,77	%
Eigenkapitalrentabilität:	18,22	17,71	15,59	%
Cash-Flow:	854	821	758	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.265	1.857	4.758	T€
Personalaufwandsquote:	3,55	2,67	1,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	75,49	65,86	74,96	%
Eigenkapitalquote:	49,60	42,88	42,68	%
Fremdkapitalquote:	50,40	57,12	57,32	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	61.705,09	60.185,18	59.689,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	70.000,00	70.000,00	70.000,00	Mg/a

e) Lagebericht

- 1. Grundlagen der RAB Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Nachtragsbericht**
- 6. Chancen- und Risikobericht**
 - 6.1. Risikomanagementsystem
 - 6.2. Chancen und Risiken
 - 6.3. Gesamtbild
- 7. Prognosebericht**
 - 7.1. Umsatzentwicklung
 - 7.2. Investitionen
 - 7.3. Finanzierung
 - 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der RAB Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt konsequent auf die Nutzung der Ressource Abfall als Energieträger. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle sowie Abfälle aus der mechanischen Behandlung annimmt.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die RAB Halle GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft fungiert im Kerngeschäft ihres Daseins als beauftragter Dritter der Stadt Halle (Saale) und übernimmt die überlassungspflichtigen Abfälle des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Sortierung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert zugleich das Hauptgeschäft der Gesellschaft.

Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch gewerbliche Spotmengen aus unterschiedlichen Produktionsbereichen. Mit verschiedenen Alternativen wie der Herstellung von Fraktionen für die Vergärung, die reine Verbrennung oder die Mitverbrennung als Ersatzbrennstoffe bietet die Gesellschaft qualifizierte Wahlmöglichkeiten.

1.2. Ziele und Strategien

Die Gesellschaft strebt über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus und will mit einem hohen Grad die stoffliche Verwertung forcieren sowie die alternative Energieerzeugung mit einem Sekundärrohstoff unterstützen. In der effizienten Nutzung von Biogas oder mittelkalorischem Ersatzbrennstoff für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von metallischen Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine umfassende Ressourcenwirtschaft, gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Sicherung des umfangreichen Leistungsportfolios hat die RAB Halle GmbH bereits in den Vorjahren mit dem Aufbau eines eigenen Mitarbeiterstammes, vor dem Hintergrund das notwendige Know-How für ein durchgängiges Drei-Schicht-System zu binden, begonnen und im abgelaufenen Geschäftsjahr vorerst abgeschlossen. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt.

Die unterjährigen Investitionen in Höhe von 520 TEUR sind hauptsächlich durch notwendige Ersatzinvestitionen in die vorhandene Anlagen- und Mobiltechnik gekennzeichnet. Zur effektiveren Bestückung der mechanischen Behandlungsanlage, sowie dem erklärten Ziel einer nachhaltigen und umweltorientierten Ausrichtung der Gesellschaft, setzt die RAB Halle GmbH zukünftig auf eine elektrobetriebene Materialumschlagmaschine. Deren Investitionskosten beliefen sich auf 339 TEUR. Die weiteren Investitionen des Geschäftsjahres umfassten die Generalüberholung des Vorzerkleinerers in Höhe von 106 TEUR, sowie diverse Erweiterungen und Anpassungen an Gebäude- und Anlagenteilen.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der RAB Halle GmbH ist in die Struktureinheiten der Technischen Betriebsführung und der Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen, um zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Durch die Implementierung der notwendigen innerbetrieblichen Struktur im Rahmen der operativen Leistungserbringung konnte die RAB Halle GmbH wichtiges Know-How in der Gesellschaft binden und einen nahezu reibungslosen Geschäftsbetrieb gewährleisten. Auch die vertragliche Vergabe von kaufmännischen Dienstleistungen im Konzernverbund hat sich in der Vergangenheit bewährt. In der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2014 daher keine Änderungen im Bereich der Organisationsstruktur vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 % auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die turnusmäßige Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH im Monat Januar des Geschäftsjahres 2014 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen ihre fachliche Eignung nachweisen.

Im November wurde die Implementierung der neuartigen stationären Materialumschlagmaschine, welche mit einem Elektromotor betrieben wird, abgeschlossen. Die Gesellschaft verspricht sich neben den positiven Aspekten im Hinblick auf Schadstoff- und Geräuschemissionen ebenso Effekte im Bereich der Kostenstruktur.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die RAB Halle GmbH, trotz eines sich langfristig einstellenden Mengenrückganges, zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit soll die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf dem derzeit hohen Niveau gehalten werden. Zwar ist die Gesellschaft stark auf die derzeitigen Regelungen des Abfallrechts und die Gegebenheiten des Marktes angepasst, hat aber mit geringem Aufwand genug Spielraum, um auch kurzfristig technologisch reagieren zu können. Zudem sind die Verwertungspartner mittelfristig, bis zum Ende des Geschäftsjahres 2016, gebunden und stützen damit einen konstanten Verwertungsaufwand.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Trotz aller gesetzlichen Bestrebungen und einer umfangreichen Aufklärungsarbeit wird ein nicht geringer Teil von Wertstoffen weiterhin durch Fehlwürfe in die Restmülltonne entsorgt. Nicht zuletzt beschäftigt sich die Gesellschaft mit der Sortierung der Wertstofftonnen und führt derzeit zahlreiche Gespräche, um eine hinreichende Sortierleistung zu generieren. Dabei gehen die Überlegungen des Unternehmens sowohl auf die mögliche Veränderung im Input aus der Fraktion Restmüll, als auch auf die Entwicklung eines geeigneten Sortiermodells für die Wertstofftonne ein.

Auf Grund der angestrebten gesetzlichen Verankerung im Kreislaufwirtschaftsgesetz über Regelungen zur getrennten Erfassung von Metall- und Kunststoffabfällen, welche den stoffgleichen Nichtverpackungen zuzuordnen sind, plant die RAB Halle GmbH nach Rücksprache mit dem Umweltamt der Stadt Halle (Saale), ab dem 01.01.2017, mit einer nötigen Sortiererweiterung, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Bestimmt durch den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind sowohl die kommunalen Siedlungsabfälle, als auch Spottmengen aus dem gewerblichen Bereich als wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren anzusehen.

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist ein Rückgang im Vergleich zu den Vorjahresleistungen der Geschäftsjahre 2013 und 2012 zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2012 hat die RAB Halle GmbH eine Inputtonnage von 57.953 Mg übernommen, welche sich im Geschäftsjahr 2013 auf 58.462 Mg entwickelte und im Geschäftsjahr 2014 auf 56.730 Mg senkte. Die demografische Entwicklung in der Stadt Halle (Saale) kann als Argument für das rückläufige Abfallaufkommen nicht heran gezogen werden, da Statistiken zeigen, dass in den letzten Jahren eine nahezu konstante Einwohnerzahl herrschte. Eher ist diese Entwicklung auf das Umweltbewusstsein der Einwohner im Stadtgebiet zurückzuführen.

Entgegen der Entwicklung im Bereich der kommunalen Siedlungsabfälle konnte die Gesellschaft im Bereich der gewerblichen Siedlungsabfälle einen Mengenanstieg gegenüber den Vorjahren verzeichnen. Besonders im Bereich der Abfälle aus der mechanischen Behandlung konnte eine Erhöhung der Jahrestonnage um 3.252 Mg auf 4.975 Mg verzeichnet werden.

Parallel zur oben genannten Entwicklung im Bereich der kommunalen Siedlungsabfälle ist ebenso ein Rückgang beim Rücklauf an getrockneter Nativorganik aus der Geschäftsbeziehung mit der C.A.R.E. Biogas GmbH zu verzeichnen. Die Inputtonnage beläuft sich hierbei auf einen Wert von 17.760 Mg. Dies bedeutet einen Rückgang in Höhe von 1.949 Mg im Vergleich zum Vorjahr.

Ein weiterer Leistungsindikator besteht in der Gewinnung metallischer Sekundärrohstoffe im Rahmen der Abfallbehandlung. Die geplante Ertragssteigerung aus der Verwertung von ausgeschleusten metallischen Sekundärrohstoffen konnte im Geschäftsjahr 2014 nicht erreicht werden. Begründet ist dies durch die rückläufige Weltmarktpreisentwicklung von metallischen Sekundärrohstoffen, welche die Refinanzierung der notwendigen Abscheidetechnik vorerst nicht wirtschaftlich erscheinen ließ. Geplant war eine Steigerung der gewonnenen metallischen Sekundärrohstoffe auf eine Jahrestonnage von 1.990 Mg. Dies hätte eine Steigerung im Vergleich zum Geschäftsjahr 2013 um 491 Mg bedeutet. Im Geschäftsjahr 2014 wurden dennoch 1.457 Mg metallische Sekundärrohstoffe zur Wiederverwertung gewonnen. Dies entspricht nahezu dem Vorjahreswert.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden nicht getätigt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31.12.2014 hat die Gesellschaft einen Personalbestand von 4 Beschäftigten zu verzeichnen, welche die operative Führungsebene abdecken. Hierbei handelt es sich um einen Betriebsleiter sowie um 3 Schichtleiter. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Anlagenfahrer, monteur und Betriebselektriker werden sowohl für Anpassungsarbeiten an der Anlage als auch zur operativen Leistungserbringung im Rahmen des Anlagenbetriebes eingesetzt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Insgesamt resultieren aus den Leistungen der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 4.920 TEUR, wobei 4.229 TEUR aus der Behandlung des kommunalen Siedlungsabfalls, 377 TEUR aus der Herstellung eines nativorganischen Ersatzbrennstoffes und 314 TEUR aus sonstigen Nebentätigkeiten resultieren. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtleistung der Gesellschaft in Höhe von 5.031 TEUR um 25 TEUR gestiegen. Dennoch konnte die geplante Gesamtleistung des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 5.121,7 TEUR auf Grund des zu verzeichnenden Mengenrückgangs an kommunalen Siedlungsabfällen sowie des Einbruchs der Marktpreise für metallische Sekundärstoffe nicht erreicht werden.

Im Rahmen des Konzernprojektes Exzellenz plus 20 hat sich die Gesellschaft bei der Planung für das Geschäftsjahr 2014 ambitionierte Ziele im Bereich der Kostenstruktur gesetzt. Um ihren Beitrag zur Erreichung der Konzernziele beizusteuern, strebte die Gesellschaft eine Reduzierung des Variablen Aufwandes (Werkstoffverbrauch, Energiebedarf, Fremdleistungen, Verwertungsaufwendungen, Instandsetzungsleistungen) in Höhe von 2% an, was bei einem Gesamtvolumen von 3.767 TEUR im Geschäftsjahr 2013 eine Kostenreduzierung in Höhe von 75 TEUR entspricht. Monetär betrachtet weist die Gesellschaft variable Aufwendungen in Höhe von 3.706 TEUR im Geschäftsjahr 2014 aus. Im Vergleich zum Vorjahr mit einem Wert in Höhe von 3.767 TEUR entspricht dies einer Kostenreduzierung in Höhe von 61 TEUR.

Durch die notwendigen Ersatzinvestitionen in die Anlagen- und Mobiltechnik stiegen im Geschäftsjahr 2014 die Abschreibungen von 519 TEUR im Geschäftsjahr 2013 auf 543 TEUR im Geschäftsjahr 2014.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Kostenanstieg zu verzeichnen. Durch zeitliche Verschiebungen im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung für die Implementierung der stationären Umschlagmaschine war die Anmietung eines Leihgerätes notwendig. Dies stellte eine enorme außerplanmäßige Kostenbelastung im Geschäftsjahr 2014 dar. Ebenso gestaltete sich die Suche nach einer neuen Versicherungsgesellschaft im Bereich der Haftpflichtversicherung problematisch. Eine vollumfängliche Absicherung der Gesellschaft konnte nur durch eine signifikante Erhöhung der Versicherungsprämie gedeckt werden. Kumuliert belaufen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2014 auf 277 TEUR. Dies entspricht einem Kostenanstieg in Höhe von 26 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 1.708 TEUR.

Unter den Rückstellungen in Höhe von 100 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (14 TEUR, Vorjahr 12 TEUR), Personalarückstellungen (9 TEUR; Vorjahr 5 TEUR), sowie Rückstellungen für weitere Aufwendungen (77 TEUR; Vorjahr 86 TEUR) abgebildet.

Bei der Betrachtung der Verbindlichkeiten ist zunächst über die Tilgung des Kredites mit einem Umfang in Höhe von 403 TEUR zu berichten. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden zum Bilanzstichtag mit einer Höhe von 388 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 19 TEUR.

Im Bereich der sonstigen Verbindlichkeiten ist ein Rückgang in Höhe von 154 TEUR auf 383 TEUR zu verzeichnen.

4.2.2. Investitionen

Das Investitionsvolumen der Gesellschaft betrug im Geschäftsjahr 2014 520 TEUR. Durch das hohe Alter, sowie durch die hohe Auslastung der mobilen Verlade- und Transporttechnik ist die Gesellschaft sukzessive angehalten Ersatzinvestitionen vorzunehmen. Im Geschäftsjahr 2014 entfielen daher 339 TEUR auf die Anschaffung einer neuen Materialumschlagmaschine. Die weiteren Investitionen des Geschäftsjahres umfassten die Generalüberholung des Vorzerkleinerers in Höhe von 106 TEUR sowie diverse Erweiterungen und Anpassungen an Gebäude- und Anlagenteilen in Höhe von 75 TEUR.

4.2.3. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Finanzmittelbestand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2014 um 473 TEUR auf 218 TEUR gesunken (Vorjahr: 691 TEUR). Begründet ist dies durch den erhöhten Finanzmittelbedarf im Rahmen der Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr 2014. Die Liquidität war im Berichtsjahr durchgehend gegeben und die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash-Pool ist unterjährig nicht erfolgt.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2014 zusammengefasst und dem Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR	Veränderung TEUR
Langfristiges Vermögen	2.600	2.625	-25
Kurzfristiges Vermögen	843	1.358	-515
Gesamtvermögen	3.443	3.983	-540
Langfristiges Kapital	2.572	2.975	-403
Kurzfristiges Kapital	871	1.008	-137
Gesamtkapital	3.443	3.983	-540

Signifikant veränderte sich das Umlaufvermögen der Gesellschaft. Dem Wert des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 843 TEUR standen im Vorjahr 1.358 TEUR gegenüber. Hierbei ist ein wesentlicher Rückgang des Forderungsbestandes gegenüber verbundenen Unternehmen im Rahmen des Cash-Pool zu verzeichnen (213 TEUR; Vorjahr 682 TEUR). Begründet ist dies durch die Eigenfinanzierung der notwendigen Investitionen des Geschäftsjahres.

Ohne Veränderung des Eigenkapitals in Höhe von 1.708 TEUR ist eine Reduzierung des Bilanzwertes in Höhe von -540 TEUR zu erkennen. Begründet ist dies durch Reduzierungen im Bereich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

4.4. Gesamtaussage

Das im Rahmen der Konzerninitiative „Exzellenz plus 20“ geplante Jahresergebnis konnte die Gesellschaft nicht vollumfänglich realisieren. Trotzdem ist es der Gesellschaft unter den gegebenen Bedingungen gelungen ihr Vorjahresergebnis leicht zu übertreffen.

Insgesamt blickt die Gesellschaft auf ein solides Geschäftsjahr zurück. Der weitere Einbruch der kommunalen Siedlungsabfälle aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich konnte ansatzweise durch die Gewinnung vereinzelter gewerblicher Abfallmengen kompensiert werden.

Somit schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem Ergebnis in Höhe von 311 TEUR vor Gewinnabführung ab.

5. Nachtragsbericht

Veränderungen sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Die Implementierung eines solchen Systems ist gemäß dem Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) vom 25. Juni 2014 für alle Mehrheitsbeteiligungen der Stadt geregelt.

In diesem Kontext betreibt die RAB Halle GmbH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Im Rahmen einer jährlich durchgeführten Risikoinventur werden Chancen und Risiken erfasst und nach möglicher Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems beauftragt, die Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG zu überprüfen. Art und Umfang dieser Prüfung ergeben sich aus dem IDW Prüfungsstandard „Die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems nach § 317 Abs. 4 HGB (IDW PS 340)“. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung dieser Maßnahmen.

Als Ergebnis hat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

6.2. Chancen und Risiken

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die Gesellschaft, trotz eines sich langfristig einstellenden Mengenrückganges, zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit soll die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf dem derzeit hohen Niveau gehalten werden. Zwar ist die Gesellschaft stark auf die derzeitigen Regelungen des Abfallrechtes und die Gegebenheiten des Marktes angepasst, hat aber mit geringem Aufwand genug Spielraum, um auch kurzfristig technologisch reagieren zu können.

Durch die Ausübung des Verlängerungsoptionsrechtes im Bereich der vergebenen Entsorgungswege aus der EU-Ausschreibung 2011, wurden die Entsorgungspartner mittelfristig, bis zum Ende des Geschäftsjahres 2016, an das Unternehmen gebunden.

Um die positive Entwicklung der Gesellschaft fortzusetzen ist die RAB Halle GmbH ständig auf der Suche nach weiteren Möglichkeiten die stoffliche Verwertung von Sekundärrohstoffen zu forcieren. Hierzu sollen im Geschäftsjahr 2015 weitere Untersuchungen und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen vorgenommen werden. Ziel ist die Gewinnung der Sekundärrohstoffe Glas und Plastik.

Um der großen Gefahr eines Brandes in der mechanischen Behandlungsanlage entgegen zu wirken, wurde bereits in den Vorjahren eine umfangreiche Löschtechnik installiert. Das unverzügliche und umsichtige Handeln der Mitarbeiter im Falle eines Brandes, wird mehrfach im Jahr geschult und soll das Risiko von Sachschäden minimieren.

6.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2015 plant die RAB Halle GmbH für die Abfallbehandlung von überlassungspflichtigen Abfällen incl. zugehöriger Sekundärleistungen mit Umsatzerlösen in Höhe von 4.478 TEUR. Diese ergeben sich maßgeblich aus dem abgestimmten Abfallaufkommen an kommunalen Siedlungsabfällen der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung des kalkulierten Selbstkostenfestpreises nach LSP für das Geschäftsjahr 2015. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2014 mit Umsatzerlösen im Bereich der Abfallbehandlung in Höhe von 4.467 TEUR plant die Gesellschaft mit einer marginalen Umsatzsteigerung in Höhe von 11 TEUR.

Des Weiteren plant die Gesellschaft für die Abfallbehandlung von sonstigen privaten Gewerbeabfällen mit Umsatzerlösen in Höhe von 381 TEUR (Ist Vorjahr: 377 TEUR). Diese resultieren hauptauschlaggebend aus Leistungen im Rahmen der bionativen Ersatzbrennstoffaufbereitung.

Kumuliert betrachtet plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2015 mit Umsatzerlösen in Höhe von 4.859 TEUR.

7.2. Investitionen

Auslastungsbedingt und in Anlehnung an die aktuellen Wartungs- und Instandhaltungskonzepte der mobilen Verlade- und Transporttechnik plant die Gesellschaft mit einer sukzessiven Erneuerung derer. Die geplante Investitionssumme im Geschäftsjahr 2015 beträgt 490 TEUR und ist hauptsächlich für die Ersatzbeschaffung eines Radladers (200 TEUR), welcher im Rahmen der Beladung von Entsorgungsfahrzeugen eingesetzt wird, begründet. Des Weiteren ist die Gesellschaft durch behördliche Vorgaben gezwungen ihr Außenlager mit einer Überdachung zu versehen. Für dieses Projekt wurden bereits im Geschäftsjahr 2014 Investitionskosten ausgegeben. Dennoch plant die Gesellschaft zur Realisierung des Projektes im Geschäftsjahr 2015 mit weiteren Investitionskosten in Höhe von 175 TEUR. Das restliche Investitionsvolumen steht zur Sanierung der Grundstücksflächen sowie für die Erweiterung der Brandmeldeanlage zur Verfügung.

7.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können auf Grund der guten Liquidität sowie durch die Inanspruchnahme der internen Kreditlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung abgedeckt werden.

7.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2015 soll der RAB Halle GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von 304 TEUR vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Nischen voran zu treiben, um zusätzliche Möglichkeiten zu generieren. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2015 mit beeinflussen und den Fortschritt sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
 Hasentorstraße 9
 06526 Sangerhausen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 620

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Mansfeld-Südharz	310	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	310	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Erfüllung von Entsorgungsaufgaben in Bezug auf andienungspflichtige Abfälle aller Art im Bereich des Landkreises Mansfeld-Südharz und dem Gebiet der Stadt Halle.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lammert, Dominik

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Dr. Klein, Angelika
stellv. Vorsitzender	Lux, Matthias
	Hülsbusch, Peter
	Kotzur, Klaus
	Quenzel, Benjamin
	Schulze, Jörg
	Wenzel, Lothar

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	1	1	1

c) Beteiligungen

unmittelbar

Wertstoffaufbereitung GmbH Riethordhausen

T€	%
15	51,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	2.254	52	2.621	56	2.854	60	-367	-14
Umlaufvermögen	2.006	46	1.852	40	1.629	34	154	8
Rechnungsabgrenzungsposten	109	2	184	4	283	6	-75	-41
Bilanzsumme	4.369	100	4.657	100	4.766	100	-288	-6
Passiva								
Eigenkapital	2.757	63	2.570	55	2.225	47	187	7
Rückstellungen	99	2	87	2	85	2	12	14
Verbindlichkeiten	1.513	35	2.000	43	2.456	51	-487	-24
Bilanzsumme	4.369	100	4.657	100	4.766	100	-288	-6

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.601	4.761	4.444
sonstige betriebliche Erträge	62	48	79
Materialaufwand	779	862	467
Personalaufwand	1.881	1.925	1.937
Abschreibungen	530	529	567
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.009	902	963
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	6	11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	85	99	157
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	383	498	443
außerordentliche Erträge			22
außerordentliches Ergebnis			22
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	102	136	101
sonstige Steuern	16	16	15
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	265	346	349
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	265	346	349

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,76	7,26	7,85	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,63	15,54	18,59	%
Cash-Flow:	795	875	916	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	90	89	81	T€
Personalaufwandsquote:	40,34	40,04	42,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	51,54	56,14	59,48	%
Eigenkapitalquote:	63,10	55,19	46,68	%
Fremdkapitalquote:	36,90	44,81	53,32	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Bioabfall	6.579,62	7.239,00	7.348,00	t
Pappe, Papier	8.850,28	8.930,00	9.134,00	t
Restabfall	25.958,88	25.982,00	26.493,00	t

e) Lagebericht

Wirtschaftsbericht

I. Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft (Branchenentwicklung)

Das Geschäftsjahr 2014 war in der Entsorgungswirtschaft von der weiterführenden Umsetzung des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der Diskussion zum Wertstoffgesetz sowie den untergesetzlichen Regelwerken gekennzeichnet.

Zentrales Thema für viele Kommunen war dabei, wie eng die Pflicht zur Getrenntsammlung von Bioabfall ausgelegt werden muss. Hier haben verschiedene Städte und Gemeinden versucht, in Verbindung mit der Entsorgung stoffgleicher Nichtverpackungen individuelle Lösungen zu finden. Es kann noch nicht abschließend bestimmt werden, welche Freiräume der Gesetzgeber zulässt, da derzeit verschiedene Konzepte auf dem Prüfstand stehen.

Im Bundesgebiet ist ein Trend zur Rekommunalisierung zu erkennen. Aufgrund dieser Tendenz sieht sich der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser und Rohstoffwirtschaft (BDE) verstärkt in der Pflicht, gegensätzliche Argumentationshilfen zur Rekommunalisierung zu liefern, welche jedoch durch den Verband der kommunalen Unternehmen (VKU) zu größten Teilen widerlegt werden konnte.

Die Rohstoffpreise auf dem Sekundärrohstoffmarkt sind im Jahr 2014 gesunken. Die Preise für Pappe, Papier und Kartonagen sind um ca. 10 % gefallen. Gleiches gilt z. B. für die Alttextilien, bei denen ein regelrechter Preisverfall zu erkennen ist.

II. Unternehmensentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2014 wird von der RES GmbH ein Jahresabschluss erstellt.

Nach Umsetzung der Beschlüsse zur Veräußerung von 50 % der Gesellschafteranteile an die Stadtwerke Halle wurden im Jahr 2014 umfangreiche Maßnahmen zu einer engeren Zusammenarbeit besprochen und geplant. In den Bereichen Kehrleistungen, Containerdienst sowie Einführung des Identsystems in Verbindung mit diversen Planungsleistungen wurden bereits verschiedene Maßnahmen umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzungsphase.

So werden die vorhandenen Kehrmaschinen je nach Notwendigkeit und Auftragslage in den verschiedenen Gebieten eingesetzt. Die Stadtwerke Halle GmbH planen ab 2015 Containerdienstleistungen auf dem Gebiet Mansfeld-Südharz anzubieten. Die RES GmbH wird die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH bei der Einführung des Identsystems auf dem Gebiet der Stadt Halle unterstützen.

Im Rahmen der notwendigen Ausschreibung der Verwertung von PPK-Mengen wurde im April der Zuschlag an die ALBA Wertstoffmanagement erteilt. Leider konnten die sehr guten Konditionen aus den Jahren 2011 bis 2013 nicht wieder erreicht werden. Die derzeitige Situation auf dem Altpapiermarkt führte zu einem Rückgang der Verwertungserlöse um 32 %. Durch die gleichzeitige Realisierung einer Umladestation in Eisleben konnten die Aufwendungen um ca. 25% verringert werden, da Transport- und Umschlagskosten reduziert wurden. Durch das Absenken der Aufwendungen konnte der geringere Verwertungserlös zum Teil ausgeglichen werden.

Die Abfallentsorgung wurde im Jahr 2014 vom technischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus weiter optimiert.

Im Dezember 2014 wurden im Landkreis Mansfeld-Südharz die Gebühren für die Abfallentsorgung verändert. Die Auswirkungen der Gebührenerhöhung werden im Jahr 2015 deutlich zu spüren sein. Es wird von einem massiven Rückgang der Leerungszahlen ausgegangen. Auch die Verringerung der Gebühren für die Bioabfalltonne, um diese attraktiver zu machen, wird die Gestellungszahlen für Biobehälter nicht wesentlich erhöhen.

Weiterhin wurde auch im Landkreis Mansfeld-Südharz im Zeitraum Juli 2013 bis Juli 2014 ein Probeversuch zur Einführung der Wertstofftonne durchgeführt. Im Ergebnis der Auswertung verzichtet man auf die Einführung einer Wertstofftonne und schafft auf den bestehenden Wertstoffhöfen die Möglichkeit der Erfassung in Containern. Dabei handelt es sich um die Minimalvariante.

Die Änderung des Verbrennverbotes im Landkreis stellte für die RES GmbH immer wieder eine logistische Herausforderung dar, da es zu den unterschiedlichsten Bereitstellungsmengen gekommen ist. Der Grund liegt in der Selbstbestimmung der Gemeinden.

Gegenüber dem Jahr 2013 war ein deutlicher Mengenzuwachs im Grünabfall zu verzeichnen.

Die Umsetzung des Entsorgungsvertrages stellte auch aufgrund der Preisentwicklung für Betriebskosten eine Herausforderung dar, welche trotz allem gut verwirklicht wurde. Durch die konsequente Umsetzung der geplanten Maßnahmen und immer fortlaufenden Optimierungsprozesse konnten die geplanten Ergebnisse erreicht werden.

Insbesondere sind hier die Optimierung der Sammeltouren und der effektivere und auf die Fahrzeuggröße angepasste Einsatz zu nennen. Ein weiterer Punkt ist die Einbeziehung der Krafffahrer und Müllwerker in die Streckenführung, um unnötige Zeit und Fahrkilometer einzusparen. Dieser Prozess wird auch für die kommenden Jahre anhalten, da durch Bevölkerungsrückgang, Mengen- und Kostenentwicklung auf dem Markt immer zu reagieren sein wird.

Im Jahr 2014 fand in der RES eine Betriebsprüfung des Finanzamtes Naumburg statt, welche bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Zwei in diesem Zusammenhang aufgetretene Fragestellungen zum Umgang mit Darlehensforderungen der RES gegenüber der WAE Edersleben und die Bewertung von Aufbauten auf dem Gelände der Deponie Edersleben sind derzeit noch Gegenstand der Diskussion zwischen Finanzamt und Steuerberater sowie Anwalt der RES GmbH.

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft forderte im dritten Quartal des Jahres 2014 für die Bereiche Schadstoff-, Grünschnittsammlung und Sammlung von Elektronikaltgeräten des Landkreises Mansfeld-Südharz erneut ein Angebot ab. Nach Prüfung des Angebotes wurde der Auftrag an die RES GmbH bis zum 31.12.2017 vergeben.

Die RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH wird auch weiterhin als preisgünstiger und zuverlässiger Partner für den Landkreis Mansfeld-Südharz, vertreten durch den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft, tätig sein.

a.) allgemeine Beschreibung

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgte die Abfuhr im gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz entsprechend den Leistungsvorgaben des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz.

Aufgrund der ständigen Optimierung von Betriebsabläufen konnten alle Aufgaben erfüllt werden. Außerdem realisierte die RES GmbH seit dem 01.01.2014 die Abfuhr der Container von den Wertstoffhöfen des Landkreises. Hier kam es zu keinerlei Mängeln bei der Erfüllung.

Das positive Betriebsergebnis von 264.901,41 € spiegelt diese Entwicklung wieder.

Im Hinblick auf die folgenden Jahre muss mit einem deutlich geringeren Ergebnis entsprechend der Kalkulation gerechnet werden. Zusätzlich werden Kostensteigerungen im Bereich Personal und Fuhrpark insbesondere auf das Jahr 2015 Auswirkungen haben, da die Preisanpassungsklausel laut Vertrag mit dem Landkreis derzeit nicht wirksam wird und die Wahrscheinlichkeit des Wirksamwerdens in den nächsten Jahren auch nicht gegeben ist.

Die Preisgleitklausel ist an die Veröffentlichung der Kosten- und Preisentwicklungen in den Bereichen Lohn- und Lohnnebenkosten, Diesellostwagen und Lastkraftwagen mit Selbstzündung gebunden. Wenn diese veröffentlichten Indexe des Statistischen Bundesamtes einen Wert von 5 % erreichen, darf die RES GmbH die Preise um ca. 2,5% erhöhen.

b.) Investitionstätigkeit

Entsprechend des Investitionsplanes wurden im Jahr 2014 die geplanten Investitionen vollständig umgesetzt. Die am 07.01.2014 erfolgte Anmeldung des Müllfahrzeuges MSH-CD 150 erfolgte durch verspätete Auslieferung noch aufgrund des Investitionsplanes von 2013 in Höhe von 117.450,- €.

Zusätzlich wurde entsprechend Beschluss des Aufsichtsrates vom 17.12.2013 ein Fahrzeug für den Containerdienst angeschafft. Die Investitionssumme für den Absetzkipper betrug 8.235,29 €. Ebenfalls zusätzlich zum Plan erfolgte die Ersatzinvestition in einen neuen Server, da im November 2014 bei Wartungsarbeiten erkennbar wurde, dass die notwendigen Speicherkapazitäten nicht mehr zur Verfügung standen. Die Ausgaben hierfür betragen im Dezember 2014 12.798,80 €

Die geplante Investition des Müllfahrzeuges wurde im August abgeschlossen und betrug 119.940,52 €. Ebenso planmäßig erfolgte im Jahresverlauf die Investition in neue Abfallbehälter mit insgesamt 11.943,02 €. Wie geplant wurde im November ein neues Kopiersystem für 3.017,42 € angeschafft. Insgesamt betragen die Investitionen 164.115,- €, die Mittelherkunft erfolgt in Höhe von 17.695,- € aus dem Verkauf von Anlagevermögen und in Höhe von 146.420,- € aus der freien Liquidität. Trotz der Verschiebungen innerhalb des Investitionsplanes wurde der Gesamtrahmen eingehalten.

Im Einzelnen werden die Investitionen nachfolgend dargestellt:

	geplante Investitionen	realisierte Investition	Differenz
Fahrzeuge	156.000,-€	136.206,85 €	-19.793,15 €
Betriebs- und Geschäftsausst.	23.000,- €	11.943,02 €	-11.056,98 €
Bau/ Umbau	0.00 - €	0,00 €	0,00 €
EDV	2.000, - €	15.965,22 €	13.965,22 €
Gesamt	181.000,- €	164.115,09 €	-16.884,91 €

c.) Personal/Sozialbericht

Im Unternehmen waren zum Stichtag 31. Dezember 2014, 52 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer im Jahr 2014 war 52 (ohne Geschäftsführer). Die eingerichtete bestehende Altersvorsorge für die Arbeitnehmer wurde fortgeführt. Unser Personalaufwand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr für den Zeitraum bis 31.12.2014 auf 1.881.282,14 Euro. Pro Beschäftigten fielen Personalkosten in Höhe von 36.178,50 Euro an. Abfindungszahlungen wurden in Höhe von 2.400,00 € geleistet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrugen die Aufwendungen für Altersversorgung 56.059,21 Euro. Der Anteil der Gleichgestellten und Schwerbehinderten in unserer Belegschaft entsprach 3 Arbeitnehmern. Damit waren die Auflagen nach dem Schwerbehindertengesetz erfüllt. Auch im Jahr 2014 wurden durchschnittlich zusätzlich je nach Saison 3-5 Mitarbeiter aus Zeitarbeitsfirmen eingesetzt.

d.) Umweltschutz

Unser Unternehmen hat sich auch im Jahr 2014 zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungen im Umweltschutz hinsichtlich der Sicherheit verpflichtet. So wurden die Neuinvestitionen in die Neufahrzeuge maßgeblich von abgas- und lärmarmen Bedingungen abhängig gemacht. Bei allen Zulieferern wurde die Einhaltung von umweltschutz- und sicherheitsrelevanten Bestimmungen geprüft. Die RES Sangerhausen GmbH selbst wurde im November 2014 vom TÜV Nord als Entsorgungsfachbetrieb bestätigt. Die für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz wurden eingehalten.

e.) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Durch ständige Kostenkontrolle und Umsetzung der geplanten Optimierung konnte im vergangenen Geschäftsjahr ein Ergebnis von 264.901,41 Euro erreicht werden. Die RES GmbH hat mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft einen Vertrag für die Teilleistungen Restmüll, PPK, Bioabfall und Sperrmüll bis zum Jahr 2017 mit einer zweijährigen Verlängerungsoption. In den Bereichen Sonderabfall, Elektroaltgeräte und Grünabfall wurde die RES ab 01.01.2015 bis zum 31.12.2017 mit einer zweijährigen Verlängerungsoption neu beauftragt. Der Gesamtvertrag wurde im Rahmen einer Inhousevergabe an die RES GmbH vergeben. 93,7 % des Gesamtumsatzes der RES GmbH wurden im Jahr 2014 über kommunale Verträge generiert. Ab dem 01.01.2014 hat die RES im Auftrag des Landkreises zusätzlich den Transport der Container von den Wertstoffhöfen realisiert, der Erlös in diesem Bereich lag bei 82.400 €. Die Umsatz- und Auftragsentwicklung hat sich gegenüber der Planung verbessert. Die Mengenrückgänge und der Rückgang der Bevölkerung liegen in den kalkulierten Größen. Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2015 in den Bereichen Restabfall, Papier und Bioabfall die Mengenentwicklung in Abhängigkeit von der Bevölkerungsentwicklung weiter sinken wird. Trotz des rückläufigen Abfallaufkommens konnte durch die Ausnutzung und Umsetzung der erwähnten Optimierungsmaßnahmen die Kostensteigerungen ausgeglichen und das geplante Ergebnis erreicht werden.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Leerungen 2014	Tonnage 2014	Leerungen 2013	Tonnage 2013
Restmüll	979.034	25.958,88	976.473	25.982
PPK	482.481	8.850,28	479.993	8.930
Bioabfall	287.844	6.579,62	262.839	5.851
Grünabfall	0	1.583,92	0	1.335
Sperrmüll	0	3.099,34	0	3.126
Elektroaltgeräte	0	13.640,00 Stück	0	14040 Stück

f.) Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zum 31.12.2014 hat sich weiter positiv entwickelt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 51,60 %. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben zum Ende des Geschäftsjahres einen Anteil von 11,52 %. Das Unternehmen wird auch zukünftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich zum 31.12.2014 im Vergleich zum Jahresabschluss 2013 in Kennzahlen wie folgt dar:

		2013	2014
-			
Eigenkapitalquote	Grundkapital	620.000,00	620.000,00
	satzm. Rücklag.	62.000,00	62.000,00
	andere Rücklag.	1.170.609,64	1.170.609,64
	Gewinnvortrag	371.993,88	639.295,04
	Jahresüberschuss	345.738,32	264.901,41
	Bilanzgewinn	0,00	0,00
	Eigenkapital	2.570.341,84	2.756.806,09
	Rückstellungen	87.244,44	98.676,46
	Verbindlichkeiten	1.207.561,06	919.328,91
	Fremdfinanzierung	792.192,00	594.144,00
	Fremdkapital	2.086.997,50	1.612.149,37
	Gesamtkapital	4.657.339,34	4.368.955,46
	Eigenkapitalquote	55,19	63,10
Verschuldungsgrad	verzinsl. Fremdkapit.	792.192,00	594.144,00
	sonst. Fremdkapit.	1.207.561,06	919.328,91
	Wirtsch. Fremdkapit.	1.999.753,06	1.513.472,91
	Eigenkapital	2.570.341,84	2.756.806,49
	Verschuldungsgrad %	77,80	54,90
Liquidität	Flüssige Mittel, sonst. Vermögensgegenst.	1.814.831,35	1.960.806,47
	kurzfristiges Fremdkapit.	794.040,14	750.119,93
	Liquidität 2. Grades	228,56	261,40
Nettoverschuldung	Fremdmittel	2.086.997,50	1.612.149,37
	Flüssige Mittel	1.208.517,85	1.457.114,97
	Nettoverschuldung	878.479,69	155.034,40
Eigenkapitalrentabilität	Jahresüberschuss	345.738,32	264.901,41
	Eigenkapital	2.570.341,84	2.756.806,09
	Eigenkapitalrentabilität	13,45	9,61

Die Finanzlage des Unternehmens hat sich zum 31.12.2014 verbessert.

g.) Beteiligungen

Wertstoffaufbereitung GmbH Riethnordhausen

Die Gesellschaft befindet sich derzeit in Liquidation. Die Gesellschafteranteile wurden aufgrund der Insolvenz mit einem niedrigeren Teilwert eingestellt.

Die Gesellschafteranteile an der Wertstoffaufbereitung GmbH Edersleben wurden bereits im Jahr 2009 vor der Insolvenz der RES GmbH veräußert. Hier besteht lediglich ein nachrangiges Gesellschafterdarlehen an die WAE GmbH. Die Wahrscheinlichkeit der Rückzahlung ist aufgrund der wirtschaftlichen Situation der WAE weiterhin eher gering. Derzeit besteht diesbezüglich keine Aussicht auf Rückzahlung. Aus diesem Grund wurde bereits im Jahr 2010 das Darlehen abgewertet und mit einem Erinnerungswert von 1 Euro dargestellt.

Die Möglichkeit der Fälligkeit und Rückzahlung wurde durch eine Rechtsanwaltskanzlei geprüft und negativ bewertet.

III. Risikobericht

Im Jahr 2014 sind alle Maßnahmen und Zahlungen planmäßig erfolgt, so dass die Gesellschaft alle Voraussetzungen hat, um erfolgreich zu bestehen.

Außerdem wurde in der RES GmbH im Jahr 2014 ein Risikomanagement eingeführt.

Darin werden monatlich die Risiken betrachtet und ausgewertet. In regelmäßigen Abständen wird den Gesellschaftern und den Aufsichtsräten berichtet.

Für das Jahr 2015 liegt die Unsicherheit für das Unternehmen im Bereich möglicher Kostensteigerung im Fuhrpark durch steigende Treibstoff- und Unterhaltungskosten. Weiterhin stellt ein gewisses Risiko die Bevölkerungsentwicklung des gesamten Landkreises dar. Ebenso groß sind die Risiken, welche durch die Veränderung der Abfallsatzungen ab 2015 entstehen. Durch die Gebührenerhöhung ist mit einem veränderten Verhalten der Gebührenpflichtigen zu rechnen. So wird ein Großteil der Bevölkerung eine Verlängerung im Abfuhrintervall des Restabfallbehälters veranlassen. Der dadurch entstehende Rückgang der Leerungen und des Umsatzes ist durch die RES GmbH zu tragen.

Auch die Verringerung der Gebühren für Bioabfallbehälter wird zu keinem sprunghaften Anstieg der Behälterzahlen führen, da der Gebührenpflichtige zuerst versucht, das durch die Gebührenerhöhung entstandene Defizit auszugleichen.

Durch die in dem Vertrag mit dem Landkreis vereinbarten Mengenstaffeln wird das Risiko wiederum abgedeckt, da bei sinkenden Mengen der Preis steigt, was aber nicht die Veränderung der Abfuhrhythmen betrifft.

Für den Bereich der Bioabfallentsorgung erwartet die Geschäftsführung im Jahr 2015 eine geringe Unterdeckung als in den Vorjahren, da zum einen die zusätzliche wöchentliche Entsorgung im Monat November entfällt und zum anderen mit einer leichten Erhöhung der Bioabfallmengen gerechnet wird. Außerdem hat der EAW begonnen, die Aktivitäten zu einer Erhöhung der Abfallmengen im Bioabfallbereich zu verstärken.

IV. Prognose

Für die derzeit geltenden Vertragsverhältnisse wird im Jahr 2015 von einer weiterhin dem Wirtschaftsplan entsprechenden Entwicklung der Gesellschaft ausgegangen. Für das Jahr 2015 wird ein positives Betriebsergebnis erwartet.

Im Hinblick auf die folgenden Jahre muss durch die anstehenden Kostensteigerungen im Personalbereich sowie im Fuhrpark mit einem deutlich geringeren Ergebnis gegenüber den Vorjahren gerechnet werden.

Zu berücksichtigen ist auch, dass ab dem Jahr 2016 die Transportleistungen für die Wertstoffhöfe neu vergeben werden. Die Entsorgungsverträge der RES enden zum 31.12.2017.

Unter Beibehaltung der Effizienz der Betriebsabläufe und der weiteren Umstrukturierung der RES in Abhängigkeit des politischen Willens der Entscheidungsgremien kann eine positive Unternehmensentwicklung lediglich bis zum Jahr 2017 prognostiziert werden.

V. Nachtragsbericht

Der Nachtragsbericht soll alle nennenswerten Vorfälle bis zur Erstellung des Lageberichtes nach dem Schluss des Geschäftsjahres enthalten.

Reklamation Jahresendabrechnung

Mit Datum vom 30.01.2015 wurde durch den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft die Jahresendabrechnung 2014 mit dem Hinweis auf Nichteinhaltung der Kappungsgrenzen reklamiert und die vertragskonforme Abrechnung angemahnt. Die Forderungen des EAW gegenüber der RES GmbH sollen 49.760,95 € brutto betragen. Die Abrechnung wurde im Jahr 2014 analog der Vorjahre gefertigt.

Es sind keine Veränderungen der Abrechnungskorridore im Jahr 2014 zu erkennen. Der Sachverhalt wurde der Rechtsanwaltskanzlei Köhler und Klett zur Klärung übergeben.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung des Berichtes am 24.02.2015 gab es in der RES GmbH keine weiteren nennenswerten Vorfälle.

VI. Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt auf Grundlage der bestehenden Verträge mit den Stadtwerken Halle GmbH die folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresüberschuss beträgt Euro 264.901,41

Von dem Jahresüberschuss werden 3% bezogen auf die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens in Höhe von 67.551,21 € an die Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeschüttet und 197.350,20 € auf neue Rechnung vorgetragen.

VII. Sonstiges

Zweigniederlassungen

Im Rahmen des Auftrages zum Einsammeln und Befördern der Abfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz wurde zum 01.01.2011 eine unselbstständige Betriebsstätte zur Abstellung von Fahrzeugen in der Lutherstadt Eisleben, Kasseler Straße 47, errichtet.

Während des Geschäftsjahres wurde das Unternehmen von einem Geschäftsführer, Herrn Dominik Lammert, geführt.

SHS Energiedienste GmbH¹⁾

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.
- (2) Zur Erreichung des Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu errichten, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Böttcher, Jens

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2014 (vorher: Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	21	2	27	2	35	2	-6	-22
Umlaufvermögen	395	33	353	28	508	35	42	12
Rechnungsabgrenzungsposten	791	65	863	70	927	63	-72	-8

Bilanzsumme	1.207	100	1.243	100	1.470	100	-36	-3
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25	2	22	2	22	1	3	14
Rückstellungen	384	32	263	21	102	7	121	46
Verbindlichkeiten	798	66	958	77	1.346	92	-160	-17

Bilanzsumme	1.207	100	1.243	100	1.470	100	-36	-3
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.736	2.744	2.626
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	3	-3	-10
sonstige betriebliche Erträge	185	271	100
Materialaufwand	2.109	2.451	2.385
Personalaufwand	437	483	397
Abschreibungen	10	13	12
sonstige betriebliche Aufwendungen	240	113	127
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	8	11
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	123	-56	-216
sonstige Steuern	87	1	1
Erträge aus Verlustübernahmen	0	57	217
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	33	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,30	-2,06	-8,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	162,75	-258,58	-989,86	%
Cash-Flow:	45	-44	-205	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	418	430	388	T€
Personalaufwandsquote:	14,96	16,06	14,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,74	2,17	2,40	%
Eigenkapitalquote:	2,07	1,76	1,49	%
Fremdkapitalquote:	97,93	98,24	98,51	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Lichtpunkte	22.998,00	22.888,00	22.782,00	Stk.

e) Lagebericht**1. Grundlagen der SHS Energiedienste GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
- 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
- 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
 - 4.1.1. Absatz/Umsatz/Erträge
 - 4.1.2. Variable Aufwendungen
 - 4.1.3. Sonstige betriebliche Aufwendungen
 - 4.1.4. Personal- und Sozialbereich
 - 4.1.5. Sonstige Steuern
 - 4.1.6. Jahresergebnis
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht**6. Chancen- und Risikobericht**

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der SHS Energiedienste GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die SHS Energiedienste GmbH erbringt Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und nimmt alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte vor.

Alleinige Gesellschafterin der SHS Energiedienste GmbH ist die Stadtwerke Halle GmbH. Eigene Beteiligungen besitzt die SHS Energiedienste GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterscheidet zwei Geschäftsfelder. Kerngeschäft ist das Geschäftsfeld zur Erbringung von Dienstleistungen für Kunden im Stadtgebiet Halle und für die Stadt Halle (Saale) betreffend die öffentliche technische Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung.

Andererseits wird derzeit ein weiteres Geschäftsfeld aufgebaut, welches die Erbringung von Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in deren Alleineigentum stehenden Gesellschaften zum Inhalt hat.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung der Stadtbeleuchtung im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die Steigerung deren Energieeffizienz.

Eine weitere Zielstellung der SHS Energiedienste GmbH ist die Bereitstellung von Energiedienstleistungen für die Stadt Halle und für Gesellschaften, welche in deren Alleineigentum stehen mit der Maßgabe der Ausschöpfung von Potentialen zur Energieeinsparung.

1.3. Steuerung

Der Geschäftsführer der SHS Energiedienste GmbH ist Herr Jens Böttcher. Die Gesellschaft beschäftigt sieben gewerbliche Mitarbeiter und bezieht kaufmännische und technische Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Darüber hinaus wird das neue Geschäftsfeld der Energiedienstleistungen durch zwei Mitarbeiter, welche jeweils hälftig im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung für die SHS tätig sind, betreut.

Die ab 01. Dezember 2013 gültigen Geschäftsbesorgungsverträge zwischen der SHS Energiedienste GmbH und der EVH GmbH über die kaufmännischen Dienstleistungen und mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH über die technischen Dienstleistungen bestanden im Geschäftsjahr 2014 fort.

Ebenso der Geschäftsbesorgungsvertrag zum Personalmanagement mit der Stadtwerke Halle GmbH und die zwischen der SHS Energiedienste GmbH und der Stadtwerke Halle GmbH getroffene Cash-Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von T€ 2.000.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Struktur / Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt. Änderungen wurden deshalb nur mit dem Ziel der Einführung des neuen Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“ vorgenommen. In diesem Zusammenhang erfolgte laut Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 06. März 2014 die Umfirmierung von Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH in SHS Energiedienste GmbH. Ebenso erfolgte eine Anpassung des Geschäftszweckes, indem unter anderem die Erbringung von Energiedienstleistungen ergänzt wurde.

Dem neuen Geschäftsbereich „Energiedienstleistungen“ sind zwei Mitarbeiter mit einem Stellenanteil von jeweils 50 Prozent zugeordnet.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhalten positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 % auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Mit der Stadt Halle (Saale) hat die Gesellschaft zum 01. Februar 2011 einen Beleuchtungsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Durch diesen Vertrag ist die Gesellschaft verpflichtet, über die Vertragslaufzeit Maßnahmen zum Betrieb, zur Instandsetzung, zur Erneuerung sowie zur Erhöhung der Energieeffizienz der Beleuchtungsanlagen durchzuführen. Dafür erhält die Gesellschaft ein vertraglich fixiertes Entgelt. Mit Wirkung zum 01. Januar 2014 wurde der Vertrag um eine Regelung für zeitweilig außer Betrieb befindliche Lichtpunkte im Stadtgebiet ergänzt.

Im August 2013 wurde mit der Stadtwerke Halle GmbH ein Geschäftsbesorgungsvertrag zur Erbringung von Kommunikations- und Marketingleistungen durch die Abteilung Stadtwerkekommunikation geschlossen. Dieser ist seit 01. Januar 2014 gültig.

Mit der Hallesche Verkehrs AG (HAVAG) wurde im Oktober 2013 ein Vertrag zur Durchführung technischer Serviceleistungen an Beleuchtungsanlagen im Bereich von Haltestellen der HAVAG geschlossen. Dieser trat ebenfalls ab 01. Januar 2014 in Kraft.

Wirksam ab 01. Januar 2014 wurde ein Vertrag mit der Hafen Halle GmbH über die Erbringung von technischen Serviceleistungen an Anlagen der Hafenbeleuchtung geschlossen.

Mit der Evangelischen Paulusgemeinde Halle (Saale) e. V. wurde im Januar 2014 ein Vertrag über den Betrieb der Beleuchtungsanlage zur Anstrahlung des Objektes „Pauluskirche“ inklusive der Energielieferung abgeschlossen.

Im Dezember 2014 schloss die SHS Energiedienste GmbH einen Vertrag mit der Tüßling Thielmann Immobilien GbR zur Energielieferung für die Straßenbeleuchtungsanlage im Rostocker Weg, Halle (Saale).

Mit dem BGH Urteil VII ZR 88/12 vom 24. April 2013 sind alle Straßenbeleuchtungsanlagen im Sinne des § 9 Abs. 7 Satz 2 KWKG als eine Abnahmestelle zu zählen. Damit werden die über 600 Abnahmestellen der SHS für die Berechnung der Umlagen zusammengefasst. Dies betrifft im Wesentlichen die KWK-Umlage, die Offshore-Haftungsumlage und die Umlage nach §19 StromNEV. Diesem Urteil wurde im Geschäftsjahr 2014 Rechnung getragen und alle entsprechenden Maßnahmen umgesetzt.

Die SHS Energiedienste GmbH hat mit Wirkung zum 01. September 2014 mit der EVH GmbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag geschlossen. Dieser hat die Erbringung von Energiedienstleistungen für die EVH GmbH zum Inhalt.

Im Geschäftsjahr 2014 hat die SHS ein Konzept der Eigenerzeugung von Strom im Rahmen eines Pachtmodells umgesetzt. Die Gesellschaft ist damit Erzeugerin der für den Eigenbedarf benötigten elektrischen Energie.

Die Betriebsführung sowie sonstige Dienst- und Lieferleistungen sind durch Verträge geregelt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Aufgrund der derzeitigen fast ausschließlichen Vertragsbeziehung mit der Stadt Halle (Saale) und des daraus resultierenden Alleinstellungsmerkmals liegen keine marktbezogene Informationen zu Wettbewerbern, zur Wettbewerbsintensität und zur Stellung im Markt vor.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Am 13. Dezember 2012 hat der Deutsche Bundestag einer von der Bundesregierung vorgelegten Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten (AbschaltVO) zugestimmt. Nach der Verordnung sollen bestimmte Großverbraucher die Leistungen zur kurzfristigen Abschaltung vorhalten und dafür eine Vergütung vom Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) erhalten. Die dabei entstandenen Kosten werden dann unter den ÜNB verteilt und auf alle Letztverbraucher ohne Unterscheidung nach Letztverbrauchergruppen umgelegt. Die Umlage wurde ab 01. Januar 2014 fällig.

Dem BGH Urteil VII ZR 88/12 vom 24. April 2013 wurde im Geschäftsjahr 2014 Rechnung getragen. Demnach waren alle Straßenbeleuchtungsanlagen im Sinne des § 9 Abs. 7 Satz 2 KWKG als eine Abnahmestelle zu zählen. Damit wurden die über 600 Abnahmestellen der SHS für die Berechnung der Umlagen zusammengefasst. Dies betraf im Wesentlichen die KWK-Umlage, die Offshore-Haftungsumlage und die Umlage nach §19 StromNEV.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor des Geschäftes ist der Einspareffekt an elektrischer Energie, welcher maßgeblich von den getätigten Energieeffizienzmaßnahmen und der Sonnenscheindauer beeinflusst wird.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 Vorbereitungshandlungen für den Aufbau des neuen Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“ durchgeführt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Mit der Gründung der SHS Energiedienste GmbH wurde ein Arbeitnehmerüberlassungsvertrag mit der EVH GmbH geschlossen. Das betreffende Personal ist mit Wirkung zum 01. Januar 2012 direkt auf die Gesellschaft übergegangen. Der Arbeitnehmer-überlassungsvertrag bestand bis Mai 2014 lediglich noch für eine Person.

Zum 01. September 2014 wurden mit der EVH GmbH Arbeitnehmerüberlassungs-verträge für zwei Mitarbeiter der EVH GmbH geschlossen. Diese dienen dem Aufbau des neuen strategischen Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

4.1.1. Absatz/Umsatz/Erträge

Umsatzerlöse Strom

Die SHS Energiedienste GmbH erzielte durch Weiterberechnungen von Strom an die DSM Deutsche Städte Medien GmbH sowie an die Stadt Halle und die HWS im Geschäftsjahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 132,5. Dies sind T€ 0,4 weniger als im Vorjahr (T€ 132,9).

Umsatzerlöse Service

Zum 31. Dezember 2014 betragen die Umsatzerlöse Service T€ 2.603,9. Diese Position beinhaltet hauptsächlich den Beleuchtungsvertrag mit der Stadt Halle. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 2.611,5) verringerten sich die Umsatzerlöse aus Service um T€ 7,6. Dies ist auf eine Verringerung des Lichtpunktpreises zurückzuführen.

Sonstige betriebliche Erträge

Im abgelaufenen Geschäftsjahr generierte das Unternehmen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von T€ 185,0. Das sind T€ 86 weniger als im Vorjahr. So wurden im Vorjahr im Rahmen des Juni-Hochwassers Aufwendungen für Arbeits- und Entsorgungsleistungen an die Stadt Halle weiterberechnet. Gegenläufig wirkten im Jahr 2014 höhere Weiterberechnungen für Instandhaltungsmaßnahmen für Schäden an Dritte sowie betriebliche Erträge aus einem im Jahr 2014 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der EVH GmbH.

4.1.2. Variable Aufwendungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen in der SHS Energiedienste GmbH Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von T€ 2.109,6 an (Vorjahr: T€ 2.450,7).

Aufwendungen für sonstiges Material

Im Geschäftsjahr 2014 wandte das Unternehmen für Material T€ 272,4 (Vorjahr: T€ 350,2) auf. Grund für den Rückgang waren niedrigere Aufwendungen für Instandhaltung sowie für Material, welches im Rahmen der Arbeits- und Entsorgungsleistungen an die Stadt Halle weiterberechnet wurde.

Bezug Strom

Die Gesellschaft bezog von der EVH GmbH 6,1 GWh Strom (Vorjahr: 9,0 GWh). Dafür musste das Unternehmen T€ 1.112,3 aufwenden (Vorjahr: T€ 1.569,4). Hauptsächlich beruht diese Verringerung auf der teilweisen Eigenproduktion von Strom im Wirtschaftsjahr 2014. Weiterhin führten die in den Vorjahren durchgeführten Energieeffizienzmaßnahmen zu einem geringeren Strombezug.

Aufwendungen für Brennstoffe

Im Jahr 2014 bezog die Gesellschaft von der EVH GmbH 3,4 GWh Erdgas für die Eigenstromproduktion (Vorjahr: 0,0 GWh). Hierfür wendete sie inklusive der erforderlichen CO₂-Zertifikate T€ 127 auf (Vorjahr: T€ 0,0).

Bezogene Leistungen

Die bezogenen Leistungen umfassten hauptsächlich Fremdleistungen für Instandhaltungen, den Dienstleistungsvertrag mit der EVH GmbH zu kaufmännischen und technischen Dienstleistungen, die Weiterberechnung von Schäden, deren Verursacher bekannt sind sowie Verträge zur Arbeitnehmerüberlassung und den neu geschlossenen Betriebsführungsvertrag für die Stromerzeugungsanlage mit der EVH GmbH. Insgesamt wurden für bezogene Leistungen T€ 597,9 aufgewandt (Vorjahr: T€ 531,2). Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beruht auf höheren bezogenen Leistungen aus Dienstleistungsverträgen und dem neuen Betriebsführungsvertrag infolge der Eigenstromproduktion. Gegenläufig wirkten niedrigere Aufwendungen im Jahr 2014 für Fremdleistungen und für Instandhaltung.

4.1.3. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2014 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 240,5 (Vorjahr: T€ 113,3). Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um T€ 127,2. Im Geschäftsjahr 2014 fielen erstmals Aufwendungen für die Pacht einer Stromerzeugungsanlage sowie Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen in dieser Position an.

4.1.4. Personal- und Sozialbereich

In 2014 wandte das Unternehmen für Personal T€ 437,4 auf. Dies waren T€ 46,2 weniger als im Vorjahr (T€ 483,6). Diese Abweichung ist hauptsächlich durch den niedrigeren Saldo der Zuführungen zu Rückstellungen für Altersvorsorge im Vergleich zum Vorjahr bedingt. Eine im Vorjahr in Höhe von T€ 72,9 gebildete Rückstellung für Vorruhestand wurde aufgelöst und dafür eine Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von T€ 92,7 gebildet, da die ursprünglich geplante Regelung durch den Abschluss eines Altersteilzeitvertrages nicht mehr zum Tragen kam.

4.1.5. Sonstige Steuern

Im Jahr 2014 fielen in dieser Position Aufwendungen in Höhe von T€ 87,2 an (Vorjahr: T€ 0,4). Ursächlich für die Erhöhung war der Anfall von Stromsteuer für Betriebsverbrauch infolge der Eigenproduktion von elektrischer Energie.

4.1.6. Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2014 erwirtschaftete die SHS Energiedienste GmbH einen Gewinn vor Gewinnabführung in Höhe von T€ 35,6 (Vorjahr: Verlustübernahme durch SWH T€ 56,6). Entsprechend des mit der SWH abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrages wurden davon T€ 32,5 an die SWH abgeführt. Aufgrund der handelsrechtlichen Verpflichtung zum Ausgleich von vor dem Abschluss eines Gewinnabführungsvertrages entstandenen Verlustes mit danach entstandenen Überschüssen, schlägt der Geschäftsführer vor, den Jahresüberschuss in Höhe von T€ 3,1 zur Tilgung des Verlustvortrages zu verwenden.

Der Gewinnabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der SHS Energiedienste GmbH vom 18. Mai 2011 mit Änderungsvertrag vom November 2013 blieb unverändert bestehen.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die SHS Energiedienste GmbH wurde mit einem Stammkapital in Höhe von T€ 25 ausgestattet. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 2014 auf T€ 21,9. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 1,8 Prozent.

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von T€ 3,7 getätigt (Vorjahr: T€ 4,5). Diese betrafen Werkzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2014 im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt.

Die Stadtwerke Halle GmbH stellt der SHS Energiedienste GmbH einen unbefristeten Cash-Pool-Kreditrahmen in Höhe von T€ 2.000 zur Verfügung, sodass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

4.3. Vermögenslage

Die SHS Energiedienste GmbH wies am 31. Dezember 2014 einen negativen Finanzmittelbestand in Höhe von T€ 213,7 (Vorjahr: T€ 370,5) aus. Somit verbesserte sich die Liquidität des Unternehmens um T€ 156,8.

Die Verbesserung ergibt sich in erster Linie aus einem positiven Saldo der Rückstellungen in Höhe von T€ 121,6 (Vorjahr: T€ 161,0) und einer Verringerung der Verbindlichkeiten um T€ 36,2 (Vorjahr: Erhöhung um T€ 400,9) und führt somit zu einem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 32,6.

Aufgrund des zwischen der SHS Energiedienste GmbH und der Stadt Halle abgeschlossenen Beleuchtungsvertrages (Vertragslaufzeit 15 Jahre) führte die SHS Energiedienste GmbH in den Vorjahren Investitionen zur Effizienzsteigerung durch. Diese Investitionen werden bei der Stadt Halle als Anlagevermögen und bei der SHS Energiedienste GmbH als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und über die Laufzeit abgeschrieben.

Die Verringerung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von T€ 71,3 und Ausgaben für Investitionen in Höhe von T€ 3,7 (Vorjahr T€ 4,5) führt zu einem positiven Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von T€ 67,6.

Der Verlustausgleich des negativen Vorjahresergebnisses in Höhe von T€ 56,6 (Vorjahr T€ 216,6) wirkte sich ebenfalls positiv auf die Liquidität und somit auf den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit aus.

4.4. Gesamtaussage

Insgesamt setzte sich im Jahr 2014 der Trend einer leichten Verbesserung des Jahresergebnisses und des Finanzmittelbestandes fort.

Das geplante positive Jahresergebnis wurde zur Zufriedenheit der Geschäftsführung übertroffen.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2014 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die SHS Energiedienste GmbH notwendig machen würden.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Die Implementierung eines solchen Systems ist gemäß dem Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) vom 25. Juni 2014 für alle Mehrheitsbeteiligungen der Stadt geregelt. In diesem Kontext betreibt die SHS Energiedienste GmbH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Im Rahmen einer jährlich durchgeführten Risikoinventur werden Chancen und Risiken erfasst und nach möglicher Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert. Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems beauftragt, die Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG zu überprüfen. Art und Umfang dieser Prüfung ergeben sich aus dem IDW Prüfungsstandard „Die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems nach § 317 Abs. 4 HGB (IDW PS 340)“. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung dieser Maßnahmen. Als Ergebnis hat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

6.2. Chancen und Risiken

Es sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6.3. Gesamtbild

Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, sind nicht erkennbar.

7. Prognosebericht

Das Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle“ war kein Bestandteil der Planung, da es sich erst im Aufbau befindet.

7.1. Umsatzentwicklung

Die Position Umsatzerlöse umfasst hauptsächlich die Einnahmen aus dem Beleuchtungsvertrag mit der Stadt Halle. Diese ist von der Anzahl der geplanten Lichtpunkte abhängig.

7.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2015 sollen Investitionen in Höhe von T€ 103,0 getätigt werden. Diese Steigerung gegenüber dem Jahr 2014 um T€ 99,3 ist hauptsächlich auf die geplante Anschaffung eines neuen Steigers zurückzuführen.

7.3. Finanzierung

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt auch unter Inanspruchnahme der eingeräumten Cash-Pool-Kontokorrentkreditlinie der SWH. Eine zusätzliche Aufnahme von Fremdmitteln ist derzeit nicht vorgesehen.

7.4. Ergebniserwartung

Für das Jahr 2016 prognostiziert die Gesellschaft ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von T€ 32,3. Die Gesellschaft geht davon aus, auch mittelfristig ein positives Jahresergebnis realisieren zu können.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Zum Teich 6
06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Rausch, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	645	100	668	100	710	100	-23	-3

Bilanzsumme	645	100	668	100	710	100	-23	-3
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	26	4	26	4	26	4	0	0
Rückstellungen	9	1	8	1	7	1	1	13
Verbindlichkeiten	610	95	634	95	677	95	-24	-4

Bilanzsumme	645	100	668	100	710	100	-23	-3
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.086	3.261	3.172
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	2.959	3.123	1.872
Personalaufwand	7	7	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	104	114	1.275
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	16	17	18
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	13	14	15
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,43	0,42	0,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	52,20	54,00	60,30	%
Cash-Flow:	13	14	15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,24	0,23	0,23	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	3,97	3,83	3,60	%
Fremdkapitalquote:	96,03	96,17	96,40	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
behandeltes Mischwasser	17,27	19,71	17,02	Mio. m ³
Klärgas	2,19	2,34	2,74	Mio. m ³
Klärschlamm	16.957,00	16.671,00	17.138,00	t
Stromerzeugung	5,16	4,77	5,09	Mio. kWh

e) Lagebericht

1. Grundlagen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH (TELONON) wurde mit dem Gesellschafterbeschluss vom 18. Dezember 1996 von der OKKA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in Grünwald (Landkreis München) in die TELONON Abwasserbehandlung GmbH umbenannt. Der Sitz der Firma wurde nach Halle verlegt. Der Eintrag ins Handelsregister B erfolgte am 10.07.1997.

Die TELONON ist ein 100%-iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Mit der SWH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

1.1.2. Geschäftsfelder

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, der Erwerb und die Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Seit dem 30. April 1997 führt die TELONON gemäß Betriebsführungsvertrag für die Kläranlage Halle-Nord GmbH mit Sitz in Grünwald den kaufmännischen und technischen Betrieb der Kläranlage Halle-Nord durch. Für die Erledigung der Aufgaben aus dem Betriebsführungsvertrag hat die Gesellschaft per Geschäftsbesorgungsvertrag das Personal der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) vertraglich gebunden.

1.2. Ziele und Strategien

Die TELONON überwacht für die Kläranlage Halle-Nord GmbH den von der HWS durchgeführten technischen und kaufmännischen Betrieb der HWS auf Ordnungsmäßigkeit. Die Kläranlage Halle-Nord GmbH ist Eigentümerin der Kläranlage Halle-Nord bis zum 31.12.2018.

Ziel ist es, den kaufmännischen und technischen Betrieb der Abwasserreinigungsanlage wirtschaftlich und effizient zu führen und dafür zu sorgen, dass das hierfür erforderliche Betriebspersonal zur Verfügung steht. Die Aufgaben der TELONON ergeben sich aus dem Betriebsführungsvertrag vom 30.04.1996.

1.3. Steuerung

Die TELONON besitzt außer dem Geschäftsführer kein eigenes Personal.

Auf der Grundlage des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der HWS kommen deren Organisationsaufbau und Regelungen bezüglich der Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse zum Tragen.

Die TELONON erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der HWS GmbH.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 gab es keine Veränderungen in der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

Der Betriebsführungsvertrag vom 30.04.1996 wurde durch Umbenennung der Eigentümergesellschaft in Kläranlage Halle-Nord GmbH (ehemals Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG) entsprechend geändert. Die Kläranlage Halle-Nord GmbH ist Rechtsnachfolgerin der alten Gesellschaft. Alle übrigen Vereinbarungen des Betriebsführungsvertrages behalten weiterhin unverändert Gültigkeit.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 % auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2014 traten für die TELONON Abwasserbehandlung GmbH keine besonderen Ereignisse auf.

Zu größeren Störungen im Betrieb der Kläranlage kam es nicht.

Durch die hohe Auslastung der Kläranlage wurden durch die HWS in den Jahren 2013/2014 Investitionen von 1,2 Mio. EUR für einen zusätzlichen Nacheindicker und einen neuen Schlammspeicher getätigt.

Im Jahr 2014 wurden auf der Kläranlage Halle-Nord 17,27 Mio. m³ Mischwasser behandelt (2013 = 19,71 Mio. m³). Bezogen auf die Trockenwetterzulaufmenge betrug die durchschnittliche Abwassermenge 41.930 m³/d (2013 = 46.272 m³/d).

Seit Juli 2001 übernimmt die Kläranlage Halle-Nord zusätzlich Deponiesickerwasser aus der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau. Im Jahr 2014 wurden 118.727 m³ Sickerwasser (2013 = 100.557 m³) ordnungsgemäß gereinigt.

Die Ablaufwerte wurden im Jahr 2014 im Allgemeinen stabil eingehalten. Es wurden keine Überwachungswerte der wasserrechtlichen Genehmigung überschritten.

Im Jahr 2014 wurden 54,3 t Rechengut und 563,6 t Sandfangrückstände entsorgt. Gleichzeitig fielen 16.957 t Klärschlamm an, die durch die SUC GmbH, Abfallbehandlung Döllnitz entsorgt wurden.

Durch das angefallene Klärgas (Gesamtanfall 2,19 Mio. m³) wurden im Jahr 2014 in den Blockheizkraftwerken 5,16 Mio. kWh Strom erzeugt (2013: 4,77 Mio. kWh).

Insgesamt wurden im Jahr 2014 54 % des Gesamtstromverbrauches der Kläranlage Halle-Nord selbst erzeugt.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Fäkalien aus dem Umland der Stadt Halle angenommen, verarbeitet und gereinigt. Im Jahr 2014 betrug diese Menge 9.774 m³ (2013: 9.867 m³). Der Rückgang dieser Menge ist auf den steigenden Anschluss der Gebäude an zentrale Abwasserreinigungsanlagen zurückzuführen.

Die Betriebsführung wurde für die Kläranlage Halle-Nord GmbH durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH für das Geschäftsjahr 2014 ordnungsgemäß erfüllt.

Für den Anstieg der Betriebskosten sind im Wesentlichen Preissteigerungen bei den Betriebsstoffen (Strom, Chemikalien) ursächlich. Hierbei konnten jedoch durch zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Betriebsoptimierung Erfolge erzielt werden, die im Ergebnis weitere Kostensteigerungen verhindern konnten.

Besondere Vorkommnisse in der Betriebsführung sind im Verlauf des gesamten Geschäftsjahres nicht aufgetreten.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Ansiedlungspolitik und die Zunahme der Bevölkerung in der Stadt Halle wird sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der Kläranlage auswirken.

Durch die Überleitung der südlichen und östlichen Stadtteile von Halle reinigt die Kläranlage ca. 99 % des gesamten anfallenden Abwassers der Stadt Halle und hat damit ihre volle frachtmäßige Auslastung erreicht.

In den nächsten Jahren wird sich der Anschluss aus Gewerbeansiedlung in Halle und von einigen Gemeinden des Saalekreises noch weiter erhöhen.

Der Abwasseranfall auf der Kläranlage Halle-Nord ist im Vergleich zum Vorjahr gefallen. Der Trend der letzten Jahre zeigt einen rückläufigen Abwasseranfall. Durch den Rückgang des Trinkwasserverbrauchs in der Stadt Halle wird sich dieser Trend fortsetzen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die politische und rechtliche Entwicklung hat nach derzeitigen Erkenntnissen keinen Einfluss auf den Betriebsführungsvertrag der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Mitglied der IHK Halle und der Berufsgenossenschaft der Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM).

Mit der noch vorgesehenen Erweiterung des Einzugsgebietes wird sich der zurzeit sehr hohe Auslastungsgrad der Kläranlage Halle-Nord in den Folgejahren kaum ändern. Derzeit laufen die Planungen zur Erweiterung der biologischen Anlage.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Auf der Grundlage des abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages mit der Kläranlage Halle-Nord GmbH und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der HWS wird sich das Aufgabengebiet der TELONON Abwasserbehandlung GmbH in den nächsten Jahren nicht ändern. Die Erweiterung der Geschäftsfelder ist nur in begrenztem Maße möglich.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH hat außer dem Geschäftsführer kein eigenes Personal. Sie bedient sich zur Erfüllung ihrer Betriebsführungsaufgaben des Personals der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Betriebskosten auf der Kläranlage haben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entsprechend der allgemeinen Preissteigerung leicht erhöht. Durch die Annahme von Sickerwasser aus der Deponie und Fäkalien aus dem Umland von Halle werden die Einnahmen erhöht und damit die Wirtschaftlichkeit des Klärwerkes verbessert. Ein Vergleich mit anderen Abwasserreinigungsanlagen dieser Größenordnung zeigt, dass die Kläranlage Halle-Nord wirtschaftlich betrieben wird.

Die TELONON erzielte im Geschäftsjahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von 3.086 TEUR. Diese betreffen ausschließlich die Erlöse aus der kaufmännischen und technischen Betriebsführung der TELONON für die Kläranlage Halle-Nord GmbH. Der Rückgang zum Vorjahr um 175 TEUR ist durch die niedrigeren Aufwendungen für den Betrieb der Kläranlage begründet.

Der variable Aufwand in Höhe von 2.958 TEUR wurde zum Vorjahr um 165 TEUR unterschritten. Maßgeblich dafür ist der Rückgang in der Position Fremdleistungen für produktive Zwecke. Hier konnten Kostensenkungen durch Ablösung der Fremdleistungen durch Eigenleistungen erreicht werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden mit 10 TEUR unter dem Vorjahreswert ausgewiesen. Dies resultiert im Wesentlichen aus den niedrigeren Rechts- und Beratungskosten.

Insgesamt hat die TELONON im Jahr 2014 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 13,3 TEUR erreicht. Das sind 3,3 TEUR mehr als geplant, was einer Planübererfüllung von 33 % entspricht.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das voll eingezahlte Stammkapital beträgt 25.564,59 EUR (50.000 DM) und wird von der Stadtwerke Halle GmbH gehalten.

4.2.2. Investitionen

Investitionstätigkeiten werden durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht durchgeführt.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der TELONON und der Stadtwerke Halle GmbH eine Cash-Pool-Vereinbarung abgeschlossen. Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben.

Zusätzliche Kreditvereinbarungen gibt es keine.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringerte sich zum Vorjahr um 22,8 TEUR auf 644,7 TEUR. Im Wesentlichen ist diese Entwicklung auf den Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten haben sämtlich eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

4.4. Gesamtaussage

Der TELONON werden die laufenden Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kläranlage Halle-Nord in Höhe der tatsächlich anfallenden Aufwendungen durch die Kläranlage Halle-Nord GmbH erstattet. Das Jahresergebnis unterliegt damit keinem Einfluss durch die der TELONON von der HWS berechneten Kosten aus der technischen Geschäftsbesorgung. Das Jahresergebnis wird ausschließlich durch die Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit der kaufmännischen Betriebsführung beeinflusst, da die kaufmännische Betriebsführung über ein pauschales Entgelt durch die Kläranlage Halle-Nord GmbH abgegolten wird.

Der bestätigte Wirtschaftsplan des Jahres 2014 wurde eingehalten.

Mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Jahresgewinn in Höhe von 13.343,56 EUR wird an die Gesellschafterin abgeführt.

5. Nachtragsbericht

Es sind nach dem Bilanzstichtag keine wesentlichen Veränderungen eingetreten.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Die Implementierung eines solchen Systems ist gemäß dem Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) vom 25. Juni 2014 für alle Mehrheitsbeteiligungen der Stadt geregelt.

In diesem Kontext betreibt die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Im Rahmen einer jährlich durchgeführten Risikoinventur werden Chancen und Risiken erfasst und nach möglicher Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems beauftragt, die Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG zu überprüfen. Art und Umfang dieser Prüfung ergeben sich aus dem IDW Prüfungsstandard „Die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems nach § 317 Abs. 4 HGB (IDW PS 340)“. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung dieser Maßnahmen.

Als Ergebnis hat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

6.2. Chancen und Risiken

Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Mit dem 31.12.2018 endet der Erbbaurechtsvertrag zwischen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft und der Kläranlage Halle-Nord GmbH. Ab 01.01.2019 übernimmt die HWS GmbH die Kläranlage Halle-Nord in ihre Verantwortung. Damit endet auch die Betriebsführung durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

6.3. Gesamtbild

Das Risikomanagementsystem der TELONON benennt für das 2014 keine den Bestand des Unternehmens gefährdeten Risiken.

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

Die Umsatzentwicklung in den Folgejahren gestaltet sich gleichbleibend. Mögliche Kostenanstiege u.a. für Strom und Chemikalien wurden in der Planung berücksichtigt.

7.2. Investitionen

Investitionstätigkeiten werden durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht durchgeführt. Wirtschaftliche Auswirkungen durch Kredite sind daher nicht zu erwarten.

7.3. Finanzierung

Die Finanzierung der TELONON erfolgt komplett aus Eigenmitteln. Es sind keine Kreditnahmen erforderlich.

7.4. Ergebniserwartung

Bis 2018 sind keine Veränderungen zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens absehbar.

Die Wirtschaftsplanung weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 10,0 TEUR für die Geschäftsjahre 2015 bis 2018 aus. Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend Ergebnisabführungsvertrag an die SWH GmbH abgeführt.

WER-Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Winter, Thomas

Handlungsbevollmächtigter: Günther, Peter

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	14	3	0	0	0	0	14	
Umlaufvermögen	544	97	799	100	809	100	-255	-32
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	2	0	1	0	-1	-50

Bilanzsumme	559	100	801	100	810	100	-242	-30
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	490	88	696	87	664	82	-206	-30
Rückstellungen	53	9	96	12	129	16	-43	-45
Verbindlichkeiten	16	3	9	1	17	2	7	78

Bilanzsumme	559	100	801	100	810	100	-242	-30
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	184	198	198
sonstige betriebliche Erträge	47	71	12
Materialaufwand	90	86	77
Personalaufwand	18	19	24
Abschreibungen	3	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	58	78	72
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	62	86	33
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14	32	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	48	54	23
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	48	54	23

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	26,33	27,31	11,40	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,94	8,41	3,52	%
Cash-Flow:	51	54	23	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	115	134	105	T€
Personalaufwandsquote:	7,83	7,24	11,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,47	0,02	0,02	%
Eigenkapitalquote:	87,62	86,92	82,01	%
Fremdkapitalquote:	12,38	13,08	17,99	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	3.720,00	3.765,10	3.657,40	Mg

e) Lagebericht

Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhalten positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 % auf 9,8 % zurückging.

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

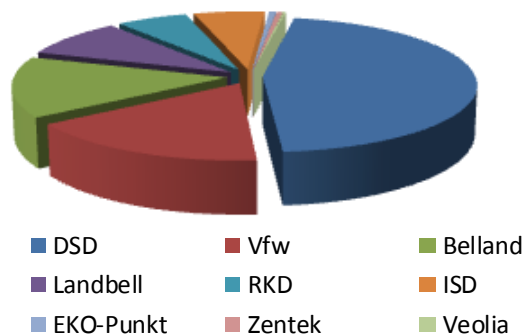
Das Altglas ist aktuell ein bedeutender Bestandteil für neue Glasverpackungen. Daraus ist die Wichtigkeit des Einsammelns und Aufbereitens von gebrauchten Verpackungen aus Glas abzuleiten. Ein bedeutender Vorteil des Stoffes Glas ist sein Recycling in beliebiger Anzahl. Zur Unterstützung des Recyclingprozesses ist die Getrennterfassung in den Farben Weiß, Grün und Braun unerlässlich. Je sortenreiner die Scherben nach der Sammlung an die Aufbereitung übergeben werden, desto höhere Qualitäten lassen sich in den Sortieranlagen erreichen. Ebenso bedeutend für die Qualität ist die geringe Menge an Fremdstoffen in den Erfassungsmengen. Dazu sind die Erfassungsbehälter mit Aufklebern versehen, die über die wichtigsten Regeln informieren.

Auf der Grundlage von Leistungsverträgen über die Sammlung von Verkaufsverpackungen aus Glas steht die WER Halle GmbH mit der DSD GmbH, der EKO-Punkt GmbH, der Landbell AG, der ISD Interseroh Dienstleistungs GmbH, der Belland Vision GmbH, der Reclay Vfw GmbH Duales System Redual, der Zentek GmbH & Co. KG, der Vfw Reclay GmbH Duales System Vfw, der Veolia Umweltservice Dual GmbH, der RKD Recycling Kontor Dual GmbH & Co. KG und seit 2014 auch mit der ELS GmbH in Geschäftsbeziehungen. Zum 31. Dezember 2014 hat die EKO-Punkt GmbH ihre Geschäftstätigkeit des Geschäftsbereiches Duales System im gesamten Bundesgebiet eingestellt.

Aus diesem Grund müssen die zugerechneten Verwertungsmengen für das Kalenderjahr dem Verwertungspartner in exakter Tonnage übergeben werden. Ein Lagerbestand von Altglasmengen der EKO-Punkt GmbH ist somit ausgeschlossen.

Allen dualen Kunden wird das Getrenntsammlungssystem der WER Halle GmbH gemeinschaftlich zur Verfügung gestellt und entsprechend der gemeldeten Marktanteile ordnet sich die Tonnageleistung den einzelnen Partnern zu. Der Mengenstrom entwickelte sich für die einzelnen Partner unterschiedlich, was der nachfolgenden Übersicht der Gesamttonnage des Jahres 2014 zu entnehmen ist.

Systempartner	Jahrestonnage
Duales System	1.711,0 Mg
Deutschland GmbH	
Reclay Vfw GmbH	621,3 Mg
BellandVision GmbH	542,0 Mg
Landbell AG	341,4 Mg
RKD Recycling Kontor	228,2 Mg
Dual GmbH & Co. KG	
Interseroh Dienstleistungs GmbH	226,3 Mg
EKO-Punkt GmbH	21,7 Mg
Zentek GmbH & Co. KG	18,6 Mg
Veolia Umweltservice Dual GmbH	9,5 Mg
Summe	3.720,0 Mg



Im abgelaufenen Geschäftsjahr war eine konsequente Umsetzung des Leistungsauftrages durch die WER Halle GmbH unerlässlich, um die Kundenzufriedenheit auf einem hohen Niveau zu realisieren. Über diesen Ausweis der Vertragspartner hinaus erweitert die Gesellschaft den Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind. Permanent steht für das Unternehmen die Wahrung der Entsorgungssicherheit auf einem qualitativ hohen Niveau im Blickpunkt, wobei strikte Termintreue, kurze Reaktionszeiten auf Kundenanfragen und eine besonders niedrige Reklamationsrate als direkter Gradmesser dienen. Gegenüber den Systembetreibern muss eine kontinuierliche, fehlerfreie und insbesondere unverzügliche Datenmeldung erfolgen. Alle diese Parameter konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr erfüllen und schließt deshalb mit Zufriedenheit ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2014 ab.

Veränderungen in der Gesellschaft

Mit Jahresbeginn des Geschäftsjahres 2014 begann die Leistungserfüllung der Vertragsverhältnisse aus dem Ausschreibungszeitraum vom 01. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2016 der WER Halle GmbH gegenüber den genannten Systembetreibern. Im Jahr 2013 setzte sich die Gesellschaft in einem marktwirtschaftlichen Wettbewerb durch und sicherte den Auftrag für die Erfassung von gebrauchten Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale) für die folgenden drei Jahre. Als Leistungspartner für das duale System knüpfte die WER Halle GmbH für den Sammelauftrag an die erfolgreiche Leistungserbringung der Vorjahre an. Die bewährten Prozessabläufe konnten fortgeführt werden und die vertragskonforme Erfüllung sichern.

Gleichfalls konnte eine konsequente Anpassung der Entsorgung an die vorhandenen Erfassungsmengen den Grundstein für das Agieren der Gesellschaft im Jahr 2014 legen. Die nahezu konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) wirkt sich ebenfalls auf die vergleichsweise gleichbleibende Sammelmenge des Jahres 2014 aus. Ein zweiter Erfolgsfaktor sind die ca. 1.365 Depotcontainer, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Kontinuierlich muss die WER Halle GmbH dieses Behältersystem pflegen und instand setzen.

Nach der Sammelleistung im Stadtgebiet erfolgt entlang der Stoffstromkette die Aufbereitung beziehungsweise die Verwertung der Glasmengen. Da die Verwertungsleistungen im Jahresrhythmus vakant sind, variierten auch zu Beginn des Jahres 2014 die Verwertungswege. Erfolgreich behauptete die WER Halle GmbH einen Großteil der Transportaufträge, die sie somit der regional günstig gelegenen Verwertungsgesellschaft Rhenus Recycling Ost GmbH & Co. KG in Bennstedt (Saalekreis) als Direktanlieferung anbieten konnte. Aus logistikoptimalen Gründen besteht somit die Möglichkeit Regiefahrten einzusparen und Lagerflächen zu reduzieren. Seit einigen Jahren trennen die Betreiber des dualen Systems die vormals zusammengefassten Leistungen des Transportes und der Verwertung. Ziel dabei ist die wettbewerbliche Vergabe der Logistikleistungen an Speditionsunternehmen. Als Konsequenz daraus resultiert für das Erfassungsunternehmen ein zusätzlicher Verwaltungsakt und die erschwerte Disposition aus dem Ungleichgewicht zwischen logistisch praktikablen Transporteinheiten und dem systembetreibereigenen Verwertungsauftrag.

Berichte über wichtige Projekte und Vorhaben

Nach dem Ende der Winterperiode hat die Gesellschaft die Maßnahmen zur Verbesserung des Erscheinungsbildes der 3 m³ Sammelgroßbehälter fortgesetzt und eine umfangreiche Reinigung der Depotcontainer beauftragt. Gleichzeitig wurden die Verbraucherinformationen auf den Behältern erneuert.

Weiter hat die WER Halle GmbH im Jahr 2014 die geplante Ersatzbeschaffung von drei 34 m³ Sammelcontainern umgesetzt. Davon wurde ein Behälter mit einer innenliegenden Pendelklappe ausgerüstet. Ziel ist die gleichzeitige Entsorgung von zwei Glasfraktionen an einem Standort in den beiden getrennten Containerkammern. Dabei sollen insbesondere Regiefahrten zwischen Standplätzen mit einer geringen Erfassungsmenge effektiver gestaltet werden.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um somit eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Anfallstellen umfasste zum Jahresende 2014 im Stadtgebiet 317 öffentliche Standplätze und 138 Anfallstellen gemäß § 3 Abs. 11 der Verpackungsverordnung und Anfallstellen des Freizeitbereiches. Zwar hat sich in der Gesamtzahl der Sammelstellen keine Veränderung ergeben, jedoch muss beachtet werden, dass mit dem permanenten Wandel von Standplätzen die WER Halle GmbH die infrastrukturelle Entwicklung der Stadt Halle (Saale) unterstützt. Zahlreiche Standplätze wurden umgebaut oder verlegt, was gleichfalls die Anpassung der Entsorgungsabläufe darstellt.

Zertifizierung

Die turnusmäßige Zertifizierung nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im ersten Quartal des abgelaufenen Geschäftsjahres erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 27. Februar 2014 dem TÜV Rheinland zur jährlichen Überprüfung vorgestellt. Als Ergebnis der externen Überprüfung testierte das Inspektionsunternehmen der WER Halle GmbH einen hohen Qualitätsstandard und sieht die Grundlage für ein erfolgreiches Fortbestehen in der Entsorgungsbranche als gesichert an.

Risikomanagement

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf einem aktuellen Stand. Zur Vervollständigung des Bewertungsansatzes hat die WER Halle GmbH in ihrer aktuellen Risikoanalyse die Beurteilung bis zum Jahr 2019 fortgeschrieben und die Analyse parallel zur Mittelfristplanung vorgenommen. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde, beauftragt durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems, eine Prüfung der Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Unter dem Begriff Risiko werden absehbare interne und externe Entwicklungen, Ereignisse, Handlungen oder unterlassene Handlungen verstanden, die den Konzern oder die Beteiligungsunternehmen daran hindern, die Ziele zu erreichen bzw. die verfolgten Strategien erfolgreich umzusetzen. Das Augenmerk ist deshalb nicht nur auf Verlustrisiken gerichtet, sondern auch darauf, dass Chancen nicht genutzt werden oder werden können.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Gesellschaft/Politik, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegrenzung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt möglichst objektiv und unternehmensweit einheitlich. Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken, mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Durch die angemessene Berichterstattung ist abzusichern, dass wesentliche Risikoinformationen den relevanten Stellen im Unternehmen frühzeitig zur Verfügung gestellt werden. In Verantwortung der zentralen Risikomanagementfunktion wird eine Gesamtrisikoubersicht erstellt. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Gesellschaft. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt und festgelegt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund. Die Ausgestaltung in den jeweiligen Gesellschaften basiert dabei im Wesentlichen auf der Struktur der Konzernrichtlinie.

Wirtschaftliche Lage

Die erfasste Altglasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2014 ist mit einer Sammelleistung von 3.720 Mg gegenüber dem Vorjahreswert von 3.765 Mg leicht gesunken. Dennoch kann dieser Wert als Bestätigung der Konstanz in der Erfassungstonnage um ein weiteres Jahr angesehen werden. Auf die Kernleistung der Sammlung hat die Mengenentwicklung keine direkte Auswirkung, da die Leistungen als Jahresdienstleistung pauschal definiert sind. Im Vergleich zum Vorjahr entwickelten sich die Umsatzerlöse und Erträge von TEUR 269 im Jahr 2013 auf TEUR 231 im Jahr 2014. Einen markanten Einfluss auf die Erträge hat dabei die Auflösung von Rückstellungen.

Die nahezu gleichbleibenden Erfassungsmengen zum einen und die Zunahme der Direkttransporte zum Verwerter zum anderen entwickelten die variablen Aufwendungen für die Sammel- und die Transportleistungen auf einen Wert von TEUR 90. Gegenüber dem Vorjahr, das einen variablen Aufwand von TEUR 86 ausweist, ist in dieser Entwicklung, in Höhe von TEUR 4, zudem der Rückgang von Leistungen der Reparatur der Betriebsausstattung abgebildet. Eine ausschlaggebende Einflussgröße für die Transportleistungen ist die Verschiebung der Markanteile von der ausschreibungsführenden DSD GmbH zur den weiteren dualen Systembetreibern. Während die DSD GmbH die Transportaufträge über ihr Tochterunternehmen DKR Deutsche Gesellschaft für Kreislaufwirtschaft und Rohstoffe mbH zumeist an Speditionsunternehmen vergibt, ist für die weiteren Unternehmen des dualen Systems der Verwerter verantwortlich.

Der Personalaufwand von TEUR 18, die Abschreibungen von TEUR 3 und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 57 umfassen im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Zusammen betrachtet entwickelten sich diese Aufwandspositionen von TEUR 98 im Vorjahr auf TEUR 79 im Jahr 2014 und stellen mit ihrer Senkung eine konsequente Beachtung der jahrelangen erfolgreichen Ergebnispolitik der Gesellschaft dar. Auf Grund der notwendigen Ersatzinvestitionen stieg im Jahr 2014 der Wert der Abschreibungen. Erwähnenswerte Einzelposition im sonstigen betrieblichen Aufwand ist die erforderliche Fortsetzung der Instandhaltung der Depotcontainer.

Auf Grund der anhaltend niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt kann die Gesellschaft keine nennenswerten Erträge aus ihrer guten Liquiditätsausstattung schöpfen.

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2014 ein Ergebnis von TEUR 48. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsausrichtung, erneut seine Wirtschaftskraft unter Beweis und erfüllt damit die gesteckten Ziele, indem bei einem geplanten Ergebnis nach Steuern von TEUR 4 die Beurteilung wiederholt deutlich ausfällt.

Die Bilanzsumme hat sich insgesamt von TEUR 801 zum Stichtag 2013 auf einen Wert zum 31. Dezember 2014 von TEUR 559 entwickelt. Einem Ausbau des Anlagevermögens durch die Investitionen von TEUR 17 steht auf der Aktivseite die Reduzierung der Forderungen gegenüber dem Cash Pool von TEUR 241 im Umlaufvermögen gegenüber. Auf der Passivseite ist die Reduzierung des Cash Pool mit der Reduzierung des Eigenkapitals verbunden. Auf Gesellschafterbeschluss wurden im abgelaufenen Jahr TEUR 200 aus dem Gewinnvortrag an die Gesellschafter ausgeschüttet. Weitere erklärende Aspekte sind der Rückgang des Jahresüberschusses um TEUR 6 und die Reduzierung der Rückstellungen um TEUR 43.

Personal

Zum 31. Dezember 2014 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,1 Vollzeitbeschäftigteneinheiten und fällt damit im Jahresvergleich leicht zurück. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung ausgeführt wird, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der Sammeltätigkeit. Der vorübergehende Rückgang ist in einem ruhenden Arbeitsverhältnis begründet.

Branchen- und Unternehmensausblick

Die Fortsetzung der Geschäftstätigkeit hat sich die Gesellschaft mit der erfolgreichen wettbewerblichen Vergabe bis zum 31. Dezember 2016 gesichert. Über diesen Zeitraum hinaus wird eine Ausschreibung der Leistung im Sammelgebiet der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2016 entscheiden. Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird auf Grund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Für die Gesellschaft liegt das Hauptaugenmerk auf der frist- und vertragsgerechten Umsetzung der Verträge. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen und ist mit der Optimierung der bestehenden Standplätze beziehungsweise deren Entsorgung beschäftigt. Damit soll die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) gefestigt oder gar gesteigert werden.

Für das Geschäftsjahr 2015 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von TEUR 4. Auch für das Jahr 2016 wird eine ähnliche Entwicklung erwartet.

Nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 haben sich keine Sachverhalte ergeben, welche wesentlich die Beurteilung des Geschäftsjahres 2014 verändern.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Liebenauer Straße 130
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kloß, Romy
Kuschnik, Jens

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	215	16	230	24	224	29	-15	-7
Umlaufvermögen	1.078	83	719	75	545	69	359	50
Rechnungsabgrenzungsposten	11	1	15	1	16	2	-4	-27

Bilanzsumme	1.304	100	964	100	785	100	340	35
--------------------	--------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	225	17	225	23	225	29	0	0
Rückstellungen	350	27	400	42	296	38	-50	-13
Verbindlichkeiten	729	56	339	35	264	33	390	115

Bilanzsumme	1.304	100	964	100	785	100	340	35
--------------------	--------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.111	3.789	4.094
sonstige betriebliche Erträge	75	119	134
Materialaufwand	1.280	1.123	1.490
Personalaufwand	2.072	2.057	2.004
Abschreibungen	54	55	60
sonstige betriebliche Aufwendungen	430	407	390
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	349	265	284
außerordentliche Erträge	72	0	0
außerordentliche Aufwendungen	0	86	215
außerordentliches Ergebnis	72	-86	-215
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	6	8	7
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	415	171	62
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	10,10	4,50	1,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	184,81	75,92	27,43	%
Cash-Flow:	469	226	121	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	78	66	74	T€
Personalaufwandsquote:	49,50	52,63	47,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	16,47	23,82	28,51	%
Eigenkapitalquote:	17,23	23,31	28,60	%
Fremdkapitalquote:	82,77	76,69	71,40	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	9.680,00	10.854,00	10.063,00	Anzahl
Jahrestichtagsablesungen	34.760,00	10.670,00	10.400,00	Anzahl
operativer Zählerwechsel	1.000,00	1.020,00	1.150,00	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	8.470,00	7.350,00	8.130,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Grundlagen der W + H Wasser- und Haustechnik GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der W + H Wasser- und Haustechnik GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet und ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur haustechnischer Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Unternehmen gliedert sich in die Geschäftsfelder:

- Wasserversorgung davon:
 - Bewirtschaftung der Wasserzähler und Standrohre; Reparatur von Trinkwasserleitungen
 - Hausanschlüsse/Tief- und Rohrleitungsbau (Errichtung von Trinkwasserversorgungsleitungen/Trinkwasserhausanschlüssen/Erbringung von Tiefbau-leistungen)
- Sammelkanal (Bewirtschaftung/Wartung/Instandhaltung der Kollektoren bzw. Sammelkanäle der Stadt Halle)
- Fernwärme/Gas (Betriebsführung/Wartung/Instandhaltung/Contracting von Fernwärme- und Gasanlagen)

Entsprechend § 128 KVG LSA betätigt sich die W + H als kommunales Unternehmen grundsätzlich auf dem gemeindlichen Gebiet der Stadt Halle (Saale) bzw. dem Versorgungsgebiet der HWS.

1.2. Ziele und Strategien

Die W + H wird auch zukünftig als Dienstleistungs-unternehmen auf dem Markt und innerhalb der Stadtwerkegruppe tätig sein, sich mit einer hohen Flexibilität an die gegebenen Erfordernisse anpassen und sich neuen Herausforderungen stellen. Durch die Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung zwischen dem WAZV Saalkreis und der HWS zum 31.12.2014 ergeben sich zukünftig Minderungen bei den Umsatzerlösen der W + H. Diese Umsatzeinbußen, die vorrangig in den Sparten Wasser und Hausanschlüsse / Tief- und Rohrleitungsbau zu verzeichnen sein werden, sind durch zusätzliche Umsatzerlöse teilweise auszugleichen. Der Fokus richtet sich dabei auf alle Bereiche des Unternehmens. Vorrangig betrachtet werden die Erweiterung des Leistungsspektrums auf dem Gebiet der Energiedienst-leistungen und des Zählermanagements (Wasser / Gas).

Diese Entwicklungen wurden im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2015 bereits berücksichtigt.

Im Rahmen des Programms „Exzellenz plus 20“ der Stadtwerke Gruppe sind zusätzliche Ergebnisbeiträge im Planungszeitraum enthalten, die in unterschiedlichen Projekten, die derzeit sowohl in der Prüfungs-, Konzeptions- und Umsetzungsphase befindlich sind, erwartet. In Umsetzung dieser Projekte werden sowohl quantitative als auch qualitative Ziele der W + H verfolgt.

Die Projekte sind auf folgende Hauptschwerpunkte ausgerichtet:

1. Kostenreduzierung durch Personaloptimierung
2. Tätigkeitsbereich Dienstleistungen (Ausbau von Dienstleistungen für Unternehmen der SWH – Gruppe)
3. Tätigkeitsbereich Sammelkanal
4. Komplettendienstleistungen im Mess- und Zählwesen Sparte Gas
5. Ausbau von Leistungen für die HWS im Wasserzählermanagement
6. Ausbau von Leistungen für die HWS im Bereich Tiefbau
7. Ausbau von Leistungen für die EVH im Bereich Nahwärme und Contracting
8. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Prüfstelle nach 2016

Bestandsgefährdende Risiken oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht bekannt.

1.3. Steuerung

Die Steuerung des Unternehmens ist durch die bestehende Organisationsstruktur gesichert. Neben der Geschäftsführung erfolgt die direkte Steuerung durch den Betriebsleiter bzw. die Teamleiter der unter Pkt. 1.1.2. genannten Geschäftsfelder bzw. Sparten.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Jahr 2014 wurde eine neue Führungsstruktur in der W + H umgesetzt. Die bestehenden Strukturen des Unternehmens wurden optimiert. Seit dem 1. August 2014 ist Herr Klesse als neuer Betriebsleiter eingesetzt. Die Teams Fernwärme und Gas wurden unter neuer Leitung zusammengelegt.

Grund für die Veränderungen sind zum einen personelle Veränderungen innerhalb des Unternehmens sowie die Ausrichtung auf die Optimierung der Prozesse, Leistungen und Ergebnisse – ganz im Sinne von „Exzellenz plus 20“.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 % auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Beginnend im ersten Quartal konnten bis Jahresende durch zusätzliche Auftragseingänge, insbesondere von verbundenen Unternehmen, zusätzliche Umsatzerlöse generiert werden. Dabei handelt es sich u.a. um die Realisierung von Trinkwasserhausanschlüssen und Tiefbauleistungen über den Planansatz hinaus sowie den zusätzlichen Wechsel von Gaszählern. Zudem hat sich die Auftragslage durch weitere Auftragseingänge hauptsächlich in den Sparten Hausanschlüsse / Tief- und Rohrleitungsbau sowie Fernwärme / Gas verbessert. In der Sparte Sammelkanal konnten ebenfalls zusätzliche Umsatzerlöse generiert werden.

Als zertifiziertes Fachunternehmen im Rohrleitungsbau hat die W + H im Jahr 2014 eine erneute Zertifizierung gemäß DVGW -Regelwerk GW301 erfolgreich bestanden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Aufgrund von Preisentwicklungen im Einkauf von Wasserzählern konnte eine Vertragsanpassung ab April 2014 für die Wasserzählerbewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS erwirkt werden.

Im Zusammenhang mit der Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung zum 31.12.2014 wurde im Auftrag der HWS eine abschließende Stichtagsablesung der Zählerstände der Kunden im Verbandsgebiet des WAZV Saalkreis durchgeführt und dadurch zusätzliche Umsatzerlöse in dieser Sparte generiert.

(Ein Kurzbericht der Geschäftstätigkeit 2014 mit Vergleich zu den Jahren 2012 und 2013 ist in der Anlage dargestellt)

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Durch die Änderungen des Eichgesetzes und die Einführung der neuen Mess- und Eichordnung zum 01.01.2015 ergeben sich zukünftig Änderungen bei den Regularien zur Prüfung bzw. Eichung der Wasserzähler. In diesem Zusammenhang ist eine Überprüfung zum weiteren Fortbestand der Wasserzählerprüfstelle vorgesehen. Die dafür gebildete interne Arbeitsgruppe hat ihre Tätigkeit in 2014 aufgenommen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Durch eine stetige Verbesserung der Auftragssituation sowie optimale Witterungsbedingungen konnten die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

Eine wesentliche Grundlage für die Stabilität der W + H ist ebenfalls der im Dezember 2011 um weitere 6 Jahre bis zum 31.12.2017 verlängerte Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS.

Für die Bewirtschaftung der Sammelkanäle konnte mit der EVH GmbH zum 01.01.2015 eine neue Vereinbarung mit einem erweiterten Leistungsumfang abgeschlossen werden. Für 2014 wurde eine Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungspauschale vereinbart.

Der Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H zur Verlegung von Trinkwasser-hausanschlüssen bzw. zur Beseitigung von Störungen an Trinkwasserleitungen im Trinkwasserversorgungsnetz der HWS wurde ebenfalls bis 2016 verlängert.

Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist die besonders hervorzuhebende Motivation der Belegschaft. Diese spiegelt sich in einer hohen Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter sowie in den positiven Umfrageergebnissen der in 2014 durchgeführten Mitarbeiterbefragung wider. Auf Grund der Übererfüllung der geplanten unternehmens-bezogenen Leistungskennziffern konnte entsprechend der Betriebsvereinbarung vom 11.12.2014 eine erfolgsabhängige Vergütung in Höhe von 4,0 % der Bruttotabellen-vergütung an die Mitarbeiter gezahlt werden.

3.5. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31.12.2014 waren im Unternehmen 52 Mitarbeiter (Vorjahr: 59 Mitarbeiter) beschäftigt. Aufgrund des hohen Altersdurchschnittes der Mitarbeiter sind personelle Anpassungsmaßnahmen zur Optimierung der Altersstruktur vorgesehen. Die ersten Maßnahmen wurden im Jahr 2014 bereits umgesetzt. Weitere Maßnahmen sind für die Folgejahre vorgesehen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die W + H erzielte im Geschäftsjahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von 4.111 TEUR, die sich damit gegenüber dem Vorjahr um 328 TEUR bzw. 8,5 % erhöhten (2013: 3.789 TEUR). Die geplante Gesamtleistung der W + H konnte in Höhe von 385 TEUR (+10,2 %) überschritten werden. Diese Steigerung der Gesamtleistung (4.175 TEUR) gegenüber dem Vorjahr beträgt 310 TEUR. Die größte Planerfüllung ist bei der Wasserversorgung zu konstatieren, davon entfallen auf die Hausanschlüsse (+101 TEUR; +14,2 %) und auf Wasser (+148,9 TEUR; +11,6 %).

Beim Wasser konnten überplanmäßige Umsatzerlöse in Höhe von 148 TEUR (+11,6 %) zum einen durch die an die Kostenentwicklung gekoppelte Vertragsanpassung ab April 2014 für die Wasserzählerbewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS und zum anderen durch die abschließende Stichtagsablesung der Kunden im WAZV Saalkreis im Zusammenhang mit der Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung zum 31.12.2014 erzielt werden.

Die Mehrerlöse bei den Hausanschlüssen in Höhe von 101 TEUR (+ 14,2 %) resultieren aus dem Anstieg von Auftragseingängen insbesondere von verbundenen Unternehmen (HWS) zur Errichtung von Hausanschlüssen Trinkwasser sowie die Realisierung von Kleininvestitionen im Bereich Wassernetze der HWS. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 17,5 %. Aufgrund der günstigen Witterungsverhältnisse während des gesamten Geschäftsjahres konnten Bauleistungen jederzeit realisiert werden.

In der Sparte Sammelkanal wurden durch zusätzlich erbrachte Leistungen gegenüber der HWS und der EVH Umsatzerlöse über dem Plan in Höhe von 22 TEUR (+ 5,8 %) generiert.

Die geplanten Umsatzerlöse in der Sparte Haustechnik wurden um 53 TEUR (+ 4,0 %) überschritten. Auch in dieser Sparte konnte gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs an Umsatzerlösen durch eine positive Auftragslage generiert werden. In der Sparte Gas konnten durch außerplanmäßige Wechslung von Gaszählern sowie Wartung von Gaskesselanlagen zusätzliche Umsatzerlöse erzielt werden, so dass in dieser Sparte eine Übererfüllung der geplanten Umsatzerlöse von 42 TEUR (+ 84,0 %) zu verzeichnen ist.

Die erzielten Umsatzerlöse in der Sparte Bäderbewirtschaftung von 4 TEUR ergeben sich aus der Beauftragung von nichtgeplanten Kleinstreparaturen. Der Rückgang zum Vorjahr steht im Zusammenhang mit dem gekündigten Vertrag über die technische Betriebsführung und dem damit verbundenen Rückgang der Auftragseingänge der Bäder GmbH.

Die geplanten variablen Kosten wurden um 207 TEUR (+19,3 %) überschritten. Davon entfallen 172 TEUR (+21,4 %) auf die Mehrinanspruchnahme beim Materialaufwand sowie 35 TEUR (+13,1 %) auf die Mehrinanspruchnahme bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Die Überschreitung beim Materialaufwand ist durch zusätzliches Material für die Errichtung von Hausanschlüssen Trinkwasser sowie die Realisierung von Kleininvestitionen im Bereich Wassernetze und im Anlagenbau in der Sparte Haustechnik begründet. Weiterhin haben sich die Preise für den Einkauf der Wasserzähler im Vergleich zum Vorjahr wesentlich erhöht. Ein Ausgleich des Mehraufwandes ist durch die Vertragsanpassung für die Zählerbewirtschaftung sowie der Weiterberechnung des überplanmäßigen Materialeinsatzes gegeben.

Der Mehrverbrauch bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen steht im Zusammenhang mit zusätzlicher Leistungserbringung durch Dritte insbesondere in der Sparte Hausanschlüsse bedingt durch Großbaustellen (z.B. in der Nordstraße) sowie der Bildung einer Rückstellung für unterlassene Instandhaltung in Höhe von 15 TEUR.

Die Personalkosten liegen mit 213 TEUR (+ 11,5 %) über den geplanten Kosten. Die Ursachen hierfür sind der zum Plan überschrittene Personalbestand und die nichtgeplante erfolgsabhängige Vergütung. Der Abbau des Personals konnte in 2014 nicht wie geplant umgesetzt werden, da es sich hierbei um Altersübergangsregelungen handelte, die von den betreffenden Mitarbeitern nicht bestätigt wurden. Des Weiteren wurde der geplante Personalabbau ab Juli 2014 in der Sparte Sammelkanal nicht umgesetzt, da die Bewirtschaftung der Sammelkanäle weiterhin durch eigenes Personal erfolgt. Durch Steigerungen des Auftragsvolumens in 2014 und 2015 sind hier die personellen Ressourcen auch weiterhin erforderlich.

Die Abschreibungen wurden um 5 TEUR (- 8,5 %) unterschritten. Ursache hierfür sind geringere durchschnittliche Abschreibungssätze sowie die Realisierung von Investitionen erst Ende des Jahres.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 15 TEUR (+ 3,7 %) über dem Plan. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Überschreitung der Position Rechts- und Beratungskosten für zurückgestellte Prozesskosten. Die geringere Inanspruchnahme in unterschiedlichen Positionen insbesondere bei der Haftpflichtversicherung durch Anpassung des Versicherungsvertrages konnte die Überschreitung bei den Rechts- und Beratungskosten nicht vollends ausgleichen.

Das Betriebsergebnis liegt mit 45 TEUR (- 11,4 %) unter dem Plan. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg um 126 TEUR festzustellen.

Das neutrale Ergebnis ist um 46 TEUR (>100 %) besser als geplant. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen für Altersübergangsregelungen.

Insgesamt hat die W + H im Jahr 2014 das geplante Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 415 TEUR erreicht. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis um 244 TEUR gestiegen. Das Ergebnis wird entsprechend Ergebnisabführungsvertrag in voller Höhe an die HWS abgeführt.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Unter dem Eigenkapital sind das Stammkapital (26 TEUR), die Kapitalrücklage (195 TEUR) sowie die Gewinnrücklagen (4 TEUR) zusammengefasst. Die Erhöhung der Gewinnabführung gegenüber dem Vorjahr um 244 TEUR auf 415 TEUR im Berichtsjahr ist im Wesentlichen die Ursache für den Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Durch den Anstieg der Bilanzsumme sinkt bei gleichbleibendem Eigenkapital die Eigenkapitalquote stichtagsbezogen um 6 Prozentpunkte auf 17,3 % (Vj. 23,3 %).

4.2.2. Investitionen

Die Investitionen wurden in Höhe von 66,4 TEUR realisiert. Das entspricht einer Planüberschreitung von 6 TEUR (+ 10,0 %). Es wurden vier gebrauchte Ersatzfahrzeuge (VW Caddy) für die Sparte Haustechnik, ein gebrauchter LKW für die Sparte Hausanschlüsse sowie verschiedene Ausrüstungen angeschafft.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der W + H und der SWH 2001 eine Cash – Pool – Vereinbarung abgeschlossen. Darin vereinbaren die Vertragspartner einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 0,1 Mio.EUR. Auf Grund der positiven wirtschaftlichen Lage in 2014 wurde der interne Kreditrahmen nicht in Anspruch genommen. Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben.

Die Mittelabflüsse aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit konnten im Berichtsjahr in voller Höhe aus den Mittelzuflüssen der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden. Die darüber hinaus erwirtschafteten Mittel haben zur zahlungswirksamen Erhöhung des Finanzmittelfonds um 250 TEUR geführt. Dem Finanzmittelfond am Ende der Periode stehen u.a. im Folgejahr fällige Gewinnabführungsverpflichtungen in Höhe von 415 TEUR gegenüber.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 35,3 % bzw. 340 TEUR auf 1.304 TEUR. Im Wesentlichen ist die Erhöhung der Bilanzsumme auf den Aufbau des Cash-Pool-Guthabens (445 TEUR; Vorjahr 195 TEUR) zurückzuführen. Auf der Passivseite betrifft die Erhöhung der Bilanzsumme im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bedingt durch den Anstieg der Ergebnisabführung an die HWS.

4.4. Gesamtaussage

Durch die positive Auftragslage und die optimalen Witterungsbedingungen im Jahr 2014 konnten in allen Sparten des Unternehmens die geplanten Umsatzerlöse erreicht und darüber hinaus zusätzliche Erlöse generiert werden. Die entstandenen Mehraufwendungen für den variablen und den fixen Aufwand konnten dadurch kompensiert werden. Durch zusätzliche außerordentliche Erträge konnte das neutrale Ergebnis über den Plan hinaus gesteigert werden, so dass die W + H im Jahr 2014 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 415 TEUR erreichen konnte. Das entspricht einer Steigerung um 244 TEUR bzw. 142,7 % im Vergleich zum Vorjahr.

Eine wichtige Voraussetzung für den Unternehmenserfolg sind langfristig gesicherte Verträge. Die Fortführung bzw. der Neuabschluss von Verträgen sind ein Zeichen der Zufriedenheit und des Vertrauens unserer Kunden und Vertragspartner. Auch im Jahr 2014 konnten hier durch verschiedene Vertragsabschlüsse die Grundlagen für eine weitere stabile Zusammenarbeit geschaffen werden. Um den Wünschen und Anforderungen unserer Kunden auch zukünftig gerecht werden zu können, werden die von uns angebotenen Dienstleistungen ständig weiterentwickelt. Durch eine hohe Flexibilität der Mitarbeiter konnten bestehende Leistungen ausgebaut und neue Aufgabengebiete erschlossen werden.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Unternehmens sind die Mitarbeiter. Die in der W + H beschäftigten Mitarbeiter sind zum größten Teil langjährige beschäftigt. Hoch qualifiziert und motiviert verfügen sie über das notwendige know how in den jeweiligen Fachbereichen. Aufgrund des relativ hohen Altersdurchschnittes der Mitarbeiter sind personelle Anpassungsmaßnahmen zur Optimierung der Altersstruktur erforderlich. Die ersten Maßnahmen wurden bereits umgesetzt (z.B. Umsetzung von Altersregelungen; Qualifizierung und Weiterbildung von Mitarbeitern; Einstellung qualifizierter Facharbeiter; Ausbildung von Azubis für einen zukünftigen Einsatz im Unternehmen). Weitere Maßnahmen sind für die Folgejahre vorgesehen. Bei der Umsetzung der neuen Führungsstruktur wurden auch die vorhandenen Möglichkeiten innerhalb der Stadtwerkegruppe genutzt, wie z.B. der Talentpool und das Führungskräfteentwicklungsprogramm.

Mit dem erreichten Jahresergebnis von 415 TEUR wird eine sehr gute Entwicklung des Unternehmens dokumentiert.

5. Nachtragsbericht

Es sind nach dem Bilanzstichtag keine wesentlichen Veränderungen eingetreten.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz (KonTraG) verpflichtet die Unternehmen, Maßnahmen zur Früherkennung bestandsgefährdender Risiken vorzunehmen und Festlegungen zur Risikobegegnung systematisch zu überwachen. Das Risikomanagement des Unternehmens ist im konzernweiten System der SWH integriert.

6.2. Chancen und Risiken

Aus der Zusammenfassung der bereichsspezifischen Risikounterlagen sowie der anschließenden Beurteilung der Geschäftsführung wird eine Riskmap für das Unternehmen und das betreffende Jahr erstellt, die jene Risiken enthält, welche bestandsgefährdende oder schwerwiegende Auswirkungen auf den Erfolg bzw. die Ziele des Unternehmens haben können.

6.3. Gesamtbild

Eine Bewertung der Risiken der W + H wird im Risikomanagementsystem vorgenommen. Die Risikoinventur, -bewertung und die Festlegung von Strategien zur Risikobegegnung erfolgen jährlich. Die Ergebnisse werden in der Riskmap festgehalten. Für quantifizierbare Risiken aus vorhandenen möglichen Rechtsstreitigkeiten, schwebenden oder vollzogenen Vertragsbeendigungen und ähnliches wurden Rückstellungen gebildet. Das Risikomanagementsystem der W + H benennt für das Jahr 2014 keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

7. Prognosebericht

Die W + H erstellt den Wirtschaftsplan 2015 sowie die Vorschau für die Jahre 2016 bis 2019 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan und Investitionsplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2014, die für den Zeitraum bis 2019 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die erkennbaren Rahmenbedingungen für die Leistungen der Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, das Erstellen von Trinkwasserhausanschlüssen, der Bewirtschaftung der Sammelkanäle der Stadt Halle, die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH GmbH, des Gaszählerwechsels sowie die allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

7.1. Umsatzentwicklung

Mit Datum vom 27.12.2013 wurde seitens des WAZV Saalkreis die Betriebsüberlassungsvereinbarung zwischen WAZV Saalkreis und HWS zum 31.12.2014 gekündigt. Hier werden sich ab dem 01.01.2015 die Umsatzerlöse in den Sparten Wasser und Hausanschlusswesen reduzieren. Die Folge ist eine Anpassung der avisierten Ergebnisentwicklung in der mittelfristigen Planung bis 2019. Im Ergebnis der Vertragskündigung gehen 3 Mitarbeiter der W + H ab dem 01.01.2015 zum WAZV Saalkreis über.

Es ist vorgesehen, dass das Unternehmen auch unter den aktuellen Gegebenheiten auf dem Markt und innerhalb der SWH – Gruppe weiter expandiert sowie bestehende Dienstleistungen stabilisiert bzw. erweitert. Der Fokus richtet sich dabei auf die Bereiche Wasser, Hausanschlusswesen/Tief- und Rohrleitungsbau, Sammelkanäle, Fernwärme / Gas. Die Erweiterung des Leistungsspektrums ist vor allem auf dem Gebiet der Energiedienstleistungen, des Zählermanagements sowie im Ausbau der Leistungen im Bereich des Gaszählerwechsels vorgesehen.

7.2. Investitionen

Die Investitionen der W + H in den Folgejahren werden sich auf dem Niveau der Vorjahre belaufen. Für die Sicherung bzw. Erweiterung der Geschäftsfelder werden Ersatzfahrzeuge sowie verschiedene Ausrüstungen angeschafft.

7.3. Finanzierung

Entsprechend der unternehmenseigenen Konzeption erfolgt die komplette Finanzierung der Investitionen auch weiterhin aus Eigenmitteln.

7.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum sind folgende Jahresergebnisse geplant:

(in TEUR)	Ist 2014	WIPL 2015	Vorschau 2016	2017	2018	2019
W + H	415,1	271,9	292,7	293,7	304,4	305,0

Der Wirtschaftsplan 2015 weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 271,9 TEUR aus. Das entspricht einer Umsatzrentabilität von 8,1 %. Der Ergebnismrückgang zum Vorjahr steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Kündigung des Betriebsüberlassungs-vertrages zwischen der HWS GmbH und dem WAZV zum 31.12.2014. Es ist vorgesehen, perspektivisch den Anteil an Tiefbauleistungen für die HWS zu erhöhen bzw. den Gaszählerwechsel für die EVH weiter auszubauen um somit den zu erwartenden Umsatzrückgang teilweise zu kompensieren und die Erbringung von Eigenleistungen in der SWH – Gruppe weiter auszubauen. Für den Planungszeitraum bis 2019 wird ein Anstieg des Ergebnisses erwartet. Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend Ergebnisabführungsvertrag an die HWS abgeführt.

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
 Flugplatz 12
 06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg, OT Oppin	14	1,40
Gemeinde Petersberg, OT Brachstedt	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

Öffentlicher Zweck:

Flughäfen sind Dreh- und Angelpunkte der Logistik. Alle größeren Unternehmen im Gemeindegebiet sind auf die Frachtmöglichkeiten angewiesen. Der öffentliche Zweck ist daher in der Standortsicherung und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Scherbel, Renate

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Kleine, Gabriele	
stellv. Vorsitzender	Neumann, Wolfram	(bis 31.12.2014)
	Bernstiel, Christoph	(seit 16.07.2014)
	Bichoel, Knut	(bis 30.09.2014)
	Eigenwillig, Steffen	(bis 30.09.2014)
	Frischmuth, Bernd	
	Kieslich, Marcel	(seit 16.07.2014)
	Krause, Hans-Jürgen	(bis 15.07.2014)
	Kupski, Christian	(seit 01.10.2014)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Misch, Werner (bis 15.07.2014)

Müller, Peter

Nölle, Ludger

Wolff, Alfons-Josef (seit 01.10.2014)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.879	92	1.952	89	1.906	89	-73	-4
Umlaufvermögen	151	8	250	11	245	11	-99	-40
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0	4	0	5	0	2	50

Bilanzsumme

2.036	100	2.206	100	2.156	100	-170	-8
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.157	57	1.111	50	1.056	49	46	4
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	165	8	177	8	189	9	-12	-7
Rückstellungen	23	1	16	1	16	1	7	44
Verbindlichkeiten	612	30	811	37	808	37	-199	-25
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	1	0	-1	-100
Passive latente Steuern	79	4	90	4	86	4	-11	-12

Bilanzsumme

2.036	100	2.206	100	2.156	100	-170	-8
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	576	596	581
andere aktivierte Eigenleistungen	17		9
sonstige betriebliche Erträge	75	69	125
Personalaufwand	285	266	257
Abschreibungen	95	91	88
sonstige betriebliche Aufwendungen	215	208	209
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27	34	37
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	46	66	124
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6	4	21
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	46	56	97
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	46	56	97

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,92	9,34	16,71	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,10	5,27	10,13	%
Cash-Flow:	141	147	186	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	83	83	89	T€
Personalaufwandsquote:	42,63	40,06	35,94	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,32	88,46	88,38	%
Eigenkapitalquote:	56,82	50,38	48,97	%
Fremdkapitalquote:	43,18	49,62	51,03	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Flugbewegungen	26.716,00	27.548,00	28.979,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	4,13	4,02	3,78	EUR
Kraftstoffverkauf ¹⁾	285.153,00	491.406,00	681.079,00	Liter

¹⁾ Der Hubschrauber-Sonder-Dienst hat im Juli 2013 eine eigene Betriebstankstelle in Betrieb genommen.

e) Lagebericht**1. Geschäftsverlauf**

Die stabile Entwicklung der Allgemeinen Luftfahrt mit den Bestandteilen Geschäftsreiseflugverkehr, Luftrettung, Werkflugverkehr, Schul- und Transportflüge sorgte im Jahr 2014 tendenziell für durchschnittliche Flugbewegungszahlen. Mit 26.716 Bewegungen ist dies seit 2010 das zweitschlechteste Ergebnis und liegt mit 833 Bewegungen unter der Vorjahreszahl.

Dies ist vor allem auf instabile Wetterlagen im Verlaufe des Jahres zurück zu führen.

Angesichts zunehmender internationaler Verflechtungen bleibt die schnelle Erreichbarkeit entfernter Ziele weiter im Focus der Nutzer unseres Flugplatzes. Aber auch die theoretische und praktische Ausbildung von Privatpiloten für Flugzeuge und Hubschrauber, sowie die Wartung und Instandhaltung der Maschinen sind am Flugplatz Halle/Oppin ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Trotz geringerer Flugbewegungszahl liegt der Erlös pro Flugbewegung im Jahr 2014 mit Euro 4,13 über dem des Jahres 2013 mit 4,02 Euro. Da in den Jahren 2013 und 2014 keine Erhöhung der Landeentgelte stattgefunden hat ist dies Zeugnis dafür, dass der Flugverkehr weiter hochwertiger geworden ist.

Die durch den Verkauf von Flugkraftstoffen erzielten Provisionserlöse sind entsprechend den Flugbewegungszahlen annähernd gleich.

Mit den am Flugplatz ansässigen Firmen wird konstruktiv zusammengearbeitet, um für alle Beteiligte Stabilität sowohl in der täglichen Arbeit als auch für die Perspektive zu sichern.

Das von der Firma Air Lloyd/MCO im Jahr 2012 erworbene Grundstück wurde trotz vorliegender Baugenehmigung auch im Jahr 2014 nicht bebaut. Grund dafür sind laufende Verhandlungen der MCO/Air Lloyd und der ebenfalls ansässigen Firma Helitec bezüglich einer Zusammenarbeit und in diesem Rahmen einer möglichen Erweiterung der ursprünglich vorgesehenen Baumaßnahmen.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Zu den wichtigsten Einnahmequellen zählen weiterhin die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien. Defizite aus dem fliegerischen Bereich können damit zum Teil ausgeglichen werden.

Lang- und mittelfristige Verträge bei der Vermietung der vorhandenen Objekte sichern eine relativ stabile Erlössituation.

Die Vermietungssituation im Wohnblock ist weiter angespannt, per 31. Dezember 2014 standen 8 Wohnungen leer, d.h. der Leerstand betrug 20 %.

Da die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum durchaus gegeben ist muss dieser Fakt stärker genutzt werden, um den vorhandenen Standortnachteil und die ungünstige Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr auszugleichen. Leer stehende Wohnungen, teils noch mit schlechtem Ausrüstungsstandard, werden entsprechend instand gesetzt.

Die Gaststätte „Schnitzel Tower“ – die im Jahr 2013 ihr 10-jähriges Bestehen feierte - erfreut sich auf Grund eines offenbar guten Preis-Leistungsverhältnisses weiterhin großer Beliebtheit und bringt vor allem den Rundflugunternehmen und damit auch dem Platz an sich, einen guten Kundenzulauf.

Die Gaskosten liegen im Jahr 2014 ca. 24 T€ unter denen des Vorjahres. Dies ist sowohl auf den recht milden Winter 2013/2014 als auch auf einen ab 2014 gültigen günstigeren Gasversorgungsvertrag zurück zu führen. Dementsprechend ergaben sich in den Betriebskostenabrechnungen für die Mieter überwiegend Rückzahlungen.

Das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt förderte am Flugplatz Halle/Oppin im Jahr 2014 zwei Maßnahmen:

- Errichtung einer Schiebetoranlage
- Erhaltung und Reparatur des Feuerlöschteiches

Die bereitgestellten Mittel wurden planmäßig verwendet und trugen zur Entlastung des Hauhalts der Flugplatzgesellschaft bei.

Im Rahmen der Sachmittelbereitstellung erfolgte die Installation einer Klimaanlage auf dem Tower.

Die im Haushalt 2014 ausgewiesenen aktivierten Eigenleisten wurden mit dem Bau einer Mitarbeitertoilette sowie der weiteren Instandsetzung der Fassade des Verwaltungsgebäudes durch eigene Mitarbeiter erwirtschaftet.

Das vom Gesellschafter Saalekreis 2013 gewährte Darlehen, mit einer Laufzeit von 10 Jahren, wird planmäßig und zusätzlich mit einer jährlichen Sondertilgung bedient. An die Saalesparkasse erfolgte per 28.02.14 die Tilgung der restlichen Darlehenssumme in Höhe von 91 T€, für die Zwischenfinanzierung des Rundhangars.

Von den übrigen 5 langfristigen Darlehen, die weiterhin regelmäßig getilgt werden, laufen im Jahr 2017 drei aus, so dass ab 2018 eine deutliche finanzielle Entlastung des Finanzhaushaltes zu erwarten ist.

Die liquide Situation der Gesellschaft war auch im Jahr 2014 weiter stabil.

Jedoch sind Steigerung der Umsatzerlöse und strengste Sparsamkeit weiter oberstes Gebot in der täglichen Arbeit, damit die anstehenden Aufgaben gelöst und eine positive Entwicklung der Gesellschaft fortgeführt werden können.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Mit dem im Jahr 2013 errichteten Rundhangar besteht nunmehr die Möglichkeit kurzfristig Maschinen unter zu stellen, wovon durch Fremdkunden auch rege Gebrauch gemacht. Neue Langzeitmieter wurden auf Grund von Kündigungen in den Einzelhangars dort untergebracht.

Die neue Abstellhalle ist auf lange Sicht ein weiteres Signal für die modernisierte Infrastruktur der Region und die Attraktivität des Flugplatzes.

Sowohl die Firmen MCO/Air Lloyd und Helitec als auch die ADAC Luftfahrt Technik GmbH haben eine weitere langfristige Arbeit am Flugplatz Halle/Oppin signalisiert und wollen ihre Standorte ausbauen bzw. auch vergrößern.

Insofern wird davon ausgegangen, dass sich perspektivisch Möglichkeiten ergeben, die eine positive wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2015 und darüber hinaus ermöglichen.

Ein Risiko für die Gesellschaft wären eventuell auftretende Schäden an Gebäuden oder Technik, die jedoch durch ständige Kontrollen und gegebenen falls Einleitung notwendiger Maßnahmen vermieden werden sollen.

Im Rahmen der Energieeinsparungsverordnung 2014 - Heizanlagen betreffend -, sollte relativ zeitnah der Austausch eines Gasheizkessels der Heizungsanlage erfolgen, da dieser älter als 30 Jahre ist und nur noch als anwendbare Ausnahmeregelung verwendet werden darf. Das bedeutet, dass kurzfristig sowohl der Austausch als auch die Finanzierung der Kesselanlage geklärt werden müssen. (Kosten zwischen 30 und 40 T€)

Im Ergebnis dieser Maßnahme sollten sich erhebliche Einsparungen im Gasverbrauch ergeben.

Die Personalstruktur wurde im Jahr 2014 nicht verändert.

Mittelfristig müssen aber Lösungen für Personalveränderungen vorbereitet werden, da sowohl im Bereich Luftaufsicht als auch in der Geschäftsführung im Jahr 2018 die Inanspruchnahme der Altersrente beabsichtigt ist.

Die Gesellschaft muss ab dem Haushaltsjahr 2014 Gewerbesteuer zahlen.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach dem Abschlussstichtag nicht vor.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Freimfelder Straße 74
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 51.200

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Schwarz, Vinzenz

Aufsichtsrat:			
	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich	
		Aldag, Wolfgang	(seit 01.09.2014)
		Bauersfeld, Martin	(bis 01.09.2014)
		Dr. Wend, Detlef	(seit 01.09.2014)
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
		Haupt, Hanna	(bis 01.09.2014)
		Heft, Frank Uwe	(bis 01.09.2014)
		Hilbig, Stefan	
		Krimmling-Schoeffler, Anja	(seit 01.09.2014)
		Peinhardt, Ulrich	(seit 01.09.2014)
		Sänger, Frank	(bis 01.09.2014)
		Thielemann, Dirk	

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	17	16

c) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	25	100,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
mittelbar		
beka ebusiness GmbH	2	0,57
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	0,87

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	290.108	95	300.867	96	309.505	95	-10.759	-4
Umlaufvermögen	14.003	5	12.566	4	15.425	5	1.437	11
Rechnungsabgrenzungsposten	121	0	116	0	153	0	5	4
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	75	0	205	0	263	0	-130	-63
Bilanzsumme	304.307	100	313.754	100	325.346	100	-9.447	-3

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	83.583	27	83.583	27	83.583	26	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	183.994	61	191.403	61	195.094	60	-7.409	-4
Rückstellungen	9.164	3	10.216	3	13.355	4	-1.052	-10
Verbindlichkeiten	23.206	8	22.957	7	28.124	9	249	1
Rechnungsabgrenzungsposten	4.360	1	5.595	2	5.190	1	-1.235	-22
Bilanzsumme	304.307	100	313.754	100	325.346	100	-9.447	-3

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	39.307	39.605	37.696
andere aktivierte Eigenleistungen	228	149	220
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	13.230	15.869	14.245
Materialaufwand	24.253	27.645	26.540
Personalaufwand	30.777	29.620	28.438
Abschreibungen	8.442	8.067	8.025
Zuschüsse Gesellschafter	22.766	22.996	22.784
sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁾	11.114	12.042	11.126
Erträge aus Beteiligungen	0	0	
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	141	141	141
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	18	14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	873	996	1.035
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	223	408	-64
außerordentliche Aufwendungen		900 ³⁾	
außerordentliches Ergebnis		-900	
sonstige Steuern	200	68	65
Erträge aus Verlustübernahmen		560	129
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	23		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

¹⁾ inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen
(2014: 843 T€; 2013: 2.379 T€; 2012: 2.327 T€)

²⁾ inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen
(2014: 1.235 T€; 2013: 2.897 T€; 2012: 2.327 T€)

³⁾ Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,06	-1,41	-0,34	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,03	-0,67	-0,15	%
Cash-Flow:	8.465	7.507	7.896	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	73	78	72	T€
Personalaufwandsquote:	58,33	53,25	54,52	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,72	94,29	93,68	%
Eigenkapitalquote:	27,47	26,64	25,69	%
Fremdkapitalquote:	72,53	73,36	74,31	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Beförderte Personen	51.773,90	52.145,04	52.939,66	in 1.000
Fahrplan-km	8.571,81	8.787,15	8.838,70	in 1.000
Nutz-Wagen-km	9.896,70	10.520,98	10.666,41	in 1.000
Personen-km	327,75	327,07	328,81	in Mio.
Platz-km	1.227,15	1.256,08	1.270,23	in Mio.

e) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-AG**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Nachtragsbericht**
- 6. Chancen- und Risikobericht**
 - 6.1. Risikomanagementsystem
 - 6.2. Chancen und Risiken
 - 6.3. Gesamtbild
- 7. Prognosebericht**
 - 7.1. Umsatzentwicklung
 - 7.2. Investitionen
 - 7.3. Finanzierung
 - 7.4. Ergebniserwartung

- 1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-AG**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) ist ein 100 prozentiges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH. Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstreckt sich der Gegenstand des Unternehmens hauptsächlich auf den öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle (Saale). Die Stadt Halle (Saale) hat als Aufgabenträger für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr einen Nahverkehrsplan aufgestellt. Dieser gibt den allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet als Aufgabe der Daseinsvorsorge vor. Auf dieser Basis beauftragt die Stadt Halle (Saale) die Verkehrsleistungen, welche im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag zwischen dem kommunalen Auftraggeber, der Muttergesellschaft und dem Nahverkehrsunternehmen beschrieben sind. Dieser Vertrag legt den Auftrag längstens bis zum 31. Dezember 2021 fest.

Das Führungsteam der (HAVAG) besteht neben dem Vorstand und vier Stabstellen aus den Bereichsleitern der fünf Struktureinheiten. Diese untergliedern sich in Betriebswirtschaft, Verkehr und Betrieb, Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Technik/Fahrzeuge und Technik/Infrastruktur. Mit Hilfe dieser Organisationsstruktur wird der Alleinvorstand durch eine gestärkte zweite Führungsebene unterstützt und somit stellt die Gesellschaft eine flache aber effiziente Unternehmensleitung auf. Für die Vertretung der Gesellschaft wirken neben dem Vorstand vier Prokuristen.

Anteile an verbundenen Unternehmen hält die HAVAG an der Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale), der OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH, Halle (Saale), und der Saalebus GmbH, Halle (Saale). Vervollständigt werden die Unternehmensverbindungen mit den Beteiligungen an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH, Halle (Saale) und der Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln.

1.1.2. Geschäftsfelder

Kerngeschäftsfeld der HAVAG ist der flächendeckende öffentliche Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale). Dazu bietet das Unternehmen eine gut ausgebaute Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb, eine moderne Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeuge für den Omnibusbetrieb, welche den strengen umweltrechtlichen Anforderungen entsprechen, an. Für das Stadtgebiet stellt das Unternehmen den wesentlichen Anbieter dar und wird im öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger durch weitere Marktteilnehmer des mitteldeutschen Verkehrsverbundes ergänzt. Das Rand- und Nebengeschäft spielt für die HAVAG eine nur untergeordnete Rolle und erstreckt sich auf ergänzende Tätigkeiten.

1.2. Ziele und Strategien

Die Kernaufgabe der HAVAG besteht in der Sicherung der Qualität des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr auf einem wirtschaftlichen Niveau. Dieses vor dem Hintergrund der inflationären Steigerung für Waren und Dienstleistungen und der Anerkennung der tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen zu gewährleisten, ist für die Gesellschaft eine fortwährende Herausforderung. Eine permanente Überprüfung der Prozesse und eingesetzten Kapazitäten ermöglicht die Hebung von Synergie- und Effizienzpotentialen. Ziele dieser Überarbeitung sind die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragsteigerung zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotentialen zur Reduzierung des Aufwandes und zum effektiven Ressourceneinsatz. Alle Anstrengungen leisten einen strategischen Wertbeitrag zur Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit der HAVAG und zur Begrenzung des Betriebskostenzuschusses.

Zur strategischen Ausrichtung der HAVAG für die nächsten fünf Jahre wurde im Jahr 2013 ein Strategieentwicklungsprozess ‚Zukunftsdiallog HAVAG 2018‘ initiiert, der im Ergebnis strategische Ziele und die wesentlichen Grundausrichtungen hervorbrachte. Das Strategiepapier beinhaltet vielzählige strategische Projekte und operative Maßnahmen, die sich zurzeit in der Umsetzung befinden. Gleichzeitig ist das Programm ‚Exzellenz Plus 20‘ der Stadtwerkegruppe in die Gesellschaft eingebettet worden, welches ebenfalls mit Projekten und Maßnahmen das Ziel der Stärkung der Ertragskraft verfolgt. Mit den daraus resultierenden Ergebniseffekten wird eine Stabilisierung des mittelfristigen Zuschussbedarfes beabsichtigt, um weiterführend die Stadtwerkegruppe und den Haushalt der Stadt Halle (Saale) zu entlasten.

1.3. Steuerung

Eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildete auch im Jahr 2014 der mit der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) untersetzt und die Finanzierung des von der HAVAG durchgeführten öffentlichen Personennahverkehrs unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß der vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark Trans regelt.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 03. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, ist ein neuer Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen worden. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes zum 01. Januar 2013 wurde zugleich das nationale Recht an die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst. Der aktuelle Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3) der vorgenannten EG-Verordnung.

Die Vertragsinhalte des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrags entsprechen den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Danach muss das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen nachweislich sicher. Der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag legt weiter fest, dass der Zuschussbedarf im Wege einer Vorkalkulation jährlich zu Beginn eines Geschäftsjahres auf der Basis des Wirtschaftsplans ermittelt und vom Aufsichtsrat bestätigt wird.

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Die Planung jeder Struktureinheit für sich und der Gesellschaft gesamt sind dabei für die Einhaltung der Vorgabe verantwortlich. Mit der detaillierten Planung der einzelnen Geschäftsprozesse ist die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sowohl im Jahresvergleich, als auch über seine standardisierten Tätigkeiten eines Verkehrsdienstleisters im Drittvergleich möglich. Um die Wirtschaftlichkeit und die Einhaltung der Altmark-Trans-Kriterien in der Planung zu bestätigen, stellt sich die HAVAG turnusmäßig der Einschätzung einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der im Jahr 2013 begonnene aufbauorganisatorische und unternehmenskulturelle Wandel in der HAVAG wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 weiter forciert. Ziel der Gesellschaft ist dabei die Schaffung von Strukturen und unternehmenskulturellen Werten im Sinne eines modernen Nahverkehrsunternehmens. Gleichfalls erfolgte eine Reorganisation einzelner Arbeitsprozesse. Insgesamt bewirken diese Veränderungen die Nutzung von Synergien zur Effizienzsteigerungen.

Zum Jahresbeginn 2014 wurden der Erwerb von 50 Prozent der Geschäftsanteile der Vetter GmbH an der Saalebus GmbH, die Eingliederung der bis dahin beauftragten Subunternehmerleistung und die Übernahme des operativen Fahrpersonals im Aufsichtsgremium beschlossen. Nach der Zustimmung des Bundeskartellamtes konnte der Kaufpreis von der HAVAG an die Vetter GmbH gezahlt werden. Damit verfügt die HAVAG mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01. Januar 2014 über 100 Prozent der Geschäftsanteile. Für die operative Leistungserbringung wurden zum 01. März 2014 die ehemaligen Beschäftigten der Saalebus GmbH übernommen. Ab dem 01. Juni 2014 übernahm die HAVAG von der Vetter GmbH die kaufmännische Betreuung der Saalebus GmbH.

Mit dem ‚Stadtbahnprogramm Halle 2019‘ ist der grundhafte Ausbau der halleischen Straßenbahninfrastruktur beabsichtigt. Das Projekt wird mit Fördermitteln für den öffentlichen Personennahverkehr von Bund und Land gefördert und bedingt die Beteiligung mit Eigenmitteln. Gemäß dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Aus der Umsetzung der Maßnahmen in diesem Programm ergeben sich für die HAVAG umfangreiche zusätzliche Aufgaben. Im Zuge einer mit der Stadt Halle (Saale) abgeschlossenen Maßnahmenträgerregelung tritt dabei die Gesellschaft als Träger für die einzelnen Maßnahmen auf. Damit liegt die gesamte verwaltungstechnische Abwicklung, einschließlich der erforderlichen Berichterstattungen für die Inanspruchnahme der Fördermittel und deren detaillierte Erarbeitung, der entsprechend der Vergabe notwendigen Verwendungsnachweise für die entsprechenden Verwaltungsstrukturen beim Land und beim Bund, allein in der Hand des Maßnahmenträgers. Das betrifft gleichermaßen die Vorbereitung und Durchführung jeglicher Vergabe- und Ausschreibungsprozesse innerhalb des Programms, bei denen aufgrund der wirtschaftlichen Größenordnungen, neben der Einhaltung der Konzernrichtlinien, in fast allen Einzelfällen eine europaweite Ausschreibung zum Ansatz gebracht werden muss.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 Prozent. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit 0,4 Prozent im Jahr 2012 und 0,1 Prozent im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 Prozent (2013) auf 6,7 Prozent. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 Prozent auf 10,7 Prozent, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 Prozent auf 9,8 Prozent zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach den kartellrechtlichen Ermittlungen des Bundeskartellamtes gegen Schienenlieferanten und den daraus resultierenden Bußgelderhebungen in Folge der Bestätigung von Preisabsprachen, welche in den vergangenen Jahren beschrieben wurden, hat die HAVAG mit anwaltlicher Begleitung ihre Schadenersatzforderungen gegenüber dem Hauptlieferanten wegen überhöhter Preise bei der Lieferung von Gleisbauobermaterial geltend gemacht. Im Jahr 2014 liefen dazu umfangreiche Verhandlungen der Beteiligten, sodass ein wesentlicher Fortschritt in der Sache erreicht werden konnte.

Im Zuge der Zentralisierung auf das Kerngeschäft beabsichtigt die HAVAG seit längerem die Veräußerung von nicht betriebsnotwendigen Immobilien. Nach erfolgreichen Verhandlungen zwischen dem Unternehmen und potentiellen Käufern, wurden im vierten Quartal 2014 die notariellen Kaufverträge unterzeichnet. Derzeit geht die Gesellschaft davon aus, dass die Abwicklung des Verkaufs der Werkswohnungen im ersten Quartal 2015 abgeschlossen werden kann.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Für die Einwohner der Stadt Halle (Saale) bietet die HAVAG einen attraktiven Personennahverkehr mit zahlreichen Angeboten. Entsprechend des persönlichen Verbraucherverhaltens kann der Kunde aus einer Vielzahl von Tarifprodukten auswählen. Der zumeist zeiteffiziente und umweltverträgliche Personennahverkehr bietet dabei die Alternative zum motorisierten Individual- und zum Radverkehr.

Bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit des Angebotes der HAVAG gegenüber dem Individualverkehr spielt das gute Preis-/Leistungsverhältnis für seine Nutzer eine entscheidende Rolle. Um dieses Niveau zu halten muss das Unternehmen stets nach weiteren Effizienzmöglichkeiten suchen, um den steigenden Aufwendungen zu begegnen. Zusätzliche Diskussionen um eine Kürzung, von an den Zweck des öffentlichen Personennahverkehrs gebundenen Haushaltsmitteln des Bundes und des Landes zur Finanzierung der Unternehmensleistung, lassen erkennen, dass sich der finanzielle Handlungsspielraum in den nächsten Jahren einengen kann. Hinzu kommen politische Diskussionen, die sich für eine moderatere Preisanpassung der Tarifprodukte des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes in der Zukunft einsetzen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Mit der Zahlung der Regionalisierungsmittel vom Bund an die Bundesländer wird insbesondere der Schienenpersonenverkehr finanziert. Dazu regelt das Regionalisierungsgesetz die gesamte Höhe der Bundesmittel und den Verteilungsschlüssel auf die Bundesländer. Eine für das Jahr 2014 gesetzlich verankerte Revision der Höhe der Geldmittel ist auf das Jahr 2015 verschoben worden. Ein vorliegender Gesetzesentwurf mit einer Steigerung des Gesamtbetrages und der Anpassung des jährlichen Dynamisierungswertes, bei gleichzeitiger neuer horizontaler Verteilung der Mittel zwischen den Ländern, wurde am 17. Dezember 2014 von der Bundesregierung nicht bestätigt. Gleichzeitig stellte die Bundesregierung fest, dass mit dieser Entscheidung eine Lücke bei der Finanzierung des bestehenden Schienenpersonenverkehrsangebotes entstanden ist. Deshalb wurde ein Gesetzesentwurf, der die Lücke für das Jahr 2015 schließen soll, verabschiedet. Mit dem nunmehr beschlossenen Betrag für 2015 ist eine ‚Zwischenlösung‘ zum Thema Neuordnung der Regionalisierungsmittel geschaffen worden. Das bedeutet, dass die Bundesregierung den heutigen Status quo der finanziellen Mittel aus 2014 plus einer Dynamisierung von 1,5 Prozent für ein Jahr festgeschrieben hat. Gleichzeitig wurde die Entscheidung, wie der Schienenpersonenverkehr in Zukunft abgesichert werden soll, weiter verschoben.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Mit einem Verkehrsangebot von 15 Straßenbahn- und 21 Omnibuslinien deckt die HAVAG eine Linienlänge von 343 Kilometern ab.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Verkehrsleistung im Straßenbahnbereich um -43,8 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer reduziert. Dieser Rückgang auf 5.341,8 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer ist mit der Abstimmung der einzelnen Linien aufeinander begründet.

Für die Leistungsentwicklung im Omnibusbereich weist die Gesellschaft einen Rückgang gegenüber dem Jahr 2013 um -171,5 Tsd. Nutz-Wagen-Kilometer aus, was im Wesentlichen auf die Reduzierung der Schienenersatzverkehrsleistungen zurückzuführen ist. Zudem wurde die Konzession für eine Linie beendet, da aufgrund des entfallenen Bedarfs im Linienbündel diese gestrichen wurde.

Aufgrund der Verzögerung der geplanten Baumaßnahmen sind bei den Straßenbahn- und bei den Omnibusleistungen geringfügige Abweichungen zur Planung aufgetreten.

Das Leistungsangebot nutzten im Jahr 2014 insgesamt 51,77 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine minimale Reduzierung um 0,37 Mio. Beförderungsfälle dar. Innerhalb der verschiedenen Kundengruppen sind diesbezüglich unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Während bei der Kundengruppe „Jedermann“ ein leichter Beförderungsrückgang zu verzeichnen ist, ist im Ausbildungsverkehr eine leichte Steigerung der Beförderungsfälle zu erkennen. Diese positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Einführung eines neuen Tarifmodells für die Schülerinnen und Schüler der Stadt Halle (Saale) und die Einführung des Semestervolltickets für die Studenten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zurückzuführen.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Kundengewinnung war im Jahr 2014 der Ausbau der Jobtickets.

Gleichwohl muss die HAVAG feststellen, dass das gestellte Planziel von 53,05 Mio. Fahrgästen, nicht erreicht werden konnte. Ursachen dafür finden sich einerseits in der optimistisch prognostizierten und in der Praxis (noch) nicht eingetretenen Entwicklung der Fahrgastzahlen in der Kundengruppe Schüler und Studenten sowie andererseits bei den Einzel- und Mehrfahrkartennutzern im Bartarif, welche aufgrund der milden Temperaturen und der guten Witterungsbedingungen in den Monaten Februar, November und Dezember 2014 unter der erwarteten saisonal höheren Nachfrage blieb. Eine weitere Begründung ergibt sich ausgangs des Geschäftsjahres durch die gesunkenen Kraftstoffpreise, welche zu einer Verschiebung des motorisierten Individualverkehrs animieren.

Bei den zahlenden Personen im Linienverkehr erreichte die HAVAG im Jahr 2014 einen Wert von 0,72 EUR je Fahrgast und kann somit den Vorjahreswert um 0,01 EUR je Fahrgast steigern.

Für die Erbringung der Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr standen im Jahr 2014 durchschnittlich 112 Straßenbahntrieb- und -beiwagen sowie 65 Omnibusse zur Verfügung.

3.5. Forschung und Entwicklung

Mitte des Jahres 2014 erhielt die HAVAG den Zuschlag vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt für das Projekt ‚Barrierefreie Auskunft‘. Ziel des Projektes ist es, im Zusammenhang mit der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes das Zwei-Sinne-Prinzip umzusetzen. So sollen zukünftig Straßenbahnen und Omnibusse bei Einfahrt in den Haltestellenbereich ihre Linie und ihr Ziel insbesondere für Blinde und sehgeschwache Fahrgäste ansagen. Des Weiteren sollen die optischen Fahrgastinformationen ihren angezeigten Text vorlesen.

Als Forschungsansatz gilt es dabei das Auslösekriterium für die Ansagen zu definieren und eine praktikable Lösung für den Regelbetrieb zu finden. Verbunden sind das Projekt und der Zuschlag für die Gesellschaft mit einer 90 prozentigen Förderung des Vorhabens. Nach Abschluss des Projektes Mitte 2015 und der nachgelagerten Pilotphase sollen die Erkenntnisse im Land Sachsen-Anhalt als Standard definiert werden. Grundlage für das Forschungsprojekt ist der IVS-Rahmenplan Sachsen-Anhalt für ‚Intelligente Verkehrssysteme‘.

Unter dem Oberbegriff ‚Elektromobilität‘ vertieft die Projektgruppe der Stadtwerke Halle GmbH im Jahr 2014 das Projekt ‚Grüne Mobilitätskette‘. Dazu erfolgte im Jahr 2012 die Projektskizzierung und nach positiver Rückantwort vom Bund der Projektantrag. Im April 2013 wurde die Projektgruppe der Stadtwerke Halle GmbH aufgefordert, die Projektskizze erneut zu überarbeiten. Anfang des Jahres 2014 wurde der Fördermittelbescheid für das Projekt ‚Grüne Mobilitätskette‘ übergeben.

Mit sieben weiteren Partnern aus Sachsen-Anhalt und Thüringen soll die Elektromobilität in der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Unter der Federführung der HAVAG sollen in der Stadtwerkegruppe neue Geschäftsmodelle unter dem Schlagwort Elektromobilität entwickelt werden. Begleitend dazu hat das Land Sachsen-Anhalt, vertreten durch das Verkehrs- und Wirtschaftsministerium, ein ergänzendes Förderprogramm für Ladesäuleninfrastruktur und Elektrofahrzeuge initiiert. Dadurch können im Stadtgebiet von Halle 15 Elektroladesäulen errichtet sowie zehn Elektrofahrzeuge beschafft werden. Die Förderquoten für das Bundesprojekt liegen bei 50 Prozent, bei Ladesäulen und Elektroautos zwischen 50 Prozent und 80 Prozent. Die Errichtung der Ladesäulen sowie die Auslieferung der Fahrzeuge beginnt im ersten Quartal 2015 und endet frühestens mit Ablauf des ersten Quartals 2016.

Mit dem beschriebenen Engagement der HAVAG auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist gleichfalls ein Beitrag zum Umweltschutz beabsichtigt. Insbesondere ist aus dem Projekt ‚Elektromobilität‘ eine aktive Mitwirkung beim Klimaschutz beabsichtigt.

Mit ihrem leistungsstarken, attraktiven Nahverkehrsangebot bietet die HAVAG der Bevölkerung der Stadt Halle zudem eine umweltverträgliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr, da öffentliche Verkehrsmittel Verkehrsströme bündeln und mit modernster Technik dazu beitragen, Emissionen zu senken.

Um die positiven Auswirkungen des öffentlichen Personennahverkehr auf die Umwelt möglichst weiter auszubauen und damit seine Vorteile für die Umwelt gegenüber dem motorisierten Individualverkehr auch zukünftig zu sichern, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden, sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen unerlässlich. Dazu setzte sich HAVAG im Jahr 2014 mit der Senkung des Energieverbrauches und der Reduzierung der Schall- und Abgasemission aktiv auseinander. Durch den Betrieb der modernen Photovoltaikanlage, mit einer Nennleistung von 241,5 kWp, auf dem Dach der Straßenbahnabstellhalle können im Jahr 2014 rund 170,8 Mg Kohlendioxid eingespart werden. Ebenfalls unterstützt die Inbetriebnahme einer neuen Straßenbahnwaschanlage, mit energieeffizienten und umweltschonenden Abläufen die Ziele der Gesellschaft auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Mit der vorgenannten Investition in sechs Omnibussen des Modells ‚Citaro 2 EURO VI‘ von Mercedes Benz setzt die HAVAG eine kohlendioxidarme und energieeffiziente Fahrzeugtechnologie ein. Die Einhaltung der EU Abgasnorm EURO 6 ist gewährleistet und das Modell ‚MB Citaro 2 EURO VI‘ wurde zudem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, mit dem Umweltlabel ‚Der Blaue Engel‘ ausgezeichnet.

Für die Ersatzstoffprüfung wurde eine umweltverträgliche Reinigungsflüssigkeit für Ultraschallbäder getestet und dauerhaft eingeführt. Die enthaltenen Tenside im Reiniger sind gemäß Anhang III der EU-Detergenzienverordnung VO Nr. 648/2004 biologisch abbaubar. Eine weitere Form für den Einsatz umweltverträglicherer Mittel ist mit der Entscheidung zur zentralen Neubeschaffung und Vorhaltung des biologisch leicht abbaubaren und ökotoxikologisch unbedenklichen Dekontaminationsmittels ‚Bioversal‘ zur Beseitigung von Ölschäden nach Havarien oder Leckagen gefunden worden.

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der Stadtwerkegruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die Teilnahme am Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz und die aktive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz. Erweitert wird die Facharbeit der Sachkundigen durch die Teilnahme am Erfahrungsaustausch für die Betreiber von Leichtflüssigkeitsabscheidern innerhalb der Unternehmensgruppe.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2014 sind in der HAVAG 722 Mitarbeiter beschäftigt. Unter Hinzurechnung der 33 Auszubildenden ergibt sich eine Belegschaft von 755 aktiven Mitarbeitern und stellt damit einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 21 Mitarbeiter dar. Bei der Analyse der Vollzeitbeschäftigteneinheiten ist zum Stichtag eine Steigerung von 693 im Jahr 2014 auf 710 um 17 ausgewiesen.

Ursächlich für diese Entwicklung sind die Übernahme von 29 Mitarbeitern der Saalebuss GmbH und der zusätzliche Ausbau notwendiger Personalbedarfe im Fahrdienst, den technischen Bereichen und der Verwaltung. Gleichzeitig begründen diese außerplanmäßigen Maßnahmen die Abweichung vom Planwert, da diese die konsequente Reduzierung auf 667 Vollzeitbeschäftigte vorsah. Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens durch Altersteilzeit-, Teilzeit- und Abfindungsmodelle sind im Jahr 2014 Fortschritte erzielt worden, indem drei weitere Altersteilzeitverträge im Rahmen der Restrukturierung abgeschlossen werden konnten. Gleichzeitig unterstützen diese Maßnahmen die gesteckten Ziele des Programms ‚Exzellenz Plus 20‘ in der Stadtwerkegruppe.

Neun Auszubildende beendeten im Jahr 2014 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten vier Auszubildende in ein befristetes Arbeitsverhältnis und drei Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Mit den genannten Veränderungen des Personalbestandes, bei einer Fluktuationsrate von 3,6 Prozent entwickelte sich das Durchschnittsalter im Jahr 2014 auf 48 Jahre. Diese Angabe hat sich damit gegenüber dem Jahr 2013 leicht gesenkt, was ebenfalls durch die Reduzierung der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 25 Jahren auf 22 Jahre erklärt wird.

Trotz der unterstützenden Maßnahmen im betrieblichen Gesundheitsmanagement stieg die durchschnittliche Fehlzeit in Folge von Krankheit auf 9,5 Prozent und somit um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr an (einschließlich langzeiterkrankter Mitarbeiter).

Die Grundlage für den Personalaufwand ist weiterhin die Entwicklung des Entgelttarifvertrages zum Tarifvertrag Nahverkehr des Landes Sachsen-Anhalt, welcher mit einer Laufzeit bis zum 31. März 2015 abgeschlossen ist. Es ist die Anwendung einer Wochenarbeitszeit von 38 Stunden geregelt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Insgesamt wurden im Jahr 2014 Umsatzerlöse von TEUR 39.307 erwirtschaftet. Die Reduzierung gegenüber dem Vorjahr um TEUR -298 ist trotz gestiegener Erlöse aus dem Straßenbahn- und Omnibusbetrieb durch die geringere Erstattungsleistung nach § 148 Sozialgesetzbuch IX, aufgrund des fehlenden Testats zur Bestätigung der betriebsindividuellen Prozentsatzes kam der pauschale Landessatz für Sachsen-Anhalt zum Ansatz, erklärt. Aufgrund der im Rahmen des mitteldeutschen Verkehrsverbundes durchgeführten Tarifierungen zum 01. August 2013 beziehungsweise 01. August 2014 sind die Erlöse aus Straßenbahn- und Omnibusbetrieb um TEUR 487 gestiegen.

Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse ergeben sich für das abgelaufene Geschäftsjahr Gesamterträge der HAVAG von TEUR 52.915, die somit gegenüber dem Vorjahr eine Senkung um TEUR -2.866 ausweisen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die reduzierten Erträge aus Weiterberechnungen zurückzuführen.

Der Gesamtaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR -3.678 gesunken. Hierbei ist zu beachten, dass gegenüber dem Vorjahr keine hervorzuhebenden Sondereffekte beziehungsweise zusätzliche Belastungen zu verzeichnen waren. Weiter ist diese Entwicklung im Wesentlichen auf die geringeren Weiterberechnungen von TEUR -1.662, der Reduzierung der Subunternehmerleistung im Omnibusbereich von TEUR -1.743 sowie dem Rückgang der bezogenen Leistung für die technischen Bereiche Gleisbau und Stromversorgung begründet.

Entgegen der Reduzierung der bezogenen Fremdleistungen von TEUR -2.204 entwickelt sich im Jahr 2014 der Personalaufwand durch die zusätzlichen 29 Mitarbeiter der Saalebus GmbH nach oben. Der Personalaufwand von TEUR 30.777 stellt eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von TEUR 1.157 dar. Neben der erwähnten Eingliederung ehemals fremdbeauftragter Leistungen und der daraus resultierenden Personalerweiterung im Fahrbetrieb, ist die angestiegene Zahl der Mitarbeiter auf den Ausbau betriebsnotwendiger Strukturen zurückzuführen.

Die Reduzierung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR -2.136 betrifft zum einen Mieten/Pachten/Leasing und zum anderen die wesentlich geringeren Aufwendungen aus Weiterberechnungen durch die zeitliche Verzögerung der geplanten Maßnahmen.

Der Vergleich mit dem Plan des Jahres 2014 zeigt für die Ertragslage die Verschiebung in den einzelnen Kostenarten durch den Übergang der Leistungen der Saalebus GmbH. Prinzipiell decken sich die wesentlichen Argumente aus dem Vorjahresvergleich mit den Entwicklungen im Vergleich zum Plan. Insgesamt kann die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2014 mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag abschließen.

Gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag ist der Zuschussanspruch gegenüber dem Gesellschafter im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 230 gesunken. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den niedrigeren Zuschussbedarf im Zuge der Realisierung des Stadtbahnprogramms zurückzuführen. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Trennungsrechnung gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge für das Geschäftsjahr 2014 ein Gewinn von TEUR 23 ermittelt, welcher über den mit der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrag ausgeglichen wird.

4.2. Finanzlage

Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, des Ergebnisausgleiches am Jahresende sowie wesentlicher periodenfremder oder einmaliger Sondereffekte resultiert für die Gesellschaft ein Kostendeckungsgrad von 69,3 Prozent. Gegenüber dem Vorjahreswert von 68,4 Prozent ist somit eine Steigerung zu erkennen.

Die geplanten Investitionen des Jahres 2014 von TEUR 12.771 werden durch die Fördermittel von Land und Bund von TEUR 5.345, den Mitteln des ÖPNVG LSA von TEUR 1.109 und den Eigenmitteln finanziert.

4.2.1. Kapitalstruktur

Nach Ablauf des Vorjahres wurden die Investitionen den möglichen Fremd- und Eigenmittelbezügen gegenübergestellt. Als Ausgleich zur Zwischenfinanzierung ergab die resultierende Finanzierungslücke aus dem Jahr 2013 einen Darlehensbetrag von TEUR 1.650. Zuzüglich der Finanzierung der Omnibusse im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Kredite von insgesamt TEUR 3.272 abgeschlossen. Der Darlehensbestand bei Kreditinstituten lag nach Neuaufnahme und Tilgung zum Bilanzstichtag bei TEUR 16.297 und erhöhte sich somit planmäßig.

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2014 hat die HAVAG Zuschussmittel von TEUR 6.454 von den unterschiedlichen Fördermittelgebern des Bundes, des Landes und der Kommune abgerufen. Für die maßnahmenbezogene Verwendung von TEUR 5.345 Fördermitteln des Landes und des Bundes sowie Zuschüssen und Mitteln nach dem ÖPNVG LSA von TEUR 1.109 sowie der Eigenmittel, sind investive Leistungen im Sinne der Investitionsplanung in Höhe von TEUR 12.771 abgerechnet worden.

Mit dem Fortschritt des Stadtbahnprogramms werden hauptsächlich Investitionen in die Infrastruktur ausgeführt. Nennenswerte Einzelmaßnahmen sind dabei die Investitionen für die Komplexmaßnahmen in der Torstraße, sowie die Abrechnung des Haltestellenbereiches in der Kurt-Tucholsky-Straße. In der nördlichen Großen Ulrichstraße erfolgte die bauseitige Fertigstellung und Inbetriebnahme im Juni 2014. Weitere Planungsleistungen von Teilvorhaben der 1. Stufe des Stadtbahnprogramms wie dem Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Am Steintor/Ludwig-Wucherer-Straße wurden im Geschäftsjahr realisiert. Ergänzt werden die genannten wesentlichen Einzelmaßnahmen des Stadtbahnprogramms durch weitere Leistungen in die Infrastruktur, wie Fahrleitungsanlagen, Bahnstromkabelanlagen, die Erneuerung des Bahnstromgleichrichterunterwerks Schwerzer Straße und in optische Fahrgastinformationssysteme.

Im Bereich der mobilen Technik und der stationären Anlagen hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr vor allem in den Kauf von 10 Stadtliniensbussen nach Leasingende und sechs weiteren Stadtliniensbussen als Ersatzbeschaffung investiert. Der Abschluss von Leistungen der unterirdischen Infrastruktur auf dem Betriebshof Freimfelder Straße sowie für die Planung der Gleisverschwenkung als Neuanbindung der Werkstätten und Abstellhallen beschreiben die Investitionen in eigene Technik und Anlagen weiter. Ergänzend sind die Investitionsobjekte der Hard- und Software, der Fahrkartentechnik, der Einbau von ITCS-Bordrechnern in Bussen und Straßenbahnen, die Erneuerung von Betriebsausstattungen sowie der Errichtung eines Blockheizkraftwerkes anzumerken.

Der Gesamtplanansatz mit einem bestätigten Volumen von TEUR 19.197 wurde mit TEUR 6.426 unterschritten, welches einer Erfüllung von 66,5 Prozent entspricht. Hauptgrund für die unterplanmäßige Erfüllung ist die Entwicklung innerhalb des Geschäftsjahres für die Vorhaben des Stadtbahnprogramms. Die Ablehnung des Abrissantrages „Künstlerhaus“ im Böllberger Weg 188 und die Verzögerung des Baubeginns am Rannischen Platz machten eine Realisierung und Abrechnung entsprechend des Vorhabens nicht möglich.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch die stetige Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, die Erstattungsleistungen nach § 148 Sozialgesetzbuch IX, die Investitionszuschüsse sowie die Einbindung der HAVAG in den Cash Pool der Stadtwerkegruppe jederzeit gesichert. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf des Geschäftsjahres ist über die zuvor beschriebenen Kredite abgebildet.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2014 weist die HAVAG eine Bilanzsumme von TEUR 304.307 aus. Dieser Wert entwickelte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR -9.447 und ist wesentlich auf der Aktivseite durch die Rückgänge des Anlagevermögens, der Vorräte und der Forderungen beeinflusst. Positiv steht eine wesentliche Steigerung des Kassenbestandes entgegen, die mit TEUR 5.074 ausgewiesen ist.

Auf der Passivseite wird ein unverändertes Eigenkapital ausgewiesen. In der Position Sonderposten aus Investitionszuschüssen ist ein stärkerer Verbrauch im Vergleich zu den Zuführungen angezeigt. Weiter stellen die Rückstellungen von TEUR 9.164 zum Jahresabschluss einen Rückgang dar. Für die leichte Steigerung der Verbindlichkeiten ist insbesondere die erwähnte Fremdkapitalaufnahme ausschlaggebend.

4.4. Gesamtaussage

Mit einer zufriedenstellenden Gesamtbeurteilung schließt die HAVAG ein ereignis- und maßnahmenreiches Jahr ab. Neben der wirtschaftlichen Beurteilung ist für die HAVAG die Einschätzung der Zahl der Fahrgäste von Bedeutung. Zwar konnte die seit Jahren rückläufige Entwicklung der Beförderungsfälle nicht vollständig aufgehalten werden, dennoch erkennt die Gesellschaft aus den verkauften Fahrausweisen in Verbindung mit der ermittelten Nutzungshäufigkeit einen Ausdruck der geänderten Angebotspolitik, der neuen beziehungsweise geänderten Tarifprodukte und der offensiven Kundenansprache. Für das Folgejahr ist nach der Einführungsphase eine Stabilisierung beziehungsweise ein Ausbau im Markt möglich.

Im Rahmen der im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag geforderten Trennungsrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge wird die positive Beurteilung des Geschäftsjahres bestätigt. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei auch, dass die im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag für das Jahr 2014 vereinbarten Sollkosten, die denen eines „durchschnittlich, gut geführten“ Unternehmens gemäß des 4. Kriteriums des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 entsprechen, im Ist deutlich unterschritten wurden. Insgesamt konnte die HAVAG ein Ergebnis in Höhe von TEUR 23 erzielen.

Insgesamt schließt die HAVAG ein erfolgreiches Jahr 2014 mit Zufriedenheit ab, wobei sich diese Beurteilung aus der Erfüllung der gesteckten Ziele ergibt.

5. Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HAVAG und der Beteiligungen von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde, beauftragt durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems, eine Prüfung der Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch und schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Zu den ermittelten unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung entwickelt und dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unternehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Gesamtunternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz in allen Unternehmensbereichen.

Durch die turnusmäßig systematische Risikoeerhebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung beziehungsweise Überarbeitung des Risikohandbuches in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten, sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Durch den Vorstand wird die Einhaltung der im Risikohandbuch angeführten Lösungsvorschläge und Empfehlungen zur Gegensteuerung kontinuierlich überwacht. Die aktuelle Einschätzung und die Überwachung eines ausgewählten Risikos analysiert jährlich die Konzernrevision, um die Wirksamkeit des implementierten Risikomanagementsystems zu begutachten.

Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der mittelfristigen Planung der HAVAG werden die Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung und der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehr sowie die erforderlichen Gegensteuerungsmaßnahmen beachtet, systematisiert und bewertet.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Bewertungsmatrix sind Risiken im Zusammenhang mit dem US-Leasing 2002, der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehr und der Reduzierung der Verfügbarkeit von Straßenbahnen und Omnibussen aufgrund sicherheitsrelevanter Serienmängel und Obsoleszenz jedoch besonders unter Beobachtung.

Chancen ergeben sich insbesondere aus der strategischen Neuausrichtung der HAVAG. Die im vorgenannten Strategieentwicklungsprozess und Effizienzsteigerungsprogramm beschriebenen Maßnahmen werden sukzessive bearbeitet. Durch die konsequente Umsetzung und Überwachung der strategischen Einzelmaßnahmen soll die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert und der Zuschussbedarf auf einem konstanten Niveau stabilisiert werden.

6.3. Gesamtbild

Zwar muss sich die HAVAG in einem sich ständig wechselnde Umfeld an immer neue Rahmenbedingungen anpassen, nimmt diese Herausforderung stets mit großen Erwartungen an. Nur durch eine intensive und detaillierte Betrachtung der örtlichen und Marktentwicklungen kann eine rechtzeitige Reaktion erreicht werden, um gleichfalls die Risiken für das Unternehmen zu minimieren. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich für einen erfolgreichen Fortbestand zu entwickeln und um Wachstumsmöglichkeiten zu finden.

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der HAVAG für die Planjahre 2015 – 2019 besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) durch konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Strategieprozesses zu sichern. Diese Projekte beinhalten unter anderem die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragssteigerung, die Erarbeitung von Rationalisierungspotentialen zur Aufwandsreduzierung und einem effektiven Ressourceneinsatz. Alle Projekte leisten einen strategischen Wertebeitrag zur Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit der HAVAG und zur Stabilisierung des Betriebskostenzuschusses.

Auf der Grundlage einer bedarfsgerechten Angebotspolitik und mit der Präsentation von kundenorientierten Produkten beabsichtigt die HAVAG eine kontinuierliche Steigerung der Fahrgastzahlen. Diese Entwicklung der Beförderungsfälle, eine gezielte Kundenansprache (Neukundengewinnung) und eine angemessene Preisanpassung sollen in den folgenden Jahren die Fahrgeldeinnahmen der Gesellschaft ausbauen. Da prinzipiell mit einer Teuerungsrate für Material, Leistungen und Personal zu rechnen ist, sollen gezielte strategische Entscheidungen zur Kompensation der Aufwandsteigerung beitragen. Ziel des Unternehmens ist ein nahezu konstantes Niveau des notwendigen Betriebskostenzuschusses.

Die vom Aufsichtsrat am 16. Oktober 2014 bestätigte Wirtschaftsplanung für das Jahr 2015 sieht einen Betriebskostenzuschuss von TEUR 24.114 vor. Dieser Wert ist inklusive des Mehrbedarfs für das Stadtbahnprogramm sowie der Berücksichtigung prognostizierter Aufwandssteigerungen. Diese Planung unterstützt den hohen Qualitätsanspruch an den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) nach den im Nahverkehrsplan formulierten Rahmenbedingungen. Sie berücksichtigt die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistung und entspricht den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

7.2. Investitionen

Die HAVAG hat für das Jahr 2015 Investitionen von TEUR 28.166 geplant. Hauptindikator dieser Investitionssumme ist die Umsetzung des Stadtbahnprogramms als Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der Stadtwerkegruppe. Schwerpunkte des Stadtbahnprogramms im Jahr 2015 sind der Ausbau und die Umgestaltung des Rannischen Platzes, des Böllberger Weges Nord und des Verkehrsknotenpunktes Am Steintor/Ludwig-Wucherer-Straße.

Darüber hinaus sind der Kauf von sechs Linienomnibussen und der Maßnahmebeginn zur Ersatzbeschaffung von mobilen Fahrausweisautomaten, mit den Optionen der Bargeldzahlung und des E-Ticketsystems, beabsichtigt. Mit der Gleisverschwenkung soll eine Neuansbindung der Werkstätten und Wagenhallen auf dem Betriebshof Freimfelder Straße im Jahr 2015 begonnen werden. Abschließend ergänzen Spezialfahrzeuge, Maschinen und Anlagen die notwendigen Ersatzinvestitionen.

7.3. Finanzierung

Aufgrund der zentralen Position des Stadtbahnprogramms werden in den folgenden Jahren nur bedingt darüber hinausgehende Investitionen möglich sein, die in den Finanzierungsrahmen aufgenommen werden können. Im Vordergrund werden Ersatzinvestitionen für Stadtliniensbusse stehen, welche die variablen Kosten für den Betrieb mittelfristig senken. Investitionen, die über das Kerngeschäft hinausgehen sind nicht geplant. Somit geht die HAVAG in den nächsten Jahren von einer vertretbaren Fremdkapitalaufnahme aus. Zur Unterstützung der Finanzierung ist die Gesellschaft in ständigen Kontakt zu möglichen Fördermittelgebern.

7.4. Ergebniserwartung

Die HAVAG als zentraler Dienstleister für den öffentlichen Personennahverkehr beabsichtigt die permanente Steigerung der Attraktivität des Verkehrsangebotes für die Einwohner und Gäste der Stadt Halle (Saale). Eine qualitativ hochwertige innerstädtische Mobilität beziehungsweise die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge soll mit einer stabilen Lage des Unternehmens einhergehen. Mit seinen umweltpolitischen Vorteilen, welches ein modernes Nahverkehrsunternehmen bietet, will die Gesellschaft zur Senkung der Immissionsbelastung in der Stadt beitragen. Für die Einhaltung der Ergebniserwartung ist es erforderlich, dass die Gesellschaft umgehend auf mögliche Verschärfungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen reagiert. Dazu sollen die initiierten Projekte und Maßnahmen sowie geeignete neue Möglichkeiten gesucht werden, um den Erfolg der HAVAG nachhaltig zu sichern.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Freimfelder Straße 74/75 06112 Halle (Saale)	Postanschrift: Prager Straße 8 04103 Leipzig
-------------------	---	--

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	74

Gesellschafter:	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH	12	15,92
Stadt Leipzig	12	15,92
Stadt Halle (Saale)	9	12,45
Hallesche Verkehrs-AG	8	10,95
DB Regio Aktiengesellschaft	5	6,60
Burgenlandkreis	3	3,54
Landkreis Leipzig	3	3,54
Landkreis Nordsachsen	3	3,54
Landkreis Saalekreis	3	3,54
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	3	3,54
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2	3,40
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2	2,98
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH "Heideland" (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG und Döllnitzbahn GmbH	1	1,70
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Sax-Bus Eilenburger Busverkehr GmbH, Auto-Webel GmbH, Omnibusverkehr Leupold OHG und Geißler-Reisen GbR	1	1,70
LeoBus GmbH	1	1,70
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1	1,70
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1	1,70
Regionalbus Leipzig GmbH	1	1,70
Landkreis Altenburger Land	1	1,02
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1	1,02
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1	1,02
Erfurter Bahn GmbH	0	0,41
Veolia Verkehr GmbH	0	0,41

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Lehmann, Steffen

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Dubrau, Dorothee	
1. stellv. Vorsitzender	Schwarz, Vinzenz	
2. stellv. Vorsitzender	Thieme, Ronny	
	Behrens, Arne	(seit 01.01.2014)
	Bog, Stephan	
	Däumler, Lutz	(seit 01.09.2014)
	Dr. Kisabaka, Linda	(bis 16.07.2014)
	Dr. Menke, Norbert	(seit 04.12.2014)
	Engel, Erich	(bis 31.08.2014)
	Handschak, Hartmut	
	Hecht, Michael	(seit 01.01.2014 bis 31.12.2014)
	Heft, Frank Uwe	(bis 16.07.2014)
	Herrmann-Kambach, Jens	
	Hoffmann, Joachim	
	Juhrs, Ronald	(bis 04.12.2014)
	Kern, Dietmar	
	Klemens, Holger	
	Klingenhöfer, Frank	
	Kniesche, Ute	(bis 04.12.2014)
	Kultscher, Andreas	(seit 01.01.2014)
	Malter, Klaus Rüdiger	
	Middelberg, Ulf	
	Mietzsch, Oliver	
	Peinhardt, Ulrich	(seit 16.07.2014)
	Reiche, Harri	(bis 16.07.2014)
	Riese, Lothar	
	Schütze, Karsten	(seit 04.12.2014)
	Stäglin, Uwe	
	Stoye, Angelika	
	Ulrich, Götz	(seit 11.08.2014 bis 31.12.2014)

Aufsichtsrat:

	Völker, Andreas	(seit 17.07.2014)
beratendes Mitglied	Hummel, Hans-Jürgen	
beratendes Mitglied	Sablotny, Bernd	

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	3	3	3

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	511	29	149	11	230	17	362	243
Umlaufvermögen	1.240	70	1.172	88	1.109	82	68	6
Rechnungsabgrenzungsposten	9	1	10	1	10	1	-1	-10

Bilanzsumme	1.760	100	1.331	100	1.349	100	429	32
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandvermögen	3.463		1.495		1.723		1.968	132
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-------	-----

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	461	26	461	35	461	34	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	368	21	39	3	110	8	329	844
Rückstellungen	120	7	122	9	142	11	-2	-2
Verbindlichkeiten	681	39	581	44	501	37	100	17
Rechnungsabgrenzungsposten	130	7	128	9	135	10	2	2

Bilanzsumme	1.760	100	1.331	100	1.349	100	429	32
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	3.463		1.495		1.723		1.968	132
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-------	-----

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	609	623	512
andere aktivierte Eigenleistungen	16		
sonstige betriebliche Erträge	520	328	454
Materialaufwand	1.400	1.277	1.288
Personalaufwand	1.514	1.449	1.334
Abschreibungen	99	119	129
Zuschüsse Gesellschafter	2.228	2.233	2.138
sonstige betriebliche Aufwendungen	360	338	359
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	2	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	99	119	129	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	38	33	37	T€
Personalaufwandsquote:	132,23	152,38	138,15	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,42	4,10	4,03	%
Eigenkapitalquote:	26,21	34,66	34,19	%
Fremdkapitalquote:	73,79	65,34	65,81	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Fahrgastaufkommen	200,00	175,90	174,10	Mio.

e) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2014

Die überaus positive Entwicklung im Kalenderjahr war wesentlich durch die Einführung des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes (MDSB) und des PlusBus-Angebotes im Dezember 2013 sowie die Integration der letzten wesentlichen Haustarife der LVB in den Verbundtarif im August 2014 beeinflusst. Einen besonderen und weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann. So war die Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2014 gegenüber dem Juli 2012 – vor Einführung der neuen Produkte – um rd. 10.200 Kunden im gesamten Verbundraum gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 11,7 %.

Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2014 mit EUR 14,1 Mio (rd. 8,1 %) über dem Vorjahr. Ca. EUR 3,7 Mio resultierten davon aus der Integration der bisherigen LVB-Schülerprodukte Leipzig in den MDV-Tarif sowie aus der Erweiterung des Semestervolltickets in Leipzig seit September 2014. Ohne diese Einnahme ergab sich ein Zuwachs von EUR 10,4 Mio (+ 5,9 %).

Im Jahr 2014 wurden weitgehende **tarifliche Verbesserungen** für Schüler, Auszubildende und Studenten umgesetzt. Dazu gehört die Einführung der SchülerRegioFlat, mit einer verbundweiten MDV-Nutzungsmöglichkeit im Freizeitbereich, die Einführung des ABO Azubi Plus, die MDV-Anerkennung der Leipziger SchülerCard und SchülerMobilCard, die Einführung der MiniCard und der MaxiMobilCard, die im freien Verkauf allen Schülern in Halle zugänglich sind, sowie die Realisierung von MDV-Semestervolltickets an der Universität Leipzig, der Berufsakademie Sachsen und der Martin-Luther-Universität Halle.

Dennoch musste auch im Jahr 2014 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Gleichzeitig wurde durch die ETC Transport Consultants GmbH die in 2013 begonnene **Finanzierungsstudie** fertiggestellt, die den künftigen Finanzbedarf ermitteln sowie Möglichkeiten alternativer bzw. ergänzender Finanzierungsquellen zur Gegenfinanzierung der steigenden Kosten aufzeigen sollte. Die Ergebnisse der Studie wurden in den Gremien der Verbundgesellschaft und -soweit gewünscht- auch in den jeweiligen Ausschüssen der am MDV beteiligten kreisfreien Städte und Landkreise durch die Geschäftsstelle vorgestellt und ein Grundverständnis zu den Kernaussagen vermittelt.

Auf dieser Grundlage wird die Verbundgesellschaft beginnend ab 2015 unter Einbeziehung der MDV-Gesellschaftergruppen, der Verwaltung und der politischen Gremien aller interessierten Landkreise und Oberzentren, die konkrete Ausgestaltung von alternativen Finanzierungswegen innerhalb des MDV-Raums untersuchen lassen. Hierzu sollen zunächst geeignete Fachexperten ausgewählt werden, die dann auf Basis des ETC-Finanzierungspapiers umsetzungsreife Vorschläge erarbeiten. Diese Vorschläge sollen neben den monetären Wirkungen auch die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen detailliert aufzeigen, die zur Umsetzung notwendig wären. Die operative Einbindung der Gesellschaftergruppen und die Berücksichtigung lokaler Belange erfolgt über die Teilnahme in einer zu gründenden Facharbeitsgruppe „Finanzierungspapier MDV 2025“.

Das Finanzierungsthema ist gleichzeitig Bestandteil des 2012 begonnenen **Strategieprozesses zum Thema „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“**. Mit Blick auf die signifikante Veränderung der Rahmenbedingungen des Nahverkehrs, wie die Finanzierung, die demografische Entwicklung, das Mobilitätsverhalten der Bevölkerungsgruppen, die technischen Möglichkeiten des Zugangs zum Nahverkehr und die rechtlichen Anforderungen, hatte die Verbundgesellschaft im Jahr 2013 mit allen Gesellschaftern eine Strategiekonzeption und entsprechende Handlungsbereiche erarbeitet. Seit 2014 werden diese Ergebnisse als gemeinsam getragene Empfehlung in der Diskussion gegenüber Dritten (politische Fraktionen, Vertreter der 3 beteiligten Länder am MDV) kommuniziert.

In einer 2. Stufe wurde 2014 ein „Masterplan zur Umsetzung der MDV-Strategie 2025“ erstellt. Hierfür wurden zunächst die 5 strategischen Kernziele mit ihren ca. 20 Teilzielen ausgearbeitet. Anschließend erfolgte im Rahmen mehrerer individueller Workshops mit fast allen MDV-Gesellschaftern das Zusammentragen von über 400 Ideen zur konkreten Umsetzung der MDV-Strategie. Diese Ideen wurden dann in ca. 70 sogenannte „Umsetzungs-Schubladen“ geclustert. Die Geschäftsstelle und das Kernteam des Strategieprozesses haben anschließend eine Bewertung der „Umsetzungs-Schubladen“ begonnen, um die Wirkung, die Ergebnisse, die Umsetzungszeit, das erforderliche Budget sowie die fachlichen Ressourcen und Widerstände zu erfassen. Hinsichtlich des Abschlusses der 2. Stufe zum Strategieprozess und der Überführung von ausgewählten Maßnahmen in die Umsetzung soll im 1. Halbjahr 2015 eine gesonderte gemeinsame Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung stattfinden.

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich im Jahr 2014 weiterhin auf die Umsetzung der Teilprojekte des EFRE-**Telematikvorhabens**, die als ein verknüpftes Gesamtsystem im mitteldeutschen Verbundraum wirksam werden sollen. Das Konzept sieht eine verbundweite Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlussicherung und perspektivischer Anschlussgarantie vor und soll damit zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen. Zentrale Elemente sind die Beschaffung von leistungsfähigen Bordrechnern für Busse, Komponenten für das eTicketing (elektronisches Ticket) sowie entsprechende Systeme zur Echtzeitdatenerfassung und -weiterleitung.

Aufgrund der Verzögerungen im Projektablauf entschieden die Projektpartner sowie das Landesamts für Straßenbau und Verkehr (LASuV) 2014, das gesamte EFRE-Telematikvorhaben in das Landesinvestitionsprogramm (LIP) des Freistaates Sachsen zu überführen und den Förderzeitraum zu verlängern.

Alle Teilprojekte werden im Jahr 2015 weiter geführt, um das komplexe Vorhaben innerhalb der neuen Förderperiode abzuschließen.

Seit der Einführung des **handybasiereten Auskunfts- und Ticketingsystems easy.GO** für den gesamten Verbundraum im Sommer 2011 hat sich die App zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. Durch eine Vielzahl an technischen Weiterentwicklungen und gezielten Marketingmaßnahmen konnte sich easy.GO weiter etablieren und neue Nutzer hinzugewinnen. So wurden zusätzlich Verkehrsinformationen eingebunden, die zum einen langfristig über Baumaßnahmen und zum anderen auch ad hoc über Störungen informieren können. Im Herbst 2014 erfolgte das Release easy.GO 4.2, welches nun auch Sehbehinderten Menschen den Zugang zu easy.GO ermöglicht. Seit Dezember ist die App auch in der BlackBerry App World und im Amazon App Shop erhältlich. Mit dem Webaufttritt myeasygo.de wurde ein gemeinsamer Internetaufttritt geschaffen, der alle Informationen rund um die App (in den verschiedenen Regionen) bereitstellt.

Im Ergebnis der erfolgreichen Kampagne und saisonaler Effekte wie Witterung und Weihnachtsmärkte haben sich die Ticketverkäufe und Umsätze abermals signifikant erhöht, so dass im Dezember 2014 erstmals ein Umsatz von über TEUR 180 erzielt werden konnte. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die über 2,5 Millionen Auskünfte via easy.GO im Dezember 2014 betrachtet.

Die Arbeiten im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement konzentrierten sich 2014 weiterhin auf die Weiterentwicklung des **länderübergreifenden Mobilitätsportals** bzw. auf die Bearbeitung der abgestimmten Bausteine, wobei die NASA GmbH als Betreiber des Systems aktiv eingebunden war. Hierzu gehörte unter anderen die Erweiterung der Datenbasis und Funktionen des Mobilitätsportals um P+R / B+R-Daten, dynamische Parkrauminformation, Umweltzonen, Baustelleninformation und Sperrinfo des MIV sowie Auskunft für barrierefreies Reisen im ÖPNV. Das Kernstück der Informationsplattform bildet ein länderübergreifender, intermodaler Router, der den ÖPNV-, MIV- sowie Rad- und Fußgängerverkehr zu verkehrsträgerübergreifenden Reiseketten verknüpft und dabei dynamische Daten wie Verkehrslage (zunächst nur Sachsen-Anhalt, Ausweitung auf Stadt Leipzig nach der Aktualisierung der Verkehrslage Leipzig geplant) und Echtzeitdaten des ÖPNV verarbeitet.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Realisierung einer neuen **Datendrehscheibe zur Echtzeitdatenversorgung** der ÖPNV-Auskunft (INSA) und des darauf aufbauenden Mobilitätsportals Mitteldeutschland mit ÖPNV-Daten der MDV-Verkehrsunternehmen aus Sachsen und Thüringen und damit der Verknüpfung mit den ÖPNV-Daten aus Sachsen-Anhalt. Diese neue industrielle Lösung ersetzt die bisherige prototypische MOSAIQUE-Datendrehscheibe.

Alle genannten Arbeiten werden 2015 fortgeführt.

2014 wurde zudem ein Prozess zur Freigabe von ÖPNV-Daten an Drittabnehmer angestoßen, die eine Nutzung von ÖPNV-Daten in externen Apps und anderen datenbasierten Anwendungen erlaubt. Im Jahr 2015 werden die Nutzungsregelungen sowie die technische Bereitstellung der Daten konkretisiert.

Mit der Inbetriebnahme des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes musste das neue Angebot in die **Einnahmeaufteilung** des Verbundes integriert werden. Dazu waren als Basis für die Verteilungsquoten vorläufige Fahrgastzahlen für alle Tarifzonen im Bedienebiet zu schätzen, mit den betroffenen Verkehrsunternehmen und den SPNV-Aufgabenträgern abzustimmen und unterjährig nach zu justieren. Im Rahmen der Jahresrechnung werden dann die tatsächlich gezählten Fahrgäste der Verteilung zu Grunde gelegt.

Eine weitere wichtige Aufgabe war der Beginn der technischen Überarbeitung der **Tarif- und Einnahmeaufteilungsdatenbank**, die infolge der zahlreichen neuen Produkte und Verteilungsregeln der letzten Jahre sowie der über die Jahre aufgelaufenen Datenmengen in die Lage versetzt werden muss, dauerhaft eine sichere Arbeitsgrundlage darzustellen, sowohl zur Tarifversorgung aller Verkaufsgeräte als auch zur fehlerfreien und schnellen Berechnung der Einnahmeaufteilung. Hierfür ist im ersten Schritt die Datenbankhardware und im zweiten Schritt die Software zu ersetzen. Anschließend werden nötige neue Funktionen implementiert. Hierzu gehören insbesondere Schnittstellen zu den verbundweit neu eingeführten Verkaufsgeräten sowie zum entstehenden Regionalen eTicketing System. Die Arbeiten werden 2015 fortgeführt.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2014 wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Dazu wurde das in 2013 begonnene **Projekt Muldentaldreieck** (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) in 2014 weiter vorangebracht. Dabei soll beispielgebend für den ländlichen MDV-Raum aufgezeigt werden, wie durch Neustrukturierung und Neuausrichtung des öffentlichen Verkehrsangebotes breitere Zielgruppen den ÖPNV nutzen können. In den Vorhaben sollen Taktknoten entwickelt und differenzierte Bedienungsformen herausgebildet werden. So wird nach erfolgter Einrichtung von hochwertigen PlusBus-Linien der Weg der Vertaktung und Produktdifferenzierung des ÖPNV-Angebotes konsequent weiter beschritten und um das Themenfeld Feinerschließung ergänzt.

Im Frühjahr 2014 haben die Bürgermeister der oben genannten Städte ihre Zustimmung und Mitarbeit am Projekt bekundet, so dass ab Sommer 2014 die Detailausarbeitungen beginnen konnten. Nachdem bis Jahresende 2014 die prinzipiellen Taktknoten im Regionalverkehr festgelegt wurden, sind im nächsten Schritt die Bedienungshäufigkeiten (Frühjahr 2015) zu definieren.

Für die vier Städte wurden im Dezember 2014 erste Diskussionsentwürfe zu den Liniennetzen im Stadtverkehr vorgestellt, die im Frühjahr 2015 detaillierter ausgearbeitet werden.

Als schwierig für das Projekt erweist sich aktuell das neue SPNV-Konzept ab Dezember 2015 auf der Achse Leipzig – Grimma – Döbeln, das im Gegensatz zum derzeitigen Angebot keinen Knoten zwischen SPNV und allen ÖPNV- Linien am Bahnhof Grimma mehr zulässt. Alternative Lösungen dazu werden ebenfalls im Frühjahr 2015 erarbeitet.

Analog zu den Themenstellungen im Projekt Muldentaldreieck hat der MDV in enger Zusammenarbeit mit dem Burgenlandkreis und den Gemeinden Hohenmölsen, Weißenfels, Lützen und Teuchern sowie der NASA mit Fördermitteln des Landes Sachsen-Anhalt das Projekt **„Rippach-/Saaletal mobil“** gestartet. Die Idee und der Handlungsbedarf für diesen Raum wurden aus der ÖPNV-Fachexkursion 2013 abgeleitet. Gleichzeitig ergibt sich ein Handlungsdruck auf den straßengebunden ÖPNV durch die Einführung des neuen SPNV-Konzepts (STS-Netz) insbesondere auf der Achse Halle – Weißenfels – Naumburg zum Dezember 2015. Die Bearbeitung wird von externen Büros übernommen. Die Ergebnisse sollen Ende 2015 vorliegen.

Im Rahmen des **Forschungsvorhabens zur Verbesserung der Verkehrssituation in den Gemeinden (FoPS)** hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) den MDV als Projektregion ausgewählt. Ziel ist es, eine „Regionalstrategie Mobilität“ für ausgewählte Regionen im MDV-Gebiet innerhalb von zwei Jahren mit Unterstützung durch externe Gutachter untersuchen zu lassen. Dabei sollen in einer Regionalstrategie die Infrastrukturen im ländlichen Raum (ÖPNV, Bildung, Versorgung, medizinische Versorgung) auf ihre Zukunftsfestigkeit mit Blickpunkt auf das Jahr 2025 bewertet werden und Ansätze entwickelt werden, wie auch zukünftig in den ländlichen Räumen die Daseinsvorsorge der untersuchten Infrastrukturen sicher gestellt werden kann. Nach einer intensiven Analysephase wurden in 2014 Indikatoren entwickelt, die frühzeitig aufzeigen können, ob die betrachteten Infrastrukturen in ihrem Bestand im Jahr 2025 gefährdet sein könnten. Spezielle Lösungen für den ÖPNV sollen beispielhaft für den MDV-Raum untersucht und weiter entwickelt werden. Das Projekt hat eine Laufzeit bis Oktober 2015 und ist als reines Forschungsprojekt angelegt.

Im Dezember 2013 startete das **„Integriertes Netz“** aus MDSB-I und des auf Initiative der Verbundgesellschaft in den zurückliegenden Jahren entwickelten **PlusBus-Netzes**. Eine Analyse der ersten neun Monate nach Betriebsstart des PlusBus-Netzes zeigte steigende Fahrgastzahlen in einem Raum, bei dem die Bevölkerungszahl weiter schrumpft. Über alle Linien lag der Zuwachs bei rund 3 %, bei Linien mit verbessertem Angebot sogar etwas über 10 %. Eine konkrete Auswertung zur Wirkung des MDSB-I wird durch die SPNV-Aufgabenträger erstellt. Diese beinhaltet neben der Verbundtarifnutzung auch die Fahrgastentwicklung im Haustarif.

Im Jahr 2014 wurde mit der Bearbeitung für eine Neugestaltung des **Stadtverkehrs in Markkleeberg** gestartet. Der MDV wird dazu bis Frühjahr 2015 in Abstimmung mit Landkreis, Stadt und Verkehrsunternehmen eine Konzeption erarbeiten. Dazu fand neben einer umfangreichen Bestandsaufnahme eine der größten Bürgerbefragungen statt. Es gab über 1.000 Rückmeldungen zu den Wünschen, Zielen, Anregungen zum geplanten Verkehrskonzept. Viele der Anregungen konnten in der sich darauf anschließenden Variantenentwicklung Eingang finden. Bis Dezember 2014 wurden den Auftraggebern fünf Varianten und deren Auswirkungen vorgestellt. Aus diesen fünf Varianten wird Anfang 2015 die Vorzugsvariante entwickelt, die den politischen Gremien zur Entscheidungsvorlage dienen soll.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2014 u. a. die folgenden Themen bearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Analyse zu zukünftigen Flächenbedarf am Busbahnhof Leipzig Hbf Ostseite
- Variantenuntersuchung für den zukünftigen ÖPNV im Raum Leipzig/GVZ
- Bestandsaufnahme Wegeleitsystem aller SPNV-Stationen im ZVNL-Gebiet.

Im Fachbereich **Öffentlichkeitsarbeit** wurden für die im Sommer 2014 neu eingeführten Tarifprodukte SchülerRegioFlat und ABO Azubi Plus Vermarktungskonzeptionen erarbeitet und umgesetzt. Zudem wurden die Servicemitarbeiter der Verkehrsunternehmen und Landratsämter im Rahmen der MDV-Trainerschulung zu beiden Produkten geschult.

Gemeinsam mit allen Verkehrsunternehmen wurde im Frühjahr abgestimmt, wie künftig mit dem Thema „Fahrplaninformationen“ umgegangen werden soll. Hintergrund dafür ist, dass die zunehmende Akzeptanz von Online- und mobilen Auskunftsdiensten den Rückgang der Auflagenhöhen bei den gedruckten Fahrplanbüchern perspektivisch weiter beschleunigen wird. In den Städten Halle und Leipzig wurde deshalb bereits auf die Herausgabe von herkömmlichen Fahrplanbüchern verzichtet. Die regionalen Verkehrsunternehmen haben sich hingegen dafür ausgesprochen, in den kommenden Jahren zunächst weiterhin Fahrplanbücher anzubieten. Während dieser Zeit soll jedoch ein Konzept erarbeitet und abgestimmt werden, das die weitere Strategie dafür feststeuert.

In enger Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK) wurde die bisherige Webpräsenz des MDV auf den Prüfstand gestellt und ein Konzept für einen völlig neuen Internetauftritt erarbeitet. Die Umsetzung erfolgte vornehmlich mit MDV-internen Ressourcen. Im Januar 2015 wurde die neue Seite online gestellt.

Im Herbst gab es neue Vermarktungskampagnen für easy.GO und das im Jahr zuvor eingeführte PlusBus-Netz. Die easy.GO-Kampagne zielte darauf ab, easy.GO in voller Funktionalität im MDV-Gebiet zur maximalen Bekanntheit zu führen. Mit drei unterschiedlichen Motiven und einer Reihe von Medien wurde auf unterschiedliche Zielgruppen fokussiert und sowohl Vielfahrer als auch Seltennutzer und Autofahrer angesprochen. Die Auffrischkampagne zu PlusBus verfolgte das Ziel, „PlusBus“ bei vorhandenen und potenziellen Nutzern weiter zu etablieren, neu hinzugekommene PlusBus-Linien zu kommunizieren und Nutzungshemmnisse insgesamt abzubauen.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2014

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 5. Dezember 2013 beschlossen. Darin wurde der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2014 **zu zahlende Zuschuss** erstmals seit 2006 um 2,5 % auf TEUR **2.231,0** angehoben. Dies entsprach einem Anstieg der durch die Gesellschafter zu finanzierenden Zuschüsse von TEUR 54 und damit EUR 540 je Prozent Gesellschafteranteil. Zusätzlich enthielt der Wirtschaftsplan mit TEUR 51 einen Übertrag von Betriebskostenzuschüssen der Vorjahre. In der Gesellschafterversammlung am 17. Juli 2014 wurde außerdem beschlossen, die übrigen nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 2013 (TEUR 114) ins Jahr 2014 zu übertragen. Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Fördermittel des Freistaates Sachsen, des Landes Sachsen-Anhalt und des Bundes sowie des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, dem ZVNL und der Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2014/2015 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der regionalen Partner am Strategieprojekt Muldentaldreieck und Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen.

Insgesamt betrachtet standen den Aufwendungen von TEUR 3.374 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.146 gegenüber. Die von den Gesellschaftern gezahlten und aus den Vorjahren übertragenen Zuschüsse von TEUR 2.396 mussten daher nur in Höhe von TEUR 2.228 in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 168 wurde passiviert.

Die Gesellschafterversammlung hat bereits am 4. Dezember 2014 beschlossen, 2014 nicht verbrauchte Mittel (TEUR 114) nach 2015 zu übertragen und auf die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage zu verzichten. Über die Verwendung der nicht verbrauchten, nicht übertragenen Zuschüsse in Höhe von TEUR 54 werden die Gesellschafter entscheiden. Die Geschäftsführung empfiehlt, diese für zusätzliche Maßnahmen im Rahmen des Strategieprozesses nach 2015 zu übertragen.

Von Mitteln aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil von TEUR 271 wurden 2014 TEUR 237 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2015 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 34 wurde passiviert. Er soll im Jahr 2015 zur Fertigstellung der begonnenen Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. Der Übertrag von TEUR 34 betrifft im Wesentlichen laufende easy.GO-Aufwendungen (TEUR 17) sowie die Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (TEUR 10), für die in den Projektlenkungsgruppen bereits die Übertragung der entsprechenden Mittel der Partner auf das Folgejahr beschlossen wurde.

Die Bilanzsumme von TEUR 1.760 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.331) um 32 % gestiegen. Dies begründet sich im Wesentlichen aus dem Anstieg des Anlagevermögens auf der Aktivseite aufgrund der geleisteten Anzahlungen im EFRE-Projekt sowie entsprechender Erhöhung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse auf der Passivseite.

Der MDV verfügt über eine mittelfristige Planung, die zurzeit bis 2019 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2015 wurde von der Gesellschafterversammlung am 4. Dezember 2014 beschlossen.

Die Planung ab 2015 enthält zusätzliche Mittel der Gesellschafter, um die in den vergangenen Jahren unterdurchschnittliche Gehaltsentwicklung der Mitarbeiter aufzuheben, die angesichts des eintretenden Fachkräftemangels ein Risiko für die Personalentwicklung des Unternehmens darstellte.

Ausblick auf 2015 und 2016

Die Aufgaben der nächsten Jahre werden wesentlich durch die Ergebnisse des **Strategieprozesses** bestimmt sein. Nach der Beschlussfassung der Gesellschafter zum konkreten Umsetzungsprogramm im 1. Halbjahr 2015 werden diese Themen im Mittelpunkt der weiteren Arbeit der Verbundgesellschaft stehen. Gleichzeitig werden die Projekte fortgeführt, die bereits heute die Zielstellungen der Strategie MDV 2025 umsetzen.

Somit sind die **tariflichen Themen** für das Jahr 2015 vielfach aus dem Strategieprozess abgeleitet. Hierzu gehört eine vertiefte empirische Arbeit zur Abbildung von Zielgruppen. Eine wesentliche Zielgruppe, die Gelegenheitskunden, soll ab 2015 verstärkt in den Focus gerückt werden. Ein erster Schritt dafür ist das pilothafte Testen des neuen ABO Flex in Leipzig.

Zum Abbau von Hemmnissen bei verbundübergreifenden Fahrten soll für die Sommerferien 2015 das Ferienticket Sachsen eingeführt werden, mit dem junge Leute in allen sächsischen Verbänden öffentliche Nahverkehrsmittel mit einem Ticket nutzen können.

Für die erste Jahreshälfte 2015 ist das Release **easy.GO 4.3** vorgesehen. Die Kommunikation wird über verschiedene social media-Kanäle, Newsletter und Pressemitteilungen erfolgen. Um den Bekanntheitsgrad von easy.GO weiter zu steigern, die App zu stärken und neue Nutzer hinzuzugewinnen, sind im laufenden Jahr 2015 weitere Marketingmaßnahmen geplant, die an die erfolgreichen Maßnahmen 2014 anknüpfen sollen.

Auch im Bereich **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** werden 2015 mehrere zusätzliche Projekte unter dem Fokus der Umsetzung von Themen aus dem MDV-Strategieprozess stehen. Zu nennen ist hier beispielgebend die federführend durch den ZVNL realisierte Umsetzung der MDV-Haltestellenkonzeption im sächsischen Teil des Verbundgebietes im Rahmen des Gesamtprojekts „Nutzeroberfläche“. Außerdem wird eine Konzeption zur Bedienung von social-media-Kanälen erarbeitet und die gebündelte Kommunikation aller im Dezember eintretender Netz- und Fahrplanveränderungen (MDSB I und II, Betriebsaufnahme Abellio Rail Mitteldeutschland, Anpassungen im Busverkehr usw.) vorbereitet. Entsprechend des Arbeitsstandes im Projekt „Muldentaldreieck“ werden zu passender Zeit Kommunikationsthemen erarbeitet und umgesetzt.

Ebenfalls aus der Strategie und den Fachexkursionen abgeleitet hat der Fachbereich Verkehrsplanung in enger Abstimmung mit dem Landkreis Altenburger Land und der THÜSAC einen Projektantrag „**Schmölln macht mobil**“ an das Land Thüringen gestellt. Auch hier soll der Verkehr analog „Muldentaldreieck“ und „Rippach-/Saaletal mobil“ neu aufgestellt werden und dem ÖPNV neue Nutzergruppen zugeführt werden. Eine Projektbewilligung wird für Frühjahr 2015 erwartet.

Für das Wirtschaftsjahr 2015 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt wird. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende liquide Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft.

OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Kaolinstraße 12
06126 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	15	51,00
Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	15	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

- I. Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere die Durchführung von Linien-, Gelegenheits- und Schülerverkehr.
- II. Gegenstand der Gesellschaft sind weiter die Planung, Effizienzprüfung und die Gestaltung eines kundenorientierten und wirtschaftlich Öffentlichen Personennahverkehrs sowie alle mit der Durchführung der Verkehrsleistungen im Zusammenhang stehende Tätigkeiten, wie auch das Erbringen von Kraftfahrzeuginstandsetzungsleistungen, Nutzfahrzeugserviceleistungen sowie entsprechenden Serviceleistungen.
- III. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen im Inland errichten, erwerben und sich an solchen beteiligen oder deren Vertretung übernehmen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Vetter, Wolfdietrich

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	1,70

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.802	77	8.020	79	8.048	79	-218	-3
Umlaufvermögen	2.265	23	2.138	21	2.180	21	127	6
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	3	0	3	0	-2	-67

Bilanzsumme	10.068	100	10.161	100	10.231	100	-93	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.950	49	4.787	47	4.730	46	163	3
Sonderposten für Investitionszulagen	1.309	13	1.525	15	1.766	18	-216	-14
Rückstellungen	45	1	43	1	36	0	2	5
Verbindlichkeiten	3.755	37	3.801	37	3.693	36	-46	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	5	0	6	0	4	80

Bilanzsumme	10.068	100	10.161	100	10.231	100	-93	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	11.663	11.609	11.302
sonstige betriebliche Erträge	921	926	873
Materialaufwand	6.882	7.009	6.724
Personalaufwand	3.263	3.231	3.244
Abschreibungen	1.356	1.360	1.265
sonstige betriebliche Aufwendungen	775	715	653
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	21	21
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	38	37	37
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	113	138	156
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	172	66	117
sonstige Steuern	9	9	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	163	57	108
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-468	-525	-633
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-305	-468	-525

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,39	0,49	0,95	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,09	1,08	2,05	%
Cash-Flow:	1.519	1.417	1.373	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	115	114	109	T€
Personalaufwandsquote:	25,93	25,77	26,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	77,17	78,61	78,50	%
Eigenkapitalquote:	49,16	47,11	46,24	%
Fremdkapitalquote:	50,84	52,89	53,76	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Fahrplan-km	3.987.000,00	3.956.000,00	3.894.000,00	km

e) Lagebericht**Geschäftsmodell**

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH ist ein Unternehmen in öffentlich/privater Partnerschaft. Dieses Geschäftsmodell ist darauf gerichtet, die regionalen Beförderungsinteressen der Gesellschafter zu bündeln und durch die Ausnutzung von Synergien wirtschaftliche Vorteile zu erreichen.

Geschäftsverlauf/Rahmenbedingungen

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH erbringt Linienverkehrsleistungen im Rahmen der mit dem Landkreis Saalekreis vereinbarten Verkehrsfinanzierungssatzung für den Genehmigungszeitraum bis 30. April 2019. Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand werden sich auch bis zum Jahr 2017 die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, welche durch das Nahverkehrsgesetz Sachsen-Anhalt bestimmt sind, nicht verändern.

Insofern sind die Markt- und Rahmenbedingungen für das Unternehmen konstant. Im Auftragsverkehr für die HAVAG haben sich die vertraglichen Festleistungen nicht verändert. Die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten des Unternehmens wird durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen im Stadt-, Schienenersatz- und Gelegenheitsverkehr verbessert.

Im Jahr 2014 wurden rd. 3.987.000 Fahrplankilometer realisiert, darunter 312.000 Kilometer im Bedarfsverkehr. Damit sind die im Wettbewerbsverfahren festgeschriebenen Verpflichtungen erfüllt.

Investitionen

Die Investitionstätigkeit des Unternehmens wurde durch die Anschaffung von fünf neuen Omnibussen im Geschäftsjahr 2014 geprägt.

Die Auslieferung und Inbetriebnahme dieser Low-Entry-Fahrzeuge vom Typ Irisbus Crossway mit Diesel-Antrieb erfolgte im September.

Insgesamt betrug das Gesamtvolumen der Fahrzeuganschaffungen im Geschäftsjahr 2014 TEUR 924. Die Finanzierung erfolgte im Wesentlichen durch die Aufnahme von Krediten. Zur Finanzierung eines Neufahrzeuges wurde der Gesellschaft 2014 durch den Landkreis Saalekreis ein Investitionszuschuss in Höhe von TEUR 140 bewilligt, der Ende August ausgezahlt wurde.

Die Fahrzeuge wurden entsprechend den Anforderungen des Nahverkehrsplanes und der Verkehrsfinanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis angeschafft.

Die Wertberichtigungsquote für KOM erhöhte sich leicht von 63 % im Jahr 2013 auf 65 % im Geschäftsjahr 2014.

Zum 31. Dezember 2014 verfügt das Unternehmen über insgesamt 96 Omnibusse.

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH beabsichtigt, zur Erneuerung des Fuhrparks im Jahr 2015 acht weitere Low-Entry-Omnibusse anzuschaffen.

Im Zusammenhang mit der geplanten Einführung des regionalen eTicketing-Systems (ReTSy) sowie der dafür notwendigen Ausrüstung der Fahrzeuge mit neuer Bordrechner-technik sind bereits in 2013 und 2014 vorbereitende Investitionen und Anzahlungen in Hard- und Software realisiert worden.

Die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA) erweitert das landesweite Nahverkehrs-Informationssystem INSA zu einer landesweiten Echtzeit-Fahrplaninformation („INSAplus“).

Damit wird die aktuelle Fahrgastinformation unter Verwendung von Echtzeitdaten ermöglicht.

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH rüstet zurzeit den Fuhrpark mit den dafür notwendigen Vertriebssystemen aus. Mit diesen Geräten wird das Unternehmen in die Lage versetzt, die Nutzung elektronischer Tickets zu ermöglichen sowie Echtzeitdaten an INSAplus zu liefern.

Die Bordrechnersysteme werden von der NASA angemietet. Es ist vorgesehen, die Ausstattung und komplette Inbetriebnahme mit neuen Bordrechnern im III. Quartal 2015 abzuschließen.

In diesem Zusammenhang wurden insgesamt TEUR 156 in die Ausstattung der Fahrzeuge mit neuen Zahltafeln für die Aufnahme der Bordrechner und für die Neuanschaffung von Fahrscheinentwertern investiert. Die Aktivierung soll im Zuge der Endabnahme der neuen Bordrechner-technik erfolgen.

Aufgrund von Überalterung und unter Beachtung umwelttechnischer Aspekte wurde die auf dem Betriebshof befindliche Transformatorstation außer Betrieb gesetzt und durch eine moderne Niederstromversorgung ersetzt. Weiterhin wurde eine Tankanlage für AdBlue angeschafft, da die bisherige Lösung zur Betankung der Fahrzeuge mit diesem Zusatzstoff nicht mehr den gesetzlichen Bestimmungen entsprach.

Vermögenslage und Liquidität

Im Geschäftsjahr 2014 verminderte sich die Bilanzsumme des Unternehmens im Vergleich zu 2013 um TEUR 93.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern verringerten sich um TEUR 129. Ursache hierfür sind insbesondere Investitionskreditaufnahmen in Höhe von insgesamt TEUR 930 bei erfolgten Tilgungen in Höhe von TEUR 1.059. Im Geschäftsjahr 2015 werden die Tilgungsleistungen voraussichtlich TEUR 911 betragen.

Die Fremdkapitalquote verminderte sich im Geschäftsjahr 2014 leicht auf 37,8 % (Vj.: 37,9 %).

Der Finanzmittelfonds zum 31. Dezember 2014 beträgt TEUR 1.255 (Vj.: TEUR 1.507). Die Verminderung des Finanzmittelfonds ist stichtagsbezogen. Insgesamt ist die Finanzmittelausstattung durch den Aufgabenträger im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2014 jederzeit gegeben.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind um rund TEUR 54 gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr liegt ein Anstieg auf TEUR 11.663 vor. Die Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen aufgrund von Durchtarifierungsverlusten durch den Landkreis Saalekreis betragen wiederum TEUR 914.

Es wurde eine Erhöhung der Fahrgeldeinnahmen um 8,1 % erzielt. Dies ist im Wesentlichen die Folge zusätzlicher Einnahmen aus Schülerfahrkarten von Schülern der Grund- und Sekundarschule Teutschenthal, die aufgrund von Renovierungsmaßnahmen an den betreffenden Schulen an anderen Standorten beschult wurden. Diese zusätzlichen Beförderungsleistungen sind bis zum 24. Oktober 2014 durchgeführt worden.

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen ist um 1,8 % gesunken. Der Aufwand für Treibstoffe sank im Wirtschaftsjahr 2014 um 5,2 % (TEUR 107). Der Aufwand für bezogene Leistungen verminderte sich um 0,8 % (TEUR 32). Die Ursache dafür liegt im Wesentlichen darin, dass im Vergleichsjahr 2013 für zusätzliche Leistungen im Stadtverkehr im Auftrag der HAVAG Fahrzeuge angemietet werden mussten und zusätzliche fremde Fahrpersonale eingesetzt wurden. Im Jahr 2014 sind Zusatzleistungen im Auftrag der HAVAG in geringerem Umfang durchgeführt worden, daher ist der Aufwand hier nicht mehr in Höhe des Vorjahres angefallen.

Aufgrund einer Lohntarifierhöhung in 2014 stieg der Aufwand für eigenes Personal in Höhe von TEUR 3.262 im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 3.231).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind auch in diesem Geschäftsjahr um 8,5 % (TEUR 61) gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dieser Wert wird maßgeblich durch Zahlungen aus Schadensfällen an Dritte beeinflusst. Daraufhin erhöhte sich die Versicherungsprämie für die Kasko-Versicherung.

Das Unternehmen hat im Jahr 2014 damit begonnen, das Fahrpersonal mit Dienstkleidung auszustatten. Die Aufwendungen hierfür (TEUR 18) erhöhen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens in den einzelnen Sparten stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2014 TEUR	2013 TEUR
Jahresergebnis nach Sparten		
Regionalverkehr	80	-43
Stadtverkehr für HAVAG	60	65
Mietwagen-/Gelegenheitsverkehr	10	29
Technischer Bereich/Handelsware/Vermietung	13	6

Das positive Jahresergebnis in der Sparte Regionalverkehr resultiert vorwiegend aus den zugewiesenen Einnahmen im Rahmen der Einnahmeaufteilung im MDV und den o. g. Zusatzleistungen für die Schülerbeförderung.

Durch eine Dieselpreisbindung im Unternehmensverbund in Höhe von EUR 1,107/Ltr. mit Wirkung für das Jahr 2014 bestand hier Planungssicherheit.

Der Aufwand für Werkstatteleistungen an Omnibussen war geprägt durch die Schaffung der technischen Voraussetzungen für die Ausrüstung des Fuhrparks mit neuen Bordrechnern.

Der sonstige laufende Instandhaltungsaufwand für den Fuhrpark entspricht in seiner Höhe der Altersstruktur der Omnibusse.

Auch im Geschäftsjahr 2014 blieben die vertraglich vereinbarten Leistungen im Stadtverkehr im Auftrag der HAVAG stabil. Durch die im Jahr 2014 zusätzlich beauftragten Linien- und Straßenbahnersatzverkehrsleistungen wurde ein Deckungsbeitrag in der Sparte erbracht.

Wie in den Vorjahren war die Betriebsführung darauf gerichtet, durch Leistungen außerhalb des Linienverkehrs einen Kostendeckungsbeitrag zu leisten. Das Ergebnis im Gelegenheitsverkehr sowie im Schienenersatzverkehr gestaltet sich positiv, aufgrund geringerer verfügbarer Fahrzeugkapazitäten und weniger Beauftragung im Schienenersatzverkehr für Eisenbahnunternehmen als in den Vorjahren reduzierte sich hier jedoch der Umsatz.

Prognosebericht

Die für die Jahre 2015 und folgende eingeschätzte Geschäftsentwicklung basiert auf der Entwicklung der Jahre 2013 und 2014. Die Ursachen für die insgesamt tatsächlich bessere Geschäftsentwicklung 2014 als im Lagebericht 2013 prognostiziert, wurden vorstehend erläutert. Das Ergebnis 2014 lässt jedoch keine direkte Fortschreibung für die Folgejahre zu. Insgesamt schätzt die Geschäftsleitung ein, dass auch in den Folgejahren eine stabile Geschäftsentwicklung zu erwarten ist. Im Vergleich zum Geschäftsverlauf 2014 ist jedoch wieder mit geringeren Jahresergebnissen zu rechnen.

Im Rahmen der Wirtschaftsplanung und Berichterstattung gegenüber den Gesellschaftern arbeitet das Unternehmen mit einer mittelfristigen Wirtschaftsplanung. Die hier zugrunde gelegten Prognosewerte gehen aus der nachstehenden Übersicht hervor:

	<u>TEUR</u>
2015:	15
2016:	108
2017:	97
2018:	35
2019:	5.

Risiken

Wirtschaftliche Risiken ergeben sich für das Jahr 2015 und folgende aus der absehbaren Kostenentwicklung für die Herstellung von Leistungen im ÖPNV infolge der bekannten zu prognostizierenden Tariflohnentwicklung und des gesetzlich veranlassten Kostenanstiegs für Subunternehmerleistungen nach Vergabegesetz Sachsen-Anhalt sowie die Einführung eines Mindestlohns.

Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass für das laufende Jahr eine deutlich höhere Personalkostenbelastung als im Wirtschaftsplan vorgesehen eintreten wird.

Im Zusammenhang mit dem lohntariflichen Umfeld der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises sind die gewerkschaftspolitischen Zielstellungen innerhalb der Haustarifverhandlungen darauf gerichtet, einen Lohnanstieg von bis zu 11 % und weitere Kostenerhöhungen aus Zusatzleistungen durchzusetzen.

Diese Forderungen stehen in keinem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH. Es muss davon ausgegangen werden, dass der wahrscheinliche Personalkostenanstieg die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens schwächt. Weiterhin wird das Unternehmen gezwungen sein, in den folgenden Jahren kostendämpfende Maßnahmen im Bereich der Investitionstätigkeit und der Leistungserbringung durchzusetzen.

Auch für die Jahre 2015 und 2016 erfolgte eine Dieselpreisbindung. Die Preisbindung des Jahres 2015 bewegt sich innerhalb des derzeitigen Marktpreises. Für das Jahr 2016 wird von einem Einkaufspreis unterhalb des eingeschätzten Marktpreises ausgegangen.

In der Verkehrsfinanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis wird dem Unternehmen gemäß § 11 (3) die Möglichkeit eingeräumt, einen Ausgleich zu beantragen, wenn die betrieblich erforderliche Fahrpreisentwicklung aufgrund der Beschlusslage der Gremien des MDV nicht durchsetzbar ist.

Aus dieser Satzung ergibt sich ebenfalls die Möglichkeit, gesetzgeberisch veranlasste Personalkostensteigerungen auszugleichen.

Die entsprechenden Antragstellungen an den Landkreis Saalekreis für das Wirtschaftsjahr 2015 sind erfolgt. Es wird von einem anteiligen Ausgleich wie in den Vorjahren ausgegangen. Ein Bescheid liegt jedoch derzeit noch nicht vor.

Aufgrund der bestehenden Planungsunsicherheiten für das Jahr 2015 ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine präzise Prognose zum tatsächlichen Jahresergebnis nicht möglich. Die Geschäftstätigkeit ist jedoch auf die Sicherung eines ausgeglichenen Jahresergebnisses gerichtet.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Große Ulrichstraße 57
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 50

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	25,5	51,00
Leipziger Servicebetriebe GmbH	24,5	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Milewski, Thomas

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Schwarz, Vinzenz	(bis 10.07.2014)
stellv. Vorsitzender	Middelberg, Ulf	(bis 10.07.2014)
	Winkler, Uwe	(bis 10.07.2014)

Der Aufsichtsrat wurde mit Eintragung der diesbezüglichen Änderung des Gesellschaftsvertrages am 10. Juli 2014 aufgelöst.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	189	46	82	30	92	36	107	130
Umlaufvermögen	188	46	157	57	115	46	31	20
Rechnungsabgrenzungsposten	30	8	36	13	45	18	-6	-17
Aktive latente Steuern	1	0					1	

Bilanzsumme

2014	2013	2012	Veränderungen 2014 zu 2013
408	275	252	133
100	100	100	48

Passiva

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	132	32	130	47	129	51	2	2
Rückstellungen	171	42	86	31	70	28	85	99
Verbindlichkeiten	59	15	58	21	51	20	1	2
Rechnungsabgrenzungsposten	45	11					45	
Passive latente Steuern	1	0	1	1	2	1	0	0

Bilanzsumme

2014	2013	2012	Veränderungen 2014 zu 2013
408	275	252	133
100	100	100	48

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.938	1.595	1.409
sonstige betriebliche Erträge	337	9	24
Materialaufwand	280	250	141
Personalaufwand	1.762	1.139	1.059
Abschreibungen	35	23	27
sonstige betriebliche Aufwendungen	192	188	201
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6	3	5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	0	1
sonstige Steuern	3	2	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,09	0,07	0,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,38	0,90	0,87	%
Cash-Flow:	37	24	28	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	36	30	28	T€
Personalaufwandsquote:	77,45	71,00	73,94	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	45,63	29,59	36,25	%
Eigenkapitalquote:	32,34	47,30	51,13	%
Fremdkapitalquote:	67,66	52,70	48,87	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	0,31	0,20	0,33	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	30,76	29,54	27,09	TEUR

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) ist als Dienstleistungsunternehmen überwiegend in der Stadt Halle (Saale) für den öffentlichen Zweck tätig. Sie erbringt dabei nicht technische Dienstleistungen in den Bereichen Fahrzeug- und Gebäudereinigung, Fahrausweisprüfung, Sicherheits- und Kontrolldienste, Vegetationspflege sowie den Winterdienst. Ferner werden Leistungen erbracht, die im direkten Zusammenhang zum Kerngeschäft stehen.

Gesellschafter sind die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) die Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH. Die SGS ist ein wesentlicher Partner der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

1.1.2. Geschäftsfelder

Die SGS ist in der Service-Sparte des Stadtwerke-Halle-Konzerns angegliedert und erbringt dementsprechend verschiedene Dienstleistungen. Unterteilt wird dies in der Gesellschaft nach den Bereichen Reinigung und Fahrausweisprüfung sowie sonstigen Leistungen, dies betrifft überwiegend saisonale Geschäfte bzw. sich im Aufbau befindliche Bereiche.

In dem Bereich der Reinigung sind dabei die Fahrzeug- und Gebäudereinigung angesiedelt, dazu zählen die Innenreinigung von Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs, die Unterhaltsreinigung von Verwaltungs- und Betriebsstätten inklusive der Glasrahmenreinigung, weiterhin die Vegetationspflege der entsprechenden Außenanlagen und die Graffiti-Entfernung sowie Vandalismusbeseitigung.

Die Fahrausweisprüfung umfasst die Kontrolle der Einhaltung der geltenden Tarif- und Beförderungsbestimmungen in den jeweiligen öffentlichen Verkehrsmitteln, weiterhin die Erfassung der erhöhten Beförderungsentgelte sowie verschiedene Leistungen, die damit in Verbindung stehen.

Der sonstige Umsatz umfasst aktuell die Beauftragungen des Winterdienstes sowie Sicherheits- und Postdienste für einzelne Beauftragungen an einem Standort.

1.2. Ziele und Strategien

Die positive Entwicklung der Gesellschaft war in diesem Geschäftsjahr hauptsächlich von Veränderungen innerhalb des Stadtwerke-Halle-Konzerns sowie der Übernahme verschiedener Teilleistungen geprägt. Damit verbunden war ein hohes Maß an Flexibilität für die jeweils verschiedenen Anforderungen.

Im Laufe des ersten Quartals 2014 wurde ein Betriebsübergang vorbereitet und unter Berücksichtigung der einzelnen Rahmenbedingungen anschließend entsprechend umgesetzt. Dies erfolgte unter der Maßgabe der Geschäftsfeldbereinigung der beteiligten Konzernunternehmen in ihren Sparten und wird in den kommenden Jahren fortgesetzt. Dabei werden die gewonnenen Erfahrungen helfen.

Weiterhin hat es in der Reinigungsbranche steigende Preise bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen gegeben, die auf steigende Weltmarktpreise für die Ausgangsstoffe der Reinigungsmittel zurückzuführen sind. Ebenso sind energieintensiv hergestellte Produkte im letzten Jahr in der Beschaffung preislich gestiegen. Dies hat zu einem starken Umdenken bei dem Einsatz der Produkte geführt und ein nachhaltiges Handeln bei der Leistungserbringung gefördert. Unsere Lieferanten und Auftraggeber nehmen diese Entscheidung wahr und unterstützen diesen Weg.

Die Fahrausweisprüfung, welche im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs eine Vielzahl von Aufträgen bei verschiedenen Auftraggebern durchführt, hat Maßnahmen zur Verbesserung des Services für die Fahrgäste umgesetzt, die sich positiv auf das Erscheinungsbild der Fahrausweisprüfung auswirken. Dies erfolgt stets in enger Abstimmung mit dem Hauptauftraggeber HAVAG. Eine stärkere Serviceausrichtung ist hier zu verzeichnen, wodurch die Anforderungen an die Mitarbeiter steigen. Dadurch wird der Hauptauftraggeber bei der Zielerreichung unterstützt sowie dem bestehenden Konsolidierungsdruck bei der HAVAG entgegenwirkt. Weiterhin wurde im Geschäftsjahr die Technik zur Überprüfung und Erfassung neu angeschafft, was im Rahmen des Wirtschaftsplans erfolgte.

Für den Bereich des Winterdienstes wurde zur Sicherung der Flexibilität und Qualität ein weiterer Mehrzweckgeräteträger angeschafft.

1.3. Steuerung

Das Unternehmen ist nach der operativen und administrativen Organisation getrennt. Dabei liegt die operative Organisation ausschließlich bei der am Firmensitz befindlichen Geschäftsleitung sowie den zu den Bereichen gehörigen Leistungsebenen. Die administrative Organisation ist im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages geregelt und wird von der LSB erbracht.

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft wird in monatlich stattfindenden Beratungen mit Hilfe einer Soll-Ist-Analyse ausgewertet. Eine Vorschau der wirtschaftlichen Entwicklung wird vierteljährlich für das Geschäftsjahr und jährlich im Rahmen der mittelfristigen Planung aktualisiert. Die Liquidität wird permanent überwacht sowie die kurz- und mittelfristige Verfügbarkeit von ausreichenden liquiden Mitteln sichergestellt.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich entsprechend dem Geschäftsfeld in die Bereiche Reinigung, Fahrausweisprüfung sowie sonstige Aufträge. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist das operative Betriebsergebnis sowie die einzelnen Kennzahlen der Bereiche.

Das operative Betriebsergebnis ermittelt den Saldo aus der Summe der Umsatzerlöse und der Summe der Aufwendungen entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung unter der maßgeblichen Strukturvorgabe des Konzerncontrollings. Das operative Betriebsergebnis ist direkt beeinfluss- und steuerbar, wodurch ein gezieltes Gegensteuern bei Negativentwicklungen möglich ist. Dies wird durch eine entsprechende monatliche Berichterstattung sichergestellt.

Mit Hilfe der einzelnen Bereichskennzahlen können bereits im laufenden Leistungsprozess die Entwicklung überwacht und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der Aufsichtsrat wurde mit Eintragung der diesbezüglichen Änderung des Gesellschaftsvertrages am 10.07.2014 aufgelöst.

Die Struktur der Gesellschaft wurde entsprechend der neuen Beauftragung im Februar des Wirtschaftsjahres angepasst, diese Änderung hat sich bewährt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhalten positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 % auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr war im Wesentlichen geprägt von dem geplanten Betriebsübergang sowie einer Vielzahl von Zusatzaufträgen für Konzernunternehmen sowie der damit verbundenen Personalauswahl.

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Der geplante Betriebsübergang betraf im Wesentlichen den Bereich der Reinigung sowie die sonstigen Aufträge. Im Bereich der Reinigung wurden in dem Zusammenhang weitere Aufträge in der Gebäudereinigung und Anlagenpflege übernommen. Weiterhin übernahm die Gesellschaft zum 01.04.2014 den Auftrag für die Poststelle und den Empfang bei der HAVAG. Der Betriebsübergang erfolgte nicht in dem vollständig angenommenen Umfang.

Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Geschäftsjahr war die Anschaffung der neuen Generation von mobilen Datenerfassungsgeräten für die Fahrausweisprüfung sowie die Anschaffung eines weiteren Mehrzweckgeräteträgers für die Anlagenpflege und den Winterdienst. Hierdurch können weiter flexible und qualitativ hochwertige Dienstleistungen erbracht werden, wodurch gleichfalls die Leistungen unserer Auftraggeber gesichert werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr hat sich mit 2,0 % die Teuerungsrate im Schatten der anhaltenden Finanzkrise nicht deutlich entspannt. Die Energiekosten sind auch weiterhin die maßgeblichen Kostentreiber für die Gesellschaft. Aber auch in den anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei Reinigungsmitteln, hat die Gesellschaft mit steigenden Preisen zu kämpfen. Aufgrund der Erfahrungen und Lehren aus dem Winter 2010 werden Streu- und Taumittel von der Gesellschaft über Rahmenverträge beschafft.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die Einführung des im Rahmen des Koalitionsvertrages vereinbarten Mindestlohns hat das zweite Halbjahr des Geschäftsjahres geprägt, damit verbunden die zahlreichen Regelungen zu dessen Anwendung und Umsetzung. Es kann für die Gesellschaft nicht mit einer positiven Wirkung gerechnet werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Fahrzeugreinigung sowie Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund.

Die im Jahr 2012 getroffenen Regelungen des Servicehandbuches haben dem Kontrollpersonal mehr Möglichkeit eingeräumt, zwischen bestimmten Beanstandungsgründen zu differenzieren. Ferner sind die Kontrolleure anhand bestimmter Kriterien in die Lage, Einzelfallentscheidungen schon vor Ort zu treffen. Des Weiteren wurden mit der HAVAG erweiterte Kulanzregelungen abgestimmt und überarbeitet, um den Serviceaspekt bei der Prüfung gegenüber dem Fahrgast stärker zu betonen.

In der Fahrausweisprüfung ist die EBE-Quote weiterhin stark schwankend. Der Anteil an nicht prüfbaren E-Tickets ist nicht weiter angestiegen. Damit verbunden war in diesem Geschäftsjahr die Anschaffung der neuen Generation von mobilen Datenerfassungsgeräten, welche den aktuellen Anforderungen entsprechen und mit der steigenden Anzahl an E-Tickets in Zukunft besser zu Recht kommen werden. Weiterhin wurde die Möglichkeit geschaffen, den Fahrausweisprüfern somit zusätzliche Applikationen und Hilfsmittel zur Hand zu geben.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die Bedarfshaltestellen, die fertig gestellten Haltestellen sowie die weiteren Liegenschaften der HAVAG erweitert, die überwiegend mit eigenen Mitarbeitern/-innen beräumt werden. Um den Anforderungen des Auftraggebers sowie dem technischen Fortschritt zu folgen, wurde mit Beginn der Winterdienstsaison 2014/2015 eine Salztransport- und Salzlagerungstechnik in Eigenleistung entwickelt. Die Testerfahrungen werden nach Abschluss der Saison ausgewertet und eine Umsetzbarkeit auf das Winterdienstkonzept geprüft.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft führt aktuell keine derart gelagerten Projekte oder Vorhaben durch.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 65 (Vorjahr 54) Arbeitnehmer beschäftigt; zum 31. Dezember 2014 waren es 73 (Vorjahr 56). Darin enthalten sind 4 Gehaltsempfänger sowie 2 Auszubildende, die im Bereich der Gebäudereinigung die berufliche Erstausbildung absolvieren. Weiterhin ist der Anstieg in diesem Geschäftsjahr mit dem Betriebsübergang von der HAVAG zur Gesellschaft verbunden.

Der Personalaufwand ist der wesentlichste Aufwandsposten der Gesellschaft und betrug im Geschäftsjahr T€ 1.762 (Vorjahr T€ 1.139). Darin enthalten sind Einmalzahlungen sowie Ausgleichszahlungen für die übergegangenen Mitarbeiter. Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildungen betragen T€ 17 im Geschäftsjahr.

Eine Form der betrieblichen Altersvorsorge ist für die Mitarbeiter im Rahmentarifvertrag der Stadtwerke Halle vereinbart und wird über einen Rahmenvertrag bei einem Direkt-Versicherer für die Mitarbeiter abgeschlossen. Des Weiteren bildet die Gesellschaft entsprechende Rückstellungen für Jubiläen.

Die Gesellschaft hat einen Dienstleister zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Die Unterweisungen erfolgen entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Im Berichtsjahr hat sich kein schwerer Arbeitsunfall ereignet. Schwere Berufskrankheiten sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 1.938 (Vorjahr T€ 1.595) verzeichnen. Davon entfielen T€ 928 (Vorjahr T€ 709) auf die Fahrzeug- und Gebäudereinigung, T€ 744 (Vorjahr T€ 713) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 94 (Vorjahr T€ 119) auf den Winterdienst und T€ 94 (Vorjahr T€ 54) auf die Vegetationspflege sowie T€ 78 auf Poststelle und den Empfang, welche im Geschäftsjahr übernommen und ausgebaut wurden. Ein wesentlicher Einflussfaktor für die Umsatzsteigerung in der Reinigung ist auf den Betriebsübergang zu Beginn des II. Quartals 2014 zurückzuführen. Weiterhin konnten im Bereich der Reinigung zusätzliche Umsätze mit der HAVAG sowie mit Dritten realisiert werden, die hauptsächlich aus Gebäudereinigungsleistungen resultieren. Ebenso erfolgte durch die HWS eine Beauftragung für die Unterhaltsreinigung sowie diverse Zusatzleistungen.

Die Steigerung der Umsatzerlöse in der Fahrausweisprüfung entspricht dem Planansatz und ist überwiegend auf die Preisanpassung zurückzuführen. Einzelne Aufträge bei verbundenen Nahverkehrsunternehmen haben diese Entwicklung unterstützt. Hinzukommen spezielle Einzelleistungen, die ausschließlich für die HAVAG erbracht wurden. Der Rückgang im Winterdienst geht mit der milden Wetterlage im Geschäftsjahr einher, ist aber auf Planniveau. Weiterhin wurde das Geschäftsfeld Vegetationspflege weiter ausgebaut und Leistungen von der HAVAG auch im Zuge des Betriebsübergangs übernommen.

In einem völlig neuen Geschäftsfeld ist die Gesellschaft seit April tätig, dieses steht ebenfalls in Verbindung mit dem durchgeführten Betriebsübergang. Die Leistungen in der Poststelle und am Empfang der HAVAG sind ein wesentlicher Bestandteil des in nächsten Jahren zu erwartenden Geschäfts, welches in diesem Jahr einen Umsatz von T€ 78 erzielte.

4.2. Finanzlage

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert. Die Beschaffung dieser Mittel erfolgte in enger Abstimmung mit der HAVAG, damit die geplanten Investitionen getätigt werden konnten und die Begleichung aller Rechnungen sichergestellt war.

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 132 (Vorjahr T€ 130). Dies sind 32 % (Vorjahr 47 %) der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Bilanzsumme. Das Anlagevermögen ist damit zu 70 % (Vorjahr 158 %) durch Eigenkapital finanziert.

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von T€ 142 (Vorjahr T€ 14) getätigt. Dabei entfallen T€ 3 auf Software, T€ 124 auf Technische Anlagen und Maschinen sowie T€ 12 auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Gesamtbetrag sind geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) in Höhe T€ 2 enthalten, die im Geschäftsjahr vollständig abgeschrieben wurden.

4.2.3. Liquidität

Die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. Dezember 2014 belaufen sich auf T€ 59 (Vorjahr T€ 73). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 59 (Vorjahr T€ 58). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 100 % (Vorjahr 125 %). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Der gewährte Kontokorrentkredit in Höhe von T€ 15 wurde nicht in Anspruch genommen. Die Liquiditätsplanung und Vorschau standen im Berichtsjahr unter einem besonderen Gesichtspunkt.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 133 bzw. 48,4 % auf T€ 408 gestiegen. Dieser Anstieg ist auf die Investitionstätigkeit einerseits und auf den Anstieg der Rückstellungen zurückzuführen.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2014 beträgt T€ 189 (Vorjahr T€ 82). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 219 (Vorjahr T€ 110), darin enthalten ist ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 22, der verauslagte Investitionskosten auf zwei Mietobjekte beinhaltet, die durch eine Verrechnung der Mietzahlungen mit den Mietkosten rückerstattet werden.

4.4. Gesamtaussage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 6 (Vorjahr T€ 3). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 0,3 % (Vorjahr 0,2 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 2 (Vorjahr T€ 1). Dies entspricht einer Netto-Umsatzrendite von 0,1 % (Vorjahr 0,1 %).

In den folgenden Jahren wird bei steigenden Umsätzen eine Fortführung des Unternehmenserfolges angestrebt.

5. Nachtragsbericht

Es sind keine für die Beurteilung wesentlichen Veränderungen nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Das bestehende Risikomanagementsystem der Gesellschaft wurde weiterentwickelt. Im Geschäftsjahr wurden die speziellen Risiken im Rahmen der jährlichen Risikoinventur neu eingeschätzt, Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten entsprechend bewertet und Frühwarnindikatoren angepasst. Es erfolgt monatlich eine Betrachtung der definierten Risiken und die Darstellung geeigneter Maßnahmen. Weiterhin wird die Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahmen überprüft.

6.2. Chancen und Risiken

Als wesentliches Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt. Jedoch ist die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Vertragslage und der von den Gesellschaftern getragenen Philosophie auf mittlere Sicht gering. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern. Die stärkere Einbindung in die Stadtwerke Halle GmbH, entsprechend den sich aus dem Strategieprozess „SWH - Kompass 2020“ ergebenden Zielen, ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften könnten aus der Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS. Dies wird vor allem im Bereich der Haltestellenreinigung sowie von Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, gesehen. Darüber hinaus wird eine enge Zusammenarbeit mit der Poststelle sowie dem Empfang der Stadtwerke Halle angestrebt, um ein einheitliche Erscheinungsbild zu schaffen.

Die Einführung des Mindestlohngesetzes zum 01. Januar 2015 hat für die Gesellschaft vor allem im Bereich der Gebäudereinigung wesentliche Auswirkungen. Für den Bereich der Fahrausweisprüfung war die Erhöhung der Vergütung auf € 8,50 pro Stunde im Rahmentarifvertrag der Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe ab dem 01. März 2015 vorgesehen und in der Planung berücksichtigt. Die Erhöhung der Stundenlöhne im Gebäudereinigerhandwerk von € 8,21 auf € 8,50 pro Stunde konnte in der Planung nicht berücksichtigt werden. Im Januar 2015 wurden entsprechende Nachträge, die die Einhaltung des Mindestlohnes in beiden Bereichen beinhalten, an die Auftraggeber gestellt, so dass der Mindestlohn gezahlt wird und die Liquidität gesichert ist.

6.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft wird weiterhin aktiv an der Generierung von zusätzlichem Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Des Weiteren wird somit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gestärkt. Dadurch wird der Umsatz gesteigert sowie eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet.

7. Prognosebericht

Ein wesentlicher Punkt für die weitere positive Entwicklung der Gesellschaft ist die enge Zusammenarbeit mit den Konzernunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH. Die Grundlage dafür ist, dass die Servicegesellschaft Saale mbH weiter eng mit dem Hauptgesellschafter Hallesche Verkehrs-AG zusammenarbeitet. Weiterhin wurden die Ziele des Programms Exzellenz plus 20, die für die Gesellschaft zutreffen, mit in die Vorschau aufgenommen. Die Gesellschaft hat geprüft, welche Leistungen von Konzernunternehmen erbracht werden können. Somit ergeben sich Möglichkeiten, weitere Synergien bei Leistungsbeziehungen zu schaffen.

7.1. Umsatzentwicklung

Für die kommende Periode ist die vollständige Erbringung der Leistungen in der Fahrzeugreinigung durch die Gesellschaft beim Hauptauftraggeber angenommen, welche zum 01.06.2015 realisiert werden soll. Konkret betrifft dies die Leistungen der Reinigung von Kraftomnibussen. Dies geschieht vor allem vor dem Hintergrund der im letzten Jahr begonnenen Restrukturierung und Geschäftsfeldbereinigung, da die Reinigung nicht zum Kerngeschäft der HAVAG gehört. Vollständig abgeschlossen ist diese Maßnahme mittelfristig 2017, ab diesem Zeitpunkt werden alle Fahrzeug- und Gebäudereinigungen durch die SGS bei der HAVAG ausgeführt. Des Weiteren werden bis zu diesem Zeitpunkt kurzzeitige Spitzen in der Leistungserbringung durch die SGS ausgeglichen.

Im Bereich der Fahrausweisprüfung ist zu erwarten, dass die Leistungen entsprechend der bestehenden Geschäftsbeziehungen fortgesetzt werden. Die Menge der Prüfstunden sowie die Anzahl der erzielten Erhöhten Beförderungsentgelte sollen beibehalten werden und orientieren sich an den zu erwartenden Fahrgastzahlen der HAVAG. Weiterhin werden Leistungen für den Vertriebsbereich angestrebt, womit vor allem dem erweiterten Vertriebskonzept des Auftraggebers entsprochen wird.

7.2. Investitionen

Im nächsten Geschäftsjahr sind überwiegend Investitionen für technische Anlagen und Maschinen sowie für Software geplant. Darin sind vor allem die mobilen Datenerfassungsgeräte für den Winterdienst und die Haltestellenreinigungen enthalten, diese sind notwendig, um eine qualitätsgerechte Arbeits- und Abrechnungsgrundlage zu schaffen sowie eine sichere Dokumentation bei Schadens- und Mängelansprüchen vorzuhalten. Damit verbunden ist die Anschaffung der notwendigen Software für den entsprechenden Support des Anbieters.

In der Mittelfristplanung sind ausschließlich Ersatzbeschaffungen für Geräte und Technik aus dem aktuellen Anlagenbestand geplant. Es ist beabsichtigt, den Bestand an Spezialfahrzeugen zu erweitern.

Die Investitionen sollen ausschließlich mit Eigenmitteln finanziert werden. Im Jahr 2015 sind Investitionen von T€ 30 und in den Jahren 2016 bis 2019 ist eine Gesamtinvestitionssumme von T€ 135 geplant.

7.3. Finanzierung

Die Gesellschaft wird in den kommenden Geschäftsjahren weiter Investitionen in einen stetigen Ausbau tätigen. Die bisherigen einmaligen Investitionen waren Anschaffungen für Spezialtechnik und mobile Datenerfassungsgeräte, es werden dafür nach aktuellem Stand weitere Ersatz- oder Neubeschaffungen getätigt. Daher ist die Investitionstätigkeit mittelfristig auf den aktuellen Bestand des Anlagevermögens beschränkt, welcher für den Geschäftsbetrieb notwendig ist.

7.4. Ergebniserwartung

Das Betriebsergebnis im kommenden Geschäftsjahr ist mit T€ 15 negativ geplant. Ursachen dafür sind überwiegend die Aufwendungen der einmaligen Managementkosten für die Umstellung auf einen neuen Geschäftsbesorger. Unter Berücksichtigung der Chancen, die sich im kommenden Jahr aus dem operativen Geschäft ergeben können, die aber nicht vertraglich untersetzt sind, ist davon auszugehen, dass diese negative Verschiebung reduziert bzw. ausgeglichen werden kann. Einen weiteren maßgeblichen Einfluss auf den Erfolg werden die Personalkosten und die damit verbundenen Einflussfaktoren wie Fluktuation und Krankenstand haben.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Kaolinstraße 4 06126 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	256		
Gesellschafter:		T€	%
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andrae, Annett

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	167	12	188	12	195	12	-21	-11
Umlaufvermögen	1.230	86	1.356	86	1.339	86	-126	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	24	2	25	2	30	2	-1	-4

Bilanzsumme	1.421	100	1.569	100	1.564	100	-148	-9
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Treuhandvermögen	7		7		7		0	0
------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	526	37	526	34	526	34	0	0
Rückstellungen	464	33	537	34	543	35	-73	-14
Verbindlichkeiten	431	30	506	32	495	31	-75	-15

Bilanzsumme	1.421	100	1.569	100	1.564	100	-148	-9
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	7		7		7		0	0
---------------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.017	2.796	3.407
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-60	308	-82
sonstige betriebliche Erträge	119	46	40
Materialaufwand	1.353	1.531	1.663
Personalaufwand	1.009	925	983
Abschreibungen	66	58	49
sonstige betriebliche Aufwendungen	430	392	455
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	218	245	218
sonstige Steuern	4	4	4
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	214	241	214
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,10	8,64	6,28	%
Eigenkapitalrentabilität:	40,73	45,93	40,71	%
Cash-Flow:	280	299	264	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	110	121	129	T€
Personalaufwandsquote:	32,80	29,35	29,21	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,68	11,96	12,43	%
Eigenkapitalquote:	36,98	33,50	33,62	%
Fremdkapitalquote:	63,02	66,50	66,38	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1 Grundlage des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum Leistungsumfang der BHT gehören die Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer/Fliesenleger, Maler, Fußbodenleger, Elektro, Innenausbau inklusive Schlüsseldienst.

Aufgrund der durch die Gesellschafterin (GWG) beschlossene Ausrichtung der BHT, das Inhouse-Geschäft zu intensivieren und weiterzuentwickeln, wurden auch im Geschäftsjahr 2014 ein Großteil der möglichen Leistungen für die GWG erbracht.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT ist auch im Berichtsjahr wieder positiv.

Um die Arbeitsabläufe effektiv gestalten zu können, wurde eine enge Zusammenarbeit in der Planungsphase zwischen der GWG und der BHT notwendig. Damit konnte eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte unserer Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdiensteinsätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz GWG	T€	2.811	(93 %)
Umsatz Sonstige	T€	205	(7 %)

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen gebunden, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören sowie zur Kompensation von Auftragsspitzen.

Im Rahmen der Restrukturierung wurden auf Grundlage des Personalentwicklungskonzeptes notwendige Personal- und Strukturanpassungen vorgenommen. Nach erfolgreicher Weiterbildung eines Mitarbeiters zum Meister im Handwerk Maler/Lackierer folgte die Bildung einer neuen Struktureinheit und die Einstellung von zwei neuen Mitarbeitern um die Malerleistungen wieder mit eigenen Mitarbeitern ausführen zu können.

Des Weiteren wurde die Struktureinheit Bilanzierung/Controlling gebildet für die ebenfalls eine neue Mitarbeiterin eingestellt wurde.

Die Umsetzung der Maßnahmen aus der Personalentwicklungskonzeption ist noch nicht vollständig abgeschlossen und wird planmäßig im Geschäftsjahr 2015 fortgesetzt.

Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2014 für die Mitarbeiter und Führungskräfte der BHT zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.421 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.569) um 9,4 % verringert. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 148 verringerte Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote auf 37,0 % (Vorjahr 33,5%) erhöht.

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen durch die Verringerung der Forderungen (um T€ 72), der Vorräte (um T€ 47) sowie des Anlagevermögens (um T€ 21). Auf der Passivseite wurde die Verringerung der Bilanzsumme durch die um T€ 75 gesunkenen Verbindlichkeiten sowie die um T€ 73 gesunkenen sonstigen Rückstellungen verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 1.001.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist positiv zu bewerten, da das geplante Ergebnis von mindestens T€ 70 erreicht werden konnte. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf T€ 218 (Vorjahr T€ 245). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 214 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Die für das Geschäftsjahr 2015 möglichen Baumaßnahmen wurden Anfang des Jahres zwischen der GWG und der BHT abgestimmt und durch die Vergabekommission der GWG bestätigt. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2015 bereits gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis von mindestens T€ 80 abschließen wird.

3.2 Chancen

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird.

Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenfalls einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die laufenden Restrukturierungsmaßnahmen müssen weitergeführt und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden, um auch zukünftig eine positive Geschäftsentwicklung erzielen zu können.

Durch fachspezifische Qualifikationen der Mitarbeiter können wir den steigenden Anforderungen unserer Auftraggeber gerecht werden.

3.3 Risiken der künftigen Entwicklung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung das innerbetriebliche Reportingsystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Die BHT begegnet der Korruption im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

Das im Unternehmen eingerichtete Risikomanagementsystem muss entsprechend den spezifischen Bedürfnissen der Gesellschaft weiterentwickelt werden.

Im Jahr 2014 ist durch die Stadt Halle (Saale) die Anwendung des „Public Corporate Governance Kodex - Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)“ auch für indirekte Beteiligungen beschlossen worden. Um eine erfolgreiche Implementierung gewährleisten zu können, wird es im Jahr 2015 intensive Abstimmungen zwischen der GWG und der BHT geben müssen.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	12.782	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black; margin-bottom: 5px;"/> 12.782 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kozyk, Jana	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo
	stellv. Vorsitzender	Tittel, Volker
		Dreßler, Matthias (bis 16.07.2014)
		Dr. Kranich, Sebastian (seit 17.07.2014)
		Dr. Wiegand, Bernd
		Koehn, Gottfried (bis 16.07.2014)
		Kriedemann, Angelika
		Schachtschneider, Andreas

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

Aufsichtsrat:	Schuh, Temba	(bis 16.07.2014)
	Senius, Kay	(seit 17.07.2014)
	Thielecke, Carsten	
	Töpfer, Gernot	(seit 17.07.2014)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	17	16

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	291.212	90	299.612	90	297.820	90	-8.400	-3
Umlaufvermögen	33.803	10	32.020	10	33.777	10	1.783	6
Rechnungsabgrenzungsposten	70	0	41	0	52	0	29	71

Bilanzsumme	325.085	100	331.673	100	331.649	100	-6.588	-2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

Treuhandvermögen	4.609		4.805		4.702		-196	-4
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	------	----

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	166.928	51	165.760	50	168.308	51	1.168	1
Sonderposten für Investitionszulagen	8.316	3	8.539	3	8.750	3	-223	-3
Rückstellungen	3.451	1	6.956	2	7.884	2	-3.505	-50
Verbindlichkeiten	145.417	45	149.867	45	146.197	44	-4.450	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	973	0	551	0	510	0	422	77

Bilanzsumme	325.085	100	331.673	100	331.649	100	-6.588	-2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	4.609		4.805		4.702		-196	-4
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	------	----

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	47.307	46.289	44.861
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-553	447	517
andere aktivierte Eigenleistungen	99	203	161
sonstige betriebliche Erträge	1.981	1.113	1.220
Materialaufwand	23.019	22.450	23.908
Personalaufwand	5.026	4.871	4.953
Abschreibungen	6.490	6.383	6.285
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.738	1.692	1.512
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	214	241	214
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	289	273	285
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.323	5.731	6.186
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.741	7.439	4.414
außerordentliche Erträge	170	0	227
außerordentliche Aufwendungen	4.582	3.927	1.877
außerordentliches Ergebnis	-4.412	-3.927	-1.650
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	159	501	300
sonstige Steuern	2	2	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.168	3.009	2.462
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	708	0	3.342
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	316	301	247
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.560	2.708	5.557

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,70	6,50	5,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,94	1,85	1,51	%
Cash-Flow ¹⁾ :	9.658	9.392	8.747	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	493	490	482	T€
Personalaufwandsquote:	10,29	10,14	10,59	%

¹⁾ ohne Einbeziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen und der Zuschreibungen

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,40	90,16	89,63	%
Eigenkapitalquote:	51,35	49,98	50,75	%
Fremdkapitalquote:	48,65	50,02	49,25	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Wohneinheiten	9.825	9.942	10.096	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	5,80	6,20	8,49	%
Gewerbeeinheiten	156	154	113	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	10,30	6,50	12,39	%

e) Lagebericht

Inhalt

- 1 Grundlagen des Unternehmens
- 2 Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes
 - 2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
- 3 Nachtragsbericht
- 4 Prognosebericht
- 5 Risikobericht
 - 5.1 Risikomanagementsystem
 - 5.2 Risiken
 - 5.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten
- 6 Chancenbericht

1 Grundlagen des Unternehmens

Für die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung hat die Stadt Halle (Saale) die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt am 02.05.1990 gegründet. Die Gesellschaft befindet sich seit der Gründung zu 100 % im Besitz der Stadt Halle (Saale). Die GWG hat die Aufgabe, Bauten in allen Rechtsformen zu errichten, zu bewirtschaften oder zu betreuen. Seit der Jahrtausendwende betreibt die GWG aktiv den Stadtbau in Halle-Neustadt in der Einheit von Abriss und Aufwertung. Aus den bewirtschafteten Wohnungen werden über 97 Prozent der Umsatzerlöse generiert. Weiterhin gehören auch gewerbliche Einrichtungen, KFZ-Stellplätze und Garagen zum Angebotsportfolio der Gesellschaft. Zur Umsetzung bautechnischer Aufgaben besitzt die GWG zu 100 % die Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH. Die GWG erfüllt seit über 15 Jahren erfolgreich das strategische Ziel, in Halle-Neustadt das stadtbildprägende Unternehmen zu sein.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes

Die deutsche Wirtschaft hat den im Vorjahr begonnenen Wachstumskurs auch in 2014 fortgesetzt und beschleunigt: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im IV. Quartal 2014 - preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,7 Prozent höher als im III. Quartal 2014. Aus den Veröffentlichungen des statistischen Bundesamtes ergibt sich für das gesamte Jahr 2014 ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes zum Vorjahr von 1,6 Prozent. Für das Folgejahr werden von verschiedenen Forschungsinstituten sowie von der Bundesregierung Wachstumsraten von über einem Prozent pro Jahr prognostiziert.

Das **Grundstücks- und Wohnungswesen** stellt einen der **größten Wirtschaftszweige in Deutschland** dar. Ihre Bruttowertschöpfung summiert sich in 2014 auf knapp 290 Milliarden Euro. Das entspricht einem Anteil von ca. **11 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung**.

Die **kommunale Wohnungswirtschaft** investiert **langfristig** und schafft damit **attraktive Wohnbestände**. Sie sieht Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, das in ökonomischer, gesellschaftlicher, sozialer und ökologischer Verantwortung zu pflegen ist. Wohnungen sind ein **langlebiges Wirtschaftsgut**, deshalb denkt, handelt und finanziert die GWG als kommunale Wohnungsgesellschaft langfristig. Sie bietet zusätzlich zum Wohnraum gute Nachbarschaften und verschiedene, zielgruppengerechte Dienstleistungen an. Dazu gehören ein umfangreiches Sozial- und Quartiersmanagement, Mietschuldenberatung, Gemeinschaftseinrichtungen und betreutes Wohnen. Aufgabe der Gesellschaft ist es, **zielgruppengerechte Wohnangebote** entsprechend der Nachfrage für junge Familien, ältere Menschen, Alleinerziehende und Singles am Wohnungsmarkt in Halle, insbesondere in Halle-Neustadt erfolgreich zu platzieren.

2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)

Der sich weiter vollziehende **demografische Wandel** stellt für das Land und insbesondere für die Immobilienwirtschaft eine der **wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte** dar. Die Stadt Halle (Saale) kann in 2014 seit mehreren Jahren in Folge verzeichnen, dass es keinen Bevölkerungsrückgang mehr gibt. Erstmals seit 1990 konnte dieser Trend auch für das Stadtgebiet von Halle-Neustadt festgestellt werden.

Dennoch werden die gegenwärtigen sozioökonomischen Entwicklungstendenzen mit einer Verstärkung sozialer Ungleichheiten und einer Ausdifferenzierung der Lebensstile weiter anhalten und sich auch in der Veränderung der sozialräumlichen Strukturen niederschlagen. Die **Veränderungen** innerhalb des Landes **Sachsen-Anhalt** vollziehen sich **sehr heterogen**. Das Land Sachsen-Anhalt hat zwar in 2013 so wenig Bevölkerung wie seit 1988 nicht mehr verloren, jedoch geht der Aufwärtstrend in den beiden Oberzentren Halle (Saale) und Magdeburg mit einem stetigen Bevölkerungsverlust in kleineren Städten und in der Fläche des Landes einher.

Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle (Saale):

	Einwohner mit Hauptwohnsitz				
	31.12.1996	31.12.2006	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
Stadt Halle (Saale)	267.776	233.874	232.535	232.705	233.552
davon Halle-Neustadt	77.650	48.931	44.515	44.159	44.198

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen in der Stadt Halle (Saale) als Universitätsstadt wird auch künftig aufwärts gerichtet verlaufen. Das durchschnittliche Alter der Einwohner in der gesamten Stadt Halle (Saale) ist mit 45,4 Jahren (per 31.12.2014) etwas geringer als das Durchschnittsalter der **Halle-Neustädter**, welches bei 47,9 Jahren (per 31.12.2014) liegt.

2.3 Geschäftsverlauf

2.3.1 Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2014 erneut positiv und mit einem Jahresüberschuss von 3.168 T€. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2014 eingestellten Zielwert von 2.718 T€ für das Jahresergebnis ergibt sich somit eine positive Abweichung von 450 T€.

Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die in der Vergangenheit durchgeführten Maßnahmen zur Anpassung des Wohnungsbestands und auf eine kundenorientierte Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes zurückzuführen.

2.3.2 Unternehmensentwicklung

Die **GWG bewirtschaftet als größter Vermieter im Stadtteil Halle-Neustadt** rund ein Drittel des im Stadtteil vorhandenen Wohnungsbestandes. Zum Jahreswechsel 2014/2015 waren im Halle-Neustädter Wohnungsbestand der GWG ca. 15.000 Einwohner gemeldet, **damit wohnt jeder dritte Einwohner Halle-Neustadts bei der GWG**.

Die bisherige Bevölkerungsabnahme und gleichzeitige Zunahme der älteren Einwohner hat die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt stark verändert. Die Gesellschaft geht davon aus, dass aufgrund der Altersstruktur der Halle-Neustädter Bevölkerung auch weiterhin **quantitative und strukturelle Anpassungen des Wohnungsangebotes** erforderlich sind. Ein stetiges Überprüfen und Anpassen der Bestands- und Unternehmensausrichtung ist daher unerlässlich.

Die Bevölkerungsgruppe der Über-60-jährigen sorgt in hohem Maße für eine stabile Ertragssäule der Wohnungsunternehmen, auch der GWG. Die Gesellschaft setzt deshalb maßgeblich in ihrer Investitionspolitik auf die hohe regionale Identität ihrer Mieter, die aufgrund der immer höheren Lebenserwartung Unterstützung im täglichen Leben bei der Überwindung von Barrieren dankend annehmen. Die Zielgruppe der Familien und Studenten ist in gleichem Maße für die GWG bedeutsam, um den Altersdurchschnitt der Mieter in ihrem Wohnungsbestand weiter zu stabilisieren.

In 2014 begann mit der Bewirtschaftung der ERDGAS Sportarena für die GWG ein neues Geschäftsfeld. Für eine Dauer von sieben Jahren übernahm sie die wirtschaftliche Betreuung der Mehrzweckhalle. Diese wurde bereits vorrangig für den Profi-, Schul- und Dienstsport sowie für zahlreiche Veranstaltungen intensiv genutzt und stellt für den Stadtteil Halle-Neustadt eine große Bereicherung dar.

2.3.3 Bestandsentwicklung

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2014 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2014		31.12.2013	
	Anzahl	Fläche (m ²)	Anzahl	Fläche (m ²)
Wohneinheiten	9.825	553.209	9.942	559.726
Gewerbeeinheiten	156	13.963	154	14.062
	9.981	567.172	10.096	573.788

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag 13 Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) mit insgesamt 287 Mieteinheiten auf einer Fläche von 18.147 m². Zum 31.12.2014 beendete die GWG ihre Tätigkeit als Verwalterin von drei Eigentumsanlagen in der Innenstadt von Halle (Saale).

Durch die kontinuierliche Verbesserung des Wohnbestandes ist es der Gesellschaft gelungen, die **Leerstandsquote** im Gesamtbestand von 6,5 Prozent per 31.12.2013 auf **6,1 Prozent per 31.12.2014** zu reduzieren. Im marktaktiven Kernbestand konnte der Leerstand im Vergleich zum Vorjahr auf 4,9 Prozent per 31.12.2014 (5,0 Prozent per 31.12.2013) stabilisiert werden. Komplett leer gezogene und nicht mehr bewirtschaftete Gebäude/Wohnungen waren dabei nicht mehr Bestandteil der Betrachtung. Würden diese einbezogen werden, stünde die Leerstandsquote zum Berichtszeitpunkt bei 12,6 Prozent. Die durch den Leerstand im Jahr 2014 verursachte **Erlösschmälerung an der Sollmiete** betrug **4,8 Prozent** (5,8 Prozent im Jahr 2013).

Die Gesellschaft investierte auch in 2014 einen nennenswerten Betrag in ihren Bestand. Von den über insgesamt 15,8 Mio. Euro, die für Bauprojekte, zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung und Modernisierung des GWG-Bestandes sowie zur Verbesserung des Brandschutzes geplant waren, wurden in 2014 bereits 12,8 Mio. Euro umgesetzt.

Wie bereits in den Vorjahren legte die Gesellschaft auch in 2014 besonderen Wert auf den Ausbau bedarfsgerechten Wohnraums, den langfristigen Erhalt der Bausubstanz, die Senkung der Energiekosten sowie auf die Funktionssicherheit der technischen Anlagen. Flankiert wurde dies durch Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes sowie der Erneuerung von Ver- bzw. Entsorgungsleitungen.

Im Februar 2014 beendete die GWG den komplexen Umbau des Wohngebäudes Rennbahnring 4-18 und realisierte damit in Weiterentwicklung des IBA-Projektgedankens im Oleanderweg ein weiteres Mehrgenerationenhaus. Alle Wohnungen waren bereits im Vorfeld der Fertigstellung vermietet.

Ein Schwerpunkt der Bestandsentwicklung liegt seit mehreren Jahren in der Ertüchtigung einzelner Wohngebäude im Hinblick auf **altersgerechtes Wohnen**. So wurden auch im Jahr 2014 Aufzüge errichtet, Schwellen reduziert, Treppenhäuser mit zusätzlichen Handläufen ausgestattet und Grundrisse so verändert, dass ältere Menschen länger und sicherer in ihren Wohnungen leben können. Die **GWG-Seniorenbetreuung** leistet hierbei wertvolle ergänzende Arbeit.

Um den Vermietungserfolg dauerhaft zu verbessern, setzte die GWG viele verschiedene Maßnahmen zur langfristigen Aufwertung des Bestandes um. So rüstete sie z.B. in Abstimmung mit den Stadtwerken die Gasversorgung auf zeitgemäße Elektroanschlüsse in vielen Leerwohnungen und zwei Wohngebäuden um. Im Familienquartier in der nördlichen Neustadt konnten viele Neumieter für modernisierte, instandgesetzte und in Teilen auch grundrissveränderte Wohnungen gewonnen werden.

Zur Entwicklung des Stadtteils Halle-Neustadt wurden verschiedene Strategieberatungen mit den städtischen Versorgungsunternehmen geplant und zum Teil bereits durchgeführt.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2014 getätigten Ausschreibungen konnten knapp 79 Prozent der vom Bereich Bautechnik beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen an Firmen innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt sowie rund 17 Prozent an Unternehmen aus Sachsen vergeben werden.

Im Wesentlichen wurden folgende größere Baumaßnahmen im Jahr 2014 realisiert:

- Komplexer Umbau und Teilabbruch im Walter-Gropius-Weg 1-9 (Fertigstellung in 2015),
- Energetische Sanierung in der Unstrutstraße 19,
- Anbau von Aufzügen und Balkonen im Riemenschneiderweg 1-8 (Fertigstellung in 2015),
- Neubau einer Werkstatthalle in der Kaolinstraße 4 (Fertigstellung in 2015),
- Brandschutzmaßnahmen in Hochhäusern,
- Sanierung von Leerwohnungen im Rahmen der Neuvermietung,
- Einbau von Rauchwarnmeldern (Fertigstellung in 2015),
- Abbruch Bodestraße 1, 3 sowie Teichstraße 12.

Nachdem die GWG in den 1990er Jahren ihre Wohngebäude vor allem äußerlich sanierte, modernisiert sie seit Anfang der 2000er Jahre ihre Wohnungen auch im Innenbereich. Die sanierten Wohnungen erhielten größtenteils einen veränderten Grundriss, neue Elektrik, Bodenbeläge und Wandbeläge. Im Geschäftsjahr 2014 wurden insgesamt rund 2 Millionen Euro in die direkte Sanierung bzw. den Umbau von Wohnungen investiert.

Die **Entwicklung individueller Produkte** ist ein wesentlicher Bestandteil der Bestandsentwicklungskonzeption und umfasst die Bereiche FamilienWohnen, Blockhouse-City und ServiceWohnen 60plus. In 2014 wurden in allen drei Bereichen Wohnungen bzw. Serviceangebote erweitert bzw. neu geschaffen.

Der Umgang mit den **Auswirkungen der Alterung** ist eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderung der nächsten Jahrzehnte nicht nur für die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitgeber, sondern auch für die Wohnungswirtschaft. Daher steht das Thema **Wohnen im Alter** als eine der **Schwerpunktaufgaben der GWG** im Fokus. Dazu fand am 22.03. und am 22.10.2014 der „**Mach-dich-schlau-Tag**“ für Senioren und deren Angehörige statt. Mit verschiedenen Netzwerkpartnern wurde u. a. zu Themen wie altersgerechtes Wohnen, Hausnotrufsysteme, Gesundheit, Pflege zu Hause und vieles mehr informiert. In den beiden „**Seniorenstübchen**“ in der Harzgeroder Straße 38 und Paul-Thiersch-Straße 23a wird die aktive Seniorenarbeit vor Ort mittlerweile durch ehrenamtliche Helfer selbstständig geleitet und betreut. Am 13.11.2014 würdigte die Geschäftsführerin der GWG das ehrenamtliche Engagement zusammen mit der Seniorenvertretung der Stadt Halle (Saale) e.V.

Als Erweiterung des Angebotsportfolios zur Vermietung von möblierten Apartments als Gästewohnungen betreibt die GWG seit Anfang 2014 das „**Boardinghaus weinberg campus**“ in Heide-Süd. Im Berichtszeitraum wurden verschiedene Vorbereitungen getroffen, um das Betriebskonzept in Abstimmung mit der Stadt Halle (Saale) zu optimieren, den Bekanntheitsgrad des Objektes zu erhöhen und das Angebot selbst zu verbessern.

2.3.4 Mietenentwicklung

Der Zweck des Unternehmens ist eine sichere und **sozial verantwortbare Wohnungsversorgung** breiter Schichten der Bevölkerung, auch einkommensschwacher Bürger. Zur **Sicherung der wirtschaftlichen Existenz** ist dennoch im Rahmen einer moderaten Mietpreisgestaltung nicht zuletzt die Notwendigkeit zur Kostendeckung zu berücksichtigen.

Eine Orientierungshilfe für die Preisgestaltung bietet der für Halle bestehende Mietspiegel. In Abhängigkeit von der Marktlage sowie Wohnungslage und -zustand werden die GWG-Mieten vorrangig nach Modernisierungen und baulichen Veränderungen angepasst (nach § 559 BGB).

Um sozialverträgliche Mieterhöhungen realisieren zu können, wurden interne Mietobergrenzen definiert und darüber hinausgehende Erhöhungsmöglichkeiten zu Lasten des Unternehmens gekappt. Im **Zielmietensystem der GWG** wurden alle Wohnungen bewertet, u. a. in Top-Objekte, durchschnittliche und einfache Wohnlage. Dieses System ermöglicht eine **breite Angebotspalette mit unterschiedlichen Mietpreisen** unter ständiger Beachtung aller Kosten. Die **engen finanziellen Grenzen** der Stadt Halle (Saale) für die **Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU)** nach SGB II verstärken die Tendenz zu einer sozialen Segregation. Auch die in 2013 leicht veränderten KdU-Angemessenheitsgrenzen und die Möglichkeit, zwischen Nettokaltmiete und Betriebskosten je nach Erfordernis der Liegenschaft zu variieren, bringen keine deutliche Verbesserung, notwendige Investitionen (u. a. energetische Sanierungsmaßnahmen) zu refinanzieren.

In 2014 wurden **375 Mietverträge mit Mietern, die ALG II-Empfänger bzw. Empfänger von Sozialgeld sind, neu abgeschlossen** (davon 266 Mietverträge mit Neumieter und 109 mit Mietern, die innerhalb der GWG umgezogen sind). Das sind **36,4 Prozent** der insgesamt im Geschäftshalbjahr 2014 neu abgeschlossenen Wohnungsmietverträge und damit eine leichte Senkung um 0,5 Prozentpunkte zum Vorjahr (36,9 Prozent im Geschäftsjahr 2013).

Die **Begrenzung und der Abbau der offenen Forderungen aus der Vermietung** ist ein besonderer Schwerpunkt der GWG. Um dem hohen Stellenwert des Mietforderungsmanagements sowie der **großen Bedeutung der präventiven Arbeit** gerecht zu werden, arbeiten **zwei Sozialbetreuerinnen** intensiv mit den Mietern.

Die Gesellschaft stellte auch in 2014 fest, dass sich viele Mieter hilfeschend an die GWG wenden, weil sie steigende Lebenshaltungskosten und ein geringes Einkommen nicht mehr in Einklang bringen können. Die GWG arbeitet durch eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Maßnahmen an der Senkung offener Forderungen aus der Vermietung, präventive Arbeiten dienen zusätzlich der Vermeidung von Rückständen. Kontinuierliche Ziele sind der **Abbau von Ertragsausfällen** aus der Vermietung für das Unternehmen und gleichzeitig der **Erhalt der Wohnung** für die betreffenden Mieter. Durch die aufsuchende Mieterbetreuung (auch außerhalb der Geschäftszeiten der GWG) wird ebenfalls ein hohes Maß an Erfolgen erzielt.

Dieses **intensive Forderungsmanagement** der Gesellschaft ermöglichte per 31.12.2014 eine **Mietenrückstandsquote von 0,71 Prozent** (0,66 Prozent per 31.12.2013). Die Gesellschaft hatte zum Stichtag offene Mietforderungen in Höhe von 345,4 T€ (316,9 T€ per 31.12.2013) zu verzeichnen.

2.3.5 Personalentwicklung und Familienfreundlichkeit

In der Gesellschaft arbeiteten in 2014 durchschnittlich 93 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, acht Auszubildende, ein Umschüler sowie sechs geringfügig Beschäftigte. Knapp 60 Prozent des gesamten Personals sind weiblich. 44 Prozent der Stellen mit Personalverantwortung sind mit Frauen besetzt.

Seit 2006 trägt die Gesellschaft das Zertifikat „berufundfamilie®“ und praktiziert moderne Personalentwicklungsmethoden, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen und fördern. Flexible Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeitkonten sowie individuelle Fördermaßnahmen für die Beschäftigten sind Eckpfeiler einer familienbewussten Personalpolitik. Die Gesellschaft genießt für ihr Engagement gegenüber ihren Kunden und Mitarbeitern große Anerkennung. Damit nimmt die GWG eine Vorbildrolle ein, die u. a. auch zu der Mitwirkung in der Unternehmerinitiative „Familienfreundliches Halle“ geführt hat. Durch dieses Engagement stärkt die GWG die Stadt Halle (Saale) und die Region als familienfreundlichen Standort für die Beschäftigten.

Seit Jahren arbeitet die Gesellschaft mit Zielvorgaben, die sich als erfolgreiches Führungselement erwiesen haben und damit zum Unternehmenserfolg beitragen. Das Führen nach Zielen, Transparenz und Delegation sind unverzichtbare Motivationselemente im Unternehmen.

2.3.6 Stadtentwicklung in Halle (Saale)

Zu den Herausforderungen der Stadtentwicklung hat die GWG auch im Jahr 2014 aktiv im Netzwerk Stadtentwicklung Halle (Saale) mitgewirkt. Der Gesellschaft obliegt die Leitung der „Arbeitsgruppe Halle-Neustadt“, die auf eine unternehmensübergreifende Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung orientiert und mehrfach im Jahr berät. Zudem wurde die Geschäftsführerin Jana Kozyk als sachkundige Einwohnerin in den neu gebildeten Ausschuss für Stadtentwicklung des Stadtrates von Halle (Saale) gewählt und vertritt hierin künftig die Interessen der Gesellschaft und der Wohnungsunternehmen.

2.3.7 Risikomanagement im Konzern

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100 %igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Die Tochtergesellschaft BHT hat sich weiter stabilisiert und beendete das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresergebnis in Höhe von 214 T€ (geplant: 50 T€, Vorjahr: 241 T€).

2.3.8 Stadttrendite

Die GWG beurteilt im Rahmen des Unternehmenserfolgs bereits seit 2005 ihre Leistungen zur Stadttrendite. Als kommunales Wohnungsunternehmen übernimmt die Gesellschaft Verantwortung für die Stadt, weit über die formale Erfüllung des Wohnraumversorgungsauftrags hinaus. Die Stadttrendite beinhaltet Leistungen, die langfristig Vorteile für das Unternehmensergebnis bewirken, aber auch zu einem wesentlichen Anteil positive Effekte für die Stadt Halle (Saale) bringen. Die Stadttrendite in ihrer Ergebnisbewertung ergänzt die rein finanzwirtschaftliche Renditebetrachtung.

Die Maßnahmenkomplexe Stadtentwicklung, Finanzen, Soziales, kommunale Leistungen sowie interne Leistungen für eigene Mitarbeiter sind Bestandteil der Ermittlung und werden hinsichtlich ihrer inhaltlichen Bestimmung geprüft, bewertet und jährlich aktualisiert.

2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.4.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 3.168 T€ ab, der überwiegend aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung stellt sich gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert dar und weist einen Überschuss in Höhe von 13.121 T€ aus. Das nach wie vor positive Ergebnis resultiert vor allem aus weiterhin gestiegenen Istmieten und niedrigeren Erlösschmälerungen aus leerstandbedingten Einnahmeausfällen bei den Betriebskosten denen höhere Instandhaltungsaufwendungen gegenüber stehen.

Das negative Finanzergebnis (4.820 T€) resultiert überwiegend aus Zinsaufwendungen für die Darlehen der Gesellschaft, denen (im Ergebnis des derzeitigen Zinsniveaus) nur unwesentliche Zinserträge gegenüber stehen. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Rückgang der Zinsaufwendungen in Höhe von 408 T€ (durch Umschuldungen und Prolongationen von Darlehen sowie Aufzinsungen) zurückzuführen. Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 38,5 Prozent.

Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen von Wohn- und Gewerbebauten sowie nicht verwertbaren Grundstücken sowie Zuschreibungen führten zu einem negativen außerordentlichen Ergebnis von 4.412 T€.

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2014 mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist eine Gesamtkapitalverzinsung gegeben. Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr 2014, wie bereits im Vorjahr, 2,6 Prozent.

2.4.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft stellte sich auch im Geschäftsjahr 2014 positiv dar. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Hauptgeschäftes zurückzuführen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 15.123 T€ reichte aus, um den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit von 1.962 T€ zu decken. Planmäßige Zins- und Tilgungszahlungen für die aufgenommenen Darlehen von 12.643 T€ sowie Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin von 2.000 T€ führten trotz Neuvaluierungen zu einem Mittelabfluss im Bereich der Finanzierungstätigkeit von 11.751 T€. Da die Investitionen in das Anlagevermögen 2014 einen deutlich geringeren Umfang ausweisen als in 2013, konnte durch den Cashflow des laufenden Geschäftes sowohl der Abfluss aus der Investitionstätigkeit als auch der Abfluss durch die Finanzierungstätigkeit gedeckt werden, was zu einem Anstieg des Finanzmittelfonds um 1.410 T€ am Ende der Periode führte.

2.4.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr 2013 um 6.588 T€ verringert.

Auf der Aktivseite war insbesondere bei den Sachanlagen aufgrund der Abschreibungen (11.249 T€) und nur geringfügigen Investitionen (2.885 T€) ein Rückgang um 8.410 T€ zu verzeichnen. Die flüssigen Mitteln hingegen weisen eine geringfügige Zunahme von 1.410 T€ aus. Die Passivseite verringerte sich vor allem im Bereich der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten (um 4.385 T€) – hier vor allem bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der planmäßigen Tilgungen um 7.439 T€, die durch Neuaufnahmen von Darlehen in Höhe von 2.800 T€ geringfügig erhöht wurden.

Einem durchschnittlichen Buchwert der Wohn- und Geschäftsbauten von 482,51 € je qm stand zum Bilanzstichtag eine durchschnittliche Verschuldung von 220,02 € je qm gegenüber.

Das mittel- und langfristige Vermögen wird ausreichend durch mittel- und langfristig verfügbare Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten für Investitionszulage / Gesamtkapital) wird mit 53,9 Prozent ausgewiesen.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

2.4.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren kennzeichnen das Geschäftsjahr 2014:

	Einheit	Ist-Wert	Plan-Wert
Sollmiete des Gesamtbestands	€/m ² monatlich	4,92	4,96
Erlösschmälerung der Sollmiete	Prozent	4,8	5,8
Verschuldungsgrad	Prozent	39,6	40,4
Eigenkapitalquote	Prozent	53,9	53,7
Gesamtkapitalrentabilität	Prozent	2,6	2,5

3 Nachtragsbericht

Die Gesellschaft wurde für den Betrieb des „Boardinghaus weinberg campus“ vom Betreiber der Internetplattform www.booking.com für das Erreichen einer sehr guten Gästebewertung mit dem „2014 Award of Excellence“ ausgezeichnet. Die Gesellschaft sieht sich somit in der Ausrichtung und in ihrem im 3. Quartal 2014 geänderten Betriebskonzept bestätigt und wird dieses weiter im Sinne eines optimalen Gästeservices fortentwickeln.

4 Prognosebericht

Die Gesellschaft geht auch für die folgenden Geschäftsjahre von einer weiterhin stabilen Unternehmensentwicklung aus. Die von der Gesellschafterin erwartete Ausschüttung an den städtischen Haushalt wurde für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 2,0 Mio. € geplant. Bei einer veränderten Ausschüttungshöhe sind die im Folgenden bezifferten Prognosewerte unter Vorbehalt zu sehen.

Für die Bevölkerungsentwicklung werden für Sachsen-Anhalt von Landespolitik und Sozialforschern wieder mehr als 2,0 Millionen Einwohner im Jahr 2025 prognostiziert, bisher lagen die Prognosewerte stets unter dieser Marke. Im Vergleich zur aktuellen Bevölkerungszahl bedeutet dies aber noch immer, dass das Land Einwohner in der Größenordnung einer Stadt wie Magdeburg oder Halle (Saale) verlieren wird.

Verschiedene statistische Annahmen beschreiben für Halle (Saale) einen Bevölkerungsrückgang, der für die Akteure auf dem Wohnungsmarkt auch weiterhin starke Beeinträchtigungen bezüglich der Wohnungsnachfrage zur Folge haben wird. Nach der am 11. September 2014 vorgestellten Bevölkerungsprognose der Stadt Halle **verliert Halle-Neustadt bis 2030 zwischen 10 Prozent im nördlichen und 12 Prozent seiner Bewohner im südlichen und westlichen Stadtteil**. Für die GWG könnte sich dieser Nachfragerückgang in gleichem Umfang auswirken.

Die Entwicklungen machen deutlich, dass **weiterer Abriss bei gleichzeitiger Sanierung** eines definierten Kernbestandes **in Halle-Neustadt notwendig** ist. Das derzeit in Überarbeitung befindliche „Integrierte Stadtentwicklungskonzept“ (ISEK Halle 2025) will diesem Erfordernis Rechnung tragen.

Im Geschäftsjahr 2015 wird die Gesellschaft nach fast einem Jahrzehnt der Verhandlungen über den Grundstückstausch oder zu einer Quartiersvereinbarung am Niedersachsenplatz in Halle-Neustadt den Rückbau von zwei fünfgeschossigen Wohngebäuden vornehmen.

Für die Umsatzerlöse aus Sollmieten wird in 2015 ein Wert von 34,4 Mio. € erwartet, dies entspricht einer durchschnittlichen Miete von 4,93 € je m² Gesamtbestand im Monat.

Durch den weiterhin zu berücksichtigenden demografischen Wandel und der zunehmenden Alterung der Bevölkerung in Halle-Neustadt geht die Gesellschaft des Weiteren von einem leichten Anstieg der Erlösschmälerung der Sollmieten auf 5,5 % in 2015 aus. Der Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund wird sich erhöhen, wenn auch auf vergleichsweise niedrigem Niveau.

Die Gesellschaft wird in 2015 neue Kreditverbindlichkeiten in Höhe von voraussichtlich 11,0 Mio. € aufnehmen und damit den Verschuldungsgrad wieder auf das Niveau des Jahres 2013 mit 40,2 % leicht anheben. Diese Kennziffer steht in Zusammenhang mit der geplanten Entwicklung des Eigenkapitals. Unter der Voraussetzung, dass die Verwendung der Bilanzgewinne durch die Gesellschafterin plankonform erfolgt, geht die Gesellschaft von einer Eigenkapitalquote von 53,9 % zum Ende des Geschäftsjahres 2015 aus.

Aus den geplanten Investitionen sowie deren Aktivierungsfähigkeit wird die Bewertung des Sachanlagevermögens von Wohn- und Geschäftsbauten in 2015 auf das 9,4fache der Jahresnettokaltmiete geplant.

Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten geht die Gesellschaft davon aus, dass sich nach dem Rückgang der Kreditverbindlichkeiten in 2014 zum 31.12.2015 wieder ein Wert vom 4,2fachen der Jahresnettokaltmiete einstellt.

Zum Ende des Jahres 2014 unterzeichnete die Gesellschaft einen Vertrag zur Umstellung der unternehmensweit eingesetzten Softwarelösung GES auf das Nachfolgeprodukt Wodis Sigma des Systemanbieters Aareon Deutschland GmbH. Der Systemwechsel wird am 01.10.2016 stattfinden. Für die organisatorischen Veränderungen wurde eine hausinterne Projektgruppe gebildet, die ihre Arbeit im Frühjahr 2015 aufnehmen und ab dem 01.10.2015 durch den Systemanbieter unterstützt wird.

Nach Beschluss des Stadtrates vom 25.06.2014 und der Gesellschafterweisung vom 18.12.2014 ist in der GWG den Grundsätzen guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale) (Public Corporate Governance Kodex) zu folgen. Die darin allgemein für alle Beteiligungen der Stadt Halle (Saale) formulierten Auflagen sind im Jahr 2015 auf die rechtlich selbstständigen Gesellschaften zu spezialisieren. Die Gesellschaft erwartet hieraus ein Anpassungserfordernis verschiedener Verträge und Verfahrensabläufe, deren Umsetzung im Jahr 2015 abgeschlossen sein soll.

5 Risikobericht

5.1 Risikomanagementsystem

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Zur Einhaltung der Vorgaben des Konzerntransparenzgesetzes (KonTraG) wird ein eigens dafür betriebenes Frühwarnsystem genutzt, welches über die wesentlichen Kennziffern der Sollmiete, des Leerstands sowie über finanzwirtschaftliche Kennziffern wie Verschuldungsgrad und Forderungsquoten die Risiken des Geschäftsbetriebes permanent erfasst und bei Abweichungen an die Geschäftsleitung berichtet.

5.2 Risiken

Die beendete Altschuldenhilferegelung stellt die Gesellschaft bei ihren Aufgaben für die nächsten 10 Jahre vor die finanzielle Herausforderung, die noch bestehenden Altschulden aus dem verbleibenden Kernbestand zu bedienen. Rückbau und Abriss werden auch in den Folgejahren zu einer Reduzierung des Immobilienbestandes der Gesellschaft in Halle-Neustadt führen. Dieser Umstrukturierungsprozess wird dann allein durch Eigenmittel der Gesellschaft zu leisten sein.

Im Stadtteil Halle-Neustadt wird bis 2030 ein Rückgang der Bevölkerung von 10 bis 12 Prozent prognostiziert. Für die Gesellschaft kann dies bedeuten, dass ca. 1.000 Wohnungen durch Abriss und Rückbau bis 2030 vom Markt genommen werden müssen. Zur Vorbereitung dieses Umstrukturierungsprozesses hat die Gesellschaft ein Portfoliosystem installiert, welches die Zukunftsfähigkeit des Bestandes objektkonkret untersucht und daraus Perspektiven aufzeigt.

Die Gesellschaft geht nicht davon aus, dass das bis zum Jahr 2016 befristete Förderprogramm „Stadtumbau-Ost“ in seiner aktuellen Form verlängert wird. Daraus entsteht zusätzlich das Risiko, dass leerstehende Gebäude wegen fehlender Fördermittel nicht kostendeckend oder gar nicht abgerissen werden können.

Aus dem steigenden Anteil an Mietern, die über ein sehr geringes Haushalts- oder Transfereinkommen verfügen, geht die Gesellschaft davon aus, dass sich die Mietrückstandsquote und der Arbeitsumfang der Sozialbetreuer in 2015 weiter erhöhen werden.

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat seit dem Jahr 2008 zur eigenen Haushaltskonsolidierung insgesamt 45,6 Mio. € Liquidität aus der Gesellschaft entnommen. Weitere Entnahmen der Gesellschafterin in den Folgejahren können nicht ausgeschlossen werden.

5.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

6 Chancenbericht

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Der Bedarf an Investitionen wird auch zukünftig auf hohem Niveau bleiben müssen. Wesentliche Grundlage aller Aktivitäten ist immer die Wirtschaftlichkeit.

Das kommunale und soziale Engagement der Gesellschaft in der Quartiersentwicklung und in der Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement ist ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der Wohnquartiere. Für die Gesellschaft besteht hier auch in Zukunft eine ihrer Hauptaufgaben, in deren Ergebnis für die Stadt Halle (Saale) eine Sozialrendite im engeren und Stadtrendite im weiteren Sinn erwirtschaftet wird.

Auch in den Folgejahren wird die Energieeffizienz des Gebäudebestandes weiter verbessert. Mit einer nachhaltigen Modernisierung dafür geeigneter Objekte leistet die Gesellschaft einen Beitrag zur weiteren Aufwertung ihres Bestandes und zum Klimaschutz.

Neue Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Erwerb von Grundstücken, dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das Immobilienportfolio schrittweise zu diversifizieren. Die Gesellschaft wird diese Strategie auch in den kommenden Jahren konsequent weiter verfolgen. Das Kerngeschäft bleibt jedoch weiterhin in der Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt.

Zu einer der besonderen Aufgaben der Gesellschaft zählt der Umgang mit älteren und in Teilen ärmer werdenden Mietern. Diese wachsende Kundengruppe benötigt eine qualifizierte Betreuung und Begleitung im Alltag. Durch die auch in Zukunft fortzuführende Seniorenbetreuung und den Einsatz von Nachbarschaftshelfern stellt sich die GWG dieser Herausforderung mit dem Ziel, ihre Mieter möglichst lange in ihrem vertrauten Wohnumfeld zu halten und damit ihre Kundschaft langfristig an sich zu binden.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	102.259	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black; margin: 0;"/> 102.259 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Wahlen, Heinrich	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter	
		David, Dirk	
		Ewert, Gertrud	(bis 17.07.2014)
		Feigl, Christian	(seit 17.07.2014)
		Fleischer, Beate	(bis 17.07.2014)
		Fritz, Melanie	
		Haupt, Ute	
		Krause, Johannes	(seit 17.07.2014)
		Dr. Meerheim, Bodo	(bis 17.07.2014)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Nagel, Elisabeth (seit 17.07.2014)
 Rothe, Uwe
 Sänger, Frank
 Sommer, Manfred
 Sprung, Michael

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	25	23	25

c) Beteiligungen
unmittelbar

	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	50	50,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	516.324	91	507.758	91	483.906	89	8.566	2
Umlaufvermögen	38.758	7	39.793	7	46.211	9	-1.035	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	13.753	2	12.383	2	10.689	2	1.370	11
Bilanzsumme	568.835	100	559.934	100	540.806	100	8.901	2

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	252.072	44	247.623	44	250.720	46	4.449	2
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	12.016	2	12.288	2	12.569	2	-272	-2
Rückstellungen	4.266	1	3.912	1	3.500	1	354	9
Verbindlichkeiten	300.168	53	295.759	53	273.644	51	4.409	1
Rechnungsabgrenzungsposten	313	0	352	0	373	0	-39	-11
Bilanzsumme	568.835	100	559.934	100	540.806	100	8.901	2

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	82.707	80.543	78.285
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.224	758	1.097
andere aktivierte Eigenleistungen	1.434	2.134	2.625
sonstige betriebliche Erträge	5.313	3.169	3.662
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	35.700	36.472	35.423
Personalaufwand	12.480	12.206	11.546
Abschreibungen	9.894	9.257	8.821
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.825	8.129	8.166
Erträge aus Beteiligungen	104	107	97
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	222	135	256
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.059	10.714	10.836
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.598	10.068	11.230
außerordentliche Erträge	2.307	3.435	12.384
außerordentliche Aufwendungen	4.029	4.347	14.646
außerordentliches Ergebnis	-1.722	-912	-2.262
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	423	251	191
sonstige Steuern	5	5	5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	9.448	8.900	8.772
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	10.943	14.933	7.038
Ausschüttung	5.000	12.000	
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	945	890	877
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	14.446	10.943	14.933

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,42	11,05	11,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,98	3,76	3,72	%
Cash-Flow:	19.342	18.157	17.592	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	384	372	381	T€
Personalaufwandsquote:	14,15	14,09	13,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,41	90,38	89,24	%
Eigenkapitalquote:	44,31	44,22	46,36	%
Fremdkapitalquote:	55,69	55,78	53,64	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Wohneinheiten	15.824,00	16.006,00	16.319,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	9,20	9,41	10,75	%
Wohneinheiten Leasingbestand	2.240,00	2.240,00	2.244,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten Leasingbestand	2,10	2,46	2,05	%
Gewerbeeinheiten	292,00	288,00	283,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	17,80	16,67	16,61	%
Gewerbeeinheiten Leasingbestand	20,00	20,00	16,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten Leasingbestand	0,00	0,00	0,00	%

e) Lagebericht

Zusammengefasster Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2014

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns
 - 1.1 Geschäftsmodell
 - 1.2 Unternehmensstrategien und -ziele
 - 1.3 Konsolidierungskreis
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH
- 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.3.1 Hausbewirtschaftung
 - 2.3.2 Stadtumbau und Stadtentwicklung
 - 2.3.3 Personal, Organisation
- 2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns
 - 2.4.1 Vermögenslage
 - 2.4.2 Finanzlage
 - 2.4.3 Ertragslage
3. Nachhaltigkeitsbericht
4. Chancen- und Risikobericht
5. Prognosebericht
6. Nachtragsbericht
7. Sonstiges

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt in Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Darin ist der Gegenstand / der Zweck der Gesellschaft festgehalten. Er besteht vorrangig in einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund kann die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, betreuen, bewirtschaften und verwalten. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Darüber hinaus kann die Gesellschaft andere Unternehmen erwerben oder sich an solchen beteiligen.

Die alleinige Gesellschafterin der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH ist die Stadt Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale).

Das Handeln der Gesellschaft ist im Gesellschaftsvertrag vom 25. Juni 1992 (letzte Änderung mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 19. September 2007) sowie in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat geregelt. Darüber hinaus ist die Gesellschaft zur Einhaltung des im Jahr 2014 in Kraft getretenen Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) verpflichtet.

1.2 Unternehmensstrategien und -ziele

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft orientiert sich nicht ausschließlich an Renditeerwartungen. Ein solides wirtschaftliches Fundament bildet jedoch die Voraussetzung für soziales, ökologisches und städtebauliches Engagement. Neben der Übernahme von Aufgaben des Städtebaus und der städtischen Infrastruktur ist die Gesellschaft auf die Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite für den Gesellschafter ausgerichtet.

Vor diesem Hintergrund sieht die Gesellschaft Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, welches unter Berücksichtigung von ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten entwickelt und bewirtschaftet werden muss. Zur Berücksichtigung von wirtschaftlichen und sozialen Komponenten bedarf es eines ausgewogenen Portfolios, welches Immobilien mit unterschiedlichen Lage- und Ausstattungsqualitäten beinhaltet.

Die Bedürfnisse der Mieter gehen zunehmend über die eigentliche Wohnungsanmietung hinaus. Ein gepflegtes Wohnumfeld mit guten Nachbarschaften, eine hohe Servicequalität sowie Angebote zu weiteren Dienstleistungen gehören ebenfalls dazu. Ein umfangreiches Sozial- und Quartiersmanagement wird deshalb ein wesentlicher Bestandteil bei der Weiterentwicklung des Geschäftsmodells sein. Die Bestandsentwicklung erfolgt bereits jetzt auf Quartiersebene.

Dabei stehen die Bedürfnisse der Mieter im Mittelpunkt. Um sicherzustellen, dass bereits in der Planungsphase Bewirtschaftungs- und Nutzerbelange in den Fokus rücken, arbeiten zur Vorbereitung von Investitionsmaßnahmen alle Unternehmensbereiche in einer Projektorganisation zusammen. In diesem Rahmen werden alle Kräfte mit dem Ziel einer zielgruppenspezifischen Bestandsentwicklung gebündelt.

Die Umsetzung eines qualifizierten Personalentwicklungskonzeptes sowie die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind weitere bedeutende Unternehmensziele.

1.3 Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss sind das Mutterunternehmen und die Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, (HWG KG) und die Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH (HGWS) einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	Gesellschafter	Anteile	Stammkapital
HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	Stadt Halle (Saale)	100%	EUR 102.259.000
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	99,9%	EUR 9.990
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	50%	EUR 50.000

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Die Bestände werden durch Mitarbeiter der Muttergesellschaft bewirtschaftet, der auch das Ergebnis zufließt.

Unternehmensgegenstand der HGWS ist die Sicherung des Wohnungsbestandes in der Stadt Halle (Saale) durch den Erwerb, die Sanierung, den Neubau und die Bewirtschaftung von hochwertigen, überwiegend für Wohnzwecke geeigneten Immobilien, insbesondere aus dem Veräußerungsbestand des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

Die HGWS hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Sie verfügt bis auf zwei Geschäftsführer über keine eigenen Mitarbeiter. Die Geschäftsführer sind nicht bei der HGWS angestellt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) ist ein wachsender Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort im Süden Sachsen-Anhalts. Insbesondere die Bedeutung der Stadt als Wissenschafts-, Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort hat in der Vergangenheit deutlich zugenommen.

Neben den bereits am Standort historisch gewachsenen Franckeschen Stiftungen und der über 500 Jahre alten Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg haben eine Vielzahl renommierter Forschungseinrichtungen sowie namhafter Institute ihren Sitz oder eine Niederlassung in der Saalestadt. Das Zentrum für Angewandte Medizinische und Humanbiologische Forschung (ZAMED), das Max-Planck-Institut, das Leibniz-Institut, die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft sowie das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind hier zu nennen.

Der Sitz der Nationalen Akademie der Wissenschaften "Leopoldina" in der Stadt Halle (Saale) ist ebenfalls ein Beleg für die Bedeutung als Wissenschaftsstandort.

Vor diesem Hintergrund ist der Anteil der Beschäftigten mit einem Hochschul- oder Fachhochschulabschluss in der Stadt Halle (Saale) besonders hoch. Dies ergab das Städteranking 2014 des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. In dieser Rubrik belegt die Stadt Halle (Saale) Rang 13 von 69 untersuchten kreisfreien Großstädten. Zwischen 2008 und 2013 konnte die Stadt unter allen Städten den größten Zuwachs verzeichnen.

In der Stadt Halle (Saale) studieren mehr als 20.000 Studenten. Auch wenn die Zahl der Studierenden im vergangenen Jahr seit 2007 erstmals zurückgegangen ist, stellen die Studierenden weiterhin eine wichtige Nachfragergruppe für die Gesellschaft dar. Die Gesellschaft arbeitet eng mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und dem Studentenwerk Halle zusammen.

Die Entwicklung der Stadt Halle (Saale) insgesamt drückt sich neben der hohen Zahl an Studierenden aber auch in einer positiven Bevölkerungsentwicklung und einem positiven Trend am Arbeitsmarkt aus.

In beiden Bereichen haben sich diese Entwicklungstendenzen im Jahr 2014 fortgesetzt. Dabei hat die Dynamik zugenommen. Während die Arbeitslosenquote Ende 2013 noch bei 11,5% lag, sank diese zum Ende des vierten Quartals 2014 auf 11%. Dieser Rückgang entspricht in etwa dem der vorangegangenen drei Jahre insgesamt.

Auch die aktuelle Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle (Saale) wirkt sich positiv auf die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft aus. Das Land Sachsen-Anhalt und die Stadt Halle (Saale) zeigen hier in den letzten Jahren unterschiedliche Entwicklungstendenzen. Beim Land Sachsen-Anhalt hält der langfristige Trend des Einwohnerrückgangs an. Von 2009 bis 2013 hat Sachsen-Anhalt fast 5% seiner Einwohner verloren.

Die Stadt Halle (Saale) hingegen kann im fünften Jahr in Folge einen Einwohnerzuwachs verzeichnen. Seit 2009 wuchs die Bevölkerung um ca. 1,4%. Im Jahr 2014 fiel der Einwohnerzuwachs deutlich höher aus als im Jahr zuvor, obwohl die Zahl der Studierenden zurückgegangen ist.

Nach einer von der Stadt Halle (Saale) in Auftrag gegebenen Bevölkerungsprognose wird entgegen der prognostizierten Entwicklungen im gesamten Bundesland die Bevölkerungszahl der Stadt bis zum Jahr 2030 weitgehend konstant bleiben.

Nach einer Phase des Schrumpfens ist der Wohnungsbestand in der Stadt Halle (Saale) in den letzten Jahren weitgehend stabil geblieben. Im Jahr 2014 ist dieser lediglich um etwas mehr als 300 Wohnungen zurückgegangen.

Diese Entwicklung zeigt sich auch bei den erteilten Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Wohngebäude. Die Anzahl hat im Jahr 2014 wieder leicht zugenommen, bleibt aber weiterhin auf sehr niedrigem Niveau.

In der Stadt Halle (Saale) standen Ende 2014 ca. 14.500 Wohnungen leer. Dies entspricht im Hinblick auf den gesamten Wohnungsbestand einem Leerstand von ca. 10,3%. Eine vollständige Normalisierung des Wohnungsmarktes ist damit noch nicht eingetreten.

Die stabile bzw. positive Bevölkerungsentwicklung und der im Rahmen des Stadumbaus erfolgte Marktbereinigungsprozess waren wesentliche Grundsteine dafür, dass sich die Wohnungsmarktlage in der Stadt Halle (Saale) in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. Die Mieten sind in den letzten Jahren gestiegen.

Zu diesem Ergebnis kommt auch eine von der Gesellschaft in Auftrag gegebene Mietenanalyse.

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Aufgrund eines verbesserten Marktumfelds hat sich die HWG mbH im Hinblick auf ihre Vermögens- und Ertragslage weiter positiv entwickelt. Dies zeigen die seit zwölf Jahren in Folge positiven Jahresergebnisse sowie das Wachstum von Vermögen und Bilanzsumme.

Von 2008 bis 2011 führte die HWG mbH ihre Gewinne im Wesentlichen als Vollausschüttung an ihren alleinigen Gesellschafter, die Stadt Halle (Saale), ab. Im Zeitraum von 2012 bis 2014 lag die Gewinnausschüttung mit jährlich 5 bis 6 Mio. EUR noch bei ca. 70% der Jahresergebnisse. In der mittelfristigen Planung der Gesellschaft ist weiterhin eine Gewinnabführung von 5 Mio. EUR jährlich vorgesehen.

In den innenstadtnahen, von positiver Bevölkerungsentwicklung geprägten Stadtteilen hat die Gesellschaft bereits in den vergangenen, aber auch für die nächsten Jahre ihren Investitionsschwerpunkt gesetzt. Die Gesellschaft profitiert mit ihrem diversifizierten Portfolio von den innerstädtischen Wanderungspräferenzen. Die Lagevorteile ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition.

Die Gesellschaft investiert auch in Stadtumbauquartieren. Dieser Teilmarkt hat sich durch Rückbau und Quartiersarbeit konsolidiert. Er bleibt bedeutsam für die Erfüllung des Gesellschaftsauftrages, die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung.

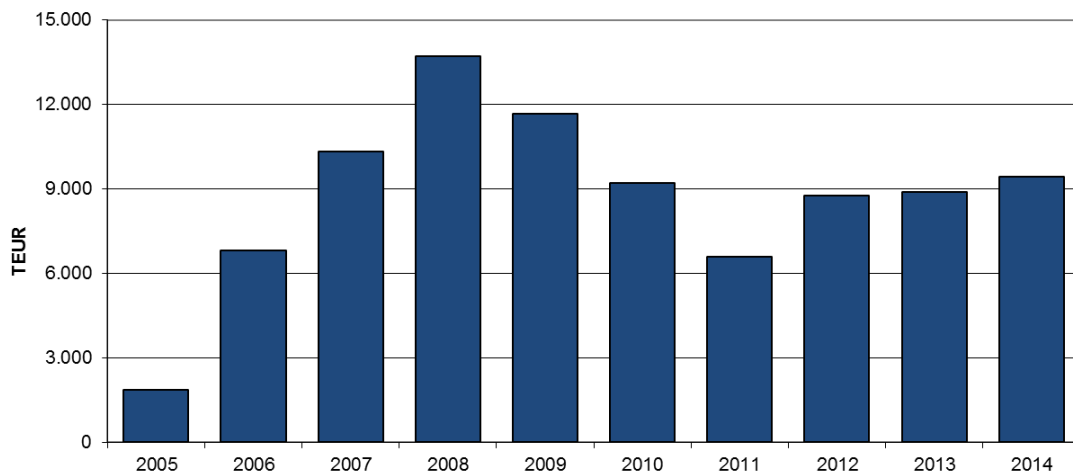
2.3 Geschäftsverlauf

Erwartungsgemäß hat sich der Geschäftsverlauf der HWG mbH und des Konzerns positiv entwickelt. Im Geschäftsjahr 2014 haben sowohl die Muttergesellschaft als auch der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet. In der Hausbewirtschaftung wurden die wichtigsten wirtschaftlichen Leistungsziele erreicht. Das Jahresbauprogramm wurde mit Überhängen in das Folgejahr umgesetzt.

Die erfolgreiche Entwicklung der Vorjahre konnte damit fortgesetzt werden.

In 2014 erwirtschaftete die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 9.448 (Vj. TEUR 8.900). Das Jahresergebnis fällt damit um zirka eine Million Euro höher aus als geplant.

Jahresergebnisse der HWG mbH



Das überplanmäßige Jahresergebnis resultiert aus einem Zuwachs bei den Umsatzerlösen. Außerdem haben höhere sonstige betriebliche Erträge positiv gewirkt.

Das Sachanlagevermögen der HWG mbH ist planmäßig auf 514 Mio. EUR (Vj. 506 Mio. EUR) gestiegen. Gleichzeitig nahmen die Verbindlichkeiten zu. Sie betragen zum Geschäftsjahresende 300 Mio. EUR (Vj. 296 Mio. EUR). Damit ist das Sachanlagevermögen stärker gewachsen als die Verbindlichkeiten.

Die Bilanzsumme der HWG mbH hat sich mit 569 Mio. EUR (Vj. 560 Mio. EUR) planmäßig entwickelt. Die Eigenkapitalquote (einschl. Sonderposten) blieb mit 46,4% gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit der Gesellschaft wird unabhängig davon weiterhin durch Gewinnausschüttungen an den Gesellschafter bestimmt. Erwartungsgemäß war im Geschäftsjahr 2014 eine Teilausschüttung von Gewinnen des Geschäftsjahres 2013 zu leisten. Diese fiel mit 5,0 Millionen Euro höher aus als geplant (Plan 3,4 Mio. EUR). Insbesondere durch Periodenverschiebungen bei Investitionsmaßnahmen konnten diese nicht geplanten Mehrausgaben kompensiert werden.

2.3.1 Hausbewirtschaftung

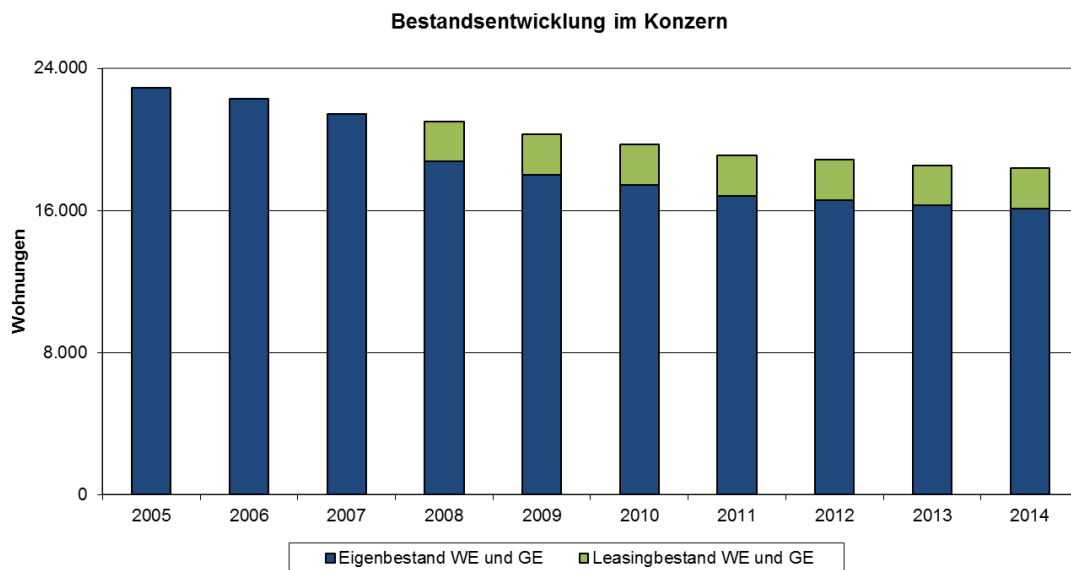
Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Sie ist organisatorisch der Haupt- bzw. Primärprozess. Alle anderen Prozesse sind als Unterstützungs- bzw. Sekundärprozesse zur Verbesserung der Hausbewirtschaftung zu betrachten.

Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den Leasingbeständen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Konzern bewirtschaftete eigene Bestand und Leasingbestand nachfrage- und nachhaltigkeitsorientiert durch Rückbau, Verkäufe und Sanierungen um weitere 178 Wohn- und Gewerbeeinheiten angepasst. Zum 31. Dezember 2014 verfügt der Konzern über 18.064 Wohneinheiten (Vj. 18.246) und 312 Gewerbeeinheiten (Vj. 308).

Damit ist die prognostizierte Bestandsentwicklung weitgehend eingetroffen. Geringfügige Abweichungen ergeben sich durch nicht realisierte Verkäufe. Hierbei handelt es sich jedoch nur um Periodenverschiebungen. Der Verkauf dieser Bestände ist weiterhin vorgesehen.

Diese Bestandsentwicklung steht im Einklang mit dem langfristig angestrebten Kernbestand der Gesellschaft von ca. 17.000 Wohnungen.

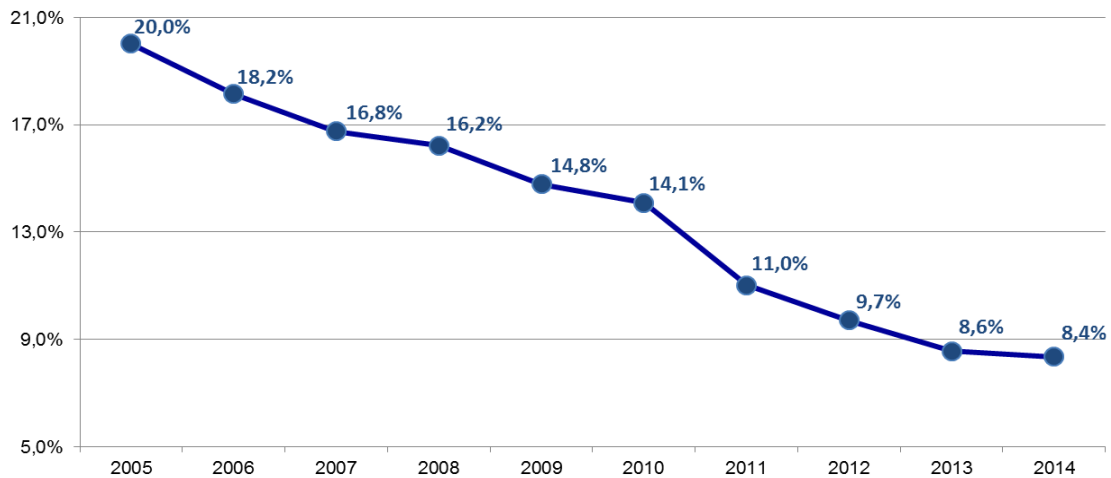


Der Leerstand in dem vom Konzern bewirtschafteten Bestand ist im Jahr 2014 um 0,2 Prozentpunkte auf 8,4% (Vj. 8,6%) gesunken und ist damit seit mehr als zehn Jahren rückläufig. Diese Leerstandssenkung wurde im Wesentlichen durch Neuvermietungen nach Investitionsmaßnahmen und durch Verkäufe erreicht.

Die Leerstandsquote liegt weiterhin deutlich unter dem Marktdurchschnitt in der Stadt Halle (Saale).

Im Bereich des vermietbaren Leerstandes konnte auch im Jahr 2014 eine deutliche Leerstandssenkung erreicht werden. Die Leerstandsquote in diesem Bereich liegt bei 5,1% (Vj. 6,3%). Dies spricht für die nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios der Gesellschaft in den vergangenen Jahren sowie die Steigerung der Servicequalität.

Leerstandsentwicklung Wohnungen einschließlich Leasingbestand



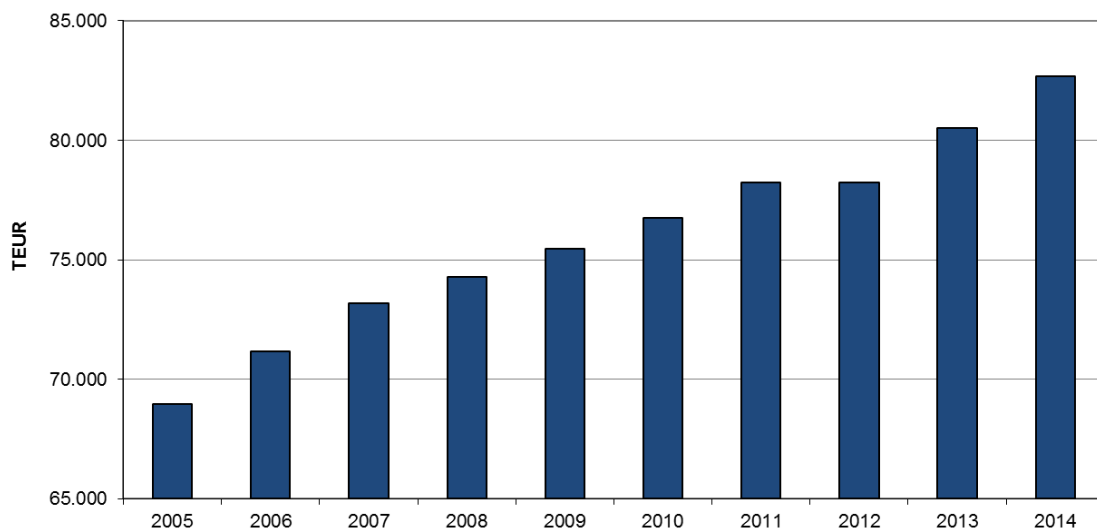
Das Verhältnis zwischen der Anzahl neu begründeter Mietverhältnisse und der Anzahl beendeter Mietverhältnisse wird mit der Anschlussvermietungsquote wiedergegeben. Diese lag im Jahr 2014 mit 96% (Vj. 97%) unter dem Vorjahreswert. Der Grund hierfür liegt in der nicht geplanten hohen Fluktuation durch mieterseitig gekündigte Mietverhältnisse bei Sanierungsmaßnahmen, welche im bewohnten Zustand durchgeführt werden.

Die Umsatzerlöse entfallen fast vollständig auf die Hausbewirtschaftung. Sie entwickeln sich seit Jahren trotz abnehmender Bestände mit steigender Tendenz.

Im Jahr 2014 nahmen die Umsätze aus der Hausbewirtschaftung mit TEUR 2.164 bzw. 2,7% zu. Der wesentliche Teil entfiel dabei auf die Umsätze aus Sollmieten. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 976 bzw. 1,6 % angestiegen. Aber auch die Umsatzerlöse aus Betriebskosten haben sich mit einem Zuwachs von TEUR 771 sowie die Leerstandsverluste mit einem Rückgang von TEUR 600 beachtlich entwickelt.

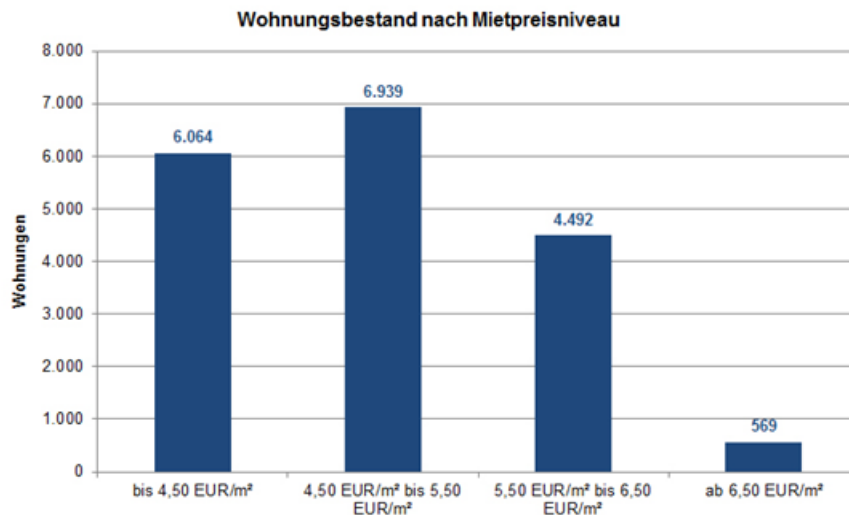
Die Erzielung von überplanmäßigen Mieten bei Neuvermietung im Rahmen der Investitionstätigkeit, zusätzliche Einnahmen durch Zukauf, geringere Mietausfälle durch Mietminderungen und nichtumlagefähige Betriebskosten sowie eine höhere Betriebskostenumlage haben zu über dem Plan liegenden Umsatzerlösen geführt.

Entwicklung der Umsatzerlöse Hausbewirtschaftung der HWG mbH



Die Umsatzerlöse werden überwiegend mit der Vermietung von Wohnraum erwirtschaftet. Somit haben sich auch die durchschnittlichen Sollmieten für Wohnungen positiv entwickelt. Sie betragen im Berichtsjahr 4,84 Euro/m² (Vj. 4,72 Euro/m²). Damit wurde die seit Jahren kontinuierlich steigende Tendenz fortgeführt. Hier zeigen sich die Effekte der Produktverbesserung und der Portfoliobereinigung, aber auch die konsequente Orientierung an positiven Teilmarktentwicklungen.

Mit diesen Mietpreisen erfüllt die Gesellschaft ihren Auftrag einer sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Dies zeigt sich insbesondere bei einer Aufteilung des Wohnungsbestandes nach Mietpreisniveau. Ein gutes Drittel des Wohnungsbestandes wird zu Mieten von weniger als 4,50 EUR/m² angeboten bzw. vermietet, mehr als 70% des Bestandes zu Mietpreisen bis maximal 5,50 EUR/m².



Der Erfolg zeigt sich aber nicht nur in den wirtschaftlichen Kennzahlen. Die Zielerreichung wird auch mittels Imageanalysen oder Mieterbefragungen belegt. Zu Beginn des Jahres 2014 wurde nach 2012 erneut eine Imageanalyse durchgeführt.

Die Auswertungen zeigen, dass die im Ergebnis der Imageanalyse 2012 eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Kundenorientierung Erfolge erzielen und maßgeblich zu einer Steigerung der Zufriedenheit der Mieter mit dem Service der Gesellschaft beitragen. Im deutschlandweiten Vergleich mit 40 Wohnungsunternehmen erzielte die Gesellschaft bei Mieterbefragungen deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse.

Bei einer ebenfalls im Jahr 2014 durchgeführten Analyse der Vermietungsleistungen erreichte die Gesellschaft bei nahezu 50 teilnehmenden Wohnungsunternehmen den ersten Platz.

2.3.2 Stadtumbau und Stadtentwicklung

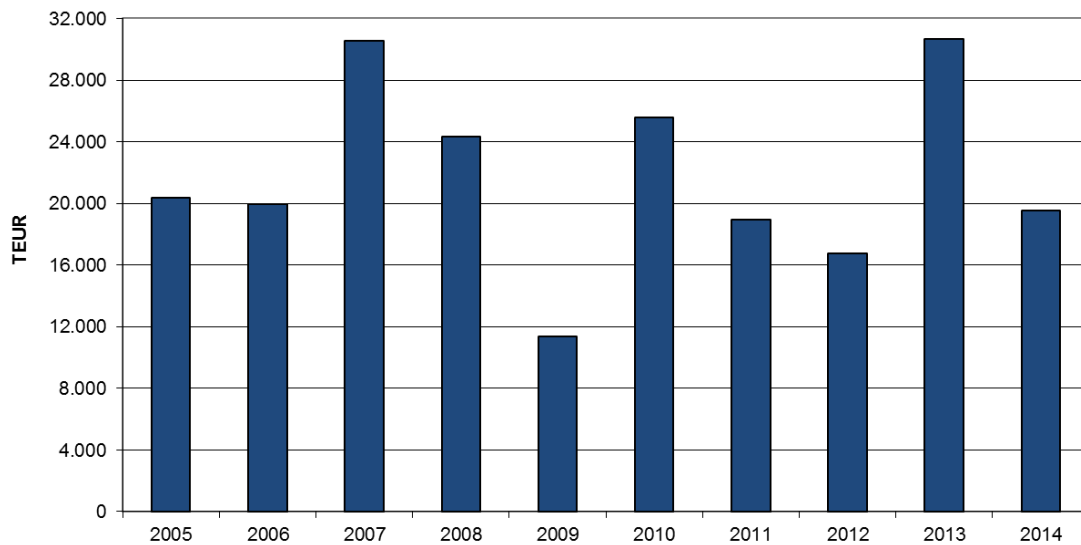
Bauinvestitionen

Zur Sicherung der Mieterzufriedenheit sowie zur Neukundengewinnung und damit auch zur Sicherung der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung und Sanierung von Beständen erforderlich. Diese Investitionstätigkeit bildet eine wesentliche Grundlage für die Stabilisierung der Hausbewirtschaftung (Kerngeschäft).

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2014 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 19.346 (Vj. TEUR 30.450) realisiert.

Diese Bautätigkeit umfasste ca. 680 Wohnungen in unterschiedlichsten Quartieren und Lagen in der Stadt Halle. Hierzu gehörten Projekte in der Altstadt, in der Südlichen Innenstadt, im Landrain, in der Südstadt und in der Silberhöhe. Die Umsetzung der Projekte erfolgte auch im bewohnten Zustand.

Bauinvestitionen im Konzern



Soweit im Jahresplan 2014 vorgesehen, wurden die Bauprojekte im vergangenen Geschäftsjahr abgeschlossen. Geplante jahresübergreifende Bauprojekte werden im Jahr 2015 fortgesetzt.

Der Baubeginn eines Investitionsprojektes mit ca. 50 Wohnungen in der Südstadt wurde im Interesse eines Umzugsmanagements, mit welchem möglichst viele Mieter im Bestand der Gesellschaft gehalten werden sollen, in das Jahr 2015 verschoben. Ein weiteres, in den vergangenen Jahren gewerblich genutztes Objekt, wird aufgrund veränderter Nutzungsüberlegungen erst in den Folgejahren saniert.

Vollständig sanierte Bestände sind unverändert marktgängig und nachgefragt. Geplante Miethöhen wurden überwiegend übertroffen.

Im Geschäftsjahr 2015 wird das Bauinvestitionsprogramm Maßnahmen im Wertumfang von ca. 29 Mio. Euro umfassen. Bauinvestitionen im Stadtkern (Plattenbauten) und im Landrain (Altbauten) bilden dabei den Schwerpunkt. Diese werden durch Investitionen in Blockbauten in der Südstadt sowie die energetische Ertüchtigung von Plattenbauten in Heide-Nord ergänzt.

Der Erwerb und die Herrichtung eines Objektes im Paulusviertel als Verwaltungsbau für die Stadt Halle gehört ebenfalls zum Investitionsprogramm.

Neben den Bautätigkeiten der HWG mbH plant die Tochtergesellschaft HGWS ein Sanierungs- und Neubauvorhaben im Paulusviertel. Dieses konnte im Jahr 2014 aufgrund der Widerspruchsverfahren zur Baugenehmigung nicht planmäßig umgesetzt werden. Die Ausführungsplanung wurde erst nach Beendigung der Widerspruchsverfahren in Auftrag gegeben, so dass sich der Baubeginn verschiebt. Für Anlagen im Bau der HGWS wurden im Konzern im Geschäftsjahr TEUR 189 aktiviert (Vj. TEUR 232).

Aufwendungen der Hausbewirtschaftung - Instandhaltung und Rückbau

Für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen hat die Muttergesellschaft HWG mbH für die eigenen und die Leasingbestände im Berichtsjahr TEUR 10.204 (Vj. TEUR 9.798) aufgewendet. Je Quadratmeter Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies 9,66 EUR (Vj. 9,16 EUR/m²). Das Instandhaltungsbudget wurde vollständig ausgeschöpft.

Die Schwerpunkte des Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramms lagen in systematischen Instandsetzungen und Instandhaltungen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung sowie der Qualitätssicherung des Bestandes. Für 2015 plant die Gesellschaft neben den Bauinvestitionen noch umfangreichere Instandhaltungen und Instandsetzungen in die Konzernbestände.

Die Rückbautätigkeit der Gesellschaft beschränkte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf zwei Plattenbaubestände im Stadtteil Heide-Nord sowie den Abschluss einer Rückbaumaßnahme im Stadtteil Südstadt. Insgesamt wurden damit planmäßig ca. 450 Wohnungen vom Markt genommen. Diese Maßnahmen stehen im Einklang mit dem integrierten Stadtentwicklungskonzept.

Insgesamt entstanden der Gesellschaft im Geschäftsjahr Rückbauaufwendungen in Höhe von TEUR 853 (Vj. 891). Diese Aufwendungen umfassen ausschließlich technische Rückbaukosten.

Bis Ende 2014 hat die Gesellschaft im Rahmen des Stadtumbaus insgesamt 4.381 (Vj. 3.931) Wohnungen vom Markt genommen. Damit hat sich die Gesellschaft überproportional am Stadtumbauprozess beteiligt.

Aufgrund der positiven Bevölkerungsentwicklung und der verbesserten Marktbedingungen plant die Gesellschaft für die Folgejahre keine Rückbaumaßnahmen.

Grundstücksverkehr

Im Geschäftsjahr 2014 wurden 16 Grundstücksverkaufsverträge über 15 Grundstücke mit Wohngebäuden und sechs unbebaute Grundstücksflächen abgeschlossen.

Verkauft wurden unrentable oder nicht zur Sanierung vorgesehene Objekte.

Zur Stärkung des Residualportfolios wurde durch die HWG mbH im Geschäftsjahr 2014 auch ein Ankauf realisiert. Zu Beginn des Geschäftsjahres übernahm die Gesellschaft den Besitz des direkt gegenüber dem eigenen Firmensitz gelegenen Wohnhauses Wilhelm-Külz-Straße 8.

2.3.3 Personal, Organisation

Zum 31. Dezember 2014 waren im Konzern 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt: 158 Bürokräfte, 42 Mitarbeiter/-innen im Regiebetrieb, 25 Hausmeister und 5 Auszubildende. Die Zahl der Beschäftigten hat sich damit zum Vorjahr nur unwesentlich verändert (Vj. 239 Mitarbeiter/-innen). Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG und die HGWS beschäftigten kein Personal.

Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Qualifiziertes, leistungsfähiges und auch motiviertes Personal ist Voraussetzung für ein erfolgreich am Markt agierendes Unternehmen. Vor diesen Hintergrund nimmt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Qualifizierung und Weiterentwicklung des Personals im Unternehmen einen hohen Stellenwert ein.

Das im Jahr 2013 beschlossene Personalentwicklungskonzept wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konsequent weiterverfolgt. Auf dieser Grundlage haben ca. 30 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Fort- oder Weiterbildungsmaßnahmen begonnen oder diese abgeschlossen. Außerdem wurden die jährlich stattfindenden Mitarbeitergespräche mit Hilfe eines Kompetenzmodells weiterentwickelt. Die Durchführung der Gespräche ist für das I. Quartal 2015 vorgesehen.

Seit dem Jahr 2012 ist die Gesellschaft für ihre familienorientierte Personalführung zertifiziert (Audit „Beruf und Familie“). Damit verbunden bleiben die Ziele, das Unternehmen noch mitarbeiter- und familienfreundlicher zu gestalten. Auch die Erhaltung und Förderung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist ein wesentliches Anliegen. In dieser Hinsicht wurden im Jahr 2014 wieder zahlreiche Maßnahmen durchgeführt.

Durch eine familienbewusste Personalpolitik verspricht sich die Gesellschaft eine hohe Arbeitszufriedenheit und somit eine weitere Steigerung der Motivation sowie eine langfristige Mitarbeiterbindung bzw. Wettbewerbsvorteile bei der Rekrutierung von Fachpersonal.

Der organisatorische Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst. Die Ergebnisse werden in einem Qualitätshandbuch festgehalten, welches laufend ergänzt und aktualisiert wird.

Im Jahr 2014 wurde insbesondere damit begonnen, das Profil der Abteilung Regiebetrieb zukunftsfähig weiterzuentwickeln und die organisatorischen Strukturen entsprechend anzupassen. Der Schwerpunkt liegt dabei in der perspektivischen Übernahme des technischen Gebäudemanagements.

Mit steigendem Modernisierungsgrad im Portfolio der Gesellschaft gewinnt die systematische Erhaltung von Gebäude und Gebäudetechnik immer mehr an Bedeutung. Die Überwachung des ordnungsgemäßen Zustandes der Bestandsgebäude und der Funktionstüchtigkeit der allgemeinen technischen Anlagen, die Beurteilung von Instandhaltungsbedarf sowie die systematische Instandhaltung zählen zu den wichtigsten Aufgaben der Abteilung.

Der Regiebetrieb entlastet damit die leistungswirtschaftlichen Bereiche der Abteilung Wohnungswirtschaft im Hinblick auf das Kerngeschäft, die Hausbewirtschaftung. Die Spezialisierung zwischen kaufmännischem und technischem Gebäudemanagement wird ausgebaut.

2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich zum 31. Dezember 2014 wie folgt dar:

Konzern	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen					
Anlagevermögen	583.947	94,2	577.027	93,8	6.920
Langfristige Forderungen	121	0,0	9	0	112
Vorräte	24.071	3,9	25.319	4,1	-1.248
Kurzfristige Forderungen	3.664	0,6	5.361	0,9	-1.697
Flüssige Mittel	7.294	1,2	6.372	1,0	922
Übrige Aktiva (RAP)	947	0,1	1.213	0,2	-266
Gesamtvermögen	620.044	100,0	615.301	100,0	4.743

Konzern	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Kapital					
Wirtschaftliches Eigenkapital*	246.879	39,8	244.531	39,7	2.348
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	319.531	51,6	320.341	52,1	-810
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	53.634	8,6	50.429	8,2	3.205
Gesamtkapital	620.044	100,0	615.301	100,0	4.743

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

HWG mbH	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen					
Anlagevermögen	516.324	90,8	507.758	90,7	8.566
Langfristige Forderungen	3.935	0,7	2.857	0,5	1.078
Vorräte	24.071	4,2	25.319	4,5	-1.248
Kurzfristige Forderungen	3.656	0,6	5.339	1,0	-1.683
Flüssige Mittel	7.095	1,3	6.278	1,1	817
Übrige Aktiva (RAP)	13.753	2,4	12.383	2,2	1.370
Gesamtvermögen	568.834	100,0	559.934	100,0	8.900

HWG mbH	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Kapital					
Wirtschaftliches Eigenkapital*	264.087	46,4	259.911	46,4	4.176
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	253.421	44,6	252.003	45,0	1.418
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	51.326	9,0	48.020	8,6	3.306
Gesamtkapital	568.834	100,0	559.934	100,0	8.900

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Bilanzsummen sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss haben sich erhöht. Die Eigenkapitalquoten sind stabil.

Die Vermögenslage im Jahres- und Konzernabschluss ist durch den hohen Anteil des Anlagevermögens gekennzeichnet. Es wird in seiner Entwicklung maßgeblich durch die Bauinvestitionen beeinflusst. Der Anstieg im Anlagevermögen fiel deshalb im Konzern geringer aus, da das Tochterunternehmen HWG KG keine Investitionstätigkeit hat.

Der Kernbestand wurde im Berichtszeitraum nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Rückbauobjekte der strategischen Planung wurden entsprechend ihrer Restnutzungsdauer abgeschrieben. Der Bodenwert der rückgebauten Grundstücke wurde nach dem physisch abgeschlossenen Rückbau unter Berücksichtigung der Nachnutzungskonzeption geprüft und abgewertet. Wie in den Vorjahren erfolgte auch im Geschäftsjahr 2014 im gesamten Portfolio der HWG mbH ein Abgleich der bilanzierten Bodenbuchwerte mit der Entwicklung der amtlichen Bodenrichtwerte. Im Kernbestand festgestellte Überschreitungen des Buchwertes über den Bodenrichtwert wurden als außerordentliche Abschreibungen bilanziert. Verkaufsobjekte des Folgejahres wurden zum Bilanzstichtag im Hinblick auf den geplanten Kaufpreis bewertet und – sofern erforderlich – abgeschrieben.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt TEUR 4.029 (Vj TEUR 4.188) auf Wohn- und Geschäftsbauten sowie auf Grundstücke gemäß § 253 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag wie folgt vorgenommen:

Konzern und HWG mbH	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
zum Rückbau vorgesehene Gebäude	522	817
nach dem Ertragswertverfahren	2.462	1.825
Bodenabwertung nach Rückbau	731	211
Bodenabwertung nach Prüfung Bodenrichtwert	231	407
Bodenabwertung Freiflächen	0	928
zum Verkauf vorgesehene Grundstücke und Gebäude	83	0
Gesamt	4.029	4.188

Demgegenüber erfolgten im Geschäftsjahr insgesamt Zuschreibungen im Kernbestand in Höhe von TEUR 2.307 (Vj. TEUR 3.436).

Konzern und HWG mbH	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
nach dem Ertragswertverfahren	1.683	2.930
Bodenzuschreibung nach Prüfung Bodenrichtwert/Entfall bisheriger Abschreibungsgründe Entfall bisheriger Abschreibungsgründe	624	506
Gesamt	2.307	3.436

Insgesamt ist das Ergebnis des Geschäftsjahres in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.722 (Vj. TEUR 752) negativ beeinflusst.

Die Erhöhung der Passivseite der Bilanz war im Geschäftsjahr sowohl im Konzern- als auch im Einzelabschluss vom Anstieg des Eigenkapitals durch den Jahresüberschuss und die teilweise Thesaurierung von Vorjahresgewinnen geprägt. Die Erhöhung des Eigenkapitals fällt im Konzern wegen des Unterschiedes im Jahresüberschuss im Vergleich zum Einzelunternehmen (siehe auch Ertragslage) geringer aus.

Der Anstieg bei den langfristigen Verbindlichkeiten fiel im Konzern geringer aus, da das Tochterunternehmen HWG KG keine neuen Fremdmittel aufnimmt.

Die Vermögenslage ist geordnet.

2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnungen geben Auskunft über die Finanzlage.

Konzern	2014 TEUR	2013 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	23.762	19.613	4.149
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-18.095	-33.737	15.642
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-4.745	6.370	-11.115
Zahlungswirksame Veränderungen	922	-7.754	8.676
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	6.372	14.126	-7.754
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	7.294	6.372	922

HWG mbH	2014 TEUR	2013 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	21.442	17.693	3.749
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-17.907	-33.503	15.596
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.718	8.069	-10.787
Zahlungswirksame Veränderungen	817	-7.741	8.558
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	6.278	14.019	-7.741
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	7.095	6.278	817

Der Finanzmittelbestand des Mutterunternehmens beträgt am 31. Dezember 2014 TEUR 7.095 (Vj. TEUR 6.278).

Der **Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit** im Konzernabschluss hat sich im Vorjahresvergleich erhöht (TEUR 23.762; Vj. TEUR 19.613). Wesentlich waren im Vorjahresvergleich der höhere Konzernjahresüberschuss, höhere Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens, Abnahme der Forderungen und höhere zahlungsunwirksame Aufwendungen. Gegenläufig wirkten höhere Gewinne aus Anlagenabgängen. Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit im Jahresabschluss der HWG mbH hat sich ebenfalls erhöht (TEUR 21.442; Vj. TEUR 17.693). Wesentlich sind auch hier die für den Konzern genannten Gründe.

Der **Cash Flow aus der Investitionstätigkeit** im Konzernabschluss hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht (TEUR -18.095; Vj. TEUR -33.737). Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der Verminderung der Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen. Diesbezüglich wird auch auf die Ausführungen zu den Bauinvestitionen unter 2.3.2 verwiesen.

Der **Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit** im Konzernabschluss verringerte sich (TEUR -4.745; Vj. TEUR 6.370). Dazu führten im Wesentlichen geringere Kreditmittelabrufe einerseits (TEUR 16.414; Vj. TEUR 32.739) und verminderte Gewinnausschüttungen andererseits (TEUR 5.000; Vj. TEUR 12.000). Auch im Einzelabschluss wird der Cash Flow der Finanzierungstätigkeit verringert (TEUR -2.718; Vj. TEUR 8.069). Der im Vergleich zum Konzern höhere Wert resultiert aus der hier nicht erforderlichen Tilgung für die Darlehen der Leasingbestände in Höhe von TEUR 2.328 (Vj. TEUR 2.049). Andererseits wirkten die Auszahlungen an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 300 (Vj. TEUR 350) negativ auf den Cash Flow im Einzelabschluss.

Liquidität und Effektivverschuldung stellen sich wie folgt dar:

Konzern	31.12.2014	31.12.2013
Liquidität 1. Grades*	13,6%	12,6%
Liquidität 2. Grades*	20,4%	23,3%
Effektivverschuldung in TEUR*	361.140	357.815

* Liquidität 1. Grades = flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten

* Liquidität 2. Grades = flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten

* Effektivverschuldung = Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstiger Vermögensgegenstände + ARAP

HWG mbH	31.12.2014	31.12.2013
Liquidität 1. Grades*	13,8%	13,1%
Liquidität 2. Grades*	20,9%	24,2%
Effektivverschuldung in TEUR*	276.308	273.166

* Liquidität 1. Grades = flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten

* Liquidität 2. Grades = flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten

* Effektivverschuldung = Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstiger Vermögensgegenstände + ARAP

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten betrug TEUR 267.117 (Vj. TEUR 264.236). Die Gesellschaft arbeitet mit 11 Kreditpartnern – darunter mit drei Landesbanken sowie der Investitionsbank Sachsen-Anhalt und regionalen Kreditinstituten – zusammen. Wo immer möglich und sinnvoll, finden die KfW-Förderprogramme Anwendung.

Die Erhöhung der Kreditverbindlichkeiten im Mutterunternehmen bewirkte lediglich eine Zunahme der Tilgungsaufwendungen (TEUR 13.532; Vj. TEUR 12.394). Die Zinsaufwendungen konnten durch gezieltes Darlehensmanagement gesenkt werden (TEUR 9.665; Vj. TEUR 10.610).

Für die von der HWG mbH zur Prolongation vorgesehenen Darlehen konnten günstige Anschlusskonditionen vereinbart werden. Die Gesellschaft begrenzt Zinsänderungsrisiken durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (Zinsswaps).

Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut fristenkongruente Mitfinanzierungen für ihre Investitionsvorhaben im Anlagevermögen einwerben und dabei günstige Kapitalmarktbedingungen nutzen. Freie Beleihungsräume insbesondere durch die Tilgung bestehender Darlehen ermöglichen der Gesellschaft Restrukturierungen im Darlehensportfolio in Verbindung mit Neuausreichungen. Auf der Grundlage einer Rollover-Vereinbarung mit Zinssicherung erfolgt bis 2015 die stufenweise Restrukturierung des Kredit- und Beleihungsportfolios der Hypothekenbank Frankfurt.

Darlehen in Höhe von TEUR 21.129 (Vj. TEUR 2.576) waren zum Berichtsstichtag vertraglich gesichert und sind noch nicht abgerufen worden. Darüber hinaus waren Darlehen in Höhe TEUR 1.572 mündlich zugesagt. Die vertragliche Fixierung ist zur flexibleren Steuerung der Mittelabrufe erst für 2015 vorgesehen.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug TEUR 5.000 (Vj. TEUR 4.990). Sie wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen. Verfügungsbeschränkungen bestehen bis 30. Juni 2015 in der Verpfändung von Termingeldern als Alternative zur dinglichen Sicherung (zum Berichtsstichtag TEUR 1.100; Vj. TEUR 1.525). Liquide Mittel in Höhe von TEUR 101 (Vj. TEUR 101) betreffen Verkaufserlöse, die bis zur endgültigen Klärung vermögensrechtlicher Angelegenheiten auf Sperrkonten liegen.

Die HWG mbH war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

2.4.3 Ertragslage

Die Ertragslage zeigen folgende Übersichten:

Konzern	2014		2013		Ergebnisveränderung
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	82.698	99,8	80.543	96,5	2.155
Bestandsveränderung	-1.224	-1,5	757	0,9	-1.981
Eigenleistung	1.434	1,7	2.134	2,6	-700
Gesamtleistung	82.908	100,0	83.434	100,0	-526
Materialaufwand	35.704	43,1	36.473	43,7	-769
Personalaufwand	12.480	15,0	12.203	14,6	277
Abschreibungen	11.429	13,8	10.819	13,0	610
Sonstiger Betriebsaufwand	3.742	4,5	3.163	3,8	579
./. übrige betriebliche Erträge	-2.692	-3,2	-899	-1,1	-1.793
Steuern (ohne Ertragssteuern)	8	0,0	7	0,0	1
Betrieblicher Aufwand	60.671	73,2	61.766	74,0	-1.095
Betriebsergebnis	22.237	26,8	21.668	26,0	569
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-13.737		-14.663		926
außerordentliches/ Bewertungsergebnis	-1.721		-912		-809
Neutrales Ergebnis	1.263		1.020		243
Ergebnis vor Ertragssteuern	<u>8.042</u>		<u>7.113</u>		<u>929</u>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	<u>423</u>		<u>251</u>		<u>172</u>
Jahresergebnis	<u>7.619</u>		<u>6.862</u>		<u>757</u>

HWG mbH	2014		2013		Ergebnisveränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	82.707	99,8	80.543	96,5	2.164
Bestandsveränderung	-1.224	-1,5	757	0,9	-1.981
Eigenleistung	1.434	1,7	2.134	2,6	-700
Gesamtleistung	82.917	100,0	83.434	100,0	-517
Materialaufwand	35.700	43,1	36.472	43,7	-772
Personalaufwand	12.480	15,0	12.203	14,6	277
Abschreibungen	9.894	11,9	9.257	11,1	637
Sonstiger Betriebsaufwand	7.446	9,0	6.880	8,3	566
./. übrige betriebliche Erträge	-2.683	-3,2	-895	-1,1	-1.788
Steuern (ohne Ertragssteuern)	5	0,0	5	0,0	0
Betrieblicher Aufwand	62.842	75,8	63.922	76,6	-1.080
Betriebsergebnis	20.075	24,2	19.512	23,4	563
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-9.733		-10.472		739
außerordentliches/ Bewertungsergebnis	-1.721		-912		-809
Neutrales Ergebnis	1.250		1.023		227
Ergebnis vor Ertragssteuern	<u>9.871</u>		<u>9.151</u>		<u>720</u>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	<u>423</u>		<u>251</u>		<u>172</u>
Jahresergebnis	<u>9.448</u>		<u>8.900</u>		<u>548</u>

Die Jahresüberschüsse haben sich im Jahres- und Konzernabschluss im Vorjahresvergleich erhöht. Ursächlich sind im Wesentlichen verbesserte Betriebs- und Finanzergebnisse. Der geringere Jahresüberschuss im Konzernabschluss ist auf die Konsolidierung mit den Tochterunternehmen zurück zu führen. Im Konzernabschluss ist der Zinsaufwand durch die Verbindlichkeiten der Tochtergesellschaft HWG KG höher als beim Jahresabschluss. Dies beeinflusst das Ergebnis des Konzerns negativ. Neutralisiert werden im Konzernabschluss die Leasingaufwendungen zwischen der HWG mbH und der HWG KG. Dieser Aufwand ist handelsrechtlich im Konzernabschluss nicht darzustellen. Zusammengefasst und bereinigt werden im Konzernabschluss die handelsrechtlich vorgeschriebenen planmäßigen Abschreibungen für die Objekte des Anlagevermögens. Die HWG mbH führt die Objekte für die Laufzeit des Mietvertrages nicht in ihrem Anlagevermögen und hat deshalb auch keinen Abschreibungsaufwand. Im Konzern werden die Objekte abgeschrieben und so behandelt, als hätten sie die HWG mbH nicht verlassen.

Die **Betriebsergebnisse** haben sich im Konzern- und im Jahresabschluss in erster Linie durch den Anstieg der **Umsatzerlöse** und der **Gewinne aus Grundstücksverkäufen** (TEUR 2.039, Vj. TEUR 280) verbessert. Der **Materialaufwand** setzt sich im Wesentlichen aus Aufwand für Betriebskosten (TEUR 24.944; Vj. TEUR 26.523, Konzern TEUR 24.948; Vj. TEUR 26.525) und Aufwand für Instandhaltung (TEUR 9.131; Vj. TEUR 8.157, Konzern TEUR 9.131; Vj. TEUR 8.156) sowie Rückbau (TEUR 853; Vj. TEUR 891, Konzern TEUR 853; Vj. TEUR 891) zusammen. Die Leistungen des eigenen Regiebetriebes finden sich im Personalaufwand und im sonstigen betrieblichen Aufwand. Im Geschäftsjahr wurde etwa ein Viertel der Instandhaltung durch den Regiebetrieb erbracht. Die anteilig höhere Fremdleistung wirkt sich erhöhend auf den Materialaufwand aus.

99,97% der **Umsatzerlöse** 2014 der HWG mbH stammen aus der Hausbewirtschaftung (Vj. 99,97%), im Konzern 99,98% (Vj. 99,97%).

Umsatzerlöse des Mutterunternehmens HWG mbH

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung konnten im Vergleich zum Vorjahr erneut gesteigert werden (2,7%, Vj. 2,9%). Im Geschäftsjahr resultiert die Steigerung etwa zu zwei Drittel aus Mieten und zu einem Drittel aus Betriebskosten, was auch dem Verhältnis der beiden Bestandteile an den Umsatzlösen der Hausbewirtschaftung insgesamt entspricht. Die Entwicklung der Mieten ist damit auch weiterhin die wesentliche Ursache für die stabile Entwicklung der Ertragslage.

Umsatzerlöse der Tochterunternehmen

Die Umsatzerlöse der HWG KG betreffen die Leasingrate, die die HWG mbH nach einer über 30 Jahre kalkulierten Laufzeit jährlich zahlt und dort im sonstigen betrieblichen Aufwand bilanziert. Im Konzernabschluss wird diese deshalb neutralisiert.

Die HGWS hatte im Geschäftsjahr keine Umsatzerlöse (Vj. 6, davon entfielen auf den Konzernabschluss auf Grund der Beteiligungsverhältnisse TEUR 3).

Der **Personalaufwand** erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen durch Tarifsteigerungen (2,4% zum 1.1.2014) sowie Höhergruppierungen.

Die Zunahme der **planmäßigen Abschreibungen** im Geschäftsjahr resultiert im Wesentlichen aus der Investitionstätigkeit.

Das **Beteiligungs- und Finanzergebnis** hat sich hauptsächlich durch die verminderten Zinsaufwendungen gegenüber Kreditinstituten verbessert (TEUR 10.053; Vj. TEUR 10.712, Konzern TEUR 14.456; Vj. TEUR 15.394).

Das **Bewertungsergebnis** ist im Konzern und im Einzelunternehmen gesunken, weil die außerplanmäßigen Abschreibungen die außerplanmäßigen Zuschreibungen überstiegen (siehe Vermögenslage).

Das **neutrale Ergebnis** beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen und Erträge, die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen sind oder periodenfremd sind. Dazu zählen auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 126; Vj. TEUR 77, Konzern TEUR 138; Vj. TEUR 77) und Erträge aus Wertschöpfungen für Gestattungen (TEUR 154; Vj. TEUR 0, Konzern TEUR 154; Vj. TEUR 0).

Die Ertragslage insgesamt ist überplanmäßig und wird damit als positiv eingeschätzt.

3. Nachhaltigkeitsbericht

Die vielfältigen Erwartungen und Ansprüche unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen (Stakeholder) an ein großes kommunales Wohnungsunternehmen sind hoch und stehen häufig auch in Konkurrenz zueinander.

So achtet der Gesellschafter auf die Beiträge der Gesellschaft zur Erfüllung städtebaulicher Ziele und zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes. Für andere Interessensgruppen, wie z. B. Mieter und Mitarbeiter, sind eher ökologische oder soziokulturelle Themen von Bedeutung.

Grundlage für eine dauerhaft erfolgreiche Unternehmensentwicklung ist deshalb, dass alle Nachhaltigkeitsthemen bei unternehmerischen Entscheidungen und unternehmerischem Handeln in einem angemessenen Verhältnis Berücksichtigung finden.

Ökonomie

Die Unternehmensstrategie ist entsprechend des Gesellschaftsvertrages auf eine langfristige Verwaltung von Mietwohnungen mit dem Ziel der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung ausgerichtet.

Eine nachfrageinduzierte Anpassung des Wohnungsbestandes der Gesellschaft und damit des Wohnungsangebotes für die nachfragende Bevölkerung durch Modernisierung, aber auch durch zielgerichtete An- und Verkäufe zur Portfoliooptimierung, ist Voraussetzung für ein nachhaltiges Geschäftsmodell.

Die zunehmend alternde Bevölkerung entwickelt andere Vorstellungen und andere Anforderungen an Wohnstandort und Wohnqualität. Der Bedarf an altengerechtem Wohnraum wächst. Neben dem demografischen Wandel wird die Wohnungsnachfrage aber auch immer mehr durch das Wissen um ökologische Zusammenhänge und die umweltbewusste Einstellung zum Klimawandel beeinflusst.

Die Gesellschaft richtet ihr jährliches Investitionsprogramm unter anderem daran aus. Investiert wird dabei unter Berücksichtigung von städtebaulichen Aspekten vorrangig an Standorten, an denen eine langfristig stabile Wohnungsnachfrage erwartet wird. Mit diesen Maßnahmen werden der Wert des Immobilienbestandes der Gesellschaft und damit der Wert des Anlagevermögens gesteigert. Bei den Beständen, bei denen im jeweiligen Jahr keine Maßnahmen zur Verbesserung erfolgen, wird die Bauqualität der Immobilien durch eine systematische Instandhaltung gesichert.

Wohnen ist in der heutigen Zeit nicht nur ein rein wirtschaftliches Gut. Es geht auch um das Miteinander Leben unterschiedlicher sozialer Gruppen in einem Quartier. Die Gesellschaft setzt vor diesem Hintergrund verstärkt auf ein Quartiers- und Sozialmanagement und arbeitet dabei mit einer Vielzahl von Vereinen und Verbänden sowie der Stadt Halle (Saale) zusammen.

Ökologie

Mit den unternehmerischen Entscheidungen der Gesellschaft werden gleichzeitig auch die Rahmenbedingungen für die Energieverbräuche und sonstigen Ressourcennutzungen der Mieter innerhalb ihrer Wohnung festgelegt. Unternehmerisch nachhaltig handeln bedeutet deshalb auch, bei allen Entscheidungen und bei allem Handeln Überlegungen zum Schutz der Umwelt und zum sorgfältigen Umgang mit Ressourcen mit einzubeziehen.

Im Rahmen der Vorbereitung von investiven Maßnahmen erstellt die Gesellschaft deshalb für jedes Quartier / jede Immobilie ein individuelles Energiekonzept, welches unter Berücksichtigung einer Kosten-, Ressourcen- und Nutzenabwägung zu einem reduzierten Energiebedarf der jeweiligen Immobilie führen soll. Der reduzierte Energiebedarf schützt zum einen die Umwelt und senkt zudem in der Folge die Wohnnebenkosten.

Zu allen investiven Maßnahmen aus dem jährlichen Investitionsprogramm der Gesellschaft gehört auch eine energetische Ertüchtigung der Immobilien. Seit 2012 setzt die Gesellschaft hierfür auch Anlagen zur Gewinnung / Nutzung regenerativer Energien ein. Dieser Weg wurde mit der Umsetzung des Investitionsprogramms 2014 fortgesetzt.

Soziales

Die Gesellschaft fühlt sich der Stadt Halle (Saale) und ihren Bürgerinnen und Bürgern im besonderen Maße verbunden und verpflichtet. Im Mittelpunkt steht die Absicherung einer sozial verantwortbaren Wohnraumversorgung für breite Bevölkerungsschichten. Im Selbstverständnis der Gesellschaft geht diese Aufgabe aber über die wirtschaftliche Perspektive hinaus.

Als größter Vermieter Halles hat die Gesellschaft ein Interesse, die Wahrnehmung und das Erscheinungsbild der Stadt nach innen und außen positiv mitzugestalten. Vereine und gemeinnützige Institutionen sind wichtige Akteure hierbei. Der Gesellschaft ist bewusst, dass ein positives Stadtimage und attraktive Quartiere wichtige Mosaiksteine für den eigenen wirtschaftlichen Erfolg sind.

Die Gesellschaft engagiert sich daher seit vielen Jahren in Form von Sponsorings oder Spenden – so auch im Jahr 2014. Neben eigenen Aktivitäten wie dem Nachbarschaftstreff und den zahlreichen Mieterfesten in den eigenen Quartieren unterstützte die Gesellschaft Vereine und gemeinnützige Institutionen aus dem sozial-gesellschaftlichen Bereich, aus der weitläufigen städtischen Kulturlandschaft sowie aus dem Amateursport.

So unterstützte die Gesellschaft beispielsweise eine Begegnungsstätte und leistete damit einen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben im Stadtteil Silberhöhe. Auch engagierte sich die Gesellschaft bei der Errichtung des ersten Kreativkindergartens in Halle (Saale).

Darüber hinaus profitierten neben zahlreichen Vereinen zwei große Sonderausstellungen des Kunstmuseums Moritzburg, einem der bedeutendsten Kunstorte der Stadt Halle (Saale), das Projekt „Herzkissen“ für Brustkrebserkrankte, die freie Theaterszene, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Pro Handicap Halle (Saale) e. V., der VfL Halle 96 e. V. und viele andere vom Engagement der Gesellschaft.

4. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr ihr Risikomanagementsystem zur Risikoidentifikation, -bewertung, -überwachung und -steuerung überarbeitet. Neben der Überwachung von Risiken mit kurzfristigen Auswirkungen wird nun auch mehr Augenmerk auf eine Bewertung von mittel- bis langfristigen Auswirkungen gelegt.

Typische Risiken der Geschäftstätigkeit mit kurzfristigen Auswirkungen werden quantifiziert. Dazu gehören die Mieterträge, die Baukosten sowie die Liquidität. Abgeleitet aus der Jahresplanung werden Messgrößen und Schwellenwerte definiert. Eine Über- oder Unterschreitung der Schwellenwerte führt zur Auswertung sowie Beschlussfassung von Steuerungsmaßnahmen im Geschäftsjahr.

Die Auswirkung dieser Risiken auf die Vermögens- Finanz und Ertragslage wird durch die ständige Beobachtung, Steuerung und Berücksichtigung in operativen Planungen und deren Fortschreibungen als gering eingeschätzt.

Risiken mit mittel- bis langfristiger Eintrittswahrscheinlichkeit bzw. mit hohem Schadenspotential werden unter Berücksichtigung entsprechender Maßnahmen über die strategischen Planungen nach der Nettomethode gesteuert und bewertet.

Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe werden in den Planungen verarbeitet, so dass die Auswirkung dieser Risiken auf die Vermögens- Finanz und Ertragslage durch die vorbeugenden Planungen als gut steuerbar eingeschätzt wird.

Die Bauinvestitionen nehmen eine besondere Stellung innerhalb der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ein. Sie führen mit der damit einhergehenden Bestandsqualifizierung zu zukünftigen Mietensteigerungen. Die Einhaltung der Rentabilitäts- und Liquiditätskriterien der Baumaßnahmen ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionstätigkeit. Zur Steuerung des Investitionsrisikos hat die Gesellschaft ein separates Investitionscontrolling.

Das Baukostenrisiko ist nur für die HWG mbH und die HGWS relevant. Die HWG KG tätigt selbst keine Investitionen.

Ein Mietertragsrisiko besteht beispielsweise trotz verbesserter Wohnungsmarktlage im weiterhin bestehenden strukturellen Leerstand. Durch den Konkurrenzdruck und den Verteilungswettbewerb um den vorhandenen Mieterbestand besteht grundsätzlich die Gefahr eines steigenden Leerstandes. Mieterlöse würden sinken, Leerstandskosten steigen. Dem hat die Gesellschaft bereits in der Vergangenheit durch die ständige Verbesserung der Servicequalität und der Portfolioqualität entgegen gewirkt. Nach Umsetzung der Projektentwicklung im Paulusviertel durch die HGWS ist das Mietertragsrisiko auch für dieses zum Konzern gehörende Unternehmen relevant. Bei der HWG KG umfasst die Haupteinnahmequelle die Leasingrate, weshalb die HWG KG nur bedingt bzw. indirekt von diesem Risiko betroffen ist. Die Risiken sind von der Muttergesellschaft zu tragen.

Die Kapitalkosten stellen eine große Ausgabenposition bei der laufenden Bewirtschaftung finanzieller Bestände dar. Die Höhe der Kapitalkosten ist in der Regel nicht über die gesamte Laufzeit der Finanzierung vertraglich fixiert. Somit ergibt sich ein Zinsänderungsrisiko.

Das Zinsänderungsrisiko besteht derzeit ausschließlich für die HWG mbH. Die HGWS hat bisher keine Fremdmittel aufgenommen. Das Zinsänderungsrisiko der Finanzierungsverträge bei der HWG KG wird von der HWG mbH im Rahmen der zu zahlenden Leasingrate getragen.

Bei dem sich aus bestehenden vertraglichen Verpflichtungen zu Finanzierungsverträgen ergebenden Prolongationsbedarf ergeben sich keine Risikospitzen. Darüber hinaus wird eine steigende Zinsentwicklung bei den Planungen und den Investitionsentscheidungen der Gesellschaft berücksichtigt.

Um dem Personalentwicklungsrisiko entgegen zu wirken, hat die Gesellschaft im Jahr 2013 ein Personalentwicklungskonzept beschlossen.

Bei der Grundlagensoftware für das Kerngeschäft ist mit Ablauf des Jahres 2017 ein Systemwechsel erforderlich. Bereits ab dem Jahr 2015 werden diesbezüglich vorbereitende Maßnahmen eingeleitet, damit im Jahr 2016 die erforderlichen Entscheidungen getroffen werden können.

Verbleibende Restrisiken bei Mieterträgen, Zinsänderungen und Baukosten hat die Gesellschaft über die Nettomethode hinaus nicht konkret quantifiziert. Die zusätzlichen vorbeugenden Maßnahmen neben der Planung werden als ausreichend eingeschätzt. Dazu gehören eine leistungsfähige Organisation des Vermietungsprozesses, die ständige Verbesserung der Servicequalität, systematische Instandhaltungen zum Vermögenserhalt und die Vereinbarung langjähriger Zinsbindungen. Das Schadenspotential der Restrisiken ist grundsätzlich als hoch zu bewerten, während die Eintrittswahrscheinlichkeit eher als gering eingeschätzt wird.

Bei Abweichung von diesen Annahmen würden sich Schäden zuerst auf die Finanz- und Ertragslage auswirken. Damit könnte eine Verminderung der Ausschüttungsfähigkeit der Gesellschaft verbunden sein.

Aus der Anwendung der Nettomethode ergeben sich dabei gleichermaßen Chancen. Entwickeln sich die Annahmen positiver als ursprünglich geplant, hat dies positive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit. Diese können wiederum zum Ausgleich negativer Entwicklungen genutzt werden.

Die Geschäftstätigkeit der HGWS beschränkt sich derzeit auf die Entwicklung eines Areals im Paulusviertel. Die Entwicklung der HGWS ist somit im Wesentlichen vom Fortgang dieser Projektentwicklung abhängig. Alle zur Einleitung der Bauphase erforderlichen Beschlüsse sind für das II. Quartal 2015 vorgesehen. Im Anschluss sollen die notwendigen Bewirtschaftungs-, Bau- und Finanzierungsverträge abgeschlossen werden. Bereits im April 2015 soll mit der Umsetzung weiterer bauvorbereitender Maßnahmen begonnen werden. Auch für weitere erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich so zum Beispiel aus den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen des Gesellschafters ergeben. Projektentwicklungen im Gesellschafterinteresse sind in den Planungen verarbeitet. Restrisiken im Hinblick auf Mieterträge und Leerstand sind nicht auszuschließen. Auch aus der Dynamik von Energie- und Baukostenentwicklungen sowie knapperen Ressourcen bei Zuschüssen und Fördermitteln können zukünftig Risiken erwachsen. Zukünftige Anforderungen von Gesetzgeberseite können nur bedingt durch Planungen vorhergesehen werden. Aktuell werden die Auswirkungen von notwendigen Brandschutzertüchtigungen von hochgeschossigen Gebäuden untersucht und geplant. Die Folgen für die Finanz- und Ertragslage werden in den Planfortschreibungen berücksichtigt.

Die Gesellschaft beobachtet über ihre Abteilungen Unternehmensentwicklung/Zentrale Dienste und Unternehmensfinanzierung/Auftrags- und Vergabewesen die Entwicklung der Risiken und berücksichtigt diese in ihrer Geschäftstätigkeit. Investitionsentscheidungen werden so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig dauerhaft größtmögliche Erträge erzielen lassen.

Der Sanierungsrückstand im Portfolio stellt sich dabei auch als Wettbewerbsvorteil dar. Die Gesellschaft hat im Gegensatz zu den anderen wohnungswirtschaftlichen Marktteilnehmern die Chance, die Investitionen zu einem Zeitpunkt mit historisch günstigen Zinsen zu tätigen. Zudem kann in einem von Anspruchsänderungen geprägten Markt der eigene Immobilienbestand an die neuesten technischen, insbesondere energetischen Standards sowie die derzeitigen und zukünftigen zielgruppenspezifischen Anforderungen an Wohnraum angepasst werden. Das ohnehin lagebegünstigte Portfolio der Gesellschaft hebt sich somit vom Wettbewerb ab. Die Nachfrage nach Wohnraum der Gesellschaft kann gesteigert werden.

Eine weitere wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg ist das Portfolio der Gesellschaft. Hier profitiert die Gesellschaft bei den Veränderungen am halleschen Immobilienmarkt von den sich zunehmend zeigenden Entwicklungsunterschieden zwischen den einzelnen Stadtteilen. Innenstadtnahe Stadtteile weisen eine gleichbleibende bis positive Bevölkerungsentwicklung auf. Hier hat die Gesellschaft investiert.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig für den Konzern und die HWG mbH keine bestandsgefährdenden Risiken.

5. Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im November 2014 den Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan der HWG mbH für das Jahr 2015 beschlossen. Die Ausrichtung der Gesellschaft zielt demnach weiterhin auf eine Qualifizierung und Mehrung des Vermögens durch Investition einschließlich Ankauf bei gleichzeitigem Verkauf nicht betriebsnotwendigen Vermögens.

Zu diesem Zweck ist vorgesehen, dass ca. 550 Wohnungen durch Investitionen Wertverbesserungen erfahren. Dabei stehen eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung sowie energetische Verbesserungen im Vordergrund. Jahresübergreifende Investitionsmaßnahmen sollen planmäßig fertig gestellt werden.

Das Investitionsprogramm des Jahres 2015 wird auch von Projektentwicklungsmaßnahmen geprägt sein. Dies umfasst insbesondere den Beginn der Planungen für Neubau- und Umnutzungsmaßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Wohn- und Verwaltungsstandorten.

Das Instandhaltungsbudget für die HWG mbH und den Konzern ist mit mehr als 11 Mio. Euro erneut hoch dotiert. Dies ermöglicht eine auf Vermögenssicherung und hohe Vermietungszahlen ausgerichtete Bestandsbewirtschaftung. Rückbauaktivitäten sind nicht beabsichtigt. Verkäufe zur Portfoliobereinigung sind im Jahr 2015 geplant. Für den Erwerb von Immobilien wurden in der Planung erneut Mittel bereitgestellt.

Damit wird die grundlegende strategische Ausrichtung der Gesellschaft weiter umgesetzt. Der Wohnungsbestand der Gesellschaft wird sich auf ca. 17.900 Wohnungen reduzieren.

Hauptziel für das Folgejahr ist die weitere Stärkung der Erfolgsfaktoren des Kerngeschäftes Hausbewirtschaftung. Leerstandsabbau, Steigerung der Umsatzerlöse und der Durchschnittsmieten, Vollausschöpfung des erneut hoch dotierten Instandhaltungsbudgets, service- und zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung und Ausbau der Vermietungserfolge sind die wichtigsten Leistungsaspekte im Kerngeschäft.

Die Realisierung des Investitionsprogramms sowie die zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung werden einen Leerstandsabbau bewirken. Zum Ende des Jahres 2015 wird eine Leerstandsquote von ca. 7,5% angestrebt. Die leistungsstarke Organisation der Gesellschaft wird somit trotz einer Verminderung der Wohnungsbestände zu einer weiteren Steigerung der Umsatzerlöse, insbesondere auch der Nettokaltmieten nach Abzug von Erlösschmälerungen, führen.

Demnach wird auch für das Folgejahr mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Die Geschäftsführung erwartet einen leicht steigenden Umsatz aus der Hausbewirtschaftung sowohl bei der HWG mbH als auch beim Konzern und einen stabilen Jahresüberschuss. Geplant sind Jahresüberschüsse von ca. 8,6 Mio. Euro (HWG mbH) bzw. ca. 6,9 Mio. Euro (Konzern). Aufgrund der Ergebnisse aus dem Jahr 2014 geht die Geschäftsführung von einer anteiligen Gewinnabführung in Höhe von fünf Millionen Euro aus.

Mit Abschluss der geplanten Investitionen werden sich auch das Anlagevermögen und die Verbindlichkeiten erhöht haben. Das Anlagevermögen wird im Jahr 2015 jedoch absolut mehr zunehmen als die Verbindlichkeiten. Die Eigenkapitalquote sinkt leicht, bleibt aber weiterhin im branchenüblichen Rahmen.

Auch für den Folgezeitraum geht die Geschäftsführung von einer konstant positiven Weiterentwicklung der Gesellschaft mit steigenden Umsätzen und entsprechenden Jahresüberschüssen aus. Dabei wird die Entwicklungsgeschwindigkeit weiterhin von den Gewinnausschüttungserwartungen der Gesellschafterin sowie von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche die Gesellschafterin der Gesellschaft überträgt.

6. Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns auswirken, haben sich bis zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

7. Sonstiges

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Einzelabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,90
Christian Zeigermann	0	0,05
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Schlereth, Halle (Saale)) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Dr. Wahlen, Heinrich	
Floth, Christian	(seit 08.01.2014)
Goldbrunner, Christian	
Heumann, Florian	
Kober, Peter	
Murmann, Klaus	(bis 27.01.2014)
Pütz, Helmut	(bis 27.01.2014)
Soethe, Robert	
Zeigermann, Christian	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	72.151	100	73.513	100	74.874	100	-1.362	-2
Umlaufvermögen	13	0	17	0	15	0	-4	-24

Bilanzsumme	72.164	100	73.530	100	74.889	100	-1.366	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	10	0	10	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	72.154	100	73.520	100	74.879	100	-1.366	-2

Bilanzsumme	72.164	100	73.530	100	74.889	100	-1.366	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.465	5.651	5.859
sonstige betriebliche Erträge	10	10	6
Abschreibungen	1.361	1.361	1.361
sonstige betriebliche Aufwendungen	109	109	105
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	398	491	1.019
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.403	4.682	5.418
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
sonstige Steuern		0	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.361	1.361	1.361	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,01	0,01	0,01	%
Fremdkapitalquote:	99,99	99,99	99,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 13 50,96
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13 49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- a) die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- b) die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- c) Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Schmieder, Ulf-Marten (seit 01.01.2014) Noll, Sabine
--------------------------	--

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

c) Beteiligungen

unmittelbar

BMD GmbH

T€	%
2	2,98

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.164	67	8.258	76	9.743	86	-1.094	-13
Umlaufvermögen	3.494	33	2.672	24	1.554	14	822	31
Rechnungsabgrenzungsposten			7	0			-7	-100
Bilanzsumme	10.658	100	10.937	100	11.297	100	-279	-3

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.644	62	6.561	60	6.463	57	83	1
Sonderposten für Investitionszulagen	3.566	34	4.005	37	4.443	39	-439	-11
Rückstellungen	200	2	209	2	144	1	-9	-4
Verbindlichkeiten	248	2	162	1	247	3	86	53
Bilanzsumme	10.658	100	10.937	100	11.297	100	-279	-3

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.810	1.761	1.736
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-20	60	-27
sonstige betriebliche Erträge	35	24	12
Personalaufwand	54	49	55
Abschreibungen	156	143	141
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.513	1.537	1.472
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	17	27
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	112	133	80
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29	35	19
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	83	98	61
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	83	98	61
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,57	5,54	3,52	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,26	1,49	0,95	%
Cash-Flow:	239	241	202	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	912	923	860	T€
Personalaufwandsquote:	2,97	2,66	3,19	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	67,19	70,91	72,94	%
Eigenkapitalquote:	62,33	59,99	57,21	%
Fremdkapitalquote:	37,67	40,01	42,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m ²
Auslastung	99,08	99,80	100,00	%

e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
 - A.1 Gegenstand des Unternehmens
 - A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden
 - A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation
- B. Wirtschaftsbericht
 - B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 - B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr
 - B.3 Lage
 - B.3.1 Ertragslage
 - B.3.2 Finanzlage
 - B.3.3 Vermögenslage
 - B.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
- C. Nachtragsbericht
- D. Prognosebericht
- E. Chancen- und Risikobericht
 - E.1 Chancenbericht
 - E.2 Risikobericht
 - E.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Bio-Zentrum Halle GmbH (im Folgenden auch als Gesellschaft bezeichnet) ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte zwischen der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten (An-Institut der Martin-Luther-Universität) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark weinberg campus in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zu Max-Planck-, Fraunhofer-, Leibniz-, und Helmholtz Instituten/Zentren, erwarb die Bio-Zentrum Halle GmbH schrittweise 16.681 m² Bauland, auf dem bisher zwei Neubauten entstanden sind.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 28,0 Mio. € wurden ca. 9.800 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikumsräume, S1- und S2 – Labore sowie Gewächshäuser angeboten. Insgesamt zeichnet sich aber im Technologiepark weinberg campus eine biotechnologische / biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen. Die Fraunhofer-Gesellschaft hat inzwischen zwei neue Gebäude auf dem Gelände des Technologieparks weinberg campus errichtet, mit den Spezialisierungen Werkstoffmechanik im Jahre 2007 und der Spezialisierung Silizium Photovoltaik im Jahre 2013. Damit ergeben sich weitere Möglichkeiten der fachlichen Unterstützung für Ansiedlungen und Unternehmensgründungen. Neben der breiten Förderung von innovativen und technologieorientierten Unternehmensgründungen ist die Unterstützung von dementsprechenden Wachstumsunternehmen am Standort eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft.

Im Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH hat sich der Mieter Probiodrug AG im Laufe der Jahre sehr positiv entwickelt und nunmehr seine Forschung in die klinische Phase II überführt. Dies bedeutet gleichzeitig, dass die Probiodrug AG sich auf die Überführung der Ergebnisse konzentriert und die Phase III vorbereitet und somit kein Geld für einen eigenen Bereich Forschung mehr zur Verfügung steht. Davon ausgehend wurde bereits vor einigen Jahren mit der Neustrukturierung der Probiodrug Forschung begonnen. Dies führte im Endergebnis zur Finanzierung und Gründung einer Projektgruppe Molekulare Wirkstoffbiochemie und Therapieentwicklung des Fraunhofer Instituts für Zelltherapie und Immunologie Leipzig mit Sitz im Bio-Zentrum Halle.

Die geschilderten Entwicklungen der Probiodrug AG hatten keine wesentlichen Auswirkungen auf das Flächenmanagement im Bio-Zentrum, da die o. g. Projektgruppe die frei werdenden Flächen für fünf Jahre bis Ende 2018 übernahm.

Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen und hoch technisierten Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 ein Dienstleistungsvertrag zum technischen Gebäudemanagement mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung von Start-up's und die Bestandspflege. Intensive Beratungen und Betreuungen stehen dabei im Vordergrund. Weiterhin besteht die Aufgabe, angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten zu verknüpfen. Schwerpunkte sind dabei die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrunden;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

Regionale und überregionale Vernetzung:

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen. Die Bio-Zentrum Halle GmbH war mit ihren Transferaufgaben wesentlicher Bestandteil des Biotechnologie-Konzeptes des Landes Sachsen-Anhalt, welches seit geraumer Zeit keine Fortsetzung mehr fand. Die Bio-Zentrum Halle GmbH ist seit dem Jahr 1998 Gesellschafterin der Bio-Region Halle-Leipzig Management GmbH bzw. ab 2003 der umgegründeten BIO-Mitteldeutschland GmbH. Gegenwärtig werden verschiedene Möglichkeiten des Fortbestandes der BIO-Mitteldeutschland GmbH diskutiert. Die Bio-Mitteldeutschland GmbH firmiert seit 2012 unter dem Namen BMD GmbH, um eine Öffnung für die Zusammenarbeit bei Projekten mit den Bundesländern Sachsen und Thüringen zu ermöglichen, welches unter dem Anspruch und damit verbundenen Namen "Mitteldeutschland" nicht möglich war.

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen Biotechnologieunternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zum Großteil in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeld-orientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zur Analytica in München und zur CPhI in Paris, Vertriebs- und PR-Aktivitäten zur BIO International Convention in San Diego, zur BIO Europe in Mailand, zur BioPharm in Boston und zu den Biotechnologietagen in Köln genannt. Im Ergebnis stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Bio-Zentrum Halle GmbH betreuten Unternehmen.

Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Bio-Zentrum Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarkt Arbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Projektes Exist-Gründungskultur: Die Gründerhochschule der Martin-Luther-Universität ebenso wie die Unterstützung des Betriebs einer Gründerwerkstatt im Schwerpunktfeld Biowissenschaften.

B. Wirtschaftsbericht

B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um ca. 1,5 % gewachsen. Dabei hat sich die konjunkturelle Lage nach dem schwungvollen Jahresauftakt und der folgenden Schwächephase im vergangenen Sommer zum Jahresende 2014 stabilisiert. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus. So verzeichnete der private Konsum einen Anstieg in Höhe von 1,1 %, während die Ausfuhren um ca. 3,7 % stiegen. Insgesamt investierten auch die deutsche Wirtschaft und der Staat zusammen 3,7 % mehr in Maschinen und Anlagen.

In der Biotechnologie und in angrenzenden Gebieten war die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Die finanziellen, wirtschaftspolitischen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle erschweren auch zukünftig die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten. Hinzu kommt ein verschärfter Standortwettbewerb angrenzender Bundesländer, insbesondere im Hinblick auf die interessante Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen. So führen beispielsweise spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse durch Kommunen und Landesregierungen zu einer teilweise extremen Wettbewerbsverzerrung.

B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Für die Bio-Zentrum Halle GmbH hatte die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen weiterhin oberste Priorität. Zudem bestand die Notwendigkeit, für frei gewordene Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Wirtschaftliche Entwicklungen von Mietern führten zu Raumbedarfsverschiebungen, dies wiederum zog Baumaßnahmen und damit Kosten nach sich.

Der derzeitige Mietzins konnte auch im Jahr 2014 noch beibehalten werden, obwohl höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Der zunehmende Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur macht zudem größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur auch zukünftig zu erhalten. Insbesondere das Forschungsverfügungsgebäude im Weinbergweg 22 ist nach über 16 Jahren insbesondere durch den Dauerbetrieb der technischen Ausstattung im Betrieb kostenintensiver geworden, was sich natürlich auf das Betriebsergebnis insgesamt auswirkt. Aus diesem Grunde wurden im Berichtszeitraum umfangreiche Mittel z.B. zur Modernisierung bzw. zur Umgestaltung der Gebäude sowie zur Fassadenmodernisierung eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2015 werden diese Bemühungen fortgesetzt. Auch im Erweiterungsbau in der Daniel-Vorländer-Straße wurden aufgrund der Flächenerweiterung einer der Biotechnologieunternehmen umfangreiche Umbauten nötig, bei denen die Geschäftsführung des Unternehmens auch im Behördenmanagement unterstützt wurde.

Darüber hinaus nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein. Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude am Bilanzstichtag auch unter Einbeziehung der Daniel-Vorländer-Straße 8 zu 99,08% ausgelastet sind.

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche der Bio-Zentrum Halle GmbH führen.

B.3 Lage

B.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	867	47,5%	860	46,6%	7	0,8%
+ Einnahmen Mietnebenkosten	941	51,6%	886	48,0%	55	6,2%
+ sonstige Dienstleistungen	2	0,1%	15	0,8%	-13	-86,7%
+ = UMSATZERLÖSE	1.810	99,2%	1.761	95,4%	49	2,8%
+ BESTANDSVÄNDERUNG	-20	-1,1%	60	3,4%	-80	-133,3%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	35	1,9%	24	1,3%	11	45,8%
= BETRIEBSLEISTUNG	1.825	100,0%	1.845	100,0%	-20	-1,1%
+ Personalkosten	54	3,0%	49	2,7%	5	10,2%
+ Abschreibungen	594	32,5%	582	31,5%	12	2,1%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-438	-24,0%	-438	-23,7%	0	0,0%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	156	8,5%	144	7,8%	12	8,3%
+ Raumkosten / Betriebsführung / Grundstücksaufwendungen	1.219	66,8%	1.259	68,2%	-40	-3,2%
+ Versicherungen / Beiträge	7	0,4%	6	0,3%	1	16,7%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	148	8,1%	148	8,0%	0	0,0%
+ Kosten des Fuhrparks	7	0,4%	4	0,2%	3	75,0%
+ Werbe- und Reisekosten	51	2,8%	24	1,3%	27	112,5%
+ sonstige Kosten	81	4,4%	95	5,1%	-14	-14,7%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.513	82,8%	1.536	83,3%	-23	-1,5%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.723	94,4%	1.729	93,7%	-6	-0,3%
= BETRIEBSERGEBNIS	102	5,6%	116	6,3%	-14	-12,1%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	10	100,0%	16	100,0%	-6	-37,5%
- ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
= FINANZERGEBNIS	10	100,0%	16	100,0%	-6	-37,5%
= ERGEBNIS VOR STEUERN	(112)	(6,1%)	(132)	(7,2%)	-(20)	-(15,2%)
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	29	25,9%	34	25,8%	-5	-14,7%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
- = STEUERERGEBNIS	29	25,9%	34	25,8%	-5	-14,7%
= JAHRESÜBERSCHUSS	83	4,5%	98	5,3%	-15	-15,3%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2013 um 20 T-€ (= -1,1 %) auf 1.825 T-€ verringert. Dabei stiegen die Mieteinnahmen um 7 T-€, die abgerechneten Mietnebenkosten haben sich um 55 T-€ erhöht und die sonstigen Dienstleistungen haben sich um 13 T-€ reduziert. Die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 80 T-€, die sonstigen betrieblichen Erträge nahmen um 11 T-€ zu. Gegenüber den Planzahlen aus dem Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr ergab sich eine positive Abweichung i.H.v. 85 T-€, was an der besser als erwarteten Auslastung der Gebäude lag.

Die **Personalkosten** der Gesellschaft haben sich um 5 T-€ auf 54 T-€ erhöht. Gegenüber dem Planansatz gab es eine Unterschreitung um 20 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 594 T-€ (Vorjahr: 582 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vorjahresvergleich nicht verändert und betragen wie im Vorjahr 438 T-€. Die saldierten Abschreibungen lagen damit bei 156 T-€ und überschritten den Planansatz um 16 T-€, was in Investitionen zum Ende des Vorjahres begründet liegt, die nach Verabschiedung des Wirtschaftsplanes für 2014 getätigt wurden.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Vorjahresvergleich um 23 T-€. Dabei haben sich in dieser Position insbesondere die Raumkosten (-40 T-€) und die sonstigen Kosten (-14 T-€) vermindert. Die Werbe- und Reisekosten (+27 T-€) haben sich hingegen erhöht. Die übrigen Kosten sind nahezu unverändert geblieben. Gegenüber dem Planansatz gab es mit Ausnahme der Instandhaltungskosten in allen Positionen geringere tatsächliche Aufwendungen.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2013 um 14 T-€ auf 102 T-€ vermindert.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um 6 T-€ auf 10 T-€ vermindert und lag damit auch unter dem Planansatz, was an den gefallen Anlagezinssätzen liegt.

Die **Steuern von Einkommen und Ertrag** haben sich daher um 5 T-€ auf 29 T-€ reduziert und erreichen damit eine Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern von 25,9 % gegenüber 25,8 % im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 15 T-€ auf 83 T-€ vermindert. Gegenüber dem Planansatz gab es eine Verbesserung um 131 T-€.

B.3.2 Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 3.306 T-€ betragen. Durch Umschichtungen von langfristigen Finanzanlagen und erwirtschafteten Mittelzuflüssen haben sich diese Mittel im Laufe des Jahres 2014 um rund 782 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2014		Bilanz zum 31.12.2013		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.643,7	62,3	6.560,9	60,0	82,8	1,3
Sonderposten mit Rücklageanteil	3.566,5	33,5	4.004,9	36,6	-438,4	-10,9
Rückstellungen	200,1	1,9	209,4	1,9	-9,3	-4,4
Erhaltene Anzahlungen	138,4	1,3	79,5	0,7	58,8	74,1
Lieferverbindlichkeiten	76,9	0,7	72,4	0,7	4,6	6,3
Sonstige Verbindlichkeiten	32,9	0,3	10,1	0,1	22,8	224,6
Summe Verbindlichkeiten	248,2	2,3	162,0	1,5	86,2	53,2
Summe Passiva=Gesamtkapital	10.658,5	100,0	10.937,2	100,0	-278,7	-2,5

Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2014		Bilanz zum 31.12.2013		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	7.161,8	67,2	7.755,5	70,9	-593,7	-7,7
Finanzanlagen	2,3	0,0	502,3	4,6	-500,0	-99,5
Summe Anlagevermögen	7.164,1	67,2	8.257,8	75,5	-1.093,7	-13,2
Forderungen	179,0	1,7	123,5	1,1	55,5	44,9
Sonstige Vermögensgegenstände Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	9,7	0,1	24,8	0,2	-15,1	-60,9
Summe Umlaufvermögen	3.494,4	32,8	2.672,1	24,4	822,3	30,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	7,3	0,1	-7,3	-100,0
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	10.658,5	100,0	10.937,2	100,0	-278,7	-2,5

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 278,7 T-€ (= -2,5 %) auf 10.658,5 T-€ ermäßigt.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich durch die Abnahme des Sachanlagevermögens (-593,7 T-€) und des Finanzanlagevermögens (-500,0 T-€) auf nunmehr 67,2 % (Vorjahr: 75,5 %) vermindert. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 70,9 % im Vorjahr auf 67,2 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** hat sich durch Vermögensumschichtungen um T-€ 500,0 vermindert. Der Anteil am Gesamtvermögen ist mit 2,3 T-€ (= 0,0 %) nahezu unbeachtlich (Vorjahr: 4,6 %).

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft und Abschreibungen in Höhe von 594,7 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** um 593,7 T-€ auf einen Betrag von 7.161,8 T-€ vermindert. Die Wertpapiere des **Finanzanlagevermögens** wurden im Geschäftsjahr vollständig veräußert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 822,3 T-€ oder 30,8 % auf 3.494,4 T-€ erhöht. Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus der Veränderung bei den liquiden Mitteln, die aufgrund Vermögensumschichtungen (+500,0 T-€) und laufender Veränderung (+281,9 T-€) entstanden sind. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 179,0 T-€ haben sich um 55,5 T-€ erhöht, die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich um 15,1 T-€ auf 9,7 T-€ vermindert.

Bei den Sonstigen Vermögensgegenstände haben sich die Steuerforderungen um 10,7 T-€ und die übrigen sonstigen Vermögensgegenstände um 4,4 T-€ vermindert.

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 3.305,7 T-€ (Vorjahr: 2.523,8 T-€) und nahmen damit um 781,9 T-€ zu.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag keine vorhanden (Vorjahr: 7,3 T-€).

B.4 Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran, darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 ist kaum Leerstand zu verzeichnen. Die Auslastung beträgt 99,08 %.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der Bio-Zentrum Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

Life Sciences (Biotechnologie)	58,83%,
Services	17,65%,
Ingenieurdienstleistungen	11,76%,
Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	5,88%,
Nanotechnologie	5,88%.

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 17 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.¹

¹ Für das Berichtsjahr besteht weiterhin der Sachstand, dass durch das Protokoll des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 9. Juli 2010 (Punkt 2.5) die Verweildauer von Unternehmen in Technologie- und Gründerzentren (TGZ) neu spezifiziert wurde. Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben. Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen eines Unternehmens aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

C. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§ 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet:

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB zu berichten wäre.

D. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Bio-Zentrum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2015 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2016 bis 2020 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen	Erlöse	neutrales	Ergebnis
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	Ergebnis T-EURO
2015	1.826	1.815	18	+7
2016	1.827	1.831	6	+10
2017	1.832	1.831	6	+5
2018	1.862	1.831	6	-25
2019	1.858	1.831	6	-21
2020	1.858	1.831	6	-21

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt nach wie vor als eher risikobehaftet eingeschätzt.

Anlass hierfür bieten einerseits die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Dem Aufgabenspektrum der Bio-Zentrum Halle GmbH entsprechend, sollen Chancen für Ansiedlungen und Gründungen biotechnologischer / pharmazeutischer Wachstumsunternehmen betrachtet werden. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Rahmenbedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Dies gilt es in einer Zukunftsstrategie zu formulieren und in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Biotechnologie eher begrenzt. Deshalb wird sich die Bio-Zentrum Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie Unternehmensgründungen bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten.

Für die Ertragsprognose der Bio-Zentrum Halle GmbH sind insbesondere unternehmensindividuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen zu betrachten, insbesondere die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist unklar, in welchem Umfang sich die Suche eines forschungsbasierten Biotechnologieunternehmens nach einem Produktionsstandort auf dessen Fortbestand am Standort auswirkt. Eine der Standortoptionen für die Produktion ist eine der Flächen im Technologiepark Weinberg Campus. Sollte es nicht gelingen, diese Produktionsstätte am Standort anzusiedeln, besteht ggf. das Risiko eines Auszugs des Forschungsbereichs des Unternehmens. In diesem Falle bestünde ab 2018 das Risiko eines erheblichen Leerstandes. Darüber hinaus ist unklar, in wie weit das Projekt Biokatalyse der Martin-Luther-Universität und der Max-Planck-Arbeitsgruppe über den Zeitpunkt 2018 fortgeführt wird. Aus den genannten Gründen muss mittelfristig eine strategische Alternative aufgebaut werden, um ab diesem Zeitpunkt einen größeren Leerstand zu vermeiden.

Um bestandsgefährdenden Risiken zu begegnen, wird die Geschäftsleitung die Unternehmen bei der Investorensuche sowie bei der Standortentwicklung und -sicherung unterstützen. Im Fokus stehen hierbei die Ansiedlung und Gründung neuer Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Bio-Zentrum Halle GmbH. Als Leitlinien hierfür wird die Geschäftsleitung Strategien entwickeln, die den beschriebenen wirtschaftlichen Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Ziel ist eine nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Bio-Zentrums als Inkubator und Akzelerator für wachstumsorientierte Unternehmen im Bereich der Biotechnologie und angrenzender Technologiefelder.

In diesem Zusammenhang wird im 1. Quartal 2015 durch die Geschäftsleitung ein Zukunftskonzept entwickelt, welches sowohl marktgerichtete Aspekte der Standortentwicklung als auch infrastrukturelle Notwendigkeiten berücksichtigt. Grundlage hierfür bilden unternehmensindividuelle und -übergreifende Bedarfs- und Zufriedenheitsanalysen sowie ein partnerschaftlicher Strategiedialog mit den zentralen Akteuren² im Technologiepark Weinberg campus. Dieser thematisiert einerseits die Energieversorgung und -effizienz. Andererseits bilden konzeptionelle Überlegungen und konkrete Projekte zum Thema Altern und Gesundheit sowie zur inhaltlichen Positionierung und Profilbildung mit den standortbezogenen Kernkompetenzen u.a. in den Bio- und Lebenswissenschaften sowie den damit korrespondierenden Branchen Biotechnologie und Pharmazie den inhaltlichen Schwerpunkt der Strategiegespräche. Dem Ziel der Standortentwicklung dient diesbezüglich auch die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten zu schaffen, da ansonsten Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder die Abwanderung der Unternehmen vom Standort oder sogar deren Insolvenz vorprogrammiert.

Kurzfristig ist nicht absehbar, dass sich die Firmen aus dem Haus so stabilisieren, dass mit einem Auszug in eigene Laborgebäude zu rechnen ist. Die geringen erwirtschafteten Überschüsse von Start-up-Unternehmen werden in der Regel dazu verwendet, neue Forschungsgebiete aufzunehmen und damit die Präsenz am Markt zu sichern. Freie Flächen sind zeitnah im Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH nur zu erwarten, falls Firmen aufgrund fehlender Finanzmittel Insolvenzanträge stellen oder ausziehen müssen. Eine Ausnahme bildet ein Biotechnologieunternehmen, das sich aktuell auf der Suche nach einem Standort für eine neue Produktionsstätte befindet. Eine der Standortoptionen ist eine der Flächen im Technologiepark Weinberg campus. Sollte es nicht gelingen, diese Produktionsstätte am Standort anzusiedeln, besteht für das Jahr 2018 ggf. das Risiko eines Auszugs des Forschungsbereichs des Unternehmens.

Grundsätzlich muss die Frage der forschungsnahen Produktion für Entwicklungen von neuen Produkten für die Firmen geklärt werden, da diese sowohl für die Unternehmen als auch für den Standort Technologiepark Weinberg campus insgesamt von existenzieller Bedeutung ist.

Aufgrund der alternden Infrastruktur ist mittelfristig mit steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben. Das 1998 fertig gestellte Forschungsverfügungsgebäude und der Erweiterungsbau in der Daniel-Vorländer-Straße lassen gegenwärtig bauseitig noch keine gravierenden Mängel erkennen, die einen ordnungsgemäßen Betrieb gefährden könnten. Es muss jedoch bemerkt werden, dass die Instandhaltungskosten aufgrund des Dauerbetriebs der Haustechnik kontinuierlich weiter ansteigen und häufiger gesamte Anlagengruppen ausgetauscht werden müssen bzw. bei Nutzerwechsel höhere Aufwendungen für die Weitervermarktung notwendig sind.

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg campus, der Bio-Zentrum Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. Bio-Zentrum, TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert. Dieses Ziel kann nur im Rahmen eines abgestimmten Vorgehens bei der Fortführung und Umsetzung des Strategiekonzeptes zur Stadtentwicklung Halle 2025² erreicht werden.

² Zitat (Strategiekonzept, 11/2011, S.7, Pkt. 3): "Innovation am Weinberg campus und zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Neustadt: Mit dem Weinberg campus ist es Halle gelungen, sich als Standort von Forschung und Entwicklung sowie wissens- und technologieorientierter Produktion zu etablieren. Dabei profitiert der Technologiepark auch von seiner engen Einbindung in die Stadt und ergänzt die innerstädtischen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Das Stadtumbaugebiet Neustadt erhält durch seine räumliche Nähe zum Weinberg campus neue Zukunftsperspektiven." Die in diesem Zusammenhang im Jahre 2012 unter der Initiative der TGZ Halle GmbH gebildete Arbeitsgruppe "Vision Weinberg campus 2020/2025" stellte 2013 ein aussagefähiges Strategiepapier den Partnern im Technologiepark Weinberg campus und den Mitgliedern des Weinberg campus e.V. ebenso zur Verfügung, wie auch als gebündelte Meinungsbildung der Verwaltung der Stadt Halle.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2015 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark weinberg campus und damit die Bio-Zentrum Halle GmbH nimmt.

E. Chancen- und Risikobericht

E.1 Chancenbericht

Die grundsätzliche Stellung der Gesellschaft als bedeutender Vermieter hochwertiger Laborräume und Büroflächen, verbunden mit der vorhandenen Betreuungskompetenz von Start-up Unternehmen sowie kleineren Unternehmen, die sich in der Stabilisierungsphase befinden bleibt unverändert. Die Strukturen, die im weinberg-campus nicht zuletzt auch durch die Gesellschaft geschaffen wurden, sind weit überregional einmalig und führen zu einem hohen Akzeptanz- und Bekanntheitsgrad der Gesellschaft. Hieraus ergibt sich für die Gesellschaft die Möglichkeit, bei Auszug von bisherigen Mietern relativ kurzfristig neue Mieter zu finden und weiterhin eine hohe Auslastungsquote zu erzielen.

Um die inhaltliche Profilbildung des Standorts Technologiepark weinberg campus weiter zu stärken sowie kunden- und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebote unterbreiten und zukunftsfähige Infrastrukturen entwickeln zu können, wurde im Berichtsjahr mit der Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes für das Technologie- und Gründerzentrum begonnen. Dessen Fundierung dient u.a. eine Kundenzufriedenheitsanalyse und die Durchführung eines Strategiedialogs mit namhaften Vertretern der Anspruchsgruppen am Standort zu den beiden Handlungsfelder Gesundheit und Energie.

Die Projektarbeit dient einerseits der Unterstützung der aktuellen Mieter bei der Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäfts (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte/ Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit Erfolgsbeiträge geschaffen werden.

E.2 Risikobericht

Die im Schwerpunkt auf die Biotechnologie ausgerichtete Bio-Zentrum Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" insbesondere einem bestandsgefährdenden Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zu erheblichen Preissteigerungen für Strom. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion (insbesondere bei Reinraumnutzung) eine Minimierung der Rendite, so dass die Standorte Halle bzw. Deutschland generell in Frage gestellt sind.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark weinberg campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Lüftung/ Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen zwingend notwendig sein.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen.
- Aktuell herrscht eine eher geringere Gründungsneigung im Bereich der Naturwissenschaften und diesbezüglichen Technologiefeldern, da es insbesondere an Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend hoch bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.
- Bedingt durch eine insbesondere für innovative Firmen aus der Biotechnologie sowie angrenzenden Gebieten eher schwierige konjunkturelle Lage, verschlechtern sich deren wirtschaftliche Perspektiven in Deutschland weiter.

- Unternehmen aus dem Bereich der Biotechnologie unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber zumeist eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.

Die dargestellte Problematik kann mittelfristig zu Mietausfällen der Bio-Zentrum Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Unternehmens gefährden. In der Stadt Halle (Saale) bestehen erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch der Mietzins für Gewerbeflächen auch im Berichtszeitraum auf einem niedrigen Niveau stagnierte. In diesem Zusammenhang sind die geringe Verfügbarkeit von spezialisierten Laborflächen im direkten Umfeld sowie die Nähe zu naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil. Der generellen Entwicklung und dem dadurch bedingten preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese durch den damit verbundenen Personalaufwand letztlich stetig wachsende Kosten verursachen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig. Positiv für die Bio-Zentrum Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtwerke Halle zu werten, die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses auf dem Gelände des Technologieparks Weinberg campus zu stabilisieren.

E.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Der Großteil unseres Kundenstamms (Forderungen aus Lieferungen und Leistungen) setzt sich aus unseren Mietern zusammen, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiten. Sofern Einzelrisiken im Sinne von Ausfall- bzw. Liquiditätsrisiken angezeigt sind, werden entsprechende Wertberichtigungen in der Rechnungslegung vorgenommen.

Unsere Verbindlichkeiten bezahlen wir innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele und soweit möglich skontiert.

Wir finanzieren uns im kurzfristigen Bereich über unsere Guthaben bei Kreditinstituten.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unsers Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Götte, Dieter

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	1	0	0	0	-1	-100
Umlaufvermögen	19.389	99	18.512	98	19.131	98	877	5
Rechnungsabgrenzungsposten	263	1	298	2	329	2	-35	-12

Bilanzsumme	19.652	100	18.811	100	19.460	100	841	4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	18.715	95	17.739	94	17.421	89	976	6
Rückstellungen	109	1	25	0	123	1	84	336
Verbindlichkeiten	828	4	1.047	6	1.916	10	-219	-21

Bilanzsumme	19.652	100	18.811	100	19.460	100	841	4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.207	1.206	399
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.422	38	182
sonstige betriebliche Erträge	34	154	42
Materialaufwand	564	757	883
sonstige betriebliche Aufwendungen	293	306	250
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	3	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	4	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	975	334	-512
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	975	334	-512
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	975	334	-512

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	30,41	27,66	-128,30	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,50	1,92	-2,85	%
Cash-Flow:	975	334	-512	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,01	0,00	%
Eigenkapitalquote:	95,23	94,30	89,52	%
Fremdkapitalquote:	4,77	5,70	10,48	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	321,30	339,20	341,70	ha
davon erworbene Fläche	2,60	0,00	0,00	ha
davon übergegangene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
davon verkaufte Fläche	20,50	2,50	6,80	ha

e) Lagebericht**A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

Die Anzahl der seit Beginn des Jahres 2007 zu bearbeitenden Standortanfragen, die Qualität und Position, die das jeweilige Standortangebot im Rahmen der Standortauswahlverfahren teilweise erreicht hat und nicht zuletzt die reale Aussicht auf kurzfristige Ansiedlungserfolge, haben die Stadt Halle in Abstimmung mit der Landesregierung dazu bewogen, etwaig noch vorhandene Standortnachteile im Zuge einer öffentlichen Erschließung des Industriegebietes zügig zu beseitigen.

Ein entsprechender, mit den zuständigen Stellen abgestimmter Antrag auf Bereitstellung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe wurde durch die Stadt Halle noch im Jahr 2007 gestellt.

Ein erster Zuwendungsbescheid über die beantragten GA-Fördermittel liegt seit dem 23. Juni 2008 vor und gestattete unter Berücksichtigung eines 10%igen städtischen Eigenanteils zunächst eine erste Grunderschließung in Höhe von Brutto 48 Mio. € umzusetzen.

Die rege Nachfrage nach Ansiedlungsflächen im Industriegebiet führte in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium zu der Entscheidung, einen Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom 23. Juni 2008 auf die nunmehr vorzunehmende Vollerschließung vorzubereiten. Der Stadtrat der Stadt Halle hat diesem Änderungsantrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Der Änderungsantrag, der nunmehr ein Erschließungsvolumen von Brutto 76,8 Mio. € beinhaltet, wurde der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2008 zugereicht und durch diese mit Änderungsbescheid vom 18. Mai 2009 bestätigt.

Das Konzept einer weitergehenden, inneren Erschließung, das vom Stadtrat (V/2010/08893) in seiner Sitzung am 25. August 2010 entschieden wurde und mit dem in Form einer, in das Industriegebiet hinein zu führenden, engmaschigeren Ver- und Entsorgungsinfrastruktur auf eine hin zu Flächengrößen zwischen 5-30 ha veränderte Nachfrage entsprochen werden wird, wurde im Jahr 2011, nach Vorliegen eines entsprechenden Änderungsbescheides der Investitionsbank vom 08.03.2011 planerisch umgesetzt.

Im Zuge konkreter Ansiedlungsbegehren und dabei erzielter Ansiedlungserfolge zeigte sich jedoch, dass hinsichtlich der öffentlichen Erschließung von Teilflächen im Star Park weiterer Handlungsbedarf besteht, will man flächenmäßig im Bereich von 2 bis 5 ha liegende Ansiedlungen erfolgreich akquirieren. Im Angesicht eines per Ende 2013 noch verfügbaren Restbudgets aus der Erschließungsmaßnahme, Bestand hat nach wie vor das oben bereits erwähnte Gesamtbudget von 76,8 Mio. €, wurde durch die Stadt Halle entschieden, einen neuerlichen Verlängerungsantrag für den Investitionszeitraum bis zum 31.12.2014 zu stellen. Dafür lag seit dem 19.02.2014 der entsprechende Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vor.

Danach steht ca. ein halbes Jahr für die Erstellung und Prüfung (externes Ingenieurbüro) des Nachweises über die Verwendung der erhaltenen Fördergelder zur Verfügung, womit bereits intensiv begonnen wurde.

Die erhaltenen Fördermittel und die städtischen Eigenanteile an der Gesamtfinanzierung, ausgenommen die durch die EglG gemäß Stadtratsbeschlüssen selbst beizusteuern den Mittel, sind entsprechend des Ablauf- und Finanzplanes zur Erschließung in den jährlichen Haushalt der Stadt Halle eingestellt und werden der EglG als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss entsprechend des Anfalls zu begleicher den Rechnungen zur Verfügung gestellt. Über das gesamte Geschäftsjahr 2014 war dieser Prozess so organisiert, dass die Gesellschaft jeweils rechtzeitig vor Fälligkeit der Rechnungen aus der Erschließung mit der erforderlichen Liquidität ausgestattet war.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle schloss im Januar 2008 mit der Gesellschaft einen Vertrag zur Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks ab. Die Stadt Halle hat durch Gesellschafterbeschluss und in Form eines Stadtratsbeschlusses aus dem September 2007 erklärt, die Gesellschaft finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft erfolgt seitens der Stadt Halle auf der Grundlage der erteilten Zuwendungsbescheide für öffentliche Finanzierungsbeihilfen und des darin einbezogenen städtischen Eigenanteiles. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und der städtische Eigenanteil sind in Summe und entsprechend dem geplanten Erschließungsablauf in entsprechenden Jahrestanchen als Einnahmen und Ausgaben in den städtischen Haushalt eingestellt und werden der Gesellschaft auf Abruf in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses zur Verfügung gestellt.

Organisatorische Regelungen zur korrekten und termingerechten Abwicklung des Erschließungsvorhabens wurden und werden durch entsprechende Beschlüsse der Gesellschafterversammlung getroffen. So wurde zunächst der über Jahre ruhende Vertrag zur Projektleitung und -steuerung sowie zur Generalplanung mit der Obermeyer Albis-Bauplan GmbH aktiviert. Die bis zum 15. April 2008 in der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH als Nebentätigkeit ausgeübte Geschäftsführung wurde in eine Vollzeitätigkeit in der Gesellschaft umgewandelt.

Dies war notwendig um zum einen die akquisitorischen Aktivitäten um Ansiedlungen fachgerecht zu begleiten und zum anderen die sich aus der beschlossenen Erschließung ergebenden planerischen Aktivitäten in Angriff zu nehmen und die sich aus dem Projekt selbst ergebenden Organisations- und Steuerungsprozesse in die Hand zu nehmen.

Die sich aus den Restaktivitäten der inneren Erschließung des Star Park ergebenden Aufwendungen schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2014 entsprechend in der Position Materialaufwand/Bezogene Leistungen nieder. Da diese Leistungen Bestandteil des Erschließungsprojektes und dementsprechend auch förderfähig sind, tragen sie zur Wertsteigerung des in der Bilanz unter Vorräte ausgewiesenen Industriegebietsareals bei. Die von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bereitgestellten Fördermittel wie auch der sich aus der Antragstellung auf diese Fördermittel begründende Eigenanteil der Stadt Halle der Gesellschaft werden als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss zur Verfügung gestellt, mindern insofern die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen, tatsächlichen Erschließungsaufwendungen. Offen ausgewiesen wird danach nur jener Erschließungsaufwand, korrespondierend dazu demgemäß auch die Bestandserhöhung des Vorratsvermögens, der dem von der Gesellschaft aus eigenen Mitteln beigesteuerten Eigenanteil entspricht.

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgte die Finanzierung der Erschließungsmaßnahmen nahezu ausschließlich aus nicht rückzahlbaren Investitionszuschüssen. Der städtische Haushalt sah in 2013 zur Finanzierung der Ausgaben für das Erschließungsprojekt eine Einnahme aus der Entwicklungsgesellschaft in Höhe von 3,2 Mio. € aus Verkaufserlösen vor, die dem Restbetrag aus der gemäß Stadtratsbeschluss von der Gesellschaft beizusteuern den Anteilsfinanzierung des städtischen Eigenanteils an der Projektfinanzierung entsprach. Die Gesellschaft konnte diese Mittel weder in 2013 noch in 2014 mangels in ausreichender Höhe erzielter Veräußerungserlöse an den städtischen Haushalt abführen. Allerdings muss die Stadt Halle als Rechtsgrundlage für eine solche Zahlung mit der Gesellschaft eine Finanzierungsvereinbarung abschließen, die nach wie vor nicht vorliegt.

Die mit diversen Landwirten abgeschlossenen Pacht- und Nutzungsverträge über die Industriegebietsflächen hatten auch im Jahr 2014 Bestand soweit aufgrund der erschließungsbedingten Eingriffe die ursprünglich verpachteten Flächen auch tatsächlich von den Landwirten genutzt werden konnten. Die erzielten Pachteinnahmen sind unter „Sonstige betriebliche Erträge“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Im Jahr 2014 konnten weitere Teilflächen von insgesamt ca. 8 ha, für weitere 4,8 ha erfolgten verbindliche Verkaufsangebote (Option), an die international im Bereich Logistikinvestitionen tätige Goodman Group und an ein hochspezialisiertes Maschinenbauunternehmen verkauft werden. Diese Unternehmen starteten ihre Investitionen jeweils noch in 2014. Die mit diesen Grundstücksverkäufen verbundenen Verkaufserlöse wurden teilweise noch in 2014 und Anfang 03/2015 für die Gesellschaft liquiditätswirksam und stützen insofern die Liquidität der Gesellschaft in 2014 und folgende. Da den dabei erzielten Erlösen aufgrund der zuvor beschriebenen Effekte aus den erhaltenen Fördergeldern nur in geringen Umfang kostenwirksam auszubuchende Vermögenswerte gegenüberstehen, wird das handelsbilanzielle Ergebnis entsprechend positiv beeinflusst.

Im Jahr 2013 konnte mit einem in Halle mit einem Werk vertretenen Unternehmen ein Vertrag abgeschlossen werden, nach dem die EglG von diesem Unternehmen im Wertausgleich ein innerstädtisches Grundstück zur weiteren Verwertung erworben hat und diesem selbst eine Fläche von 12,5 ha im Star Park für dessen strategische Planungen eines Werksneubaus veräußert hat. Nachdem alle im Notarvertrag dafür festgelegten Voraussetzungen erfüllt waren, gingen Nutzen und Lasten aus diesem Kauf- und Verkaufsgeschäft mit wirksamer Kaufpreiszahlung Anfang März 2014 an die jeweiligen Erwerber über. Der Weiterverkauf des innerstädtischen Grundstücks konnte am 08.01.2015 mit einem in Halle ansässigen Wohnungsunternehmen beurkundet werden. Der nicht unerhebliche Verkaufserlös wurde Anfang 03/2015 vereinnahmt.

Aufgrund des oben erwähnten handelsbilanziellen Effekts bei Veräußerung von Grundstücken konnte im Jahr 2014 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 975,2 T€ erzielt werden.

Das Jahr 2014 war insbesondere geprägt durch die endgültige Fertigstellung der inneren öffentlichen Erschließung des Industriegebietes mit folgenden Schwerpunkten:

Maßnahme -Mio. €-	Gesamtbudget neu (einschl. Innerer Erschl.)	Zahlungsstand 31.12.2011	Status
Wasser u. Abwasser	11,1	11,2	betriebsbereit entlang Orionstraße und Str. A/B/C
Regenentwässerung	10,6	10,6	betriebsbereit
Umverlegungen	11,4	11,4	abgeschlossen
Elektroerschließung	12,9	12,9	52 MVA Leistung liegen an, MS-/NS-Erschließung entlang aller Erschl.straßen betriebsbereit
Gaserschließung	2,1	2,1	Gasanschluss fertig komplett in Betrieb
Straßenbau und Gleis	16,1	16,1	vollständig fertig

Mit der bereits erwähnten Verlängerung des Investitionszeitraumes bis zum 31.12.2014 wurde die öffentliche Erschließung in jenen Teilflächen des Star Park nachgebessert, die für flächenmäßig kleinere Ansiedlungen vorgesehen sind, dafür aber noch nicht alle Voraussetzungen aufwiesen.

Gemäß dem Stadtratsbeschluss V/2011/10049, dem vorausgegangen waren entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien der EglG wie auch bei Unternehmen der Stadtwerke, sind die fertig gestellten Anlagen entweder an die Stadt Halle als auch an verschiedene SWH-Unternehmen zu übertragen. Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind gemäß diesem Stadtratsbeschluss teilweise generell durch die Gesellschaft zu tragen oder so lange zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung können von der Gesellschaft in den Folgejahren aus den erzielten Grundstücksverkäufen finanziert werden. Die EglG wird die Energieanlagen im Star Park auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Netzgesellschaft der EVH GmbH vorläufig weiter als Kundenanlage gemäß §3 Nr. 24a EnWG betreiben, da eine Übertragung an die Netzgesellschaft der EVH GmbH vorerst aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit des Betriebes dieser Anlagen und noch zu klärender rechtlicher Rahmenbedingungen scheitert.

Die nach der erwähnten Beschlusslage an die Stadt Halle zu übertragenden Erschließungsstraßen und Grünanlagen sind beschlusskonform mit Wirkung ab 01.01.2013 übergegangen.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage der mit der Stadt Halle getroffenen Regelungen und aufgrund eigener Einnahmen während des gesamten Geschäftsjahres 2014 gesichert. Für die förderfähigen Erschließungskosten aus dem Star Park waren dies die vor genannten Stadtratsbeschlüsse und die darauf basierenden Mittelbereitstellungen aus dem städtischen Haushalt 2014.

Die Gesellschaft wies per 31.12.2014 einen Liquiditätsbestand i. H. v. 169 T€ (Vorjahr: 130 T€) aus. Die Gesellschafterversammlung der EglG trat im Jahr 2014 zweimal zusammen und befasste sich dabei insbesondere mit den Jahresabschlüssen 2013 und der Wirtschaftsplanung 2015 und der Mittelfristplanung 2015 bis 2019.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, der geschäftsführenden Gesellschaft der EglG, in seinen insgesamt 7 ordentlichen und 2 außerordentlichen Sitzungen regelmäßig mit den wichtigen Angelegenheiten der EglG.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Die Gesellschaft strebt gemäß dem festgestellten Wirtschaftsplan die vollständige Finanzierung des ihr in 2015 und auch darüber hinaus entstehenden Aufwandes aus eigenen Einnahmen an.

Im Auftrag der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) wurde durch die Rauschenbach & Kollegen GmbH im September 2014 ein Unternehmenskonzept zur Neuausrichtung der EVG vorgelegt, von den zuständigen Organen in mehreren Sitzungen beraten und letztendlich mit der Feststellung des Wirtschaftsplanes 2015 bestätigt.

Dieses Konzept sieht für die EVG die Übernahme der Federführung insbesondere bei der Vermarktung der Gewerbeflächen der EglG (Star Park) als auch städtischer Gewerbeflächen vor. Die dafür erforderliche Anstellung geeigneter Mitarbeiter ist inzwischen erfolgt.

Der EglG kommt insofern die ausschließliche Rolle der die Grundstücke im Star Park besitzenden Gesellschaft zu. Mittel- bis langfristig sollen auch die als einzige Erschließungsanlagen noch bei der Gesellschaft verbliebenen Energieanlagen an die dafür im städtischen Beteiligungsportfolio zuständige Netzgesellschaft übertragen werden.

Wegen des notwendigen Anlaufes der bei der EVG neu eingerichteten Vermarktungsorganisation wurde für 2015 bei der Umsatzerlösplanung mit TEUR 1.060 aus dem wirtschaftlich wirksamen Verkauf einer Fläche an die Goodman Group ein vorsichtiger Ansatz gewählt.

Für die Jahre ab 2016 ist pro Jahr ein Flächenverkauf von 25 ha geplant, dessen Realisierung intensivster Anstrengungen bedarf.

Die Gesellschaft selbst kann aus den zwischenzeitlich vereinnahmten Verkaufserlösen aus dem Geschäft mit der Goodman Group und dem Weiterverkauf einer innerstädtischen Liegenschaft sowohl ihren eigenen laufenden Aufwand als auch den sich aus der Geschäftsbesorgung durch die EVG entstehenden Aufwand ohne Zuschussbedarf aus dem städtischen Haushalt bestreiten.

Der von der Stadt Halle erwartete, von der Gesellschaft aus Verkaufserlösen zu finanzierende Beitrag an der Eigenanteilsfinanzierung des Star-Park-Projektes von noch 3,2 Mio. €, wofür die Stadt Halle mit der Gesellschaft noch eine Finanzierungsvereinbarung abschließen müsste, wird nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen möglicher Grundstücksverkäufe auch in 2015 nicht erwirtschaftet werden können. Erst die konkreten Vereinbarungen mit der Stadt Halle zu den Modalitäten der Zahlung dieses Betrages, so eine mögliche Stundung bis zur Zahlungsmöglichkeit, werden eine Aussage zulassen, inwieweit sich aus dieser Angelegenheit für die Gesellschaft ein finanzielles Risiko darstellt.

Da das Industriegebiet markungsübergreifend beplant wurde und inzwischen auch erschlossen wurde, bedarf es diverser Regelungen zwischen der Stadt und den beteiligten Gemeinden (Landsberg, Kabelsketal), die es für den Bereich Wasser/Abwasser bereits gibt. Eingemeindungen der nicht zur Stadt Halle gehörenden Teilflächen im Star Park würden dabei wesentliche Erleichterungen darstellen.

Diese Regelungen betreffen die Vereinheitlichung von Zuständigkeiten (z. B. Brandschutzbekämpfung, Lehrlingsausbildung etc.) im Sinne klarer Regelungen für Ansiedlungsunternehmen und eine eindeutige Zuordnung von Kosten der Erschließung, Folgekosten sowie konsequenterweise auch aller Ertragspotentiale aus der Erschließung und Vermarktung des Star Park zur Stadt Halle.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Götte, Dieter	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 11.03.2014)
	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	(bis 10.03.2014)
	stellv. Vorsitzender	Röder-Kolberg, Tobias	(bis 15.07.2014)
	stellv. Vorsitzender	Sprung, Michael	(seit 19.09.2014 stellv. Vorsitzender)
		Bonan, Robert	(bis 15.07.2014)
		Bystron, Bernhard	(seit 16.07.2014)
		Cierpinski, André	(seit 16.07.2014)
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	(bis 25.03.2014)
		Hintz, Katharina	(seit 16.07.2014)
		Kapetsis, Janis	(bis 15.07.2014)
		Nagel, Elisabeth	(seit 26.03.2014)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	8	5	6

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	152	98	166	99	155	99	-14	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	3	2	2	1	2	1	1	50

Bilanzsumme	155	100	168	100	157	100	-13	-8
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	70	45	68	41	65	42	2	3
Rückstellungen	67	43	89	53	81	51	-22	-25
Verbindlichkeiten	18	12	11	6	11	7	7	64

Bilanzsumme	155	100	168	100	157	100	-13	-8
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	282	234	222
Personalaufwand	174	182	168
Abschreibungen			1
sonstige betriebliche Aufwendungen	107	52	51
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	3	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2	3	3
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	3	3
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2	3	3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	2,84	4,38	4,33	%
Cash-Flow:	2	3	3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	141	117	111	T€
Personalaufwandsquote:	61,88	77,81	75,80	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	45,42	40,69	41,55	%
Fremdkapitalquote:	54,58	59,31	58,45	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht**A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Bepflanzung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 25. November 2009 erfolgte eine Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2014 in 7 ordentlichen und 2 außerordentlichen Sitzungen und befasste sich regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, dem Jahresabschluss 2013 und dem Wirtschaftsplan 2015 sowie der Mittelfristplanung bis 2019 sowie insbesondere der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft als zentrale Stelle der Stadt Halle für ein aktives und international orientiertes Standortmarketing gewerblicher Flächen und für die direkte Markt- und Unternehmensansprache sowie Ansiedlungsakquise.

B. Darstellung der Lage

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Komplementärin der EgIG und damit in Ausübung der Geschäftsführung für diese Gesellschaft war im gesamten Verlauf des Geschäftsjahres 2014 zunächst geprägt von der weiteren Durchführung und dem Abschluss der öffentlichen Erschließung des Star Parks zum festgesetzten Ende des Investitionszeitraumes per 31.12.2014.

Die Stadt Halle beauftragte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks. Auf der Grundlage von zwei Stadtratsbeschlüssen vom Oktober 2007 und Oktober 2008 sind die dafür erforderlichen, insbesondere finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wird zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Ein entsprechender Zuwendungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegt mit Datum 18. Mai 2009 vor.

In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wurde in 2014 mit der Rauschenbach & Kollegen GmbH ein Beratungsvertrag zur Erstellung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und zur fachlichen Begleitung bei der Umsetzung dieses Konzeptes (siehe Abschnitt A.) abgeschlossen. Dieses Konzept liegt vor und wurde in mehreren Aufsichtsratssitzungen beraten. Die sich daraus begründende Schaffung von mehreren Mitarbeiterstellen für Akquise und Standortmarketing wurde noch in 2014 zur Stellenausschreibung geführt. Das Personalauswahlverfahren wurde ebenfalls noch in 2014 eingeleitet und dessen Ergebnisse in der Sitzung des Aufsichtsrates am 17.02.2015 gebilligt.

Die mit dem Unternehmenskonzept einhergehende Unternehmensplanung für den Mittelfristzeitraum 2015-2019 wurde sowohl vom Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen, wie durch den Finanzausschuss des Stadtrates als dem nach der Hauptsatzung des Stadtrates zuständigen Gremium in dessen Sitzung am 20.01.2015 festgestellt.

Damit sind soweit für die Gesellschaft alle erforderlichen Beschlüsse zur Umsetzung des ausgearbeiteten Unternehmenskonzeptes gefasst.

Aus den gemeinsam mit der Stadt Halle im Jahr 2014 betriebenen Akquisebemühungen resultiert mit dem Verkauf einer Ansiedlungsfläche von ca. 6,5 ha im Star Park an die Goodman Group ein deutschlandweit sehr beachteter Erfolg, wird doch die Goodman Group auf dieser Fläche ein Logistikcenter für eBay errichten und dieser in der ersten Jahreshälfte 2015 zur Nutzung vermieten.

Der daraus erzielte Verkaufserlös wurde inzwischen vereinnahmt.

Die EVG hat in 2014 weiter ihre Bemühungen um die Vermarktung eines von der EglG erworbenen, innerstädtischen, für eine attraktive Wohnbebauung vorgesehenen Grundstücksareals intensiviert und mit einem notariell am 08.01.2015 beurkundeten Verkaufsvertrag erfolgreich abgeschlossen. Der sich daraus ergebende Verkaufserlös wurde Anfang März 2015 realisiert und bildet zusammen mit dem vor genannten Erlös aus dem Verkauf einer Teilfläche im Star Park an die Goodman Group die finanzielle Grundlage für die im Zuge des Konzeptes der Neuausrichtung der Gesellschaft wesentlich ausgeweiteten Aktivitäten.

Der Jahresabschluss 2014 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2 (im Vorjahr: TEUR 3) aus. Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um.

Weiter steht der EVG gemäß Gesellschaftsvertrag der EglG eine Vergütung für die EglG übernommene Haftung in Höhe von TEUR 2 zu.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag TEUR 36 (Vorjahr TEUR 14). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2014 gesichert.

C. Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens. Im Zuge der beschlossenen Erschließung des Star Park und dessen Vermarktung wurde angesichts der damit in Zusammenhang stehenden Management-, Kontroll- und Überwachungstätigkeiten anders als noch im Jahr 2007 eine, diesen enorm gestiegenen Anforderungen angepasste, personelle und auch ansonsten organisatorische und finanzielle Ausstattung geschaffen. Die Gesellschafterversammlung hat dazu entsprechende Beschlüsse gefasst. Insbesondere auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses vom 12. März 2008 wird die Geschäftsführung der eingetretenen Entwicklung Rechnung tragend, mit Wirkung ab 16. April 2008 als ausschließliche Tätigkeit durch den bestellten Geschäftsführer ausgeübt.

Im Rahmen der vorgenommenen Regelungen werden die sich daraus ergebenden vertraglichen Belange so gestaltet, dass, soweit sich dies nach dem Verursachungsprinzip auch so darstellt, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Aktivitäten der EglG auch direkt zugeordnet werden.

Risiken ergeben sich für die EVG soweit zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, insbesondere der Erschließung des Star Park.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Um dies dauerhaft zu gewährleisten, wurde durch die zuständigen Organe der Gesellschaft insbesondere die Erarbeitung einer Konzeption zur Neuausrichtung der Gesellschaft mit dem Schwerpunkt der Akquise um Ansiedlungsunternehmen beschlossen. Über ein zu erarbeitendes und umzusetzendes Standortmarketingkonzept sowie die sich darauf begründende verstärkte Akquisetätigkeit um Ansiedlungen speziell für das Industriegebiet Star Park sind die Grundlagen zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit von EVG und EglG aus ausschließlich eigenen Mittelaufkommen zu schaffen. Mindestens für das Jahr 2015 schätzt die Gesellschaft ein, dass die geplanten Kosten ohne Inanspruchnahme von Fremdmitteln aus den bereits realisierten und sich für 2015 real abzeichnenden Verkaufserlösen finanziert werden können.

Die EVG hat das Erschließungsprojekt Star Park im Jahr 2014 entsprechend Bescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt investiv beendet. Die Aktivitäten zur Erstellung des Verwendungsnachweises der erhaltenen Fördergelder, der bis 30.06.2015 bei der Investitionsbank einzureichen ist, sind angelaufen.

Der Verwendungsnachweis wird danach durch die Investitionsbank geprüft, woraus sich bei aller an den Tag gelegten Sorgfalt bei der förderrechtskonformen Umsetzung des Erschließungsprojektes nicht prognostizierbare Forderungen auf Rückführung gewährter Fördergelder ergeben können, die allerdings dem Zuwendungsempfänger Stadt Halle angelastet werden würden.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2015 und der Mittelfristplanung bis 2019 wurde in den Gremien der Gesellschaft über die in 2014 abzuschließende Erschließung des Star Park und die vorzunehmende Aufstellung und Prüfung des Nachweises zur Verwendung erhaltener Fördergelder hinausgehendes, tragfähiges Geschäftsmodell beraten und beschlossen. In Verbindung mit der Wahrnehmung der Geschäftstätigkeit der EglG und den sich dort abzeichnenden Entwicklungsperspektiven wird von einem tragfähigen Bestand der Gesellschaft im Mittelfristzeitraum ausgegangen. Die Gesellschaft soll sich danach federführend für die Stadt Halle intensiv um gewerbliche Ansiedlungen im Star Park und auf sonstigen gewerblichen Flächen im Stadtgebiet kümmern.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Nowak, Andreas	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 07.03.2014, seit 23.04.2014 Vorsitzender)
	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	(bis 07.03.2014)
	stellv. Vorsitzender	Schenkel, Roger	(verstorben am 09.12.2014)
		Ahrens, Steffen	(seit 23.07.2014)
		Bossmann, Claus Peter	
		Dr. Esche, Matthias	(bis 15.01.2014)
		Dr. Fikentscher, Rüdiger	
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	(bis 16.07.2014)
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Krischok, Marion	
		Loeser, Tony	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Prof. Dr. Antz, Christian
Sund, Sven

(bis 15.05.2014)
(seit 16.01.2014)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	10	7	8

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	6.406	85	6.212	95	7.777	95	194	3
Umlaufvermögen	1.156	15	330	5	445	5	826	251
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	2	0	0	0

Bilanzsumme	7.562	100	6.542	100	8.224	100	1.020	16
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.084	14	1.217	18	2.064	25	-133	-11
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	5.315	70	4.307	66	5.554	68	1.008	23
Rückstellungen	436	6	373	6	439	5	63	17
Verbindlichkeiten	725	10	644	10	154	2	81	13
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	1	0	13	0	1	100

Bilanzsumme	7.562	100	6.542	100	8.224	100	1.020	16
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	361	396	730
sonstige betriebliche Erträge	607	1.867	1.180
Materialaufwand		-3	0
Personalaufwand	266	265	241
Abschreibungen	334	500	667
sonstige betriebliche Aufwendungen	488	2.312	873
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	2	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-121	-813	126
außerordentliche Aufwendungen		5	
außerordentliches Ergebnis		-5	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0		
sonstige Steuern	12	29	36
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-133	-847	90
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-133	-847	90

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-36,82	-213,65	12,29	%
Eigenkapitalrentabilität:	-10,93	-41,04	4,55	%
Cash-Flow:	201	-347	757	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	242	754	382	T€
Personalaufwandsquote:	27,48	11,70	12,60	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	84,71	94,96	94,56	%
Eigenkapitalquote:	14,33	18,60	25,10	%
Fremdkapitalquote:	85,67	81,40	74,90	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
vermietbare Fläche	3.700,00	3.700,00	6.432,90	m ²
Auslastung	97,90	92,80	94,10	%

e) Lagebericht**I. Darstellung des Geschäftsverlaufs****1. Gesamtentwicklung**

Das Geschäftsjahr 2014 wurde wesentlich durch Vermietung der noch nutzbaren Flächen (ca. 3.700 m²), die Erarbeitung und Abstimmung eines Konzepts zur „Fortführung des Mitteldeutschen Multimediazentrums“ sowie durch die Neuausrichtung der Gebäudestruktur geprägt. Trotz der Einschränkungen im laufenden Betrieb, welche durch die begonnenen Bauarbeiten verursacht wurden, war es möglich, eine hohe Auslastungsquote bei der Vermietung von Büroeinheiten zu halten. Die Mieter des Gebäudes wurden auf speziellen Informationsversammlungen, schriftlich und per Email über die jeweils aktuelle Planung und die als nächstes anstehenden Maßnahmen in Kenntnis gesetzt.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt lag in der Planung und Beantragung des ersten Projektabschnittes zum Wiederaufbau des Mitteldeutschen Multimediazentrums. Das Hauptaugenmerk lag in diesem Zusammenhang auf der Wiederherstellung der Kinomischung und der entsprechenden Peripherie. Ebenso wurden die zukünftigen Haustechnikbereiche in die hochwassersichere Ebene 0 (Plateau) geplant.

Zur Bewilligung der zugesagten Fördermittelgeber war es erforderlich, Statik- und Schadensgutachten zu erstellen, eine Wirtschaftlichkeitsanalyse durchzuführen und Standortfragen zu klären. Die hohe Komplexität der einzelnen Maßnahmen und der enge Zeitrahmen erforderten mehrere Abstimmungen mit dem Fördermittelgeber und den nachgeordneten Prüfinstanzen.

Der Aufsichtsrat hat in insgesamt vier ordentlichen und vier außerordentlichen Sitzungen die Entwicklung des Mitteldeutschen Multimediazentrums begleitet und die Geschäftsführung unterstützt und beraten. Neben Beratungen zu den einzelnen Maßnahmen, wurde das Konzept zur Fortführung des Mitteldeutschen Multimediazentrums verabschiedet.

Der Jahresabschluss 2014 schließt bei einer Bilanzsumme von 7.562.464,57 Euro und mit einem Jahresdefizit von 133.047,27 Euro ab. Als Ursachen für das Jahresdefizit sind die hochwasserschadensbedingt fehlenden Umsätze aus der Kinomischung, der Tiefgarage, dem Veranstaltungsbereich und der eingeschränkten Vermietung zu benennen. Umsatzerlöse konnten demzufolge nur aus der Vermietung von Büroräumen erzielt werden, die nicht vom Hochwasser betroffen waren. Dieser Situation wurde mit einer konsequenten Kostenreduzierung entgegengetreten.

Das Ergebnis 2014 wird durch den bewilligten Verwaltungskostenzuschuss von 170.000 Euro seitens der Gesellschafterin begünstigt.

Am Ende des Geschäftsjahres beschäftigte die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH fünf Personen. Davon ist eine Mitarbeiterin zu 100 Prozent über die Mitteldeutsche Medienförderung und die Investitionsbank Sachsen – Anhalt kofinanziert und ausschließlich für den Film Commission Service Sachsen-Anhalt tätig. Der seit 01.01.2013 bestehende und ursprünglich auf zwei Jahre befristete Vertrag, wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2015 verlängert. Ein weiterer befristeter Arbeitsvertrag (01.08.2014 – 31.01.2015) bestand mit einer geringfügig Beschäftigten zur Unterstützung des Projektes science2media. Die Finanzierung erfolgt ebenfalls über Projektmittel.

Das gewährte Gesellschafterdarlehen (Flutsoforthilfe) in Höhe von 500 TEUR konnte bisher nicht zurückgezahlt werden. Grund hierfür ist die im Wirtschaftsplan 2015 ff. aufgezeigte Liquiditätslücke in Höhe von 700 TEUR, bis zur vollständigen Wiederherstellung des MMZ. Eine entsprechende Information erfolgte auf der vierten ordentlichen Sitzung des Aufsichtsrates der Gesellschaft am 11. November 2014.

1.1. Ertragslage

Aufgrund der fehlenden Umsatzsäulen Tiefgarage (Vorjahr 34 TEUR) und Kinomischung (Vorjahr 19 TEUR) beziffert sich der Gesamtumsatz im Jahr 2014 auf 361 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht dies einer Reduzierung von 35 TEUR (Vorjahr 396 TEUR). Dennoch konnten die Umsätze aus der Vermietung von Büroräumen erhöht werden, da die Auslastungsquote höher lag als im Jahr 2013.

Der Verwaltungskostenzuschuss in Höhe von 170 TEUR hat wesentlich zur Sicherung der Gesellschaft beigetragen.

Die Abweichung im Jahresvergleich bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen begründet sich hauptsächlich durch den massiven Hochwasserschaden in 2013, an den technischen Anlagen und die dadurch bedingte Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse.

Durch die Verluste beim Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens im Vorjahr ergibt sich im Jahr 2014 in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ebenfalls eine hohe Abweichung.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 133.047 Euro.

1.2. Finanzlage

Im Berichtsjahr 2014 erhöht sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit um TEUR 299,2 auf TEUR 79,9 (Vorjahr -219,3 TEUR).

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-528 TEUR) lag um 43 TEUR unter dem Vorjahreswert (-571 TEUR).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit erhöhte sich um 618,9 TEUR (Vorjahr 650,3 TEUR) auf TEUR 1.269,2 und speist sich aus Einzahlungen von Investitionszuschüssen von TEUR 969,2 (Vorjahr TEUR 0) und Einzahlungen von Versicherungserstattungen von TEUR 300 (Vorjahr TEUR 150).

Die Zahlungsmittel waren mit 1.062 TEUR gegenüber dem 31. Dezember 2013 um 820,9 TEUR höher.

Aufgrund des laufenden Verwaltungskostenzuschusses in Höhe von 170 TEUR ist die Gesellschaft in der Lage das laufende operative Geschäft weiter zu gewährleisten. Die Gesellschaft konnte somit ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

1.3. Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahr 2013 erhöht sich die Bilanzsumme um 1.020 TEUR auf 7.562 TEUR.

Im langfristigen Vermögen erhöhen sich die Sachanlagen im Wesentlichen durch den Wiederaufbau. Investitionen wurden in Höhe von 512 TEUR getätigt, welche hauptsächlich Architekten-, Planungs- und Projektsteuerleistungen für den ersten Projektabschnitt beinhalten.

Im kurzfristigen Vermögen führen die weitere Akontozahlung der Versicherung in Höhe von 300 TEUR und der 1. Mittelabruf „Aufbauhilfe Hochwasser“ zur Erhöhung des Kassenbestandes auf 1.061 TEUR.

Der Rücklagenanteil Sonderposten erhöht sich durch die Zuführung des Sonderpostens „Aufbauhilfe Hochwasser“ in Höhe von 918 TEUR. Inklusive der Auflösung für bereits geförderte Anlagegüter beträgt der Sonderposten zum Jahresende 5.316 TEUR (Vorjahr 4.306 TEUR).

Die Rückstellungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr (373 TEUR) um 63 TEUR auf 436 TEUR. Insbesondere die Rückstellung für Betriebs- und Nebenkostenerstattungen 2014 sowie die Rückstellungen für sonstige Kosten führen zu dieser Erhöhung.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten steigen gegenüber dem Vorjahr (644 TEUR) um 81 TEUR. Grund hierfür ist ein Bescheid über die Erhebung des Straßenausbaubeitrages für die Sanierung der Mansfelder Straße in Höhe von 157.336,42 Euro. Die Gesellschaft hat diesbezüglich einen Erlassantrag bei der Stadt Halle (Saale) gestellt.

2. Nachinvestitionen zur Gebäudeoptimierung und Entlastung der betriebs-wirtschaftlichen Situation im MMZ

Für die Neuordnung der Räumlichkeiten im MMZ sind die gebäudetechnischen Anlagen entsprechend herzurichten. Hierfür haben die Fachplaner ein technisches Konzept erarbeitet. Die Experten waren angehalten, die neu zu installierende Haustechnik bedarfsorientiert zu konzipieren. Im 1. Projektabschnitt erhält die Kinotonmischung eine autarke Versorgung mit Kälte und Lüftung über das Kubusdach.

Grundsätzlich besteht die Anforderung, soweit technisch möglich, alle haustechnischen Anlagen aus den, durch das Hochwasser 2013 betroffenen, Untergeschossen zu entfernen und die neuen Installationen in der ehemaligen Cafeteria und den angrenzenden Nebenräumen vorzunehmen. Ergänzend wurde mit dem beauftragten Architekturbüro die räumliche Struktur überarbeitet und angepasst. Im Zuge der Wiederherstellung sollen die Foyer – und Nebenflächen reduziert und die Produktions- bzw. Veranstaltungsflächen konzentriert werden. Zielstellung ist dabei die nachhaltige Reduzierung der Bewirtschaftungskosten.

3. Vermietungsgeschäft

Die Nachfrage nach Büroräumen im Mitteldeutschen Multimediazentrum im Jahr 2014 war wie auch im Vorjahr sehr hoch. Insbesondere die Vermietung von kleinen Büroeinheiten (ca. 20 m²) erfreute sich ungebrochen großer Beliebtheit. Erfreulicherweise konnte die Auslastungsquote trotz der begonnenen Bauarbeiten konstant hoch gehalten werden. Obwohl weiterhin große Teile der vermietbaren Fläche fehlen, stehen dem MMZ aktuell ca. 3.700 m² vermietbare Fläche zur Verfügung. Die durchschnittliche Leerstandsquote im Berichtszeitraum 2014 beträgt 2,1 %.

3.1. Arbeits- und Büroflächen

Büro – und Arbeitsflächen von ca. 3.600 m² stehen aktuell nur in den Obergeschossen des Schwebekörpers und des Kubus zur Verfügung. Unter Berücksichtigung der reduzierten Fläche, lag die Auslastung im Geschäftsjahr 2014 dennoch bei durchschnittlich 97,9%. Dieser Wert entspricht einer Erhöhung von 5,1 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2013 (92,8%). Die durchschnittlichen Mieterlöse pro m² konnten gegenüber dem Vorjahr (4,09 Euro) um 0,23 Euro auf 4,32 Euro angehoben werden. Die Steigerungen begründen sich insbesondere durch den Abschluss von Staffelmietverträgen und den ganzjährigen Mietbetrieb (keine Mietminderungen durch Schließung des Zentrums).

3.2. Produktionsbereiche

Im Berichtszeitraum konnten keine Umsätze durch die Vermietung von Studioflächen generiert werden. Sämtliche Studio- und Produktionsflächen waren im Jahr 2014 nicht nutzbar bzw. nach wie vor vom Hochwasser 2013 zerstört. Der Wiederauf- und Umbau der Produktionsbereiche startete im September des Berichtjahres. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme ist für Mitte 2015 avisiert.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche

Der Gesellschaft standen im Jahr 2014 – mit Ausnahme des Panoramasaals (ca. 100 m²) – keine Veranstaltungsräume zur Verfügung. Die übrigen Räume in der Ebene 0 (Plateau) wurden mit der Realisierung des ersten Bauabschnittes umfunktioniert: Der ehemalige Konferenzraum beherbergt künftig diverse Anlagen der Haustechnik. Im ehemaligen Kongresssaal entstehen neue Arbeitsräume und ein Grading-Studio zur Bildbearbeitung. Der Mehrzwecksaal (ehemals Kino) wird ebenfalls umgebaut und dient ferner als Kinomischung (Multifunktionsstudio Bild + Ton).

3.4. Cafeteria

Das Mietverhältnis mit dem ehemaligen Gastronom des Cafe Mat`s wurde bereits im Dezember 2013 gelöst. Die Flächen der ehemaligen Cafeteria dienen künftig als hochwassersichere Kälte-, Wärme- und Lüftungszentrale. Aufgrund der Vielzahl von gastronomischen Einrichtungen, im unmittelbaren Umfeld des Gebäudes, wird beim Wiederaufbau des MMZ auf die Errichtung einer neuen Cafeteria verzichtet. Lediglich der Veranstaltungsbereich erhält einen Vorbereitungsraum für Konferenzen mit gastronomischer Betreuung.

3.5. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Im Berichtszeitraum konnten keine Umsätze durch den „Betrieb“ der Tiefgarage erzielt werden, da diese infolge des Hochwassers 2013, nach wie vor nicht nutzbar ist. Eine Wiederinbetriebnahme ist erst mit Umsetzung des zweiten Projektabschnitts möglich.

4. Netzwerk- und Projektarbeit

Die Netzwerk- und Projektarbeit im Jahr 2014 war maßgeblich durch die Beteiligung in der science2media Initiative geprägt. Die Gesellschaft übernahm in diesem Zusammenhang vor allem Aufgaben der Koordination, der inhaltlichen Recherche und der Akquise weiterer Partner. Zur Bewältigung dieser Aufgaben stand zusätzlich eine studentische Aushilfe zur Verfügung, welche zu 100 Prozent über Projektmittel finanziert wurde.

Höhepunkte der Aktivitäten waren ein gemeinsamer Messeauftritt der Gesellschaft auf der „Wissenswertes 2014“ in Magdeburg, die 3. MMZ-Media-Lounge unter dem Motto „Wissenschaft trifft Medien“ auf dem halleschen Weinbergcampus und eine science2media Tour in Halle für ca. 30 Journalisten und Multiplikatoren. Projektpartner waren u.a. die Univations GmbH, die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, der Mitteldeutsche Rundfunk, der Verein science2public, das hallesche Fraunhofer Institut, die Stadt Halle und die Martin-Luther Universität.

Am Ende des Berichtjahres zeichnete sich bereits ab, dass die science2media Initiative im Jahr 2015 fortgesetzt wird und entsprechende Folgeprojekte generiert werden konnten.

Durch die Begleitung des Projekts konnte die Gesellschaft ortsansässige Medienunternehmen präsentieren und mit Unteraufträgen beteiligen sowie neue Beziehungen aufbauen. Darüber hinaus konnten kostenintensive Netzwerkevents wie die MMZ Media Lounge vollständig querfinanziert werden.

Neben dem Engagement im science2media Projekt wurde auch die Netzwerk- und Vereinsarbeit fortgesetzt und vertieft. Die Gesellschaft engagiert sich nach wie vor im Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA], in der International Academy of Media and Arts e.V. [IAMA], im Sachsen-Anhalt Medien e.V. [SAM] und dem Bundesverband mittelständische Wirtschaft [BVMW]. Darüber hinaus wurden zahlreiche Projekte und Initiativen von Kooperationspartnern wie der Univations GmbH, den Wirtschaftsjunioren Halle (Saale) e.V., dem Department für Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther Universität Halle - Wittenberg, der Studio Halle GmbH oder des Campus Contact Halle e.V. unterstützt.

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung

Im Zuge der Planungen, zum Wiederaufbau des Gebäudes, bietet sich die Möglichkeit diverse Optimierungsmaßnahmen umzusetzen. Die Grundlage dafür sollen sowohl Erkenntnisse aus den letzten sechs Betriebsjahren als auch aktuelle und künftige Entwicklungen in der Medienbranche bilden. In diesem Zusammenhang wurde der Arbeitskreis Medienwirtschaft in Halle (Saale) initiiert. Mitglieder des Gremiums waren Vertreter unterschiedlicher Institutionen und Teilbranchen der Medien- und Kreativwirtschaft in und aus Halle (Saale). Ziel des Arbeitskreises war es, Impulse für eine Konzeption zu geben, welche die inhaltlichen Schwerpunkte der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH definiert. Die Arbeitsgrundlage bildeten bereits gefasste Beschlüsse des Aufsichtsrates der Gesellschaft und des Stadtrates. Darüber hinaus erfuhr das Expertengremium regelmäßige Unterstützung aus dem Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale).

Vor diesem Hintergrund wurde im Berichtsjahr ein Konzept „zur Fortführung des MMZ“ erarbeitet, welches am 11. November 2014 durch die Mitglieder des Aufsichtsrates bestätigt wurde. Die wesentlichen Punkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Wiederherstellung des Kinoton- und Bildbearbeitungsstudios bis Mitte 2015
 - o Umsetzung neuester Standard Dolby Atmos Premier als erste Mischung in Deutschland
 - o Möglichkeit der Nutzung der Kinomischung durch Bild- und Tonbearbeitung – somit Auslastungsoptimierung
 - o Konzentration der kompletten Postproduktionskette
- Erweiterung der vermietbaren Fläche, durch Reduktion von Nebenflächen und Schaffung von Ersatzflächen
 - o Bedarfsanpassung und Modernisierung von technischen Anlagen, dadurch Reduzierung der Nebenkosten, sowohl für Mieter als auch für die Gesellschaft
 - o moderate Erhöhung des Kaltmietpreises ohne Steigerung der Gesamtmiete möglich
 - o Schaffung von Probenräumen und Coworkingbereichen
- Erweiterung der Tiefgaragenkapazität
 - o Schaffung von ca. 20 zusätzlichen Stellplätzen für PKW
 - o Schaffung von Stellplätzen für Krafräder
- Optimierung des Veranstaltungskonzeptes
 - o Erweiterung auf eine Kapazität von bis zu 300 Personen
 - o Flexible Raumgestaltung durch mobile Wände
 - o Konzentration im ersten Untergeschoss mit Zugang zur Außenfläche an der Saale
 - o Nutzung der positiven Effekte durch innerstädtischen Bootsanleger
 - o Kooperation mit Hotels, Händelhalle und weiteren Partnern

Als unterstützende Funktionen wird die Gesellschaft auch weiterhin die Vernetzung von strategischen Partnern und die Bildung von Allianzen unterstützen. Dazu gehören auch die Existenzgründerberatung und das Herstellen von Erstkontakten. Zusätzlich wird die Projektarbeit weiter mit dem Ziel betrieben, das MMZ und den Standort Halle (Saale) langfristig als erfolgreichen Medienstandort zu etablieren und zu stabilisieren.

2. Vermietungsgeschäft

Mit einer Fokussierung auf die Teilbranchen Filmwirtschaft, Software- Online- Segment und Grafik- und Kommunikationsdesign, wird das Mitteldeutschen Multimедiazentrum sein Profil weiter schärfen und insbesondere den Wachstumsbranchen den notwendigen Raum zur Entwicklung geben. Der Schwerpunkt in der Vermietung wird weiterhin darin liegen, den Bedarf an kleinteiligen Büroflächen von ca. 20 m² zu decken. In diesem Zusammenhang sind nach wie vor die Förderrichtlinien der Europäischen Union zu beachten. Diese sehen vor, dass die Vermietungsdauer auf höchstens acht Jahre begrenzt ist. Demnach werden auch in den kommenden Jahren weitere Mieter das Mitteldeutsche Multimедiazentrum Halle verlassen müssen. Allerdings wurden hier seitens des Fördermittelgebers die Restriktionen gelockert, sodass eine längere Mietdauer unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist. Entsprechende Anträge werden in Abstimmung mit den Mietern bei der Investitionsbank Sachsen – Anhalt eingereicht. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Entwicklung der Filmförderung in Mitteldeutschland, da diese einen maßgeblichen Einfluss auf die Auslastung der Postproduktionsbereiche im MMZ hat.

3. Bewirtschaftung der Immobilie

Die Themen Hochwasserschutz, Wiederherstellung der Infrastruktur und Optimierung des Geschäftsbetriebes werden in den kommenden Jahren weiterhin eine zentrale Rolle für das Mitteldeutsche Multimедiazentrum spielen und somit auch einen großen Einfluss auf die Wiederherstellung der Immobilie haben. Durch die Um- und Wiederaufbaumaßnahmen können zahlreiche Optimierungen und Modernisierungen realisiert werden, die sich künftig positiv auf die Bewirtschaftungskosten auswirken sollten.

Durch die verstärkte Einbindung in den Konzern Stadt ergeben sich zudem Kooperationsmöglichkeiten und Synergieeffekte, von denen die Gesellschaft ebenfalls profitieren kann. Vorgegebenes Ziel ist es, die Immobilie künftig ohne städtische Zuschüsse bewirtschaften zu können.

4. Aus der Investitionstätigkeit resultierende betriebswirtschaftliche Risiken

Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Der seit 2008 anhängige Rechtsstreit mit dem Architektenbüro ist bisher nicht durch das Gericht entschieden worden. Das klagende Architektenbüro fordert nach nochmaliger Korrektur (Juni 2012), eine Schlusszahlung in Höhe von nunmehr 527.462 Euro zzgl. acht Prozentpunkte Zinsen über dem Basiszinssatz, seit dem 10. November 2006. Die MMZ Mitteldeutsche Multimедiazentrum Halle (Saale) GmbH geht, nach intensiver Prüfung der Resthonoraransprüche des Architekten, weiterhin von einer Überzahlung in Höhe von 245.000 Euro aus. Konsequenterweise hat die Gesellschaft diese Ansprüche widerklagend geltend gemacht. Ende Februar 2014 wurde hierzu das 3. Nachtragsgutachten vom gerichtlich bestellten Gutachter vorgelegt. Da hieraus keine weiteren neuen Erkenntnisse vorlagen, wurde eine nochmalige Prüfung und Bewertung durch die Obermeyer Projekt Management GmbH nicht beauftragt. Es bleibt ferner die richterliche Entscheidung abzuwarten.

Die Widerklage wurde bereits im Dezember 2011, um die Mängelbeseitigungskosten in Höhe von 204.739,77 nebst Zinsen und Rechtsanwaltskosten, aus dem selbstständigen Beweissicherungsverfahren, in Bezug auf die mangelhaften Kippfenster im Gebäudeteil Schwebekörper, ergänzt. Der gerichtlich bestellte Gutachter hatte Anfang 2013 das 3. Nachtragsgutachten vorgelegt. Weitere Fragen konnten zum Anhörungstermin des Sachverständigen am 18. Juli 2013 beantwortet werden. Der Sachverständige war mit Termin 30.04.2014 angehalten, die erörterten Fragestellungen nochmals schriftlich festzuhalten. Aufgrund einer schweren und langen Erkrankung des Sachverständigen liegt zum Berichtszeitpunkt noch keine Beantwortung der Fragen vor.

Die Verfahrensgesamtdauer lässt sich insgesamt nach Einschätzung der Rechtsvertretung nicht absehen. Ebenso sind Verhandlungen zu einem möglichen Vergleich bisher nicht zustande gekommen.

Straßenausbaubeitrag Mansfelder Straße

Am 12. Mai 2014 ging ein Bescheid des Straßen- und Tiefbauamts der Stadt Halle (Saale) ein, in welchem die Gesellschaft aufgefordert wurde einen Straßenausbaubeitrag, für den „Ausbau der Verkehrsanlage Mansfelder Straße zwischen Schieferbrücke und Ankerstraße“, in Höhe von 157.336,42 EUR zu zahlen. Die Gesellschaft verfügt über keine Rücklagen, um diese Kosten zu übernehmen. Daher wurde am 22. Mai 2014 ein Antrag auf Erlass der Beitragsschuld gestellt. Am 10. Juni 2014 wurde seitens Fachbereichs Bauen der Stadt Halle (Saale) mitgeteilt, dass der Erlassantrag eingegangen sei und derzeit geprüft werde. Am Ende des Berichtszeitraumes lagen keine neuen Erkenntnisse zum Stand des Prüfverfahrens vor. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind über den Vorgang informiert worden.

III. Besondere Vorgänge nach dem Abschlussstichtag

Wesentliche Vorgänge nach dem Abschlussstichtag haben sich nicht ereignet.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
 Marktplatz 13
 06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Voß, Stefan

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	59	20	64	19	44	13	-5	-8
Umlaufvermögen	223	78	259	75	281	86	-36	-14
Rechnungsabgrenzungsposten	5	2	20	6	4	1	-15	-75

Bilanzsumme	287	100	343	100	329	100	-56	-16
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	125	44	127	37	135	41	-2	-2
Rückstellungen	73	25	73	21	77	23	0	0
Verbindlichkeiten	89	31	143	42	117	36	-54	-38
Rechnungsabgrenzungsposten			0	0	0	0	0	0

Bilanzsumme	287	100	343	100	329	100	-56	-16
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	764	530	589
sonstige betriebliche Erträge	1.169	1.164	1.211
Materialaufwand	284	173	174
Personalaufwand	767	756	747
Abschreibungen	27	16	11
sonstige betriebliche Aufwendungen	857	757	844
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2	-7	24
sonstige Steuern	0	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2	-8	23
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2	-8	23

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,30	-1,43	3,95	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,82	-5,61	20,88	%
Cash-Flow:	25	8	35	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	85	77	78	T€
Personalaufwandsquote:	39,67	44,66	41,51	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	16,52	13,54	10,62	%
Eigenkapitalquote:	43,55	37,11	40,96	%
Fremdkapitalquote:	56,45	62,89	59,04	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	15,00	15,00	10,00	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	63,00	59,00	64,00	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	34.290,00	31.035,00	34.961,00	Anzahl

e) Lagebericht

Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) fokussierte im Geschäftsjahr 2014 die Tourismusförderung, d. h. die Akquise von Reiseveranstaltern, Reisejournalisten und Individualreisenden, das Wissenschaftsmarketing sowie Besucherbefragungen zu den Internationalen Händel-Festspielen und zum Festival „Women in Jazz“. Die bundesweite und z. T. internationale Kampagnen-Führung zur Profilierung der Händelstadt Halle (Saale) vollzog sich übers schlagkräftige Netzwerk der „Kulturhüuptlinge“ (www.nurbeiuns.de), das die größten Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen der Stadt bündelt (Franckesche Stiftungen, Stiftung Händel-Haus, Stiftung Moritzburg Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Landesmuseum für Vorgeschichte, Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle sowie Theater, Oper und Orchester GmbH). Ferner vermarktete die SMG die Händelstadt Halle in den Zielmärkten Niederlande, Österreich und Schweiz über das Netzwerk „Stadtsprung“, das sieben touristische Leuchttürme Sachsen-Anhalts (Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau, Naumburg, Quedlinburg, Halberstadt, Wernigerode) umfasst.

Neben und unter der Dachmarke „Halle Saale Händelstadt“ mit deren klar fixiertem und unverwechselbarem Profil hat die SMG 2014 zugleich die Bewerbung zum „UNESCO-Welterbe“ sowie das unverwechselbare Image der Franckeschen Stiftungen medial und emotional beworben, hier vor allem die Partizipation der Bürger, Studenten, ortsansässigen Unternehmen und Touristen an der UNESCO-Bewerbung gestärkt und vermarktet, was zur Identifikation und zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Bewerbung zum „UNESCO-Welterbe“ beiträgt.

Außerdem hat die SMG mit der Martin-Luther-Universität (MLU) als Gesellschafterin der SMG die bestehenden Kooperationen mit der Stadt Halle (Saale) und der SMG im Hochschulmarketing weiter entwickelt – ob mit dem Uni-Shop in der Tourist-Information, dem gemeinsamen Uni-Seminar (ASQ; diesmal mit den Franckeschen Stiftungen und dem Maja Mare), Studienbotschaftern, Kooperationen zur „Langen Nacht der Wissenschaften“, Begleitprogrammen zum Hochschulinformationstag oder dem „Welcome-Day“ auf dem Laternenfest.

Im Aktiv-, Natur- und Wassertourismus beteiligte sich die SMG an der Seite der Stadt Halle (Saale) aktiv am tourismuswirtschaftlichen Gesamtkonzept für die Gewässerlandschaft Mitteldeutschland, das wesentliche Handlungsempfehlungen und Trends für die tourismuswirtschaftliche Infrastruktur für Halle und die Region aufzeigt sowie die aktiv-, natur- und wassertouristische Bedeutung der Stadt Halle und der Saale als Naherholungsgebiet für Kanuten, Ruderer, Motorboote, Wassertaxis, Spaziergänger, Jogger, Radler, Schwimmer oder Fahrgastschiffe stärken wird.

Die Ankünfte und Übernachtungszahlen in Halle (Saale) haben sich 2014 abermals signifikant gesteigert. Waren es 2008 noch 285.800 Übernachtungen im Jahr, kam die Stadt Halle (Saale) 2014 auf 391.000 Übernachtungen – ein Zuwachs von 105.000 Übernachtungen binnen sechs Jahren bzw. von 33.500 Übernachtungen (+9,3 %) gegenüber dem Vorjahr. Damit verzeichnet die Stadt Halle (Saale) die größten Zuwächse einer Stadt in Sachsen-Anhalt neben Dessau-Roßlau (+11,2 %) und Stendal (+11,1 %). Zählt man die vom Statistischen Landesamt gesondert berechneten und von der SMG mitvermarkteten Hotels an Halles Peripherie hinzu, kommt die Stadt Halle sogar auf 610.115 Übernachtungen – 40.320 mehr als die Stadt Magdeburg – und wäre alleiniger Rekordhalter.

Das Zusammenspiel von Aktiv-, Natur-, Kultur- und Wissenschaftstourismus ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für den Wirtschafts-, Technologie- und Wissenschaftsstandort Halle. Allein der von der dwif auf Basis touristischer Aufenthaltstage und Ausgaben errechnete Brutto-Umsatz beläuft sich auf ca. ein Drittel des Haushaltsvolumens der Stadt Halle (Saale).

Überblick über Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Berichtsjahr 2014

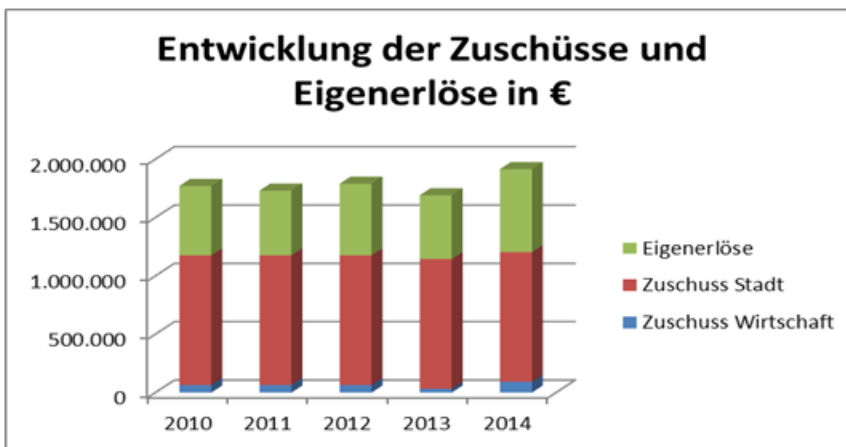
Der aus dem Jahresabschluss 2013 resultierende Gewinnvortrag von 102.200,01 Euro wurde 2014 auf neue Rechnung vorgetragen. Die Höhe des institutionellen Zuschusses der Stadt Halle (Saale) blieb unverändert bei 1.111.300,00 Euro. Auf der Mitgliederversammlung des „Fördervereins Pro Halle e.V.“ am 11. November 2013 wurden die Art und Höhe des Zuschusses an die SMG neu geregelt. Seit 2014 erhält die SMG einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 5.000,00 Euro und einen projektbezogenen Förderbetrag von 65.000,00 Euro brutto (54.621,85 Euro netto). Zusätzlich wurden vom Förderverein Pro Halle e.V. die in 2013 nicht gezahlten 32.500,00 Euro institutioneller Zuschuss nachgezahlt. Die Umsatzerlöse der SMG entwickelten sich in 2014 auf 144,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr und – zwecks Vergleichbarkeit ohne Projektzuschuss von Pro Halle – auf 133,8 Prozent zum Vorjahr.

Großen Anteil an den Umsatzerlösen hatten die Einnahmen aus Stadtführungen und Gruppentouristik, die mit 167,10 Prozent (309.142,88 Euro) weit über dem Plan 2014 lagen und sich gegenüber dem Vorjahr auf 130,25 Prozent entwickelten. Selbiges gilt für die Verkaufserlöse in der Tourist-Information. Diese entwickelten sich gegenüber dem Vorjahr auf 118,55 Prozent (ein Plus von 21.030,80 Euro) – und dies trotz zeitweiligem Umbau der Tourist-Information von einem Ausweichcontainer aus. Seit 2014 bietet die Tourist-Information das Sortiment des Uni-Shops an, welches zur Erhöhung der Verkaufserlöse beitrug.

Stark gestiegen sind die Marketingerlöse. Die Erlöse aus projektbezogenen Maßnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahr auf 136,14 Prozent und die Erlöse aus „sonstiger Werbung“ auf 201,39 Prozent. Diese Entwicklung lässt sich jedoch nicht von Jahr zu Jahr fortsetzen. Die Marketingerlöse sind stark abhängig von Art und Umfang der Projekte. Die geplanten Erlöse aus Messebeteiligungen wurden im Jahr 2014 mit 1.500,00 Euro übererfüllt und damit das Vorjahresniveau in etwa gehalten.

Bei Erstellung des SMG-Wirtschaftsplans für 2014 war noch unklar, wann der Uni-Shop seinen Mietvertrag in der Tourist-Information auflösen würde. Die geplanten Erträge aus Mieteinnahmen für den Uni-Shop in 2014 waren nicht zu erreichen, da der Untermietvertrag bereits Ende 2013 endete.

Insgesamt konnte die SMG die geplanten Einnahmen (Zuschüsse und Eigenerlöse) im Sinne der Erfolgsplanung in Höhe von 1.686.100,00 Euro mit 1.914.830,50 Euro übererfüllen. Dies sind 113,57 Prozent zum Plan.



Auf der Ausgabenseite

Die Personalkosten für fest angestellte Mitarbeiter wurden mit 95,82 Prozent sowie für Pauschalkräfte mit 81,89 Prozent eingehalten. Seitens der MLU erhielt die SMG einen Personalkostenzuschuss in Höhe von 13.815 EUR netto, da das Angebot des Uni-Shops (Beratungs- und Verkaufstätigkeit) vom Team der Tourist-Information übernommen wurde. Der Zuschuss floss hälftig in die Kostenstellen Personalkosten für fest angestellte Mitarbeiter und Pauschalkräfte. Die Kosten für den Wareneinkauf fielen – bedingt durch die über dem Plan liegenden Erlöse – auch höher aus.

Fazit nach einem Jahr nach Übernahme des Uni-Shop-Sortiments: Die Höhe der Einkaufspreise für dieses Sortiment muss nachverhandelt werden. Die Gewinnmargen sind unverhältnismäßig gering und drücken den Gesamtgewinn der Tourist-Information. Die Verkaufspreise lassen sich vor allem für die textile Ware nicht weiter erhöhen. Die Ausgaben für gruppentouristische Leistungen sind ebenfalls abhängig von den Erlösen. Da die Erlöse weit über der Plangröße lagen, überstiegen auch die Kosten die geplante Größe. Dennoch zeigte die Gewinnentwicklung im Bereich Gruppentouristik einen Abwärtstrend in 2014. Die Ursachen dafür:

- Die Kosten eines unserer Gästeführer wurden bisher aus den Personalkosten gezahlt, da dieser bis zum Renteneintritt fest angestellt war. Nach seinem Ausscheiden gehen die Buchungskosten nun zu Lasten der Gruppentouristik;
- zusätzliche Kosten für Werbung bei der Markteinführung des Halle-Express;
- Wegfall der Umsatzerlöse und des Gewinns für die tägliche 16-Uhr-Führung auf die Hausmannstürme, Führungen auf den Roten Turm und auf die Oberburg Giebichenstein, die vom Stadtmuseum Halle übernommen wurden.

Die Ausgaben für Miete und Raumnebenkosten liegen im geplanten Rahmen. Die vom Vermieter des Marktschlösschens rückwirkend (1.04.2011 bis 1.08.2013) geforderte Mietpreiserhöhung in Höhe von 8.475,54 EUR wurden noch immer nicht eingezogen und daher als Rückstellung erfasst. Bedingt durch Lohnsteigerungen in der Reinigungsbranche wurden die Kosten für Reinigung und Abfallbeseitigung leicht überschritten. Die Ausgaben für Energie, Versicherungen, Beiträge/Abgaben, Messe, Leasing, Dienstreisen, Kfz, Porto/Telefon, Büromaterial und Weiterbildung erfolgten im geplanten Rahmen. Die über dem Plan getätigten Investitionen für den Umbau der Tourist-Information wurden aus den zusätzlichen finanziellen Mitteln des Fördervereins Pro Halle e.V. (Restmittel aus 2013, welche erst 2014 zur Verfügung standen) gedeckt. Die erhöhten Ausgaben für projektbezogene Maßnahmen und sonstige Werbung (Plakate, Broschüren, Flyer usw.) korrespondierten mit den stark über dem Plan liegenden Einnahmen.

Die SMG schließt das Wirtschaftsjahr 2014 mit einem marginalen Jahresfehlbetrag von 2.315,44 Euro ab. Es besteht kein zusätzlicher Finanzbedarf aufgrund des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsführung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen vorgetragen. Einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der SMG gibt diese Übersicht mit Kennziffern der Jahre 2010 bis 2014:

Kennziffer/ Jahr	2014	2013	2012	2011	2010
Umsatzerlöse	764.000 €	530.000 €	589.000 €	486.000 €	581.000 €
sonstige betriebliche Erträge	1.169.000 €	1.164.000 €	1.211.000 €	1.208.000 €	1.194.000 €
Materialaufwand	284.000 €	174.000 €	174.000 €	142.000 €	108.000 €
Personalaufwand	767.000 €	757.000 €	747.000 €	722.000 €	724.000 €
Abschreibungen	27.000 €	16.000 €	12.000 €	14.000 €	11.000 €
sonst. betriebliche Aufwendungen	858.000 €	757.000 €	844.000 €	812.000 €	932.000 €
sonst. Zinsen u. ä. Erträge	1.000 €	2.000 €	0	1.000 €	0
Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-2.000 €	-7.000 €	24.000 €	5.000 €	1.000 €
sonst. Steuern	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-2.000 €	-8.000 €	23.000 €	4.000 €	1.000 €

Da sich das Jahresergebnis gegenüber 2013 verbesserte, gestaltete sich auch die Ertragslage gegenüber dem Vorjahr positiv und steht auf einer soliden Grundlage.

Kennzahlen der Ertragslage:

Kennziffer	2014	2013	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität	-0,30	-1,43	3,95	0,84	0,14	%
Eigenkapitalrentabilität	-1,82	5,61	20,88	3,82	0,77	%
Cash-Flow	25	8	35	18	12	T€

Die Kennziffer „Cash-Flow“ zeigt, dass die Selbstfinanzierungskraft der SMG gegenüber dem Vorjahr wieder gestiegen ist.

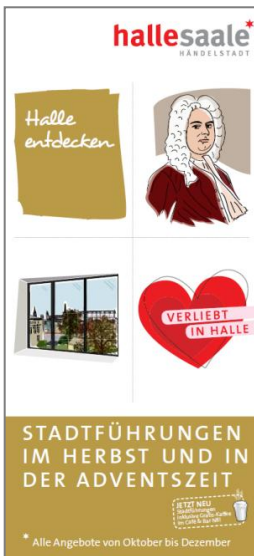
Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Kennziffer	2014	2013	2012	2011	2010
Sachanlagenintensität	16,52	13,54	10,62	11,83	8,28
Eigenkapitalquote	43,55	37,11	40,96	32,94	44,40
Fremdkapitalquote	56,45	62,89	59,04	67,06	55,60

Mit der steigenden Sachanlagenintensität 2014 steigt auch die zeitliche Bindung finanzieller Mittel. In der Regel steigen damit auch die Fixkosten. Die Erhöhung der Eigenkapitalquote gegenüber dem Vorjahr zeigt, dass der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital gestiegen ist. Damit ist der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital gesunken. Im Jahresabschluss sind alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge für das Jahr 2014 erfasst.

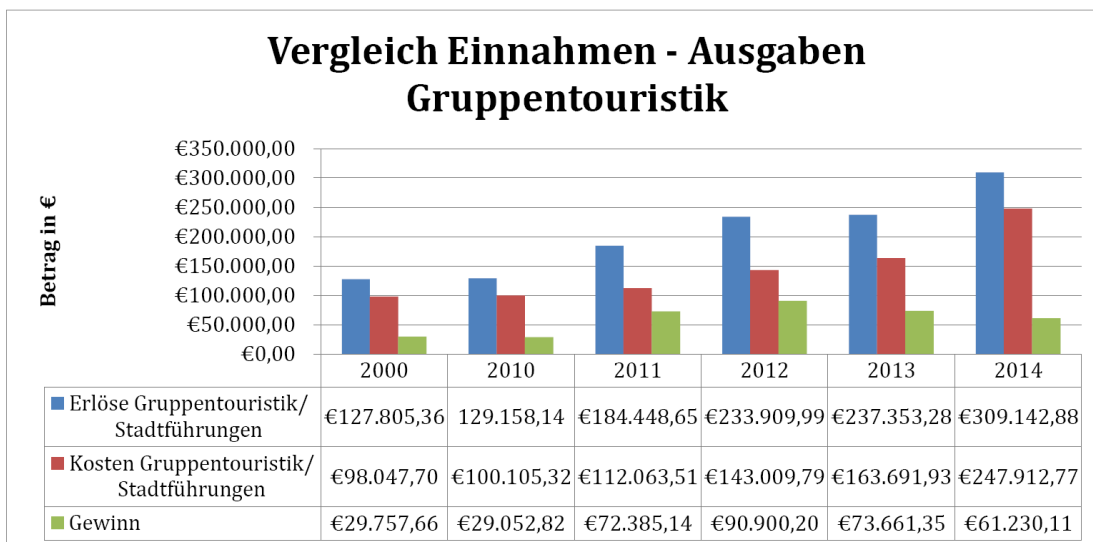
Tourismus

Die Erlöse für Stadtführungen und Gruppen-Arrangements stiegen 2014 mit 309.142,88 Euro um 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr (237.353,28 Euro). Effizienz und Wirtschaftlichkeit bei Produktentwicklungen und gruppentouristischen Angeboten werden stetig überprüft. Seit 2012 bündelt und bewirbt eine Angebotsbroschüre quartalsweise die saisonalen Führungsangebote der SMG und der touristischen Partner. Dadurch finden Kunden und Gäste der Stadt alle buchbaren Führungen der SMG und Partner aktuell und übersichtlich gelistet. Neue Stadtführungen gelangen so schnell in Vertrieb und Vermarktung, wie z. B. die Führungen „Wo Justitia zu Hause ist“, „Stadionführung“, „Nur Fliegen ist schöner...“ oder „In vino veritas“.



Die Kosten im Gruppentourismus (Stadtführungen) stiegen um 51 Prozent (2014: 247.912,77 Euro gegenüber 2013: 163.691,93 Euro). Die hohen Ausgaben 2014 beruhen im Wesentlichen darauf, dass viele Leistungsträger (u. a. Restaurant Lujah, Straßenbahnfreunde und HAVAG) ihre Preise 2014 angehoben haben und die SMG-Gästeführer seit 2014 10 bis 15 Prozent mehr Honorar für Führungen erhalten. Demgegenüber deckt das Stadtmuseum nunmehr die täglichen Führungen auf den Roten Turm, die 16-Uhr-Führung auf die Hausmannstürme und auf die Burg Giebichenstein ab, was Gewinn-Margen der Abteilung TTS gegenüber 2013 schmälert. Die Arrangements zu den Händel-Festspielen 2014 fanden großen Zuspruch. Teilweise wurden die Anzahlungen (ca. 4.500,00 €) für die Pauschalen schon 2013 getätigt und sind somit in 2014 nicht erfasst. Zudem werden seit 2014 Kosten für Promoter zur Öffnung der Hausmannstürme an Wochenenden (9.500 € im Jahr 2014) in die gruppentouristischen Ausgaben gebucht, da sich die Öffnung der Hausmannstürme an Wochenenden (bei schönem Wetter) fest im Programm etabliert hat.

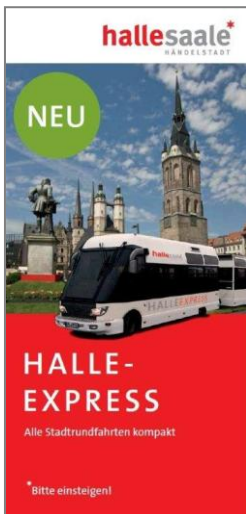
Infolgedessen fällt der Gewinn aus gruppentouristischen Leistungen 2014 geringer aus als 2013. Daraus resultiert, dass die SMG für 2015 ihre Preise dem Markt anpassen muss.



Touristische Führungen: Liebling Hausmannstürme ungeschlagen

Die SMG bietet täglich bis zu sechs öffentliche Führungen an (saisonal abweichend). Besonders beliebt sind nach wie vor die ganztägig geöffneten Hausmannstürme an den Wochenenden (April bis Oktober) sowie zu den Adventswochenenden. Die Postleitzahlenabfrage von 2.317 Besuchern der Hausmannstürme zeigt, dass mit 43 Prozent die meisten Gäste aus Sachsen-Anhalt stammen (988). Auf Platz zwei mit 13 Prozent folgen Besucher aus Sachsen (290), gefolgt von je sechs Prozent aus Niedersachsen (144), Nordrhein-Westfalen (142) sowie Bayern (131). Dieses Ranking bestätigt die Ergebnisse aus 2013 und zeigt, dass vor allem Gäste aus benachbarten Bundesländern am Reiseziel Halle interessiert sind.

Im Jahr 2014 organisierte die SMG 2.755 Führungen (2013: 2.867) mit 34.290 Gästen (2013: 31.035 Gästen). Dies entspricht einem Gästeanstieg von über 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr.



Seit April 2014 bereichert der „Halle-Express“ (72 Sitzplätze) das touristische Angebot der Stadt. Viele Reisegruppen und Individualtouristen wollen in kurzer Zeit möglichst viele Sehenswürdigkeiten der Stadt erleben. Das Angebot richtet sich vor allem an Kultur- und Städtereisende 60+, aber auch an Familien und Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen. Mit dem Halle-Express sind viele Sehenswürdigkeiten Halles in drei Routen (Altstadtroute, Grüne Route, Halles-Norden) erfahrbar. In den 23 Wochen Betriebszeit (viereinhalb Monate vom 17. April bis 12. November 2014 – mit Unterbrechungen) nahmen 4.700 Hallenser und Touristen dieses Angebot jeweils von Dienstag bis Sonntag wahr. Rechnet man diese in die vorliegende Statistik mit ein, entspricht dies einer Erhöhung der Gästeführungszahlen von über 25 Prozent.

Nach wie vor reagiert die Abteilung TTS im Bereich Stadtführungen und Gästeführervermittlungen auf Trends am Markt und auf Kundenwünsche. Oberste Priorität bei den Führungen haben Qualität, Service und Wirtschaftlichkeit. Neu eingeführte Stadtführungen im Jahr 2014 waren die „Halle- Neustadt-Tour“, die Landgericht-Führung „Wo Justitia zu Hause ist“, die Kino-Führung hinter den Kulissen „Film ab, bitte“ sowie die Stadionführung. Erfolgreich laufen auch der tägliche „Altstadtbummel“, die spezialisierten Themenführungen „Georg Friedrich Händel auf der Spur – uff Hall’sch“, „Verliebt in Halle“ (Classic und Premium) sowie tägliche Führungen auf die Hausmannstürme.

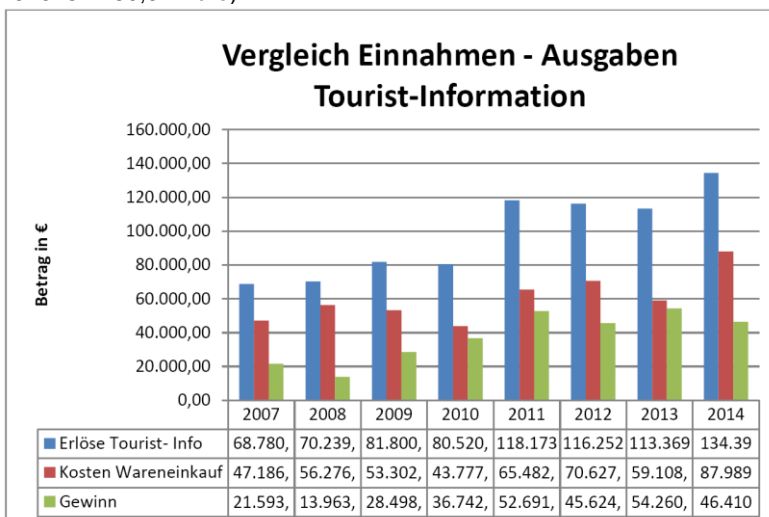
Das Arrangement „Verliebt in Halle“ als Classic- und Premium-Paket war auch in 2014 im vierten Jahr nach Einführung ein Verkaufsschlager. Das Individualangebot „Verliebt in Halle Classic“ wurde 139-mal (2013: 136 mal) verkauft; das Paket „Verliebt in Halle Premium“ war mit 116 verkauften Arrangements (2013: 101) ebenfalls stark nachgefragt. Die Angebote bestehen aus einem Aufstieg der Hausmannstürme und einem Drei-Gänge-Menü inkl. einer Flasche Wein und Wasser für zwei Personen im Restaurant bzw. mit Privatkoch auf den Türmen.

Tourist-Information

Nach mehr als acht Jahren Tourist-Information im Marktschlösschen waren im März 2014 umfangreiche Renovierungen nötig, um den steigenden Service-Anforderungen und den stetig wachsenden Besucherzahlen des Info-Punktes gerecht zu werden. Die Renovierungsarbeiten vollzogen sich bei laufendem Betrieb, da Beratung, Souvenir- und Ticketverkauf für Stadtführungen aus einer mobilen Info-Box vor dem Marktschlösschen erfolgten. Seit Vollendung der Renovierung gibt es in dem 60 Quadratmeter kleinen Verkaufsraum einen kundenfreundlicheren Tresen für parallele Beratungsgespräche, einen separaten Beratungsplatz für vertiefende Verkaufsgespräche und zwei Fenster-Sitznischen, um sich entspannt in Halle-Büchern und -Stadtführern zu informieren.

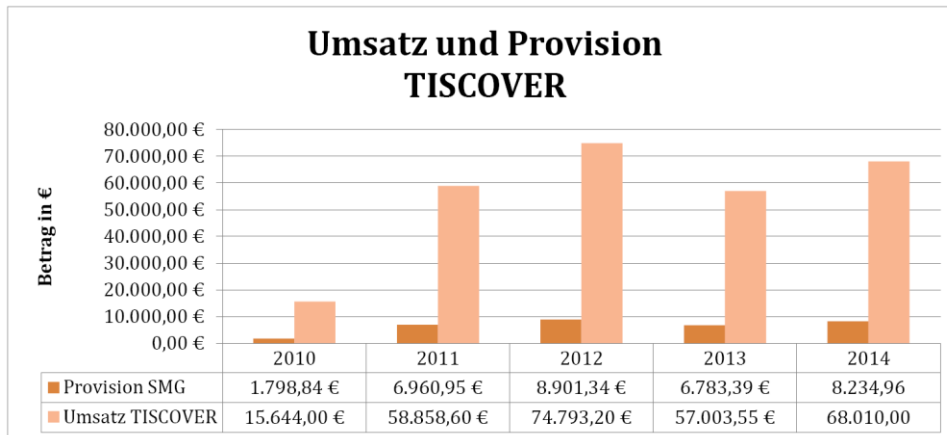
Die Besucherzahlen haben sich in drei Jahren (2010 bis 2013) nahezu verdoppelt (2010: 54.445; 2013: 96.055 Besucher). Im Jahr 2014 besuchten die Tourist-Information 98.665 Gäste (eine neuerliche Steigerung um 2,7 Prozent). Das Sortiment im Marktschlösschen umfasst 570 Souvenir-Artikel und wird stetig nach Kundennachfrage erweitert. Zudem übernahm die Tourist-Information 2014 das Sortiment des Uni-Shops der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf Kommission.

Die Verkaufserlöse in der Tourist-Information lagen 2014 bei 134.399,88 Euro (2013: 113.369,08; ein Plus von 18,5 Prozent). Aber auch die Kosten für den Wareneinkauf sind um 48 Prozent gestiegen. Dies ist zurückzuführen auf das Sortiment des Universitätsshops. Hier werden für das Jahr 2015 neue Kommissionssätze vereinbart, um die Gewinnspanne zu steigern. Der Gewinn für 2014 fiel um 17 Prozent geringer aus als 2013 (2014: 46.410,01 Euro 2013: 54.260,94 Euro).



Die Provisionserlöse erzielte die SMG 2014 durch Zimmervermittlungen und Kartenverkäufe. Da sich bei Zimmerreservierungen das Buchungsverhalten sehr aufs Internet verlagert und die Gäste direkt über Internetportale wie HRS.com, hotel.de, Hotels.com, booking.com oder hotel-vergleich.com buchen, lassen sich die Einnahmeerwartungen hier kaum realisieren. Der Buchungsservice der Tourist-Information wird daher vor allem bei Übernachtungen in Ferienwohnungen, Pensionen und kleineren Hotels in Anspruch genommen, da die Online-Buchung in kleinen Übernachtungsbetrieben größtenteils noch nicht gelebt wird. Die buchungsstärksten Monate waren Mai bis Oktober 2014.

Fürs Gastgewerbe generierte die SMG 2014 einen Umsatz von 68.010,00 Euro (2013: 57.003,55 Euro), wovon eine Provision von 11,9 Prozent, d.h. 8.234,96 Euro (2013: 6.783,39 Euro), für die Vermittlertätigkeit bei der SMG verbleibt. Der Umsatz stieg um 19 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.



Messen, Expediten-Reisen, Famtrips



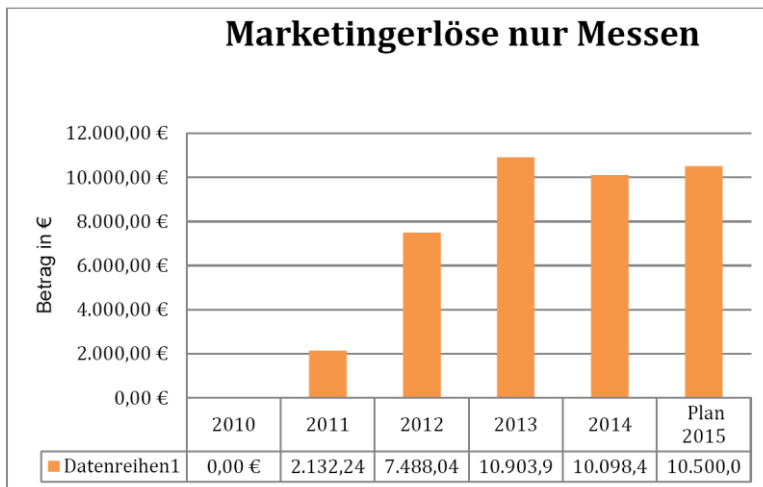
Kernziele der touristischen Arbeit der SMG sind die Erschließung zusätzlicher Märkte und Destinationen sowie die Erlössteigerung als Reiseveranstalter. Expeditenreisen und Famtrips sind die erfolgreichsten Methoden, Reiseunternehmern das Reiseziel Halle vorzustellen sowie Reisejournalisten Themen für ihre Berichterstattungen anzubieten. Die Kooperationen mit den Kultureinrichtungen der Stadt Halle, die die Reiseinhalte zur Vermarktung durch die SMG liefern, sind daher die Voraussetzung für diese Kunden-Akquise.

Zum vierten Mal wurde 2014 der „Hallesche Reise-Workshop“ von der SMG in Kooperation mit einem Vier-Sterne-Hotel und touristischen Leistungsträgern für ausgewählte Busreiseunternehmen organisiert. 20 Reiseveranstalter aus Deutschland, Österreich und der Schweiz informierten sich im Stile eines „Speed-Datings“ bei 14 Dienstleistern über touristische Höhepunkte in der Händelstadt Halles. Im Ergebnis legen die Reiseeinkäufer buchbare Pauschalangebote in Reisekatalogen auf.

Bei Messeauftritten in Deutschland, Dänemark, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden setzt die SMG verstärkt auf Kooperationspartner bzw. Mitaussteller (sog. Anschließter) wie hallesche Hotels und Kulturpartner der Marketingkooperation „Kulturhauptlinge“. So können Messekosten und Beratungsgespräche auf mehrere Partner verteilt sowie finanziell und personell ermöglicht werden.

Die SMG präsentierte die Stadt Halle (Saale) 2014 auf 15 Messen, u. a. Ferien-Messe Wien, Reisemesse Linz, Leipziger Buchmesse, Internationale Tourismus-Börse (ITB) in Berlin, Mitteldeutscher Omnibustag in Leipzig, Germany Travel Mart (GTM) in Bremen, Sachsen-Anhalt-Tag in Wernigerode, RDA – Messe für Reisebusveranstalter in Köln, Reisemarkt Dresden, Vakantiebeurs in Utrecht, (NL), Ferie for alle in Herning (DK), Germany Travel Show London, Internationaler Hansetag in Lübeck.

Die Messekosten – inklusive vier Auslandsmessen – beliefen sich 2014 auf 49.358,32 Euro (gegenüber 2013: 51.587,02 Euro). Die Refinanzierungsrate über Mitaussteller lag bei 20 Prozent (10.098,47 Euro) und blieb damit stabil im Vergleich zu 2013.



Auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin, der weltweit größten Reisemesse, brachte sich die SMG 2014 wieder mit zwei Kooperationen in Doppelpräsenz ein. Zum einen stellte sich die Händelstadt Halle mit ihren touristischen Themen im Rahmen der Landespräsentation Sachsen-Anhalts vor. In der „Culture Lounge“ präsentierte sich Halle überdies mit der Marketingkooperation „Kulturhüuptlinge“. Dort brachten die SMG und deren Partner Kulturhöhepunkte der Stadt Halle (Saale) fokussiert einem kulturinteressierten Publikum nahe.

Als im besten Sinne image-bildend erweist sich die seit fünf Jahren bestehende Kooperation mit der Leipziger Buchmesse. Die Händelstadt Halle präsentierte sich dort 2014 im Verbund mit halleschen Verlagen. Die Besucher der „hallesaale*-Lounge“ werden 2015 im fünften Jahr befragt. Die Ergebnisse sind Grundlage für die firmeneigene Werbewirkungsanalyse der vorgeschalteten Marketingmaßnahmen (wie Anzeigen, Plakate, Gratis-Coupons und Presseberichte).

Die Finanzierung der Messebeteiligungen in Österreich, Schweiz und den Niederlanden erfolgte über die Kooperation „Stadtsprung. Best of Weltkultur zwischen Harz und Elbe“ (Magdeburg, Halle/ Saale, Dessau-Roßlau, Naumburg, Quedlinburg, Halberstadt und Wernigerode) – seit 2006 fester Bestandteil der touristischen Arbeit im Bereich „Kultur- und Städtetourismus“ auf Landesebene und zugleich stärkstes touristisches Städtenetzwerk Sachsen-Anhalts. Als Kooperationspartner der Investitions- und Marketing GmbH Sachsen-Anhalt (IMG) übernahm „Stadtsprung“ für das Land Sachsen-Anhalt auch 2014 die komplette touristische Quellmarktbearbeitung in der Schweiz, Österreich und diesmal auch in den Niederlanden. Die Mitarbeit im Netzwerk ist für die Stadt Halle ein großer Mehrwert bei vergleichsweise geringem Personal- und Finanzaufwand.

Beachtenswert sind die Auslandsaktivitäten auf dem österreichischen und Schweizer Reisemarkt wie Anzeigenschaltungen und Advertorials im Schweizer Bahnmagazin „railtour suisse“, „VIA“, der Newsletter-Versand via Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT), die Kooperation mit der österreichischen Reise-PR-Agentur „Polak Mediaservice“ sowie Messe- und Road-Shows in Wien und Linz sowie der B2B-Veranstaltung, FESPO in Zürich. Der Erfolg der Stadtsprung-Kooperation sowie damit verbunden die Auslandsmarktbearbeitung für die Schweiz, Österreich und die Niederlande wird 2015 mit einem limitierten finanziellen Zuschuss der IMG von 20.000,00 Euro untersetzt.

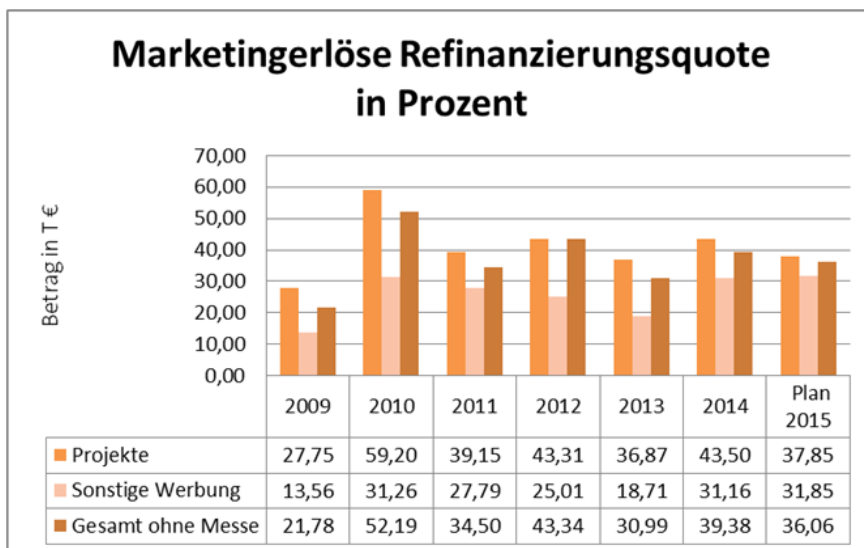
Auf Grundlage regelmäßiger Befragungen des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA) schloss sich die SMG dem Studienergebnis an und forcierte die Teilnahme an touristischen Leitmessen. Messebesuche werden neben der eigenen Homepage als die stärkste Plattform für B2B-Kontaktpflege angegeben. Außerdem bildet der Mix aus Konsumentenmessen und B2B-Messen (Business-to-Business-Messen) wie der GTM, RDA oder Reise-Workshops die Grundlage für eine intensive Marktbearbeitung.

Tagungen

Die Aussicht auf große Kongresse – wie sie mitunter über die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg initiiert werden – gestaltet sich mangels Kongresszentrum mit großem Hotel (300 Betten+) unvermindert schwierig. 2014 unterstützte die SMG folgende Tagungen: EbM Kongress der MLU (130 Zimmer/350 Teilnehmer), Verband Druck und Medien Mitteldeutschland e.V. (50 Zimmer/ 120 Teilnehmer), Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie (DGGG) (200 Zimmer/600 Teilnehmer), Lymphologie-Kongress der Martin-Luther Universität (86 Zimmer/ 200 Teilnehmer). Insgesamt wurden inklusive vieler kleinerer Veranstaltungen 1.363 Zimmer vermittelt. Die Provisionserlöse aus Zimmervermittlungen für 2014 wurden um 77 Prozent gesteigert (2014: 29.939,19 Euro gegenüber 2013: 16.855,67 Euro). Das Tagungsgeschäft verläuft dabei azyklisch; jährliche, stetige Steigerungen der Erlöse sind dauerhaft nicht zu erwarten. 2015 sind nach bisherigem Planungsstand (02.03.2015) sechs Tagungen mit bis zu 1.500 Teilnehmern angemeldet.

Marketing

Stadtmarketing bedeutet vor allem Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt. Die Profilierung des unverwechselbaren Stadt-Images beruht auf nachhaltig angelegten Kampagnen und Projekten, deren langfristige Wirkungen auf Tourismus und Ansiedlungen kaum zu evaluieren sind. So sind Beziehungen zwischen Marketingausgaben und Effekten in Touristenzahlen, Verkaufserlösen der Tourist-Information oder Buchungen von Führungen nicht darstellbar. Ein Indikator ist aber der steigende Beitrag an Drittmitteln, der das Vertrauen in die Markenbildung und deren Effekte widerspiegelt. Insofern geben die folgenden Zahlen Aufschluss über den Marketing-Erfolg der SMG.



Für Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden 2014 insgesamt 574.340,11 Euro eingesetzt. Davon konnten 226.165,01 Euro (39,38 Prozent) fremdfinanziert und eingeworben werden. Der Großteil der finanziellen Aufwendungen und Einnahmen entfällt auf klar definierte Projekte. 382.449,84 Euro Ausgaben stehen 166.372,03 Euro Einnahmen gegenüber (43,50 Prozent Refinanzierungsquote), was vor allem guten Konzeptideen, der Entwicklung eines strategischen Plans zur Zielerreichung sowie der intensiven Akquise und Pflege eines Partnernetzwerkes zu verdanken ist. Hier wurden die guten Kooperationen der vergangenen Jahre gerade in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft fortgesetzt.

Abgesehen vom Ausnahmejahr 2010 (SMG als Mitveranstalter eines Public Viewing zur Fußball-WM) steigen die Marketing-Erlöse seit 2009 konstant an, und dies, obwohl 2013 einige geplante Projekte abgesagt werden mussten und sich die finanziellen Möglichkeiten von Projektpartnern auch 2014 nicht nennenswert verbesserten.

In der „Erfolgsstatistik“ ist zu beachten, dass der Zweck der SMG nicht die Gewinnerzielung ist. Zusätzliche Mittel sind vielmehr notwendig, um über Budgets zu verfügen, mit denen gestellte Projektziele überhaupt erst realisierbar werden. Der Grad der Beteiligung hängt dabei von der Art der Projekte ab. Projekte wie seit 2014 die UNESCO-Bewerbung der Franckeschen Stiftungen verfolgen – auch mit geringer Refinanzierung – die langfristige Zielsetzung künftiger Werbeeinflüsse für Halle, die sich nicht zwingend in Wirtschaftszahlen der SMG wiederfinden müssen.

Hier ein kurzer Überblick über die Marketing-Projekte 2014, die auf den fünf Markensäulen der SMG (Händler, „Wissenschaft in Halle“, Saale, Luther und Hanse) fußen:

Wissenschaftsmarketing

Die fürs „Jahr der Wissenschaft 2012“ entstandene Kooperation zwischen Stadt Halle (Saale), SMG und MLU wurde 2013 via Kommunikationsplattform www.wissenschaft-in-halle.de fortgeschrieben. Wissenschaftsmarketing ist heute ein Schwerpunktthema der Stadt und auch der Stadtverwaltung. Der neue Fachbereich Wissenschaft belegt dies. Insgesamt wurden für das Hochschulmarketing von der SMG ca. 53.000,00 Euro mit einem Erlösanteil von 60 Prozent aufgewendet – für eine Vielzahl von Projekten, die auf Neustudenten-Akquise und -Betreuung einzahlen und aufeinander aufbauen.

Kampagne mit Studenten der Allgemeinen Schlüsselqualifikationen (ASQ)

2014 haben MLU, SMG und Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) zum vierten Mal innerhalb des studienübergreifenden MLU-Praxisseminars fachliche Marketing-Expertise an Studierende weitergegeben. Letztere sollten sich realitätsnah in die Arbeitsschritte einer Werbeagentur hineindenken und mitarbeiten. Aufgabenstellung war, den Bürgern der Stadt Halle die UNESCO-Bewerbung der Frankeschen Stiftungen näher zu bringen. So entstand in kreativen Studenten-Teams eine image-bildende Plakatkampagne für Halle mit bis zu fünf Motiven. Das Gewinnermotiv hatte so große Durchschlagskraft und Identifikation mit der UNESCO-Bewerbung, dass es als Kampagne der Partner zur Bürgerbeteiligung bis 2016 wirken wird – eine echte Erfolgsgeschichte dieser Kooperation.

Das Thema „Saale“ konnte 2013 nicht wie geplant im Hochwasser-Sommer realisiert werden, da es sich verbot, für die Saaleauen zu werben, während diese überflutet waren. Die beteiligten Partner verständigten sich darauf, die Umsetzung der Kampagne auf 2014 zu verschieben, was im Frühjahr 2014 auch geschah.

Hochschulinformationstag (HIT)

Zum HIT stellte die SMG allen Studieninteressierten die Händelstadt Halle via kostenloser Stadtführung zu Fuß oder per Bus vor. Dabei waren die jungen Gästeführer selbst Studierende. Alle Studieninteressierten wurden „uff Hallesch“ mit Halloren Kugel und kleinen Salzsäckchen begrüßt. Außerdem wurde den auswärtigen HIT-Gästen kostenfreies Parken in direkter Campusnähe auf dem Friedemann-Bach-Platz angeboten – dazu hilfreiche Tipps zu Halle. Ferner betreute die SMG ein Speeddating für künftig verliebte Neu-Hallenser auf dem Universitätsplatz im „Verliebt in Halle-LKW“.

Lange Nacht der Wissenschaften

Mit einem Mediawert von 8.759,80 Euro wurde die Bewerbung der „Langen Nacht der Wissenschaften“ mit 730 Plakaten an Mastrahmen und in Dreieckaufstellern unterstützt. Zudem lieferte die SMG einen inhaltlichen Beitrag im öffentlichen Raum in Form einer interaktiven Wissenschaftsmeile mit Panorama-Pavillon auf dem Friedemann-Bach-Platz.

„Welcome Day“ auf dem Laternenfest

Zum Laternenfest organisierten MLU und SMG zum vierten Mal in Folge erfolgreich den „Welcome Day“. Zum schönsten Volksfest Mitteldeutschlands konnten sich Studieninteressierte abermals auf und vor dem Fahrgastschiff „MS Händel I“ sowie in der großzügigen „hallesaale*-Lounge“ am Saaleufer über Studien- und Wohnungsangebote informieren. Städtische Wohnungsgesellschaften und –unternehmen sowie die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt präsentierten ihre Angebote für Studenten. Dem „Welcome Day“ voraus ging ein gemeinsames Einladungs-Mailing zum „Welcome Day“ zum Laternenfest von SMG und MLU an ca. 8.000 Studieninteressierte. Ca. 300 Interessierte nahmen an den kostenfreien Stadtrundfahrten und Wohnungsbesichtigungen teil, ca. 700 Studenten besuchten die „Welcome Lounge“ an der Saale; ca. 1.000 Eltern und Freunde begleiteten die künftigen Erstsemester auf ihrem Besuch in Halle.



„Welcome Bags“

In der ersten Studienwoche im Oktober 2014 verteilten MLU und SMG an alle Erstsemester „Welcome Bags“ als Willkommensgruß der neuen Wahl-Heimat. Die Tasche war gefüllt mit Nützlichem und kleinen Snacks durch Beigaben hallescher Partner aus Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft. In Szene gesetzt wurde die Taschenübergabe an die Neustudierenden mit dem „Verliebt in Halle-Lkw“.

Kampagne „Nur bei uns“: Sieben Kulturhüuptlinge für die Händelstadt

Mit sieben farbigen Federn – symbolisch für die kulturellen Häupter der Händelstadt Halle – präsentieren sich die Kulturhüuptlinge seit 2009 im sechsten Jahr. Seit 2008 stehen Halles führende Einrichtungen aus Kultur, Bildung und Wissenschaft – die Stiftung Händel-Haus, die Franckeschen Stiftungen, das Kunstmuseum Moritzburg, das Landesmuseum für Vorgeschichte Halle, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein Halle sowie die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle – gemeinsam für die Marke „nur bei uns“. Die aktive Kooperation, gebündelte Budgets und Marketing-Knowhow zur nationalen Vermarktung eröffnen dem Kultur- und Wissensnetzwerk erst jene Werbung, Schlagkraft und Aufmerksamkeit, die jede einzelne Einrichtung für sich kaum erreichen würde. Die eingesetzten Mittel belaufen sich auf ca. 57.000,00 Euro, von denen 21.000,00 Euro die beteiligten Partner tragen.

Luther 2017

2014 waren die Aktivitäten der SMG zum Thema Luther hauptsächlich durch Gremien und Arbeitskreise im Verbund der deutschen Lutherstätten geprägt – unter Beteiligung der staatlichen Geschäftsstelle in Wittenberg und dem Netzwerk „Wege zu Luther“. Ferner plante die SMG den Auftritt im Lutherforum des Kirchentages in Stuttgart 2015. Hier präsentiert sich die SMG thematisch mit den Protagonisten Martin Luther und seinem Gegenspieler Kardinal Albrecht, um einem Teil der ca. 300.000 Besucher die Bedeutung der Stadt Halle (Saale) für die Reformation zu illustrieren. Eine Vernetzung mit der UNESCO-Bewerbung der Franckeschen Stiftungen ist ab 2015 geplant.

Mit Blick auf 2017 lässt sich die Luther-Kampagne zwar nicht ansatzweise refinanzieren. Die Kampagne ist jedoch image-bildend und nachhaltig touristisch relevant.

Wassertourismus Saale

Auch die Aktivitäten zur Bewerbung der Stadt Halle als wassertouristische Destination sind vor allem image-bildend – bei einem Ausgabevolumen von ca. 19.000,00 Euro und keinen Einnahmen. Ziel der SMG ist es, die Entwicklungsphase eines touristischen Angebotes auf der Saale finanziell zu deckeln, um gemeinsam mit der Stadtverwaltung, Leistungsträgern aus der Wirtschaft und der Region weiter an der städteplanerischen Infrastruktur und der Stärkung des Saaleraums als touristische Wasserlandschaft zu arbeiten. Eine Verbesserung der touristischen Infrastruktur lässt sich gleichwohl nicht über die SMG realisieren. Aktionen wie die Flottillenfahrt zum Laternenfest zeigen eindrücklich, dass die Saale gut auf dem Wasserweg zu bereisen und ein schöner Naturraum ist.

Hanse

Wichtigstes Arbeitsmittel in puncto Hanse ist die Hanse-Broschüre für Internationale Hansetage und regionale Hansefeste in einer Auflage von 10.000 Stück (Format DIN A5, Neuauflage 2013). Die 20-seitige Broschüre spannt den geschichtlichen Bogen zwischen der früheren Hansestadt und der Händelstadt Halle. Auf dem 34. Internationalen Hansetag in Lübeck warb die SMG in Kooperation mit dem Halleschen Salinemuseum e.V. und der Landsberger Brauerei mit halleschen Salzprodukten und Halleschem Hansebier. In Lübeck stieß die ca. 50 Quadratmeter große „hallesaale*-Lounge“ auf große Aufmerksamkeit. Der Hansetag beeindruckte mit einer Rekordbeteiligung von 132 Hansestädten, ca. 280.000 Besuchern und 2.000 Teilnehmern aus Delegationen und Kulturgruppen – davon ca. 100 Teilnehmer aus Halle (Saale) – an vier Veranstaltungstagen. Die Besucher hatten in der „hallesaale*-Lounge“ Gelegenheit, ihre Füße in einem Fußbad mit „Halore Badesalz“ zu erfrischen. Eine Refinanzierung dieses Projekts der touristischen Akquise ist nicht möglich.

Die Werbe- und Messeaktivitäten zum Thema Hanse schlagen mit ca. 20.000,00 € im Jahr 2014 zu Buche. Für 2015 wird aufgrund zu teurer Logistik auf die Teilnahme am Internationalen Hansetag in Villandi, Estland, verzichtet.

Mediale Begleitung des Laternenfestes

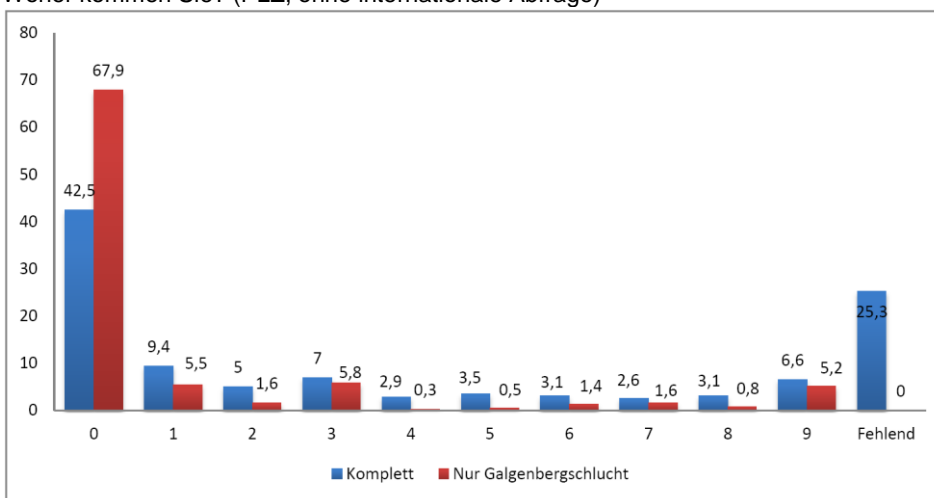
Wie die Jahre zuvor fungierte die „hallesaale*-Lounge“ als Info-Punkt und bot Raum und Ruhe, um sich in Liegestühlen zu entspannen. Die zum Laternenfest üblichen SMG-Licht-Aktionen wie das „Lightwriting“ schafften abermals emotionale Momente bei den Gästen. Für die Kampagne und das Laternenfest wurde überregional mit 1.000 Plakaten, Anzeigen, einer Sondersendung auf TV-Halle und in Programmheften geworben, die erstmals in einer Auflage von 170.000 Stück als Beilage in der Mitteldeutschen Zeitung konzipiert wurden. Die Werbeleistung wurde so auf ganz Mitteldeutschland erhöht. Bei Projektkosten in Höhe von 29.248,77 Euro konnten knapp die Hälfte der Kosten (46,63 Prozent) refinanziert werden.

Besucherbefragung zu Händel-Festspielen in Kooperation mit der Stiftung Händel-Haus

Regelmäßige Besucherbefragungen sind Voraussetzung für künftige Media-Planungen der SMG und helfen bei der Ermittlung der Effizienz der veranlassten Marketingmaßnahmen. Hilfreich sind hierbei vor allem auch Daten zur Besucherstruktur aus kulturellen Einrichtungen wie Besucheranalysen zu Ausstellungen. Die SMG strebt weiter an, diese Daten zu bündeln, um verlässliche und vergleichbare Daten über den typischen Halle-Gast zu sammeln.

Um die Gäste der Internationalen Händel-Festspiele und deren Gewohnheiten besser kennenzulernen, erarbeiteten SMG, Stiftung Händel-Haus sowie die studentische Unternehmensberatung Campus Contact Halle e.V. eine Besucherbefragung zu den Händel-Festspielen 2013 mit 13 Fragen zu demografischen Merkmalen, Alter, Aufenthaltsgrund, Übernachtungs- und Freizeitverhalten, Verweildauer sowie Einschätzungen über Halle und die Festspiele. Die Befragung gab Aufschluss darüber, welche Freizeitaktivitäten wie Stadtführungen, Museums-, Theater- oder Restaurantbesuche die Gäste am Rande des Festivals planen. Durch die Absage der Festspiele 2013 konnte die Besucherbefragung 2014 mit über 3.000 Befragten durchgeführt werden. Die Ergebnisse sind ein exponiertes Arbeitsmittel und belegen die finanziellen Effekte der Festspiele für die Stadt Halle sowie deren enorme Reichweite: über 60 Prozent sind auswärtige Besucher, 5,42 % der Besucher sind internationale Gäste. Und auch für die Zukunft scheint das Potential gesichert zu sein.

Woher kommen Sie? (PLZ, ohne internationale Abfrage)



Gäste aus dem Postleitzahlbereich „06“ stammen aus Halle und dem Umland, dies entspricht ca. 30 Prozent aller Besucher der Händel-Festspiele. Bewusst wurde zwischen Konzerten in der Galgenbergschlucht und den übrigen Festspiel-Konzerten unterschieden, da die Open-Air-Veranstaltungen – vor allem das Abschlusskonzert – überwiegend von Hallensern und von Gästen aus der näheren Umgebung wie dem Saalekreis besucht werden. Dies würde den Gesamteindruck der Besucheranalyse zu den über 50 Konzertbesuchen im Rahmen der Festspiele verzerren.

Weihnachtsmarkt

Finni & Rudi bleiben die Dauerrenner im Weihnachtssortiment. Insbesondere die einheitlichen Weihnachtsmarktassen werben seit 2010 für ein familienfreundliches Halle. Über 25.000 Tassen wanderten auch 2014 wieder in private Haushalte und werden täglich aus dem Küchenschrank für die Händelstadt Halle (Saale).

STADTMARKETING | hallesaale*
HÄNDELSTADT

Ergebnis Weihnachtsmarktassen

Tasse	Anfangsbestand	Endbestand	verkauft
Tasse - rot 2010	1716 Stück	1435 Stück	281 Stück
Tasse - blau 2011	990 Stück	419 Stück	571 Stück
Tasse - bordeaux 2012	2611 Stück	2074 Stück	537 Stück
Tasse - chamonix /rot 2013	1225 Stück	718 Stück	507 Stück
Tasse - creme /dunkelgrün 2014	25.440 Stück	1104 Stück	24.336 Stück
Summe			

Weihnachtsmarkt 2014 27. Februar 2015 10

Eine umfangreiche regionale Bewerbung sorgt für Umsatz- und Besucherrekorde auf dem halleschen Weihnachtsmarkt. Die erfolgreiche Event- und Citymarketing-Maßnahme lässt sich mit weiterer Markenbildung und USPs noch optimieren. Mittlerweile erzielen alle Maßnahmen rund um den Weihnachtsmarkt einen Erlösanteil von 67 Prozent.

Sonstige Werbung

Unter „Sonstige Werbung“ werden alle Aktivitäten verbucht, die sich keinem konkreten Projekt zuordnen lassen, sondern dem Zweck der Image-Profilierung der Stadt Halle und der Bewerbung der touristischen Services in der Händelstadt dienen. Hierzu zählen vor allem Printprodukte und Werbekampagnen. Von den insgesamt 191.890,27 Euro Ausgaben für diese Werbemaßnahmen kommen 68.051,09 Euro der Tourismuswerbung zugute. Der Erlös lässt sich nicht direkt messen, sondern spiegelt sich u. a. in den Übernachtungszahlen in Halle und der Region wider. Mit dem restlichen Budget werden Markenpflege, Image-Kampagnen, Anzeigen, Online-Werbung, Betreuung von Journalisten sowie Famtrips mit Reisejournalisten forciert. Dennoch wurde mit 59.792,98 Euro Einnahmen über Kooperationen auch dieser Bereich mit 31.16 Prozent refinanziert.

Der Mitteleinsatz wird sich in den kommenden Jahren von Printprodukten hin zur Online-Werbung (Internet) verlagern.

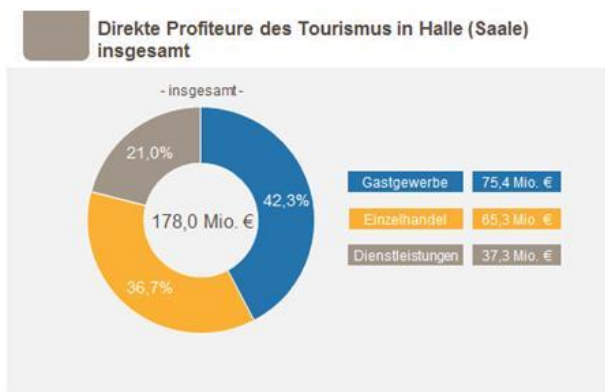
Das Verhältnis eingeworbener Mittel an den Ausgaben konstant zu halten, wird angesichts der stetig steigenden Zahl an Projekten immer schwerer. Jedes neue Projekt muss mit der Einwerbung von Fremdmitteln unternommen werden. Dies ist mit dem dreiköpfigen Marketing-Personal respektive in der verfügbaren Zeit nicht zu leisten. Eine Zwischenlösung besteht zunehmend darin, Projekte an externes Personal bzw. Agenturen zu übertragen. Gleichwohl hat die SMG den Anspruch, die Kampagnensteuerung und sämtliche Kreativleistungen bei der Umsetzung der Projekte innerhalb der SMG zu belassen, zumal das Projekt-Outsourcing nicht automatisch zu höheren Einnahmen führt.

Ausblick auf das Jahr 2015

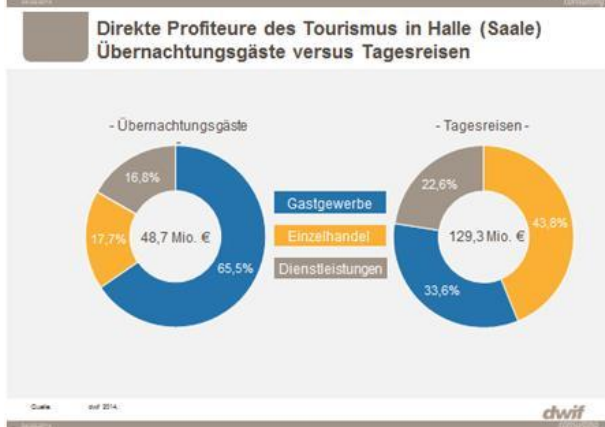
Mit einem Brutto-Umsatz von über 20 Milliarden Euro, über 150 Millionen Übernachtungen in gewerblichen Betrieben und vor allem im Grauen Beherbergungsmarkt sowie knapp 500 Mio. Tagesgästen ist der Tourismus auch in Ostdeutschland zum Megamarkt geworden. Das Land Sachsen-Anhalt hat mit 7,4 Mio. gewerblichen Übernachtungen (+4,2 %) allerdings noch Luft nach oben. Wachstumsmotoren für den Tourismus in Ostdeutschland wie in Sachsen-Anhalt waren 2014 vor allem der Städtetourismus (hier auch die Stadt Halle) und ausländische Nahmärkte.

Die Wertschöpfung aus Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus bleibt für die Stadt Halle (Saale) und für die SMG deshalb das Maß aller Dinge. In welchem Umfang und von welchen Akteuren Aufgaben des Standort- und Wirtschaftsmarketings, der regionalen Wirtschaftsförderung und des Citymarketings künftig wahrgenommen werden, soll die Wirtschaftskonferenz der Stadt Halle (Saale) im April 2015 präzisieren. Bis dahin bleibt der Schwerpunkt der SMG Markenbildung, Tourismusförderung und Wissenschaftsmarketing.

Die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus und der Wissenschaft für die Stadt Halle und damit die touristisch-wissenschaftliche Schwerpunktsetzung der SMG sind nicht erst seit der Studie der Münchner dwif-Consulting GmbH Konsens unter den Gesellschaftern und dem Stadtrat. Die Säulen Tourismus- und Wissenschaftsmarketing innerhalb der SMG wurden von Halles Stadtrat gar mit je 40 Prozent gewichtet, auch weil die MLU der maßgebliche Wirtschafts-, Wissenschafts- und Beschäftigungsmotor für Halle ist und zugleich große touristische Relevanz hat. Hierbei spielt es keine Rolle, wo Touristen, Studenten und deren Angehörige, Freunde und Gäste nächtigen, sondern dass sie per se viel Geld in Gastgewerbe, Einzelhandel und Dienstleistungen lassen. Damit sind Tourismus- wie Wissenschaftsmarketing per se zugleich Standort- und Wirtschaftsmarketing. Selbiges gilt für Events und Stadtfeste wie die Händelfestspiele, das Laternenfest sowie Weihnachts- und Wintermarkt.



Die Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus für die Stadt Halle“ summierte die Brutto-Wertschöpfung des Tourismus in Halle 2012 auf 178 Mio. Euro. Jeder einzelne Übernachtungsgast eines Hotels, einer Pension oder Jugendherberge in Halle gab 2012 im Schnitt 139 Euro am Tag aus. Von den 178 Mio. Euro Brutto-Umsatz entfielen 129,3 Mio. auf Tagesreisende (ohne Übernachtung), 48 Mio. auf Übernachtungsgäste in gewerblichen Betrieben sowie 0,7 Millionen Euro auf Privatvermieter, Touristcamping und Reisemobiltouristen. Die Tagesreisenden – das Gros der Touristen – setzte von 129,3 Mio. Euro Umsatz 43,8 % (56,63 Mio. Euro) im Einzelhandel, 33,6 % (43,44 Mio. Euro) im Gastgewerbe sowie 22,6 % (29,22 Mio. Euro) für Dienstleistungen um.



Summa summarum profitiert das Gastgewerbe mit 42,3 % (75,4 Mio. Brutto-Umsatz), der Einzelhandel mit 36,7 % (65,3 Mio. Euro Brutto-Umsatz) sowie die Dienstleistungen mit 21,0 % (37,3 Mio. Euro Brutto-Umsatz) von touristischen Tagesreisenden und Übernachtungsgästen.

Die positiven Wirkungen von Tourismus und Studenten-Akquise gehen weit über die Steigerung der Gästezahlen hinaus. Neben der Kommune (Zweitwohnungssteuer, Lohn- und Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Bevölkerungszuwachs) profitieren vor allem die lokalen Unternehmen wie Hotels, Gaststätten, Kultureinrichtungen und der Einzelhandel. Deshalb lohnt jede Investition der öffentlichen Hand in die touristische Infrastruktur.

Chancen und Risiken 2015

Die SMG hat 2014 solide gewirtschaftet, die bundesweite Presseberichterstattung vor allem mit Famtrips und Presse-Services forciert, die touristischen Übernachtungszahlen um 9,3 Prozent sowie die eigenen Erlöse gerade in der Gruppentouristik um 30 Prozent gesteigert. Trotzdem gestaltet sich der nationale und internationale Image-Aufbau und – Ausbau der Händelstadt Halle vor dem Hintergrund immer kostspieligerer Stadtwerbung, Druckerzeugnisse und Werbung bei identischem institutionellem Zuschuss zunehmend schwierig.

Umso wichtiger sind die stetige Optimierung der Vertriebs- und Partnernetzwerke, die aktive Ansprache von Reiseveranstaltern, Journalisten, Unternehmen und Verbänden sowie die offensive Studenten-Akquise. Zur aktiven Akquise von Reiseveranstaltern besuchen Touristiker der SMG mit Kooperationspartnern wie halleschen Hotels, den Kulturpartnern „Kulturhauptlinge“, dem Städtenetzwerk „Stadtsprung“ oder der Deutschen Zentrale für Tourismus abermals 15 Reisemessen. Auch die Kontakte mit Airlines des Flughafens Leipzig-Halle wurden ausgebaut.

Bei der Vorstellung des Sparkassen-Tourismusbarometers Ostdeutschland am 5. März 2015 auf der Internationalen Tourismus Börse in Berlin betonte Prof. Dr. Mathias Feige von der beauftragten dwif-Consulting GmbH allerdings, dass mit großen touristischen Zuwächsen wie 2014 in Halle (Saale) künftig kaum noch zu rechnen sei. Dazu müssten die ostdeutschen Städte ihre Hotel-Infrastruktur, die Qualitätsstandards, die Innovationen und die Investitionen (z. B. Barrierefreiheit, Bed & Bike, Wellness, Dehoga-Klassifizierung, Sprachenkompetenz, Öffnungszeiten der Kultureinrichtungen, Zahlungskomfort, Digitalisierung) weiter verbessern. „Der ostdeutsche Kulturtourismus und die Mobilitätsangebote brauchen neue Investitionen und neue Impulse.“

SMG-intern birgt das Geschäftsjahr 2015 neue Risiken, aber auch Chancen, die sich womöglich aus einer Umstrukturierung aus beihilfe- und vergaberechtlichen, aber auch aus beteiligungsrechtlichen und Mitbestimmungsgründen ergeben. Der „Public-Corporate-Governance-Kodex der Stadt Halle (Saale)“ sieht – auch für die SMG – ausdrücklich die Errichtung eines Aufsichtsrats vor, „um einen angemessenen Einfluss der Gemeinde zu gewährleisten.“ Dies entspricht zugleich dem wiederholt geäußerten Wunsch der Stadtratsfraktionen nach einer stärkeren politischen Mitsprache – auch in der SMG. Die Errichtung eines Aufsichtsrats bietet zugleich die Chance, die Gesellschaftsstruktur den Rahmenbedingungen des EU-Beihilfe- und -Vergaberechts anzupassen, die sich seit Gründung der SMG geändert haben.

Der Weitblick des halleschen Stadtrates 2003, mit der SMG eine städtische Beteiligungsgesellschaft zu gründen, die in ihrer strategischen Ausrichtung auch von Institutionen der Wirtschaft, des Tourismus und der Wissenschaft beseelt wird, sollte auch Triebfeder des Umstrukturierungsprozesses bleiben. Denn Eines bleibt unverändert: Die SMG und die Stadt Halle (Saale) brauchen nichts dringlicher, als im Verbund mit halleschen Wirtschaftsunternehmen, den Stiftungen, der Wissenschaft, aber auch mit dem Stadtrat gemeinsam starke Netzwerke und Marken zu entwickeln, mit denen Halle auf der deutschen und europäischen Landkarte punktet.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)
-------------------	--	---

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	16	60,00
Saalesparkasse	5	20,00
envia Mitteldeutsche Energie AG	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.
- (2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.
- (3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
- (4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.
- (5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Universitäten sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.
- (6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Marten (seit 01.01.2014)
Noll, Sabine

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
stellv. Vorsitzende	Schröder, Barbara	
	Brückner, Joachim	
	Dr. Bergner, Annegret	(bis 15.07.2014)
	Dr. Lämmerhirt, Michael	(seit 16.07.2014)
	Dr. Sitte, Petra	(bis 15.07.2014)
	Felke, Thomas	(bis 15.07.2014)
	Marquardt, Bertolt	(seit 16.07.2014)
	Schenkel, Roger	(verstorben am 09.12.2014)
	Schröter, Reinhard	
	Senius, Kay	(seit 16.07.2014)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	7	6

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	27.308	84	30.979	91	33.808	95	-3.671	-12
Umlaufvermögen	5.346	16	3.143	9	1.920	5	2.203	70
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0	37	0	19	0	-31	-84

Bilanzsumme	32.660	100	34.159	100	35.747	100	-1.499	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	14.447	44	14.405	42	14.289	40	42	0
Sonderposten für Investitionszulagen	17.251	53	18.850	55	20.612	58	-1.599	-8
Rückstellungen	348	1	503	2	416	1	-155	-31
Verbindlichkeiten	613	2	400	1	426	1	213	53
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	4	0	0	0

Bilanzsumme	32.660	100	34.159	100	35.747	100	-1.499	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.018	3.996	3.927
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-195	75	138
sonstige betriebliche Erträge	28	135	119
Personalaufwand	531	513	513
Abschreibungen	578	595	621
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.714	2.978	2.926
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24	32	39
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	52	152	163
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7	36	30
sonstige Steuern	2	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	43	116	133
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	43	116	133
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,06	2,90	3,38	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,30	0,81	0,93	%
Cash-Flow:	621	711	754	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	770	841	837	T€
Personalaufwandsquote:	13,78	12,18	12,26	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	83,61	86,30	88,98	%
Eigenkapitalquote:	44,24	42,17	39,97	%
Fremdkapitalquote:	55,76	57,83	60,03	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
vermietbare Fläche	16.723,00	16.723,00	16.723,00	m ²
Auslastung	96,73	98,60	98,20	%

e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
 - A.1 Gegenstand des Unternehmens
 - A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden
 - A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation
- B. Wirtschaftsbericht
 - B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 - B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr
 - B.3 Lage
 - B.3.1 Ertragslage
 - B.3.2 Finanzlage
 - B.3.3 Vermögenslage
 - B.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
- C. Nachtragsbericht
- D. Prognosebericht
- E. Chancen- und Risikobericht
 - E.1 Chancenbericht
 - E.2 Risikobericht
 - E.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Ä.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als TGZ Halle GmbH oder Gesellschaft bezeichnet) ist es, in der Region Halle Hilfestellungen im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Gründung und die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern sowie den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

In diesem Zusammenhang werden durch die TGZ Halle GmbH in deren Räumlichkeiten aufgenommen sowie gefördert und beraten:

- technologisch hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, insbesondere Absolventen aus den Hochschulen der Region, die sich selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen sowie
- Unternehmen und Personen (-gruppen) mit förderungswürdigen Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien.

Die TGZ Halle GmbH bietet jungen, insbesondere technologie- und wachstumsorientierten Unternehmen folgende Dienstleistungen an:

- Bereitstellung von Büro-, Labor-, Rein- und Technikräumen, Räumen für Tierhaltung sowie Gemeinschaftseinrichtungen,
- Unterstützung bei der fachlichen Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- Beratung zu relevanten Problemstellungen in der Gründungs- und Wachstumsphase,
- Vermittlung von Beratungsangeboten externer Fachexperten sowie
- Hilfestellungen bei der Deckung des Kapitalbedarfs über öffentliche und private Kapitalgeber und Förderinstitutionen.

Darüber hinaus unterstützt sie kleine und mittlere Unternehmen:

- bei der Beantragung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (Einzel- und Verbundprojekte),
- beim Wissens- und Technologietransfer,
- beim Innovationsmanagement und der Durchführung von Innovationsforen,
- bei der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie
- beim Personaltransfer.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange der TGZ Halle GmbH rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten, da die TGZ Halle GmbH in erster Linie wirtschaftsfördernd tätig ist.

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark weinberg campus in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zu Max-Planck-, Fraunhofer-, Leibniz-, und Helmholtz Instituten/Zentren, erwarb die TGZ Halle GmbH schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Zudem wurde ein Altbau saniert.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 62,6 Mio. € wurden ca. 16.900 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikumsräume, S1- und S2 - Labore, Räume für die Tierhaltung und Reinräume für materialwissenschaftliche Untersuchungen und GMP angeboten. Der anfängliche Branchenmix der Nutzer war breit gestreut, von der Soft- und Hardwareentwicklung, Automatisierungstechnik, innovativen Ingenieurbüros für Technologieentwicklung, Ingenieurbüros für Bauwesen, Umwelttechnik, Messgeräteentwicklung, Medizintechnik bis hin zur Biotechnologie. Beginnend im Jahr 2000 und mit der Realisierung des BIO-NANO-Zentrums und dessen Eröffnung im Dezember 2006 erfolgte eine spezialisierte Ausrichtung auf die Bio- und Nanotechnologie, wobei sonstige Firmengründungen nicht vernachlässigt wurden. Insgesamt zeichnet sich aber im Technologiepark weinberg campus eine biotechnologische/ biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen. Die Fraunhofer-Gesellschaft hat inzwischen zwei neue Gebäude auf dem Gelände des Technologieparks weinberg campus errichtet, mit den Spezialisierungen Werkstoffmechanik im Jahre 2007 und der Spezialisierung Silizium Photovoltaik im Jahre 2013. Damit ergeben sich weitere Möglichkeiten der fachlichen Unterstützung für Ansiedlungen und Unternehmensgründungen. Neben der breiten Förderung von innovativen und technologieorientierten Unternehmensgründungen ist die Unterstützung von dementsprechenden Wachstumsunternehmen am Standort eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zum Großteil in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zur Analytica in München und zur CPhI in Paris, Vertriebs- und PR-Aktivitäten zur BIO International Convention in San Diego, zur BIO Europe in Mailand, zur BioPharm in Boston und zu den Biotechnologietagen in Köln genannt. Im Ergebnis stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die TGZ Halle GmbH betreuten Unternehmen.

Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die TGZ Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Projektes Exist-Gründungskultur: Die Gründerhochschule der Martin-Luther-Universität ebenso wie die Unterstützung des Betriebs zweier Gründerwerkstätten in den Schwerpunktfeldern Bio- und Materialwissenschaften.

B. Wirtschaftsbericht

B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um ca. 1,5 % gewachsen. Dabei hat sich die konjunkturelle Lage nach dem schwungvollen Jahresauftakt und der folgenden Schwächephase im vergangenen Sommer zum Jahresende 2014 stabilisiert. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus. So verzeichnete der private Konsum einen Anstieg in Höhe von 1,1 %, während die Ausfuhren um ca. 3,7 % stiegen. Insgesamt investierten auch die deutsche Wirtschaft und der Staat zusammen 3,7 % mehr in Maschinen und Anlagen.

In der BIO-NANO-Branche und angrenzenden Gebieten war die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Die finanziellen, wirtschaftspolitischen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle erschwerten die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten. Hinzu kam ein verschärfter Standortwettbewerb angrenzender Bundesländer, insbesondere im Hinblick auf die interessante Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen. So führten beispielsweise spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse durch Kommunen und Landesregierungen zu einer teilweise extremen Wettbewerbsverzerrung.

B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Für die TGZ Halle GmbH hatte die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen weiterhin oberste Priorität. Zudem bestand die Notwendigkeit, für frei gewordene Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich tendenziell immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden.

Der derzeitige Mietzins konnte auch im Jahr 2014 noch beibehalten werden, obwohl höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Der zunehmende Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur machte zudem größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur auch zukünftig zu erhalten. Aus diesem Grunde wurden im Berichtszeitraum umfangreiche Mittel z.B. zur Modernisierung von Sanitäreinrichtungen und Innenausstattungen in den älteren Gebäuden sowie zur Fassadenmodernisierung eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2015 werden diese Bemühungen fortgesetzt und intensiviert. Dies betrifft insbesondere das Technologie- und Gründerzentrum I, welches durch umfangreiche bauliche und technische Maßnahmen zukunftsfähig gestaltet werden soll, damit sich auch hier weiterhin junge Technologieunternehmen ansiedeln wollen. Basis der weiteren Umgestaltung des Gebäudes sind auch eine umfangreiche Kundenzufriedenheitsanalyse und das im ersten Quartal 2015 fertig zu stellende Zukunftskonzept.

Unter Beachtung der beschriebenen Herausforderungen und Rahmenbedingungen wurden in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres die Aktivitäten zur Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen, die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen und der Positionierung des Standortes sowie mit der Intensivierung und Neubildung von strategischen Partnerschaften.

Ein Ziel der TGZ Halle GmbH besteht darin, Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Bezogen auf das Berichtsjahr ist zu konstatieren, dass insbesondere durch den Beginn einer neuen Strukturfondsperiode, die dadurch wegfallenden Projektförderungen und die damit ebenso verbundenen Verzögerungen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Förderrichtlinien kaum dem entsprechende Projektmittel akquiriert werden konnten. Da die TGZ Halle GmbH über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern bzw. die Übernahme einer Projektträgerschaft auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten, das Angebot marktorientierter Beratungsleistungen und die Zusammenarbeit mit Transfereinrichtungen. Diesbezüglich wird die bis ins Berichtsjahr bestehende Kooperationsvereinbarung mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer an der Martin-Luther-Universität im Laufe des Jahres 2015 inhaltlich neu gestaltet.

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche der TGZ Halle GmbH führen. Allerdings werden umfangreiche Investitionen zur Modernisierung und baulichen Umgestaltung des Technologie- und Gründerzentrums I geplant und zur Beschlussfassung vorbereitet. Die Umsetzung ist für den Zeitraum 2015/2016 vorgesehen und soll nach dem Auszug eines Technologieunternehmens und dessen Ansiedlung mit einem eigenen Gebäude im Technologiepark Weinberg campus im 4. Quartal 2015 begonnen werden.

B.3 Lage

B.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	3.708	96,3%	3.621	86,1%	87	2,4%
+ Einnahmen Projektleistungen	246	6,4%	331	7,9%	-85	-25,7%
+ sonstige Dienstleistungen	64	1,7%	44	1,0%	20	45,5%
+ = UMSATZERLÖSE	4.018	104,3%	3.996	95,0%	22	0,6%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	-195	-5,1%	75	1,8%	-270	-360,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	28	0,7%	135	3,2%	-107	-79,3%
= BETRIEBSLEISTUNG	3.851	100,0%	4.206	100,0%	-355	-8,4%
+ Personalkosten	530	13,8%	513	12,2%	17	3,3%
+ Abschreibungen	2.177	56,5%	2.356	56,0%	-179	-7,6%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-1.600	-41,5%	-1.761	-41,9%	161	-9,1%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	577	15,0%	595	14,1%	-18	-3,0%
+ Raumkosten / Grundstücksaufwand	2.231	57,9%	2.382	56,6%	-151	-6,3%
+ Versicherungen / Beiträge	26	0,7%	25	0,6%	1	4,0%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	213	5,5%	292	6,9%	-79	-27,1%
+ Kosten des Fuhrparks	51	1,3%	37	0,9%	14	37,8%
+ Werbe- und Reisekosten	40	1,0%	57	1,4%	-17	-29,8%
+ sonstige Kosten	154	4,0%	185	4,4%	-31	-16,8%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	2.715	70,4%	2.978	70,8%	-263	-8,8%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	3.822	99,2%	4.086	97,1%	-264	-6,5%
= BETRIEBSERGEBNIS	29	0,8%	120	2,9%	-91	-75,8%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	24	100,0%	32	100,0%	-8	-25,0%
= FINANZERGEBNIS	24	100,0%	32	100,0%	-8	-25,0%
= (ERGEBNIS VOR STEUERN)	(53)	(1,4%)	(152)	(3,6%)	-(99)	-(65,1%)
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	8	15,1%	36	23,7%	-28	-77,8%
+ SONSTIGE STEUERN	2	3,8%	0	0,0%	2	*
- = STEUERERGEBNIS	10	18,9%	36	23,7%	-26	-72,2%
= JAHRESÜBERSCHUSS	43	1,1%	116	2,8%	-73	-62,9%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2013 um 355 T-€ (= -8,4 %) auf 3.851 T-€ vermindert. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Bestandsverminderung an nicht abgerechneten Nebenkosten (-270 T-€), dem Rückgang der Einnahmen aus Projektleistungen (-85 T-€) und den verminderten sonstigen betrieblichen Erträgen (-107 T-€). Dagegen sind die Einnahmen aus Mieten und Mietnebenkosten um 87 T-€ angestiegen und die Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen erhöhten sich um 20 T-€.

Gegenüber den im Wirtschaftsplan für 2014 geplanten Einnahmen aus Vermietung und Nebenkosten dazu i.H.v. 3.680 T-€ ergaben sich einschließlich Bestandsveränderungen hieraus tatsächliche Einnahmen i.H.v. 3.513 T-€. Die Einnahmen lagen damit um 167 T-€ unter dem Planansatz, was in den geringeren Einnahmen aus Nebenkosten liegt. Die Erlöse aus Projektleistungen und die sonstigen Erträge lagen um 83 T€ über dem Planansatz. Insgesamt betragen die Einnahmen somit 84 T-€ weniger als geplant.

Die **Personalkosten** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 17 T-€ auf 530 T-€. Gegenüber dem Planansatz für 2014 i.H.v. 555 T-€ ergab sich dagegen eine leichte Verminderung i.H.v. 25 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 2.177 T-€ (Vorjahr: 2.356 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 161 T-€ auf 1.600 T-€. Der saldierte Abschreibungsaufwand betrug damit 577 T-€ gegenüber 595 T-€ im Vorjahr. Im Vergleich zum Planansatz, der von einem saldierten Abschreibungsaufwand von 570 T-€ ausging, ergab sich nur eine minimale Abweichung.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Berichtsjahr um einen Betrag von 263 T-€ (-8,8%) auf 2.715 T-€. Rückgänge gab es beim Grundstücksaufwand (-151 T-€), bei den Reparaturen und Instandhaltungen (-79 T-€), bei den Werbe- und Reisekosten (-17 T-€) und den sonstigen Kosten (-31 T-€). Zunahmen gab es bei den Versicherungen (+1 T-€) und den Kosten des Fuhrparks (+14 T-€).

Im Vergleich zum Planansatz lagen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen deutlich unter dem prognostizierten Betrag i.H.v. 2.872 T-€ und somit um 157 T-€ unter dem Planwert. Dies liegt ganz wesentlich an den geringeren Aufwendungen für Gebäudenebenkosten, was korrelierend zu den geringeren Einnahmen aus Mietnebenkosten ist.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2013 um 91 T-€ auf 29 T-€ vermindert. Gegenüber dem Planansatz beträgt die Abweichung +91 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat gegenüber dem Vorjahr um 8 T-€ auf 24 T-€ abgenommen. Im Vergleich zum Planansatz ergibt sich eine Verbesserung i.H.v. 8 T-€, was an den etwas besseren als erwarteten Zinserträgen liegt.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 28 T-€ auf 8 T-€ vermindert, die **Sonstigen Steuern** erhöhten sich um 2 T-€.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 43 T-€ und liegt damit um 73 T-€ unter dem Vorjahr. Gegenüber dem Planansatz beträgt hier die Abweichung 89 T-€ zu Gunsten der Gesellschaft.

B.3.2 Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 4.703,4 T-€ betragen. Aufgrund Umschichtungen aus dem Finanzanlagevermögen und dem Mittelzufluss aus dem Geschäftsbetrieb im Laufe des Jahres 2014 haben sich die liquiden Mittel um rund 2.008,3 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar :

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2014		31.12.2013		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.447,3	44,2	14.404,6	42,1	42,7	0,3
Sonderposten mit Rücklageanteil	17.250,4	52,8	18.850,2	55,2	-1.599,8	-8,5
Rückstellungen	348,1	1,1	503,3	1,5	-155,2	-30,8
Erhaltene Anzahlungen	248,5	0,8	22,6	0,1	225,9	1.099,6
Lieferverbindlichkeiten	263,5	0,8	299,9	0,9	-36,4	-12,1
Sonstige Verbindlichkeiten	100,6	0,3	77,5	0,2	23,1	29,8
Summe Verbindlichkeiten	612,6	1,9	400,0	1,2	212,6	53,2
Rechnungsabgrenzungsposten	1,2	0,0	1,2	0,0	0,0	0,0
Summe Passiva=Gesamtkapital	32.659,7	100,0	34.159,2	100,0	-1.499,5	-4,4

B.3.3 Vermögenlage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2014		31.12.2013		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	27.307,6	83,6	29.479,0	86,3	-2.171,4	-7,4
Finanzanlagen	0,0	0,0	1.500,0	4,4	-1.500,0	-100,0
Summe Anlagevermögen	27.307,6	83,6	30.979,0	90,7	-3.671,4	-11,9
Forderungen	80,2	0,3	68,7	0,2	11,5	16,8
Sonstige Vermögensgegenstände	562,3	1,7	379,2	1,1	183,1	48,3
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	4.703,4	14,4	2.695,1	7,9	2.008,3	74,5
Summe Umlaufvermögen	5.345,9	16,4	3.143,0	9,2	2.202,9	70,1
Rechnungsabgrenzungsposten	6,2	0,0	37,2	0,1	-31,0	-83,4
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	32.659,7	100,0	34.159,2	100,0	-1.499,5	-4,4

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.499,5 T-€ (= -4,4 %) auf 32.659,7 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-2.171,4 T-€), der Finanzanlagen (-1.500 T-€), und der Rechnungsabgrenzungsposten (-31,0 T-€). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+11,5 T-€), die sonstigen Vermögensgegenstände (+183,1 T-€) und die flüssigen Mittel (+2.008,3 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 90,7 % auf 83,6 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen und Einlagen der Gesellschaft in Höhe von 6,2 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 2.177,6 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit immateriellen Vermögensgegenständen zusammen auf einen Betrag von 27.307,6 T-€ (-2.171,4 T-€) vermindert. Aufgrund Vermögensumschichtungen von längerfristigen zu kurzfristigen Geldanlagen hat sich das **Finanzanlagevermögen** um 1.500,0 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 2.202,9 T-€ erhöht, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen erhöhte sich dadurch auf 16,4% gegenüber 9,2% im Vorjahr.

Die Erhöhung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 11,5 T-€ resultiert aus der Verminderung der Forderungen aus Mietnebenkosten (-27,8 T-€), wohingegen sich die übrigen Forderungen einschließlich darauf gebildeter Wertberichtigungen um 39,3 T-€ erhöht haben.

Die Erhöhung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 183,1 T-€ ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Forderungen aus der Mieterdirektabrechnung (+215,2 T-€) zurückzuführen. Die Steuererstattungsansprüche haben sich um 11,9 T-€ vermindert, die übrigen sonstigen Vermögensgegenstände nahmen um 16,5 T-€ ab und die durchlaufenden Posten verminderten sich um 3,7 T-€.

Die Erhöhung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 2.008,3 T-€ hängt mit der Umschichtung von Finanzmitteln aus der Position Finanzanlagen (1.500,0 T-€) und dem Mittelzufluss aus dem laufenden Geschäftsbetrieb zusammen.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** verminderten sich durch planmäßige Auflösungen um 31,0 T-€ auf 6,2 T-€.

B.4 Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran, darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen.

Insgesamt waren die Gebäude der TGZ Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 98,03 % ausgelastet. Dementsprechende Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i.H.v. 96,73 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der TGZ Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

- Life Sciences (Biotechnologie, Medizintechnik, Pharma)	29,31%,
- Services	24,14%,
- Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	13,79%,
- Nanotechnologie	10,34%,
- Ingenieurdienstleistungen	8,62%,
- Analytik und Sensorik	8,62%,
- Geräte- und Anlagenbau	3,45%,
- Erneuerbare Energien	1,73%.

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 58 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.¹

C. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet :

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

D. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der TGZ Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2015 sowie in Entwurfsfassungen für die Jahre 2016 bis 2020 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen zu verstehen sind, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen T-€	Erlöse aus		Finanzergebnis T-€	Ergebnis T-€
		Vermietung u.a. T-€	Projektleistung T-€		
2015	3.972	3.631	265	22	-54
2016	3.986	3.660	305	6	-15
2017	4.016	3.685	305	6	-20
2018	3.986	3.607	305	6	-68
2019	3.901	3.680	305	6	90
2020	3.881	3.680	305	6	110

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt nach wie vor als eher risikobehaftet eingeschätzt.

Anlass hierfür bieten einerseits die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

¹ Für das Berichtsjahr besteht weiterhin der Sachstand, dass durch das Protokoll des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 9. Juli 2010 (Punkt 2.5) die Verweildauer von Unternehmen in Technologie- und Gründerzentren (TGZ) neu spezifiziert wurde. Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben. Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen eines Unternehmens aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

Dem Aufgabenspektrum der TGZ Halle GmbH als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sollen Chancen für Ansiedlungen und Gründungen technologieorientierter Wachstumsunternehmen betrachtet werden. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Rahmenbedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Dies gilt es in einer Zukunftsstrategie zu formulieren und in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die TGZ Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie Unternehmensgründungen bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2015 das Ziel der Ansiedlung von ein bis zwei technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld.

Für die Ertragsprognose der TGZ Halle GmbH sind insbesondere unternehmensindividuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Das seit seiner Gründung im Technologie- und Gründerzentrum befindliche Unternehmen ECH Elektrochemie Halle GmbH wird auf Grund von Wachstumsbestrebungen 2015 das Gebäude verlassen, um in eine eigene Immobilie im Technologiepark Weinberg Campus umzuziehen. Dies führt jedoch zu einem temporären Leerstand i.H.v. ca. 670 m² ab dem 4. Quartal 2015, der wegen der notwendigen Umbauten und Modernisierungen frühestens im 2. Quartal 2016 wieder vermietet werden kann. Dem wirtschaftspolitischen Auftrag entsprechend, unterstützt die TGZ Halle GmbH das Unternehmen im Bereich des Projekt- und Behördenmanagements.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist zudem unklar, in welchem Umfang sich die Suche eines forschungsbasierten Biotechnologieunternehmens nach einem neuen Investor auf dessen Fortbestand am Standort auswirkt. Sollte kein Investor gefunden werden, bestünde ab 2016 das Risiko eines erheblichen Leerstandes in einem der Häuser.

Bedingt durch die Sparmaßnahmen in der Hochschullandschaft des Landes, die damit verbundene Neustrukturierung der Medizinischen Fakultät und den Bau des Proteinzentrums der Martin-Luther-Universität deutet sich ein Auszug des Zentrums für Angewandte Medizinische und Humanbiologische Forschung (ZAMED) aus demselben Gebäude nunmehr für das letzte Quartal 2017 an. Dies würde einen weiteren Leerstand ab 2018 verursachen.

In den Prognosen für die Jahre 2017 und 2018 ist zu berücksichtigen, dass ein Unternehmen, dem wegen des Hochwassers im Jahre 2013 und der damit verbundenen Umzugsnotwendigkeit umfangreiche Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, einen erneuten Standortwechsel in spezifische Infrastruktureinrichtungen in Erwägung ziehen könnte. Auch dies würde wegen der notwendigen Umbaumaßnahmen einen größeren zumindest temporären Leerstand im oben genannten Zeitraum zur Folge haben.

Sollten die oben prognostizierten unternehmensindividuellen Szenarien wie beschrieben eintreten, ist nicht nur im Jahr 2015 mit geringen und ab 2016 mit erhöhten Einnahmeverlusten zu rechnen. Im Extremszenario hätte dies für das Geschäftsjahr 2018 ein Absinken der Flächenauslastung auf unter 90% zur Folge.

Um diesem Risiko zu begegnen, wird die Geschäftsleitung die Unternehmen bei der Investorensuche sowie bei der Standortentwicklung und -sicherung unterstützen. Im Fokus stehen hierbei die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der TGZ Halle GmbH. Als Leitlinien hierfür wird die Geschäftsleitung Strategien entwickeln, die den beschriebenen wirtschaftlichen Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Ziel ist eine nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator und Akzelerator für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

In diesem Zusammenhang wird im 1. Quartal 2015 durch die Geschäftsleitung ein Zukunftskonzept entwickelt, welches sowohl Marktgerichtete Aspekte der Standortentwicklung als auch infrastrukturelle Notwendigkeiten berücksichtigt. Grundlage hierfür bilden unternehmensindividuelle und -übergreifende Bedarfs- und Zufriedenheitsanalysen sowie ein partnerschaftlicher Strategiedialog mit den zentralen Akteuren² im Technologiepark weinberg campus. Dieser thematisiert einerseits die Energieversorgung und -effizienz. Andererseits bilden konzeptionelle Überlegungen und konkrete Projekte zum Thema Altern und Gesundheit sowie zur inhaltlichen Positionierung und Profilbildung mit den standortbezogenen Kernkompetenzen in den Bio- und Lebenswissenschaften bzw. in den Materialwissenschaften sowie den damit korrespondierenden Branchen Biotechnologie, Pharmazie und Nanotechnologie den inhaltlichen Schwerpunkt der Strategiegespräche.

Dem Ziel der Standortentwicklung dient diesbezüglich auch die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten zu schaffen, da ansonsten Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder die Abwanderung der Unternehmen vom Standort oder sogar deren Insolvenz vorprogrammiert.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der TGZ Halle GmbH ist in den nächsten Jahren mit steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese durch den Wechsel der EU- Strukturfondsperiode erst im zweiten Halbjahr 2015 beispielweise durch das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume untersetzt werden.

Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann.

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks weinberg campus, der TGZ Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuereinnahmen und Arbeitsplätze sichert. Dieses Ziel kann nur im Rahmen eines abgestimmten Vorgehens bei der Fortführung und Umsetzung des Strategiekonzeptes zur Stadtentwicklung Halle 2025 erreicht werden.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2015 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark weinberg campus und damit die TGZ Halle GmbH nimmt.

E. Chancen- und Risikobericht

E.1 Chancenbericht

Die grundsätzliche Stellung der Gesellschaft als bedeutender Vermieter hochwertiger Laborräume und Büroflächen, verbunden mit der vorhandenen Betreuungskompetenz von Start-up Unternehmen sowie kleineren Unternehmen, die sich in der Stabilisierungsphase befinden bleibt unverändert. Die Strukturen, die im weinberg-campus nicht zuletzt auch durch die Gesellschaft geschaffen wurden, sind weit überregional einmalig und führen zu einem hohen Akzeptanz- und Bekanntheitsgrad der Gesellschaft. Hieraus ergibt sich für die Gesellschaft die Möglichkeit, bei Auszug von bisherigen Mietern relativ kurzfristig neue Mieter zu finden und weiterhin eine hohe Auslastungsquote zu erzielen.

² z.B. Institute der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Fraunhofer-Institute, Max-Planck-Institut, Leibniz-Institute, Umweltforschungszentrum, Stadtwerke Halle, Technologieunternehmen

Um die inhaltliche Profilbildung des Standorts Technologiepark weinberg campus weiter zu stärken sowie kunden- und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebote unterbreiten und zukunftsfähige Infrastrukturen entwickeln zu können, wurde im Berichtsjahr mit der Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes für das Technologie- und Gründerzentrum begonnen. Dessen Fundierung dient u.a. eine Kundenzufriedenheitsanalyse und die Durchführung eines Strategiedialogs mit namhaften Vertretern der Anspruchsgruppen am Standort zu den beiden Handlungsfelder Gesundheit und Energie.

Die Projektarbeit dient einerseits der Unterstützung der aktuellen Mieter bei der Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäfts (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte/ Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit Erfolgsbeiträge geschaffen werden.

E.2 Risikobericht

Die im Schwerpunkt auf die Bio- und Nanotechnologie ausgerichtete TGZ Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" insbesondere einem bestandsgefährdenden Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zu erheblichen Preissteigerungen für Strom. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion (insbesondere bei Reinraumnutzung) eine Minimierung der Rendite, so dass die Standorte Halle bzw. Deutschland generell in Frage gestellt sind.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark weinberg campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Lüftung/ Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen zwingend notwendig sein.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen.
- Aktuell herrscht eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern, da es insbesondere an Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend hoch bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.
- Bedingt durch eine insbesondere für innovative Firmen aus der Bio- und Nanotechnologie sowie angrenzenden Gebieten eher schwierige konjunkturelle Lage, verschlechtern sich deren wirtschaftliche Perspektiven in Deutschland weiter.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber zumeist eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.

Die dargestellte Problematik kann mittelfristig zu Mietausfällen der TGZ Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Unternehmens gefährden. In der Stadt Halle (Saale) bestehen erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch der Mietzins für Gewerbeflächen auch im Berichtszeitraum auf einem niedrigen Niveau stagnierte. Dieser Entwicklung und dem dadurch bedingten preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese durch den damit verbundenen Personalaufwand letztlich stetig wachsende Kosten verursachen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig. Positiv für die TGZ Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtwerke Halle zu werten, die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses auf dem Gelände des Technologieparks weinberg campus zu stabilisieren.

Das Risiko, das sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, ist für die Gesellschaft eher von untergeordneter Bedeutung. Lediglich im Falle der weiteren Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem erhöhten Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

E.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Der Großteil unseres Kundenstamms (Forderungen aus Lieferungen und Leistungen) setzt sich aus unseren Mietern zusammen, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiten. Sofern Einzelrisiken im Sinne von Ausfall- bzw. Liquiditätsrisiken angezeigt sind, werden entsprechende Wertberichtigungen in der Rechnungslegung vorgenommen.

Unsere Verbindlichkeiten bezahlen wir innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele und soweit möglich skontiert.

Wir finanzieren uns im kurzfristigen Bereich über unsere Guthaben bei Kreditinstituten.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unsers Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Bornknechtstraße 5
 06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:	<u>T€</u>	<u>%</u>
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder, welche die Gesellschaft von der Stadt zu Eigentum erworben hat. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen. Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes gehören auch die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badbetriebes; die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebotes an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badbetrieb; die Absicherung des Schulschwimmens, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen; die Absicherung des Vereinsschwimmsports, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, in für diesen vorgesehenen Schwimmhallen. Für das Schulschwimmen sowie den Vereinsschwimmsport in Betracht kommende Hallen sind entsprechend ihres Nutzungsprofils sport- und wettkampfgerecht auszustatten. Die hauptsächlich oder ausschließlich für den Schwimm- und Vereinssport zur Verfügung gestellten Schwimmhallen sollen primär dem Wettkampf- und Nachwuchsschwimmsport zur Verfügung stehen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Hallen- und Freibäder anderer zu erwerben, zu betreiben sowie Bäder zu errichten, zu leasen und zu pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

Beirat: Borggrefe, Fabian (seit 26.08.2014)
 Dr. Diaby, Karamba (bis 26.08.2014)
 Dr. Marquardt, Judith (seit 19.06.2014)

Beirat:

Dr. Prochnow, Thomas (bis 19.06.2014)

Embacher, Frank

Friedrich, Holger

Hülsbusch, Peter

Kocian, Burkhard

Mehlis, Marion

Misch, Werner

Nagel, Elisabeth

Walther, René

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	11.587	90	7.155	60	5.030	74	4.432	62
Umlaufvermögen	1.244	10	4.704	40	1.732	26	-3.460	-74
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0			0	0	0	

Bilanzsumme

12.831	100	11.859	100	6.762	100	972	8
---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.837	53	5.543	47	789	12	1.294	23
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	715	6					715	
Rückstellungen	416	3	556	5	365	5	-140	-25
Verbindlichkeiten	4.863	38	5.760	48	5.608	83	-897	-16

Bilanzsumme

12.831	100	11.859	100	6.762	100	972	8
---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	963	1.014	982
sonstige betriebliche Erträge	3.968	3.901	3.909
Materialaufwand	2.319	2.354	2.327
Personalaufwand	1.594	1.594	1.591
Abschreibungen	487	421	363
sonstige betriebliche Aufwendungen	383	387	427
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	19	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	120	131	113
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	35	47	71
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7	3	6
sonstige Steuern	24	50	50
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	-6	15
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4	-6	15

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,37	-0,55	1,53	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,05	-0,10	1,94	%
Cash-Flow:	491	415	378	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	105	109	96	T€
Personalaufwandsquote:	32,34	32,44	32,52	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,26	60,25	74,20	%
Eigenkapitalquote:	53,28	46,75	11,67	%
Fremdkapitalquote:	46,72	53,25	88,33	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Besucher	291.801,00	317.391,00	310.827,00	Anzahl

e) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Nachtragsbericht**
- 6. Chancen- und Risikobericht**
 - 6.1. Risikomanagementsystem
 - 6.2. Chancen und Risiken
 - 6.3. Gesamtbild
- 7. Prognosebericht**
 - 7.1. Umsatzentwicklung
 - 7.2. Investitionen
 - 7.3. Finanzierung
 - 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell

Mit Wirkung zum 1. Mai 2010 hat die Bäder Halle GmbH die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt 6,00 Euro.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat zum 1. Mai 2010 in Kraft und kann frühestens zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden.

Zum Bäderfinanzierungsvertrag vom 28.04.2010 wurden gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) Festlegungen und Klarstellungen zur Kooperation und Kommunikation abgestimmt und in einem Nachtrag zusammengefasst, der mit Datum vom 17.06.2014 unterzeichnet wurde. Mit der Übertragung der Aufgaben an die Bäder Halle GmbH hat die Stadt Halle (Saale) insbesondere das Interesse verbunden, dass die Aufgabenerfüllung durch die Bäder Halle GmbH ein bestimmtes Zuschussniveau nicht übersteigt. Stadt und Bäder Halle GmbH sind sich aber auch bewusst, dass diese Zielstellung kurzfristig durch sprunghafte Veränderungen (witterungsabhängige Besucherzahlen, Energie- und Personalkosten, Steuerrechtsänderungen) und langfristig (insbesondere durch Inflation und Investitionsbedarf) gestört werden kann. Der erarbeitete Nachtrag soll deshalb insbesondere das einvernehmliche Verfahren zwischen Stadt und Bäder Halle GmbH regeln, wonach bei Zielgefährdungen beide Seiten gemeinsam nach realisierbaren Kompensationsmöglichkeiten suchen.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Bäder Halle GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH.

1.1.2. Geschäftsfelder

Zweck der Bäder Halle GmbH ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung des Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen.

Im Februar 2013 wurde ein Dienstleistungsvertrag für die im städtischen Besitz befindliche Robert-Koch-Schwimmhalle zwischen der Bäder Halle GmbH und der Stadt Halle (Saale) geschlossen. Auf dieser Grundlage erbringt die Bäder Halle GmbH die technische Dienstleistung zur Betreuung der Anlagen- und Haustechnik, regelt den öffentlichen Badebetrieb mit Kassen- und Badeaufsichtskräften einschließlich der Kassenabrechnung und zeichnet für die Belegungsplanung und Abrechnung der Nutzung durch Schulen und Vereine verantwortlich. Der Vertrag ist mit einer Frist von 3 Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Die Bäder Halle GmbH hat für den Bau der Ballsporthalle am Standort Nietlebener Straße in Halle (Saale) die Aufgabe des Bauherrn übernommen. Die moderne Dreifelderhalle wurde am 31.07.2014 fertiggestellt. Zwischen der Bäder Halle GmbH und der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wurde ab 01.08.2014 ein Pachtvertrag für die Ballsporthalle geschlossen.

1.2. Ziele und Strategien

Die Bäder Halle GmbH betreibt die ihr von der Stadt Halle (Saale) übertragenen Bäder mit dem Ziel der langfristigen Erhaltung dieser Sporteinrichtung für die Grundversorgung der Bevölkerung. Über den effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Instandhaltungsmittel soll der Zustand der Bäder erhalten und verbessert werden.

Für das marode hundertjährige Stadtbad sollen Partner mit Konzepten und Engagement für eine langfristige und wirtschaftlich tragfähige Gesamtlösung hinsichtlich der Nutzung dieses Objektes gesucht werden. Das Objekt benötigt einen sehr großen Anteil des Zuschusses und wird im Vergleich mit den Schwimmhallen Neustadt und Saline von deutlich weniger Gästen besucht.

Für den Campingplatz am Nordbad soll weiter nach einem Pächter mit investivem Engagement und langfristigem Betreiberinteresse gesucht werden.

Steuerung

Unsere interne Organisation gliedert sich in Betriebsleitung, Objektleitung und Geschäftsführung. Die zu bewirtschaftenden Struktureinheiten stellen die Hallen- und Freibäder dar.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den einzelnen Hallen- und Freibädern. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist die Höhe des Fehlbetrages, der aus der Differenz von Umsatzerlösen einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge und der Summe aller Aufwendungen der Gesellschaft entsteht.

Der Fehlbetrag wird maßgeblich von der Höhe der Aufwendungen bestimmt, da die Erlöse aufgrund der bewusst sozialverträglichen Eintrittspreisgestaltung für Bäder dieser Art deutlich weniger Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Rund 2/3 der Aufwendungen stellen die Medienkosten (Wasser- und Abwasser/ Strom/ Wärme) und Personalaufwendungen in Summe dar und sind auch nur unwesentlich zu beeinflussen. Wärmeaufwendungen für die Hallenbäder stehen zudem in direktem Zusammenhang mit den Außentemperaturen und fallen oder steigen entsprechend der Witterung. Der Personalaufwand wird auf der Grundlage der wahrzunehmenden Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie entsprechend der Vorschriften zur Verkehrssicherung in Bädern nach VbE geplant. Personaleinstellungen erfolgen gemäß der auf der Planung basierenden Stellenpläne.

Abweichungen von diesen wesentlichen Ziel- bzw. Planvorgaben werden monatlich analysiert und die Auswirkungen auf die Fehlbetragsentwicklung bewertet.

1.3. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt, Änderungen wurden deshalb nicht vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3% auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Frauenschwimmhalle im Stadtbad war aufgrund von Schäden an der Kuppeldecke seit Oktober 2012 geschlossen. Die Sanierungsarbeiten konnten im Jahr 2014 denkmalgerecht durchgeführt und die Halle am 15. Oktober 2014 wieder eröffnet werden.

Der Wirtschafts- sowie der Mittelfristplan der Bäder Halle GmbH sieht über die Aufwendungen für die laufende Instandhaltung hinaus derzeit keine Mittel für die Beseitigung der umfangreichen Gesamtschäden am Stadtbad vor. Aus diesem Grund sucht man gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) nach umsetzbaren Lösungen für die notwendigen weiteren Sanierungsmaßnahmen. Die Entscheidungsfindung soll durch ein Interessenbekundungsverfahren (Markterkundungsverfahren) unterstützt werden, das im November 2014 veröffentlicht wurde. Ziel des Verfahrens ist es, Partner mit Konzepten und Engagement für eine langfristige und wirtschaftlich tragfähige Nutzung des Gesamtobjektes Stadtbad zu finden. Als Abgabefrist für Interessenten wurde der 31.01.2015 gesetzt.

Die Sanierung des Hochwasserschadens am Nichtschwimmerbecken des Freibades Saline begann am 01.09.2014. Zur Verfügung stehen dazu gemäß Zuwendungsbescheid 2.007,5 TEUR, die Fertigstellung ist zum Beginn der Freibadsaison 2015 geplant.

Die Ballsporthalle wurde am 31.07.2014 fertiggestellt und an den Pächter, die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH, zur Betreibung übergeben. Die Eröffnung fand am 23.08.2014 statt.

Im Geschäftsjahr 2014 hat die Gesellschaft ein Konzept der Eigenerzeugung von Strom im Rahmen eines Pachtmodells umgesetzt. Die Gesellschaft ist damit Erzeugerin der für den Eigenbedarf benötigten elektrischen Energie. Die Betriebsführung sowie sonstige Dienst- und Lieferleistungen sind durch Verträge geregelt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Hinsichtlich der marktbezogenen Rahmenbedingungen für den Betrieb von Sport- und Freibädern gab es im Geschäftsjahr 2014 keine nennenswerten Veränderungen zum Vorjahr. Die Besucherzahlen in den Freibädern sind besonders stark von den Witterungsverhältnissen abhängig. Diese waren im Sommer des Jahres 2014 ausgesprochen schlecht für dieses Geschäftsfeld.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Aufgrund einer Änderung des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses durch das Bundesfinanzministerium Ende 2014 entfällt der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Saunabäder von 7% zum 1. Juli 2015. Ab dann gilt der Regelsteuersatz von 19%. Entsprechende Anpassungen der Eintrittsentgelte für die Saunen in den Hallenbädern Saline und Stadtbad um 12% werden ab dem Zeitpunkt notwendig.

Das im August 2014 beschlossene Mindestlohngesetz trat zum 01.01.2015 in Kraft. Auswirkungen in Form von Preissteigerungen bei Zulieferern bereits im Vorfeld blieben zum Ende des Jahres aus. Die weitere Entwicklung in 2015 bleibt abzuwarten und zu beobachten.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Leistungsindikator für die Gesellschaft in Bezug auf den Betrieb der öffentlichen Bäder, die der Grundversorgung dienen, ist die Akzeptanz dieser Einrichtungen durch die Bevölkerung; Messgröße dafür ist die Anzahl der öffentlichen Besucher.

Aus den Eintrittsentgelten von öffentlichen Besuchern sowie aus Zahlungen der Schulen und Vereine auf Grundlage der von ihnen genutzten Kontingente an Wasserflächen erzielt die Gesellschaft die maßgeblichen Umsatzerlöse. Für keine der Nutzergruppen gab es im Wirtschaftsjahr eine Anpassung der Preise bzw. Betriebskostenbeteiligungen.

Die im Vergleich zu 2013 geringeren Umsatzerlöse sind maßgeblich den um 24% unter dem Vorjahr liegenden Freibadbesucherzahlen geschuldet. Geplant waren 124.900 Freibadbesucher erreicht wurden nur 93.635 Gäste (2013: 123.333). Hinsichtlich der Auswertung der Besucherzahlen in den Hallenbädern beziehen sich die folgenden Zahlen ausschließlich auf die Gäste des öffentlichen Badens (Individualzahlern), nicht auf die Schul- und Vereinsnutzer.

Der geringe Besucherzuwachs in den Hallenbädern von 2,1% ist dem Besucheranstieg in den Schwimmhallen Neustadt und Saline geschuldet. Im Stadtbad lagen trotz Wiedereröffnung der Frauenschwimmhalle ab Oktober 2014 die Besucherzahlen um 2,4% unter dem Vorjahr, in dem dieser Wasserbereich ganzjährig geschlossen war. Geplant waren für alle Hallenbäder 193.500 Besucher, erreicht wurden 198.166 (2013: 194.058).

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Bäder Halle GmbH.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Hinsichtlich des Personaleinsatzes gab es im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr keine nennenswerten Veränderungen. Der Mehrbedarf an Personal für die Frauenschwimmhalle im Stadtbad ab Oktober 2014 wurde durch den geringeren Personaleinsatz in der Freibadsaison aufgrund des verregneten Sommers kompensiert.

Um sich den wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes in den Zeiten des demografischen Wandels besser stellen zu können, ist es notwendig, die zeitgemäßen Ansprüche an Personalmotivation und Mitarbeiterbegeisterung besser bewerten zu lernen und den Umgang mit diesen Ansprüchen zu üben. Die Angebote zur Führungskräftebildung durch den Stadtwerkekonzern sind dafür beste Voraussetzungen.

Die Entwicklung des Marktes für dienstleistungsorientiertes Personal, mit Bereitschaft zur Arbeit in Schichten sowie an Wochenend- und Feiertagen, bleibt zu beobachten. Bisher konnten freiwerdende Stellen noch adäquat besetzt werden.

Um den Bedarf an Fachkräften für die Wasseraufsicht langfristig decken zu können, würde die Gesellschaft zukünftig gern mehr Auszubildende zum Fachangestellten für Bäderbetriebe einstellen. Die Suche nach geeigneten Schulabgängern gestaltet sich jedoch in diesem Bereich äußerst schwierig. Gemeinsam mit dem Personalbereich der Stadtwerke sollen neue Werbestrategien für dieses Berufsbild entwickelt werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse aus allen Bädern inkl. Schul- und Vereinsschwimmen betragen 963,1 T€ (Vorjahr: 1.014,0 T€), der Rückgang beruht auf den witterungsbedingt geringeren Besucherzahlen in den Freibädern.

Unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen ist der Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2014 mit 3.506,3 T€ ausgewiesen (Vorjahr: 3.683,4 T€), sowie Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle in Höhe von 134,9 T€ (Vorjahr: 145,8 T€). Erstmals werden in diesem Geschäftsjahr hier auch die Erlöse aus der Verpachtung der Ballsporthalle in Höhe von 67,4 T€, denen alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ballsporthalle, wie Abschreibungen und Erbbauzinsen, gegenüberstehen, ausgewiesen.

Unter den Aufwendungen für Material sind Aufwendungen für Wasser/Abwasser, Strom, Wärme und Gas in Höhe von 1.456,5 T€ (Vorjahr: 1.601,0 T€). Die Eigenstromversorgung mit einer gepachteten Kraftwerksscheibe reduziert den Strombezug, führt jedoch zu Aufwand in den Positionen Gasbezug, Pacht, Betriebsführung und übrigen betrieblichen Aufwand.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten maßgeblich die Aufwendungen für Instandhaltungen mit 461,0 T€ (2013: 361,5 T€). Darin sind beispielsweise 79,0 T€ für die Instandsetzung der Lüftung in der Frauenhalle, zum Schutz der sanierten Rabitzdecke enthalten. Weiterhin in den bezogenen Leistungen enthalten sind die Kosten für Reinigungsleistung in Höhe von 193,6 T€ sowie für die Saisonkräfte der Wasserwacht zur Absicherung des Freibadbetriebes Sommersaison.

Die Personalaufwendungen betragen 1.594,4 T€ (Vorjahr: 1.594,3 T€). Die Personalstruktur in der Bäder Halle GmbH ist von einem hohen Altersdurchschnitt der Belegschaft und einem damit einhergehenden hohen Krankenstand geprägt. Dies erschwert zeitweise die Aufrechterhaltung eines reibungslosen Badebetriebes. Eine Optimierung der Altersstruktur wurde begonnen. Die notwendigen Personalanpassungsmaßnahmen erfolgen sozialverträglich.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Der Anstieg des bilanziellen Eigenkapitals im Geschäftsjahr 2014 resultiert aus der Einlage der Stadtwerke Halle GmbH in Höhe von 1.290 TEUR zur Finanzierung der Ballsporthalle. Weiterhin hat die Bäder Halle GmbH in 2014 Zuwendungen in Höhe von 715 TEUR zur Beseitigung der Hochwasserschäden am Nichtschwimmerbecken Saline erhalten, so dass erstmals ein Sonderposten aus Investitionszuschüssen ausgewiesen wird. Infolge dessen hat sich die Eigenkapitalausstattung der Bäder Halle GmbH im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht.

Zur positiven Entwicklung der Kapitalstruktur im Vergleich zum Vorjahr trägt auch der Rückgang der Rückstellungen sowie der Verbindlichkeiten bei. Durch die Nichtveranlagung der Bäder Halle GmbH zur Grundsteuer wurden die dafür in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen in 2014 ertragswirksam aufgelöst. Unter Berücksichtigung der planmäßigen Tilgung der Kreditverbindlichkeiten sowie des Rückgangs der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist ein wesentlicher Rückgang des Fremdkapitals zu verzeichnen.

4.2.2. Investitionen

Der Investitionsplan der Bäder Halle GmbH, der im Zuge der Bäderübertragung 2010 nach dem Schwerpunktbedarf in den übertragenen Bädern aufgestellt und mit Krediten der DKB untersetzt wurde, sah für die ersten 3 Betriebsjahre 2010 – 2012 ein Investitionsvolumen von 5.510 T€ vor. Diese Mittel sind ausgeschöpft. Investitionen in Höhe von 720,6 T€ wurden im Jahr 2014 in die Sanierung des Nichtschwimmerbeckens des Freibades Saline mit Hilfe von Fördermitteln zur Beseitigung von Hochwasserschäden getätigt. Weiterhin waren zur Sicherung der Rabitzdecke Investitionen in Höhe von 204,9 T€ notwendig. Ein Anteil von 122,9 T€ wird durch Sicherungsfördermittel abgedeckt. Zum Ausgleich des Fehlbetrages in Höhe von 82,0 T€ wurde mit der Stadt Halle (Saale) am 05.03.2014 eine Kostenübernahmevereinbarung geschlossen.

In die Errichtung der Ballsporthalle wurden im Geschäftsjahr 3.958,8 T€ investiert. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Einzahlung des Gesellschafters in die Kapitalrücklage.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Bäder Halle GmbH ist durch den jährlich vereinbarten Betriebskostenzuschuss, der auf Grundlage des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle geleistet wird, gewährleistet. Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Kapitaleinlage der SWH sowie der Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden war die Liquidität zur Finanzierung der in 2014 geleisteten Investitionen in das Anlagevermögen gesichert. Unter diesen Bedingungen war die Bäder Halle GmbH jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich in 2014 auf 12.831,1 T€, im Vorjahr betrug sie 11.858,6 T€. Während der Anlagenbestand in 2014 um 4.432,0 T€ auf 11.587,2 T€ angestiegen ist, ist beim Umlaufvermögen im Geschäftsjahr ein Rückgang um 3.459,6 T€ auf 1.243,8 T€ zu verzeichnen.

Der Anstieg des Anlagevermögens resultiert maßgeblich aus den Investitionen für die Fertigstellung der Ballsporthalle, die Sanierung des Nichtschwimmerbeckens im Freibad Saline sowie den Investitionen zur Rekonstruktion der Rabitzdecke im Stadtbad.

Mit der Fertigstellung der Ballsporthalle zum 01.08.2014 wurden die zum Stichtag 31.12.2013 noch vorhandenen liquiden Mittel aus den Einlagen der SWH in die Kapitalrücklage aufgebraucht. Dies führte in 2014 zu einer Abnahme der Forderungen an die SWH aus Cash-Pool und damit zu dem erheblichen Rückgang des Umlaufvermögens.

Der Zugang auf der Passivseite der Bilanz wird maßgeblich durch die Entwicklung des Eigenkapitals sowie des Sonderpostens bestimmt. Der Anstieg der Kapitalrücklage aus der Einlage der SWH sowie die Vereinnahmung des Sonderpostens aus den Zuwendungen für die Beseitigung der Hochwasserschäden haben in 2014 zum Anstieg des wirtschaftlichen Eigenkapitals gegenüber dem Vorjahr beigetragen.

Dem stehen ein Rückgang bei den Verbindlichkeiten insgesamt sowie eine Abnahme der Rückstellungen gegenüber. Damit weist die BHG eine insgesamt positive Entwicklung ihrer Vermögenslage aus.

4.4. Gesamtaussage

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach heutiger Einschätzung nur über Investitionen in energiesparende Technologien, wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung, Anlagen zur Wärmerückgewinnung z.B. über die Lüftung, Modernisierung der Wärmedämmungen u. ä. Maßnahmen möglich. Hier ist langfristig jedoch abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die Investitionen amortisieren.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da für das öffentliche Schwimmen deutschlandweit für Bäder dieser Art nur ein so- genannter „sozial verträglicher Eintrittspreis“ akzeptiert wird. Aufgrund des Wegfalls des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Saunaeintritte wird eine Preiserhöhung für die Saunatarife um 12% ab dem 01.07.2015 zum erfolgen.

Ziel für 2015 wird es wieder sein, die guten Besucherzahlen in den Hallenbädern Saline und Halle Neustadt zu halten. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann muss noch deutlicher in das Bewusstsein der Hallenser gerückt werden. Individuell, ganz nach seinem eigenen Zeitregime und unabhängig von Zeitfenstern, die z.B. durch den Vereinssport vorgegeben werden, sind wir – die Bäder Halle GmbH - der richtige Partner für alle Menschen, die sich im nassen Element wohlfühlen.

Leider ist es der Bäder Halle GmbH nur zu wenigen begrenzten Zeiten möglich, Kursangebote z.B. für Kinder zu offerieren, da die Kontingente der Wasserzeiten für die Vereinsnutzung sehr umfangreich sind. So ist eine Ergebnisverbesserung durch höhere Kurseinnahmen nicht zu erzielen. Der durch die Vereine zu zahlende Betriebskostenzuschuss für die Nutzung der Wasserflächen liegt im Vergleich zum Besucher der öffentlichen Schwimmzeiten weitaus niedriger.

In den Wettbewerb um Badegäste hat sich, seit Ende 2011, an den Wochenenden das Angebot der Robert-Koch-Schwimmhalle eingereiht. Jährlich nutzen rund 20.000 öffentliche Besucher dieses Angebot.

Die Erlöse in den Freibädern werden immer sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst. Das Veranstaltungsprogramm mit kleinen, vielseitigen Veranstaltungen, die für die Badbesucher einen Mehrwert darstellen, hat sich bewährt. Aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel müssen wir stärker um die Beteiligung dritter Partner werben, die in den Badbesuchern für ihre Geschäftsfelder wiederum Potenzial sehen und sich an der Veranstaltung finanziell und / oder organisatorisch beteiligen.

Die Betreuung der Bäder wird auch langfristig des im Bäderfinanzierungsvertrag geregelten Zuschusses der Stadt Halle (Saale) bedürfen. Durch diesen Zuschuss werden gemäß Bäderfinanzierungsvertrag die tatsächlichen Aufwendungen der Bäder Halle GmbH, die aus dem Betrieb der sechs übertragenen Bäder entstehen, vollständig ausgeglichen. Das Jahresergebnis der Gesellschaft von 3,6 T€ im Geschäftsjahr resultiert aus Erlösen der Verpachtung der Ballsporthalle.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine, für die Beurteilung wesentlichen Veränderungen, eingetreten.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde, beauftragt durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems, eine Prüfung der Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Zu den ermittelten unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung entwickelt und dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unterehnehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Risiken für den wirtschaftlichen Erfolg wurden nach Risikogruppen unterteilt und bewertet.

Die Risiken auf dem Beschaffungsmarkt werden auf 150,0 T€ geschätzt. Strom und Wärme sind Medien, auf die im Betrieb nicht verzichtet werden kann, deren Preise jedoch durch staatliche Umlagen sowie den Ölpreis auf dem Weltmarkt in ihrer Entwicklung beeinflusst werden. Diesen Risiken kann nur begrenzt durch den Einsatz von energiesparenden Technologien begegnet werden, diese erfordern finanziellen Spielraum in der Investition. Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt haben Einfluss auf die Personalkosten und bergen Risiken überplanmäßiger Tarifsteigerungen, da für unsere Geschäftsbereiche dienstleistungsaffine Mitarbeiter mit überdurchschnittlicher Bereitschaft zu Arbeit in Schichten, an Wochenenden und Feiertagen benötigt werden. Gesetzliche Vorgaben können dabei mit sehr geringem zeitlichem Vorlauf, wie es das Mindestlohngesetz gezeigt hat, auf das Unternehmen zukommen.

Änderungen von rechtlichen Vorgaben werden als Risiken insbesondere im Hinblick auf damit verbundene höhere Aufwendungen für die Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht bewertet. Der Entfall des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Saunaeintritt ist eine finanzpolitische Entscheidung, die im Jahr 2014 als neues Risiko bewertet wurde. Ab Juli 2015 treten die entsprechenden Regelungen in Kraft. Die damit verbundenen, um 12% höheren Aufwendungen für Umsatzsteuer werden auf die Eintrittspreise umgelegt.

Die Technik in den übernommenen Bädern ist zum Teil bereits sehr veraltet. Der Ausfall von Anlagenteilen kann zu Betriebsunterbrechungen führen.

6.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2015 sowie in der Mittelfristplanung bis 2019 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben und damit auch das Besucherpotenzial für die Bäder. Ebenso werden mittelfristig durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt. Auf dieser Grundlage wurden ab 2015 bis 2019 konstant 318.400 Besucher geplant (2014: 291.801) und gleichbleibende Umsatzerlöse auf dem Niveau von 2013 in Höhe von jährlich 1.012,3 T€.

7.2. Investitionen

Investitionen wurden 2015 noch für das Nichtschwimmerbecken im Freibad Saline geplant, worüber auch eine Fördermittelvereinbarung besteht. Über weitere Investitionsmittel ist im Zuge der Wirtschaftsplanung 2015 für die Folgejahre mit der Stadt Halle (Saale) zu verhandeln.

Geplant sind derzeit keine Investitionen.

7.3. Finanzierung

Da derzeit langfristig keine Investitionen eingeplant wurden, ist auch keine Darlehensaufnahme geplant. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist aufgrund der Vereinbarungen im Bäderfinanzierungsvertrag gesichert. Weiterhin besteht im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH eine Kontokorrentkreditlinie von 300,0 T€.

7.4. Ergebniserwartung

Für den Planungszeitraum 2015-2019 werden jährlich 2,1 T€ Ergebnis aus dem Verpachtungsgeschäft der Ballsporthalle erwartet. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass die Verluste aus dem Betrieb der 6 übertragenen Bäder im Rahmen des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle (Saale) über den Betriebskostenzuschuss vollständig ausgeglichen werden.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Bugenhagenstraße 30
 06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehebehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	9,6	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9,0	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	6,6	22,00
Stadt Halle (Saale)	4,8	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Etwaige Überschüsse werden nur für die vertragsgemäßen Zwecke verwendet. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat: Vorsitzende Dr. Ueberschär, Ina (seit 01.01.2014, seit 26.05.2014 Vorsitzende)
 Bahn, Wolfgang

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

Verwaltungsrat:

Baumeister, Lutz
 Dr. Danek, Simone
 Dr. Kehl, Peter
 Dr. Streibelt, Marco
 Gellrich, Barbara
 Hagemann, Karl-Heinz
 Ideker, Thomas
 Kogge, Tobias
 Krahl, Hans-Joachim
 Mann, Ekkehard (seit 01.01.2014)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	1	0	1

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	14.250	77	15.374	79	16.238	79	-1.124	-7
Umlaufvermögen	4.229	23	4.026	21	4.213	21	203	5
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	5	0	5	0	5	100
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	2	0					2	

Bilanzsumme	18.491	100	19.405	100	20.456	100	-914	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	5.526	30	5.731	30	6.056	30	-205	-4
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	5.495	30	5.704	29	5.913	29	-209	-4
Rückstellungen	94	0	85	0	224	1	9	11
Verbindlichkeiten	7.370	40	7.871	41	8.261	40	-501	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0	14	0	2	0	-8	-57

Bilanzsumme	18.491	100	19.405	100	20.456	100	-914	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.897	5.374	6.137
sonstige betriebliche Erträge	386	465	389
Materialaufwand	747	771	813
Personalaufwand	3.873	3.651	3.752
Abschreibungen	853	895	895
sonstige betriebliche Aufwendungen	871	638	821
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	123	74	131
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	261	277	297
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-199	-319	79
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-205	-325	73
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-205	-325	73

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-3,47	-6,05	1,19	%
Eigenkapitalrentabilität:	-3,57	-5,37	1,22	%
Cash-Flow:	648	570	968	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	97	90	92	T€
Personalaufwandsquote:	61,64	62,54	57,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,92	76,43	74,22	%
Eigenkapitalquote:	29,88	29,53	29,60	%
Fremdkapitalquote:	70,12	70,47	70,40	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Abrechnungstage	41.710,00	36.472,00	44.431,00	Tage
Zusatzmaßnahmen DRV	0,00	0,00	114,00	Tage

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Die Rahmenbedingungen in der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen gestalten sich zunehmend schwierig. Seit einigen Jahren zeigt die Belegung des Berufsförderungswerkes Halle im Kerngeschäftsfeld einen Abwärtstrend mit teils deutlichen Schwankungen. Bis zum Jahr 2006 bewegte sich die Anzahl der Rehabilitanden deutlich über der Grenze von 128 Rehabilitanden. Sie ist seitdem kontinuierlich gesunken und erreichte im Jahr 2013 mit durchschnittlich 101 Teilnehmern einen historischen Tiefstand.

Im Laufe des Jahres 2014 hat sich die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen infolge intensiver Marketingaktivitäten auf niedrigem Niveau stabilisiert.

Es nahmen durchschnittlich 116 Teilnehmer (im Vj. 101 Teilnehmer) an Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen teil. Während die Belegung dieser Maßnahmen im Vergleich zum Vj. durch die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschlands, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie durch die anderen Träger von Rehabilitationsleistungen nahezu gleich blieb, stieg die Belegung durch Zugelassene kommunale Träger (zKT) um mehr als 30%.

Der Bedarf an Einzelmaßnahmen stieg 2014 weiterhin. Damit bestätigt sich der Trend einer veränderten Inanspruchnahme der Dienstleistungen des BFW Halle. Tendenziell werden stärker individualisierte und kürzere Schulungsmaßnahmen und Anpassungsqualifizierungen nachgefragt, während das Kerngeschäft von vollständigen beruflichen Umschulungen zurückgeht bzw. mit starken Schwankungen stagniert.

Dies stellt eine Entwicklung dar, die sich grundsätzlich aus der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, den offiziellen Statements der Rentenversicherungsträger, der Bundesagentur für Arbeit und der Politik entnehmen lässt. Diese Tendenz einer Abnahme von Vollzeitmaßnahmen zu Gunsten kürzerer und individuellerer Schulungsmaßnahmen bestätigte sich 2014 im BFW Halle. Dieser Wandel stellte bei zunehmendem Ökonomisierungsdruck und einer gleichzeitig erwarteten immer individuelleren Dienstleistung das BFW Halle vor erhebliche Herausforderungen.

Bei den RehaAssessment-Maßnahmen bewegte sich die Teilnehmerzahl 2014 im Bereich des Planungsansatzes. Der Trend der sich verändernden Bedarfe an Dienstleistungen des BFW Halle, hinzu zu weniger kompletten Umschulungen und Fortbildungen, zeigte sich auch bei den entsprechenden Diagnostikmaßnahmen. Der Anteil von Diagnostikmaßnahmen (FBE), die kürzere Maßnahmen fokussierten war fast genauso groß wie der Anteil der Diagnostikmaßnahmen (EA/AP), die auf komplette Umschulungsmaßnahmen orientierten.

Seit 2 Jahren können neben den Berufsförderungswerken auch andere Leistungserbringer unter bestimmten Voraussetzungen die Anerkennung als Leistungsträger in der beruflichen Rehabilitation erlangen. Damit nimmt die Konkurrenz auch im Bereich der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen zu. Die Zertifizierung nach der DIN ISO2001:2008 sowie nach der AZAV hat das BFW im Jahr 2014 wieder erfolgreich nachgewiesen. Diese Zertifizierung stellt seit 2013 eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung der preisverhandelten Maßnahmen dar.

Von den Leistungserbringern in der beruflichen Rehabilitation werden auch mit Sicht auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes eine Neuausrichtung des Leistungsangebotes und eine Restrukturierung der Kapazitäten und Strukturen gefordert. Schwerpunkt liegt hier in der Erhöhung der internen Flexibilität und Mobilität.

Neben weiterhin intensiven Marketingmaßnahmen gilt es, die internen Prozesse konsequent und zügig auf die aktuellen und künftigen Anforderungen der beruflichen Rehabilitation auszurichten.

Dies erforderte und erfordert Veränderungen in der Ausbildungsorganisation. Die 2013 begonnene neue Strukturierung der Qualifizierungseinheiten sowie die Umgestaltung des Unterrichts in einen modularen Aufbau wurden 2014 weitergeführt.

Entsprechend den Bedarfen erweiterte das BFW Halle 2014 sein Portfolio an Dienstleistungen. Der weitere Ausbau der Aktivitäten der Geschäftsstelle Berlin, neue Angebote für Menschen mit zusätzlichen psychischen Beeinträchtigungen sowie eine weitere Maßnahme, welche frühzeitig Rehabilitationsbedarfe und Möglichkeiten koordinieren und lenken kann und somit zum Arbeitsplatzertahl von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen beitragen soll, wurden im Berichtsjahr implementiert.

2014 waren durchschnittlich 60 (i.Vj. 60) Angestellte sowie 5 (i.Vj.5) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle beschäftigt. Drei Mitarbeiter unterstützen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes die Stammebelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitern lag bei 20,99 %. Ein Mitarbeiter befand sich zum Jahresende in Altersteilzeit.

Die Kostensatz- bzw. Preisverhandlungen für 2014 erfolgten auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 105 Teilnehmern zuzüglich 8 Teilnehmer in der Geschäftsstelle Berlin. Das Ergebnis der Preisverhandlungen für 2014 brachte keine Preissteigerung in dem Umfang mit sich, wie es aufgrund der Entwicklung der Inflation und der Tarifierhöhungen notwendig gewesen wäre. Damit wurde für das Geschäftsjahr 2014 von einem geplanten Verlust in Höhe von TEUR 125 ausgegangen.

Die Geschäftsstelle in Berlin, welche in Kooperation mit dem dort ansässigen BFW betrieben wird, entwickelte sich 2014 weiter positiv. Das Angebotsportfolio reichte von Assessmentmaßnahmen, über Rehabilitationsvorbereitungsmaßnahmen bis zu Integrationsmaßnahmen. Die Belegung lag im Vergleich zum Planungsansatz bei 125 %. Damit erzielte die Geschäftsstelle 2014 einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung des Berufsförderungswerkes Halle.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 523 gestiegen. Dies resultiert aus dem Anstieg der durchschnittlichen Belegung von 101 auf 116 Rehabilitanden in den vorbereitenden und Hauptmaßnahmen.

Im Berichtsjahr fielen mit 41.710 Abrechnungstagen (im Vj. 36.472) ca. 14 % mehr Abrechnungstage im Vergleich zum Vorjahr an.

Die Tageskostensätze für die vorbereitenden und Integrationsmaßnahmen stiegen 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %, die Hauptmaßnahmen um 2,5 %, für EA/AP um 1 % sowie für die Unterbringung/Verpflegung um 2,5 %. Für die Geschäftsstelle Berlin gab es keine Preiserhöhungen. Eine Kompensation der sich allein in Folge der Tarifierhöhungen ergebenden Erhöhung der Personalkosten über den Preis war dadurch nicht möglich.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Jahr 2014 leicht gesunken. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug 2014 TEUR 208 (im Vj. TEUR 209). Die Betriebsleistung stieg somit um TEUR 443.

Die Aufwendungen für die Betriebsleistung stiegen im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 388. Die gesetzlichen Tarifierhöhungen und Abfindungszahlungen führten zu einer Steigerung des Personalaufwandes im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 222. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 233, was im Wesentlichen in einem erhöhten Instandhaltungsaufkommen begründet liegt.

Das Betriebsergebnis sank im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 55 auf TEUR -67.

Die Finanzerträge stiegen auf Grund der Endlaufzeit einer Finanzanlage um TEUR 49. Die gleichzeitig leicht sinkenden Finanzaufwendungen führten zu einer geringfügigen Verbesserung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr.

Die aufgezeigten Entwicklungen führen im Jahr 2014 zu einem Jahresverlust von TEUR 205.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2014 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 464 (im Vj. TEUR 284) gekennzeichnet. Investitionen in Höhe von TEUR 212 (Plan 292) wurden zahlungswirksam getätigt. Auf Grund von Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen in Höhe von TEUR 500 erzielte das BFW Halle einen positiven Cashflow aus der Investitionstätigkeit. Der Finanzmittelfonds stieg um TEUR 138 (Vj. -135). Die Gesellschaft verfügt 2014 über eine gute Liquiditätsausstattung, die es ihr ermöglicht, jederzeit ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

c) Finanzinstrumente

Wesentliche originäre Finanzinstrumente für die Gesellschaft stellen, die kurzfristigen Forderungen, liquide Mittel sowie die Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger dar. Derivate Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht genutzt. Das Bonitäts- und Ausfallrisiko ergibt sich aus der Gefahr, dass Geschäftspartner bei einem Geschäft über ein Finanzinstrument ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können und dadurch Vermögensverluste entstehen. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

d) Vermögenlage und Kapitalstruktur

Die Vermögenlage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentliche Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Schwerpunkte der Investitionen liegen im Bereich der Qualifizierung und des RehaAssessments.

Die Bilanzsumme des BFW Halle hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 914 vermindert. Dabei sank das langfristig gebundene Vermögen um TEUR 1.124. Hier spielt die Endfälligkeit einer Finanzanlage in Höhe von TEUR 500 eine Rolle. Investitionen in das Sachanlagevermögen von TEUR 220 stehen Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von TEUR 853 gegenüber.

Auf der Passivseite resultiert die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere aus der Verminderung des Sonderpostens aus Zuwendungen um TEUR 208 sowie dem im Berichtsjahr erzielten Jahresverlust von TEUR -205. Damit sinkt das wirtschaftliche Eigenkapital um TEUR 413 und das Fremdkapital um TEUR 500.

Das BFW Halle hat mehrere langfristige Darlehen. Die Laufzeit der Darlehen endet je nach Darlehen in den Jahren 2025 bis 2028. Diese Darlehen sind mit 4,0 % bzw. 2,0 % verzinst. Die Zinsen zur Bedienung der für die Baufinanzierung aufgenommenen Darlehen betragen im Jahr 2014 TEUR 254. Diese Konditionen stehen im Widerspruch zur derzeitigen Zinssituation der Guthaben. Im Berichtsjahr erfolgte eine Tilgung der Darlehen in Höhe von TEUR 615.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2014 TEUR 11.021, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 59,6 % entspricht. Damit ist die Vermögenlage des BFW Halle im Jahr 2014 durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist im Jahr 2014 positiv, er stieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 180. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist 2014 positiv, da hier EUR -203 Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen in Höhe von TEUR 500 gegenüberstehen. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gestaltet sich planmäßig negativ. Hier spiegeln sich die Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten in Höhe von TEUR 615 wider.

Der Finanzmittelfonds steigt im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 138.

3. Zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

Das BFW Halle versteht sich als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, als überregional kompetenter Partner der Rehabilitationsträger und der Arbeitgeber. Die strategische Ausrichtung als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ ist auch 2015 das Kernziel der Gesellschaft.

Es gibt deutliche Schwankungen in den Belegungszahlen innerhalb der Maßnahmen – sowohl im RehaAssessment als auch im Bereich der Qualifizierung – und gleichzeitig einen Rückgang von Umschulungsmaßnahmen zu Gunsten kürzerer, individuellerer und wohnortnaher Schulungen. Diese ziehen einen größeren materiellen und personellen Aufwand nach sich, der sich auch in den Preisen widerspiegeln muss.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle, die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallbezogenen und effizienten Rehabilitation unerlässlich. Das BFW Halle ist dadurch befähigt gleichzeitig Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Die Basis der Arbeit stellt dabei das Strategiepapier „RehaFutur“ sowie die Umsetzung des neuen „Reha-Modells“ dar. Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem der Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

Das größte Risiko für das BFW Halle liegt 2015 in der Belegung. Eine Belegungsgarantie seitens der Kostenträger besteht nicht. Eine weiter sinkende Belegung kann sich für das BFW Halle perspektivisch bestandsgefährdend auswirken. Die Kostensatzentwicklung muss die Entwicklung der Inflation und Tarife berücksichtigen. Das BFW Halle ist Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt und damit an die Tarifentwicklung im vollen Umfang gebunden. Bei den Verhandlungen zu den Kostensätzen 2015 mit den Rehabilitationsträgern konnte keine angemessene Erhöhung erzielt werden.

Die Ertragslage des BFW Halle wird daher im Wesentlichen von den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kostensätze mit den Rehabilitationsträgern und von der Entwicklung der Belegungszahlen in den verschiedenen Maßnahmen der Rehabilitation bestimmt. Das BFW Halle ist von den Strategien der Rehabilitationsträger hinsichtlich ihres Belegungsverhaltens abhängig. Die geplante durchschnittliche Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen von 116 Teilnehmern und die vereinbarten Kostensätze führen für das Wirtschaftsjahr 2015 voraussichtlich zu einem negativen Ergebnis in Höhe von TEUR 6.

Für das Wirtschaftsjahr 2015 wurde bei der Berechnung der Personalkosten die tariflich vereinbarte Steigerung eingerechnet.

Es sind Investitionen in einem Umfang von TEUR 357 vorgesehen, wobei der Schwerpunkt der Investitionsplanung in der Qualifizierung und dem RehaAssessment liegt.

Ausgehend von einer durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im I. Quartal 2015 von 116 Teilnehmern ist die Prognose für das Jahr 2015 derzeit positiv.

Um den Bekanntheitsgrad des BFW Halle weiter zu steigern, wird die Intensivierung der Marketingaktivitäten fortgesetzt.

Intensive Gespräche mit der Bundesagentur, der DRV Bund sowie der DRV regional erfolgen kontinuierlich. Das derzeitige Maßnahmeangebot des BFW Halle entspricht den Anforderungen und Bedarfen der Rehabilitationsträger. Netzwerke und Kooperationen werden zukünftig mehr im Fokus stehen. Die überregionale Beratungstätigkeit wird 2015 weiter ausgebaut. In der Rehabilitationsklinik in Masserberg werden die Patienten durch das BFW Halle im Rahmen der medizinischen Rehabilitation zu Fragen der beruflichen Rehabilitation beraten. Bei den Beratungen in Mitteldeutschland nutzt das BFW Halle die Kooperationen mit den anderen mitteldeutschen BFW.

Die Infrastruktur mit seinem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit anderen Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die hohen Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet das BFW Halle als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Das BFW Halle in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen, sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ zu etablieren, wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV. Halbjährlich wird dem Verwaltungsrat ein Zwischenabschluss vorgelegt, aus welchem die Geschäftsentwicklung zu ersehen ist.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

4. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2014, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind nicht eingetreten.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		van Rissenbeck, Goswin	
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	(bis 31.12.2014)
		Bauersfeld, Martin	(seit 29.01.2014 bis 15.07.2014)
		Bönisch, Bernhard	(seit 16.07.2014)
		Feigl, Christian	(seit 16.07.2014)
		Hildebrandt, Roland	(bis 28.01.2014)
		Kley, Gerry	(bis 28.01.2014)
		Koehn, Gottfried	(bis 15.07.2014)
		Rothe, Bernward	(seit 16.07.2014)
		Schmeil, Birgit	
		Scholtyssek, Andreas	(seit 29.01.2014 bis 15.07.2014)
		Trömel, René	(verstorben am 28.10.2014)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	53	1	52	0	46	0	1	2
Umlaufvermögen	4.503	99	16.019	100	10.534	100	-11.516	-72
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	2	0	2	0	-2	-100

Bilanzsumme	4.556	100	16.073	100	10.582	100	-11.517	-72
--------------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	----------------	------------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.004	22	37	0	37	0	967	2.614
Sonderposten für Investitionszulagen	52	1	51	0	44	0	1	2
Rückstellungen	157	4	182	1	259	3	-25	-14
Verbindlichkeiten	3.343	73	15.803	99	10.242	97	-12.460	-79

Bilanzsumme	4.556	100	16.073	100	10.582	100	-11.517	-72
--------------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	----------------	------------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	17.688	1.179	3.030
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-12.036	5.452	4.091
sonstige betriebliche Erträge	1.254	1.140	1.159
Materialaufwand	600	746	1.058
Personalaufwand	5.132	6.886	7.046
Abschreibungen	23	18	16
sonstige betriebliche Aufwendungen	184	121	160
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	967	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	967	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	967	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,47	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	2.609,93	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	990	18	16	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	18	14	15	T€
Personalaufwandsquote:	74,31	88,62	85,10	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,91	0,29	0,41	%
Eigenkapitalquote:	22,04	0,23	0,35	%
Fremdkapitalquote:	77,96	99,77	99,65	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Arbeitsverträgen	45,00	44,00	46,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen Beschäftigungsvereinbarungen	22,00	11,00	5,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	12,00	23,00	55,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Ressorts Beschäftigungsförderung der Stadt in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie im Vorjahr, auch im Jahr 2014 erfüllen.

Seit dem Februar 2008 ist der Beigeordnete für Wirtschaft und Wissenschaft, Herr Wolfram Neumann, Vorsitzender des Betriebsausschusses. Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Im April 2014 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 des EfA durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner GbR geprüft. Mit dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt. Es wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2013 wurde am 29.10.2014 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 EigenBG LSA die Entlastung erteilt. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 wurde parallel zum Haushaltsplan der Stadt in den Stadtrat eingebracht und am 17.12.2014 durch diesen beschlossen.

Schon im Februar des Jahres 2014 hat der EfA die Genehmigung zum Vollzug des Wirtschaftsplanes 2014 durch das Landesverwaltungsamt erhalten. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen umgesetzt werden. Nach dem Abschlussstichtag gab es im Jahr 2015 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Jahr 2014.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr weiterhin stabil gestaltet. Kleine Probleme werden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung gibt es regelmäßige Zusammenkünfte. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2014 geprägt von der inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente, dabei insbesondere der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand (1 € Jobs) und dem Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen".

Das Hochwasser 2013 hatte auch im Jahr 2014 noch zur Folge, dass viele Maßnahmen an dieser Themenstellung ausgerichtet waren.

Finanziell hatte das Hochwasser einen positiven Effekt für den EfA. Da alle Fördermittelgeber im Rahmen der Katastrophe ihr Ermessen voll ausschöpfen konnten, wurden von diesen auch Leistungen finanziert, die bei der Planung für das Jahr 2014 noch aus den Zuschüssen der Stadt Halle (Saale) finanziert werden mussten.

Darüber hinaus ist es, abweichend von den mittelfristigen Finanzplanungen aus den Jahren 2011/2012/2013 und unter Beibehaltung der grundsätzlichen Zielsetzung, gelungen, Mittel einzusparen. Grundlage dafür sind abgeschlossene Trägerkooperationen, zeitliche Verschiebung im Projektstart, sparsamer Umgang mit Sach- und Overheadkosten sowie die durch das oben erwähnte Hochwasser erhöhten Förderquoten der Fördermittelgeber.

In den Jahren 2011 bis 2014 konnten so insgesamt 966.881,96 € geplante Mittel eingespart und mit diesem Jahresabschluss für zukünftige Aufgaben bereitgestellt werden. Schon mit dem Beschluss zum Wirtschaftsplan 2015 hat der Stadtrat die Verwendung des Jahresüberschusses für 2015 mit 400.000 € und für 2016 mit 400.000 € für neue und zukünftige Maßnahmen eingeplant. Darüber hinaus hat der Betriebsausschuss beschlossen, 120.000 € in drei Jahresscheiben für das Förderprogramm Halle 500 im Projekt Joblinge zu verwenden. Für die verbleibenden 46.881,96 € wird die Verwendung in den Förderprogrammen des neuen operativen Programms der EU 2015 bis 2020 vorgeschlagen.

Mit dem Team Eigene Projekte, dem Team Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel sowie dem Team Personal und Qualität ist der EfA so strukturiert, dass er jederzeit kommende oder zusätzliche Aufgaben wie das Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ oder andere Förderprogramme wie „Aktiv zur Rente - Plus“ ohne Gefährdung der bestehenden Instrumente des SGB II übernehmen und realisieren kann.

Um zukunftsfähig aufgestellt zu sein, hat der EfA neben all den anderen Herausforderungen die Zertifizierung nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) umgesetzt. In der Konsequenz wurde die dauerhafte Aufgabe der Trägerzertifizierung und der folgenden Maßnahmezertifizierung inhaltlich und personell mit den entsprechenden Qualifizierungen in ein Team Personal und Qualität integriert und der EfA hat seine Teams neu strukturiert.

Am 12. Dezember 2014 hat der EfA die Zertifizierung als zugelassener Träger nach § 178 SGB III von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung erhalten. Diese Trägerzertifizierung wurde für den Maßnahme- und den Qualifizierungsbereich ausgesprochen. In der Folge sind nunmehr jährlich Zertifizierungsprüfungen umzusetzen. Auch die interne Struktur des Betriebes musste verändert werden und der erhöhte Dokumentationsaufwand kann mit einer Mehrbelastung der Mitarbeiter umgesetzt werden.

Perspektivisch ist die Stadt Halle (Saale) mit dem EfA nunmehr so aufgestellt, dass arbeitsmarktpolitische Herausforderungen in der Umsetzung zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau angegangen werden können.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2014 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen.

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1 € Jobs) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate).
- „Aktiv in Rente- Plus“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 50 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (12 Monate)
Dabei wurde ein **neues Beteiligungsverfahren**, wie es ab 2015 für die Regionalisierung der ESF Maßnahmen 2015 – 2020 im Land Sachsen-Anhalt geplant ist, umgesetzt. Mit diesem **zeitaufwendigen** Verfahren wurden durch den EfA **hoheitliche Aufgaben** für die Stadt Halle (Saale) koordiniert und realisiert.
- Bürgerarbeit - Arbeitsplatzförderung des Bundes für Langzeitarbeitslose mit mehreren Erwerbshemmnissen incl. eines Coaching durch Bildungsträger über den Bewilligungszeitraum (36 Monate).
- Erprobungsarbeitsplätze tarifgebunden im Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen"
- Eignungsfeststellungen - Tarifgebundene Arbeitsplatzförderung

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2014 durchschnittlich nachfolgende Jahresarbeitsverträge in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert.

Aktiv zur Rente Plus*	67	Arbeitnehmer
Mehraufwand*	295	Arbeitnehmer
Bürgerarbeit	380	Arbeitnehmer
Bundesfreiwilligendienst	5	Arbeitnehmer
Erprobungsarbeitsplätze FIC*	7	Arbeitnehmer
Eignungsfeststellungen	6	Arbeitnehmer
ohne Förderung	45	Arbeitnehmer
Gesamt:	805	Arbeitnehmer mit Arbeitsvertrag beim EfA

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, daher Mehrfachbesetzung.

Darüber hinaus hat der EfA bei Dritten weitere 193 Arbeitnehmer im Förderprogramm Bürgerarbeit finanziert. Im Rahmen der Förderung Halle 500 konnten im Durchschnitt insgesamt 21 Arbeitsstellen mitfinanziert werden.

Unter Berücksichtigung der unterjährigen Laufzeit einiger weniger Maßnahmen und der Nachbesetzungen in laufenden Maßnahmen, konnten **mehr als 1.000 Leistungsempfänger in Arbeit gebracht** werden.

Besonders hervorzuheben ist dabei, dass mit den Förderprogrammen, „Aktiv zur Rente Plus“ und Bürgerarbeit **für 640 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtige** Arbeitsplätze eingerichtet werden konnten.

Im Vergleich zu den Vorjahren konnten, bei geringerem Gesamtbudget, weniger Leistungsempfänger in Arbeit gebracht werden. Ursächlich dafür sind Veränderungen im Bereich der Förderinstrumente Mehraufwand (1€ Job) sowie die reduzierten Landes- und Bundesförderungen. Mit 295 Plätzen in einer Förderung durch Mehraufwand fand gegenüber den Vorjahren eine deutliche Verschiebung zu den kommunal teureren Maßnahmen statt.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate) hatte es in den Vorjahren **eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses** weg vom Jobcenter hin zu EU, Bund, Land gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen, wie derzeit die Maßnahmen im Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ und „Aktiv zur Rente - Plus“, zu berücksichtigen.

Die 2012 begonnene Neuausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen durch den Bund geht nach einem Übergangszeitraum **seit 2014 von einer deutlich höheren kommunalen Beteiligung** aus.

Zur Durchführung der Projekte wurden folgende Mittel eingesetzt:

	2014	2013
Zuschüsse der Stadt	2.333.000 €	2.417.000 €
Sonstige Einnahmen*	261.143 €	245.739 €
Mittel des Bundes	2.137.500 €	4.510.541 €
Mittel des Landes	1.325.134 €	204.828 €
Mittel des Jobcenter Halle	322.944 €	423.648 €
Summe	6.379.721 €	7.801.756 €

* Personalkostenerstattungen im Rahmen von „Bildung und Teilhabe“

Dennoch ist es durch einen guten Maßnahmemix gelungen, den Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stabil zu halten.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2014	2013	2012
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	12,0	12,0
Jahresgewinn/-verlust	966,9	0,0	0,0
	1003,9	37,0	37,0

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2013	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	12,0	12,0	0,0	12,1	12,1
Strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	78,3	1,1	40,2	65,3	102,3
Übrige Rückstellungen	91,5	79,1	0,5	30,1	42,0
	181,8	92,2	40,7	107,5	156,4

2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2014 (TEUR)	2013 (TEUR)
Zuschüsse des Jobcenter Halle	316,3	603,8
Zuschüsse Land / ESF	56,8	54,5
Zuschüsse Bund	13.574,3	7,3
Zuschüsse Stadt	3.741,0	513,5
Sonstige betriebliche Erträge	1.230,8	1.122,8
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	22,7	16,8
	18.941,9	2.318,7

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2014 (TEUR)	2013 (TEUR)
Löhne und Gehälter	4.263,6	5.752,8
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	868,0	1.133,5
- davon für die Altersversorgung	59,0	60,0
	5.131,6	6.886,3

Die Liquidität konnte ganzjährig durch kontinuierlichen Mittelabruf und Liquiditätscontrolling gesichert werden.

3. Aufgaben, Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2015

Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist und bleibt eine herausragende Aufgabe der Kommunen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen sind in der Stadt Halle (Saale) derzeit insgesamt 13.413 Personen arbeitslos, davon wurden 10.992 bzw. 81,95% der Arbeitslosen nach dem SGB II betreut. Das bedeutet, dass in diesen Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich ca. 22.000 bis 28.000 Menschen betroffen sind. Rechnet man die ca. 5 bis 8 Tausend „Aufstocker“ noch hinzu, so leben ca. 15% der Hallenser von oder mit Leistungsbezügen des SGB II. Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) beträgt immer noch 11,7 %, und liegt somit unverändert weiter über dem Agenturbezirk und dem Landesdurchschnitt (10,6%) und erst recht über dem Bundesdurchschnitt (6,8 %).

„Öffentlich geförderte Beschäftigung darf nicht nur auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung reduziert werden, sondern soziale Teilhabe sollte auch durch niedrigschwellige Beschäftigungsangebote ermöglicht werden („Teilhabejobs“).“

(Vorbericht zur 164. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Familie des Deutschen Städtetages Mai 2015)

Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik der Stadt Halle (Saale) und des Jobcenter Halle (Saale) ist es, Menschen durch die verschiedenen Fördermöglichkeiten von EU, Bund, Jobcenter, Land und der Kommune an Arbeit heranzuführen oder sie befristet in Arbeit zu bringen.

Dies wird unmittelbar im Eigenbetrieb für Arbeitsförderung realisiert, mittelbar durch entsprechende Bereitstellung von Mitteln und entsprechender Förderinstrumente des Landes und des Jobcenters Halle (Saale).

Die Passgenauigkeit von beiden für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes wird in der Trägerversammlung des Jobcenters abgestimmt und für jede Einzelmaßnahme hinsichtlich des Eingriffs in den 1. Arbeitsmarkt geprüft.

Da die Erfahrung zeigt, dass eine Maßnahmeteilnahme allein die Integration in den Arbeitsmarkt nicht immer befördert und sichert, wurden und werden dabei im Bereich „Ganzheitlichkeit“ und „Nachhaltigkeit“ Schwerpunkte gesetzt.

Zielkonflikte zwischen raschem Integrationserfolg, Nachhaltigkeit und sozialer Teilhabe müssen aufgelöst werden und die Schnittstellen zwischen SGB II, III, VIII und XII neu betrachtet werden.

Auch der „Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)“, der sowohl vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales als auch vom Bundesministerium für Finanzen abgelehnt wird, könnte der Stadt Halle (Saale) und dem Jobcenter wesentlich **größere Handlungs-, aber vor allem Gestaltungsmöglichkeiten** eröffnen.

Die Rücknahme der Restriktionen bei den Arbeitsgelegenheiten (Begrenzung einer Zeitdauer von 24 Monaten für Maßnahmezuweisungen innerhalb der letzten 5 Jahre) ist eine der wesentlichsten Forderungen, die unabhängig der Schaffung neuer Förderinstrumente umgesetzt werden muss. Nur so ist soziale Teilhabe dauerhaft möglich, auch wenn der Übergang in den Arbeitsmarkt nicht gelingt.

Die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente im SGB II im April 2013 hat zur Folge, dass die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten individuell kombiniert werden sollen. Der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung hat auf diese Anforderung reagiert und für sich eine entsprechende deutschlandweite Zertifizierung durch einen der bundesweit anerkanntesten Zertifizierer umgesetzt. Darüber hinaus ist das Team Personal ohne personellen Aufwuchs um den Aufgabenbereich Qualitätsmanagement erweitert und qualifiziert besetzt worden.

Ohne aktive Arbeitsmarktpolitik der Kommune werden die Kosten der Unterkunft (KdU) nach Aussagen der Bundesagentur für Arbeit (BA) weiterhin steigen.

Koordination der Investitionen nach dem Hochwasser 2013

Das Instrument der Eignungsfeststellung hat sich in den letzten beiden Jahren innerhalb des EfA und der Stadtverwaltung bewährt. Damit konnte Personal gewonnen werden, welches in der befristeten Phase der Eignungsfeststellung zum Teil durch unterschiedliche Fördermittelgeber mitfinanziert wurde und dabei den Fachbereichen eine qualifizierte Personalauswahl ermöglicht. Dieses Instrument ist auch bei der Realisierung der Investitionen nach dem Hochwasser genutzt worden.

Der Leiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) hat im August 2013 die Aufgabe der Koordination der Investitionen nach dem Hochwasser 2013 übernommen. Dies geschah vor allem vor dem Hintergrund, dass der EfA eine sehr flexible Organisationsstruktur hat, die auch kurzfristig auf fördertechnische und/oder personelle Bedarfe reagieren kann.

Das Know-how und das notwendige Hintergrundwissen zur Abrechnung von Landes-, Bundes- und EU-Mitteln hat der EfA schon mehrfach unter Beweis gestellt, nicht zuletzt erfolgreich bei der kompletten landesweiten Tiefenprüfung des Arbeitsmarktprogrammes 2002 bis 2007.

Die Anbindung dieser Aufgabe an den Betriebsleiter soll bis zum Abschluss aller Maßnahmen erfolgen.

4. Zielsetzung

Als Grundlage für die Zielsetzung 2015 wurden die Ergebnisse des Jahres 2012/2013 und 2014 herangezogen. Berücksichtigt wurden alle vertraglich gebundenen Projekte und Maßnahmen bis ins Jahr 2016, schon laufende, die Jahresfrist überschreitende Maßnahmen, welche in 2016 enden, und eine geringe Anzahl von ca. 250 noch zu beantragende Maßnahmeplätze. Die Ergebnisse des Jahres 2014 entsprechen annähernd dem Anfangsbestand des Jahres 2015. Dabei sind durch den Wegfall der Langfristigkeit der Maßnahmen auch die Zuschüsse nicht mehr stabil kalkulierbar.

Darüber hinaus setzt die Stadt Halle (Saale) gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt, mit Unterstützung des Jobcenters, das Förderprogramm „Aktiv zur Rente - Plus“ um.

Hierbei werden ca. 158 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose über 50 Jahre geschaffen. Das Programm sieht eine **sozialversicherungspflichtige und tarifgerechte Entlohnung** bzw. mindestens den BZA Tarif für Zeitarbeit vor. Damit kann man davon ausgehen, dass der allergrößte Teil der geförderten Arbeitnehmer aus dem Leistungsbezug nach SGB II herausfällt und somit in 12 Monaten ca. 200.000 € KdU eingespart werden.

Vor dem oben beschriebenen Hintergrund wird die Stadt Halle (Saale) und hierbei besonders der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung auf weitere Entwicklungen, ob aus EU, Bund, Land oder Sonstigen, aktuell reagieren und den Entscheidungsträgern Vorschläge zur Umsetzung vorlegen. Insbesondere die Umsetzung des neuen operativen Programms der EU mit Mitteln des Europäischen Sozialfond (ESF) wird dabei Schwerpunkt sein. Hierbei wird man vor allem dem Wunsch zur Regionalisierung im Land Sachsen-Anhalt Rechnung tragen müssen.

Das bereits angelaufene ESF Bundesprogramm zur Eingliederung von langzeitarbeitslosen Leistungsbeziehern nach dem SGB II auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt kann aus Sicht des Efa noch nicht eingeschätzt werden. Hier sind bisher keine Eingliederungserfolge bekannt.

Das zweite Bundesprogramm zur öffentlich geförderte Beschäftigung für sehr arbeitsmarkt-ferne Langzeitarbeitslose ist Grundlage aller Bemühungen des Betriebsleiters und des Beigeordneten der letzten Monate zum „**Gelsenkirchener Appell**“ (**GE Appell**). Hierbei ist neben den bekannten Forderungen zu öffentlich geförderten Arbeit vor allem auf eine **clustermäßige Gleichbehandlung** bei der Beantragung (Gleiche unter Gleichen, die 10 Gebietskörperschaften mit den höchsten Quoten an SGB II Leistungsempfängern o.ä.) und auf die damit einhergehende **wettbewerbsverzerrende lineare Reduzierung der Eingliederungstitel** zu verweisen. Bei einem Gesamtvolumen der Reduzierung der Eingliederungsmittel von ca. 150 Mio. € trifft dies die Stadt Halle (Saale) in großem Umfang.

Zentrales Anliegen des GE Appell ist:

- **Mitgestaltung** des Förderprogrammes zur „Öffentlich geförderten Beschäftigung“
- **kein Teilnahmewettbewerb** für die 10 Städte und Kreise mit den höchsten Quoten an Leistungsempfängern aus dem SGB II
(Bremerhaven Stadt 22,8%, Gelsenkirchen 22,7%, Uckermark 20,1%, Brandenburg an der Havel 19,9%, **Halle 19,7%**, Frankfurt (Oder) 19,6%, Offenbach 19,2 %, Essen 19,0%, Salzlandkreis 18,7%, Schwerin 18,4%)
- Alternativ: Kein Teilnahmewettbewerb für die kommunalen Gebietskörperschaften mit einer SGB II Quote von 12% oder 15%
- Mitgestaltung der **Zugangsvoraussetzungen** für die Leistungsempfänger
- Mitgestaltung der **förderfähigen Inhalte**

Neben den durch Heranführung an Arbeit zu erzielenden sozialpolitischen Aspekten und der damit verbundenen Verbesserung der städtischen Infrastrukturen, beinhaltet die Zielsetzung 2015 auch, die städtische Aufgabe zur Umsetzung von gerichtlich zugewiesener gemein-nütziger Arbeit vorzunehmen.

Über die arbeitsmarktpolitischen Effekte und die **Auswirkung auf die Sozialversicherungssysteme** hinaus, wird **mit allen Maßnahmen auch eine Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) erzielt** (vergl. Flut u.a.). Die Schätzungen dazu bewegen sich zwischen dem 10fachen und dem 35fachen des kommunalen Jahreszuschusses an den Efa.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt durchzuführen, selbst wenn diese die oben benannten Effekte nur teilweise erfüllen.

Vor dem Hintergrund des weiter steigenden Fachkräftemangels sind hier sogar sehr niedrigschwellige Projekte zu entwickeln, mit denen die sogenannten „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ wieder an Arbeit herangeführt werden können.

Wenn der Fachkräftemangel die Wirtschaft dazu zwingt, ihr derzeit eigenes geringqualifiziertes Personal zu qualifizieren, werden sich auch Chancen für die „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ ergeben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass diese Erwerbsfähigen in der Lage sind, einen Arbeitstag, eine –woche, einen –monat, ein –jahr und dann das restliche Arbeitsleben durchzuhalten und dabei elementare Schlüsselqualifikationen einzuüben.

Hier sind derzeit die perspektivischen Herausforderungen und Zielsetzungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung zu sehen.

Im Efa ist die Verwendungsnachweisprüfung zum Förderprogramm Bürgerarbeit und für alle auslaufenden ESF Förderungen der letzten Förderperiode schon gestartet. In den Monaten Mai bis August 2015 werden dann alle Ressourcen dazu eingesetzt, die Verwendungsnachweise form- und fristgemäß vorzulegen. Mit Blick auf eine gesamtstädtische Effizienz und der Anforderungen der Fördermittelgeber, beteiligt sich auch das Rechnungsprüfungsamt daran. Nützliches Steuerungselement ist dabei das in den Jahren 2008 und 2009 eingeführte interne Controlling (IKS).

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind im Haushalt der Stadt Halle (Saale) für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Jahr 2015 Zuschüsse in Höhe von

1.099.500 EURO.

eingepplant.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen des Jobcenters in Höhe von

765.000 EURO

und Mittel des Bundes und Landes in Höhe von

3.567.200 EURO

als sonstige Fördermittel für alle Maßnahmen eingepplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen in der Mittelfristplanung für die Jahre 2012 bis 2016 sich wie folgt darstellt.

2012	1.100	Maßnahme- Plätze
2013	1.000	Maßnahme- Plätze
2014	650	Maßnahme- Plätze
2015	384	Maßnahme- Plätze
2016	824	Maßnahme- Plätze

In der Stadt Halle (Saale) ist eine inhaltliche arbeitsmarkt- und/oder sozialpolitische Ausrichtung des Eigenbetriebes zu formulieren.

Eigenbetrieb Kindertagesstätten*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	0		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Zweck des Eigenbetriebes ist der Betrieb und die Bewirtschaftung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Kreisel, Jens
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Kogge, Tobias
		Bohm-Eisenbrandt, Ann-Sophie (seit 17.07.2014)
		Dr. Bergner, Annegret (seit 17.07.2014)
		Dr. Brock, Inés (bis 16.07.2014)
		Eigendorf, Eric (seit 17.07.2014)
		Haupt, Hanna (bis 16.07.2014)
		Haupt, Ute (bis 16.07.2014)
		Jahn, Josephine (seit 17.07.2014)
		Knöchel, Swen (bis 16.07.2014)
		Schied, Thomas (seit 17.07.2014)
		Schmidt, Karin
		Scholtyssek, Andreas

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

Betriebsausschuss:

Weiß, Sylvia

Wolff, Sabine

(bis 16.07.2014)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Betriebsausschuss	1	0	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	34.209	90	34.006	83	34.884	83	203	1
Umlaufvermögen	3.874	10	7.183	17	7.275	17	-3.309	-46
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	12	0	37	0	-9	-75
Bilanzsumme	38.086	100	41.201	100	42.196	100	-3.115	-8

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	20.468	54	21.029	51	21.169	50	-561	-3
Sonderposten für Investitionszulagen	10.222	27	10.392	25	9.706	23	-170	-2
Rückstellungen	2.138	6	4.228	10	5.301	13	-2.090	-49
Verbindlichkeiten	5.171	13	5.478	14	5.933	14	-307	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	87	0	74	0	87	0	13	18
Bilanzsumme	38.086	100	41.201	100	42.196	100	-3.115	-8

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	35.198	32.831	31.723
sonstige betriebliche Erträge	967	1.266	1.938
Materialaufwand	40	46	40
Personalaufwand	29.985	27.304	26.424
Abschreibungen	1.325	1.266	1.297
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.153	6.003	5.474
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	3	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	229	296	375
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-560	-815	57
außerordentliche Erträge	0	731	0
außerordentliches Ergebnis	0	731	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-560	-84	57
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-560	-84	57

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,59	-0,25	0,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,66	-0,40	0,27	%
Cash-Flow:	765	1.182	1.354	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	46	47	50	T€
Personalaufwandsquote:	82,91	80,08	78,50	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,71	82,44	82,54	%
Eigenkapitalquote:	53,74	51,04	50,17	%
Fremdkapitalquote:	46,26	48,96	49,83	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Betreuungsstunden	10.550.207,00	10.016.252,00	9.403.592,00	Stunden
Betreuungskosten ¹⁾	3,48	3,46	3,45	€/Std.
davon Personalkosten	2,86	2,73	2,74	€/Std.
davon Sachkosten	0,62	0,73	0,71	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.391,00	5.392,00	5.313,00	Anzahl

¹⁾ Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

e) Lagebericht

I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche, Branchenbezogene Rahmenbedingungen
2. Geschäftsverlauf
3. Lage
Vermögens-, Finanz und Ertragslage
Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes
4. Personal

III. NACHTRAGSBERICHT

IV. PROGNOSEBERICHT

1. Entwicklung der Belegungszahlen
2. Erarbeitung der Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarung (LQE)
3. Fortschreibung des Bildungsprogramms für frühkindliche Bildung Sachsen-Anhalt – „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“
4. Baumaßnahmen im Wirtschaftsjahr 2015

V. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Chancen- und Risikobericht
2. Gesamtaussage

I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

Der Eigenbetrieb wurde zum 01.01.2006 mit Beschluss des Stadtrates vom 07.März 2005 gegründet. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten übernahm die operativen Geschäfte der Kernverwaltung und den Betrieb der nach Übergabe an freie Träger der Jugendhilfe verbliebenen kommunalen Kindertagesstätten.

Der Stadtrat war sich seinerzeit bewusst, dass die Stadt Halle gerade durch die Binnenwanderung innerhalb des Stadtgebietes in Zukunft enormen Herausforderungen gegenübersteht und hat sich durch diese Entscheidungen zukünftig die Möglichkeit einer aktiven Gestaltungen der Stadtentwicklung im Bereich der frühkindlichen Bildung ermöglicht.

Aktuell werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, bezogen auf das Berichtsjahr 2014, 46 Kindertagesstätten und 5 Horte betrieben. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten wird als Sondervermögen der Stadt Halle (Saale) ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß §121 KVG LSA geführt.

Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind gemäß § 4 Abs. 1 EigBG in der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) geregelt. Der Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes sind die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit laut Abgabenordnung.

Des Weiteren ist in der Satzung festgelegt, dass das Rechnungswesen nach den Regeln der doppelten Buchführung zu führen ist. Es ist ein Wirtschaftsplan vorzulegen. Dieser muss aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht bestehen.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erhebt zur Finanzierung der Gesamtkosten Kostenbeiträge, die jedoch nur einen Teil der anfallenden Kosten decken. Die Stadt Halle hat zu diesem Zweck eine Satzung, auf Grund der fehlenden Rechtspersönlichkeit des Eigenbetriebes geschaffen, auf deren Grundlage Beiträge erhoben werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erlässt im Auftrag der Gebietskörperschaft die entsprechenden Kostenbeitragsbescheide, führt eine Sonderkasse und ist organisatorisch für die Beitreibung der Beiträge bis zur Vollstreckung selbst verantwortlich.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erfolgt gemäß der Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen, § 11 KiFöG.

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche, Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Bildungslandschaft war auch im Jahr 2014 vielfältigen Veränderungsprozessen und der Weiterführung der gesetzlichen Reformen ausgesetzt:

Seit 01. August 2013 gilt das neue Kinderförderungsgesetz (KiFöG). Es brachte zahlreiche Veränderungen für Kinder, Eltern sowie Erzieherinnen und Erzieher. Zunächst wurde der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung unabhängig vom Sozialstatus der Eltern eingeführt.

Familien mit zwei oder mehr Kindern werden seit 2014 finanziell entlastet. Durch die stufenweise Anhebung des Personalschlüssels wurden günstigere Arbeitsbedingungen geschaffen.

Die Rechte der Eltern wurden mit der Novellierung des Kinderförderungsgesetzes nochmals deutlich gestärkt und die Anforderungen an ein professionelles Qualitätsmanagement für Träger von Kindertageseinrichtungen gesetzlich festgeschrieben.

Die Fortschreibung des Bildungsprogrammes des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ aus dem Jahr 2013 hat neue und differenzierte Herausforderungen für die Kindereinrichtungen definiert.

Am 17.12.2014 wurde ein Stadtratsbeschluss zur Anpassung der Satzung des Eigenbetriebes an die Anforderungen zur Gemeinnützigkeit im Rahmen des Steuerrechts gefasst. Mit Veröffentlichung am 05.02.2015 im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) traten die Änderungen in Kraft.

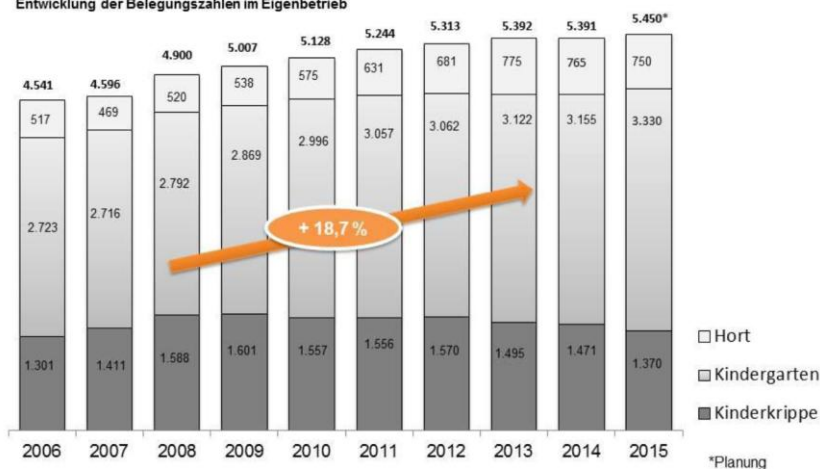
2. Geschäftsverlauf

Seit Gründung des Eigenbetriebes zeigte sich die wirtschaftliche Lage des Unternehmens insgesamt positiv. Die Gesamtauslastung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes ist auch im Jahr 2014 als stabil zu bezeichnen. Im Durchschnitt wurden im Jahr 2014 5.391 Kinder betreut.

Gegenüber dem Gründungsjahr stieg die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes um 18,7 Prozent und ist weiterhin stabil.

Die Belegung der vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten angebotenen Plätze stieg seit der Gründung bis zum Wirtschaftsjahr 2014 um 18,7 Prozent an, absolut um 850 belegte Plätze.

Entwicklung der Belegungszahlen im Eigenbetrieb



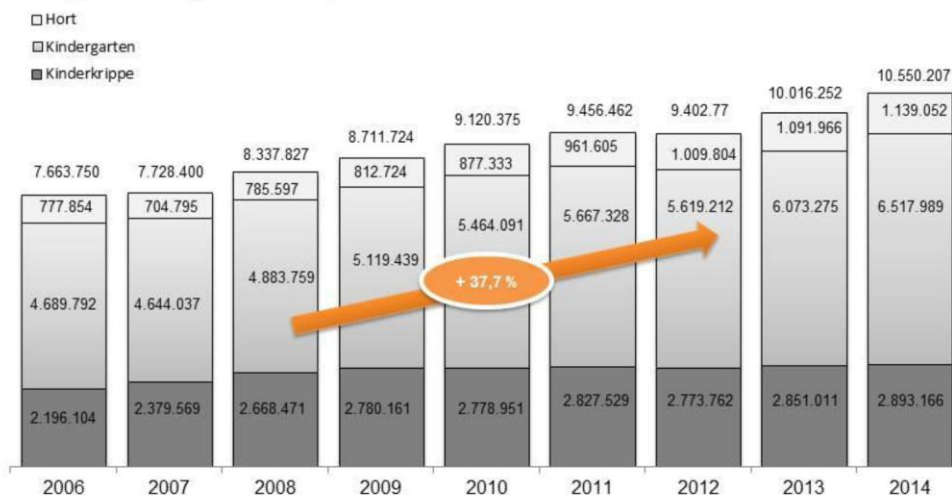
Die Nachfrage nach unseren Einrichtungen war in allen Bereichen so hoch, dass der Eigenbetrieb Kindertagesstätten trotz aller Bemühungen nicht immer zum gewünschten Termin Plätze in den jeweils bevorzugten Lagen zur Verfügung stellen konnte. Daher mussten zunehmend lange und aufwendige Anfahrtswege durch die Eltern in Kauf genommen werden. Vor allem im Innenstadtbereich konnte das Platzangebot die Nachfrage nicht mehr decken.

Im Vergleich zum Gründungsjahr betreute der Eigenbetrieb Kindertagesstätten damit im Jahresdurchschnitt 2014 absolut 850 Kinder mehr.

Bei den erbrachten Betreuungsstunden war im Berichtszeitraum eine Steigerung um 5,33 Prozent zum Vergleichszeitraum 2013 zu verzeichnen. Seit Gründung des Eigenbetriebes stiegen die erbrachten Betreuungsstunden um 37,7 Prozent.

Die Anzahl der erbrachten Betreuungsstunden stieg um 37,7 Prozent, absolut um 2,89 Mio. auf 10,55 Mio. Betreuungsstunden

Entwicklung der Betreuungsstunden im Eigenbetrieb



3. Lage

Vermögens-, Finanz und Ertragslage

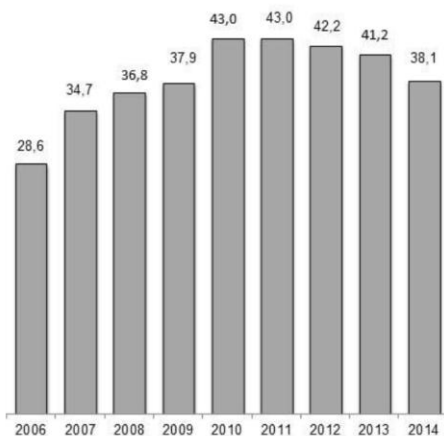
Das **Bilanzbild** ist geordnet; gegenüber dem Vorjahresstichtag gibt es keine wesentlichen Verschiebungen. Das Anlagevermögen ist - wie in den Vorjahren - vollständig durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Die Bilanzsumme beläuft sich im Wirtschaftsjahr auf TEUR 38.086, damit sank sie um insgesamt TEUR 3.115 gegenüber dem Bilanzwert zum 31.12.2013.

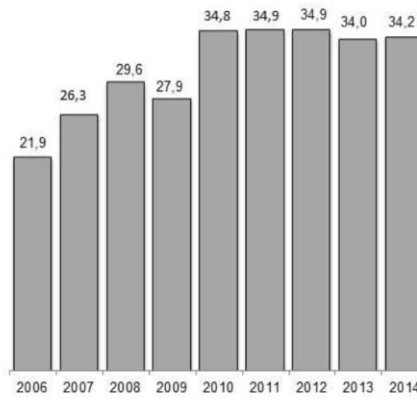
In folgenden Positionen der Bilanz zum 31.12.2014 ergaben sich Veränderungen, die kurz analysiert werden sollen:

Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes Kindertagesstätten stieg seit Gründung auf aktuell 38,1 Mio. EUR. Das Anlagevermögen stieg im gleichen Zeitraum auf aktuell 34,2 Mio. EUR.

Bilanzsumme in Mio. EUR



Anlagevermögen in Mio. EUR



Das Anlagevermögen bestand aus immateriellen Vermögensgegenständen (TEUR 42; Vergleich 2013: TEUR 41) und aus Sachwerten des beweglichen Anlagevermögens (TEUR 34.167; Vergleich 2013: TEUR 33.965). In der Position Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 323 (Vorjahr: TEUR 780) finden sich die Investitionen wieder, die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten. Zur Entwicklung der einzelnen Investitionen wird auf den Abschnitt Baumaßnahmen im Wirtschaftsjahr verwiesen.

Der vorhandene Forderungsbestand zum 31.12.2014 wurde entsprechend abgestuft wertberichtigt. Es ist eine Wertberichtigung für Forderungen in Höhe von TEUR 101 (Vorjahresstichtag T€ 73) in 2014 bilanziert worden. Durch ein sachgerecht eingerichtetes Mahnwesens (regelmäßiger, maschineller Mahnlauf) werden die Forderungen weiterhin reduziert. Die zweifelhaften Forderungen konnten aufgrund der kontinuierlichen Arbeit des Mahnwesens um TEUR 8 weiter reduziert werden. Einzelvorgänge wurden in die Vollstreckung übergeben bzw. Ratenverträge wurden verstärkt abgeschlossen.

Die Forderungen gegenüber der Stadt Halle (Saale) aus der Übernahme der Altersteilzeitverpflichtungen wurden durch die Zahlungen aus den Mittelabrufen für Altersteilzeit um TEUR 1.645 planmäßig reduziert; entsprechend haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände von TEUR 2.903 auf TEUR 1.270 vermindert.

Die flüssigen Mittel sanken gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 1.628 (Vorjahr: TEUR 3.626). Grund hierfür ist die nur zum Teil erhaltene Zahlung im Rahmen der Fehlbedarfsfinanzierung durch die Stadt Halle (Saale).

Das Eigenkapital hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2013 reduziert, da - neben dem erzielten Jahresverlust für das Wirtschaftsjahr 2014 – der Verlust aus dem Jahresabschluss 2013 mit Stadtratsbeschluss vom 17.12.2014 auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

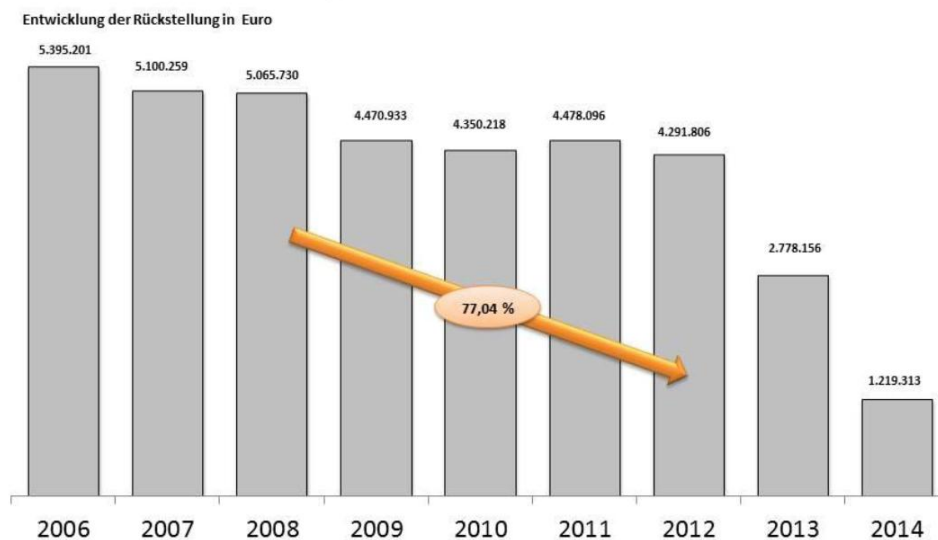
Eine wesentliche Veränderung des Sonderpostens aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens resultiert aus der Zusage und Auszahlung von finanziellen Mitteln im Rahmen des Förderprogramms STARK III für die Erarbeitung der Voranträge (TEUR 120).

Zur Entwicklung der Rückstellungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang. Veränderungen waren im Bereich der Rückstellungen für Resturlaub und Mehrstunden (+TEUR 45) zu verzeichnen. Aufgrund der angespannten Betreuungssituation war eine Übertragung von Urlaubsansprüchen und Mehrstunden in das Jahr 2015 in Absprache mit dem jeweiligen Mitarbeiter notwendig.

Die Rückstellung für Instandhaltung (TEUR 101, Vorjahresstichtag TEUR 425) wurde für die Mängelbeseitigung von dringend notwendigen Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen in den Kindertageseinrichtungen und Horten des Eigenbetriebes Kindertagesstätten gebildet. Die Auftragserteilung erfolgte bereits im Monat Dezember 2014. Die sachgerechte Ausführung und Rechnungslegung erfolgte bis zum 31.03.2015.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit haben sich planmäßig um TEUR 1.578 reduziert. Die Entwicklung dieser Rückstellung geht konform mit der korrespondierenden Forderung gegenüber der Stadt Halle/Saale.

Rückstellungsentwicklung Altersteilzeit 2006 bis 2014
Der Abbau der Rückstellung erfolgt gemäß der geschlossenen Verträge mit der Stadt Halle (Saale) nach dem versicherungsmathematischen Gutachten der Fa. Mercer bis zum Jahr 2015.
Bis 2014 betrug die Reduzierung 77,04 Prozent



Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um TEUR 308 vermindert. Neben der planmäßigen Tilgung der PPP-Darlehen (Rückgang TEUR -258) kam es bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stichtagsbedingt zu einem Rückgang um TEUR 49. Die Verbindlichkeit gegenüber der Stadt in Höhe von TEUR 83 wurde gem. einer Zahlungsvereinbarung an die Stadt Halle (Saale) ausgezahlt.

Im Bereich der **Gewinn- und Verlustrechnung** für 2014 gab es vorrangig Abweichungen in den Umsatzerlösen, Personalaufwand, sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen.

Die Umsatzerlöse stiegen um TEUR 2.367 (7,21 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Grund sind vor allem die Elternbeiträge, die aufgrund von Stundenerhöhungen mit höheren Kostenbeitragseinnahmen verbunden waren, eine höhere Fehlbedarfsfinanzierung durch die Stadt Halle (Saale), sowie die Erhöhung der Ermäßigungen aus KJHG und Kappung in Folge der neuen Kostenbeitragssatzung zum 01.01.2014.

Im Wirtschaftsjahr waren Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 29.985 (im Vergleich 2013 TEUR 27.304) zu verzeichnen. Es wurden TEUR 2.681 Mehraufwendungen im Personalbereich erzielt, die hauptsächlich aus der gestiegenen Auslastung und dem geänderten Nutzerverhalten (Ganztagsplatzanspruch zum 01.08.2013), sowie dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst aus dem Jahr 2013, der eine Steigerung um 3 % zum 01.03.2014 vorsieht, zu erklären sind.

Zur Einhaltung des gesetzlichen Mindestpersonalschlüssels mussten zusätzliche Betreuungsstunden aufgewandt werden; insgesamt stieg der Mitarbeiterbestand durchschnittlich um 62 Fachkräfte.

Die Abschreibungen blieben gegenüber dem Vorjahr stabil.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten um 849 TEUR reduziert werden. Das ist insbesondere auf eine Haushaltssperre der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2014 zurückzuführen. Daraus resultierend konnten nur Ausgaben aus vertraglichen Verpflichtungen getätigt werden.

Das Jahr 2014 schließt der Eigenbetrieb mit einem negativen Jahresergebnis in Höhe von 560.154,88 Euro ab. Dieser Verlust wurde durch die Konsolidierungsbestrebungen der Stadt Halle (Saale) nicht in voller Höhe durch Zahlung des Fehlbedarfs gedeckt, und wird entsprechend den Festlegungen des Wirtschaftsplans 2014 mit der bestehenden Betriebsmittlrücklage (Gewinnrücklage) verrechnet.

Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Grund dafür sind die Fehlbedarfsfinanzierung und die regelmäßige Vereinnahmung der Elternbeiträge.

Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb wird im Wesentlichen über folgende Kennzahlen gesteuert:

- Betreuungsstunden
- Belegungszahlen der Kitas
- Beschäftigtenzahlen

Zur Entwicklung im Zeitablauf wird auf die grafischen Darstellungen unter dem Geschäftsverlauf verwiesen.

Für 2014 wurde mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 5.450 gerechnet. Diese Zahl konnte in 2014 (im Ist 5.391) nicht erzielt werden. Gründe sind weniger Anmeldungen gegenüber dem geplanten Wert für 2014. Es wurde im Plan von einer höheren Anzahl auf der Grundlage der Vorjahresentwicklung ausgegangen. Diese wurde im Ist nicht erreicht. Die Auslastung blieb auf dem Vorjahresniveau.

Zum Plan-Ist-Vergleich verweisen wir auf die Darstellung in der Anlage zum Lagebericht.

4. Personal

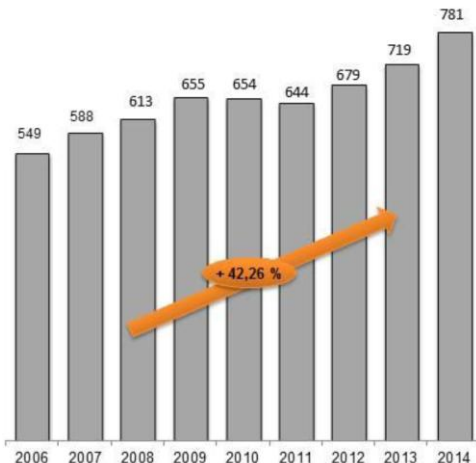
Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahresmittel 781 und damit 62 über dem Vorjahreswert. Diese ergibt sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (KiFöG § 21 Abs.2) anhand der Kinderzahlen, den in den Betreuungsverträgen vereinbarten Wochenstunden und des nachgefragten Angebotes. Als Betreiber von Kindertagesstätten ist der Eigenbetrieb zur Einhaltung des geltenden Mindestpersonalschlüssels verpflichtet.

Durch diese gesetzliche Einschränkung ist eine freie Inputwahl eingeschränkt und in Folge dessen eine Reduzierung der Stellenanzahl in den Kindertagesstätten nur bei sinkenden Kinderzahlen möglich.

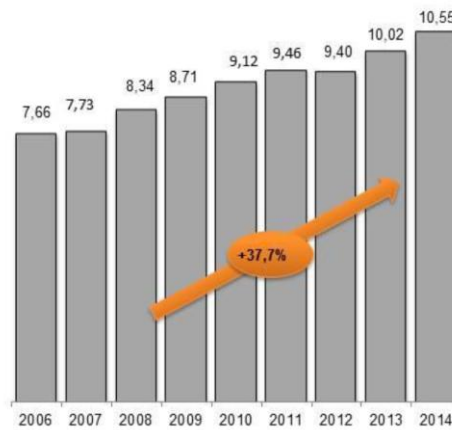
Durch die Einführung des Ganztagsanspruches (durch die Änderung des KiFöG's LSA) werden mehr Betreuungsstunden durch die Eltern abgerufen. Diese Entwicklung wirkt sich nicht nur auf die Auslastung der einzelnen Einrichtungen aus, sondern auch auf die Qualität der Betreuung.

Die Anzahl der Beschäftigten stieg seit Gründung um 232 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die erbrachten Betreuungsstunden in unseren Kitas und Horten stieg im gleichen Zeitraum um 2,89 Mio. Stunden.

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen



Entwicklung der Betreuungsstunden in Mio. Stunden



Dabei sind motivierte Mitarbeiter die Grundlage des Erfolgs, und exzellente frühkindliche Bildung hängt von professionellen Teams ab – und auch diese entstehen nicht von allein.

Daher ist eine strategiekonforme Personalrekrutierung und Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Dem trägt der Eigenbetrieb konsequent Rechnung: So wurde im Berichtsjahr das Personalentwicklungsprogramm weiter ausgebaut und an einem etablieren des betriebliches Gesundheitsmanagement gearbeitet.

Damit stellen wir nachhaltig sicher, den internen, an den Unternehmenszielen ausgerichteten Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften zu decken. Ein Schwerpunkt ist, insbesondere Mitarbeiter aus den eigenen Reihen zu fördern und durch ihre gezielte Weiterbildung einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg und zur Zukunftssicherung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten zu leisten.

Durch die hohe Anzahl von Mitarbeitern gibt es immer auch eine natürliche Fluktuation, vor allem durch Wohnortwechsel oder familiäre Veränderungen. Der Eigenbetrieb Kita ist deshalb immer offen für Initiativbewerbungen, veröffentlicht aber auch ständig aktuelle Stellenangebote auf der Homepage (www.kitas-halle.de).

Von den 781 Mitarbeitern des Berichtsjahres 2014 standen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten lediglich im Jahresdurchschnitt 740 Mitarbeiter effektiv zur Verfügung. Grund dafür sind unter anderem die Inanspruchnahme von Altersteilzeitmodellen, Langzeiterkrankungen (durchschnittlich: 15 Mitarbeiter) und Mitarbeiterinnen im Erziehungsjahr (durchschnittlich: 24 Mitarbeiterinnen). Vier Mitarbeiter waren über das Bundesprogramm Kita-Sprache-Integration als zusätzliche Erzieherfachkräfte für die Sprach- und Integrationsförderung im Eigenbetrieb beschäftigt.

Durch das Stattfinden von Bewerbungstagen wurde der Fachkräftemangel im erzieherischen Bereich auch für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten spürbar.

III. NACHTRAGSBERICHT

Im Rahmen der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes im Sozial- und Erziehungsbereich fordert ver.di eine höhere Eingruppierung, die zu Einkommensverbesserungen von durchschnittlich zehn Prozent führen würde. Nach dem Scheitern der Verhandlungen haben die Mitglieder in einer Urabstimmung den unbefristeten Streik beschlossen, der auch die Einrichtungen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten im Mai 2015 massiv betroffen hat.

Um eine Lösung der Tarifaufeinandersetzung zu erreichen, befinden sich ver.di und die VKA derzeit in einer Schlichterverhandlung. Bisher liegen keine Ergebnisse vor. Die Auswirkungen auf die Ertragslage des Eigenbetriebes für 2015 und folgende Jahre sind derzeit noch nicht abzusehen.

IV. PROGNOSEBERICHT

1. Entwicklung der Belegungszahlen

Im Wirtschaftsjahr 2015 wird mit einem weiteren Anstieg der Kinderzahlen gerechnet. So werden dann im Vergleich zum Gründungsjahr ca. 909 Kinder mehr betreut. Die auf Grund dessen und des Produktmixes zu erwartenden Einnahmen aus Kostenbeiträgen belaufen sich laut Planung für 2015 auf 4,463 Mio. EUR. Die Zuweisungen laut KiFöG betragen laut Planung 17,495 Mio. EUR, die Ermäßigungen betragen 3,7 Mio. EUR und der Ausgleich der Stadt Halle beträgt 11,939 Mio. EUR. Diese Planungen sind letztlich abhängig von der Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungszeitstufen und werden vom Eigenbetrieb auf Grund bereits geschlossener Betreuungsverträge und historischen Daten kalkuliert.

Die Planungsgrundlage der Kostenbeiträge basiert auf der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, der mittelfristigen Prognose der Kinderbetreuungszahlen, nach derzeit geltender Satzung sowie den Vorschriften des KiFöG. Die Zuweisungen seitens des Landes bzgl. Kinder mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen wurden ebenso auf Grundlage der prognostizierten Kinderzahlen geplant.

2. Erarbeitung der Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarung (LQE)

Zur Erarbeitung der Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarung müssen zahlreiche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Diese Vereinbarung sind gesetzlicher Bestandteil des § 11a Kinderförderungsgesetz Sachsen-Anhalt:

Mit der Umsetzung des KiFöG LSA ist die Gestaltung eines Landesrahmenvertrages verknüpft. Dieser Vertrag bildet verlässliche Rahmenbedingungen für Vereinbarungen, die im Zuständigkeitsbereich des jeweiligen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern von Tageseinrichtungen i. S. des § 11a Abs.1 KiFöG abgeschlossen werden.

Die Vertragspartner sollten sich an folgenden Leitlinien orientieren:

- leistungsgerechte, zweckmäßige, wirtschaftliche und transparente Vereinbarung von Entgelten zum Umsetzen der Anforderungen des § 5 KiFöG
- Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Bildung, Erziehung und Betreuung aller Kinder in den Kindertagesstätten Sachsen-Anhalts unter Berücksichtigung der Qualitätssicherung
- Schaffen von Grundlagen für bedarfsorientierte, einrichtungsbezogene pädagogische Profile oder besondere Aufgabenschwerpunkte

Bestandteile dieser Vereinbarung sind u. a. Konzeption, sowie die transparente Darstellung der Einnahmen und Ausgaben der Kindertageseinrichtungen.

3. Fortschreibung des Bildungsprogramms für frühkindliche Bildung Sachsen-Anhalt – „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“

Seit 2004 gibt es für alle Kindertageseinrichtungen in Sachsen-Anhalt das Bildungsprogramm „Bildung: elementar - Bildung von Anfang an“, das jedem Kind in Tageseinrichtungen und in Tagespflege das Recht auf umfassende elementare Bildung garantieren soll. Das Bildungsprogramm wurde von einer Projektgruppe an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg entwickelt und wird durch das Land Sachsen-Anhalt gefördert.

Dieses Programm wurde 2013 fortgeschrieben: Der Bildungsauftrag steht deutlich im Fokus. Damit stehen Professionalität und die beruflichen Kompetenzen der pädagogischen Fachkräfte weiterhin im Zentrum des Programms.

Ziel von „Bildung Elementar“ ist, dass Kinder mit sich selbst, mit anderen und mit den Dingen und Phänomenen der Welt zurechtkommen und damit Vertrauen in die eigene Persönlichkeit und Lernfähigkeit entwickeln.

Deutlicher als im vorherigen Programm werden in diesem die Rechte der Kinder hervorgehoben. Dieses Bildungsprogramm ist eine Übertragung der Rechte der Kinder in eine pädagogische Konzeption für die Praxis von Tageseinrichtungen.

Das heißt:

Personale Kompetenzen:

Identität, Selbstbewusstsein und Selbstwert entwickeln - Gefühle er- und ausleben – eigene Bedürfnisse spüren und ausleben – die Kinder dürfen Ideen entwickeln und an eigenen Fragen “dranbleiben” – sie sollen Erfolge suchen und bei Misserfolg nicht aufgeben.

Soziale Kompetenz:

Die Kinder sollen Bedürfnisse, Gefühle und Erwartungen anderer wahrnehmen - Unterschiede in Bedürfnissen und Interessen sensibel spüren - Standpunkte und Sichtweisen anderer wahr- und einnehmen – sie sollen Konflikte aushandeln - Verantwortung für andere übernehmen - gemeinsam Handeln - Werte und Normen verinnerlichen - ethische und religiöse Fragen thematisieren.

Sachkompetenz:

Dinge und Erscheinungen sollen die Kinder mit allen Sinnen wahrnehmen - sich verbal und nonverbal ausdrücken und verständigen - Fertigkeiten im Umgang mit Materialien, Werkzeugen, Alltagsgegenständen und Geräten erwerben - Zusammenhänge erkennen – sich somit Wissen beschaffen.

Lernmethodische Kompetenz:

Bewusstsein für eigene Lernprozesse werden entwickelt - Zusammenhänge werden hergestellt und Begriffe gebildet – Zuversicht wird entwickelt um schwierige Aufgaben bewältigen zu können – Gelerntes wird rekapituliert und kommuniziert – Widersprüche und Übergänge können somit bewältigt werden.

Die verschiedenen Bildungsbereiche:

- **Körper**
- **Grundthemen des Lebens**
- **Sprache**
- **Bildende Kunst**
- **darstellende Kunst**
- **Musik**
- **Mathematik**
- **Natur**
- **Technik**

Die Vorschläge zum Inhalt der Bildungsbereiche sind in “Bildung Elementar” flexibel gestaltet, um jeder Erzieherin die Möglichkeit zu geben ihre pädagogischen Erfahrungen einzubringen und neue Wege zu beschreiten, da die Bildungsbereiche ineinander übergreifen.

4. Baumaßnahmen im Wirtschaftsjahr 2015

- **Neubau „Heide-Süd“**

Im Rahmen einer Entwicklungsmaßnahme wurde bereits im Jahr 2012 in Kooperation mit der SALEG Sachsen-Anhaltinische-Landesentwicklungsgesellschaft mbH die Planung der Kindertagesstätte „Heide-Süd“ begonnen. Die Fertigstellung und Eröffnung ist im I. Quartal 2016 geplant. Die Gesamtinvestitionssumme beträgt ca. 2,9 Mio. EUR. Auf den Eigenbetrieb Kindertagesstätten entfällt ein Eigenanteil in Höhe von ca. 945 TEUR. Es sollen insgesamt 110 Plätze (40 Krippe, 70 Kindergarten) entstehen. Zum Bilanzstichtag waren hier in den Anlagen im Bau TEUR 177 aktiviert.

- **STARK III Programm – 2. Tranche**

Kindertagesstätten und Schulen modernisieren und sanieren, Energie und Kosten einsparen, die kommunalen Haushalte schonen – dieses soll mit dem STARK III Programm erreicht werden. Im Mittelpunkt stehen die energetische Sanierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie die IT-Ausstattung von Schulen. Ziele der Förderung sind besonders hohe Effekte in Bezug auf die Energieeinsparung und die Nutzung emissionsarmer Versorgungstechniken, die zu einer deutlichen CO2-Reduzierung und Erhöhung der Energieeffizienz führen.

In der vergangenen Förderperiode konnten im Land insgesamt 56 Schulen und 42 Kindertageseinrichtungen von dem Förderprogramm STARK III profitieren. Das Gesamtinvestitionsvolumen aller Projekte beträgt rund 154 Mio. EUR.

STARK III wird auch in der Förderperiode 2014 bis 2020 fortgeführt. Mit diesem Programm wird das Land Sachsen-Anhalt die bestandsfähigen Schulen und Kindertageseinrichtungen energetisch sanieren und modern ausstatten.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten hat für 21 Kitas die Bedarfsanmeldung zur Förderung einer energetischen Sanierung im Rahmen der Vorantragsstellung STARK III Programm abgegeben.

Folgende Kitas sollen energetisch saniert werden:

- Traumland/Sausewind
- Kleiner Spatz/Pustelinchen (freier Träger)
- Maxl/Peter Pan
- Kling Klang/Tierhäuschen
- Stadtzwerge
- Hasenberg
- Kinderinsel
- Ökolino
- Gestiefelter Kater/Lustiger Kater
- Fuchs und Elster/Tabaluga
- Am breiten Pfuhl/EINSTEIN
- Schneeweißchen und Rosenrot/Däumeling
- Froschkönig/Schatztruhe

Es wurden entsprechende finanzielle Mittel in Höhe von 120 TEUR von der Stadt Halle (Saale) für die Vorantragsstellung bereitgestellt und ausgezahlt.

V. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Chancenbericht

Bestandsgefährdende Risiken der Geschäftstätigkeit sind der Geschäftsleitung nicht bekannt.

Zur Erreichung seiner Unternehmensziele ist der Eigenbetrieb Kita bemüht, die sich bietenden Chancen frühzeitig zu erkennen und diese verantwortlich zu nutzen.

Im Fokus stehen neben dem Ausbau der Betreuungskapazitäten auch die zunehmenden qualitativen Aspekte, vor allem die frühkindliche Bildung.

Eine frühe Förderung von Kindern legt den Grundstein für deren späteren Erfolg in der Schule und im Beruf. Im Kindesalter verpasste Entwicklungen sind nicht oder nur zu hohen Kosten auszuholen. Eine konsequent auf städtischer Ebene nachhaltiger Familienpolitik entwickelt sich zudem zu einem Standortfaktor, vorausgesetzt Kinder bekommen bessere Bildungschancen und Eltern die Möglichkeit Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

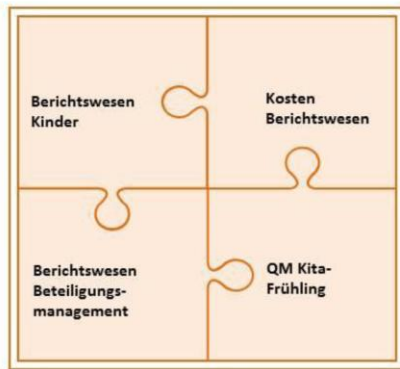
Die vom Stadtrat am 24. November 2010 beschlossene Umwandlung des Eigenbetriebes in eine Anstalt öffentlichen Rechts wurde im Jahr 2014 nicht verfolgt. Eine Entscheidung diesbezüglich steht noch aus.

2. Risikobericht

Darüber hinaus bedeutet unternehmerisches Handeln auch stets die Bereitschaft, damit einhergehende Risiken zu übernehmen. Im Eigenbetrieb Kita werden im Sinne einer soliden Unternehmensführung die Risiken als Gegenstück zu den Chancen frühzeitig identifiziert, analysiert und strukturiert gemangt.

Die Umsetzung und Weiterentwicklung des Risikomanagements wird zentral koordiniert und in Bezug auf definierte Risikofelder von benannten Verantwortungsträgern begleitet.

4 verschiedene Module bilden das Berichtswesen im Eigenbetrieb Kindertagesstätten und ermöglichen es bei entstehenden Risiken frühzeitig gegenzusteuern.



z.B.:

- Philosophie des Eigenbetrieb Kindertagesstätten
- Erläuterungen zum QM
- Broschüre für Eltern
- Geschäftsbericht
-

Risikomanagementsystem

Im Rahmen seiner geschäftlichen Tätigkeit ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschiedenen Risiken ausgesetzt, die das unternehmerische Handeln und die entsprechenden Unternehmensergebnisse beeinflussen können. Eine grundlegende Risikobegrenzung wird dadurch realisiert, dass der Eigenbetrieb nur Risiken eingeht, die mit anerkannten Methoden und Maßnahmen innerhalb des Unternehmens handhabbar sind. Das zentrale Risikomanagementsystem ist im Berichtswesen des Eigenbetriebs verankert und die relevanten Risiken sind in vier Modulen zusammengetragen, welche turnusmäßig entsprechend an aktuelle Ereignisse angepasst werden. Diese Aktualisierungen gewährleisten eine Information der Betriebsleitung über den Stand und die Entwicklung relevanter Risiken. Zudem gewährleisten regelmäßige Abstimmungen des Managements und des Controllings die rechtzeitige Verfügbarkeit und Auswertung entscheidungsrelevanter Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden.

Das Risikomanagement ist somit ein integraler Bestandteil in der Unternehmensführung und in sämtliche Geschäftsprozesse eingebunden.

Branchenrisiken

Im Jahr 2015 wird es zu einem weiteren Anstieg der Personalkosten kommen. Dieser Anstieg resultiert aus der Anpassung der Mindestpersonalschlüssel ab 01.08.2015 im Krippenbereich, der Neuregelung der Leitungsstunden, des ab 01.01.2014 geltenden Betreuungszeitstufenmodells sowie des geltenden Tarifvertrages.

Der Arbeitsmarkt für Erzieher ist im Allgemeinen sehr angespannt. Ab dem nächsten Jahr gehen wir von einer Mitarbeiterzahl von 840 Mitarbeitern aus. Dies entspricht einem Vollzeitstellenanteil von 683,43 VbE (2014: 631,73).

Leistungswirtschaftliche Risiken

Risiken im Rahmen der Betreuungsqualität werden durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet.

Strategische Risiken

Die strategischen Risiken des Eigenbetriebes Kindertagesstätten umfassen im Wesentlichen die Auslastung bzw. Kostensituation der einzelnen Einrichtungen. Insgesamt gehen wir im Jahr 2015 im Jahresdurchschnitt mittlerweile von einer Belegung von 5.450 Kindern aus. Dieses geht aus den bereits für 2015 abgeschlossenen Betreuungsverträgen und den bereits bekannten Reservierungen hervor.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Oberste Priorität der finanzwirtschaftlichen Betrachtung gilt der Sicherung der Liquidität.

Rechtliche Risiken

Risiken aus Änderungen der Gesetzgebung können für den Eigenbetrieb in Bezug auf die aktuellen Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst als hoch eingestuft werden.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Diensts haben die Entgeltordnung für den kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst zum 31. Dezember 2014 gekündigt. Damit werden die im Jahr 2009 vereinbarten Eingruppierungsvorschriften zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) ab Januar 2015 neu verhandelt. Ziel der Tarifverhandlungen von ver.di und GEW mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ist die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe.

Auf den Eigenbetrieb Kita kommen nach einem entsprechenden Tarifabschluss höhere Personalkosten zu.

Sonstige Risiken

Die Energieträger Wasser, Strom, Gas und Öl werden verbrauchsorientiert eingesetzt. Mit der Einführung des Mindestlohnes ab 01.01.2015 wird mit Preissteigerungen im Bereich der betrieblichen Aufwendungen gerechnet.

3. Gesamtaussage

Neben der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, die durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe jährlich erstellt wird, werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten eigene Untersuchungen zur aktuellen und künftigen Entwicklung der Bedarfslage erstellt.

Auf Grund der differenzierten Bevölkerungsentwicklung vor und nach 1990 in Halles Stadtteilen entwickelte sich eine zunehmende räumliche Diskrepanz zwischen dem gewachsenen KITA-Netz und den Wohnstandorten junger Familien mit Kindern.

Damit steht die Stadt Halle (Saale) bei der Entwicklung eines nachhaltig bestandsfähigen Netzes der kommunalen Bildungslandschaft aus Kindertagesstätten, Horten und Schulen in den kommenden fünf Jahren vor enormen Herausforderungen.

Es ist durch eine stark dezimierte 1990er Elterngeneration mit einem Geburtenrückgang zu rechnen. Dabei ist zu beachten, dass aufgrund des nicht erreichten sogenannten bestandserhaltenden Niveaus diese Wellenbewegungen langfristig eine grundsätzlich negative Tendenz aufweist.

Inwiefern die kurzfristig eingetretene Stabilisierung der Einwohnerzahl durch Bildungszuwanderer über einen längeren Zeitraum anhält und ob dieses demographische Potenzial in der Stadt gehalten werden kann, kann aus heutiger Sicht nicht solide eingeschätzt werden.

Investitionen in die energetische Sanierung und ggf. den energieeffizienten Neubau werden jedoch nur dann ökonomisch und ökologisch nachhaltig sein, wenn sie an Standorten mit einer langfristigen Nutzungsperspektive erfolgen.

Die Bedarfsentwicklung unterliegt einer starken teilräumlichen Komponente.

Während das Defizit in der inneren Stadt bis 2018 auf etwa 1.200 Plätze steigt und danach wieder auf den heutigen Wert zurückgeht, stagniert der Bedarf im Stadtteil West sowie im südlichen Stadtgebiet bis 2018 und sinkt anschließend in leicht absteigender Kurve bis 2025 weiter.

Es besteht das Problem einer suboptimalen Verteilung der Einrichtungen im Stadtgebiet. Für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschärft sich das Problem aufgrund unterdurchschnittlicher Betreuungsanteile in den Defizitgebieten und überdurchschnittlicher Anteile in den Überschussgebieten.

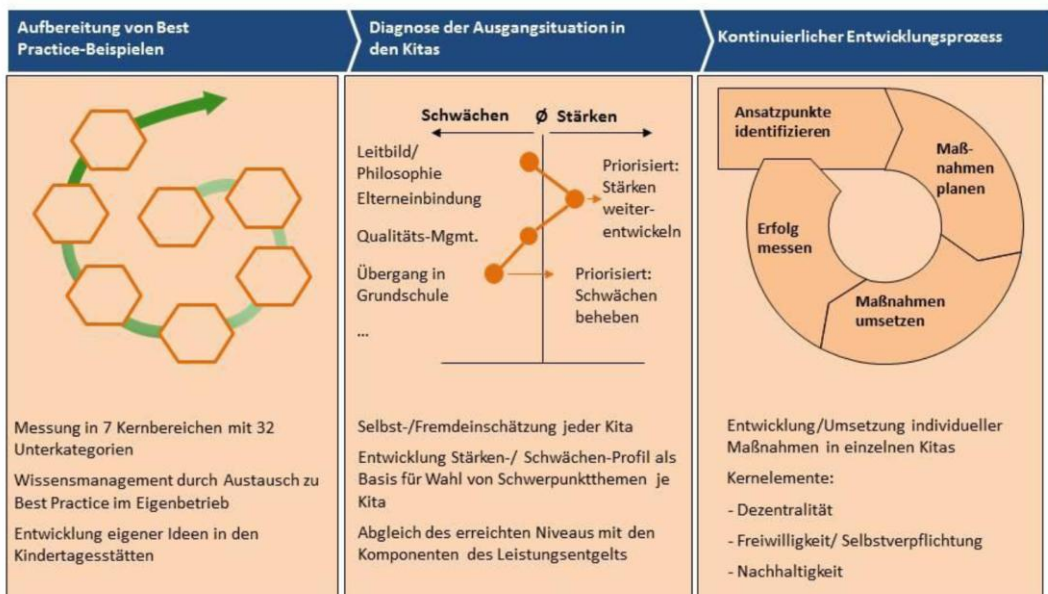
Neben dem weiteren Ausbau der Betreuungskapazitäten rücken zunehmend qualitative Aspekte, vor allem die frühkindliche Bildung in den Fokus der interessierten Öffentlichkeit. Bund und Länder haben deshalb in der Qualifizierungsinitiative für Deutschland auch qualitative Verbesserungen hinsichtlich des Betreuungspersonals und der Sprachförderung zum Ziel erklärt.

Mit dem Kita-Frühling ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten Halle (Saale) bereits seit dem Jahr 2007 aktiv um ein fundiertes, ganzheitliches System zur Evaluierung und Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsqualität bemüht und nimmt damit eine Vorreiterrolle in Sachen Qualitätsmanagement im Bereich Kinderbetreuung ein.

In sieben Arbeitsfeldern des Kita-Alltags soll ein kontinuierlicher Entwicklungsprozess erreicht werden. Dabei steht Schwerpunktsetzung für die tägliche Arbeit im Vordergrund. Eine Fortschreibung der Evaluationskriterien wird im Jahr 2015/2016 erfolgen.

Mit einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess in ausgewählten Schwerpunktbereichen werden die Kindertagesstätten unterstützt

SCHEMATISCH



Vor diesem Hintergrund ist eine deutlich höhere Aufmerksamkeit gegenüber der Institution Kindertagesstätten auf der Nutzerseite zu verzeichnen. Diese Tatsache spiegelt den hohen Stellenwert der Kindertagesbetreuung für die individuelle Entwicklung von Kindern wider. Denn in kaum einem anderen Land haben sowohl die soziale als auch die kulturelle Herkunft der Kinder einen so großen Einfluss auf ihre Bildungskarriere wie in Deutschland.

Eine konsequent auf städtischer Ebene nachhaltige Familienpolitik entwickelt sich zudem zu einem Standortfaktor, vorausgesetzt Kinder bekommen bessere Bildungschancen und Eltern die Möglichkeit, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Schließlich werden die entscheidenden Weichen für die Zukunft bereits in der Kindheit gestellt. Zu keinem anderen Zeitpunkt sind Kinder so begeisterungsfähig und entwickeln so spielerisch Kompetenzen und Fertigkeiten.

Das Fundament für ihre Erziehung und Bildung wird im Elternhaus gelegt. Wichtige Partner sind dabei die Kindertageseinrichtungen. Sie sind Impulsgeber für eine optimale frühkindliche Bildung. Ein entscheidender Durchbruch auf dem Weg zur Verbesserung der Qualität der Betreuung war die Einführung des neuen KiFöG. Damit wurden die Bildungschancen unserer Kinder wesentlich verbessert.

Der bundesweite Ausbau der Kindertagesbetreuung bedingt auch ein nachhaltiges Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung auf Träger- und Einrichtungsebene.

Demgegenüber stellt sich der Eigenbetrieb diffiziler Ziele und Anforderungen an die eigene Qualitätsentwicklung. Es besteht seit Gründung ein System zur Evaluation und Verbesserung der Bildungs- und Betreuungslandschaft in den eigenen Einrichtungen. Dieses wird stets weiterentwickelt, mit dem Ziel die Qualität in den Einrichtungen weiter zu verbessern, um in allen Einrichtungen ein entsprechend hohes und gleiches Qualitätsniveau zu erreichen.

Plan/ IST Vergleich

zum 31.12.2014

KORREKTUR

	Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	Δ in €	Δ in %
Kostenbeiträge	4.238.287,02	4.327.520,53	89.233,51	2,11%
Ermäßigungen KA Kinder	1.048.320,00	1.193.183,27	144.863,27	13,82%
Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt	10.723.294,00	10.730.296,55	7.002,55	0,07%
Zuweisungen Stadt Halle	4.668.947,49	4.668.947,49	0,00	0,00%
Ermäßigungen	3.945.587,98	3.690.848,37	-254.739,61	-6,46%
Ausgleich Stadt Halle (Saale)	10.586.704,83	10.586.704,83	0,00	0,00%
Umsatzerlöse	35.211.141,32	35.197.501,04	-13.640,28	-0,04%
Sonstige Erlöse	333.866,00	676.669,93	342.803,93	102,68%
Erträge Auflösung Sonderposten	273.474,00	290.140,76	16.666,76	6,09%
Sonstige betriebliche Erträge	607.340,00	966.810,69	359.470,69	59,19%
Spiel- und Beschäftigungsmaterial	48.000,00	39.604,20	-8.395,80	-17,49%
Bezogene Leistungen	0,00	0,00	0,00	
Materialaufwand	48.000,00	39.604,20	-8.395,80	-17,49%
Gehälter	24.154.810,09	24.006.927,59	-147.882,50	-0,61%
Sozialabgaben	5.593.851,61	5.978.116,58	384.264,97	6,87%
Sonstige Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	
Personalaufwand	29.748.661,70	29.985.044,17	236.382,47	0,79%
unbewegliches Vermögen	518.111,45	538.111,85	20.000,40	3,86%
bewegliches Vermögen	724.841,16	786.400,33	61.559,17	8,49%
Abschreibungen	1.242.952,61	1.324.512,18	81.559,57	6,56%
Mieten und Pachten	131.032,00	130.149,33	-882,67	-0,67%
Bewirtschaftung	3.211.969,21	2.973.186,30	-238.782,91	-7,43%
Bauunterhaltung	740.060,02	886.230,37	146.170,35	19,75%
Versicherungen	320.550,00	321.731,60	1.181,60	0,37%
Öffentlichkeitsarbeit und Reisekosten	30.930,00	96.765,07	65.835,07	212,85%
Bürokosten	99.745,00	236.412,87	136.667,87	137,02%
Übrige sonstige Kosten	622.494,24	508.950,37	-113.543,87	-18,24%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.156.780,47	5.153.425,91	-3.354,56	-0,07%
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	7.402,81	7.402,81	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	311.382,52	229.282,96	-82.099,56	-26,37%
Finanzergebnis	311.382,52	221.880,15	89.502,37	28,74%
außerordentlicher Ertrag	0,00	0,00	0,00	
Jahresergebnis/Jahresverlust	-689.295,98	-560.154,88		

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Am Wasserwerk 1
 06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (vormals FTZ Freizeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	79	100	57	100	56	100	22	39

Bilanzsumme	79	100	57	100	56	100	22	39
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	51	64	50	88	48	86	1	2
Rückstellungen	5	7	5	9	5	9	0	0
Verbindlichkeiten	23	29	2	3	3	5	21	1.050

Bilanzsumme	79	100	57	100	56	100	22	39
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	28	8	9
sonstige betriebliche Aufwendungen	27	7	8
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	2	2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,33	16,32	15,30	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,42	2,75	3,06	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	64,08	87,66	86,22	%
Fremdkapitalquote:	35,92	12,34	13,78	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**
2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
3. **Geschäftsverlauf**
4. **Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.3. Vermögenslage
5. **Nachtragsbericht**
6. **Chancen- und Risikobericht**
 - 6.1. Risikomanagementsystem
 - 6.2. Chancen und Risiken
 - 6.3. Gesamtbild
7. **Prognosebericht**

1. Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Eine operative Geschäftstätigkeit besteht nicht. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhalten positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3 % auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf 2014 war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft weist im Wesentlichen Umsatzerlöse (27,7 TEUR) und sonstige betriebliche Aufwendungen (26,5 TEUR) aus. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung des Maya mare und werden diesem als Auslagen in Rechnung gestellt. Die Umsatzerlöse umfassen eben diesen Auslagenersatz (26,5 TEUR) sowie eine Haftungsvergütung (1,2 TEUR). Das Jahresergebnis des FTZ von 1,2 TEUR wird demnach ausschließlich von der Haftungsvergütung und Zinserträgen bzw -aufwendungen sowie Steuern beeinflusst.

4.2. Finanzlage

Für das Geschäftsjahr 2014 weist die Bilanz des FTZ ein bilanzielles Eigenkapital von 50,9 TEUR aus. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25,6 TEUR wird das Eigenkapital durch Gewinnrücklagen in Höhe von 24,2 TEUR bestimmt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2014 von 1,2 TEUR ist ein Zuwachs beim Eigenkapital in dieser Höhe gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Das Fremdkapital ist gegenüber dem Vorjahr um 21,5 TEUR angestiegen. Dies resultiert hauptsächlich aus den zum Stichtag offenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie dem Anstieg der Verbindlichkeiten aus Steuern gegenüber dem Vorjahr.

Gemäß §7 des Gesellschaftervertrages der Maya mare GmbH & Co.KG bekommt die FTZ die ihr aus der Geschäftsführung entstandenen angemessenen Aufwendungen von der Maya mare GmbH & Co.KG ersetzt. Außerdem erhält sie für die Übernahme der Haftung jährlich eine Vergütung in Höhe von 5 % ihres Stammkapitals. Die Liquidität der Gesellschaft hängt demnach von der Zahlungsfähigkeit des Maya mare ab. Dessen Liquidität ist gewährleistet, da die Maya mare GmbH & Co. KG zur Sicherung ihrer Liquidität sowie zum Ausgleich von Fehlbeträgen einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der SWH erhält. Darüber hinaus ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co.KG durch die bestehende Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH über einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 700 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenslage

In 2014 wird eine Bilanzsumme von 79,5 TEUR ausgewiesen, im Vorjahr betrug die Bilanzsumme 56,7 TEUR. Auf der Aktivseite resultiert der Zugang aus bestehenden Forderungen aus dem Auslagenersatz sowie der Haftungsvergütung gegenüber der Maya mare GmbH und Co.KG. Auf der Passivseite führen die zum Stichtag offenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie aus Steuerverbindlichkeiten zu einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine, für die Beurteilung wesentlichen Veränderungen, eingetreten.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde, beauftragt durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems, eine Prüfung der Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Zu den ermittelten unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung entwickelt und dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unternehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwert liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Das Risikomanagement der Maya mare GmbH und Co. KG wirkt als Steuerungsinstrument, um die Risiken der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ) als persönlich haftende Gesellschafterin zu schützen.

Als eines der größten Risiken wird der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse vom Gesellschafter Stadtwerke Halle GmbH gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG nicht gesichert und würde auf die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ) durchwirken.

6.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

7. Prognosebericht

Das Ergebnis der Gesellschaft ist insofern planbar, da außer der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung keine weiteren Umsatzerlöse erzielt werden. Alle Auslagen der Gesellschaft werden entsprechend dem Gesellschaftervertrag der Maya mare GmbH & Co. KG weiterberechnet. Es wird daher für die Geschäftsjahre 2015 bis 2019 mit einem Ergebnis von unverändert 1,2 TEUR gerechnet.

Maya mare GmbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Haftkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:	T€	%
Stadwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	10.050	95	10.868	94	11.926	95	-818	-8
Umlaufvermögen	559	5	674	6	569	5	-115	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	28	0	49	0	0	0	-21	-43

Bilanzsumme	10.637	100	11.591	100	12.495	100	-954	-8
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.517	33	3.518	30	3.518	28	-1	0
Sonderposten für Investitionszulagen	3.677	34	4.119	36	4.683	37	-442	-11
Rückstellungen	508	5	260	2	219	2	248	95
Verbindlichkeiten	2.935	28	3.694	32	4.075	33	-759	-21

Bilanzsumme	10.637	100	11.591	100	12.495	100	-954	-8
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.905	4.653	4.639
sonstige betriebliche Erträge	617	733	724
Materialaufwand	2.161	2.182	2.199
Personalaufwand	2.598	2.311	2.329
Abschreibungen	1.105	1.368	1.361
sonstige betriebliche Aufwendungen	754	641	601
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	168	147	174
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.264	-1.261	-1.299
außerordentliche Erträge	1.340	1.305	1.341
außerordentliches Ergebnis	1.340	1.305	1.341
sonstige Steuern	76	44	42
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.105	1.368	1.361	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	51	52	49	T€
Personalaufwandsquote:	47,04	42,90	43,43	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,36	93,56	95,27	%
Eigenkapitalquote:	33,07	30,35	28,16	%
Fremdkapitalquote:	66,93	69,65	71,84	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Besucher	346.107,00	330.368,00	336.219,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft betreibt ein Freizeit- und Erlebnisbad auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Das Bad wurde am 1. April 1999 eröffnet. Die Finanzierung des gesamten Objektes erfolgte u. a. durch einen Zuschuss aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (19.652 TEUR, entspricht rd. 60 % der förderfähigen Ausgaben). Zur Sicherstellung der Liquidität leistet der Hauptgesellschafter SWH einen jährlich neu zu vereinbarenden Betriebskostenzuschuss.

Folgende Gesellschafterstruktur besteht:

Stadtwerke Halle GmbH	82,4 %
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	12,5 %
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	5,1 %
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	Komplementärin

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Betrieb des Freizeitbades „Maya mare“ zielt darauf ab, neben den Umsatzerlösen aus dem Bade-, Sauna- und Fitnessbetrieb Nebenumsätze in den ergänzenden Sparten Gastronomie, Massage/Wellness und Boutique zu generieren.

1.2. Ziele und Strategien

Das Freizeitbad Maya mare spricht von Kindern, Jugendlichen und Familien über den erholungsuchenden Erwachsenen bis zur Gruppe der Senioren eine große Besucherbandbreite an. Dies ist auch notwendig, um eine angemessene Auslastung der Freizeitanlage durch Einwohner und Touristen im Einzugsgebiet zu erreichen. Zu den Wettbewerbern zählen neben anderen Erlebnisbädern, Thermen und Fitnessstudios in der Region auch Freizeitangebote wie Kinos, Hochseilgärten, Indoorspielplätze und Freizeitparks. Die Herausforderung im Wettbewerb mit diesen Anbietern besteht in der täglichen Sicherung einer hohen Dienstleistungs- und Servicequalität. Dazu müssen unsere Mitarbeiter regelmäßig geschult werden und erlernen, dass die fachlichen Kompetenzen nur in enger Verbindung mit einem ausgeprägten Servicedenken optimal zur Wirkung kommen.

Die jährliche Instandsetzung u. a. an Fliesen, Farbanstrichen und Einbauten nach Abnutzungs- und Alterserscheinungen der zwischenzeitlich 15 Jahre alten Anlage ist in ihrem Umfang aufrecht zu erhalten und entsprechend der finanziellen Möglichkeiten auszubauen, um den Qualitätsansprüchen der Kunden nach wie vor gerecht zu werden. Hier setzt auch ein Teil der investiven Maßnahmen an.

Die Ausstattung z.B. im Fitnessstudio muss den anspruchsvollen Mitgliedsbeitrag auch rechtfertigen. Hier müssen Trainingsgeräte vorgehalten werden, die sich auch an den modernen Trainingsmethoden zur Gesunderhaltung orientieren. Entsprechende Investitionen in einen neuen Trainingszirkel wurden Ende 2013 und Anfang 2014 getätigt.

Die Optimierung der Aufwendungen für Strom stellt für Freizeitbäder eine besondere Herausforderung dar, da diese einen hohen Anteil an den Kosten haben. Aus dem Grund bilden die Umrüstung der Steuerungstechnik für Anlagen und Attraktionen sowie der Einsatz von neuen frequenzabhängig steuerbaren Motoren die strategischen Investitionsschwerpunkte für die Gesellschaft. Auch wenn die Bade- und Saunagäste davon leider nichts direkt bemerken, so wie es bei der Anschaffung neuer Attraktionen oder neuer Ausstattung der Fall ist, sind diese Maßnahmen entscheidend für die Stabilisierung des Zuschussbedarfs der Gesellschaft in Zeiten steigender staatlicher Abgaben für Elektroenergie.

1.3. Steuerung

Unsere interne Organisationseinheit ist in die Struktureinheiten Bad, Sauna und Wellness, Gastronomie, Fitness, Rezeption/ Verwaltung sowie Reinigung, Technik und Betriebsleitung/ Geschäftsführung gegliedert.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den Umsatzerlösen der Bereiche Bad, Sauna, Fitness, Gastronomie, Parkplätze, Boutique und Massage/Wellness sowie den zur Erzielung der Umsatzerlöse notwendigen variablen und fixen Aufwendungen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind die Besucherzahlen, die Umsatzerlöse, die variablen und fixen Aufwendungen sowie der Personaleinsatz. Über Kennziffern für den Wareneinsatz wird zudem in den Bereichen Gastronomie und Boutique die Preisgestaltung gesteuert, die den Umsatzerlös beeinflusst.

Die Einhaltung, besser noch die Unterschreitung, des geplanten notwendigen Betriebskostenzuschuss ist Bewertungsgröße für die Zielerreichung.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Zum 24. April 2014 hat es in der FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH einen Geschäftsführerwechsel gegeben. Herr Dr. Frisch ist aus der Gesellschaft als Geschäftsführer ausgeschieden, neuer Geschäftsführer ist Herr Robert Thymian.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Kalenderjahr 2014 den seit 2010 anhaltenden positiven Wachstumstrend fortsetzen können. Im Vergleich zum Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,5 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt mit 0,4 % im Jahr 2012 und 0,1 % im Jahr 2013 deutlich moderater ausgefallen als im abgelaufenen Jahr.

Auch in Sachsen-Anhalt wuchs die Wirtschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2014. Das Bruttoinlandsprodukt weist einen Anstieg von 1,1 % im Vergleich zum entsprechenden Halbjahreswert 2013 aus. Damit lag der Anstieg unter dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu einer fortgesetzt positiven Entwicklung. Im Jahr 2014 verringerte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bundesweit von 6,9 % (2013) auf 6,7 %. Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt verringerte sich im Vorjahresvergleich von 11,2 % auf 10,7 %, während die entsprechende Quote Ostdeutschlands von 10,3% auf 9,8 % zurückging.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2014 seit 2010 zum fünften Mal in Folge einen leichten Bevölkerungszuwachs auf. Mit 233.552 gemeldeten Personen ist ein Anstieg zum Vorjahr von 847 Einwohnern verbunden.

3. Geschäftsverlauf

Im Jahr 2014 hielt die positive Entwicklung der Vorjahre auf dem Bäder- und Freizeitmarkt an. Das verfügbare Freizeitbudget der Bevölkerung im relevanten Einzugsgebiet stieg aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage leicht an. Niedrige Zinsen stehen dem Spargedanken entgegen und fördern auch den Konsum in der Freizeitbranche.

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2014 hat die Gesellschaft ein Konzept der Eigenerzeugung von Strom im Rahmen eines Pachtmodells umgesetzt. Die Gesellschaft ist damit Erzeugerin der für den Eigenbedarf benötigten elektrischen Energie. Die Betriebsführung sowie sonstige Dienst- und Lieferleistungen sind durch Verträge geregelt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der Fertigstellungstermin für die im Bau befindliche Freizeitanlage am „Sportparadies am Böllberger Weg“ in Halle (Saale) ist nach wie vor ungewiss. Die Bauarbeiten stehen still, die Finanzierung ist nicht gesichert. In der Planung gehen wir derzeit davon aus, dass der Betrieb der geplanten Sauna-, Fitness- und Wellnessangebote nicht vor 2017 beginnen wird.

Mit neuen Thermen und Freizeitbädern ist in absehbarer Zukunft im relevanten Einzugsgebiet nicht zu rechnen. Dennoch sind Bestrebungen von Hallenbädern zum Ausbau ihrer Angebote vor dem Hintergrund der Steigerung der Wirtschaftlichkeit ernstzunehmende Faktoren, die das Kundenpotenzial minimieren können. Meist bleiben die Hallenbadpreise auch nach Attraktivierungen und Angebotserweiterungen (mit Kinderbereichen oder kleineren Erlebnisbecken) deutlich hinter den Eintrittspreisen, die für Freizeitbäder üblich sind, zurück.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Aufgrund einer Änderung des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses durch das Bundesfinanzministerium Ende 2014 entfällt der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Saunabäder von 7% zum 1. Juli 2015. Ab dann gilt der Regelsteuersatz von 19%. Entsprechende Anpassungen der Eintrittsentgelte für den Saunabereich um 12% werden ab dem Zeitpunkt auch für das Maya mare notwendig. Ein entsprechendes Preiskonzept befindet sich in Erarbeitung, die Zustimmung der zuständigen Finanzbehörde hinsichtlich der Höhe der relevanten Bemessungsgrundlage ist vor Umsetzung einzuholen.

Das im August 2014 beschlossene Mindestlohngesetz trat zum 01. Januar 2015 in Kraft. Auswirkungen in Form von Preissteigerungen bei Zulieferern bereits im Vorfeld blieben zum Ende des Jahres aus. Die weitere Entwicklung in 2015 bleibt abzuwarten und zu beobachten.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Der Bekanntheitsgrad des Maya mare im relevanten Einzugsgebiet ist nach wie vor sehr hoch und bildet damit eine gute Voraussetzung zur Kundenansprache. Das Alleinstellungsmerkmal der durchgängig mexikanischen Thematisierung des Freizeitbades diente auch 2014 in vielen Werbeaktionen als Grundlage.

Die Besucherzahlen sind maßgeblich für den Erfolg des Unternehmens und bestimmen die Höhe der Umsatzerlöse. Auf das Besucherverhalten hat wiederum das Wetter entscheidenden Einfluss. Insbesondere kühle und nasse Witterungsverhältnisse führen zu verstärkter Besucherfrequenz, trockene und warme Witterung zu gegenläufigem Verhalten.

Die Lage von Ferienzeiten in den mitteldeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Sachsen Anhalt wirkt sich dann besonders positiv auf die Umsätze aus, wenn die Ferientage versetzt und nicht deckungsgleich liegen. Bei zeitgleicher Lage der Ferien kommt es zu Stoß- und Wartezeiten, welche von den Gästen gemieden werden, zudem sinken die durchschnittlichen pro Kopf-Umsätze beispielsweise in der Gastronomie.

Im Geschäftsjahr 2014 konnten insgesamt 346.107 Besucher gezählt werden (2013: 330.368), was einem Anstieg von 4,7% zum Vorjahr entspricht. Im Badebereich lag die Besucherzahl bei 211.526 (2013: 193.946) und damit 11,3% über dem geplanten Wert. Die Zahl der Saunabesucher blieb mit 62.946 (2013: 61.869) ca. 5,3 % hinter dem Planziel zurück.

Ein neues Lichtkonzept im Saunabereich wurde zum Jahresende 2014 umgesetzt und soll die Aufenthaltsqualität für die Besucher im Saunabereich steigern. Die Umsätze im Massage- und Wellnessbereich hängen maßgeblich von den Besucherzahlen in der Sauna ab, da sich die entsprechenden Räumlichkeiten für die Anwendungen direkt in diesem Bereich befinden. Aufgrund stagnierender Saunabesucherzahlen wurden für 2014 geplante Preisanpassungen für Massageanwendungen nicht umgesetzt, um keinen zusätzlichen Rückgang in der Nachfrage bei diesen Nebenumsätzen zu bewirken. Das führte jedoch dazu, dass auch die Massageumsätze 2014 mit 165,0 T€ nur auf dem Niveau des Vorjahres (2013: 165,7 T€) und nicht auf Planniveau generiert werden konnten.

Im Bereich Fitness stehen wir im Wettbewerb mit über 20 weiteren Anbietern in der Region. Insbesondere die verstärkte Niedrigpreispolitik verschiedener Fitness-Ketten erschwert den Kampf um Neukunden für den Gesundheitsclub „Viva mare“, dessen Mitgliedbeträge eher im oberen Preissegment angesiedelt sind, da die Nutzung des Bades inkludiert ist. Mit über 1.000 Mitgliedern hat der Club bereits eine starke Marktdurchdringung erreicht. Die Billiganbieter erschweren es zunehmend, die Drop-out-Quote zu kompensieren. Neue Mitglieder wurden in den zurückliegenden beiden Jahren maßgeblich durch Direktkontakt mit ausgewählten Firmen oder durch maßgeschneiderte Angebote für ausgewählte Zielgruppen generiert. Die Entwicklung kundenspezifischer „Firmenfitnessangebote“ und Offerten für das „Betriebliche Gesundheitsmanagement“ zur Auslastung des Viva mare konnten im Geschäftsjahr 2014 nicht wie geplant weiterentwickelt werden. Aufgrund von personellen Wechsels im Team Fitness stagnierte die Bearbeitung dieses Segmentes im ersten Halbjahr 2014 vollkommen, was sich in der 2. Jahreshälfte auch nicht aufholen lies. Aus diesem Grund lagen die Erlöse im Bereich Fitness 2014 bei 735,1 T€ (2013: 745,9 T€) und somit 1,5% unter dem Vorjahr.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Maya mare GmbH & Co. KG.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Hinsichtlich des Personaleinsatzes konnten im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr im Maya mare kaum Einsparungen erzielt werden. Das Geschäft eines Freizeitbades unterliegt enormen Schwankungen in der Auslastung. Allein das Besucheraufkommen an Wochentagen und Wochenenden sowie Ferien- und Feiertagen weist Unterschiede von durchschnittlich 300 % auf, hierauf muss man reagieren können. Witterungsbedingte Schwankungen führen zudem zu unvorhersehbaren Änderungen in der Auslastung, denen man mit der Zuschaltung oder Reduzierung von Personal begegnen muss. Hierfür sind Teilzeitbeschäftigte sowie geringfügig Beschäftigte (die vorrangig an den Wochenenden zur Entlastung beitragen können), ein wichtiger Baustein.

Um eine qualifizierte Dienstleistung für die Besucher anzubieten, ist neben regelmäßigen fachlichen Qualifizierungen der Mitarbeiter auch Servicetraining notwendig. Das Sammeln von Erfahrungen im Austausch mit Mitarbeitern und Führungskräften anderer Freizeitbäder sowie im Rahmen von Workshops der European Waterpark Association schafft Verständnis für die besonderen Ansprüche der Kundenzielgruppen von Freizeitbädern.

Um sich den wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes in den Zeiten des demografischen Wandels besser stellen zu können, ist es notwendig, die zeitgemäßen Ansprüche an Personalmotivation und Mitarbeiterbegeisterung besser bewerten zu lernen und den Umgang mit diesen Ansprüchen zu üben. Die Angebote zur Führungskräftebildung durch den Stadtwerkekonzern sind dafür beste Voraussetzungen.

Die Entwicklung des Marktes für Personal, welches dienstleistungsorientiert ist, mit Bereitschaft zu Arbeit in Schichten insbesondere an Wochenend- und Feiertagen, bleibt zu beobachten. Bisher konnten freiwerdende Stellen noch adäquat besetzt werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen 2014 insgesamt mit 4.905,3 T€ um 5,4% über dem Vorjahresumsatz (2013: 4.653,6 T€) und um 4,8% über dem Plan. Ursächlich dafür sind neben der geplanten und ab 01.10.2014 realisierten Eintrittspreisanpassung die deutlich über Plan liegenden Besucherzahlen im Badebereich. Der Umsatz im Badebereich betrug 1.829,0 T€ (2013: 1.681,3 T€). Im Sauna- und Wellnessbereich konnten die Umsätze nur auf dem Vorjahresniveau realisiert werden, die geplanten Steigerungsraten blieben leider aus. Der Umsatz in der Gastronomie überstieg die Planerwartungen absolut und pro Kopf, er liegt bei 1.119,5 T€ (2013: 1.014,6 T€) und damit 10,3% über dem Vorjahr, sowie 8,7% über dem Planansatz 2014. Auch die Nebenumsätze in Boutique und Parkhaus fielen durch die, mit 16.557 über Plan realisierten Besucher, jeweils um 14,1 T€ bzw. 9,7 T€ höher als geplant aus.

Die Aufwendungen für Strom, Wärme und Wasser / Abwasser stellen den Hauptanteil des Materialaufwandes dar. Die Wärmeaufwendungen stehen in engem Zusammenhang mit den Außentemperaturen und den Besucherzahlen. Beide Werte lagen 2014 über dem Vorjahr. In der Planung 2014 wurde zudem mit einer Wärmeeinsparung zu 2013 durch die Reaktivierung der Nachtdeckung für das Warmwasseraußenbecken gerechnet. Aufgrund wiederholter ungeplanter Ausfälle dieser Abdeckung insbesondere in den ersten Monaten des Jahres 2014 konnte dieser Einspareffekt leider nur in geringem Maße realisiert werden. Der Aufwand für Wärme 2014 lag mit 439,8 T€ zwar noch 35,4 T€ unter dem Vorjahr (2013: 475,2 T€) aber mit 43,3 T€ über dem Plan. Der Mehrverbrauch ist jedoch anteilig auch auf Mehrbesucher im Badebereich zum Plan zurückzuführen.

Die Aufwendungen für den Strombezug betragen im Geschäftsjahr 432,8 T€ (2013: 539,0 T€). Die Eigenstromversorgung mit einer gepachteten Kraftwerksscheibe reduziert den Strombezug, führt jedoch zu Aufwand in den Positionen Gasbezug, Pacht, Betriebsführung und dem übrigen betrieblichen Aufwand.

Die Aufwendungen für Wasser / Abwasser lagen, dem Mehrverbrauch durch Mehrbesucher geschuldet, im Jahr 2014 bei 158,0 T€ und damit 3,6% über dem Vorjahresniveau (2013: 152,5 T€).

Der Personalaufwand 2014 liegt bei 2.597,6 T€ (2013: 2.311,1 T€) und damit nahezu auf dem geplanten Niveau. Ursächlich für die Steigerung zum Vorjahr sind insbesondere Rückstellungszuführungen. Die aktuelle Rechtsprechung macht es erforderlich, den sozialversicherungsrechtlichen Status der eingesetzten Honorarkräfte nochmals eingehender abzuklären. Es besteht das latente Risiko einer Sozialversicherungspflicht durch den Arbeitsgeber auch rückwirkend für Vorjahre. Zur Absicherung dieses Risikos wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Die Abschreibungen 2014 liegen mit 1.105,4 T€ nur geringfügig um 0,4 % über dem Planansatz.

Mehraufwendungen zum Plan waren im Bereich Instandhaltungen inklusive Material durch Fremdfirmen notwendig, der Aufwand 2014 lag bei 459,3 T€ (2013: 428,3 T€). Ursächlich für die Überschreitung zum Plan waren insbesondere eine außerplanmäßige Instandsetzungsmaßnahme an einem großen Dachfenster sowie die Reparatur von Hydraulikleitungen.

Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die Auslastung des Bades und der gesamten Freizeitanlage Maya mare ist trotz der dokumentierten Steigerungen auch im Geschäftsjahr 2014 nicht kostendeckend. Das ausgeglichene Jahresergebnis konnte nur durch Zahlung eines Betriebskostenzuschusses in Höhe von 1.339,8 T€ (2013: 1.304,6 T€) erzielt werden. Aus diesem Grund werden auch in den kommenden Jahren entsprechende Betriebskostenzuschüsse des Hauptgesellschafters notwendig sein.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Für das Geschäftsjahr 2014 weist die Bilanz des Maya mare ein bilanzielles Eigenkapital von 3.517,2 T€ aus. Dies entspricht bis auf einen geringen Unterschiedsbetrag infolge der Entnahme der Zinserträge für die Kapitalkonten der Höhe des Eigenkapitals des Vorjahres. Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde in 2014 planmäßig entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst. Durch die Auflösung des Sonderpostens in Höhe von 442,4 T€ ist ein Rückgang des wirtschaftlichen Eigenkapitals in 2014 um diesen Betrag zu verzeichnen.

Auch das Fremdkapital weist insgesamt einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr aus. Insbesondere durch die planmäßige Tilgung des Kredites der Sparkasse sowie des Gesellschafterdarlehens der SWH haben sich die Finanzverbindlichkeiten des Maya mare weiter reduziert. Ein Anstieg zum Vorjahr ist lediglich bei den Rückstellungen zu verzeichnen.

4.2.2. Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2014 Investitionen in einer Gesamthöhe von 289,6 T€ getätigt. Davon entfielen 77,2 T€ auf die Optimierung der Lüftung in der Badehalle, die zu einer Verbesserung des Klimas für Gäste und Mitarbeiter führte. Für den Umbau des Foyer- und Eingangsbereiches einschließlich neuer Drehkreuztechnik wurden 101,5 T€ der Investitionsmittel aufgewendet.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität des Maya mare wird maßgeblich durch den jährlichen Betriebskostenzuschusses der SWH bestimmt. Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie den Investitionen konnte in vollem Umfang aus dem Mittelzufluss der Finanzierungstätigkeit und aus dem Finanzmittelfonds finanziert werden, so dass die Gesellschaft jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen gerecht wurde. Die Liquidität ist zusätzlich durch einen Kontokorrentkreditrahmen im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH in Höhe von 700,0 T€ gesichert.

4.3. Vermögenslage

In 2014 wird eine Bilanzsumme von 10.637,3 T€ ausgewiesen, im Vorjahr betrug die Bilanzsumme 11.590,6 T€. Die Abnahme resultiert hauptsächlich aus dem Rückgang des Anlagevermögens infolge der planmäßigen Abschreibung in Höhe von 1.105,4 T€. Der Rückgang konnte nur zum Teil durch Zugänge an Anlagevermögen aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 289,6 T€ kompensiert werden. Auch die rückläufige Entwicklung des Umlaufvermögens trägt zur Abnahme der Bilanzsumme der Aktivseite gegenüber dem Vorjahr bei.

Der Rückgang auf der Passivseite wird maßgeblich durch die Abnahme des Sonderpostens infolge der planmäßigen Auflösung sowie dem Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse und der SWH bestimmt.

4.4. Gesamtaussage

Erlebnisbäder sind nach wie vor aus unserer Freizeitgestaltung nicht wegzudenken, auch wenn der Wettbewerb mit anderen Unterhaltungs- und Erlebnisangeboten weiter zunimmt. Der hohe Anteil an Fixkosten, Betriebskosten und Personalkosten für derartige Anlagen wird durch Umsatzerlöse nicht gedeckt und es wird immer eines Zuschusses durch den Gesellschafter bedürfen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis auszuweisen. Ziel muss es bleiben, diesen Zuschussbedarf aus dem operativen Betrieb nicht ansteigen zu lassen.

Dafür ist ein Halten der Besucherzahlen im Bade- und Saunabereich sowie der Mitgliederzahlen im Fitnessclub entscheidend. Im Saunabereich wird für 2015 ein Besucheranstieg um 5% zum Ist 2014 für realistisch erachtet, im Fitnessbereich müssen Umsatzzuwächse über Angebote aus dem betrieblichen Gesundheitsmanagement generiert werden. Da die langfristige Bindungsbereitschaft (Jahresmitgliedschaften im Fitnessclub) bei jungen Kunden zunehmend schwächer ausgeprägt ist und der Preiskampf im Markt weiter zunimmt, muss der Bestandskundenbindung über einen weiteren Ausbau der Betreuungsqualität Priorität eingeräumt werden.

Über die Erweiterung der Verweil- und Liegebereiche im Saunabereich soll mittelfristig nachgedacht und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden, die bauliche Maßnahmen bedingen. Streben die Besucher in diesem Segment doch zunehmend einen Aufenthalts- und Rückzugsplatz an, der für sie während des gesamten Besuches reserviert bleibt.

Massage und Wellnessangebote werden als Zusatzangebote nur für Besucher des Maya mare offeriert. Diese sind personalintensiv und die Nachfrage unterliegt - wie das Besucheraufkommen - großen Schwankungen. In diesem Bereich liegen noch Reserven, die durch aktiveren Verkauf erschlossen werden müssen, um die Wirtschaftlichkeit zu steigern. Gezielte Mitarbeiterschulungen sollen den Beschäftigten das notwendige Rüstzeug an die Hand geben.

Im gastronomischen Bereich konnte der Wareneinsatz von 38% auf 37% reduziert werden. Ursächlich dafür waren insbesondere verbesserte Einkaufskonditionen. Der pro-Kopf-Erlös lag 2014 bei 3,20 €.

Die Mitarbeiterstruktur des Maya mare bildet über alle Bereiche einen mittleren Altersdurchschnitt. Betrachtet man einzelne Struktureinheiten, so ist festzustellen, dass insbesondere der Bereich Reinigung ein höheres Durchschnittsalter aufweist, was derzeit noch nicht als kritisch anzusehen ist. Mittelfristig ist zu prüfen, ob für diesen Bereich noch ausreichend Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu finden sein werden oder ob über die Alternativen von Fremdreinigung – mit allen Nachteilen – nachgedacht werden muss.

Die Grundstruktur der Attraktionen und das Gesamtangebot des Maya mare lassen sich aufgrund verschiedener baulicher Gegebenheiten kaum verändern. Der Bekanntheitsgrad als „Das mexikanische Bade- und Saunaparadies“ ist der aufwendigen Innenarchitektur zu verdanken und ein einprägsames Alleinstellungsmerkmal. Bei vielen Familien gehört der regelmäßige Ausflug ins Maya mare zu einem festen Bestandteil der Freizeitgestaltung.

Zukünftig sorgt der demografische Wandel für einen Rückgang des Anteils an Kindern in der Bevölkerung, doch für die Zeit der vorliegenden Mittelfristplanung spielt diese Entwicklung noch keine so große Rolle. Der steigende Anteil an älteren Bürgern mit längerer Lebensarbeitszeit und fallenden Renten, die zudem über weniger Freizeit und abnehmende finanzielle Mittel verfügen werden, ist dennoch langfristig ein Thema, dem wir uns stellen müssen. Kinder und Familien werden aber auch dann immer vorhanden sein und auf diese Zielgruppe wird sich das Maya mare auch langfristig im Badebereich ausrichten.

Auch wenn der Blick auf den begonnenen demografischen Wandel in der Gesellschaft Überlegungen der Art mit sich bringt, sollte sich das Maya mare auf die wachsende Bevölkerungsgruppe (Erwachsene und Senioren) einrichten. Man darf die baulichen Gegebenheiten unserer Freizeitanlage nicht außer Acht lassen, die insbesondere auch Kinder und Jugendliche anspricht. Kommt hinzu, dass bauliche Einschränkungen (viele Stufen im Badebereich / Treppen zum Saunabereich aufgrund der Ausnutzung der Altsubstanz Wasserwerk), die den thematischen Charakter des Maya mare als „Mexikanisches Bade- und Saunaparadies“ gestalterisch unterstreichen, von Senioren eher als hinderlich empfunden werden.

Um die angebotenen Attraktionen für Kinder und junge Familien aufzuwerten, bedarf es einer grundlegenden Umgestaltung des Kinderbereiches in den nächsten Jahren. Damit muss ein attraktiver Grundstein gelegt werden, um das Familienklientel auch langfristig als Grundpotenzial für die Auslastung des Badebereichs zu binden.

Im Sauna- und Wellnessbereich spielt die Zielgruppe der gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Hier liegt der Fokus auf der Stammkundenbindung. Dafür ist es besonders wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Umfassende Instandhaltungsinvestitionen in den Sanitärbereichen, Duschen und Umkleiden müssen geplant und finanziell sichergestellt werden, damit das Maya mare nicht nur mittelfristig sondern auch langfristig seine Gesamtattraktivität nicht verliert.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine, für die Beurteilung wesentlichen Veränderungen, eingetreten.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 wurde, beauftragt durch die Stadtwerke Halle GmbH als Führerin des Risikomanagementsystems, eine Prüfung der Funktionsfähigkeit des im SWH-Konzern und bei dessen Beteiligungsunternehmen eingerichteten Überwachungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren die zur Risikofrüherkennung getroffenen Maßnahmen, deren Eignung sowie die Einhaltung der Maßnahmen.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen wurden und das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu kommunizieren, sodass die Unternehmensleitungen der SWH und der Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise reagieren können. Die Prüfung hat weiterhin ergeben, dass die getroffenen Maßnahmen in dem geprüften Zeitraum wirksam waren und kontinuierlich angewendet wurden.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Zu den ermittelten unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung entwickelt und dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unternehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwert liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Risiken für den wirtschaftlichen Erfolg wurden nach Risikogruppen unterteilt und bewertet.

Der Absatzmarkt birgt in Summe Risiken in Höhe von 400,0 T€ die maßgeblich darin begründet sind, dass das Kaufkraftpotenzial der Kunden sinken kann und dann die Eintrittspreise für einen Besuch des Maya mare im Markt nicht mehr durchgesetzt werden können. Eine Änderung des Freizeitverhaltens kann die Attraktivität eines Bad- und Saunabesuches negativ beeinflussen und zu Besucherrückgängen führen, die aufgrund des begrenzten Marktpotenzials (Einwohner im relevanten Einzugsgebiet) nicht kompensierbar sind.

Die Risiken auf dem Beschaffungsmarkt werden auf 350,0 T€ geschätzt. Strom und Wärme sind Medien, auf die im Betrieb nicht verzichtet werden kann, deren Preise jedoch durch staatliche Umlagen sowie den Ölpreis auf dem Weltmarkt in ihrer Entwicklung beeinflusst werden. Diesen Risiken kann nur begrenzt durch den Einsatz von energiesparenden Technologien begegnet werden, was wiederum finanziellen Spielraum bei den Investitionen erfordert.

Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt haben Einfluss auf die Personalkosten und bergen Risiken überplanmäßiger Tarifsteigerungen, da für unsere Geschäftsbereiche dienstleistungsaffine Mitarbeiter mit überdurchschnittlicher Bereitschaft zu Arbeit in Schichten, an Wochenenden und Feiertagen benötigt werden. Gesetzliche Vorgaben können dabei mit sehr geringem zeitlichem Vorlauf, wie es das Mindestlohngesetz gezeigt hat, auf das Unternehmen zukommen.

Das Risiko, das von Änderungen der Konkurrenzsituation ausgeht, wird mit 410,0 T€ und in der Mittelfristplanung steigend auf 760,0 T€ bewertet. Bei dieser Einschätzung wurden Besucherabwanderungen durch mögliche Angebotsaufwertungen bei bestehenden Freizeitbädern/Wellnessanlagen und Fitnessstudios berücksichtigt, ebenso die Entstehung neuer Einrichtungen mit deckungsgleichen bzw. überschneidenden Angeboten. Insbesondere wurden der mögliche „Sportpark am Böllberger Weg“ sowie die Schaffung von modernen Sauna- und Wellnessangeboten im Stadtbad Halle als Risiken für die Wirtschaftlichkeit des Maya mare bewertet.

Änderungen von rechtlichen Vorgaben werden als Risiken insbesondere im Hinblick auf damit verbundene höhere Aufwendungen für die Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht bewertet. Der Entfall des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Saunaeintritt ist eine finanzpolitische Entscheidung, die im Jahr 2014 als neues Risiko bewertet wurde. Ab Juli 2015 treten die entsprechenden Regelungen in Kraft. Den damit verbundenen, um 12% höheren Aufwendungen für Umsatzsteuer muss mit einer derzeit in der Erarbeitung befindlichen Eintrittspreisgestaltung Rechnung getragen werden. Ob die Preiselastizität noch gegeben ist, die Umlage ohne Besucherrückgänge an den Endkunden weiter zu geben, bleibt neu zu bewerten.

Als eines der größten Risiken wird der Ausfall des jährlichen Betriebskostenzuschusses vom Gesellschafter Stadtwerke Halle GmbH gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Gesellschaft nicht gesichert.

Der weiter zunehmende Wettbewerb und die starke Abhängigkeit der Umsatzseite von nicht beeinflussbaren Parametern (z.B. Wetter) aber auch die bereits gute Marktdurchdringung und Akzeptanz machen signifikante Ergebnisverbesserungen in Zukunft nicht einfach. Eine Steigerung der Umsätze durch Preiserhöhungen kommt angesichts der Konkurrenzsituation mit anderen Freizeit Anbietern und des bereits erreichten Preisniveaus nur in eingeschränktem Maße in Betracht. Auch im neuen Jahr werden daher alle Anstrengungen darauf ausgerichtet sein, durch attraktive und qualitativ hochwertige Angebote, die Kundenbindung und die Besuchshäufigkeit der Bestandskunden weiter zu erhöhen bzw. Neukunden zu gewinnen. Zudem ist beabsichtigt, das Projekt „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ wieder stärker zu verfolgen.

Der hohe Fixkostenanteil erschwert zudem die Möglichkeit Kosteneinsparungen zu generieren, ohne die Qualität der Angebote reduzieren zu müssen. Bereits ergriffene und auch künftige Maßnahmen beschränken sich daher im Wesentlichen auf den Ersatz veralteter technischer Anlagen durch moderne und effizientere.

Zum weiteren Ausbau der Dienstleistungsqualität des Maya mare soll eine stetige Steigerung der Qualifikation der Mitarbeiter durch individuelle Schulungsmaßnahmen beitragen.

6.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2015 sowie der Mittelfristplanung bis 2019 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevante Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben und damit auch das Besucherpotenzial für das Maya mare. Ebenso werden durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt, die ebenfalls Einfluss auf die Besucherzahlen und somit auf die Erlöse haben. Im Jahr 2014 konnten im Badebereich überplanmäßige Besucherzahlen in Höhe von 211.526 Gästen realisiert werden, die maßgeblich auch aufgrund der Witterung erzielt wurden. Mittelfristig wurden die Erlöse im Badebereich auf der Grundlage von 192.000 Besuchern geplant. Im Saunabereich konnten 2014 nur 62.946 Gäste gezählt werden, die Planung 2015 ff. geht von 66.500 Jahresbesuchern in der Sauna aus.

Die Eintrittsentgelte für Bade- und Saunabereich liegen bereits im oberen mittleren Bereich. Eine Anpassung alle 2 Jahre ist die einzige Basis für die in der Planung erwartete Umsatzerlössteigerung. Wie die Kunden auf die zum Ausgleich der Umsatzsteuererhöhung von 7% auf 19% notwendige Preisanpassung im Saunabereich ab 01. Juli 2015 um 12% reagieren, bleibt abzuwarten. Sollte damit ein Besucherrückgang einhergehen, ist die für 2016 geplante turnusmäßige Preisanpassung im Saunabereich zu überdenken, um die Auslastung der Anlage in Gänze nicht zu gefährden. Die Auswirkungen dieser gesetzlich erzwungenen Preiserhöhung für den Saunagast auf die Nebenumsätze können ebenfalls negativ sein. Bislang wird in den Bereichen Gastronomie, Massage und Shop eine Preisanpassung zum Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen geplant.

Die Umsatzerlöse im Bereich Fitness sollen über das Geschäftsfeld „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ mittelfristig stabilisiert werden. Der Viva mare Gesundheitsclub zählt bereits zu den Anbietern im hochpreisigen Markt, was eine Steigerung der Umsatzerlöse durch Anhebung der Mitgliedsbeiträge begrenzt. Das Marktpotenzial ist aufgrund der beschränkten Einzugsradien von Fitnessstudios nahezu erschöpft, die Neukundenakquise ist auf den Ausgleich der marktüblichen Austrittsquote von Mitgliedern ausgerichtet.

7.2. Investitionen

Das Maya mare ist zwischenzeitlich fast 16 Jahre alt. Um die Freizeitanlage langfristig als attraktives Angebot am Markt zu halten, wird es notwendig, innerhalb der nächsten 10-15 Jahre Ersatzinvestitionen aufgrund von Altersverschleiß in verschiedenen Bereichen zu tätigen. Sanitärbereiche im Bad, Dächer oder auch die Badewasseranalysetechnik stellen hierbei notwendige Investitionsschwerpunkte dar.

Die Gestaltung des Maya mare in seiner Gesamtheit kann als zeitlos ansprechend bewertet werden. Mit Blick auf die Kernzielgruppe Familie muss jedoch der Kinderbereich in den kommenden 2-3 Jahren attraktiver werden, um hier im Wettbewerb den gestiegenen Ansprüchen Stand zu halten.

In der Mittelfristplanung der kommenden fünf Jahre wurden pro Jahr zwischen 298,5 T€ im Jahr 2015 und 320,0 T€ im Jahr 2019 an Investitionsmitteln berücksichtigt.

7.3. Finanzierung

Die im Rahmen der Mittelfristplanung vorgesehenen Investitionen werden ausschließlich aus Eigenmitteln finanziert. Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite ist mittelfristig ein Rückgang der Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals zu verzeichnen. Für die Liquidität der Gesellschaft ist jedoch auch in den Folgejahren die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses durch die Gesellschafter unabdingbar.

7.4. Ergebniserwartung

Aufgrund der kaum weiter ausbaubaren Erlössituation wird in der Mittelfristplanung ein Zuschussbedarf der Gesellschaft in Höhe von 1.231,2 T€ im Jahr 2015 bis zu 1.343,9 T€ im Jahr 2019 vorgeschaut. Unter Berücksichtigung der weiteren Zuschusszahlung durch die Hauptgesellschafter wird in den Jahren 2015 bis 2019 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	311

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung/§ 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle.
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff.1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Kogge, Tobias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	311	57	311	58	311	57	0	0
Umlaufvermögen	231	43	224	42	236	43	7	3
Bilanzsumme	542	100	535	100	547	100	7	1
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	542	100	535	100	547	100	7	1
Bilanzsumme	542	100	535	100	547	100	7	1

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	24	42	16
sonstige betriebliche Aufwendungen	15	34	6
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	7	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15	15	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	15	15	14
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	7	-1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	9	8	15

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	2,82	2,91	2,56	%
Cash-Flow:	15	15	14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	57,36	58,09	56,82	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m ²
Erbbaufäche	675,00	675,00	675,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m ²
Verkehrsfläche	143,00	143,00	143,00	m ²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m ²

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz

Anschrift: Kantstraße 1
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung

Stiftungsvermögen in T€: 12.823

Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb von Einrichtungen in der Altenpflege und Behindertenhilfe und altengerechter Wohnformen.

Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand: Fritschek, Andreas

Stiftungsrat:

Vorsitzender	Kogge, Tobias
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
	Dr. Wend, Detlef
	Haupt, Ute
	Töpfer, Gernot

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	1	1	1

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	100	100,00
Serva GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	53.706	94	54.762	94	56.010	94	-1.056	-2
Umlaufvermögen	3.438	6	3.199	6	3.243	6	239	7
Rechnungsabgrenzungsposten	59	0	25	0	17	0	34	136
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	12	0	34	0	-12	-100

Bilanzsumme

57.203	100	57.998	100	59.304	100	-795	-1
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	17.049	30	16.909	29	16.763	28	140	1
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	20.993	37	21.743	38	22.476	38	-750	-3
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	799	1	840	1	881	1	-41	-5
Rückstellungen	532	1	630	1	613	1	-98	-16
Verbindlichkeiten	17.348	30	17.362	30	18.081	31	-14	0
Rechnungsabgrenzungsposten	482	1	514	1	490	1	-32	-6

Bilanzsumme

57.203	100	57.998	100	59.304	100	-795	-1
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	17.473	16.895	16.838
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2	-27	339
sonstige betriebliche Erträge	1.828	2.224	1.959
Materialaufwand	4.945	3.823	3.748
Personalaufwand	10.974	11.526	11.519
Abschreibungen	1.810	1.818	1.705
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	790	774	777
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.673	1.911	2.319
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	6	4	5
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	1	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30	32	40
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	8	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	588	634	558
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	136	183	109
außerordentliche Erträge	63	26	87
außerordentliche Aufwendungen	59	63	29
außerordentliches Ergebnis	4	-37	58
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	140	146	167
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	140	146	167
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,80	0,86	0,99	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,82	0,86	0,99	%
Cash-Flow:	1.950	1.972	1.873	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	54	49	49	T€
Personalaufwandsquote:	56,86	60,37	60,20	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,59	94,13	94,17	%
Eigenkapitalquote:	29,80	29,15	28,27	%
Fremdkapitalquote:	70,20	70,85	71,73	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	416,00	Anzahl
Pflegepl. f. Menschen mit geistiger u. seel. Behind.	230,00	230,00	228,00	Anzahl

e) Lagebericht

I. Überblick

„Gemeinsam statt einsam“ - so lautet das Credo der 1894 gegründeten Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale, deren Leistungen täglich rund 1.500 Menschen in Anspruch nehmen. Eine große Bandbreite des Angebotes und individuelle Betreuung gehören bei uns zusammen. Alle Häuser der Paul-Riebeck-Stiftung bieten ebenso wie ihre seniorengerechten Wohnungen Lösungen für unterschiedlichste Lebenslagen. Sämtliche fachliche und soziale Kompetenzen auf den Gebieten der voll- und teilstationären Altenpflege, Behindertenhilfe sowie ein ambulanter Pflegedienst sind hier gebündelt.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung 2014

1.1 Alten- und Behindertenhilfe, Vermietung, ambulante Pflege

Die Stiftung schloss das Geschäftsjahr 2014 erneut mit einem positiven Ergebnis ab. Die Ertragslage hat sich weiter stabilisiert. Damit konnte der positive Trend der zurückliegenden Geschäftsjahre fortgeschrieben werden.

Als wichtige Kennzahl im Bereich Altenpflege und Behindertenhilfe gilt die Bettenbelegung bzw. Auslastung der vorhandenen Kapazitäten. Sowohl im Bereich Altenpflege als auch im Bereich Behindertenhilfe verzeichnete die Stiftung erneut eine hohe jahresdurchschnittliche Bettenbelegung.

	jahresdurchschnittliche Auslastung 2013	jahresdurchschnittliche Auslastung 2014
Altenpflege	97,4 %	96,8 %
Behindertenhilfe	98,4 %	99,4 %

Die Pflegeerlöse im Bereich Altenpflege beliefen sich in 2014 auf T€ 11.515. Im Vergleich zu 2013 war damit ein Anstieg um T€ 171 zu verzeichnen.

Die positive Entwicklung der ambulanten Pflege schrieb sich in 2014 fort. Die Stiftung verfolgt auch weiterhin das Ziel, den Bereich der ambulanten Pflege weiterzuentwickeln und auszubauen.

Im Bereich Behindertenhilfe zeichnete sich ebenfalls erneut ein sehr positives, stabiles Bild von der Auslastungs- und Ertragslage. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Erlöse von T€ 5.917 auf T€ 5.958.

Insgesamt lagen die Pflegeerlöse in 2014 um T€ 217 über den Erlösen des Vorjahres. Hintergründe hierfür sind zum einen die stabile Auslastung der vorhandenen Kapazitäten sowie die Vereinbarungen höherer Pflegesätze mit den Leistungsträgern.

Insgesamt vermietet die Stiftung 208 altersgerechte Wohnungen sowie 11 Gewerbeeinheiten. Der Anteil der Erlöse im Bereich Vermietung an den Gesamterlösen betrug in 2014 7,2%.

Der Vermietungsstand aller Wohnungen lag erneut bei nahezu 100%.

Mit der Entwicklung der Auslastung und der Ertragslage in den Bereichen Behindertenhilfe, Altenpflege ambulante Pflege und Vermietung ist die Stiftung zufrieden.

1.2 Betriebsübergang Servicebereiche

Zum 1. Januar 2014 fand der in 2013 geplante Betriebsübergang nach § 613a BGB der Servicebereiche Küche, Wäscherei, Haustechnik/Gärtner von der Stiftung auf die 100%ige Tochtergesellschaft der Stiftung - die Serva - statt.

Seither erbringt die Serva GmbH folgende Leistungen/Aufgaben für die Stiftung: Unterhaltsreinigung, Hauswirtschaft, Speiserversorgung, Waschen der Bewohnerwäsche, Hausmeister- und Gärtnerleistungen, Pfortendienst und Hol- und Bringendienste. Die Serva GmbH beschäftigt aktuell ca. 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Zusammenarbeit zwischen der Serva GmbH und der Stiftung wurde in Dienstleistungsverträgen und konkreten Leistungsbeschreibungen geregelt.

Damit kann sich die Stiftung schwerpunktmäßig um ihr Kerngeschäft - das Pflegen und Betreuen alter und/oder behinderter Menschen - konzentrieren.

Es ist geplant, dass die Serva GmbH und die Stiftung künftig enger miteinander arbeiten und gemeinsam neue Ideen und Konzepte zur Wohnerversorgung mit Dienstleistungen aus dem Peripheriegeschäft rund um die Pflege entwickeln und realisieren.

1.3 Modellprojekt Ambulantisierung Förderwohnheim

Von der Stiftung wurde angestrebt, im Rahmen eines Modellprojektes 44 Klienten eine ambulante Betreuung und damit einen Auszug aus dem stationären Heim zu ermöglichen. Hierfür sollen neue Wege hinsichtlich Betreuung, Versorgung, Pflege und auch hinsichtlich der Finanzierung gegangen werden.

Die Arbeiten an diesem Projekt begannen im Dezember 2012. Im Mai 2014 wurden die Arbeiten an dem Vorhaben in der Stiftung eingestellt. Seit Beginn der Arbeiten am Projekt im Dezember 2012 hat die Stiftung viel Kraft und Ressourcen in das Projekt investiert.

In einem Schreiben vom 5. Mai 2014 teilte die Stiftung der Sozialagentur daher ihren Entschluss mit, die Arbeiten am Projekt der Ambulantisierung des Förderwohnheims einzustellen. Das gesteckte Ziel, 44 Klienten ambulant zu betreuen, wurde nicht erreicht.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass keine Einigung zwischen der Sozialagentur und der Stiftung bezüglich der Rahmenbedingungen und der Finanzierung erzielt werden konnte.

III. Darstellung der Lage

1. Ertragslage der Stiftung

Die Paul-Riebeck-Stiftung erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 einen Umsatz in Höhe von T€ 17.473 (Vorjahr: T€ 16.895).

Die für das Geschäftsjahr 2014 geplanten Umsatzerlöse wurden übertroffen.

2. Finanzielle Situation der Stiftung

Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Stiftung verlief 2014 weiterhin positiv. Der Trend der letzten Jahre wurde erneut fortgesetzt.

2014 lag die Eigenkapitalquote bei 29,8%. Im Jahr 2013 betrug sie 29,2%. Die nahezu konstante Eigenkapitalquote spiegelt die stabile Lage der Stiftung wieder.

Das Anlagevermögen erhöht sich im Wesentlichen im Jahr 2014 um die Anschaffung der beiden Blockheizkraftwerke am Standort Akazienhof und im Riebeckpark. Nach dem, in den EVH-Verträgen angewendeten „Mietkauf-Modell“, wurden die neu errichteten BHKW, Gaskesselanlagen (GKA) und zugehörige Nebenanlagen von der Paul-Riebeck-Stiftung im Gesamtwert von 604.877 € erworben.

Der wirtschaftliche Übergang war am 30. September 2014. Das rechtliche Eigentum verbleibt bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises bei der EVH. Zur Begleichung des Kaufpreises wurde eine Ratenzahlungsvereinbarung über zehn Jahre (120 Monatsraten) mit der EVH GmbH, Halle (Saale), geschlossen.

Das Stiftungskapital blieb konstant bei T€ 12.823.

3. Personelle Situation der Stiftung

Jahresdurchschnittlich beschäftigte die Stiftung 2014 369 (2013: 404) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem jahresdurchschnittlichen Stellenanteil von 271,2 Vollzeitkräften (VZK). Hintergrund für den Rückgang der Beschäftigtenzahlen stellt der Betriebsübergang dar. 31 Beschäftigte wurden dabei von der Stiftung in die Serva GmbH überführt und sind nun dort beschäftigt. Mit jährlichen Personalkosten in Höhe von T€ 10.974 (2013: T€ 11.526) und einer Personalaufwandsquote von 62,9% (2013: 68,2 %), stellen die Personalkosten den größten Kostenblock dar. Aufgrund des Betriebsüberganges sanken im Vergleich zum Vorjahr die gesamten Personalkosten um T€ 552.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten betrug 2014 40 Jahre.

Die Paul-Riebeck-Stiftung ermöglicht den Beschäftigten die berufliche Fort- und Weiterbildung. Die Teilnahme ist unter Fortzahlung der Vergütung und ohne finanzielle Selbstbeteiligung möglich. Der Anteil der Fort- und Weiterbildungskosten betrug in 2014 T€ 101.

4. Beteiligungen

4.1 EWIA

Nach der Übertragung der Gesellschaftsanteile des Bauvereins an der EWIA auf die Stiftung ist die Paul-Riebeck-Stiftung seit dem 1. Juli 2012 Alleingesellschafter der EWIA GmbH. Nach erfolgreicher Übertragung stellte die EWIA ihren operativen Geschäftsbetrieb bis auf weiteres ein.

4.2 Serva

Die Stiftung ist nach wie vor alleiniger Gesellschafter der Serva GmbH. Die Serva GmbH erzielte im Jahr 2014 ein Ergebnis von T€ 6.

5. Markt- und Umfeldbedingungen

Die Stiftung gehört mit ihren umfangreichen Angeboten auf den Gebieten der Altenpflege und Behindertenhilfe weiterhin zu den großen Anbietern derartiger Dienstleistungen in Halle. Durch verschiedene, über das Alltagsgeschäft hinausgehende Aktivitäten in den vergangenen Jahren und auch im Jahr 2014 hat die Stiftung weiterhin ihren Ruf als einer der wichtigen Akteure auf dem Gebiet der sozialen Dienstleistungen in Halle gefestigt. Zu den wichtigsten Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit gehörte sicherlich die „Alternative“, eine Reihe von verschiedenen Veranstaltungen mit denen für eine aktive Auseinandersetzung mit den sich verändernden Bedingungen in einer „Gesellschaft der gewonnenen Jahre“ geworben wurde.

Die Stiftung engagiert sich ferner aktiv auf Landesebene in der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Pflegeeinrichtungen Sachsen-Anhalt, dem Landespflegeausschuss und diversen anderen Gremien. Dadurch wird sichergestellt, dass Veränderungen auf Landesebene, insbesondere im Bereich der Altenpflege aktiv mitgestaltet werden.

Im Bereich der Altenpflege findet seit mehreren Jahren ein grundlegender Veränderungsprozess statt. Ausgehend von einem immer weiteren Zugewinn an Lebenszeit stellen sich besonders hier neue Herausforderungen, um auch bei einer zunehmenden Zahl alter und hochbetagter Menschen eine bedarfsgerechte Hilfeleistung sicherzustellen.

Auf der Bundesebene wurde hier in den vergangenen Jahren, zuletzt durch das Pflegestärkungsgesetz, eine klare Ausrichtung auf eine Förderung des präferierten Bereichs der ambulanten Hilfeleistungen vorgenommen. Dies führte dazu, dass insbesondere Pflegebedürftige im ambulanten Bereich mehr an finanziellen Mitteln für die Pflege zur Verfügung haben. Eine stetig steigende Zahl von ambulanten Pflegediensten profitiert von dieser Entwicklung. Parallel dazu gibt es auch einen wachsenden Markt für alternative Angebote, wie zum Beispiel Wohngemeinschaften.

Es ist eine der wichtigsten Herausforderung für die Stiftung sich in diesem verändernden Umfeld neu zu positionieren, den Ausbau der ambulanten Dienstleistungen deutlich voranzutreiben und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass eine auskömmliche Finanzierung und Auslastung der Angebote im stationären Bereich der Altenpflege sichergestellt ist.

Die Stiftung ist hier durch einen eigenen Bereich ambulante Pflege und Wohnungen, der inzwischen 10,1 % zum Gesamtumsatz beiträgt, gut aufgestellt. Es gilt diesen Bereich durch einen Ausbau der bestehenden Kooperationen mit kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungs-genossenschaften zu stärken.

Eine größere Rolle wird hier in den nächsten Jahren auch der Ausbau der Beratungsangebote der Stiftung für Pflegebedürftige und deren Angehörige spielen.

Es ist genau zu beobachten, ob die Zunahme der ambulanten Dienstleistungen, aber auch die Schaffung neuer Kapazitäten im Bereich der stationären Altenpflege in der Stadt Halle (Saale) zu einem Rückgang der derzeit sehr guten Belegung führt.

Wichtig ist, dass es der Stiftung gelingt, durch eine gute und sinnvolle Vernetzung und eine intensive Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern, sich auch weiterhin von den Mitwettbewerbern, schon allein durch die Breite der Angebote, abzusetzen.

Anders als im Bereich der Altenpflege gibt es im Bereich der Behindertenhilfe keine wirkliche Konkurrenzsituation zwischen unterschiedlichen Angeboten. Es ist allerdings zu beobachten, dass es auch hier einen Trend hin zu immer individuelleren Leistungen gibt. Dem will die Stiftung durch einen Ausbau der Leistungen im Bereich Wohnen und Betreuung von Klienten mit persönlichem Budget Rechnung tragen.

6. Chancen und Risiken

Im Bereich der Altenpflege und Behindertenhilfe hat ein Vertrauensverlust gravierende Auswirkungen. Bei der Wahl der Einrichtung spielt deshalb das Image eine entscheidende Rolle. Um auf eventuelle Schwachstellen reagieren zu können, führt die Stiftung Angehörigenbefragungen durch. Das damit erhaltene Feedback als auch die kontinuierliche Auswertung des Beschwerdemanagements ermöglichen ein zeitnahes Gegensteuern.

Qualitätsprüfungen nach § 115 SGB XI werden in Altenpflegeeinrichtungen nach festgelegten Kriterien durchgeführt. Die Ergebnisse daraus in Form von Bewertungsnoten werden veröffentlicht und können die Wettbewerbsfähigkeit der Stiftung maßgeblich beeinflussen. Messbare Risiken ergeben sich dabei aus dem Auslastungsgrad und der Erfüllung der vereinbarten Personalbesetzung an Pflegefachkräften. Die Stiftung hat entsprechende Maßnahmen eingeleitet um hohe Qualitätsstandards zu sichern und die vertraglichen Vereinbarungen einzuhalten.

Die Stiftung agiert mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis am Markt, sodass die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2014 einhergehend mit einer hohen Kapazitätsauslastung auch als Maßstab für die nächsten Jahre angesehen werden können. Voraussetzung dabei ist die Beibehaltung der derzeitigen Kapazität, von hohen Qualitätsstandards und vielfältigen Leistungsangeboten.

IV. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag sind nicht eingetreten.

V. Ausblick

Entwicklung im Jahr 2015

Bereits in 2014 gab es im Bereich Altenpflege strukturelle Veränderungen. So wurde als neue Funktion eine Geschäftsbereichsleitung Altenpflege eingeführt. Ziel dieser Funktion ist es, die unterschiedlichen Häuser im Bereich Altenpflege stärker zu vernetzen, eine konstante Auslastung und stabile wirtschaftliche Lage sicherzustellen. Die Funktion wurde in 2014 kommissarisch besetzt. Bis zum Jahresende 2015 soll sich die Funktion etabliert und stabilisiert haben.

Um weiterhin eine hohe, stabile Marktposition der Stiftung im Segment Altenpflege zu behaupten, legt die Stiftung insbesondere Wert auf Aus-, Fort- und Weiterbildung. Dies sowohl für Fach- als auch für Führungskräfte.

In 2015 wird das Vorhaben Modernisierung und Ausbau der Zentralküche der Stiftung eine wichtige Rolle spielen. Es ist beabsichtigt, die Speiserversorgung auf das sogenannte „cook & chill-Verfahren“ umzustellen. Damit erhofft sich die Stiftung in erster Linie Qualitätsverbesserungen in der Speisenherstellung und -versorgung.

Weiterhin beabsichtigt die Stiftung im Altenpflegeheim Riebeckpark eine neue Brandmeldeanlage einzubauen und in Betrieb zu nehmen. In 2014 werden in erster Linie die Vorbereitungsarbeiten dafür geplant, koordiniert und durchgeführt.

Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet die Stiftung ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Jahres 2014.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Fritschek, Andreas	
	Joost, Peter	(bis 05.12.2014)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	17	6	23	15	16	12	-6	-26
Umlaufvermögen	252	93	127	85	115	88	125	98
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	0	0	0	0	2	

Bilanzsumme	271	100	150	100	131	100	121	81
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	81	30	81	54	81	62	0	0
Rückstellungen	49	18	15	10	9	7	34	227
Verbindlichkeiten	141	52	54	36	41	31	87	161

Bilanzsumme	271	100	150	100	131	100	121	81
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.786	607	483
sonstige betriebliche Erträge	54	10	6
Materialaufwand	1.083	40	30
Personalaufwand	1.512	472	363
Abschreibungen	7	6	5
sonstige betriebliche Aufwendungen	232	95	86
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6	4	5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	6	4	5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,23	0,60	1,01	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,96	4,54	6,03	%
Cash-Flow:	13	10	10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	39	16	15	T€
Personalaufwandsquote:	53,24	76,53	74,27	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,13	15,00	11,87	%
Eigenkapitalquote:	29,76	53,98	61,83	%
Fremdkapitalquote:	70,24	46,02	38,17	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
c/o Stadt Halle (Saale)
06100 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	13	51,00
Stadion Beteiligungs- und Bewirtschaftungs-GmbH	7	28,00
Hallescher Fußballclub e. V.	5	21,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar förderlich sind.
- (3) Sie darf jedoch keine Zweigniederlassungen errichten, sich nicht an anderen Unternehmen beteiligen oder Unternehmensverträge im Sinne von §§ 291, 292 AktG schließen und Interessengemeinschaften eingehen.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Geier, Egbert

Beirat:

Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzender	Klose, Wilfried
	Bönisch, Bernhard (bis 16.07.2014)
	Dr. Diaby, Karamba
	Dr. Schädlich, Michael
	Ettingshausen, Rüdiger

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

Beirat:	Hajek, Andreas	(bis 29.01.2014, seit 16.07.2014)
	Heinze, Frank	
	Ranft, Melanie	(seit 16.07.2014)
	Sommer, Manfred	(seit 29.01.2014 bis 16.07.2014)
	Thymian, Robert	

	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€
Beirat	1	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	476	35	580	48	687	67	-104	-18
Umlaufvermögen	427	32	616	51	335	32	-189	-31
Rechnungsabgrenzungsposten	448	33	9	1	8	1	439	4.878

Bilanzsumme	1.351	100	1.205	100	1.030	100	146	12
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	24	2	24	2	24	2	0	0
Rückstellungen	19	1	35	3	46	5	-16	-46
Verbindlichkeiten	284	21	265	22	373	36	19	7
Rechnungsabgrenzungsposten	1.024	76	881	73	587	57	143	16

Bilanzsumme	1.351	100	1.205	100	1.030	100	146	12
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.058	843	868
sonstige betriebliche Erträge	503	504	589
Abschreibungen	106	107	107
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.444	1.230	1.336
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10	10	10
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	0	4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	0	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	106	107	107	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	35,20	47,91	66,13	%
Eigenkapitalquote:	1,80	2,02	2,36	%
Fremdkapitalquote:	98,20	97,98	97,64	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsjahr 2014 war im Wesentlichen durch den laufenden Betrieb des ERDGAS Sportpark und den sportlichen Erfolg des Halleschen FC geprägt gewesen. Alle zum stabil laufenden Betrieb nötigen Vorgänge und Abläufe sind bei den beteiligten Personen und Unternehmen eingespült.

Der Hallesche FC hat seine Saison 2013/2014 mit dem Verbleib in der 3. Liga abgeschlossen. Auch für die Saison 2014/2015 ist der Klassenerhalt und somit den Verbleib in der 3. Liga angestrebt. Zu den Heimspielen des Halleschen FC kamen im Jahr 2014 dabei im Schnitt ca. 7.500 Zuschauer.

Weiterhin fand das Pokalendspiel des Landespokals Sachsen-Anhalt im ERDGAS Sportpark zwischen dem Halleschen FC und dem 1.FC Magdeburg vor ausverkaufter Kulisse statt. Veranstalter war hier der Fußballverband Sachsen-Anhalt e. V.

Hervorzuheben ist noch, dass der DFB im Jahr 2014 mit dem EM Qualifikationsspiel Deutschland vs. Irland der U 21 ein Länderspiel im ERDGAS Sportpark ausgetragen hat. Das Spiel wurde deutschlandweit live ausgestrahlt. Neben den hervorragenden infrastrukturellen Bedingungen rund um den ERDGAS Sportpark war insbesondere die gute Organisation der bereits im Sportpark durchgeführten Spiele ausschlaggebend für die Entscheidung des DFB, erneut in Halle (Saale) zu spielen. Es ist zu erwarten, dass der DFB auch in den Folgejahren Spiele im ERDGAS Sportpark austragen wird.

Neben dem Stadion als Fußballstätte fanden zudem mehrere Veranstaltungen im Businessbereich statt. Die Erwartungen wurden auch im Jahr 2014 mehr als übertroffen. Insbesondere das Flair des Stadions als Event Location, der gute Service, ein individuelles Angebot aber auch die gute Parkplatzsituation sind ausschlaggebende Faktoren für diesen Erfolg.

Aufgrund der Sonderveranstaltungen DFB sowie des Pokalendspiels lagen die Einnahmen des Geschäftsjahres 2014 leicht über den Einnahmen des Vorjahrs. Auf Basis des mit der GWG-Halle-Neustadt geschlossenen Werbe- und Sponsoringvertrages wurden im Zusammenhang mit der Erdgas Sportarena mit Wirkung ab 1. Juli 2014 die finanziellen Verpflichtungen erfüllt.

2. Lage des Unternehmens

Das Berichtsjahr 2014 umfasste einen ganzjährigen Spielbetrieb des HFC e.V. in der 3. Liga. Durch die hierbei plangemäß erzielten Einnahmen und Ausgaben bestand zum Bilanzstichtag ein positiver Liquiditätsbestand in Höhe von Euro T€ 402.

Die wirtschaftliche Lage kann daher insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr plangemäß ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2015 ist weiterhin durch den laufenden Spielbetrieb in der 3. Liga innerhalb des Stadions geprägt.

Der HFC als Hauptnutzer und Aufsteiger hat bisher eine durchwachsene Saison gespielt. Große Auswärtsstärke und schlechte Heimbilanz prägen das derzeitige Bild. Zur Hälfte der aktuellen Saison befindet sich der HFC auf einem Mittelfeldplatz. Es ist zu erwarten, dass der HFC den sportlichen Klassenerhalt schafft. Die Lizenz ist dem HFC bereits für die Saison 2014/2015 ohne Auflagen erteilt worden.

Auch in 2015 sollen die Angebote rund um Sonderveranstaltungen im Stadion an die Erfolge der Vorjahre anknüpfen.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem auch vom sportlichen Erfolg des Halleschen FC in der 3. Liga und gewissen Anpassungen innerhalb des Stadions geprägt sein.

Die größte Aufgabe besteht nach wie vor darin, den gesteigerten Anforderungen des Spielbetriebes der 3. Liga gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

Die Gesellschaft erhält zur Deckung der laufenden Aufgaben Zuschüsse der Stadt Halle (Saale). Es ist derzeit nicht erkennbar, dass aufgrund des Gesellschaftszweckes/der Tätigkeit der Gesellschaft diesbezüglich ein Tatbestand des Art. 107 Abs. 1 AEUV erfüllt wäre, da eine grenzüberschreitende Wirkung/Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedsstaaten nicht gegeben ist.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag wurde der Stadt Halle (Saale) eine Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes mit Datum vom 11. März 2015 zugestellt, mit welcher die Stadt Halle (Saale) angewiesen wird, die Austauschverhältnisse zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadion Halle Betriebs GmbH neu zu gestalten. Die Stadt Halle (Saale) hat Widerspruch gegen die Anordnungsverfügung erhoben, sowie Gespräche aufgenommen, um für diese Angelegenheit eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	12.372

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.
- (2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:
 - a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,
 - b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.
- (3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).
- (5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.
- (6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulativ festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand:

Vorsitzender	Kogge, Tobias	
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	
	Haupt, Hanna	
	Kirchert, Christian	(seit 16.07.2014)
	Schmiedel, Peter	(bis 15.07.2014)
	Scholtyssek, Andreas	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	31.196	97	31.711	98	32.315	98	-515	-2
Umlaufvermögen	870	3	745	2	500	2	125	17
Rechnungsabgrenzungsposten	28	0	30	0	33	0	-2	-7
Bilanzsumme	32.094	100	32.486	100	32.848	100	-392	-1

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	18.324	57	18.226	56	18.379	56	98	1
Sonderposten aus Zuschüssen und des Zuwendungen zur Finanzierung Sachanlagevermögens	3.227	10	3.373	10	3.518	11	-146	-4
Rückstellungen	171	1	166	1	152	0	5	3
Verbindlichkeiten	10.248	32	10.588	33	10.721	33	-340	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	124	0	133	0	78	0	-9	-7
Bilanzsumme	32.094	100	32.486	100	32.848	100	-392	-1

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	6.459	5.149	4.519
sonstige betriebliche Erträge	865	1.777	1.611
Materialaufwand	2.230	2.185	1.983
Personalaufwand	3.432	3.170	2.788
Abschreibungen	799	797	700
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	145	145	145
sonstige betriebliche Aufwendungen	493	573	647
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6	7	32
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	4
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	10		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	469	483	492
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	43	-129	-299
außerordentliche Erträge	133	181	
außerordentliche Aufwendungen	78	185	
außerordentliches Ergebnis	55	-4	
sonstige Steuern		20	12
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	98	-153	-311
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	98	-153	-311

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,52	-2,97	-6,89	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,54	-0,83	-1,67	%
Cash-Flow:	907	644	389	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	101	109	107	T€
Personalaufwandsquote:	46,86	45,77	45,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	96,71	97,13	97,51	%
Eigenkapitalquote:	57,10	56,10	55,95	%
Fremdkapitalquote:	42,90	43,90	44,05	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Pflegeplätze	157,00	157,00	154,00	Anzahl
Pflegetage (vollstationär inkl. Kurzzeitpflege)	57.682,00	54.927,00	52.906,00	Tage
Kapazitätsauslastung Betten	97,20	95,80	96,60	%
Wohneinheiten betreutes Wohnen	97,00	97,00	97,00	Anzahl
Vermietungsstand	91,10	86,60	84,60	%
Mietwohnungen	55,00	55,00	55,00	Anzahl

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	344

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehgeschwacher Einwohner der Stadt Halle.
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff. 1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert Kogge, Tobias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	344	66	344	67	344	68	0	0
Umlaufvermögen	176	34	171	33	165	32	5	3
Bilanzsumme	520	100	515	100	509	100	5	1
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	520	100	515	100	509	100	5	1
Bilanzsumme	520	100	515	100	509	100	5	1

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	21	21	12
sonstige betriebliche Aufwendungen	13	11	5
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	4	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13	14	11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	13	14	11
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	6	5
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7	8	6

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	2,53	2,73	2,18	%
Cash-Flow:	13	14	11	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	66,13	66,77	67,62	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Ackerfläche	468.950,50	468.950,50	468.950,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m ²

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Große Nicolaistraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	6.533

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Direktor:		Birnbaum, Clemens
Kuratorium:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Dorgerloh, Stephan
		Dr. Bergner, Annegret
		Ehrmann, Siegmund
		Froboese, Klaus
		Möller, Johann Michael
		Prof. Neven DuMont, Alfred
		Quäschning, Bettina

Fachbeirat:

Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang
stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff
	Kaiser, Angela
	Köhler, Axel
	Prof. Dr. Fontana, Eszter
	Prof. Dr. Ruf, Wolfgang
	Prof. Schirmer, Ragna
	Quäschning, Bettina
	Voß, Stefan
Ehrenmitglied	Bartoli, Cecilia

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Ausstehende Einlagen	7.429	40	8.440	43	10.496	49	-1.011	-12
Anlagevermögen	8.583	45	8.548	43	8.667	40	35	0
Umlaufvermögen	2.786	15	2.765	14	2.377	11	21	1
Bilanzsumme	18.798	100	19.753	100	21.540	100	-955	-5
Passiva								
Eigenkapital	17.861	95	18.719	95	20.873	97	-858	-5
Rückstellungen	590	3	675	3	363	2	-85	-13
Verbindlichkeiten	62	0	61	0	54	0	1	2
Rechnungsabgrenzungsposten	285	2	298	2	250	1	-13	-4
Bilanzsumme	18.798	100	19.753	100	21.540	100	-955	-5

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	104	78	89
sonstige betriebliche Erträge	1.176	221	786
Materialaufwand			0
Personalaufwand	1.149	1.165	1.210
Abschreibungen	197	189	186
Zuschüsse Gesellschafter	2.545	2.759	3.097
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.355	1.793	2.531
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	124	-89	45
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	124	-89	45
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	124	-89	45

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	119,50	-114,43	50,61	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,70	-0,47	0,22	%
Cash-Flow:	321	100	231	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	67	16	36	T€
Personalaufwandsquote:	89,77	389,31	138,28	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	45,59	43,21	40,16	%
Eigenkapitalquote:	95,02	94,77	96,91	%
Fremdkapitalquote:	4,98	5,23	3,09	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Bericht Jahresabschluss 2014

(aus dem Tätigkeitsbericht des Direktors der Stiftung Händel-Haus)

Der Jahresabschluss 2014 wurde gemäß § 16 Satz 3 der Satzung vom Direktor unter Einbeziehung eines Steuerberaters (Steuerbüro Scholz & Carell, Herr Detlef Carell) erstellt. Auf Grundlage eines Beschlusses des Kuratoriums auf seiner Sitzung am 4. September 2012 (s. Protokoll TOP 6, Beschluss Nr. 2) wurde eine Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer nicht vorgenommen.

Der vorliegende Jahresabschluss der gemeinnützigen Stiftung dient dem Nachweis, dass ihre tatsächliche Geschäftsführung auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung des steuerbegünstigten Stiftungszwecks gerichtet ist gemäß § 63 AO. Dabei kamen handelsrechtliche Vorgaben zur Geltung unter Beachtung der grundsätzlichen Vorschriften der Abgabenordnung für die ordnungsgemäße Buchführung im Sinne der §§ 145, 146, 147 AO und der Gemeinnützigkeit im Sinne des § 52 AO.

Aktiva

Das Aktivvermögen der Stiftung beträgt zum 31.12.2014 € 18,8 Mill. Dies setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Ansprüchen auf Einzahlungen in das Stiftungskapital der Stadt Halle (Saale) in Höhe von € 5,9 Mill. und des Landes Sachsen-Anhalt in Höhe von € 1,5 Mill. sowie dem laut Satzung nicht veräußerbaren Kunstgut der Stiftung in Höhe von € 6,5 Mill. Der Aufwuchs bei den Kunstgütern Musikinstrumente (#190) von über € 25 T hängt im wesentlichen zusammen mit einer Notenrollensammlung mit 540 Rollen zur Abspielung auf unterschiedlichen Musikinstrumenten, die sich bereits bei Stiftungsgründung im Haus befanden, nun aber erstmals erfasst, bewertet und der Musikinstrumentensammlung als Kunstgut zugeordnet wurden (s. hierzu auch Punkt 8 des Berichts „Nennenswerte Neuerwerbungen“). Dies wurde gleichzeitig im Grundstockvermögen berücksichtigt (# 1100).

Das Anlagevermögen verzeichnet als Sachanlagen die Gebäude, die 2009 erstellte Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ und die damit in Zusammenhang stehende Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes, die Bauleistungen von Dach und Fassade des Händel-Hauses, die Hofgestaltung, die 2012 neu entstandene Dauerausstellung im W.F.Bach-Haus sowie das vom Kuratorium beschlossene Projekt zur Errichtung eines Klangstudios als museumspädagogischen Bereich in der Ausstellung des Händel-Hauses. Im besonderen Maße wurden im Jahr 2014 Bauleistungen im Klangstudio erbracht. Diese wurden über eine Rücklage finanziert.

Weiteres Vermögen weist die Stiftung in der Büro- und Werkstatttechnik sowie in der EDV-Software auf. Investiert wurde nach der letzten Kuratoriumssitzung im 4. Quartal 2014 auf Basis des dort gefassten Beschlusses, sämtliche Rücklagenprojekte fortzuführen, in eine neue Telefonanlage (€ 18 T unter Büroeinrichtungen DV, # 420) sowie in eine neue Steuerungsanlage für die Bühnenpodeste (€ 40 T unter Werkzeug- und Maschinenpark, # 440) und neue Luftbefeuchter (€ 8 T unter Werkzeug- und Maschinenpark, # 440). Als neue Position wurden erstmals die Gebrauchsmusikinstrumente der Stiftung in der Bilanz berücksichtigt (#422), die sich bereits bei Stiftungsgründung im Haus befanden. Dabei handelt es sich um diejenigen Instrumente, die nicht dem Kunstgut zuzuordnen, sondern im Spielgebrauch sind (z.B. Flügel oder Cembali-Nachbauten bzw. die an das Händel-Festspielorchester kostenlos verliehenen Instrumente). Es handelt sich insgesamt um 112 Instrumente sowie Instrumententeile, die wertmäßig sehr unterschiedlich einzuschätzen sind. Diese Instrumente werden nach und nach abgeschrieben (Gegenkonto: # 2040 „Sonstige Einnahmen“). Weitere Informationen hierüber befinden sich im vorliegenden Bericht unter Punkt 8 „Nennenswerte Neuerwerbungen“ bzw. die Leihgaben an das Händel-Festspielorchester betreffend unter Punkt 7 „Leihgaben“ und der dazugehörenden Anlage 1.

Der Investitionsbedarf im Jahr 2014 für den Erwerb neuer Lizenzen in EDV-Software erhöhte sich geringfügig um € 1.500 (#27: € 13 T).

Die Forderungen in Höhe von unter € 1 T (#650) hängen mit der Abgrenzung zum 31.12.2014 zusammen.

Zusätzlich zu den liquiden Finanzmitteln der Stiftung in Höhe von € 2,5 Mill. kommen Wertpapieranlagen in Höhe von € 181 T. Die liquiden Mittel haben sich somit nur unwesentlich verändert. Aufgrund des bis zur letzten Kuratoriumssitzung am 30.09.2014 gültigen Beschlusses, eine größtmögliche Liquidität zur Deckung möglicher Folgekosten der abgesagten Händel-Festspiele 2013 zu gewährleisten, wurde bis zum Zeitpunkt der oben genannten Kuratoriumssitzung nur begrenzt in beschlossene Rücklagen- und allgemeine Bauprojekte investiert.

Bei den Wertpapieren in mündelsicheren Anlagen sei darauf verwiesen, dass bei der derzeitigen Verzinsung das Kapital nominal erhalten bleibt, aber real an Wert verliert. Deshalb sollte in der Stiftung eine andere Form der Anlagestrategie diskutiert werden.

Passiva

Die Finanzierungsquelle des Vermögens setzt sich vorrangig aus Eigenkapital zusammen. Das Grundstockvermögen (nicht veräußerbare Kunstgüter) steigt an um rund € 47 T, vor allem aufgrund der Ersterfassung der Notenrollensammlung (s.o.), aber auch durch Neuerwerbungen von Kunstgütern (Kauf oder Schenkungen). Die Ergebnisrücklagen wurden mit den Jahresabschlüssen vom Kuratorium beschlossen. Ein Zwischenbericht derjenigen vom Kuratorium beschlossenen Projekte, die aus den Rücklagen der Vorjahre finanziert werden, befindet sich weiter unten. Eine Thesauierungsrücklage kann eine Stiftung nur im Jahr ihrer Errichtung und in den zwei Folgejahren bilden. Aus diesem Grunde können im Jahr 2014 keine weiteren Mittel der Thesauierungsrücklage zugeführt werden. Insgesamt ist zu konstatieren, dass € 2,1 Mill. aus der Ergebnisrücklage bereits verwendet wurden. Dabei floss ein Großteil der Mittel in die Investition der Gebäude und Ausstellung.

Die satzungsmäßige Rücklage reduziert sich planmäßig um die jährlichen, vertraglich fixierten Zahlungen der Stadt Halle (Saale) und des Landes Sachsen-Anhalt in das Stiftungsvermögen auf unter € 8 Mill.

Die Rückstellungen in Höhe von € 590 T (#1220) betreffen einerseits Rückstellungen aus den Vorjahren wie die Fortführung der notwendigen Sanierung der Elektroanlage im Verwaltungsgebäude (€ 7.000), das Forschungsprojekt zur Dekontaminierung der Musikinstrumente mit Holzschutzmitteln in Höhe der zweckgebundenen Spende der Dow Olefinverbund GmbH (€ 50.000), mögliche Rückzahlungen und Einnahmeausfälle bei Absage der Openair-Veranstaltungen in der Galgenbergschlucht (€ 150.000), die Altersteilzeitregelung eines Mitarbeiters der Stiftung (€ 17.361), Investition in die Umstellung der Ausstellungsbeleuchtung von herkömmlichen Leuchtmitteln auf LED-Beleuchtung (€ 20.000), in eine ergänzende Investitionsleistung in Zusammenhang mit der Erneuerung der Steuerungsanlage für die Hebebühne im Konzertsaal (€ 6.000) sowie die Investition in neue Luftbefeuchter für den Ausstellungsbereich (€ 2.435), für die Digitalisierung der Tasteninstrumente (€ 5.000) sowie die lt. TVöD einbehaltenen Leistungsentgelte (€ 23.773). Die Rückstellungen für die Altersteilzeit eines Mitarbeiters wurden gemäß der Auskunft vom Personalservice der Stadt Halle angepasst. Bei folgenden Rückstellungen bzgl. Ausfallkosten der Händel-Festspiele 2013 wurden ca. 1/3 des jeweiligen Betrages aufgelöst, da sich die Wahrscheinlichkeit einer möglichen Forderung bzw. Inanspruchnahme 18 Monate nach Absage der Festspiele verringert hat: Rückstellung einer von der Stiftung Händel-Haus zurückgewiesenen Forderung durch die Theater, Oper und Orchester Halle GmbH, Rückstellung für Kosten bei möglichen Rechtsstreitigkeiten sowie Rückstellung von Kartenwerten nicht zurückgegebener Tickets Händel-Festspiele 2013. Die Rückforderung seitens der Lotto-Toto GmbH wurde 2014 geklärt, so dass ein Betrag in Höhe von € 18.619 aufgelöst werden konnte und keine Rückstellung mehr gebildet werden muss. Neu eingestellt wurden in den Rückstellungen Kosten für den Jahresabschluss durch den Steuerberater (€ 2.500), mögliche Personalkosten im Rahmen einer Elternzeitvertretung einer Mitarbeiterin, falls diese von ihrem gesetzlich verbürgten Anspruch auf Rückkehr Gebrauch macht (€ 95.400) sowie Bauleistungen mit Umsetzung im Jahr 2015, um die kapillar aufsteigende Bodenfeuchtigkeit im romanischen Gewölbe im Rahmen einer chemischen Abdichtung zu verhindern (€ 56.000). (Weitere Information s. Tabelle „Rückstellung 2014“ als Anlage 3).

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen (#1340) handelt es sich größtenteils um Rechnungen von Handwerksfirmen im Rahmen von Baumaßnahmen mit Abgrenzung zum 31.12.2014. Diese wurden mittlerweile von der Stiftung bezahlt.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vorgeschriebene Abgaben (Lohnnebenkosten) für den Dezember 2014, die aber erst im Januar 2015 fällig und dann auch angewiesen wurden.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten (#1990) enthält Einnahmen für die Händel-Festspiele 2015, die die Stiftung bereits im Jahr 2014 erhalten hat.

Einnahmeüberschussrechnung

Neben Einnahmen im Rahmen des Stiftungsgeschäfts durch die Stadt Halle (Saale) und durch das Land Sachsen-Anhalt (Händel-Festspiele) konnten Spenden und Fördermittel in Höhe von € 239 T eingeworben werden. Die Fördermittel fallen niedriger aus als im Jahr 2013, weil das vom Bund geförderte Forschungsprojekt „Grundlagenforschung zur Rezeption Händels in den Diktaturen Deutschlands“ am Ende des 3. Quartals 2013 auslief und bis dahin gefördert wurde.

Der Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt ist auf das Projekt „Händel-Festspiele“ zweckgebunden. Der Zuschuss des Landes belief sich vertragsgemäß im Jahr 2014 wieder auf € 511.300; im Jahr 2013 wurde dieser reduziert auf € 383.475, weil nur der Fehlbedarf an den tatsächlich angefallenen Kosten der abgesagten Händel-Festspiele 2013 finanziert wurde.

Unter den nicht steuerbaren Einnahmen fällt der Eintrittserlös für die Händel-Festspiele deutlich höher aus als im Jahr 2013 (# 2010). Grund hierfür ist die Absage der Händel-Festspiele 2013. Unter #2010 sind auch die Einnahmen der „Händel im Herbst“-Tage 2014 gebucht (659.336,98 € Händel-Festspiele; 23.066,64 €). Im Vergleich zu 2012 und den Vorjahren ist eine erhebliche Mehreinnahme bei den Händel-Festspielen zu konstatieren. Auf weitgehend konstantem Niveau bleiben die Einnahmen bei den Eintrittsgeldern Museum (#2015) und Konzerten (#2016, außer der Händel-Festspiele und „Händel im Herbst“). Die Erlöse im ideellen Bereich (#2020) von Verkäufen aus dem Museumsshop konnten geringfügig gesteigert werden. Der Betrag aus der Auflösung aus Rückstellungen ist der Tabelle „Rückstellung 2014“ der Anlage 3 zu entnehmen (näheres zu den Rückstellungen, s. weiter oben). In der sonstigen Einnahme (#2040) werden die erstmals in der Bilanz erfassten Gebrauchsmusikinstrumente der Stiftung berücksichtigt, die sich bereits bei Stiftungsgründung im Haus befanden (#422, s. oben)

Die Personalkosten der Stiftung Händel-Haus stiegen im Jahr 2014 im Wesentlichen auf der Basis tarifrechtlicher Steigerungen im Rahmen des TVöD. Dennoch sind die Personalkosten niedriger als im Jahr 2013, weil die Mitarbeiter des Rezeptionsforschungsprojektes, die im Rahmen des WissZeitVG angestellt waren, bis Oktober 2013 ein Beschäftigungsverhältnis bei der Stiftung hatten und im Jahr 2014 nicht mehr beschäftigt waren. In den sonstigen Personalkosten (#2557) sind die Leistungsentgelte enthalten gemäß § 18 TVöD für MitarbeiterInnen der Stiftung Händel-Haus, die im Rahmen des Betriebsübergangs nach BGB § 613 als Angestellte der Stadt (Halle) zur Stiftung Händel-Haus wechselten. Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird von der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vorgenommen.

Bei den Ausfallkosten der Händel-Festspiele 2013 (#2525 bis #2529) werden jeweils 1/3 der ungeklärten Rückstellungen aufgelöst und in den entsprechenden Konten gebucht. Die Ausfallkosten Openair 2013 (#2525) konnten bereits im Geschäftsjahr 2013 final geklärt werden; es gab im Jahr 2014 keine Rückstellung, die aufgelöst werden musste. Im Jahr 2014 verringerte sich die ursprüngliche Forderung von Lotto-Toto Sachsen-Anhalt zur Rückzahlung von Fördermitteln in Höhe von 60.000 € auf 41.381 €. Der Restbetrag in Höhe von 18.619 € wird aufgelöst.

Die übrigen Ausgaben (#2510ff) sind in vielen Kostenstellen höher als im Jahr 2013. Dies hängt größtenteils direkt oder indirekt mit der Absage der Händel-Festspiele 2013 zusammen. Ein direkter Zusammenhang besteht bei den Sachausgaben eigener Veranstaltungen (#2530), bei den Honoraren für selbstständige Künstler (#2550) sowie bei Honorar und Umsatzsteuer von Steuerausländern (#2930).

In Bauleistungen (Werterhaltung Gebäude #2667 und Reparaturen Gebäude #2680) wurde mehr investiert als im Jahr 2013. Trotzdem wurden aufgrund des Kuratoriumsbeschlusses, Investitionen auf das notwendige Minimum zu reduzieren, um eine größtmögliche Liquidität zur Begleichung möglicher Ausfallkosten zu haben, eher zurückhaltend Baumaßnahmen beauftragt. Die Bau-Aktivitäten wurden angeschoben im 4. Quartal 2014, nachdem das Kuratorium seinen ursprünglichen Beschluss aufhob.

Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit sind geringer ausgefallen als 2013 (#2540). Die höheren Kosten der Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2013 hängen einerseits mit den Kosten eines Relaunch der Homepage zusammen, das aus einer vom Kuratorium beschlossenen Ergebnissrücklage finanziert wurde, sowie mit Zusatzkosten für die Bewerbung der „Händel im Herbst“-Tage 2013, die im Vorfeld nicht geplant war.

Zum Überschuss im ideellen Bereich in Höhe von € 70 T kommen Gewinne in der Vermögensverwaltung (€ 15 T) und im Zweckbetrieb (€ 38 T) gegenüber.

Auch wenn Erträge aus Zinsen und Wertpapieren (#4050) erwirtschaftet wurden, sollte die Anlagestrategie im Kuratorium diskutiert werden. Zurzeit erfolgen alle Anlagen mündelsicher.

Die langfristigen Mieteinnahmen beliefen sich laut Verträgen mit der Gastronomie (#4041) auf € 11 T und sind gestiegen.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb weist kaum einen Gewinn auf. Hierzu sei folgendes erläutert: In einer im Jahr 2013 durchgeführten Betriebsprüfung durch das Finanzamt Halle über die Jahre 2009 - 2011 wurde zugestanden, dass anteilige Kosten aus dem ideellen Bereich (#2761 und #2762) als Ausgaben für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (#8343 und #8344) zu berücksichtigen sind. Diese betragen im Jahr 2014 rd. € 31 T. Aus wirtschaftlicher und auch aus Sicht der Finanzverwaltung zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit ist der Ertrag im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2014 positiv. Ein professionell geführter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, wie er von der Stiftung Händel-Haus betrieben wird, ist für eine gemeinnützige Stiftung eine gute Möglichkeit zur Beschaffung notwendiger zusätzlicher Einnahmen zur Erfüllung ihrer Zwecke.

Ergebnis

Zusammengenommen weist die Stiftung Händel-Haus für das Jahr 2014 als Stiftungsergebnis einen Überschuss in Höhe von € 123.700,61 auf. Der Überschuss hängt im wesentlichen damit zusammen, dass aufgrund des Ausfalls der Händel-Festspiele 2013 bis zum 30.09.2014 (Sitzung des Kuratoriums) Investitionsmaßnahmen zurückgehalten wurden. Die Liquidität ist zum Ende des Jahres 2014 gegeben.

Auf der Kuratoriumssitzung am 30.09.2014 wurde beschlossen, dass diejenigen Projekte, die vom Kuratorium beschlossen wurden und aus Rücklagen im ideellen Bereich finanziert werden, in Form einer Liste dargestellt werden. Zur Liste sei angemerkt, dass aufgrund der Absage der Händel-Festspiele 2013 und dem damit in Zusammenhang stehenden, erhöhten Liquiditätsbedarf mit einigen Projekten noch nicht begonnen wurde. Dies betrifft vor allem das Projekt Nr. 15 Nachbau des Ruckers-Cembalo. (weitere Informationen s. Anlage 4 „Übersicht 2014 der vom Kuratorium beschlossenen Projekte, die aus Rücklagen im ideellen Bereich finanziert werden“). In der Vergangenheit beschloss das Kuratorium stets, dass die jeweils genannten Beträge der beschlossenen Projekte nicht mit Beträgen festgeschrieben werden, sondern dass die Finanzierungsbeiträge für die beschlossenen Projekte untereinander variabel gestaltet werden können.

Ergebnisverwendung 2014

Gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus schlägt der Direktor auf der Grundlage der neuen gesetzlichen Regelung von § 62 AO folgende **Verwendung des Jahresüberschusses** in Höhe von € 123.700,61 vor: Den jeweiligen Maximalbetrag von 10 % aus dem Überschuss im ideellen Bereich (€ 6.954,65), dem Zweckbetrieb (€ 3.839,21) und dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (€ 36,88) sowie 30% aus der Vermögensverwaltung (€ 4.617,99) sollen in die freie Rücklagen i.S.v. § 62 Abs.1 Nr.3 AO eingestellt werden (Gesamtbetrag freie Rücklage: € 15.448,73). Zur Wiederbeschaffung von Wirtschaftsgütern sollen in die Rücklage i.S. des § 62 Abs.1 Nr.2 AO € 15.000,- eingestellt werden. Der Restbetrag von € 93.251,88 sollen der Rücklage für satzungsmäßige Zwecke i.S. des § 62 Abs.1 Nr.1 AO zugeordnet werden.

Freie Rücklage	§ 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	15.448,73 €
Rücklage zur Wiederbeschaffung von Wirtschaftsgütern	§ 62 Abs. 1 Nr. 2 AO	15.000,00€
Rücklage für satzungsmäßige Zwecke	§ 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	93.251,88€
Gesamt:		123.700,61€

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Stiska, Rolf	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Range, Stefan	
		Dr. Brock, Inés	(seit 16.07.2014)
		Dr. Hirschinger, Frank	(seit 01.03.2014)
		Dr. Wend, Detlef	(seit 16.07.2014)
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Ewert, Gertrud	(bis 16.07.2014)

Aufsichtsrat:	Heinemann, Jens	(bis 28.02.2014)
	Poldrack, Stefan	(seit 01.03.2014)
	Schramm, Rudenz	
	Stromberg, Kay	(bis 28.02.2014)
	Wolff, Sabine	(bis 16.07.2014)

	31.07.2014	31.07.2013	31.07.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	2	2

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	27.266	83	27.657	85	29.972	91	-391	-1
Umlaufvermögen	5.537	17	4.557	14	2.875	8	980	22
Rechnungsabgrenzungsposten	196	0	219	1	189	1	-23	-11

Bilanzsumme	32.999	100	32.433	100	33.036	100	566	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25.763	78	26.731	82	28.186	85	-968	-4
Sonderposten aus Zuschüssen und des Zuwendungen zur Finanzierung Sachanlagevermögens	1.977	6	2.055	6	2.109	6	-78	-4
Rückstellungen	882	3	2.440	8	1.508	5	-1.558	-64
Verbindlichkeiten	1.368	4	1.040	3	931	3	328	32
Rechnungsabgrenzungsposten	3.009	9	167	1	302	1	2.842	1.702

Bilanzsumme	32.999	100	32.433	100	33.036	100	566	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.287	3.518	3.069
Zuschüsse Gesellschafter	30.938	32.600	33.225
sonstige betriebliche Erträge	1.119	599	881
Materialaufwand	3.695	3.567	4.072
Personalaufwand	28.267	28.641	28.555
Abschreibungen	1.417	1.474	1.641
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.933	2.859	2.847
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	3	20
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-960	179	80
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-16	32
sonstige Steuern	8	8	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-968	187	39
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-968	187	39

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-29,45	5,31	1,27	%
Eigenkapitalrentabilität:	-3,62	0,70	0,14	%
Cash-Flow:	449	1.661	1.680	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	9	9	8	T€
Personalaufwandsquote:	641,51	695,75	722,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2014	31.7.2013	31.7.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	82,48	85,13	90,55	%
Eigenkapitalquote:	78,07	82,42	85,32	%
Fremdkapitalquote:	21,93	17,58	14,68	%

ee) Leistungsdaten

	31.7.2014	31.7.2013	31.7.2012	Angaben in
Besucher	299.608,00	268.581,00	278.622,00	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.680,00	1.770,00	1.974,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Gründung und Entwicklung

Am 25. Juni 2008 beschloss der Stadtrat mit sofortiger Wirkung die Gründung eines Mehrspartenhauses in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH mit einem Stammkapital von 25.000 Euro unter der Firma „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“, in die Kultureinrichtungen Verbund Oper, Staatskapelle, Kulturinsel und Thalia Theater überführt werden sollten. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester.

Durch den Vertrag zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle vom April 2009 über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle war für den Zeitraum der Jahre von 2009 bis 2012 eine gesicherte finanzielle Grundlage für die künstlerische und wirtschaftliche Arbeit der Bühnen von Halle gegeben.

Die Gründung der GmbH war mit der Zielstellung verbunden, die kulturellen und künstlerischen Leistungen der Theater und der Staatskapelle auf hohem Niveau bei Senkung der Aufwendungen zu erhalten.

Der Theaterfördervertrag sah dementsprechend eine planmäßige Senkung der Zuschüsse für die GmbH von 37,7 Mio. Euro im Jahre 2009 auf 32,5 Mio. Euro im Jahre 2012 vor.

Im Jahre 2012 ist der Fördervertrag für das Jahr 2013 mit Zuschüssen in Höhe des Jahres 2012 fortgeschrieben worden.

Seit der GmbH-Gründung verringerten sich im Zeitraum 2009 bis 2013 die Zuschüsse um insgesamt 5 Mio. Euro. Außerdem wurden in diesem Zeitraum von der GmbH etwa 3 Mio. Euro Mehrkosten aus Tarifierhöhungen aufgefangen. Insgesamt betragen damit in diesem Zeitraum die Einsparungen mehr als 8. Mio. Euro.

Als entscheidender Weg dazu dienten Personalabbau und Absenkung der Vergütung auf Basis von Haustarifverträgen. Von 2009 bis 2014 sind 96 Stellen abgebaut worden. Außerdem wurden durch Haustarifverträge die Kosten von 55 Vollzeitstellen eingespart.

Die eigenen Erlöse sind durch die Erhöhung der Besucherzahlen sowie die kontinuierliche Anhebung der Eintrittspreise gestiegen.

Die Bewältigung der enormen wirtschaftlichen Herausforderungen war aber auch mit Substanzverlusten verbunden. Das Arbeitsvermögen der Bühnen verringerte sich durch Personalabbau und Vergütungsverzicht gegen Freizeitausgleich. Die Spielstätte des Thalia Theaters musste aufgegeben werden. Es spricht für den Leistungswillen der Beschäftigten und den Zuwachs an Effizienz, dass dies nicht zu einer Schmälerung der Angebote und zu künstlerischen Leistungseinbußen führte.

Nach fast fünfjähriger Zusammenarbeit in der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle präsentierten sich alle 5 Sparten der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle mit dem Abschluss des Geschäftsjahres 2012/2013 auf einem hohen Leistungsstand, die Arbeit fand zunehmende Akzeptanz und Anerkennung weit über den Standort Halle hinaus, die Besucherzahlen waren gestiegen.

In einem engen wirtschaftlichen Korsett, aber künstlerisch erfolgreich, so sollte es weitergehen. In diesem Sinne hatte die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat im April 2013 den Entwurf des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2013/2014 vorgelegt.

Dieser Entwurf sah ausgehend von den Zuschussgrößen der Jahre 2012 und 2013 eine Dynamisierung des Zuschusses zur Finanzierung der Tarifierhöhungen ab 01. Januar 2014 vor. Dies stand in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Kulturkonvents von Sachsen-Anhalt.

Im Widerspruch dazu kündigte der Kultusminister am 12. Juni 2013 in einem Gespräch mit den Trägern der Theater und Orchester in Sachsen-Anhalt die Absicht der Landesregierung an, den Zuschuss für die Bühnen Halle im Zeitraum 2014 bis 2018 auf 9.053.600 Euro festzusetzen. In den letzten Jahren bis einschließlich 2013 beliefen sich die jährlichen Landeszuschüsse auf 11.902.400 Euro. Damit sollen die jährlichen Zuwendungen des Landes um 2.848.800 Euro sinken. Im Geschäftsjahr 2013/2014 würde sich die Kürzung anteilig für 7 Monate des Jahres 2014 mit 1.661.800 Euro auswirken.

Der Oberbürgermeister erklärte in diesem Zusammenhang, dass der städtische Zuschuss für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle in der Höhe der Jahre 2012 und 2013 – jährlich 20.697.600 Euro – in den kommenden Jahren unverändert beibehalten werden soll.

Ohne Berücksichtigung der angedrohten Kürzung der Landesmittel beschloss der Stadtrat am 17. Januar 2014 den überarbeiteten Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für 2013/2014 mit einem Zuschuss von 32.600.000 Euro, der gleichen Höhe wie im Geschäftsjahr zuvor.

Gleichwohl schwebte über der GmbH weiterhin das Kürzungsschwert der Landesregierung.

Die Geschäftsführung sah auch bei der Umsetzung der angedrohten Zuschusssenkung für das Geschäftsjahr 2013/2014 keine Gefährdung der Zahlungsfähigkeit aufgrund der vorhandenen Liquidität. Allerdings, so war einzuschätzen, würde sich die wirtschaftliche Situation im Geschäftsjahr 2014/2015 durch die Rückkehr zu den Flächentarifen im NV-Bühne und im TVöD, durch Tarifierhöhungen sowie durch die Kürzung der Zuschüsse so verschärfen, dass die Liquidität der Gesellschaft dann nicht mehr gewährleistet wäre.

Die Stadt Halle war als Träger der Gesellschaft vom Land aufgefordert worden, als Voraussetzung für den Abschluss eines neuen Fördervertrages ein Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept zu erarbeiten. Dies ist erfolgt.

Am 24. Juli 2014 unterzeichneten der Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt und der Oberbürgermeister der Stadt Halle den neuen Vertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle.

Dieser Vertrag sieht im Zeitraum von 2014 bis 2018 jährliche Landeszuwendungen von 9.053.600 Euro und städtische Zuschüsse von 20.698.000 Euro vor. Außerdem beteiligt sich das Land finanziell an Strukturanpassungsmaßnahmen sowie ab 2016 an der Dynamisierung der Personalkosten.

Mit der Unterzeichnung des Fördervertrages ist auch die anteilige Kürzung der Landesmittel für die Monate Januar bis Juli 2014 im Geschäftsjahr 2013/2014 Wirklichkeit geworden.

2. Leistungsentwicklung

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle sah für das Geschäftsjahr 2013/2014 wiederum ein sehr umfassendes Leistungsangebot vor.

Mit 35 Neuinszenierungen und einer Vielzahl von Stückübernahmen aus vorangegangenen Spielzeiten auf den Bühnen sowie einem gewohnt reichen Konzertangebot sollten in 1.680 Vorstellungen, Konzerten und Veranstaltungen 299.608 Besucher erreicht werden.

Die Zahl der geplanten Neuproduktionen entsprach der Größenordnung des Vorjahres.

Die Planung der Vorstellungen und Besucherzahlen orientierte sich zum Zeitpunkt der Planaufstellung an den Ergebnissen der Vorjahre. Es wurde berücksichtigt, dass 2013/2014 wiederum eine Kinderstadt stattfindet.

Die geplanten Leistungen sind hinsichtlich der Inszenierungen sowie der Spiel- und Konzertangebote von Seiten der Bühnen voll erbracht worden. 1674 geplanten Vorstellungen, Konzerten und Veranstaltungen stehen im Ist 1680 gegenüber. Dabei hat sich allerdings die Struktur der Angebote verschoben. Während im Plan von den 1674 Veranstaltungen 530 auf theaterpädagogische und theaternahe Angebote entfielen, weist das Ergebnis nur 450 derartige Veranstaltungen aus. Das bedeutet, dass die Zahl der Vorstellungen, Konzerte und Gastspiele deutlich höher lag als es der Plan vorsah.

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle erreichte im Geschäftsjahr 2013/2014 eine Gesamtzahl von 299.608 Besuchern.

Im Vergleich der zurückliegenden Jahre ordnet sich diese Zahl wie folgt ein:

Besucher

2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14
---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

325.711	290.228	228.480	248.761	253.744	245.621	239.507	278.622	268.581	299.608
---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2013/2014 spricht im Vergleich zu den Vorjahren für sich. In den letzten 10 Jahren wurden nur 2004/2005 höhere Besucherzahlen erreicht, damals allerdings mit 2 großen Orchestern und mit den eigenständigen Spielstätten des Thalia Theaters.

Die Auslastung der Vorstellungen – ohne theaterpädagogische und theaternahe Veranstaltungen – lag 2013/2014 im Durchschnitt bei 78,2 %.

Von der Gesamtbesucherzahl des Jahres 2013/2014 entfielen 35.667 Personen auf theaterpädagogische und theaternahe Veranstaltungen. Im Vorjahr hatte diese Zahl 34.595 betragen.

Anzahl Vorstellungen / Konzerte

	Vorstellungen				Besucher			
	Ist	Ist	Plan	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist
	2011/12	2012/13	2013/14	2013/14	2011/12	2012/13	2013/14	2013/14
Opernhaus	497	408	453	383	94.798	93.444	85.050	88.484
davon Großes Haus	144	148	141	147	59.283	60.042	54.000	58.833
sonstige Spielstätten	109	98	80	68	9.401	5.898	6.000	5.192
Gastspiel/Vermiet. i. H.	22	12	14	9	7.580	5.190	9.550	7.020
Gastspiele außer Haus	26	23	18	17	12.931	15.955	9.000	8.348
theaterpäd./th.-nahe Verant.	196	127	200	142	5.603	6.359	6.500	9.091
neues Theater	552	460	463	409	55.240	55.527	55.500	65.765
davon Großer Saal	124	113	130	136	21.131	23.162	24.500	29.270
Kammertheater	91	91	100	82	6.057	8.965	7.500	8.950
Schaufenster	53	29	50	47	2.530	1.677	2.500	2.232
Hof	56	36	40	75	12.875	8.763	10.000	10.856
sonstige Spielstätten	56	16	20	15	4.232	2.541	2.000	3.363
Gastspiele/Vermiet. i. H.	56	58	20	15	5.291	4.657	5.000	3.361
Gastspiele außer Haus	6	2	3	0	731	237	1.500	0
theaterpäd./th.-nahe Verant.	110	115	100	39	2.393	5.525	2.500	7.733
Puppentheater	263	277	230	259	19.865	22.348	24.600	32.566
davon eigene Vorstell. i. Haus	144	155	145	181	10.894	12.062	11.600	14.825
Gastspiele/Vermietungen i. H.	26	7	25	1	2.371	596	2.000	99
Gastspiele außer Haus	30	27	25	23	5.069	5.581	10.000	3.554
sonstige Spielstätten	21	7	0	32	844	1.656	0	12.647
theaterpäd./th.-nahe Verant.	42	81	35	22	687	2.453	1.000	1.441
Thalia Theater Halle	393	270	260	287	42.764	24.773	34.500	40.196
davon Großer Saal Oper	86	20	40	24	13.790	7.118	12.000	10.752
nt Kammer	95	26	60	49	4.317	2.750	5.400	5.033
Gastspiele/Vermietungen i. H.	152	0	0	0	2.399	0	0	0
Gastspiele außer Haus	12	1	0	2	154	150	0	301
sonstige Spielstätten	2	148	110	168	21.096	12.540	16.100	22.972
theaterpäd./th.-nahe Verant.	46	75	50	44	1.008	2.215	1.000	1.138
Staatskapelle	197	200	193	212	62.581	59.530	61.800	67.377
davon Konzerte in Halle	87	82	88	91	42.367	42.328	42.000	45.237
Gastspiele	34	24	35	41	15.474	12.118	16.800	18.279
Vermietungen	1	0	0	-	20	0	0	-
sonstige Spielstätten	6	0	0	-	1.695	0	0	-
theaterpäd./th.-nahe Verant.	69	94	70	80	3.025	5.084	3.000	3.861
spartenüberg. Veranstaltg.	72	155	75	130	3.374	12.959	3.000	5.220
gesamt	1.974	1.770	1.674	1.680	278.622	268.581	264.450	299.608

Die **Oper Halle** erreichte in der Spielzeit 2013/2014 88.484 Besucher. Davon entfallen 58.833 Besucher auf eigene Inszenierungen des Musiktheater und des Balletts im großen Haus, 3.759 Besucher auf die kleinen Spielstätten Operncafé und Foyer sowie 1.433 Besucher auf die Moritzburg. Bei Gastspielen im Haus und Vermietungen des Opernhauses waren 7.020 Besucher zu verzeichnen und bei eigenen Gastspielen wurden 8.348 Besucher abgerechnet.

Im Vergleich zur vorangegangenen Spielzeit 2012/2013 liegt die Gesamtzahl der für die Sparte Oper ausgewiesenen Besucher 2013/2014 um 4.960 Personen niedriger. Der Rückgang erklärt sich hauptsächlich aus der Verringerung der Gastspieltätigkeit nach Auslaufen der Ring-Kooperation mit Ludwigshafen. Die Zahl der Besucher bei Gastspielen verringerte sich dadurch von 15.955 im Vorjahr auf 8.348 in der Saison 2013/2014. Dagegen wurden bei theaterpädagogischen und sonstigen Veranstaltungen Besucher hinzugewonnen.

Mit den eigenen Vorstellungen im Haus und auf Gastspielen erreichte die Oper eine durchschnittliche Auslastung von 65,3 %. Die durchschnittliche Auslastung der eigenen Vorstellungen im großen Saal betrug dabei 62,9 %. Dies betraf gleichermaßen die Vorstellungen des Musiktheaters wie des Balletts.

Im Laufe der Spielzeit erarbeitete die Oper 9 Neuinszenierungen, davon 7 Produktionen des Musiktheaters und 2 Ballettaufführungen. Die Spielzeit war dramaturgisch unter das Motto „Märchen, Mythen und Mysterien“ gestellt worden. Dementsprechend erfolgte die Stückauswahl. Leider konnten vor allem die Auftaktinszenierungen der Spielzeit – das Auftragswerk „Sky disc“ sowie die Wiederentdeckung „Schahrazade“ – das Publikum nicht ausreichend zum Besuch der Aufführungen animieren. Die Durchschnittsauslastung lag nur bei 27,5 % (Sky disc) bzw. 42,3 % (Schahrazade). Auch die „Zauberflöte“ – üblicherweise ein Publikumsrenner – erfüllte mit einer durchschnittlichen Auslastung von 76,1 % die Hoffnungen ebenso wenig wie die Aufführung des „Vampyr“ im Hofe der Moritzburg mit einer Auslastung von 47,8 %. Wirkliche Publikumserfolge stellten von den Neuinszenierungen neben der Händeloper „Arminio“ nur das Musical „Peter Pan“ im Musiktheater sowie das Ballett „Anna Karenina“ dar.

Außer den 7 Neuinszenierungen wurden im Musiktheater 11 Inszenierungen aus den Vorjahren wieder in den Spielplan des Opernhauses aufgenommen, darunter die 4 Ring-Werke. Die Aufführung des kompletten Rings stellte einen Höhepunkt der Spielzeit sowohl in künstlerischer Hinsicht als auch im Hinblick auf die überregionale Wirksamkeit des Hauses dar.

Im Ballett sind neben den 2 Neuinszenierungen 4 Werke aus den Vorjahren zur Aufführung gekommen. Die Ballettvorstellungen hatten einen Anteil von 31,5 % an der Gesamtauführungszahl im großen Saal des Opernhauses.

Im Musiktheater blieben leider auch die auf ein breites Publikum zielenden Übernahmen von Aufführungen aus den Vorjahren „Young Frankenstein“ und „Der Glöckner von Notre Dame“ weit unter den Erwartungen. Gleiches gilt für das Ballett, wo neben den vom Publikum sehr gut angenommenen Aufführungen „Nussknacker“, „Anna Karenina“ und der Ballett-Gala mit der Neuinszenierung „Die Zähmung der Widerspenstigen“ und den Übernahmen aus vorangegangenen Spielzeiten Vorstellungen standen, die zu wenige Zuschauer fanden.

Die erreichte Durchschnittsauslastung von knapp 63 % ist als wenig befriedigend anzusehen. Vor allem im Musiktheater sind die Ursachen an Defiziten bei der Stückwahl und der künstlerischen Umsetzung erkennbar.

Zugleich wird deutlich, dass mit einem künstlerisch anspruchsvolleren und für das Publikum wirksameren Spielplan die dringend erforderlichen Steigerungen in den Besucherzahlen und Erlösen des Opernhauses möglich sind. Die anderen Sparten der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle liefern dafür Beweise.

Die **Staatskapelle Halle** erreichte in der Saison 2013/2014 ihr bestes Ergebnis der letzten Jahre. Mit einem umfangreichen und vielfältigen Konzertangebot auf hohem künstlerischem Niveau sind die Aktivitäten des Orchesters erweitert und die Besucherzahlen sowohl in Halle wie auch auf auswärtigen Gastspielen erheblich gesteigert worden.

Insgesamt fanden in Halle 91 Konzerte statt. Das sind 3 mehr als in der Vorsaison. Die Konzerte in Halle sind von 45.237 Hörern besucht worden. Das waren nahezu 3.237 mehr als im Jahr zuvor. Außerhalb der Stadt Halle gab die Staatskapelle 41 Konzerte vor 18.279 Besuchern. Das ist 1 Konzert und über 1.479 Besucher mehr als in der Saison 2012/2013.

Die durchschnittliche Auslastung aller Konzerte lag 2013/2014 bei 78,4 %.

Zentraler künstlerischer Punkt sind die Abonnements-Sinfonie-Konzerte in der Händelhalle. Hier wurden 2013/2014 16.009 Besucher gezählt. Die durchschnittliche Auslastung betrug 80,0 %. Den Spitzenplatz in der Platzausnutzung verzeichnen weiterhin die Konzertreihen „Klassisches Erbe“ und „Pavillonkonzerte“ mit einer Durchschnittsauslastung von 85,9 %. Allerdings büßten diese Konzerte an Zuspruch ein. Im Vorjahr hatte die Auslastung noch 94,3 % betragen. Das ist eindeutig auf die Programmgestaltung zurückzuführen. Die Kammermusikreihen im Händelhaus erreichten eine Auslastung von 52,0 %. Im Vorjahr waren es 50,6 % gewesen.

Von den 41 Gastspielkonzerten der Staatskapelle entfielen 9 auf die Region Halle (Merseburg, Schkeuditz), 13 auf Schüler- und Jugendkonzerte in Sachsen-Anhalt sowie 19 auf Städte in andern deutschen Bundesländern.

Insgesamt fanden in Halle und anderen Orten Sachsen-Anhalts 18 spezielle Schüler- und Jugendkonzerte statt. Außerdem gab es unter dem Titel „Spielplatz Orchester“ 3 Konzerte in der Händelhalle vor 1.200 Schülern. Einen festen Platz in den Konzertangeboten nehmen daneben die Familienkonzerte ein. Hier wurden in 5 Konzerten 1.823 Besucher erreicht. Daran ist ersichtlich, dass die Arbeit für Kinder und Jugendliche einen Schwerpunkt in den künstlerischen Angeboten der Staatskapelle bildet.

Das **neue theater** hat die 11 geplanten Neuinszenierungen der Spielzeit allesamt termingerecht und erfolgreich zur Premiere gebracht. Obwohl damit die Leistungsgrenzen im Arbeitsvermögen der technischen Abteilungen erreicht worden sind, wurden unter Minimierung des gewerklichen Aufwandes noch 3 zusätzliche Inszenierungen im Schaufenster erarbeitet. Außerdem kamen 2 Produktionen der Theaterjugendklubs zur Aufführung. Der Schwerpunkt der Neuinszenierungen lag auf Produktionen im großen Saal des neuen theaters. „Der Vorname“, „Tartuffe“, „Die Ratten“, „Einer flog über das Kuckucksnest“, „Warten auf Godot“ sowie „Im weißen Rössl“ erlebten hier ihre Premieren, überzeugten die Fachkritik und das Publikum. Die 57 Vorstellungen der Neuinszenierungen im großen Saal erreichten einen Durchschnittsauslastung von 84,8 %, wobei sich vor allen anderen „Warten auf Godot“ mit einer Auslastung von 99,6 % hervorhob.

In der Kammer fanden mit den Stücken „Jeder stirbt für sich allein“, „Die Räuber“ sowie „Happy Ending“ 3 Neuinszenierungen statt. In 27 Vorstellungen betrug die Auslastung 87,5 %. Neben „Warten auf Godot“ erwiesen sich von den Neuinszenierungen als Publikumsrenner die 15 Vorstellungen der Zusatzproduktion „Ewig jung“ im Schaufenster mit einer Auslastung von 99,5 %, vor allem aber die Hofinszenierung von „Rapunzel“, wo die Zahl der Plätze dem Bedarf angepasst wurde und die Statistik eine Auslastung von 124 % ausweist.

Neben den Neuproduktionen sind dem Publikum im neuen theater 2013/2014 15 Inszenierungen aus den Vorjahren angeboten worden

Insgesamt fanden 409 Vorstellungen und Veranstaltungen vor 65.765 Besuchern statt. Die Zahl der Besucher liegt um 10.238 Personen über dem Ergebnis des Vorjahres mit 55.527 Besuchern. Auf eigene Vorstellungen entfielen 54.151 Besucher. Hier waren es im Vorjahr 45.108 und 2011/2012 42.606 gewesen. Der Vergleich zu den Vorjahren zeigt neben dem Besucheranstieg verbesserte Auslastung und Effizienz.

	2011/12		Ø	2012/13		Ø	2013/14		Ø
	Vorstell.	Besucher	Bes. /Vorst.	Vorstell.	Besucher	Bes. /Vorst.	Vorstell.	Besucher	Bes. /Vorst.
Großer Saal	120	20.614	172	113	23.162	205	136	29.270	215
Kammer	88	5.727	65	91	8.965	99	82	8.950	109
Schaufenster	53	2.498	47	29	1.677	58	47	2.232	47
Hof	53	11.115	210	36	8.763	243	75	10.856	145
sonst. Spielst.	21	2.652	126	16	2.541	159	15	3.363	224
	335	42.606	127	285	45.108	158	355	54.671	154

Im Geschäftsjahr 2013/2014 erreichte die Durchschnittsauslastung 87,6 %, nachdem sie 2012/2013 bei 86,4 % und 2011/2012 bei nur 69,4 % gelegen hatte. Es war also ein in jeder Hinsicht erfolgreiches Jahr für das neue theater.

Die Arbeit des **Puppentheaters** stand 2013/2014 ganz im Zeichen seines 60. Geburtstages. Das Jubiläum unter dem Motto „Doppelgänger“ prägte die Spielzeit mit der Wiederaufführung legendärer früherer Inszenierungen wie „Tarzan“, mit der Inszenierung von Stückentwicklungen wie „Der seltsame Fall des Doktor E.T.A. Hoffmann“ sowie „1000 und eine Puppe“, mit einer Festwoche, die durch vielseitige Kooperationen mit Partnern in der Stadt Halle sowie überregionale Gastspiele beeindruckte sowie mit dem Beginn eines weiteren internationalen Großprojektes des Puppentheaters. Neben den 5 Neuinszenierungen sind dem Publikum 12 Stückübernahmen aus vergangenen Spielzeiten angeboten worden. 181 Vorstellungen in den Spielstätten Dock 1 und Dock 2 erreichten 14.825 Zuschauer. Das entspricht einer durchschnittlichen Auslastung von 95,6 %. Ganz oben in der Publikumsgunst stand wiederum die Inszenierung „Konzert für eine taube Seele“, wo die Nachfrage weiterhin weit über dem Angebot steht.

Insgesamt stieg die Besucherzahl des Puppentheaters von 19.865 im Geschäftsjahr 2011/2012 über 22.348 in der Spielzeit 2012/2013 auf nunmehr 32.566 im aktuellen Abrechnungszeitraum. Dieses beeindruckende Ergebnis ist vor allem durch das Wirken des Puppentheaters in den Einrichtungen der Kooperationspartner sowie Auftritte in anderen Spielstätten der Stadt im Zusammenhang mit den Jubiläumsveranstaltungen erreicht worden.

Die Sparte **Thalia Theater** hat ganz wesentlich zum außerordentlich guten Leistungsergebnis der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im Geschäftsjahr 2013/2014 beigetragen.

Die Spielplanung sah 6 Neuinszenierungen sowie den Thalia-Fasching und die Kinderstadt 2014 vor. Die geplante Stückzahl ist produziert worden, wobei anstelle des geplanten Werkes „Weißbrotmusik“ „Antigone“ zur Aufführung kam. Zehn Inszenierungen wurde aus dem Repertoire der vergangenen Spielzeiten übernommen.

Damit stand für alle Altersgruppen ein vielfältiges Spielplanangebot zur Verfügung, das in den Spielstätten Opernhaus, Kammer und Schaufenster des neuen theaters sowie den Sälen des Puppentheaters zur Aufführung kam. Komplettiert wurde das Angebot durch den Thalia-Fasching in der alten Spielstätte des Thalia Theaters, durch die Kinderstadt auf der Peißnitzinsel sowie die Walpurgisnacht auf der Burg Giebichenstein.

Insgesamt erreichte die Sparte Thalia Theater eine Zahl von 40.196 Besuchern. Das sind fast so viele wie 2011/2012, wo in der letzten Spielzeit des eigenen Hauses 42.764 Zuschauer gezählt worden waren. Gegenüber 2012/2013 stieg die Besucherzahl um 15.423 Personen. Die Steigung ist maßgeblich auf die Kinderstadt zurückzuführen, die es im Vorjahr nicht gab. Dort sind 11.381 Besucher gezählt worden. Darüber hinaus war es vor allem der grandiose Erfolg der Inszenierung „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“, der zur hohen Besucherzahl 2013/2014 beigetragen hat.

3. Ertragslage und personelle Entwicklung

Für das Geschäftsjahr vom 01. August 2013 bis 31. Juli 2014 sah der Wirtschaftsplan der GmbH **Umsatzerlöse** in Höhe von 2.700 T€ vor. Im Ergebnis des Geschäftsjahres sind Umsatzerlöse von 3.287 T€ mithin also Mehrerlöse von 587 T€ erwirtschaftet worden.

Trotz der hohen Mehrerlöse von 587 T€ gegenüber dem Plan liegt dieses Ergebnis um 231 T€ niedriger als das Ist des Vorjahres, wo 3.518 T€ erwirtschaftet worden waren. Der Erlösrückgang war bereits Planbestandteil. Im Plan 2013/2014 lagen die Umsatzerlöse um 300 T€ niedriger als im Plan 2012/2013. Das resultierte ausschließlich aus dem Wegfall der Gastspielerlöse des Opernhauses mit dem Kooperationsprojekt „Ring des Nibelungen. Im Geschäftsjahr 2012/2013 war allein aus der Kooperation mit Ludwigshafen ein Erlös von 770 T€ erzielt worden.

Mit den Mehrerlösen des Geschäftsjahres 2013/2014 ist ein Großteil der Ausfälle an Gastspieleinnahmen wettgemacht worden. Dieses sehr gute Ergebnis ist finanzielle Widerspiegelung der hervorragenden Besucherentwicklung sowie der Steigerung der Durchschnittseinnahmen je Besucher.

Detailliert betrachtet stellt sich die Entwicklung der Umsatzerlöse wie folgt dar:

	Ist 2011/2012	Ist 2012/2013 in €	Ist 2013/2014 in €
Einnahmen Kartenverkauf	2.095.306	2.186.423	2.524.097
Einnahmen aus Vermietungen/Gastspielen im Hal	89.272	96.251	99.213
Erlöse aus Gastspielen	789.393	1.148.225	540.563
Summe Erlöse aus dem Theaterbetrieb	2.973.971	3.430.899	3.163.873
Ticket- und Vorverkaufsgebühren	15.376	17.007	20.082
Programm- und Plakatverkauf	43.739	58.331	55.024
sonst. Theatereinnahmen	36.186	11.772	48.279
Sonstige Umsatzerlöse gesamt	95.301	87.109	123.385
Umsatzerlöse gesamt	3.069.272	3.518.008	3.287.258

Insgesamt erhöhten sich die Erlöse aus dem Kartenverkauf gegenüber dem Vorjahr um 358 T€. Die Erlöse aus den Gastspielen verringerten sich um 611 T€.

In den einzelnen Sparten entwickelten sich der Erlöse wie folgt:

	Ist 2012/2013	Plan 2013/2014	Ist 2013/2014
Erlöse aus Theaterbetrieb			
Oper	1.866.747	1.179.750	1.271.990
Staatkapelle	591.428	640.500	750.710
neues theater	616.941	515.000	663.379
Puppentheater	256.711	200.800	244.987
Thalia Theater	99.072	99.960	232.807
gesamt	3.430.899	2.636.010	3.163.873

In der **Oper** ist im Vergleich zum Vorjahr eine Verringerung der Erlöse um 595 T€ festzustellen. Hierbei handelt es sich um den Ausfall der Gastspielerlöse aus der Ring-Kooperation mit Ludwigshafen. Die Gastspieleinnahmen sanken von 854 T€ im Geschäftsjahr 2012/2013 auf nunmehr 184 T€. Dagegen stiegen die Einnahmen aus dem Kartenverkauf von 995 T€ auf 1.066 T€ leicht an. Bei nahezu gleichen Besucherzahlen drückt sich darin ein Anstieg der Durchschnittserlöse je Besucher als Folge der ab Beginn der Spielzeit 2013/2014 wirksam gewordenen Preisveränderungen.

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchschn. Einn. je Besucher in €
großer Saal	147	58.833	1.017.698	17,30
kleine Spielstätten	62	3.759	33.579	8,93
Vermietungen	9	7.020	22.170	-
Gastspiele	17	8.348	183.500	21,98
sonstige Spielstätten	6	1.433	15.043	10,50
theaterpädagogische Aktivitäten	142	9.091		-
gesamt	383	88.484	1.271.990	

Die durchschnittlichen Einnahmen je Besucher beliefen sich 2013/2014 im großen Saal der Oper auf 17,30 €. Im Vorjahr betragen sie 15,77 €.

Bei der **Staatskapelle** erhöhten sich die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr von 591 T€ um 160 T€ auf 751 T€. Dies ist vor allem auf eine höhere Zahl von Gastspielen zurückzuführen. Die Gastspielerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr 125 T€. Es wurde aber auch ein Anstieg der Erlöse bei den Konzerten in Halle durch die erhöhte Konzert- und Besucherzahl sowie durch höhere Durchschnittserlöse je Besucher erreicht.

Die durchschnittlichen Erlöse je Besucher aus den realisierten Konzerten in Halle betragen 2012/2013 9,74 €. In der Konzertsaison 2013/2014 beliefen sie sich auf 10,90 €.

Spielort	Konzerte	Besucher	Einnahmen in €	durchschn. Einn. je Besucher in €
Halle	91	45.237	493.210	10,90
Gastspiele	41	18.279	257.500	-
Sonstige	80	3.861	-	-
gesamt	212	67.377	750.710	

Im **neuen theater** stiegen die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr von 617 T€ um 46 T€ auf 663 T€ an. Der Plan von 515 T€ wurde um 148 T€ überboten.

Die Ist-Erlöse schlüsseln sich wie folgt auf:

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Großer Saal	136	29.270	346.093	11,82
Kammer	82	8.950	120.794	13,50
Schaufenster	47	2.232	27.448	12,30
Hof	75	10.856	53.519	4,93
sonst. Spielstätten	15	3.363	38.981	11,59
Vermietungen	15	3.361	76.544	
Gastspiele	-	-	-	
theaterpädagogische Aktivitäten	39	7.733		
gesamt	409	65.765	663.379	

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Durchschnittseinnahmen je Vorstellung und je Besucher in den Hauptspielstätten gestiegen. Infolge verbesserter Auslastung der Vorstellungen stiegen die Durchschnittseinnahmen je Vorstellung im großen Saal von 2.473 € im Vorjahr auf 2.545 € 2013/2014. In der Kammer stiegen die Durchschnittseinnahmen von 907 € auf 1.473 €. Die Durchschnittseinnahmen je Besucher verringerten sich im gleichen Zeitraum von 12,06 € auf 11,82 € im großen Saal. Grund hierfür sind die Einführung von Abonnements. In der Kammer stiegen die Durchschnittseinnahmen je Besucher von 9,21 € auf 13,50 €.

Im **Puppentheater** sanken die Erlöse gegenüber dem Vorjahr von 257 T€ auf 245 T€. Der Plan für 2013/2014 hatte 201 T€ vorgesehen.

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Dock 1/2	181	14.825	153.437	10,35
sonst. Spielstätten	32	12.647	13.551	1,07
Gastspiele/Vermietungen i. Haus	1	99	500	-
Gastspiele	23	3.554	77.498	-
Sonstige	22	1.441		-
gesamt	259	32.566	244.986	

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Einnahmen aus eigenen Vorstellungen im Hause von 157 T€ um 10 T€ auf 167 T€. Die Erlöse aus Gastspielen blieben konstant.

Im Zusammenhang mit dem Jubiläum des Puppentheaters konzentrierten sich die Aktivitäten stärker auf die Stadt Halle. Das drückte sich in erhöhten Vorstellungs- und Besucherzahlen im Hause aus als auch bei den zahlreichen Partnerveranstaltungen. Letztere führten im Regelfall zu Besuchern, aber nicht zu Einnahmen.

Für die Sparte **Thalia Theater** sind die Einnahmeergebnisse als außerordentlich positiv anzusehen. Mit einer Summe von 232.807 Euro liegt das Ist der Spielzeit 2013/2014 weit höher als die Resultate zu Zeiten des eigenen Hauses je gewesen waren. Das Planziel an Einnahmen in Höhe von 83.600,00 € wurde mit einem Ist von 232.807 € um 149.207 € überboten worden.

Das Ergebnis schlüsselt sich wie folgt auf:

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Saal Oper	24	10.572	99.933	9,45
Kammer nt	49	5.033	24.940	4,96
Dock	17	990	8.828	8,92
Schaufenster	81	3.671	20.490	5,58
Gastspiele	2	301	1.650	5,48
sonstige Spielstätten	43	6.930	40.523	5,85
Kinderstadt	27	11.381	36.444	-
theaterpädagogische Aktivitäten	44	1.318		-
gesamt	287	40.196	232.807	

Die vergleichsweise hohen Erlöse beruhen zu einem wesentlichen Teil aus der Bespielung der Oper mit „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“. Hier sind Erlöse von über 93 T€ erzielt worden, während die Bespielung der Oper im Vorjahr nur 26 T€ erbrachte.

Neben den Erlösen aus eigenen Umsätzen waren für das Geschäftsjahr 2013/2014 **sonstige betriebliche Erlöse** in Höhe von 550 T€ geplant. Davon entfielen 72 T€ auf Erträge aus Vermietungen von Wohngeschäftsräumen, 129 T€ auf Fördergelder und Spenden, 124 T€ auf Auflösung von Sonderposten und Sonstiges. Für Projekt waren Zuschüsse von 225 T€ vorgesehen.

Im Ergebnis des Geschäftsjahres steht bei sonstigen betrieblichen Erträgen ein Ist in Höhe von 1.119.167 €.

Diese Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	in €
Spenden und Fördergelder für Projekte	361.762
Spenden, Fördergelder	36.522
Erstattung Händelfestspiele	99.800
Mieten Wohnungen und Geschäftsräume	70.765
Werbung für Dritte/Anzeigen	18.005
Erlöse aus Verkauf Sachanlagen	22.500
Auflösung Sonderposten	77.312
Übrige Erträge	23.757
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	364.668
periodenfremde Erträge	44.077
	<u>1.119.167</u>

Der am 17. Januar 2014 vom Stadtrat beschlossene Wirtschaftsplan sieht für das Geschäftsjahr 2013/2014 einen **Zuschuss** von 32.600 T€ vor. In Übereinstimmung mit dem Wirtschaftsplan erhielt die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im Zeitraum August 2013 bis März 2014 monatlich anteilige Zuschusszahlungen. Aufgrund der angekündigten Kürzung des Landeszuschusses erfolgte durch die Stadt Halle ab April 2014 eine Verringerung der monatlichen Zahlungssumme.

Nach der Rechtsauffassung der Stadtverwaltung leitet sich der Zuschussanspruch der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle nicht aus dem beschlossenen Wirtschaftsplan, sondern dem zwischen der Stadt und Land abgeschlossenen Theaterfördervertrag ab. Auf dieser Basis ist für das Geschäftsjahr 2013/2014 von einem Gesamtzuschuss in Höhe von 30.938.400 € auszugehen. Die Zuschusssumme verringert sich damit gegenüber dem beschlossenen Plan um 1.661.400 €.

Die Ertragsentwicklung stellt sich im Plan-Ist-Vergleich somit wie folgt dar:

in €	Plan	Ist
Umsatzerlöse	2.700.000	3.287.258
sonstige betriebliche Erträge	550.000	1.119.168
Zwischensumme	<u>3.250.000</u>	<u>4.406.426</u>
Zuschuss	32.600.000	30.938.433
Zwischensumme	<u>35.850.000</u>	<u>35.344.859</u>
Zinsen	20.000	7.891
Gesamtsumme Erträge	<u><u>35.870.000</u></u>	<u><u>35.352.749</u></u>

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle hat mit diesem Einnahmeergergebnis den Zuschussausfall von 1.661.400 € bereits zu einem großen Teil aufgefangen.

Die **Aufwendungen** stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

	Wirtschaftsplan / €	Ist / €
Materialaufwand	3.750.000	3.694.778
davon bezogenes Material	825.000	867.219
davon bezogene Leistungen	2.925.000	2.827.559
Personalkosten	28.632.000	28.267.504
Abschreibungen	1.460.000	1.416.815
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.600.000	2.909.118
Zwischensumme	36.442.000	36.288.215
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20.000	0
sonstige Steuern	-	8.204
Zinsaufwendungen	-	332
periodenfremde Aufwendungen		4.160
Zuführung zur Einzelwertberichtigung		12.597
Forderungsverluste		2.714
Buchverluste aus Anlagenabgängen		2.537
Zuführung zur Pauschalwertberichtigung		1.944
Gesamtaufwendungen	36.462.000	36.320.702

Der Plan-Ist-Vergleich zeigt in der Gesamtsumme Minderaufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplan in Höhe von 141 T€. Die Minderaufwendungen zeigen sich im Plan-Ist-Vergleich bei Material-, den Personalaufwendungen und den Abschreibungen, während in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Mehraufwendungen vorliegen.

Im Einzelnen stellt sich die Kostenentwicklung wie folgt dar:

Materialaufwendungen	Ist in T€ 31.07.2013	Plan in € 2013/2014	Ist in € 31.07.2014
Neuinszenierungen	632	566.000	561.744
laufende Inszenierungskosten	157	139.000	165.178
Werkstätten	37	30.000	27.078
Ballettschuhe	13	14.000	12.773
Zwischensumme	839	749.000	766.773
zzgl. Projekte	12	76.000	100.447
bezogenes Material gesamt	851	825.000	867.220
Instrumentenreparatur/Stimmungen	214	141.000	154.642
Honorare inkl. Reisekosten und Übernachtung	1.619	2.050.000	1.692.081
Urhebergebühren/Notenleihe	302	327.940	415.673
Miete Spielstätten	140	152.807	152.496
Feuerwache	76	78.000	93.221
Gastspiele	333	125.330	98.117
Zwischensumme	2.684	2.875.077	2.606.230
zzgl. Projekte	32	49.923	221.330
bezogene Leistungen gesamt	2.716	2.925.000	2.827.560
Materialkosten gesamt	3.567	3.750.000	3.694.779

Die mit 3.750 T€ geplanten **Materialkosten** sind bei einem Ist von 3.695 T€ leicht unterschritten worden. Grundsätzlich ist die Kostenentwicklung durch eine Unterschreitung der Aufwendungen für Gäste-Honorare gekennzeichnet, weil die Honorare in dieser Position zwar voll geplant, aber soweit es sich um abhängig beschäftigte Gäste handelt, in den Personalkosten verbucht werden. Die in den Personalkosten ausgewiesenen Ausgaben für Gäste in Höhe von 682 T€ führen jedoch infolge der Überschreitung der Honoraraufwendungen nicht in dieser Höhe zu Minderausgaben in den bezogenen Leistungen. Die verbliebenen Minderausgaben bei Honoraren von 358 T€ werden zur Deckung von Mehrausgaben bei Urhebergebühren und Projekten in Anspruch genommen. Für Honorare waren Kosten von 2.050 T€ geplant. Das Ergebnis beläuft sich auf insgesamt 2.374 T€, davon sind 1.692 T€ in den Materialkosten und 682 T€ in den Personalaufwendungen ausgewiesen.

Die Honoraraufwendungen verteilen sich wie folgt auf die Sparten:

in €	Plan 2013/2104	Ist 31.07.2014
Oper	1.100.000	1.159.933
neues theater	300.000	472.128
Puppentheater	150.000	149.787
Thalia Theater	150.000	190.389
Staatskapelle	350.000	385.702
Spartenübergreifend	0	16.628
Gesamt	2.050.000	2.374.567

Hohe Mehrkosten sind vor allem beim neuen theater und beim Thalia Theater entstanden. Beim Thalia Theater erklären sich die Mehraufwendungen zum größten Teil aus der Notwendigkeit, das verkleinerte Ensemble zur Sicherung der Spielfähigkeit durch Gäste aufzustocken. Vor allem reicht die geringe Zahl von 3 Damen im Ensemble nicht aus, die Besetzung von „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ zu gewährleisten. Im neuen theater war der Produktionsplan von Anfang an unterfinanziert. Es stand bei Beginn der Spielzeit die Entscheidung an, Neuinszenierungen, z. B. „Im weißen Rössl“ zu streichen. Davon ist im Interesse der Attraktivität des Spielplans Abstand genommen worden, was sich letztlich in der guten Erlössituation rechtfertigt. Außerdem erforderten Langzeiterkrankungen im Ensemble den Einsatz zusätzlicher Gäste. Diese Mehrkosten sind durch Einsparungen in Personalaufwendungen gedeckt. Zusätzliche Kosten, die durch die Verpflichtungen prominenter Darsteller bei „Warten auf Godot“ entstanden, sind durch die Zuschüsse der Sparkasse in Höhe von 20 T€ finanziert worden. Die Mehrkosten bei der Oper resultieren im Wesentlichen aus Krankheitsvertretungen, bei der Staatskapelle aus zusätzlichen Konzerten.

Für Neuinszenierungen sind 2013/2014 folgende Mittel eingesetzt worden:

	gesamt	gesamt	Bühnenbild		Kostüme		Maske/Requisite/Technik	
	Plan	Ist 31.7.	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist
	€	€	€	€	€	€	€	€
Oper	320.000	318.914	226.000	212.906	76.000	77.083	18.000	27.147
nt	120.000	131.129	75.000	84.417	22.000	22.860	23.000	23.852
Thalia Theater	86.000	75.571	64.000	55.234	11.000	12.021	11.000	8.316
Puppentheater	40.000	36.129	24.500	24.030	11.000	7.826	4.500	4.273
gesamt	566.000	561.743	389.500	376.587	120.000	119.790	56.500	63.588

Im Vergleich zum Vorjahr mit Inszenierungskosten von 631 T€ sind die Aufwendungen 2013/2014 deutlich gesenkt worden und die Plankosten unterschritten worden.

Bei der Planung der **Personalaufwendungen** für das Wirtschaftsjahr 2013/2014 ist von einer durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von 477 Vollbeschäftigten und 3 Auszubildenden ausgegangen worden. Diese Zahl berücksichtigt die Haustarifverträge für die Beschäftigten der GmbH. Ausgehend hiervon hatte die Hochrechnung der Personalaufwendungen auf der Basis des mit dem Haustarifvertrag geltenden Vergütungsniveaus eine Plansumme für 2013/2014 in Höhe von 28.997 T€ ergeben. Dieser Betrag berücksichtigte Tarifsteigerungen, die ab Januar und ab August 2013 um jeweils 1,4 % wirksam wurden sowie um angenommene 3 % ab März 2014. Die errechnete Summe wurde unter Berücksichtigung zu erreichender Einsparungen im Wirtschaftsplan auf 28.632 T€ festgesetzt.

Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2013/2014 werden Kosten für Personalaufwendungen in Höhe von 28.268 T€ ausgewiesen. In dieser Summe sind Honoraraufwendungen in Höhe von 682 T€ enthalten, die nicht unter Personalkosten, sondern als bezogene Leistungen geplant wurden. Ohne diese Kosten für Gäste liegt das Ist der Personalkosten bei 27.586 T€. Bei dieser Summe ist allerdings zu beachten, dass hierin die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1.045 T€ enthalten ist. Die realen Personalaufwendungen betragen somit 28.630 T€.

Die Personalkosten ohne abhängig beschäftigte Gäste schlüsseln sich wie folgt auf die Sparten und Bereiche auf:

2013/2014	Vollbeschäftigte im Jahresdurchschnitt gemäß HTV		Personalkosten in €	
	Plan	Ist	Plan	Ist
Führungskräfte	1,9	1,9	151.848	151.054
Staatskapelle	131,6	131,6	10.384.305	10.475.769
Oper	90,0	89,9	5.022.108	5.053.171
neues theater	32,4	31,8	1.819.839	1.862.299
Puppentheater	9,0	9,1	530.074	526.154
Thalia Theater	15,3	16,1	740.974	724.490
Zentrale Bereiche	197,1	196,1	9.720.254	9.642.494
Zwischensumme	477,3	476,5	28.369.402	28.435.431
Auszubildende, Studenten, Aushilfen, Statisten			162.598	122.416
sonstige Personalausgaben			100.000	72.632
Gesamt	477,3	476,5	28.632.000	28.630.479

Im Plan-Ist-Vergleich ist von einer Punktlandung zu sprechen. Dies betrifft sowohl die Personal- als auch die Personal-Kostenentwicklung. In den Ist-Kosten der Personalaufwendungen sind tarifliche Nachzahlungen an die Musiker, der Wiedereinstieg in den Flächentarif im NV-Bühne ab 01. Juli 2014 sowie die Tarifierhöhungen vom Frühjahr 2014 enthalten, die leider höher ausfielen als geplant.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

Sonstige betriebliche Aufwendungen	Ist T€ 31.07.2013	Plan € 2013/2014	Ist € 31.07.2014
Werbung	285	300.000	273.110
Instandhaltung	509	247.000	413.326
Wartung Anlagen	155	130.000	153.065
Bewachung	138	133.000	142.546
Reinigung/Abfallentsorgung	292	287.000	333.689
Miete	9	6.000	74.838
Arbeitsschutz	16	15.000	16.765
Betriebskosten (Heizung, Wasser, Strom)	626	624.000	629.394
Fahrzeuge	70	62.000	55.974
Versicherungen	47	57.000	44.959
Beiträge	136	125.000	156.762
Verwaltung	441	451.000	394.991
sonstige Aufwendungen	90	102.000	106.726
Zwischensumme	2.814	2.539.000	2.796.145
zzgl. Projekte	26	61.000	112.973
Zwischensumme	2.840	2.600.000	2.909.118
Periodenfremde Aufwendungen	22	0	4.160
Buchverluste aus Anlagenabgängen	71	0	2.537
Sonstige	5	0	17.255
Neutrale Aufwendungen	98	0	23.952
Gesamt:	2.938	2.600.000	2.933.070

Der Vergleich zeigt eine Überschreitung des Planes um 333 T€.

Neben Mehrkosten bei der Projektarbeit von 52 T€ fallen dabei vor allem die Mehraufwendungen für Instandhaltung sowie für Reinigungsleistungen ins Gewicht. Angesichts deutlich steigender Tariflöhne im Reinigungsgewerbe war diese Position im Plan unterfinanziert. Bei den Mieten schlug die Anmietung der Räumlichkeiten im ehemaligen Thalia Theater für den Fasching und als Probebühne für die Inszenierung „Aschenbrödel“ mit 58.000 € zu Buche. In der Instandhaltung erfolgte eine bewusste Aufstockung gegenüber dem geplanten Auftragsvolumen zur Deckung des Reparaturbedarfs. Innerhalb der Kostenpositionen des Wirtschaftsplanes waren für die Projektarbeit planmäßige Aufwendungen von 186.923 € ausgewiesen worden. Gegenüber den geplanten Erlösen von 225.000 € lag hier schon eine Unterfinanzierung vor. Im Ergebnis belaufen sich die Einnahmen-Zuschüsse Dritter auf 352.762 €, die Ausgaben für Projekte auf 434.750 €. Die Differenzsumme bilden die Eigenmittel der GmbH.

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle sah für das Geschäftsjahr 2013/2014 bei Gesamterträgen von 35.870 T€ und Gesamtaufwendungen von 36.462 T€ einen planmäßigen Verlust von 592 T€. Im Ergebnis des Geschäftsjahres ist mit Gesamterträgen von 35.353 T€ und Gesamtkosten von 36.321 T€ ein Verlust von 968 T€ entstanden. Damit wurde die Zuschusskürzung in Höhe von 1.661 T€ bis auf eine Restsumme von 376 T€ ergebniswirksam aufgefangen.

4. Investitionen

Investitionen 2013/2014 Theater, Oper und Orchester GmbH Halle			
Ort	Maßnahme	Plan €	Ist €
Oper	Sanierung, Fassade Operncafé	395.000,00	495.396,57
	Aufzusteuerung	25.000,00	25.287,50
	Klimaanlagen	15.000,00	14.451,78
	Abwasserschacht Kapellengasse	12.000,00	11.719,60
	Proszenium Rest innen	15.000,00	0,00
	Sandsteininstandsetzung Südbalkon Portal	20.000,00	0,00
	Maschinen/Geräte/Betriebsausstattung	35.000,00	32.966,47
	Veranstaltungstechnik	40.000,00	32.441,92
	Anlagengegenstände Inszenierungen	30.000,00	26.306,22
	Untermaschinerie/Scheibe/Steuerung	150.000,00	161.236,90
	Summe	737.000,00	799.806,96
Staatskapelle	Klima Instr. Lager	17.500,00	14.301,25
	Instrumente und Anlagengegenstände	20.000,00	43.679,12
	Summe	37.500,00	57.980,37
Kulturinsel	BMZ	50.000,00	41.375,33
	Brandschutztür Kammer	15.000,00	5.420,08
	Veranstaltungstechnik	20.000,00	25.248,85
	Anlagengegenstände Inszenierungen	20.000,00	20.021,97
	Maschinen/Geräte/Betriebsausstattung	10.000,00	12.716,19
	Schaufenster	20.500,00	25.724,58
	Baumaßnahmen	50.000,00	0,00
	Summe	185.500,00	130.507,00
Zentraler Bereich	EDV-Ersatz Hardware/Software	30.000,00	36.032,79
	GWG	10.000,00	3.854,87
	Summe	40.000,00	39.887,66
	Gesamt	1.000.000,00	1.028.181,99
	Finanzierung Mehrkosten Staatskapelle durch Verkauf von Harfen		20.000,00
			1.008.181,99

Der Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2013/2014 Investitionen in Höhe von 1.000 T€ vor.

In der Abrechnung stehen Maßnahmen mit einem Wertumfang von 1.028 T€.

Die Überschreitung liegt mit Mehrkosten von 20 T€ vor allem bei Instrumenten der Staatskapelle. Hier wurde die Erneuerung des Harfenbestandes abgeschlossen. Die zusätzlichen Aufwendungen sind finanziell durch Erlöse aus dem Verkauf alter Harfen gedeckt.

Innerhalb des Gesamtvolumens der Investitionen ist es im Verlaufe der Plandurchführung zu Verschiebungen gekommen. Für die Sanierung des Operncafés sind 495 T€ gegenüber einer Plansumme von 395 T€ eingesetzt worden. Dieser Mehraufwand wurde zu Lasten anderer Maßnahmen abgedeckt. Geplante Baumaßnahmen auf der Kulturinsel und am Opernportal wurden verschoben. Neben den Vorhaben Operncafé bildete die Erneuerung der Untermaschinerie des Opernhauses inklusive Drehscheibe und Steuerungstechnik einen entscheidenden Schwerpunkt der Investitionstätigkeit als Voraussetzung für den störungsfreien Spielbetrieb.

5. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt über ein Anlagevermögen am 31.07.2009 in Höhe von 28.460 T€.

Das Anlagevermögen verminderte sich zum 31.07.2014 auf 27.266T€, das Stammkapital (25 T€) wird zum Bilanzstichtag in unveränderter Höhe ausgewiesen. Die Kapitalrücklage (24.764 T€) wird zum Bilanzstichtag in unveränderter Höhe ausgewiesen.

Die liquiden Mittel belaufen sich auf 4.915 T€. Dieser hohe Stand resultiert daraus, dass die Zuschussanteile für das Geschäftsjahr 2014/2015 in Höhe von insgesamt 2.821 T€ schon am 31.07.2014 auf dem Konto der TOO eingegangen waren. Die um diesen Betrag bereinigte Liquidität beträgt, unter Beachtung eines Sperrbetrages von 163 T€, am 31.07.2014 1.931 T€.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresverlust von 968 T€ ab.

6. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Zu den Forderungen gegen die Stiftung Händelhaus werden seit Oktober 2014 von der Stadt Halle koordinierte Verhandlungen geführt. Vom Grundsatz wird die Forderung der TOO GmbH nicht bestritten, der Höhe nach wird eine einvernehmliche Lösung erwartet.

7. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Am 24. Juli 2014 unterzeichneten der Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt und der Oberbürgermeister der Stadt Halle den neuen Vertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle. Dieser Vertrag sieht im Zeitraum von 2014 bis 2018 jährliche Landeszuwendungen von 9.053.600 Euro und städtische Zuschüsse von 20.698.000 Euro vor. Außerdem beteiligt sich das Land finanziell an Struktur Anpassungsmaßnahmen sowie ab 2016 an der Dynamisierung der Personalkosten.

Damit ist eine entscheidende Grundlage für den Fortbestand der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im mittelfristigen Zeitraum gegeben.

Die Sicherung der Liquidität der Gesellschaft erfordert bei der nunmehr festgeschriebenen Förderung jedoch einen Struktur Anpassungsprozess.

Das „Sanierungs- und Strukturkonzept der Stadt Halle“ vom 29. April 2014 ist in diesem Sinn Bestandteil des Vertrages zwischen Stadt und Land.

Kernpunkt des Strukturkonzeptes bildet die Verringerung des Personalbestandes, da die Personalkosten mit einem Volumen von ca. 80 % der jährlichen Gesamtkosten den wesentlichen Kostenfaktor stellen. Hierzu wurde eine personelle Zielstruktur entwickelt, die den Abbau von Personal auf eine Größe von 419 Beschäftigten bis zum Jahre 2019 vorsieht. In diesem Zusammenhang muss zum Beginn des Geschäftsjahres 2015/2016 eine Verringerung der Beschäftigtenzahl um 64 Personen gegenüber dem Geschäftsjahr 2014/2015 erfolgen. Die Staatskapelle ist von bislang 137 Musikern auf 99 Musiker zu reduzieren. Dies kann infolge des bestehenden Haustarifvertrages und des damit verbundenen Kündigungsschutzes erst zum 31. Juli 2019 erfolgen.

Neben den personellen Maßnahmen sind zur Sicherung der Liquidität der Gesellschaft im Rahmen der festgelegten Zuschüsse eine Steigerung der Erträge sowie eine Senkung der Sachaufwendungen zu erbringen. Die Planung für das Geschäftsjahr 2014/2015 und nachfolgende Jahre geht zudem davon aus, die vorhandene Liquidität soweit wie möglich zur Verlustabdeckung einzusetzen. So beinhaltet der Wirtschaftsplan 2014/2015 einen Abbau der flüssigen Mittel von einem Anfangsbestand am 01.08.2014 in Höhe von 3.194 T€ um 2.036 T€ auf einen Endbestand von 1.158 T€. Infolge der Kürzung des Landeszuschusses im Geschäftsjahr 2013/2014 standen anstelle der geplanten Anfangsliquidität von 3.194 T€ jedoch nur flüssige Mittel von 1.931 T€ zur Verfügung. Daraus werden sich im Verlaufe des Geschäftsjahres 2014/2015 permanente Liquiditätsengpässe und Zahlungsschwierigkeiten ergeben.

Die Risiken der künftigen Entwicklung bestehen daneben in der nicht termingerechten Umsetzung des notwendigen Personalabbaus zur Gewährleistung der geplanten Kostenentwicklung einerseits und in der Besuchergewinnung andererseits und der darauf basierenden Erlösrealisierung andererseits.

Zoologischer Garten Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Fasanenstraße 5a 06114 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 26 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologischer Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Jacob, Andreas		
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 16.12.2014)
	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	(bis 16.12.2014)
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard	(seit 16.07.2014, seit 21.11.2014 stellv. Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Töpfer, Gernot	(bis 16.07.2014)
		Andrä, Erwin	(bis 16.07.2014)
		Bohm-Eisenbrandt, Ann-Sophie	(seit 16.07.2014)
		Hajek, Andreas	(bis 16.07.2014)
		Hopfgarten, Klaus	
		Müller, Katja	(seit 16.07.2014)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Sänger, Frank
Wolff, Sabine

(seit 16.07.2014)
(bis 16.07.2014)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	2	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	24.026	97	25.603	99	27.134	96	-1.577	-6
Umlaufvermögen	628	3	312	1	975	4	316	101
Rechnungsabgrenzungsposten	17	0	19	0	11	0	-2	-11
Bilanzsumme	24.671	100	25.934	100	28.120	100	-1.263	-5

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.995	16	3.749	15	4.283	15	246	7
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse	9.140	37	9.975	38	10.792	38	-835	-8
Sonderposten für Investitionszulagen	10.588	43	11.505	44	12.370	44	-917	-8
Rückstellungen	652	3	521	2	491	2	131	25
Verbindlichkeiten	251	1	146	1	142	1	105	72
Rechnungsabgrenzungsposten	45	0	38	0	42	0	7	18
Bilanzsumme	24.671	100	25.934	100	28.120	100	-1.263	-5

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.627	1.400	1.304
sonstige betriebliche Erträge	5.162	5.139	5.717
Materialaufwand	997	1.128	1.117
Personalaufwand	2.991	2.914	2.822
Abschreibungen	1.764	1.764	1.767
sonstige betriebliche Aufwendungen	772	1.271	883
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	12	12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10		704
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	257	-526	-260
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-2	
sonstige Steuern	10	11	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	247	-535	-270
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		-535	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	247	0	-270

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:	15,16	-38,17	-20,72	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,58	-14,26	-5,93	%
Cash-Flow:	2.011	1.229	1.497	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	87	82	88	T€
Personalaufwandsquote:	44,06	44,56	40,19	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	97,37	98,72	96,49	%
Eigenkapitalquote:	16,19	14,45	15,23	%
Fremdkapitalquote:	83,81	85,55	84,77	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Besucher	331.425,00	284.171,00	266.966,00	Anzahl
Tierbestand	1.934,00	1.747,00	1.710,00	Anzahl

e) Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Die Zoologische Garten Halle GmbH ist unverändert eine der attraktivsten Kultur- und Freizeiteinrichtung unserer Stadt. Als Erholungs- und Bildungsstätte vor allem für Familien kann die Gesellschaft auf eine fast uneingeschränkt positive Resonanz in der halleischen Bürgerschaft verweisen. Wie von der Gesellschafterin vorgegeben, blieben die Eintrittspreise im Berichtszeitraum wiederum unverändert und damit vergleichsweise günstig.

Im Berichtszeitraum kann der Zoo auf dem Reilsberg auf ein großes Veranstaltungs- und Bildungsangebot für alle Altersgruppen verweisen.

Durch das günstige Zoowetter im Jahr 2014 und das genannte Veranstaltungsangebot konnten 331.425 Besucher gezählt werden. Ein deutliches Plus gegenüber dem Vorjahr und etwa 50 T Besucher mehr als die im Jahresdurchschnitt der letzten 20 Jahre erreichte Jahresbesucherzahl.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit weiter verstärkt. Hier sind, einschließlich Veranstaltungsmanagement, im Vergleich zu den Vorjahren wiederum deutliche Fortschritte erzielt worden. Nicht zufrieden sein kann der halleische Zoo mit der Anzahl touristischer Besucher. Hier hemmen unverändert das Niveau und die beschränkten Möglichkeiten der gegenwärtigen Zoogastronomie, für die der Zoo laufend kritisiert wird. Die im Berichtszeitraum verstärkten Bemühungen um die Verknüpfung der Freizeitangebote unserer Stadt mit einem Zoobesuch auf dem Reilsberg müssen fortgesetzt werden. 2014 ist es gelungen, die Partnerschaft mit der Hallorenschokoladenfabrik und dem Maya Mare zu intensivieren. Die Bemühungen um gemeinsame Aktionen mit der Saaleschiffahrt brachten noch nicht den gewünschten Erfolg. Die Werbung für unseren Zoo in der Stadt Leipzig, auch als Antwort auf Leipziger Aktivitäten in Halle, führte zu zählbaren Ergebnissen.

Im Tierbestand haben sich im Berichtsjahr 2014 keine wesentlichen Änderungen ergeben.

Die Haltungs- und Zuchtergebnisse entsprachen den Erwartungen und Möglichkeiten. Die Richtlinien des Europäischen Zooverbandes wurden beachtet. Alle Nachzuchttiere konnten im Rahmen der Europäischen Erhaltungszuchtprogramme an andere EAZA-Zoos abgegeben werden, wenn die Abgabe erforderlich war. Die Bärenanlage im halleischen Zoo gehört zu den Tieranlagen, die nach den neuesten Haltungsrichtlinien nicht mehr genehmigungsfähig sind. Für einen Kragenbär wurde in Ostrava eine gute Unterbringung gefunden, der letzte halleische Bär wird mit Beginn der warmen Jahreszeit 2015 den Zoo in den Bärenpark Worbis verlassen. Weitere Tierabgaben aus diesem Grund sind kurzfristig nicht erforderlich. Das Ergebnis der letzten Überarbeitung der Richtlinien zeigt jedoch, dass die konzeptionellen Überlegungen zur Veränderungen im halleischen Zootierbestand die künftige Entwicklung der Normativen unbedingt bedenken muss.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2014 hatte folgende Schwerpunkte:

1. die geplanten Einnahmen durch Besucher und Veranstaltungen zu erreichen,
2. die durch die energetischen Ertüchtigung des Zoos erreichten technischen Veränderungen so zu optimieren, das das technisch maximale Einsparpotential erreicht wird,
3. das Bienenhaus zum Saisonbeginn fertig zu stellen,
4. die vom Verein der Freunde und Förderer des halleischen Bergzoos in gespendete Uhu-Anlage zu planen und zu bauen.

Mit der im Berichtsjahr erreichten überdurchschnittlich hohen Besucherzahl erhöhten sich die Umsatzerlöse um TEuro 227 bzw. 16 % gegenüber dem Vorjahr. Dabei verminderten sich die Materialaufwendungen insbesondere aufgrund von Auswirkungen der Maßnahmen der energetischen Ertüchtigung, der positiven Witterung und aufgrund von Einsparungsmaßnahmen um insgesamt TEuro 131 bzw. 11,6 %. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um TEuro 500 bzw. 39 % zurückgegangen, was hauptsächlich auf die im Vorjahr entstandenen Aufwendungen für die energetische Ertüchtigung in Höhe von TEuro 430 zurückzuführen ist.

Dies sind die wesentlichen Ursachen dafür, dass sich das Jahresergebnis um TEuro 781 gegenüber dem Vorjahr erhöhte. Witterungsbedingte Einflüsse spielten hierbei keine unerhebliche Rolle. Nach einem Jahresfehlbetrag im Vorjahr in Höhe von TEuro 535 wurde im Berichtsjahr ein Jahresüberschuss in Höhe von TEuro 247 erzielt.

Der Gesellschaft wurde durch die Gesellschafterin im Jahr 2012 für die Jahre 2012 ff. 700 T€ für die energetische Ertüchtigung bereit gestellt. Im Berichtszeitraum wurden noch notwendige Ergänzungen vorgenommen. Über die Umsetzung der beantragten Maßnahmen mit den noch vorhandenen Mittel in Höhe von rd. 229 T€ für die energetische Ertüchtigung muss im Jahr 2015 entschieden werden, nachdem erste Festlegungen zur Entwicklung des Bergzoos in den nächsten 10 Jahren getroffen worden sind.

Die flüssigen Mittel haben sich gegenüber dem 31.12.2013 um TEuro 308 erhöht. Unter den flüssigen Mittel zum 31.12.2014 sind in Höhe von TEuro 229 Mittel, die zur Fortführung der Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung verwendet werden sollen, enthalten.

Im Mai 2014 wurde das neue Bienenhaus am Alpinum übergeben. Mit einem Ersatzneubau Uhuvoliere, um den neuen Haltungsrichtlinien Rechnung tragen zu können, wurde im Spätherbst 2014 begonnen. Die Fertigstellung bzw. Wiederbesetzung wird im Frühjahr 2015 erfolgen. Finanziert wird das Vorhaben vom Förderverein des Zoos im Umfang von ca. 70 T€. Der Hallesche Zooförderverein setzt damit seine kontinuierliche Unterstützung bei der Verbesserung der Haltungsbedingungen für unsere Tiere fort.

Risikobericht

Die Kultureinrichtung Zoo Halle GmbH ist als anerkannt gemeinnütziger Dienstleister in ihrer weiteren Tätigkeit und Existenz auch künftig von den Zuschüssen der Gesellschafterin abhängig. Sie ist als Non-Profit-Organisation nicht darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen. Die Kapitalrücklage hat sich dadurch gegenüber dem Gründungsjahr der Gesellschaft nahezu halbiert.

Da insbesondere sehr günstige Witterungseinflüsse das Ergebnis des Berichtsjahres positiv prägten, kann nicht davon ausgegangen werden, dass in den Folgejahren ein Ergebnis auf gleichem Niveau erzielt wird. Für die Folgejahre werden Einnahmen aus Eintritten von 300.000 Besuchern geplant, wobei der langjährige Besucherdurchschnitt bei 280.000 Besuchern p.a. liegt. In der Planung für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass neben den ausreichenden Mitteln für Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung nur in geringem Umfang liquide Mittel vorliegen. Zusätzlich ergeben sich noch weitere Risiken aus Pensionszahlungen, die ab dem Folgejahr zu leisten sind.

Durch die Gesellschafterin wurde für das Jahr 2015 eine Erhöhung des jährlichen Betriebskostenzuschusses auf ca. 3.100 T€ in Aussicht gestellt. Damit würde die Kürzung des Betriebskostenzuschusses in der Vergangenheit relativiert werden. Die Gesellschaft wird mit dieser Erhöhung vor allem in die Lage versetzt, den in den letzten Jahren unterlassenen Modernisierungs- und Erhaltungsbedarf abzubauen. Weiterhinsind damit auch die finanziellen Voraussetzungen gegeben, die siebenjährige Pause bei der Entgeltentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beenden.

Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert.

Ausfallrisiken in Sinne einer Betriebsgefährdung könnten nur entstehen durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Tierseuche.

Das in den Betriebsablauf integrierte Risiko-Management-System dient dem Geschäftsführer dazu, Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit usw. rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren.

Der Geschäftsführer informiert die Mitarbeiter regelmäßig über die aktuelle Situation auf der Grundlage der monatlich erstellten Einnahmen- und Ausgabenkontrolle.

Auf dem Wege eines quartalsweisen Melde- und Informationssystems an die BMA der Stadt Halle wird eine regelmäßige Risikoabschätzung vorgenommen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung festgelegt.

Gesellschafter und Gesellschaft sind sich darüber einig, dass das Niveau des halleschen Zoos nicht nur gehalten, sondern weiter entwickelt werden soll. Eine weitere Aufwandsoptimierung, aber auch die Erschließung neuer Finanzierungsquellen ist dafür die Voraussetzung. Die neuen Haltungsnormativen für Säugetiere in Zoologischen Gärten verlangen eine weitere kontinuierliche Modernisierung des halleschen Zoos durch ausreichende Mittel vor allem für Modernisierung und Instandhaltung. Die Einnahmesituation könnte durch eine dem Niveau des halleschen Zoos entsprechende Zoogastronomie in Eigenbewirtschaftung deutlich verbessert werden.

Seit Juli 2014 ist der Aufsichtsrat der Gesellschaft durch den Stadtrat neu berufen worden.

Ab 16.12.2014 hat der Oberbürgermeister den Vorsitz im Aufsichtsrat übernommen und die konzeptionelle Entwicklung des halleschen Zoos zu einer Schwerpunktaufgabe des Jahres 2015 erklärt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht bekannt geworden.

3.8 BETEILIGUNGSMANAGEMENT

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährträgerin:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 130 Absatz 4 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 130 Abs. 4 KVG LSA. Danach hat eine Kommune ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) ist satzungsgemäße Aufgabe der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Lork, Heinrich

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
		Bönisch, Bernhard	
		Dr. Brock, Inés	(seit 16.07.2014)
		Geier, Egbert	
		Häder, Denis	(bis 16.07.2014)
		Hintz, Katharina	
		Kley, Gerry	(bis 16.07.2014)
		Knöchel, Swen	
		Scholtyssek, Andreas	(seit 16.07.2014)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	7	8	8
	7	8	8

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2013		2012		Veränderungen 2014 zu 2013	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	132	31	133	37	144	36	-1	-1
Umlaufvermögen	283	67	223	61	252	63	60	27
Rechnungsabgrenzungsposten	7	2	6	2	5	1	1	17

Bilanzsumme	422	100	362	100	401	100	60	17
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	123	29	71	20	119	30	52	73
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	24	6	33	9	50	12	-9	-27
Rückstellungen	239	57	221	61	195	49	18	8
Verbindlichkeiten	36	8	37	10	37	9	-1	-3

Bilanzsumme	422	100	362	100	401	100	60	17
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

	2014	2013	2012
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	937	996	849
Personalaufwand	721	748	624
Abschreibungen	19	32	27
sonstige betriebliche Aufwendungen	141	154	140
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	5	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	52	59	55
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	52	59	55

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2014	2013	2012	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	71	91	82	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	104	111	121	T€
Personalaufwandsquote:	76,98	75,12	73,50	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,48	8,98	12,30	%
Eigenkapitalquote:	29,17	19,67	29,76	%
Fremdkapitalquote:	70,83	80,33	70,24	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2014 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2013 nach GO-LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2013 **im Sinne des zum Berichtsstichtag geltenden § 118 GO-LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2015 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung nach dem nun gültigen § 130 Abs. 2 KVG LSA vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte EDV-technische Lösung**, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2013 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2013 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum vierten Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der kommunalrechtlichen Vorschriften soll das Interesse der BürgerInnen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

In elektronischer Form steht er sowohl auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) als auch auf der Webseite der BMA zum Download uneingeschränkt zur Verfügung.

3. Verifizierung von Bilanzierungs-ansätzen städtischer Beteiligungen

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz ist die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt worden.

Die Bilanzansätze für den Jahresabschluss 2013 der Stadt Halle (Saale) nach Doppik wurden nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Gegenüber dem Bilanzstichtag zum 31.12.2012 blieben die Wertansätze nahezu unverändert.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

Einen Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale), der **Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung** definiert, hat die BMA konzipiert. Der Kodex dient dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich handelt es sich um eine Durchführungs-Verordnung zur Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale). Darin werden Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

In zahlreichen Informationsveranstaltungen bei Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eine Grundstruktur der Steuerung städtischer Beteiligungen lebhaft und fachlich fundiert diskutiert.

Auf Basis eines gemeinsamen Grundverständnisses sind die komplexen Wirkungszusammenhänge gerade im Hinblick auf einen angemessenen Einfluss der Stadt im städtischen Gremiendurchlauf intensiv mit dem Ergebnis erörtert worden, dass der Stadtrat den Kodex in seiner Sitzung am 25. Juni 2014 beschlossen hat.

Die Übernahme des Kodexes der Stadt als verbindliche Grundlage für die Unternehmensführung ist für Eigengesellschaften und für Mehrheitsbeteiligungen per Gesellschafterbeschluss festgelegt worden. Bei Gemeinschaftsunternehmen und Minderheitsbeteiligungen wird darauf hingewirkt.

6. Teilweise Auslagerung des Dokumenten-Archivs

Die Ablage der papiergebundenen Gesellschafterakten im Archivraum stieß an **Kapazitätsgrenzen**.

Eine **teilweise Auslagerung** des papiergebundenen Archivs erfolgte in angemietete Räumlichkeiten im Konzern der Stadt.

Dadurch wurde eine **Stellflächenkapazität** am eigenen Standort für einen Zeitraum von rund sechs Jahren eröffnet.

7. Entwicklung von Kennziffern für Standard-Reports

Im Rahmen der **Mandatsbetreuung** werden bei der Analyse von Jahresabschlüssen und Wirtschaftsplänen Standard-Reports mit einer erworbenen Spezialsoftware erstellt.

Im Jahr 2014 wurden **Kennziffern** entwickelt, um in den Standard-Reports einen qualitativ besseren betriebswirtschaftlichen Maßstab für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Beteiligung zu erreichen.

Neue Beurteilungs-Kategorien wie „Ziel“ und „Strategie“ der Beteiligung sowie „Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt“ wurden eingeführt.

8. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Die **Mandatsbetreuung** der Mitglieder in Aufsichtsgremien erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch die schriftliche Kommentierung der vorgelegten Unterlagen nebst Empfehlung zur Beschlussfassung, durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien und durch individuelle Beratungsgespräche.

Eine **aktivere Rolle** nimmt die BMA aufgrund einer Zielvorgabe durch ihren Verwaltungsrat wahr.

Im **Konzern Stadt** wurde eine Effizienzsteigerung durch verstärkte Einmischung, Anteilnahme bzw. Lenkung erreicht, und zwar u. a.

- bei der **Kommunalen Wohnungswirtschaft** durch die Präsentation eines Strategiepapiers in den jeweiligen Klausurtagungen des Aufsichtsrates,
- bei den **Halleschen Bühnen** durch Mitwirkung bei der Entwicklung des Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes und bei der Verhandlung des Fördervertrages mit dem Land,
- beim **Stadtmarketing** durch die Vorlage eines Strukturierungsschemas der konkreten Handlungsfelder und durch die Moderation des Willensbildungsprozesses in der Gesellschafterversammlung der SMG über die strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Gesellschaft,
- beim MMZ **Multimediazentrum** durch Empfehlungen zum Flächenbedarfskonzept und zur Standortfrage, die wiederum von der Geschäftsführung zur Erstellung der Wirtschaftsplanung und des Fortführungskonzeptes zugrunde gelegt wurden.

Außenwirkung über den Konzern Stadt hinaus entfaltete die BMA u. a.

- bei der Vor-Anfrage an das **Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt** zur Förderung aus dem EU-Fonds EFRE für Investitionsmaßnahmen wie die Sanierung der Westfassade des Opernhauses,
- durch die Mitwirkung im **Arbeitskreis Wirtschaft** und dem **Wirtschaftsbeirat** im Hinblick auf die Entwicklung der gesamtstädtischen Wirtschaftsförderung,
- bei den Verhandlungen mit dem **Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt** zum Fördervertrag über die Halleschen Bühnen,

- bei der Erweiterung der Mandatsbetreuung für Einrichtungen außerhalb des Portfolios aus dem Anwendungsbereich des Kommunalverfassungsgesetzes (**Stiftung Händel-Haus, Jobcenter**).

Lage der Anstalt

Die **Finanzierung** der Anstalt wird durch Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) **abgesichert**.

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat die Anstalt die **Betriebskostenzuschüsse** von 913 TEUR in Höhe von 52 TEUR nicht verbraucht, was zu einer stichtagsbezogenen Verbesserung der Liquidität führte.

Nach dem Allgemeinen Haushaltsgrundsatz für die Gemeindegewirtschaft aus § 98 KVG LSA, die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu führen, wurden Personal- und Sachkosten eingespart.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, der Rückstellungen und des Personalaufwandes wird ferner auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Insgesamt ergaben sich gegenüber dem Vorjahr in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage kaum Veränderungen.

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2014 ganzjährig gesichert.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden im Wesentlichen an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet:

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2014 im Sinne von § 130 KVG LSA
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2014 in Kurzform
- Erstellung der Beteiligungs-Reports
- Anpassung der Gesellschaftsverträge u. ä. an den Public Coporate Governance Kodex
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik
- Weiterführung der Auslagerung und Digitalisierung von Gesellschafterakten

Im folgenden Wirtschaftsjahr wird ein **ausgeglichenes Ergebnis erwartet**. Nicht mehr benötigte Transferzahlungen sollen zur Absicherung von Liquiditätslücken in der Zukunft thesauriert werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet.

Risikomanagement

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger wird als Risiko und Chance zugleich bei der BMA gesehen.

Steuerliche Verhältnisse

Die Anstalt ist unter der Steuer-Nummer 110/149/40687 beim Finanzamt Halle-Nord registriert. Sie gilt ausschließlich für die Lohnsteuer.

Die **Umsatzsteuer**-Identifikationsnummer lautet DE 240278977.

Mit Bescheid vom 02. Februar 2006 über den Antrag der BMA auf Erteilung einer allgemeinen Rechtsauskunft hat das Finanzamt Halle-Nord ausgeführt, dass körperschaftsteuerlich die BMA mit dem „reinen Beteiligungsmanagement“ keinen Betrieb gewerblicher Art führe. Sie betreibe nur eine Vermögensverwaltung für die Stadt.

Umsatzsteuerlich sei die BMA insoweit kein Unternehmer. Die Leistungen der BMA seien nicht umsatzsteuerbar.

Von der **Kapitalertragsteuer** ist die Anstalt befreit.

Das Finanzamt hat der BMA mit Datum vom 12.11.2012 die Bescheinigung nach § 44a Abs. 4 EStG wiederum ausgestellt. Damit sind Kapitalerträge im Zeitraum vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2015 nicht steuerpflichtig.

Wirtschaftliche Grundlagen

Zu dem Beteiligungsportfolio zählen rund 100 Eigenbetriebe, Stiftungen, Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Finanziert wird die Tätigkeit der BMA über Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale).

Vorstand

Der Vorstand ist für die Zeit ab dem 1. Juni 2011 für weitere fünf Jahre vom Verwaltungsrat bestellt worden. Über eine anschließende individuelle Altersteilzeit ist er langfristig an die Stadt gebunden worden.

Einen „Stellvertreter des Vorstandes“ hat der Verwaltungsrat zum 1. Januar 2015 bestellt. Den Anforderungen an die Außenwirkung des städtischen Beteiligungsmanagements bei der Wahrnehmung neuartiger operativer Aufgaben soll Rechnung getragen werden, das Risiko eines unplanmäßigen Ausfall des Vorstandes abgesichert und ein Generationswechsel auf der Position des Vorstandes der BMA umsichtig vorbereitet werden.

Personal

Zum Bilanzstichtag wurden sieben (Vorjahr: sieben) Personen in Vollzeit und zwei (Vorjahr: zwei) Personen in Teilzeit beschäftigt. Dazu waren zwei (Vorjahr: zwei) Personen geringfügig angestellt. Eine Person (Vorjahr: eine) befindet sich zum Bilanzstichtag in Elternzeit.

Das Vergütungskonzept umfasst auch eine leistungsabhängige Vergütung nach den Grundsätzen der Balanced Score Card.

Mit den vier Dimensionen Finanzen, Prozesse/Projekte, Umfeld und Personal wird ein ausgewogener Steuerungsbogen für pekuniäre Leistungsanreize geboten.

Die Zielvorgaben für die BMA werden zur internen Steuerung auf die einzelnen Mitarbeiter/-innen projiziert.

Personalwirtschaftlich wird der Steuerungsbogen dazu genutzt, über einen wirtschaftlichen Anreiz die Belegschaft zur Fort- und Weiterbildung zu motivieren. Personenspezifisch werden Fach- und Managementkenntnisse vertieft oder erweitert, um die Qualität der Aufgabenerfüllung zu optimieren.

Perspektivisch eröffnen sich dem Personal gleichzeitig weitergehende Positionen im Konzern der Stadt Halle (Saale).

Zur **Reorganisation** der BMA ab dem Jahr 2013 hat der Verwaltungsrat ein neues Stellenbedarfskonzept und darauf aufbauend einen Personalplan beschlossen. Bezweckt werden insbesondere die Sicherung termingerechter Mandatsbetreuung durch Beseitigung von Kapazitätsengpässen, eine ausgewogene Zuordnung auf die Leistungsträger der Anstalt sowie Redundanzen bei unfreiwilligem Ausfall eines Belegschafts-Mitgliedes.

Die mit Jahresbeginn 2013 eingeleiteten **Personal- und Entwicklungsmaßnahmen** zur Anpassung an das geänderte Anforderungsprofil wurden im Spätsommer 2014 abgeschlossen. Eine zeitliche Verzögerung beruhte auf den Auswirkungen aus der Inanspruchnahme von Elternzeit zweier Mitarbeiterinnen.

Die **Anpassung der Gehälter** der Mitarbeiter/innen erfolgte nach den individualvertraglichen Regelungen auf den Auswirkungen auf Basis des vom Verwaltungsrat beschlossenen Vergütungskonzeptes.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Unterstützende Dienstleistungen werden durch eine Steuerberatungsgesellschaft für die Lohnbuchhaltung mit dem Programm „DATEV LODAS comfort V. 9.88“ erbracht. Für die EDV-gestützte Buchhaltung setzt die Anstalt seit dem 01.01.2006 das Programm „Lexware buchhalter plus V 20.1“ ein.